GERALD HÖDL

ÖSTERREICH UND DIE DRITTE WELT

Positionen der politischen Elite in Österreich, 1945–1994

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie aus der Studienrichtung Geschichte, eingereicht an der Geistes- und Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien

Wien, 2003

Inhaltsverzeichnis

I Einleitung 1

II Präliminarien 9

1 Der zeitliche Rahmen 9

2 Das geographische Spektrum 10

3 Die Quellen 12

4 Personen, Fraktionen 15

5 Ideologiekritik/Diskursanalyse 18

III Der globale Rahmen 26

1 Zentrum – Peripherie, 1945–1995. Eine Herrschaftsgeschichte 26

1.1 Phase 1: 1945–1971/1973 29

1.2 Phase 2: 1971/73–1982 39

1.3 Phase 3: Von 1982 bis in die 1990er Jahre 46

2 Von der Modernisierung zur Deregulierung. Abriss der »Entwicklungs«-Theorien und -Strategien seit 1945 57

2.1 Das goldene Zeitalter 58

2.2 Am Scheideweg 64

2.3 Restauration 69

IV Der österreichische Kontext 77

1 Ost, West. Nord, Süd. Österreich in der Welt 77

1.1 Phase 1/1: Auf dem Weg zum Staatsvertrag 77

1.2 Phase 1/2: Die Entdeckung der Dritten Welt 80

1.3 Phase 2: Entspannungsübungen, Vermittlungsversuche 92

1.4 Phase 3: Vom Kalten Krieg zur Neuen Weltordnung 116

2 Exkurs: Ökonomie und Außenpolitik 146

3 Die entwicklungspolitische Debatte 162

3.1 Phase 1: Die entwicklungspolitische Debatte bis 1970 162

3.2 Phase 2: Die entwicklungspolitische Debatte von Anfang der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre 168

3.3 Phase 3: Die entwicklungspolitische Debatte seit Beginn der 1980er Jahre _ 192

4 Entwicklungshilfe _____ 215

4.1 Motivforschung _____ 216

4.2 Die Rolle der Öffentlichkeit _____ 238

4.3 Organisationsfragen _____ 244

4.4 Quantitäten _____ 257

4.5 Ziele und Schwerpunkte _____ 265

V Zusammenfassung _____ 301

Personalien _____ 307

Abkürzungsverzeichnis _____ 316

Literaturverzeichnis _____ 318

Allgemeine Sekundärliteratur _____ 318

Zur österreichischen Außen(wirtschafts)- und Entwicklungspolitik _____ 327

Reden, Stellungnahmen, Interviews österreichischer Politiker _____ 335

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Befürwortung der österreichischen Entwicklungshilfe in % 242

Abbildung 2: Prozentanteil der bi- bzw. multilateralen Leistungen an der gesamten staatlichen Entwicklungshilfe.....255

Abbildung 3: Öffentliche Netto-Entwicklungshilfeleistungen Österreichs in % des BNP seit 1961 259

Abbildung 4: Die wichtigsten Empfängerländer bilateraler öffentlicher Entwicklungshilfe Österreichs, 1960–1969.....271

Abbildung 5: Die wichtigsten Empfängerländer bilateraler technischer Entwicklungshilfe aus öffentlichen Mitteln der Republik Österreich, 1960–1969 272

Abbildung 6: Prozentuelle Aufteilung der bilateralen technischen Hilfe nach Kontinenten296

I Einleitung

Eine Arbeit wie die vorliegende hat eine lange Geschichte (im konkreten Fall eine besonders lange). Im Lauf der Jahre füllen sich die Aktenordner, steigt und sinkt in periodischen Abständen der Mut, ergeben sich neue Blickwinkel und schleifen sich zugleich einige der ursprünglichen intellektuellen Ambitionen an der prosaischen Realität des empirischen Materials ab.

Am Anfang dieser Arbeit stand die vage Idee, inspiriert durch Bücher wie Saids »Orientalism«[1] oder Bitterlis »Die ›Wilden‹ und die ›Zivilisierten‹«[2], eine Mentalitätsgeschichte des Verhältnisses Österreichs zur Dritten Welt seit 1945 zu schreiben. Um die Wahrnehmung des Fremden hätte es dabei zu einem wesentlichen Teil gehen sollen, um Wünsche, Ängste, Projektionen, die sich, so die Annahme, im öffentlichen Diskurs innerhalb eines breiten Spektrums von Xenophobie bis Exotismus manifestieren würden. Als Ausgangspunkt sollte die Sphäre der Politik dienen, konkret die gesammelten einschlägigen Äußerungen österreichischer Politiker und Politikerinnen – ein umfangreiches und über die Jahre relativ gleichmäßig verteiltes Quellenkorpus (vgl. dazu S. 12 f.).

Relativ bald (und nicht gänzlich unerwartet) stellte sich heraus, dass die Sprache der Politik – zumindest im gegenständlichen Themenbereich – nur wenig über ihre Urheber und deren mentale Dispositionen verriet. Gleichgültig welche Textsorte, ob Rede, Aufsatz oder Interview, gleichgültig auch, aus welcher Periode die Texte stammen, wir haben es überwiegend mit Äußerungen zu tun, in denen lapidar auf unterschiedlichste Ausschnitte außersprachlicher Wirklichkeit Bezug genommen wurde, Ereignisse benannt, Lösungsvorschläge skizziert, Grundsätze dargelegt wurden. Um es in linguistischen Begriffen auszudrücken: Die denotativen überwogen die konnotativen Bedeutungselemente bei weitem. Eine detaillierte semantische Analyse, etwa mit (ethno)psychoanalytischem Instrumentarium,[3] hätte angesichts dieses Quellenmaterials nur wenige brauchbare Anhaltspunkte gefunden.

Die Antithese zu einem derartigen interpretativen Verfahren hätte in einer quantifizierenden Inhaltsanalyse bestanden. Angesichts des umfangreichen und zum Teil recht disparaten Mate-

---

[1] Edward W. Said: Orientalism. Western Conceptions of the Orient. London: Penguin 1991.

[2] Urs Bitterli: Die »Wilden« und die »Zivilisierten«. Grundzüge einer Geistes- und Kulturgeschichte der europäisch-überseeischen Begegnung. München: Beck 1991.

[3] Etwa in Anlehnung an Mario Erdheim: Die Psychoanalyse und das Unbewußte in der Kultur. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1988. (=suhrkamp taschenbuch wissenschaft. 654.)

rials hätte jedoch selbst eine Frequenzanalyse als methodisch schlichteste Variante einen Arbeitsaufwand erfordert, der in keinem Verhältnis zu den erwartbaren Ergebnissen gestanden hätte.

Beide Ansätze wurden letztlich als dem Material unangemessen verworfen, beide fanden allerdings an geeigneter Stelle, wenn auch nur in rudimentärer Form, Eingang in die Analyse[4]. Stattdessen fiel die Entscheidung zugunsten eines Verfahrens, das man als ideologiekritisch-deskriptiv bezeichnen könnte. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen jene Äußerungen, in denen sich österreichische Politiker über fünf Jahrzehnte hinweg mit unterschiedlichsten Ereignissen, Phänomenen, Prozessen, Strukturen innerhalb der Dritten Welt und mit den vielfältigen Aspekten des Verhältnisses Österreichs zu dieser auseinandersetzten. Insgesamt handelt es sich um Tausende von Textstellen, in denen die ausführlichen China- und Nahostdebatten der 1970er Jahre ebenso dokumentiert sind wie die Auseinandersetzungen um Zentralamerika in den 1980er Jahren, die Initiativen zum Schutz der Regenwälder in den 1990er Jahren sowie jahrzehntelange, an Redundanzen reiche Diskussionen über Quantität und Qualität der österreichischen Entwicklungshilfe.

Sowohl bei der Kompilation als auch bei der Auswertung des Materials war ich – innerhalb der vorweg definierten Grenzen, was Quellen und Personenkreis betrifft (siehe Abschnitt II.3 und II.4) – um Vollständigkeit bemüht und versuchte, soweit dies möglich ist, der Verlockung zu widerstehen, um bestimmter Vorannahmen willen Teile des Untersuchungsgegenstands zu unterschlagen. Die vorliegende Arbeit ist kein Thesenstück, in dem der Stoff so zugerichtet wurde, dass er die vorweg aufgestellten Postulate ansprechend zu drapieren vermag. Vielmehr wurde das äußerst vielfältige Material in einer Weise angeordnet und analysiert, die – naturgemäß durch den Filter des eigenen Vorverständnisses – die darin zutage tretenden Themen, Argumente, Widersprüche, die innere Logik (und Unlogik) ernstnahm und in der Darstellung weitestmöglich berücksichtigte. So manche Weitschweifigkeit der vorliegenden Arbeit hat ihre Ursache im Bestreben, auch dem Banalen, dem Abgelegenen und dem Dissidenten Raum zu geben und den politischen Diskurs bis in seine feineren Verästelungen (wenn auch keineswegs in alle) nachzuzeichnen. Dies betrifft auch redundante Äußerungen, die zu zitieren den Nachweis erbringen sollte, dass sich bestimmte Inhalte und Argumentationsmuster quer durch

[4] Approximative Häufigkeitsverteilungen bestimmter Begriffe konnten dadurch ermittelt werden, dass der überwiegende Teil der Quellen datenbankmäßig erfasst ist. Dennoch handelt es sich dabei lediglich um grobe Orientierungspunkte, da einerseits das Material in sich zu uneinheitlich ist (wodurch beispielsweise bestimmte Parteien, aber auch bestimmte Perioden unterrepräsentiert sind), andererseits der kommunikative Kontext, in

alle Parteien, aber auch über die Jahrzehnte hinweg in geringer Variationsbreite wiederholten. Diese Wiederkehr des immer Gleichen zu konstatierem, erfordert nur wenige Sätze; die Wiederkehr des immer Gleichen nachzuweisen, erfordert die gewählte Vorgangsweise. Was solcherart die Stringenz und Lesbarkeit meines Texts beeinträchtigen mag, erhöht auf der anderen Seite seinen dokumentarischen Wert, lässt er doch ein Gesamtbild des außen- und entwicklungspolitischen Denkens (oder zumindest Redens) österreichischer Politiker entstehen. Generell kommen diese relativ häufig und relativ ausführlich zu Wort, ohne dass jedes dieser Zitate unverzüglich kommentiert würde – einige sprechen, so meine ich, für sich selbst, bei anderen erschließt sich ihre Signifikanz, so steht zu hoffen, aus dem Kontext, in den ich sie rücke.

Im Verlauf der Arbeit erfahren wir auf diese Weise, welche Phänomene zu welchem Zeitpunkt rezipiert, welche Reaktionen auf welche Ereignisse und Gegebenheiten formuliert wurden, und wir erfahren zuweilen sogar, welche konkreten Maßnahmen gesetzt und unter welchen Bedingungen sie gesetzt wurden – kurzum: Wir erfahren etwas über Wahrnehmungshorizont, Konzepte und Funktionsweisen staatlicher Politik. All das (und einiges mehr) ist Gegenstand der deskriptiven Komponenten meiner Arbeit.

Doch dies ist nur der eine Teil meines Forschungsinteresses. Der andere gilt der Ideologiekritik (vgl. dazu Abschnitt II.5). Hier geht es in einem ersten Schritt darum, den politischen Diskurs über Lage und Perspektiven der Peripherie als Antwort auf den Zustand einer Welt zu betrachten, in der die – politisch hergestellten und abgesicherten – ökonomischen Strukturen flagrante Ungleichheit perpetuieren und intensivieren. Das gesamte Konzept von »Entwicklung«, ein zentrales Wesenselement dieses Diskurses, hätte in einer solchen Sichtweise den Zweck, dem obszönen Nebeneinander von Prosperitäts- und Elendszonen den Stachel zu ziehen, die Überwindbarkeit der Kluft unter kapitalistischen Bedingungen zu proklamieren, ja den Kapitalismus und die Universalisierung des warenproduzierenden Systems als Voraussetzung ihrer Überwindung zu deklarieren.[5] Auf globaler Ebene reproduziert sich damit jener

---

dem der jeweilige Begriff steht, nicht angemessen berücksichtigt werden kann (ob es sich etwa um eine beiläufige Erwähnung oder um eine mit Nachdruck erhobene Forderung handelt).

[5] Eine Passage bei Adorno – nicht auf die Entwicklungsideologie bezogen – bringt diese intermediäre, legitimatorische Funktion hervorragend auf den Punkt, die zugleich Eingeständnis unzulänglicher gesellschaftlicher Verhältnisse und Affirmation des in ihnen ruhenden Potenzials bedeutet: »Als objektiv notwendiges und zugleich falsches Bewußtsein, als Verschränkung des Wahren und Unwahren, die sich von der vollen Wahrheit ebenso scheidet wie von der bloßen Lüge, gehört Ideologie, wenn nicht bloß der modernen, so jedenfalls einer entfalteten städtischen Marktwirtschaft an. Denn *Ideologie ist Rechtfertigung*. Sie erheischt ebenso die Erfahrung eines bereits problematischen gesellschaftlichen Zustandes, den es zu verteidigen gilt, wie andererseits die Idee der Gerechtigkeit selbst, ohne die eine solche apologetische Notwendigkeit nicht bestünde, und die ihr Mo-

bürgerliche Fortschrittsglaube, der innerhalb kapitalistischer Gesellschaften seit jeher über die unzureichende Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit der Aussicht hinwegtrösten sollte, dass die Einlösung dieses Versprechens nur eine Frage der Zeit und beschränkter, systemimmanenter Adaptionen sei.[6] Diese ideologische Grundkonstellation erlaubt es, gleichzeitig die sozioökonomischen Verhältnisse in der Dritten Welt zu registrieren, ohne das System, das sie hervorbringt, in Frage zu stellen. Innerhalb dieses Rahmens bewegten sich denn auch – soviel sei bereits vorweggenommen – sämtliche der hier untersuchten Äußerungen.

So wertvoll eine solche Betrachtungsweise ist, um die zentrale ideologische Funktion vor allem des entwicklungspolitischen Diskurses zu herauszuarbeiten, so wenig taugt sie in ihrer scheinbar überzeitlichen Gültigkeit als heuristisches Modell, um die konkreten Argumentationsmuster, ihre Veränderungen im Lauf der Jahre und ihre historische Bedingtheit zu analysieren. Um dies zu bewerkstelligen, müssen wir diese höchste Abstraktionsebene verlassen und untersuchen, wie der politische Diskurs mit den konkreten globalen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verwoben ist. Die Aufmerksamkeit gilt dabei vor allem jenen beiden zentralen Achsen, die meiner Ansicht nach die Außenbeziehungen eines kapitalistischen Nationalstaates bestimmen: die Stabilisierung und nach Möglichkeit Ausdehnung des kapitalistischen Weltsystems sowie innerhalb desselben, abhängig von der Position in der hegemonialen Ordnung, die Durchsetzung nationaler Interessen (diese bestehen vor allem darin, die ökonomischen Reproduktionsgrundlagen zu sichern; vgl. dazu Abschnitt IV.2). Auf dieser Ebene greifen politische Sprache und politisches Handeln ineinander, erstere rechtfertigt, bemäntelt, erläutert letzteres – und wird damit selbst zu einem Moment der Praxis. Gerade diese enge Verquickung zwischen »Wort« und »Tat« legte es nahe, die konkreten staatlichen Maßnahmen in die Darstellung zu integrieren, Verbindungen zwischen den beiden Bereichen herzustellen, Parallelen und Widersprüche aufzuzeigen, das Wort an den Taten zu messen (und umgekehrt).

Welche politische (und damit einhergehend diskursive) Strategie zur Realisierung der genannten Ziele gewählt wird, hängt zu einem wesentlichen Teil vom internationalen Kontext ab, eingedenk des Umstands, dass der Nationalstaat – erst recht ein Kleinstaat wie Österreich

---

dell am Tausch von Vergleichbarem hat. Wo bloße unmittelbare Machtverhältnisse herrschen, gibt es eigentlich keine Ideologien.« (Theodor W. Adorno: Beitrag zur Ideologienlehre. In: Ders.: Soziologische Schriften I, hrsg. von Rolf Tiedemann. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1979 [=suhrkamp taschenbuch wissenschaft. 306.], S. 465.)

[6] Vgl. dazu Gerhard Hauck: Einführung in die Ideologiekritik. Bürgerliches Bewußtsein in Klassik, Moderne und Postmoderne. Hamburg: Argument-Verlag 1992.

– »Ausdruck und Bestandteil eines von spezifischen Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnissen bestimmten Weltsystems war und ist«[7]. Zunächst wird daher diesen Determinanten nachzuspüren sein, um die Äußerungen österreichischer Politiker und schließlich auch ihre Maßnahmen angemessen kontextualisieren und bewerten zu können. In Summe sollen diese verschiedenen Elemente ein Gesamtbild von fünf Jahrzehnten österreichischer Dritte-Welt-Politik vermitteln, eingebettet in den globalhistorischen Verlauf und geleitet von der Frage, wie sich über staatliche Politik und ihre Repräsentanten die Herrschaftslogik des Gesamtsystems und nationale Partikularinteressen Geltung verschaffen.

Ausgangspunkt meiner Arbeit (Kapitel III.1) ist – nach einigen methodischen und terminologischen Vorbemerkungen – die Darstellung des Verhältnisses zwischen den Zentren des kapitalistischen Weltsystems (Nordamerika, Westeuropa, Japan) und der außereuropäischen Peripherie seit dem Zweiten Weltkrieg. Dabei werden politische und ökonomische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt, besondere Aufmerksamkeit gilt aber den unterschiedlichen (und unterschiedlich erfolgreichen) Bemühungen, die Strukturen der Weltwirtschaft zu transformieren. Anschließend (Kapitel III.2) versuche ich nachzuzeichnen, wie die in diesem Zeitraum formulierten Entwicklungstheorien und -strategien mit den beschriebenen Prozessen korrespondieren. Damit gerät nicht nur zum ersten Mal eine ideologische Ebene ins Blickfeld, wir gewinnen auf diese Weise auch einen Referenzpunkt für die österreichische Diskussion und können feststellen, welche Aspekte der internationalen Debatte von österreichischen Politikern rezipiert und reproduziert wurden. Dem österreichischen Kontext widme ich mich in Abschnitt IV, wobei das umfangreiche Material in mehreren Schritten aufgearbeitet und dargestellt wird: Zunächst werden die im klassischen Sinn außenpolitischen Beziehungen zwischen Österreich und der Dritten Welt nachgezeichnet, erfolgt ein kursorischer Überblick über jene Themen und Positionen, die innerhalb der politischen Debatte signifikanten Raum einnahmen. So erfahren wir, wie das politische Personal den österreichischen Staat in seinem Verhältnis zur außereuropäischen Peripherie verortete und wie es sich zu Veränderungen innerhalb der globalen Machtstrukturen verhielt. Ein Exkurs über die Rolle der Ökonomie in der Formulierung und Praktizierung von Außenpolitik soll skizzieren, in welcher Form sich nationale Kapitalinteressen Geltung verschafften. In den zwei abschließenden Kapiteln der Arbeit (IV.3 und IV.4) wird es darum gehen, entlang den zentralen Achsen Entwicklungspolitik und -theorie sowie Entwicklungshilfe jene Bereiche zu analysieren, die

[7] Joachim Hirsch/Bob Jessop: Vorwort. In: Joachim Hirsch [u.a.]: Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung. Hamburg: VSA-Verlag 2001.

über Jahrzehnte hinweg einen ebenso fixen wie zentralen Bestandteil des politischen Räsonierens und Handelns im Verhältnis Österreichs zur Dritten Welt darstellten. Das Personenverzeichnis am Ende ermöglicht es, biographische Daten und Parteizugehörigkeit der im Text erwähnten Politiker und Politikerinnen nachzuschlagen.

Die Darstellung der einzelnen Teilbereiche folgt dem historischen Ablauf, wobei sich die fünf Jahrzehnte des Untersuchungszeitraums, wie ich in Kapitel III.1 (vgl. S. 26 f.) zu zeigen versuche, in drei Phasen unterteilen lassen. Diese dreiteilige Periodisierung wird uns in allen Kapiteln[8] begegnen, stellt damit ein zentrales Gliederungsprinzip der vorliegenden Arbeit dar und erleichtert es, die verschiedenen Entwicklungen innerhalb eines bestimmten Zeitraums zueinander in Beziehung zu setzen (um eine allzu knöchern-pädagogische Vorgangsweise zu vermeiden, verzichte ich zuweilen darauf, explizit Querverbindungen zwischen den einzelnen Ebenen herzustellen, und hoffe, dass offensichtliche kausale Zusammenhänge, Parallelen oder gegenläufige Tendenzen auch ohne mein Zutun identifiziert werden).

Obwohl die vorliegende Arbeit ein relativ weites Untersuchungsgebiet abdeckt, könnte und sollte sie in einer idealen wissenschaftlichen Welt, in der Zeit und Arbeitskraft unbeschränkt zur Verfügung stünden, über die Analyse des politischen Diskurses hinausgehen und sich weiteren Sektoren widmen, die für die Gestaltung des Verhältnisses zur Dritten Welt – sowohl in der Wahrnehmung als auch in der gesellschaftlichen Praxis – von Bedeutung sind. Man könnte dann zum Beispiel untersuchen, wie weit die Darstellung der Dritten Welt in den Medien mit den Sichtweisen der Politiker übereinstimmt, man könnte das Dritte-Welt-Bild der Kirchen untersuchen, die Position der NGOs oder der Sozialpartner und nicht zuletzt die Wissenschaftsproduktion. Überdies wären komparatistische Studien von Interesse, die den österreichischen Diskurs zu dem anderer Staaten in Beziehung setzten. Auf der Ebene der konkreten, materiellen Außenbeziehungen wäre, soweit dies die Quellenlage gestattet, an einer Verdichtung und Synthetisierung der Informationen sowohl zum politischen als auch zum ökonomischen Bereich zu arbeiten. Man sieht: Weite und großteils unbeackerte Felder täten sich hier auf.

Nach diesem kurzen Blick nach vorne, in eine mögliche wissenschaftliche Zukunft, muss noch ein kurzer Blick zurück geworfen werden: auf jene Arbeiten, denen der vorliegende Text den Großteil seiner Substanz verdankt. Die Geschichte des Nord-Süd-Verhältnisses

---

[8] Eine Ausnahme stellen lediglich einige kurze Unterkapitel dar, die implizit allerdings ebenfalls dieser chronologischen Logik folgen, sowie das Kapitel über die außenpolitischen Beziehungen, in dem aufgrund der besonderen Bedeutung des Staatsvertrags das Jahr 1955 als zusätzliche Binnenzäsur eingefügt wurde.

wurde in äußerst instruktiver Form von Nassau A. Adams[9] beschrieben. Starken Einfluss auf meine diesbezügliche Sicht der Dinge übten darüber hinaus Aufsätze und Bücher von Immanuel Wallerstein[10], Samir Amin[11] und Elmar Altvater[12] aus. Unter den relativ zahlreichen Büchern, die sich der entwicklungspolitischen Theoriebildung widmen, seien vor allem jene von Gilbert Rist[13], Jorge Larrain[14] und Colin Leys[15] hervorgehoben. Obwohl die Entwicklungshilfe Gegenstand einer sehr umfangreichen Wissenschaftsproduktion ist, stieß ich nur auf wenige Arbeiten, die sowohl die historische Dimension als auch einen breiteren ökonomischen und politischen Kontext berücksichtigten. Zu diesen spärlich gesäten Ausnahmen zählen Texte von Kunibert Raffer[16] und Erik Thorbecke[17]. Was den österreichischen Kontext betrifft, so existieren zwar eine ganze Reihe von Untersuchungen, in denen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs zu einzelnen Staaten und Regionen der Dritten Welt aufgearbeitet werden[18], eine monographische Gesamtdarstellung, die diese Detailstudien bündeln und systematisieren würde, fehlt aber bislang. Allerdings

---

[9] Nassau A. Adams: Worlds apart. The North-South divide and the international system. 2. Auflage. London, New Jersey: Zed Books 1997.

[10] U.a. Immanuel Wallerstein: The global picture, 1945–1990. In: Terence K. Hopkins [u.a.]: The age of transition. Trajectory of the world-system, 1945–2025. London, New Jersey: Zed Books 1996, S. 209–225.

[11] U.a. Samir Amin: Capitalism in the age of globalization. The management of contemporary society. London, New York; Cape Town: Zed Books; Institute for Policy and Social Research 1998.

[12] Elmar Altvater: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung. Der Fall Brasilien. Hamburg: VSA 1987.

[13] Gilbert Rist: The history of development. From Western origins to global faith. London, New York: Zed Books 1997.

[14] Jorge Larrain: Theories of development. Capitalism, colonialism and dependency. Cambridge: Polity Press 1989.

[15] Colin Leys: The rise and fall of development theory. Nairobi; Bloomington, Indianapolis; Oxford: EAP; Indiana University Press; James Currey 1996.

[16] Kunibert Raffer/H. W. Singer: The Foreign Aid Business. Economic Assistance and Development Co-operation. Cheltenham, Brookfield: Edward Elgar 2001.

[17] Erik Thorbecke: The evolution of the development doctrine and the role of foreign aid, 1950–2000. In: Foreign aid and development. Lessons learnt and directions for the future, hrsg. von Finn Tarp. London, New York: Routledge 2000. Ein weiteres Buch, das einen sehr umfassenden Zugang zum Thema Entwicklungshilfe eröffnet, erschien leider erst zu einem Zeitpunkt, als meine Arbeit bereits weitgehend abgeschlossen war (John Degnbol-Martinussen/Poul Engberg-Pedersen: Aid. Understanding International Development Cooperation. London, New York; Kopenhagen: Zed Books; Mellemfolkeligt Samvirke 2003).

[18] Vgl. u.a. John Bunzl: Between Vienna and Jerusalem. Reflections and polemics on Austria, Israel and Palestine. Frankfurt am Main [u.a.]: Peter Lang 1997; Mehdi Fallah-Nodeh: Österreich und die OPEC-Staaten 1960–1990. Wien: Jugend & Volk 1993 (=Stiftung Bruno Kreisky Archiv Studienreihe. 2.); Walter Sauer: Von der Schwierigkeit, auf Entwicklung zu reagieren. Österreichs Beziehungen zum Südlichen Afrika seit 1980. In: Österreich und die Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC), hrsg. von Gabriele Slezak und Richard Langthaler. Wien: ÖFSE 1998, S. 81–93; Gerda Falkner: Politische Beziehungen, Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklungshilfe in der österreichischen Außenpolitik gegenüber Lateinamerika 1970–1983. Diplomarbeit, Wien 1987.

existieren einige wenige, überaus instruktive Aufsätze, in denen vor allem Helmut Kramer[19] und Otmar Höll[20] erste Schneisen durch das Dickicht schlugen. Noch deutlich unbefriedigender ist die Forschungssituation im Bereich des entwicklungspolitischen Denkens, das bislang nur in fragmentarischer Form, nämlich auf Parteiebene, analysiert wurde.[21] Als relativ umfangreich erweist sich hingegen die Literatur zur österreichischen Entwicklungshilfe. In einigen der gründlichsten Studien liegt aber der Schwerpunkt relativ einseitig auf den quantitativen[22] oder administrativen[23] Aspekten; in Summe bildeten sie für mich dennoch eine unverzichtbare Arbeitsgrundlage.

So wichtig bedrucktes Papier für mich und für die Fertigstellung dieser Arbeit war, viel wichtiger (auch wenn es leider manchmal den gegenteiligen Anschein hatte) war eine Reihe von Menschen, die mich über die Jahre hinweg mit Trost, Rat und zuweilen sogar Tat unterstützten. Dafür aus ganzem Herzen gedankt sei Peter Feldbauer, Helmut Kramer, Wiebke Sievers, Georg Oswald, Margarita Valdivia, Ingrid Matschinegg, Karin Fischer, Christof Parnreiter, Alev Korun, Manuela Fritz, Ayşen Samstag, Claudia Thallmayer und Elfi Zechner.

---

[19] Helmut Kramer: Wirtschaftliche und politische Beziehungen zur Dritten Welt. In: Österreich im internationalen System. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick, hrsg. von Helmut Kramer [u.a.]. Wien: Braumüller 1983 sowie ders.: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945–1996). In: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, hrsg. von Herbert Dachs [u.a.]. 3., völlig neu bearbeitete Auflage. Wien: Manz 1997.

[20] Otmar Höll: Entwicklungspolitik. In: Handbuch des politischen Systems Österreichs, S. 772–788.

[21] Vgl. Gunnar Staubmann: Die entwicklungspolitische Standortsuche der österreichischen Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zum Beginn der »Ära Kreisky«. Versuch einer ideengeschichtlichen Analyse. Phil. Diss., Graz 1990 sowie meine eigene Diplomarbeit (Gerald Hödl: Die Dritte Welt in Ideologie und Politik der österreichischen Sozialdemokratie, 1970–1983. Diplomarbeit, Graz 1990).

[22] Vgl. Otmar Höll: Österreichische Entwicklungshilfe 1970–1983. Kritische Analyse und internationaler Vergleich. Wien: Braumüller 1986.

[23] Vgl. Andreas Liebmann: Handbuch der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Wien: Verlag Österreich 1994. Als Informationsquelle zur Frühgeschichte der österreichischen Entwicklungshilfe unübertroffen sind Rudolf Eder/Hermann Krobath: Die österreichische Entwicklungshilfe. Politik – Organisation – Leistungen. Wien, Dar es Salaam: o.V. 1972. (= Handbuch der österreichischen Entwicklungshilfe. 2.)

II Präliminarien

1 Der zeitliche Rahmen

Der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit umfasst exakt fünf Jahrzehnte: von 1945 bis einschließlich 1994. Der Anfangs- wie der Endpunkt entsprechen tiefen Zäsuren der österreichischen Geschichte, wobei das Jahr 1945 auch auf der globalen Ebene eine Epochengrenze darstellte.[24] Somit sollte es keiner weiteren Begründung bedürfen, warum unsere Untersuchung unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Ausgang nimmt, in jenen Jahren also, als die Zentrum-Peripherie-Beziehungen neu organisiert, neu interpretiert und neu kontrolliert wurden.

Anders verhält es sich mit dem Endpunkt dieser Arbeit, dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union am 1.1.1995, der nur aus österreichischer Perspektive von besonderer Bedeutung ist. Außerdem suggeriert dieses Datum einen zeitlich präzise bestimmbaren Umbruch, was zwar dem Bedürfnis des Historikers nach exakter Periodisierung entspricht, nicht aber der komplexen historischen Realität. Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ist lediglich der Kulminationspunkt jener in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre manifest werdenden Tendenz, die österreichische (nicht nur Außen-)Politik immer stärker an diesem Staatenbund auszurichten. Das Jahr 1995 markiert damit lediglich die Verfestigung und Institutionalisierung einer bereits bestehenden Konstellation, nämlich die Einbindung Österreichs in den westeuropäischen Block. Das Datum ist somit (wie die meisten Daten) eine Hilfskonstruktion, die es erlaubt, längerfristige polit-ökonomische Prozesse zeitlich festzumachen, und die im konkreten Fall die arbeitstechnische Erleichterung verschafft, einen Schlusspunkt setzen zu können – und nicht wie der Endredakteur einer Zeitung noch die letzten Entwicklungen ins Blatt rücken zu müssen.

Die Darstellung mit dem Jahr 1994 enden zu lassen, bringt keine nennenswerten Erkenntnisverluste mit sich: Nichts von dem, was sich seither ereignete, wich markant von jenen Prozessen ab, die sich bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre abgezeichnet hatten. Und hier

---

[24] Lediglich auf Weltregionen wie die spanisch- und portugiesischsprachigen Ländern diesseits und jenseits des Atlantik sowie das subsaharische Afrika trifft dies in geringerem Maße zu.
Ein Blick zurück auf die Erste Republik und ihre Außenbeziehungen wäre nicht ohne Reiz gewesen, dennoch sprachen einerseits die Zeitökonomie, andererseits die nur sehr beschränkte Vergleichbarkeit des internationalen Systems vor und nach dem Zweiten Weltkrieg gegen eine solche Vorgangsweise.

bietet eine Grenzziehung mit dem Jahr 1995 (speziell gegenüber der Epochengrenze 1989/1991, also dem Zerfall des realsozialistischen Blocks und der Auflösung der Sowjetunion) den Vorteil, auch jenen Zeitraum einzuschließen, in dem die vielzitierte »Neue Weltordnung« erste Gestalt anzunehmen begann.

2 Das geographische Spektrum

Ist es sinnvoll, eine große Zahl von Ländern, die sich über drei Kontinente erstrecken und von mehreren Milliarden Menschen bewohnt werden, unter einen Begriff, den der »Dritten Welt«, zu subsumieren? Und sie dann noch als solchermaßen zusammengefügte Einheit in Beziehung zu Österreich zu setzen?

Tatsächlich wirkt der Begriff »Dritte Welt« zunehmend anachronistisch – mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten in Osteuropa, der »Zweiten Welt«, ist dieser Zählweise das Mittelstück abhanden gekommen. Zudem kam es insbesondere seit den 1970er Jahren zu einer zunehmenden Differenzierung innerhalb dieser Staatengruppe, wobei unter anderem die *Newly Industrializing Countries* (NICs) oder Schwellenländer, die ölproduzierenden Staaten sowie die »Vierte Welt«, die am wenigsten entwickelten Länder (LLDCs), von wissenschaftlicher Seite als eigenständige Untergruppen hervorgehoben wurden. Diese zunehmende Heterogenität veranlasste Autoren wie Ulrich Menzel, den Begriff »Dritte Welt« für obsolet zu erklären, »weil es sie [die Dritte Welt] angesichts der Verelendung einerseits und der Erfolge andererseits als theoretisches Konstrukt im Sinne einer homogenen Gruppe von Ländern mit identischen Tiefenstrukturen [...] nicht mehr gibt, womöglich sogar nie gegeben hat«[25]. Es stellt sich allerdings die Frage, ob nicht diese Betonung des Partikularen die Funktion hat, darüber hinwegzutäuschen, dass nach wie vor eine grundlegende Dichotomie zwischen den kapitalistischen Zentren (Nordamerika, Westeuropa/EU sowie Japan) und der außereuropäischen Peripherie besteht, die sich vor allem im ökonomischen, aber auch im politischen Bereich manifestiert. Nohlen und Nuscheler treten denn auch dafür ein, am Begriff »Dritte Welt« festzuhalten, der jene Entwicklungsländer umfasse, »die sich im Selbstverständnis, ›Opfer und Ohnmächtige der Weltwirtschaft‹ zu sein [...], zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Ziele gegenüber den Industrieländern in der ›Gruppe der 77‹

[25] Ulrich Menzel: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992, S. 11.

zusammengeschlossen haben.«[26] Die Diagnose eines Interessensgegensatzes ist zweifellos richtig, allerdings greift eine Definition, die nur auf Organisationszugehörigkeit und Selbstwahrnehmung abstellt, zu kurz und wäre zu ergänzen um Kriterien wie Technologieabhängigkeit, Position gegenüber Finanzmärkten und -institutionen etc., um soziologische Indikatoren sowie um eine historisch-politische Komponente: Nahezu alle Länder der Dritten Welt teilen die Erfahrung des Kolonialismus und sind auch seit ihrer Unabhängigkeit durch direkte und indirekte politisch-militärische Interventionen seitens der Großmächte bedroht. Diese *doppelte* Asymmetrie, auf der ökonomischen wie auf der politisch-militärischen Ebene, spiegelte sich auch darin wider, dass die transkontinentale Selbstorganisation der Dritten Welt in Form *zweier*, wenn auch zu großen Teilen überlappender Gruppierungen erfolgte: die bereits erwähnte »Gruppe der 77« sowie die Bewegung der Blockfreien.

Nicht alle Länder der Dritten Welt weisen die gleichen Charakteristika auf; tatsächlich kam es zu einem Differenzierungsprozess, der es zum Beispiel für die 1990er Jahre als fragwürdig erscheinen ließe, Südkorea als Dritte-Welt-Staat zu klassifizieren. Dennoch: Gerade in einer historischen Arbeit, die auch die Konstellationen der 1950er und 1960er Jahre in Rechnung stellen muß, und angesichts des Umstands, dass die in Frage stehenden Staaten nach wie vor in den globalen ökonomischen, politischen und militärischen Machtverhältnissen eine den kapitalistischen Zentren eindeutig untergeordnete Rolle spielen, erscheint ihre begriffliche Zusammenfassung sinnvoll. Dass zu diesem Zweck dem Terminus »Dritte Welt« weiterhin der Vorzug gegeben wird, liegt an der mangelnden Tauglichkeit der Alternativen[27], liegt daran, dass es sich um den am besten eingeführten Begriff handelt, und daran, dass sein geographischer Geltungsbereich – im Gegensatz zur spätestens seit 1989/91 noch umfassenderen »Peri-

---

[26] Dieter Nohlen/Franz Nuscheler: »Ende der Dritten Welt?« In: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3. Auflage. Bonn: Dietz 1993, S. 30.

[27] Die Termini »Norden« und »Süden« sind um nichts spezifischer und suggerieren überdies, dass die geographische Lage die sozioökonomische Position eines Landes bestimme (überdies hat auch diese Begrifflichkeit unter der Desintegration der Sowjetunion gelitten). Das traditionelle Gegensatzpaar Industrie-/Entwicklungsländer scheint insofern wenig zielführend, als im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte in den meisten Teilen der Welt eine beträchtliche Industrialisierung Platz gegriffen hat und andererseits dem Entwicklungsbegriff in allen seinen Kontexten mit größter Skepsis zu begegnen ist. Die Bezeichnung »Trikont« konnte sich außerhalb internationalistischer Solidaritätsgruppen niemals durchsetzen. Und die der Weltsystemanalyse entstammende Begrifflichkeit Zentrum/Peripherie weist spätestens seit Ende der 1980er Jahre den Nachteil auf, dass den peripheren Gebieten auch weite Teile Osteuropas zuzurechnen wären und somit die Beschränkung der Untersuchung auf den außereuropäische Raum begrifflich unterlaufen würde; dennoch hat diese Terminologie ihre Vorzüge und wird daher im Verlauf der Arbeit immer wieder benutzt. Vgl. zur Frage der Begrifflichkeit auch Srinivas R. Melkote/Allen H. Merriam: The Third World: Definitions and new perspectives on development. In: The new Third World, hrsg. von Alfonso Gonzalez und Jim Norwine. 2. Auflage. Boulder (Col.): Westview 1998, S. 9 ff. Einen zusätzlichen Vorzug des Ausdrucks Dritte Welt sehen Melkote und Merriam in seiner emotionalen Kraft, stehe er doch für »a state of mind encompassing the hopes and aspirations of three-fourths of humanity« (S. 10).

pherie« – auf Lateinamerika, Afrika und Asien (mit Ausnahme Israels, der Sowjetunion und Japans) begrenzt bleibt.

Damit ist auch schon jener Raum bezeichnet, mit dem ich mich – in seinen Beziehungen zu Österreich, in der Wahrnehmung durch die österreichische Öffentlichkeit – im Rahmen dieser Dissertation beschäftigen werde. Inkludiert sind dabei die sozialistischen Länder wie China, Vietnam und Kuba ebenso wie Südafrika und der Nahe Osten. Die Einheit, die solchermaßen zwischen scheinbar disparaten Teilen gestiftet wird, ist auch in ihrem Verhältnis zu Österreich nicht so artifiziell, wie es zunächst den Anschein haben mag. Im Verlauf des Nord-Süd-Konflikts definierte sich Österreich als Teil der kapitalistischen Zentren und betrachtete die Dritte Welt als mehr oder weniger geschlossene Entität, deren Interessen mit den eigenen in etlichen Punkten konfligierten. Als ebenso homogen wurde die Dritte Welt begriffen, wenn es um die Diagnose ihrer Insuffizienzen (»Bevölkerungsexplosion«, Hunger, ökologische Katastrophen) und um die Mittel zu deren Beseitigung ging. Zur Durchführung entsprechender Maßnahmen existierte (und existiert) ein eigenes Instrument, das nur gegenüber Ländern der Dritten Welt angewendet wurde: die Entwicklungshilfe, seit den 1980er Jahren zunehmend als Entwicklungszusammenarbeit[28] bezeichnet. Die Dritte Welt ließe sich somit auch als Summe jener Staaten definieren, die als Empfänger von Entwicklungshilfe in Frage kommen. Aber es sind nicht nur die Wahrnehmung bestimmter gleichartiger Phänome und das Ergreifen gleichartiger Maßnahmen, die eine gewisse Homogenität herstellen – es ist zum Teil auch die Sichtweise selbst, die vom Standpunkt ökonomischer und kultureller Überlegenheit aus das Gegenbild einer »unterentwickelten«, »rückständigen«, bedrohlichen Dritten Welt konstruiert.

3 Die Quellen

Bei der Konzeption dieser Arbeit standen der primär ideologiegeschichtliche Zugang und die zu verwendenden Quellen als davon abhängige Variable keineswegs von vornherein fest. Vielmehr war es die Quellenlage selbst, die eine ideologiegeschichtliche Ausrichtung nahelegte. Die meisten internen Regierungsdokumente, Korrespondenzen, Gesprächsprotokolle u.ä. sind nicht zugänglich – eine detaillierte Geschichte des politischen Handelns hätte sich somit zu einem wesentlichen Teil auf Methoden der *oral history* stützen müssen, mit allen

[28] Da hier lediglich ein die Realität höchst unzureichend beschreibender Euphemismus durch einen anderen abgelöst wurde, bestand keine Veranlassung, den terminologischen Schwenk nachzuvollziehen – es wird daher im Verlauf der gesamten Arbeit von Entwicklungshilfe die Rede sein.

damit verbundenen Nachteilen, vor allem den Verzerrungen und Unzuverlässigkeiten der Erinnerung (sofern die Akteure überhaupt noch am Leben sind). Eine Geschichte der Wirtschaftsbeziehungen hätte sich ebenfalls, abgesehen von makroökonomischen Statistiken, auf eine relativ schmale Quellenbasis gründen müssen. So blieb im wesentlichen nur eine Kategorie von Quellen, die zum einen unbeschränkt verfügbar war und zum anderen über den gesamten Zeitraum hinweg die Beziehungen Österreichs zu den Ländern der Dritten Welt nachvollziehbar macht: öffentliche Äußerungen österreichischer Politiker – im Nationalrat, vor Parteiversammlungen und internationalen Konferenzen, in Interviews und Zeitschriftenartikeln. Bevorzugt analysiert wurden dabei jene Quellen, die in ihrer Regelmäßigkeit, ihrer formalen Homogenität und thematischen Offenheit ein vor allem diachron dichtmaschigeres, präziseres Bild entstehen lassen als singuläre, auf individuelle Anlässe zugeschnittene Texte. So beantwortet die Durchsicht sämtlicher Jahrgänge von Zeitschriften wie der »Zukunft« oder den »Österreichischen Monatsheften« nicht nur die Frage, welche Positionen zu bestimmten Problemen eingenommen wurden, sondern auch, wann und in welcher Häufigkeit bzw. ob überhaupt bestimmte Themen aufgegriffen wurden. In noch höherem Maße trifft dies auf die Stenographischen Protokolle des österreichischen Nationalrats zu, die pro Jahr in der Regel zumindest eine Generaldebatte zu außen- oder entwicklungspolitischen Themen enthalten – in diesem Teil des Quellenkorpus sind dann auch die kleineren Parteien ausreichend repräsentiert.

Nicht in die Untersuchung aufgenommen wurden Texte, die vor Beginn oder nach dem Ende der aktiven Laufbahn eines Politikers entstanden – nur in ganz seltenen Fällen, etwa wenn der zeitliche Abstand sehr gering und die Thematik von besonderem Interesse war, wurde von diesem Prinzip abgewichen. Nicht berücksichtigt wurde Memoirenliteratur, da für mich ausschließlich die Momentaufnahme eines gegebenen Bewusstseinsstands von Bedeutung ist, auf deren Grundlage dann die jeweils wirksamen Wahrnehmungsmuster, die jeweils entwickelten Konzepte rekonstruiert werden sollen.

Das quellenmäßige Kernstück dieser Arbeit bilden, wie bereits angesprochen, die Protokolle des österreichischen Nationalrats, wobei sowohl die Debattenbeiträge der Abgeordneten als auch schriftliche Anfragen und deren Beantwortung erfasst wurden. Angestrebt wurde größtmögliche Vollständigkeit, doch da sich die Indexierung der Protokolle als nicht sonderlich detailliert erwies, könnten in Debatten, die sich mit nicht relevant erscheinenden Themen befassten, Exkurse zu Fragen der Dritten Welt übersehen worden sein. Quantitativ dominieren hier naturgemäß Äußerungen von Parlamentariern, doch kommen regelmäßig auch Regie-

rungsmitglieder zu Wort, speziell in den Anfragebeantwortungen (zumindest nominell – zur Frage der Verfasserschaft siehe weiter unten). Nur stichprobenartig ausgewertet wurden die Stenographischen Protokolle des Bundesrates – dabei stellte sich rasch heraus, dass die dort dokumentierten Äußerungen im Regelfall den in den Nationalratssitzungen feststellbaren Argumentationslinien folgten. Neben den Nationalratsprotokollen wurden in sämtlichen Jahrgängen der theoretischen Organe von SPÖ und ÖVP – »Zukunft« und »Österreichische Monatshefte« – die von Politikern verfassten Artikel ausgewertet. Systematisch auf relevante Interviews und Artikel hin untersucht wurden auch die der SPÖ nahestehende Zeitschrift »International«, die Zeitschrift »Die Republik« sowie die »Entwicklungspolitischen Nachrichten« (seit 1991 »Südwind«). Zeitschriften der Grünen und der KPÖ konnten aus Zeitmangel ebenso wenig berücksichtigt werden wie Publikationen, in denen sich mit gewisser Regelmäßigkeit FPÖ-Politiker zu Wort meldeten (»Die Aula«); ebenso unberücksichtigt blieben Politiker-Interviews, die in Tages- und Wochenzeitungen erschienen. In bedeutendem Umfang wurden hingegen – nicht zuletzt, um auch Texte aus einem anderen kommunikativen Kontext heranzuziehen – Reden österreichischer Politiker erfasst, wobei hier zum größten Teil auf den Dokumentationsteil der »Österreichischen Zeitschrift für Außenpolitik« (seit 1984 »Österreichisches Jahrbuch für internationale Politik«), auf die Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, »Die Vereinten Nationen und Österreich«, sowie auf Editionen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten zurückgegriffen werden konnte. Dadurch, dass die Reden Bruno Kreiskys gesammelt in Buchform vorliegen und zur Gänze ausgewertet wurden, mag ein gewisses quantitatives Ungleichgewicht zu seinen Gunsten entstanden sein. Dies erscheint jedoch aufgrund der besonderen Bedeutung dieses Politikers als durchaus vertretbar. Zeitliche Ungleichgewichte wurden dadurch zu vermeiden versucht, dass jene Textsorten den Vorzug erhielten, deren Anfänge aus den 1940er und 1950er Jahre datieren (Parlamentsprotokolle, Parteizeitschriften, Reden vor der UNO). Abgerundet wird das Quellenkorpus durch einige wenige Bücher, in denen sich österreichische Politiker zu Fragen der Dritten Welt äußerten.

Um die »materielle« Seite der österreichischen Beziehungen zur Dritten Welt zu untersuchen, wurden neben der relevanten Sekundärliteratur ökonomische Statistiken (etwa zur Entwicklungshilfe) sowie die »Chronik zur österreichischen Außenpolitik« herangezogen, eine seit 1960 als Teil der »Österreichischen Zeitschrift für Außenpolitik« erstellte chronologische Auflistung aller als wesentlich erachteten Ereignisse in diesem Bereich (Staatsbesuche, bilaterale und multilaterale Abkommen, offizielle Erklärungen führender Politiker etc.); ergänzende Informationen wurden dem Außenpolitischen Bericht des jeweiligen Jahres entnommen.

4 Personen, Fraktionen

Eine historische Darstellung der Außenbeziehungen eines Landes, die den Schwerpunkt auf dessen politische Elite legt, muß sich nach den Gründen für eine solche Fokussierung fragen lassen. Auf keinen Fall gehe ich in meiner Arbeit von einem Primat der Politik aus, davon, dass politische Eliten im Bereich der Außenpolitik als ebenso voluntaristisch wie unbeschränkt Handelnde zu betrachten sind.

Es sind die Staaten – neben und in Verbindung mit ökonomischen Prozessen –, denen im Rahmen des internationalen Systems zentrale Bedeutung zukommt, auch wenn nichtstaatliche Organisationen seit jeher, aber verstärkt seit den 1970er Jahren, eine gewisse Rolle spielen (von Kirchen über Gewerkschaften bis hin zu Menschenrechtsgruppen). Gerade im Verhältnis zur Dritten Welt übernimmt der Staat nicht nur die traditionellen außenpolitischen Funktionen (etwa die Aufrechterhaltung bilateraler diplomatischer Beziehungen), sondern greift auch in überdurchschnittlichem Maße in die ökonomische Sphäre ein (wenn auch in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Kapitalverwertung): Der Staat stellt Finanzmittel für die Entwicklungshilfe zur Verfügung und definiert ihre Struktur und ihre Ziele, der Staat schließt auf bi- wie auf multilateraler Ebene Vereinbarungen ab, deren Inhalte von der Preisstabilisierung bei Rohstoffen bis hin zu Umweltfragen reichen, der Staat entsendet Vertreter in internationale Organisationen (UNO, OECD) und Finanzinstitutionen (Weltbank, IWF), die bedeutenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Dritten Welt nehmen. Neben diesem Stellenwert, den staatliches Handeln in den Beziehungen zur Dritten Welt hat, ist es vor allem der Umstand, dass es als Kristallisationspunkt unterschiedlichster Einflüsse fungiert, der eine Analyse lohnend erscheinen lässt. Ökonomische Strukturen und Interessen, globale wie nationale politische Machtverhältnisse, gesellschaftliche Strömungen, massenmediale und wissenschaftliche Diskurse – alle diese und wohl auch andere Faktoren, in unterschiedlicher Gewichtung und jeweils spezifischer Konstellation, schlagen sich in den außenpolitischen Aktivitäten eines Staates nieder.

Geht man davon aus, dass dem Staat im Rahmen der Nord-Süd-Beziehungen eine bedeutende Rolle und somit ein besonderes Erkenntnisinteresse zukommt, so muß sich dieses in einem nächsten Schritt auf jene Gruppe richten, die den staatlichen Apparat formal kontrolliert: Politiker und hohe Beamte. Auch wenn davon auszugehen ist, dass in den grundlegenden Fragen Übereinstimmung zwischen Bürokratie und politischer Führungsebene herrscht, und auch wenn die biographischen Übergänge fließend sind (so waren alle drei Außenminister der Ära Kreisky ehemalige Beamte des Außenministeriums), empfiehlt es sich, zwischen den beiden

Sektoren eine Trennlinie zu ziehen und sich auf den politischen Bereich zu beschränken – allein schon deswegen, um den Kreis der zu berücksichtigenden Personen überschaubar zu halten. Weitere Gründe für diese Entscheidung liegen darin, dass die maßgebenden Richtungsentscheidungen letztlich auf der politischen Ebene getroffen werden, sowie im bereits erwähnten Umstand, dass die Auffassungen und Aktivitäten der politischen Elite mit dem verfügbaren Quellenmaterial weitaus detaillierter dokumentiert sind als jene der Beamten. Wie brüchig die Grenze allerdings ist, äußert sich unter anderem darin, dass die zur Analyse anstehenden Politiker-Reden und -Aufsätze (und erst recht die Beantwortungen parlamentarischer Anfragen) in vielen Fällen von beamteten Mitarbeitern verfasst wurden.[29] Dass dabei die inhaltlichen Vorgaben des jeweiligen Politikers Berücksichtigung fanden und eine redaktionelle Bearbeitung durch ihn anzunehmen ist, macht viele dieser Texte zu einem adäquaten Ausdruck des symbiotischen Verhältnisses zwischen Beamtenschaft und Politik. Demnach sind viele der untersuchten Texte weder als originäre Schöpfung eines Politikers noch als ihm vollkommen Äußerliches anzusehen, sondern als Produkt eines kollektiven Prozesses, als Ausdruck eines Konsenses, der das Bewusstsein politischer Entscheidungsträger und ihrer Umgebung bestimmt. Damit lassen sie aber auch, über den konkreten Fall des jeweils sich äußernden Politikers hinausgehend, Rückschlüsse auf die in den ministeriellen Apparaten vorherrschenden Auffassungen zu.

Wie auch immer: Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht die politische Elite,[30] ein Begriff, den ich als Gruppe jener Politiker und Politikerinnen definiere, die als Mitglieder der Legisla-

---

[29] Vgl. Ruth Wodak [u.a.]: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998 (=suhrkamp taschenbuch wissenschaft. 1349.), S. 167 f.

[30] Der Begriff – den ich auf keinen Fall wertend, sondern im Sinne einer Funktionselite verstanden wissen will – konkurriert in einem allgemein als verwirrend und widersprüchlich charakterisierten semantischen Feld vor allem mit jenem der »politischen Klasse« (vgl. Wilhelm Weege: Politische Klasse, Elite, Establishment, Führungsgruppen. Ein Überblick über die politik- und sozialwissenschaftliche Diskussion. In: Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand, hrsg. von Thomas Leif [u.a.]. Bonn, Berlin: Bouvier 1992, S. 35 ff.). Abgesehen davon, dass ich eher dazu tendiere, den Klassenbegriff in seiner marxistischen Form zu verwenden und daher über das Eigentum an den Produktionsmitteln zu definieren (ein Kriterium, das auf die »politische Klasse« nicht anwendbar ist), erscheint mir die im Begriff »politische Klasse« implizierte Abgeschlossenheit problematisch. Der Begriff der »politischen Elite« bringt meiner Meinung nach eine gewisse Durchlässigkeit gegenüber anderen politischen Akteuren ebenso zum Ausdruck wie gegenüber der Gesamtgesellschaft. In meinem Verständnis stellt die »politische Elite« keine isolierte Kaste dar, sondern repräsentiert, wie gebrochen auch immer, unterschiedliche soziale Gruppen, mit denen überdies ein gewisser personeller Austausch erfolgt. Auch wenn es sich wahrscheinlich primär um eine terminologische Geschmacksfrage handelt, erscheint mir die von Weege formulierte Empfehlung nicht unplausibel: »Wenn mit dem Begriff ›politische Klasse‹ in der sozialwissenschaftlichen Forschung weder ein präzise abgrenzbares Personenkollektiv festgelegt ist noch einheitliche Struktur- und Verhaltensmuster impliziert werden, seine Verwendung überdies Anlaß zu zahlreichen Mißdeutungen und Fehlinterpretationen bietet, ist – schon aus forschungspragmatischen Gründen – zu überlegen, ob es nicht günstiger wäre, den in der Forschung anerkannten und bewährten Begrifflichkeiten und Konzepten den Vorzug zu geben. In erster Linie wäre dabei an die Konzepte der ›gesellschaftlichen Führungsgruppen‹ und der

tive oder der Exekutive Einfluss auf staatliches Handeln nehmen können, das heißt Mitglieder der Regierung sowie des Parlaments. Diese etwas schematisch anmutende Grenzziehung hat zur Folge, dass Parteien, die unterhalb bzw. abseits der parlamentarischen Ebene agieren, nicht berücksichtigt werden (so die KPÖ nach 1956 und die Grünen vor 1986). Dass Regierungsmitglieder wie Bundeskanzler und Außenminister sich im Bereich staatlicher Außenpolitik exponieren, bedarf keiner besonderen Erklärung. Anders stellt sich die Situation im Falle des Parlaments dar: Während der Bundesrat im außenpolitischen wie in anderen Bereichen eine marginale Position einnimmt, wird im Nationalrat über Außenpolitik nicht nur regelmäßig und ausführlich diskutiert, sondern gelegentlich sogar entschieden (Abschluss von Staatsverträgen, Genehmigung des Budgetkapitels »Äußeres«)[31]. Vor allem ist der Nationalrat in Sachen Außenpolitik aber jener Ort, an dem die zuständigen Regierungsmitglieder Rechenschaft ablegen: in der Beantwortung schriftlicher und mündlicher Anfragen und seit den 1970er Jahren durch die Vorlage des Außenpolitischen und des Entwicklungshilfe-Berichts; zugleich bietet sich damit den Parteien die Gelegenheit, ihre Positionen abzustecken. Insgesamt also ein für den Zweck dieser Untersuchung hervorragend geeignetes Feld: Wesentliche Teile der politischen Führungsschicht entwerfen ihre Sicht der Welt, und das in einer Ausführlichkeit und thematischen Breite, wie sie in anderen Kontexten nicht anzutreffen ist.

Es würde nicht den Intentionen dieser Arbeit entsprechen, das so entstehende Gesamtbild in seine feinen parteipolitischen Verästelungen aufzulösen. Es geht nicht darum, im Detail darzulegen, welche Position SPÖ, ÖVP, FPÖ und die anderen Parteien etwa gegenüber der iranischen Revolution einnahmen, es geht auch nicht darum, Psychogramme einzelner Politiker zu erstellen, sondern darum, die großen Entwicklungslinien nachzuzeichnen, die bestimmenden Themen und propagierten Konzepte in ihrer historischen Dimension kenntlich zu machen. Und gerade auf dieser abstrahierenden Ebene zeigt es sich, dass jene scheinbar tiefgreifenden Differenzen, die sich von Zeit zu Zeit zwischen den einzelnen Parteien beziehungsweise zwischen Regierung und Opposition auftaten, darüber hinwegtäuschen, dass in den elementaren außenpolitischen Fragen ein Grundkonsens herrschte, der nur von den Rändern des politischen Spektrums her (und auch dies nur in sehr begrenztem Maße) in Frage gestellt wurde.[32]

›(Funktions-)Elite‹ zu denken. Beide Konzepte haben sich gegenüber den konkreten Ausformungen gesellschaftlicher Machtstrukturen als ausreichend flexibel bewährt und schließen eine systembezogene Betrachtungsweise nicht grundsätzlich aus.« (Ebda., S. 61.)

[31] Vgl. Renate Kicker: Die Willensbildung in der österreichischen Außenpolitik. In: Das politische System Österreichs, hrsg. von Heinz Fischer. 3., ergänzte Auflage. Wien, München, Zürich: Europaverlag 1982, S. 374 ff.

[32] Dies deckt sich mit Beobachtungen Ralph Milibands: »[...] one of the most important aspects of the political life of advanced capitalism is precisely that the disagreements *between those political leaders who have gener-*

Es zeigt sich weiters, dass in vielen Fragen die Positionen der einzelnen Parteien zu einem gegebenen Zeitpunkt mehr Gemeinsamkeiten aufweisen als jene Positionen, die von ein und derselben Partei im Abstand von zehn oder fünfzehn Jahren eingenommen werden – dass also die auf der diachronen Ebene wirksamen Brüche oft machtvoller sind als der auf der synchronen Ebene feststellbare parteipolitische Antagonismus. Dazu trug auch bei, dass dieser Antagonismus gerade im Bereich der Außenpolitik bis Mitte der 1970er Jahre (und zum Teil darüber hinaus) bewusst hintangehalten wurde. Unter Berufung auf die exponierte geopolitische Lage Österreichs wurde beinahe über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg von Regierung wie Opposition eine »gemeinsame Außenpolitik« beschworen und über weite Strecken auch realisiert. Zum Fundus an Gemeinsamkeiten zählten die Ablehnung nichtkapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle (»Antikommunismus«), der Primat der eigenen »nationalen Interessen« sowie (bis zu Beginn der 1990er Jahre) die militärische Neutralität. Im engeren Bereich der Dritte-Welt-Politik bestand Einmütigkeit über die Notwendigkeit von Entwicklungshilfe und im (allmählich verblassenden) Glauben an eine nachholende Entwicklung der Peripherie. Dem allgemeinen Konsens entzog sich nur die KPÖ in stärkerem Maße, die Grünen hingegen blieben weitgehend eingebunden.[33]

Für die vorliegende Arbeit bedeutet dies, dass die politische Elite als – wenn auch fragile – Einheit betrachtet wird und die ihr gemeinsamen Auffassungen im Mittelpunkt der Analyse stehen. Nur in jenen nicht allzu zahlreichen Fällen, in denen sich innerhalb dieses Konsenses Risse zeigten, wird eine Differenzierung entlang der Parteigrenzen vorgenommen.

5 Ideologiekritik/Diskursanalyse

Zentraler Gegenstand dieser Untersuchung ist die Wahrnehmung der Dritten Welt durch österreichische Politiker – die Bilder, Beurteilungen und Konzepte, die in ihren Äußerungen zum Vorschein kamen. Selbst in einer selbstgenügsamen, lediglich referierenden Form hätte eine Gesamtdarstellung dieser Auffassungen ihren Wert: zu zeigen, welchen Veränderungen die Wahrnehmung eines bestimmten Teils der Realität im Laufe mehrerer Jahrzehnte unterworfen ist, wie relativ die Kategorien politischer Rhetorik sind.

---

ally been able to gain high office [Hervorhebung im Original] have very seldom been of the fundamental kind these leaders and other people so often suggest. What is really striking about these political leaders and political office-holders, in relation to each other, is not their many differences, but the extent of their agreement on truly fundamental issues.« (Ralph Miliband: The state in capitalist society. The analysis of the Western system of power. London, Melbourne, New York: Quartet Books 1973, S. 64.)

Eine solche paraphrasierende Rekonstruktion, die auf der Ebene der bloßen Beweissicherung verharrte, vergäbe dennoch eine große Gelegenheit: den zweiten Schritt zu tun, die ermittelten Haltungen in Beziehung zu den sie bedingenden sozioökonomischen und politischen Verhältnissen zu setzen und gleichzeitig in ihrem Zurückwirken auf dieselben zu analysieren – das heißt, politische Rhetorik als Ausdruck der materiellen Realität und gleichzeitig als Moment der Praxis zu begreifen. Nichts anderes meint die vielzitierte Bemerkung von Marx und Engels, es gehe darum, »die sämtlichen verschiedenen theoretischen Erzeugnisse und Formen des Bewußtseins, Religion, Philosophie, Moral etc. etc.« aus den verschiedenen Stufen der bürgerlichen Gesellschaft »zu erklären und ihren Entstehungsprozeß aus ihnen zu verfolgen, wo dann natürlich auch die Sache in ihrer Totalität (und darum auch die Wechselwirkung dieser verschiednen Seiten aufeinander) dargestellt werden kann.«[34] 150 Jahre später wird diese Auffassung, wenn auch mit leichten Akzentverschiebungen, nach wie vor geteilt, etwa von Ruth Wodak: »Einerseits formt und prägt der situationale, institutionelle und soziale Kontext den Diskurs, andererseits wirkt der Diskurs auf die soziale und gesellschaftliche [sic] Wirklichkeit formend zurück. Anders gesagt: Der Diskurs ist sowohl sozial konstitutiv als auch sozial bestimmt.«[35]

An dieser Stelle ist eine terminologische Klärung vorzunehmen. So gängig der Begriff Ideologie in den 1970er Jahren war, so gründlich wurde er im Lauf der 1980er Jahre durch den »Diskurs« verdrängt (parallel dazu trat an die Stelle der Ideologiekritik die Diskursanalyse). Beide Begriffe sind derart schillernd und werden in derart vielfältigen Bedeutungen verwendet, dass es in der Praxis zu mannigfachen Überschneidungen kommt. Diese reichen nach manchen Auffassungen so weit, dass das Konzept der Ideologie lediglich als mechanistische, vulgärmarxistische Variante des »Diskurses« erscheint.[36] Andere Autoren wiederum beharren darauf, dass die beiden Begriffe unterschiedliche, wenn auch ineinander verschränkte Phänomene bezeichnen. Demnach handelt es sich bei Ideologien um »mental frameworks – the languages, the concepts, categories, imagery of thought, and the systems of representation –

---

[33] Vgl. Franz Schandl/Gerhard Schattauer: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft. Wien: Promedia 1996, S. 402 ff.

[34] Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: Dies.: Werke, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 3. Berlin (DDR): Dietz 1983, S. 38.

[35] Wodak [u.a.], Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, S. 42.

[36] So etwa in Sara Mills: Discourse. London, New York: Routledge 1997, S. 29 f.

which different classes and social groups deploy in order to make sense of, define, figure out and render intelligible the way society works.«[37]

Diese kognitive Funktion, die eine Orientierung und Selbstverständigung ermöglicht, verschränkt sich mit jener Rolle, die Ideologie bei der Formulierung und Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen spielt[38], allen voran bei der Etablierung und Aufrechterhaltung von Herrschaft[39]. Unterschiedliche Strategien werden angewandt, um diese gesellschaftlichen Interessen abzusichern: Sie werden, wie Terry Eagleton schreibt, »masked, rationalized, naturalized, universalized, legitimated«[40]. So entsteht eine Sicht der Welt, die nicht »falsch« im Sinne einer völlig inadäquaten Beschreibung ihrer materiellen Realität ist, die jedoch bestimmte ihrer Aspekte auf Kosten anderer in den Mittelpunkt rückt und damit universalisiert. Den Kapitalismus über die Existenz von Marktbeziehungen zu definieren, um ein Beispiel Stuart Halls zu zitieren, knüpft zwar an die unmittelbaren Alltagserfahrungen mit diesem System an und benennt eines seiner wesentlichen Funktionselemente, blendet aber dennoch die gesamte Sphäre der Produktion aus. Eine solche Erklärung des Kapitalismus sei daher nicht »falsch«, sie sei aber eine Halbwahrheit.[41] Ein ähnliches Mischungsverhältnis sieht Žižek gegeben, wenn westliche Staaten unter Berufung auf Menschenrechtsverletzungen in der Dritten Welt intervenieren: Auch in diesem Fall sei der deklarierte Interventionsgrund in der Regel nicht »falsch«, dennoch verbärgen sich dahinter eine Reihe nicht deklarierter Interessen – es handle sich um ein »lying in the guise of truth«[42].

In der vorliegenden Arbeit sind wir immer wieder mit diesem vielfach gebrochenen Verhältnis zwischen politischen Äußerungen und außersprachlicher Realität konfrontiert. Es wird von Fall zu Fall zu untersuchen sein, in welchem Maß und in welcher Form die jeweilige kommunikative Konstellation dieses Verhältnis determiniert, welche Beziehung zwischen geopolitischen Konfigurationen, gesellschaftlichen Interessen und ideologischen Konstrukten besteht. Interessen werden nur in jenen Fällen direkt artikuliert, in denen der angestrebte

---

[37] Stuart Hall: The problem of ideology: marxism without guarantees. In: Ders.: Critical Dialogues in Cultural Studies, hrsg. von David Morley und Kuan-Hsing Chen. London, New York: Routledge 1996, S. 26.

[38] »[...] ideologies simply serve groups and their members in the organization and management of their goals, social practices and their whole daily social life.« (van Dijk, Ideology; S. 138.)

[39] »We are within ideological space proper the moment this content – ›true‹ or ›false‹ (if true, so much the better for the ideological effort) – is functional with regard to some relation of domination in an inherently non-transparent way.« (Slavoj Žižek: The Spectre of Ideology. In: Mapping Ideology, hrsg. von Slavoj Žižek. London, New York: Verso 1994, S. 8.)

[40] Terry Eagleton: Ideology. An introduction. London, New York: Verso 1991, S. 202.

[41] Vgl. Hall, The problem of ideology, S. 39.

[42] Žižek, The Spectre of Ideology, S. 8.

Effekt sozial weitgehend akzeptiert ist – der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu einem südostasiatischen Staat erforderte in den 1990er Jahren keine ideologische Verhüllung und konnte offen propagiert werden (lediglich auf einem diplomatischen Empfang wurde vielleicht die alte Freundschaft zwischen den Völkern Österreichs und Südostasiens betont). In vielen anderen Fällen überlagern Legitimierungs- und Rationalisierungsversuche dominante, in der Regel ökonomische, Motive – das markanteste Beispiel stellt die Entwicklungshilfe dar, bei der philanthropische Begründungen die wirtschaftlichen zumindest phasenweise in den Hintergrund treten ließen. In anderen Fällen scheinen ökonomische Praxis und ideologische Haltung in partiellem oder völligem Widerspruch zueinander zu stehen, man denke an den Kontrast zwischen entwicklungspolitischen Postulaten und österreichischen Waffenexporten. Unverzichtbarer Bestandteil der ideologischen Gesamtkonstellation sind überdies deren zahlreiche ›blinde Flecke‹, beispielsweise die weitgehende Ausklammerung der sozialen und ökonomischen Menschenrechte aus der Menschenrechtsdebatte oder die vollständige Ausblendung bestimmter Regionen und Staaten.

Nur auf einer relativ abstrakten Ebene erscheinen die nach außen gerichteten gesamtgesellschaftlichen Interessen als homogen: Die Verwertungsbedingungen des nationalen Kapitals sollen möglichst vorteilhaft gestaltet und das Gesamtsystem, in dem es operiert, erhalten werden. Doch selbst zwischen diesen beiden Grundtendenzen bestehen Gegensätze, die oft nur schwer miteinander in Einklang zu bringen sind (man denke an den Widerspruch zwischen der Durchsetzung von Kapitalinteressen und der Verhinderung sozialer Revolutionen oder ökologischer Katastrophen). Unterhalb dieser Ebene stößt man neben einem Grundbestand an Gemeinsamkeiten auf ein relativ breites Spektrum miteinander konkurrierender Motive und Interessen. Diese Heterogenität spiegelt sich auch in den von der politischen Elite vertretenen Positionen: Da stehen dann auf den Binnenmarkt orientierte Produzenten gegen international operierende (Protektionismus versus Freihandel), politische Einflussnahme gegen Wirtschaftsinteressen (Menschenrechte versus Exportförderung) etc. Eine geschlossene Ideologie, die diese zum Teil sehr disparaten Elemente *systematisch* miteinander verknüpfen und die Beziehungen Österreichs zur Dritten Welt in kohärenter Form leiten und legitimieren könnte, existiert nicht, auch nicht innerhalb eines Teils der politischen Elite. Womit wir es im weiteren Verlauf der Arbeit zu tun haben, sind lediglich Ideologie-Fragmente.

Es wäre zweifelsohne ein lohnendes Unterfangen, ihren Entstehungsbedingungen im Detail nachzugehen. Genügend Zeit und detektivisches Talent vorausgesetzt, könnte man etwa der Frage auf den Grund gehen, über welche Vermittlungsinstanzen neoliberale Konzepte ihren

Weg in die öffentlichen Erklärungen eines österreichischen Außenministers fanden: Waren nationale oder internationale Impulse dafür ausschlaggebend und welche Beziehungen bestanden zwischen ihnen? Wer waren die treibenden Kräfte, wo gab es Widerstände? Welche Rolle spielten Wissenschaft, Massenmedien und *think tanks*? Leider besteht im Rahmen einer Überblicksdarstellung wie der vorliegenden keine Möglichkeit, diese konkreten Zusammenhänge zu eruieren. Ich werde mich darauf beschränken, die unterschiedlichen Analyse-Ebenen (sozio-ökonomische und geopolitische Struktur – Diskurse/Ideologie – politisches Handeln) zueinander in Beziehung zu setzen, das heißt, die ökonomischen und politischen Entwicklungslinien mit den ideologischen/diskursiven zu synchronisieren, auf Koinzidenzen, Parallelen, Ungleichzeitigkeiten hinzuweisen und, soweit plausibel, kausale Verbindungen herzustellen. Selbst dort, wo sich eine solche Verbindung anhand des zur Verfügung stehenden Materials nicht nachweisen lässt, vermag der gewählte Ansatz zumindest neue Impulse und Indikatoren zu liefern. Verschiebungen innerhalb des ideologischen Bereichs verweisen nach meinem Verständnis auf signifikante Verschiebungen innerhalb der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen, noch bevor jene als solche erkannt, begriffen, dokumentiert sind.

Ideologie darf jedoch nicht nur von ihren Entstehungsbedingungen her, sondern muss auch in ihren Auswirkungen analysiert werden. Von der legitimatorischen Funktion von Ideologie war bereits die Rede – gewisse Interessen werden erst dann durchsetzbar, wenn sie ideologisch entsprechend eingekleidet werden. Ähnlich verhält es sich mit der Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen: »systems of domination are maintained not only through the appropriation, control and allocation of essential material requirements by the dominant class, race or gender, but also through the reproduction of particular systems of meaning which support them«[43]. Gleiches gelte auch für die Weltwirtschaft, meint Tooze: Gelingt es einem Staat, auf globaler Ebene die Definitionsmacht darüber zu gewinnen, was als ökonomisches Problem anzusehen und welche Maßnahmen zu seiner Lösung zu ergreifen seien, so werden durch eine solche ideologische Hegemonie alternative Vorstellungen, sofern sie überhaupt noch entwickelt werden, marginalisiert und diskreditiert. Als Beispiel führt Tooze die allgemeine Durchsetzung der Freihandelsdoktrin in den 1980er Jahren an.[44] Trotzdem stellt Ideologie auch in diesem Fall keine eigenständige geschichtsmächtige Kraft dar, denn die notwendige Voraussetzung für den Triumph des Neoliberalismus in der Dritten

---

[43] Roger Tooze: Economic belief systems and understanding international relations. In: Belief systems and international relations, hrsg. von Richard Little und Steve Smith. Oxford: Blackwell 1988, S. 136. Tooze bezieht sich dabei auf Andrew Sayer: Method in social science: a realist approach. London: Hutchinson 1984, S. 37.

[44] Vgl. Tooze, Economic belief systems, S. 136 f.

Welt bildeten die Verschuldungskrise und die Kontrolle der USA über die internationalen Finanzinstitutionen, die als Instrumente zu seiner Implementierung und Propagierung benutzt wurden. Ideologie ist im Regelfall nicht mehr als ein Katalysator, der Prozesse erleichtert und beschleunigt, aber nicht verursacht. Ein – vor allem auch methodisches – Problem besteht darin, zu entscheiden, ob und an welcher Stelle der ideologische Diskurs seine legitimatorische oder katalysierende Funktion hinter sich lässt und in materielles politisches Handeln umschlägt. Das in einem Nebensatz geäußerte Bedauern über eine Hungerkatastrophe hat in seinen materiellen Auswirkungen eine deutlich geringere Bedeutung als eine Getreidespende, die Anerkennung einer Befreiungsbewegung und ihrer Ziele hingegen vermag mehr zu bewirken als eine Waffenlieferung.

Während die Ideogiekritik, zumindest in meinem Verständnis, stets die historische Konstellation in Rechnung stellt, in die eine Äußerung eingebettet ist, beschränkt sich die Diskursanalyse als linguistisch geprägter Wissenschaftszweig auf die Ebene der sprachlichen Kommunikation und versucht, die dort wirksamen Strukturen und Strategien zu analysieren und die ihnen inhärenten Dominanz- und Machtverhältnisse sichtbar zu machen.[45] Betont werden dabei die Eigendynamik der Diskurse und die ihnen eigenen Mechanismen, sich innerhalb eines bestimmten Rahmens zu reproduzieren.[46] Der diskursanalytische Ansatz geht davon aus, »daß sich in den Diskursen gesellschaftliche Wirklichkeit nicht einfach widerspiegelt, sondern daß die Diskurse gegenüber der Wirklichkeit ein ›Eigenleben‹ führen, obwohl sie Wirklichkeit prägen und gestalten, ja, gesellschaftliche Wirklichkeit zuerst ermöglichen. Sie stellen selbst Materialitäten sui generis dar. Sie sind nicht etwa wesenhaft passive Medien einer In-Formation durch Realität und nicht Materialitäten zweiten Grades, nicht ›weniger materiell‹ als die ›echte‹ Realität.«[47]

Geht die Ideologiekritik von den gesellschaftlichen Verhältnissen aus und widmet sich erst in einem nächsten Schritt ihrem sprachlichen Untersuchungsobjekt, verläuft die Forschungsperspektive der Diskursanalyse in umgekehrter Richtung, wenn überhaupt. Außersprachliche Realität taucht in diskursanalytischen Studien eher unsystematisch und en passant auf, von postmodern geprägten Autoren wird sie zum Teil gänzlich negiert. Betrachtet man »Realität« nicht als sprachlich überformt, sondern als sprachlich konstruiert, schreibt man dem Diskurs

---

[45] Vgl. Wodak [u.a.], Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, S. 43 sowie van Dijk, Ideology, S. 198.

[46] Vgl. Michel Foucault: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main: Fischer 1991, S. 11 ff.

[47] Siegfried Jäger: Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, S. 4. Verfügbar unter: http://www.uni-duisburg.de/DISS/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm, 1.7.2003.

»eine eigene Wirklichkeit«, eine »eigene Materialität«[48] zu, so ist man bei seiner Analyse auf ein textimmanentes Verfahren zurückgeworfen. Für den Historiker bedeutet dies jedoch erhebliche Nachteile: Das Auftauchen neuer Themen, neuer Kategorien, neuer Sichtweisen lässt sich auf diese Weise zwar konstatieren, nicht aber begründen – außer durch einen voluntaristischen Akt der den Diskurs Bestimmenden. Ein ausschließlich textbezogener Zugang würde zum Beispiel für die frühen 1980er Jahre zutage fördern, dass im Rahmen der entwicklungspolitischen Debatte staatsinterventionistische Konzepte zunehmend durch neoliberale ersetzt wurden. Die Lobpreisung des Marktes und die Denunzierung des Staates würden dann allerdings nicht in Beziehung zu den ökonomischen Umwälzungen jener Jahre gesetzt, sondern erschienen wahrscheinlich notgedrungen als Marotte des US-Präsidenten und der britischen Premierministerin. Gerade eine historische Untersuchung würde durch einen Rückgriff auf derartige idealistische Denkmodelle ganz wesentliche Erklärungsinstrumente aus der Hand geben.

Andererseits schärft der diskursanalytische Perspektivenwechsel den Blick für jenen Bereich, der in ideologiekritischen Arbeiten, zumal jenen, die sich auf mechanistische Basis-Überbau-Modelle beschränken, weitgehend ausgespart bleibt: die kognitiven und handlungsorientierenden Aspekte von Ideologie, bedingt durch jeweils spezifische Formen der Wirklichkeitsaneignung. In diese Richtung zielen unterschiedliche politikwissenschaftliche Verfahren – die Bezeichnungen reichen von *cognitive mapping* über *belief system analysis* bis hin zur Perzeptionsanalyse –, die Vorstellungswelt und Wahrnehmungsmuster eines Politikers oder einer Gruppe von Politikern analysieren und daraus ein bestimmtes Verhalten abzuleiten versuchen. Ein zentraler Begriff in diesem Zusammenhang ist das von den Akteuren angewandte *framing* – »a way of selecting, organizing, interpreting, and making sense of a complex reality to provide guideposts for knowing, analyzing, persuading, and acting.«[49] Ein direkter Konnex zwischen den Auffassungen eines Politikers und seinen Handlungen konnte jedoch keineswegs in allen derartigen Untersuchungen festgestellt werden – und zuweilen nur in umgekehrter Richtung: So kam eine Studie über die Regierung Truman zu dem Schluss, »that policymakers' beliefs about the Soviet Union flowed from their decisions.«[50] Die Defizite dieses Ansatzes stechen ins Auge: Zum einen die Unmöglichkeit, bei öffentlichen Erklärungen zwi-

---

[48] Ebda.

[49] Martin Rein/Donald Schön: Reframing policy discourse. In: The argumentative turn in policy analysis and planning, hrsg. von Frank Fischer und John Forester. Durham, London: Duke University Press 1993, S. 146.

schen genuinen Grundhaltungen und gezielter Irreführung zu unterscheiden, zum anderen der unverhüllte Psychologismus und die Überschätzung des subjektiven Faktors. Dennoch – und dies gilt auch für die vorliegende Untersuchung – bildet ein sorgfältig erstelltes Mosaik aus Grundhaltungen und Wahrnehmungsmustern einen brauchbaren Hintergrund, der ein wenig über die Grundlagen politischen Handelns verrät.

Für den weiteren Verlauf der Arbeit lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass weder der Genese noch den Effekten von Ideologie mit mechanistischen Modellen und ehernen Gesetzmäßigkeiten beizukommen ist, dass man aber bei aller Zurückhaltung eines nicht aus den Augen verlieren darf: »The method of historical materialism [...] is to find the connections between the mental schema through which people conceive action and the material world which constrains both what people can do and how they think about doing it.«[51]

---

[50] Jerel A. Rosati: A cognitive approach to the study of foreign policy. In: Foreign policy analysis. Continuity and change in its second generation, hrsg. von Laura Neack [u.a.]. Englewood Cliffs (New Jersey): Prentice-Hall 1995, S. 65.

[51] Robert W. Cox, zit. nach Tooze, Economic belief systems, S. 137.

III Der globale Rahmen

1 Zentrum – Peripherie, 1945–1995. Eine Herrschaftsgeschichte

Bevor ich mich dem eigentlichen Gegenstand dieser Arbeit widme, der österreichischen Dritte-Welt-Politik und ihren ideologischen Repräsentanzen, erscheint es angebracht, einen Umweg zu nehmen und die bestimmenden Tendenzen der Weltpolitik und -ökonomie seit 1945 zu skizzieren. Wollte man die Außenbeziehungen eines Kleinstaates wie Österreich ausschließlich aus internen Faktoren erklären, würde ein krass verzerrtes Bild entstehen. So waren es nicht die Zielstrebigkeit und Überzeugungskraft der ÖVP oder ihres Außenministers Mock, die Österreich Mitglied der EU werden ließen, sondern die Niederlage der Sowjetunion im Kalten Krieg und die wachsende Bedeutung supranationaler Strukturen innerhalb der kapitalistischen Zentren. Nur in den globalen Kontext gestellt, lassen sich die grundlegende Ausrichtung der österreichischen Außenpolitik, ihre Positionsverschiebungen und Brüche adäquat begreifen.

Dazu ist es zunächst erforderlich, für den Untersuchungszeitraum, also die Jahre 1945 bis 1995, ein zeitliches Raster zu erstellen. Nahezu alle Periodisierungen stimmen darin überein, dass die weltgeschichtlich zentrale Zäsur in die frühen 1970er Jahre fällt. Am häufigsten wird dabei das Jahr 1973 genannt, mit dem etwa für Eric Hobsbawm das »Golden Age« der Nachkriegsjahrzehnte endet.[52] Für Samir Amin dauert die »period of prosperity« von 1945 bis 1975, gefolgt von einer bis in die Gegenwart reichenden »period of crisis«[53] (auch Hobsbawm betont den krisenhaften Charakter der Jahrzehnte seit 1975, für ihn »The Crisis Decades«[54]). Bei Immanuel Wallerstein findet sich ebenfalls diese Zweiteilung, wobei er einen sich über mehrere Jahre (1967–1973) erstreckenden Bruch annimmt, der sich zwischen eine Kondratieff-A- und -B-Phase schiebt und zugleich das Ende der US-Hegemonie markiert. Richtet man das Augenmerk speziell auf die Beziehungen zwischen dem kapitalistischen Zentrum und seinen Peripherien und die Entwicklung in ebendiesen, so muss wohl von einer längeren Übergangsphase ausgegangen werden. Eine entsprechende Periodisierung findet sich bei Marianne Marchand, in deren Augen die Jahre zwischen 1973 und 1981 eine Phase für sich darstellen, gekennzeichnet durch den relativen Niedergang der US-Hegemonie. Die

---

[52] Eric Hobsbawm: Age of extremes. The short twentieth century, 1914–1991. London: Abacus 1994, S. 8.
[53] Amin, Capitalism in the age of globalization, S. 16.

darauffolgenden Jahre seien nach dieser Lesart durch die Versuche geprägt gewesen, diese Hegemonie wiederzuerrichten.[55] Je nach Blickwinkel verschieben sich die Datierungen: Folgt man ökonomischen Parametern, wird man die Jahre zwischen 1971 (Aufhebung der Goldkonvertibilität des Dollars und in weiterer Folge 1973 das Ende der fixen Wechselkurse) und 1973/74 (Beginn der globalen Rezession) als mögliche Anfangs-, die Jahre zwischen 1979 und 1982 (mit der »neoliberalen Wende« in der US-amerikanischen und britischen Wirtschaftspolitik und dem Ausbruch der Schuldenkrise) als mögliche Endpunkte dieser Übergangsperiode betrachten; rückt man politische Aspekte in den Vordergrund, verschiebt sich diese Phase jeweils um einige Jahre weiter in die Vergangenheit, wobei einerseits die weltweiten Rebellionen des Jahres 1968 und die um 1970 einsetzende Entspannungspolitik zu nennen wären, zum anderen die letzten bedeutenden antiimperialistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts (in Nicaragua und im Iran) sowie das Wiederaufleben des Kalten Kriegs (von den USA ausgehende Intensivierung des Wettrüstens und sowjetische Invasion Afghanistans), allesamt auf das Jahr 1979 zu datieren.[56] Angesichts der tiefgreifenden und komplexen Transformationsprozesse, die sich in diesem runden Jahrzehnt vollzogen und in beide Richtungen darüber hinausreichen, ist es vermessen, zumal aus geringem zeitlichem Abstand, exakte Jahreszahlen als Epochengrenzen anzugeben.[57] Ganz generell lässt sich mit Blick auf die Dritte Welt konstatieren, dass zu Beginn der 1970er Jahre eine Periode des politischen Aufbruchs und der ökonomischen Expansion in eine von widersprüchlichen Tendenzen geprägte Übergangsphase eintrat, die ihrerseits zu Beginn der 1980er Jahre von einer Periode abgelöst wurde, in der die vollständige Restauration der politischen und ökonomischen Macht der kapitalistischen Zentren auf der Tagesordnung stand. Innerhalb der beiden langen Perioden (vor ≈1970 und nach ≈1980) ist jeweils eine Binnenzäsur festzustellen, wobei die Jahre um 1960 (kubanische Revolution, Dekolonisierungswelle in Afrika und der Karibik) global gesehen möglicherweise von geringerer Bedeutung waren als der Untergang des realsozialistischen Blocks dreißig Jahre später.

---

[54] Hobsbawm, Age of Extremes, S. 403.

[55] Marianne H. Marchand: The political economy of North-South relations. In: Political Economy and the Changing Global Order, hrsg. von Richard Stubbs und Geoffrey R. D. Underhill. New York: St. Martin's Press 1994, S. 290 f.

[56] Es ist eine bemerkenswerte Koinzidenz, dass die Alleinregierung der SPÖ (1970–1983) genau in diese Umbruchperiode fiel.

[57] Alle diese Periodisierungen sind notwendigerweise auf die Hauptakteure fixiert. Die zum Teil völlig abweichenden historischen Erfahrungen bestimmter Regionen fallen derlei Generalisierungen zum Opfer. Würde man die Nachkriegsgeschichte etwa aus angolanischer Perspektive schreiben wollen, käme man zu völlig anderen Ergebnissen.

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die markanten Entwicklungen innerhalb der drei Perioden herauszuarbeiten, wobei der Schwerpunkt auf jenen zwei Bereichen liegt, die gemeinhin als Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt bezeichnet werden. Diese Terminologie unterschlägt nicht nur die Konfliktursachen, sondern legt auch nahe, dass es sich um zwei völlig separate Frontstellungen gehandelt habe. Dies geht so weit, dass die in beiden Fällen involvierten kapitalistischen Zentren mit unterschiedlichen Begriffen belegt werden: Norden, Westen. Dazu kommt noch, dass der Nord-Süd-Konflikt ausschließlich ökonomisch begriffen wird, als Auseinandersetzung über die Gestaltung globaler Wirtschaftsstrukturen, während man umgekehrt den Ost-West-Konflikt primär unter politischen und militärischen Aspekten betrachtet. Tatsächlich täuscht eine soche Sichtweise darüber hinweg, wie sehr die beiden Konflikte ineinander verzahnt waren, ja, dass es sich im Grunde um den gleichen Antagonismus handelte: um die divergierenden Interessen zwischen den kapitalistischen Zentren einerseits und Staaten der Peripherie andererseits, die auf dem Weg einer nachholenden Industrialisierung ihre Position innerhalb des Weltsystems zu verbessern suchten.[58] Dabei klinkte sich die eine Staatengruppe (der »Osten«) zumindest bis in die 1970er Jahre weitgehend aus der kapitalistischen Weltwirtschaft aus und verfügte auch über die Mittel, dies politisch und militärisch abzusichern (daher wurde diesem Hindernis besondere Aufmerksamkeit geschenkt). Der anderen, sehr heterogenen, Staatengruppe (dem »Süden«) ging es um wirtschaftspolitische Zugeständnisse seitens der kapitalistischen Zentren, ein Bruch mit dem System war nicht beabsichtigt (darauf verweisen auch die häufig gezogenen Parallelen zum Reformismus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, etwa wenn die »Gruppe der 77« als »Gewerkschaft der Dritten Welt« bezeichnet wird). In der Dritten Welt überlagerten sich die beiden Konfliktachsen im Falle jener Länder, die mit Unterstützung des sowjetischen Blocks einen so genannten sozialistischen Entwicklungsweg einschlugen. Die Angst davor, dass das Beispiel Chinas (und später Kubas) Schule machen könnte, beeinflusste die Politik gegenüber den außereuropäischen Peripherien ganz entscheidend und förderte, je nachdem, Konzessions- oder Repressionsbereitschaft. Letztere fand allerdings in etlichen Fällen »ihre Grenzen [...] am militärischen Potenzial der UdSSR, ohne dessen Rückendeckung Herausforderungen wie die

[58] Die Wesensähnlichkeit der zwei Konflikte zeigte sich in besonders prägnanter Weise in den 1980er Jahren, als an beiden Fronten, unter anderem dank derselben ökonomischen Mechanismen (Schuldenkrise), der »Westen«/»Norden« triumphierte.

durch Vietnam, Angola oder Nikaragua sehr wahrscheinlich entschieden rücksichtsloser niedergeworfen worden wären.«[59]

Doch beileibe nicht jeder Krieg, in den Staaten des kapitalistischen Zentrums involviert waren, war ein Stellvertreterkrieg im Ost-West-Konflikt (man denke an den ersten Golfkrieg), und beileibe nicht jede Diktatur, die mit Unterstützung des »Westens« errichtet wurde, kam dem in diesem Zusammenhang gern als Begründung angeführten »kommunistischen Umsturz«, d.h. einer prosowjetisch orientierten sozialen und politischen Revolution, zuvor. Vielmehr müssen wir davon ausgehen, dass zwischen- und innerstaatliche Gewalt in etlichen Fällen integraler Bestandteil des Nord-Süd-Konflikts war und ausschließlich dazu diente, im Bündnis mit Teilen der einheimischen Eliten die Verwertungsbedingungen des transnationalen Kapitals zu verbessern und nationalistische Extravaganzen zu unterbinden (Guatemala etwa stand 1954 keineswegs davor, aus der kapitalistischen Weltwirtschaft auszubrechen). Bei der Darstellung der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Zentren und der Dritten Welt müssen wir uns also bemühen, sowohl die ökonomische als auch die politische Sphäre in angemessener Weise zu berücksichtigen, sie als Macht- und Gewaltverhältnis darzustellen und zugleich die Ost-West-Konfrontation weder zur alles überlagernden, eigenen Gesetzen folgenden Konfliktformation hochzustilisieren noch sie aus den Augen zu verlieren. Nicht übersehen werden soll daneben die innerimperialistische Konkurrenz zwischen den drei kapitalistischen Zentren Nordamerika, Westeuropa und Japan, obwohl dieser Konflikt erst seit den 1970er Jahren an Bedeutung gewann und sich selbst dann nur in seltenen Fällen deutlich sichtbar manifestierte.

1.1 Phase 1: 1945–1971/1973

Die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den USA um die Nachfolge Großbritanniens als globaler Hegemonialmacht war mit der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg entschieden. In Anbetracht der beiden Weltkriege und der auf sie jeweils folgenden Revolutionen sahen die kapitalistischen Zentren das von ihnen dominierte Gesamtsystem akut gefährdet. Eine dieser Revolutionen hatte immerhin dazu geführt, dass mit der Entstehung der Sowjetunion der säkulare Trend einer permanenten Expansion der kapitalistischen Weltwirtschaft erstmals umgekehrt und im flächenmäßig größten Land der Erde ein nichtkapitalistischer Entwicklungsweg eingeschlagen worden war. Die Sowjetunion mit ihrer weitgehend

[59] Ekkehart Krippendorff: Internationale Politik. Geschichte und Theorie. Frankfurt am Main, New York: Cam-

autarken Wirtschaft wurde nach 1945 nicht nur deswegen zum Gegner, weil sie sich und ihre osteuropäischen Satelliten dem Zugriff der kapitalistischen Zentren zunächst erfolgreich entzog, sondern auch deshalb, weil ihr Beispiel und ihre diplomatische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung sozialistische und linksnationalistische Bewegungen bzw. Regierungen darin bestärkte, den politischen und ökonomischen Orbit des Westens zu verlassen. Die Bekämpfung derartiger Bestrebungen stellte *die* Grundkonstante westlicher Politik nach (und mit Ausnahme des 2. Weltkriegs auch vor) 1945 dar. Ihren markantesten ideologischen Ausdruck fand sie in der Truman-Doktrin, die 1947 die Parteinahme im griechischen Bürgerkrieg mit der Entschlossenheit der USA rechtfertigte, »alle freien Völker zu unterstützen, die sich Unterjochungsversuchen durch bewaffnete Minderheiten oder auswärtigen Druck widersetzten«[60].

Neben dieser Herausforderung durch die Gegenmacht Sowjetunion mussten sich die kapitalistischen Zentren einem strukturellen Problem stellen, das die vorhergegangenen Jahrzehnte geprägt hatte: die innerimperialistische Konkurrenz, die zu zwei Weltkriegen geführt und die Dimensionen der Weltwirtschaftskrise durch Protektionismus und unkoordinierte Währungsabwertungen ins Desaströse gesteigert hatte. Noch vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, 1944, wurden auf der Konferenz von Bretton Woods die Stützpfeiler der ökonomischen Nachkriegsordnung errichtet: IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank. Der IWF war als Interventionsinstrument bei Währungs- und Zahlungsbilanzproblemen konzipiert, die Weltbank sollte ursprünglich vor allem das für den Wiederaufbau in Europa benötigte Kapital bereitstellen;[61] ihre Bedeutung als Kreditgeber für die Staaten der Dritten Welt gewann sie erst im Lauf der 1950er Jahre. Generell fiel den beiden Bretton-Woods-Institutionen im Verhältnis zu den außereuropäischen Peripherien die Funktion zu, »den sich erst zu Nationalstaaten entwickelnden Teil der Erde in die kapitalistische Weltgesellschaft einzubinden und zur Einhaltung ihrer Ordnungsprinzipien zu zwingen.«[62] In IWF und Weltbank bestimmten dank des gewichteten Stimmrechts die Staaten der kapitalistischen

---

pus 1986 (=Campus Studium. 568.), S. 267.

[60] Zit. in Erich Angermann: Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917. 7. Auflage. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1983 (=dtv. 4007.), S. 297.

[61] Dies drückte sich in der ursprünglichen Bezeichnung *International Bank for Reconstruction and Development* aus. Erst 1960 wurde mit der *International Development Association*, die auf den Finanzbedarf der ärmsten Staaten zugeschnitten ist, jenes zweite institutionelle Standbein errichtet, das seither gemeinsam mit der IBRD unter der Bezeichnung Weltbank firmiert.

[62] Peter Körner [u.a.]: Bretton Woods vierzig Jahre danach: Leistungen und Defizite von IWF und Weltbank. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26, 1985, Sonderheft 16: Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, hg. von Franz Nuscheler, S. 387.

Zentren, wobei durch die unumstrittene Vormachtstellung der USA die systemgefährdende innerimperialistische Konkurrenz wenn schon nicht ausgeschaltet, so doch erheblich gedämpft wurde (eine ähnliche Konstellation prägte auch die 1949 gegründete NATO). Zugleich wurde mit der Neuordnung des internationalen Finanzsystems, und dies war Ausdruck und eine der Grundlagen der US-Hegemonie, »die Weltgeldfunktion nach der zwischenkriegszeitlichen Phase der Ambivalenz dem nationalen Geld der USA übertragen.«[63] Als dritte Bretton-Woods-Institution sollte die ITO (International Trade Organisation) das Prinzip des Freihandels durchsetzen; realisiert wurde schließlich 1947 mit dem GATT eine reduzierte Variante, auch sie entsprach primär den Interessen der kapitalistischen Zentren.[64] Neben diese multilateralen Institutionen ökonomischer Natur traten, unter Einbeziehung der Sowjetunion, die Vereinten Nationen und deren vielfältige Unterorganisationen. Sie dienten gemeinsam mit den Bretton-Woods-Institutionen als »internationale Institutionen der Regulierung von ökonomischer Reproduktion und gesellschaftlichen und politischen Konflikten«[65], wobei unter dieser historisch neuartigen Regulierung in erster Linie eine Formalisierung von Machtbeziehungen in einem globalen Rahmen zu verstehen ist.

Die vor allem von den USA als mit Abstand stärkster wirtschaftlicher Macht im Zuge ihrer *Open Door*-Politik betriebene Öffnung bislang abgeschirmter Märkte betraf nicht zuletzt die europäischen Kolonialreiche, die nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererstanden. Die Kolonialmächte – Großbritannien, Frankreich, Belgien, Spanien, Portugal und die Niederlande – gerieten von einer anderen Seite noch vehementer unter Druck: In Afrika und stärker noch in Asien gewannen die antikolonialistisch orientierten einheimischen Eliten zunehmend an Einfluss, erschütterten Streiks und lokale Rebellionen das koloniale Herrschaftssystem. Die durch den Zweiten Weltkrieg größtenteils massiv geschwächten westeuropäischen Staaten standen vor dem Dilemma, steigende Kosten für Repressionsmaßnahmen tragen und zugleich dem US-Kapital über kurz oder lang ungehinderten Zugang zu den kolonialen Rohstoff- und Absatzmärkten gewähren zu müssen. Großbritannien entschloss sich in dieser Situation, seine mit Abstand bedeutendste Kolonie, Indien, bereits 1947 in die Unabhängigkeit zu entlassen. Indonesien wurde 1949 nach relativ kurzem Befreiungskampf gegen die Niederlande ein souveräner Staat. Deutlich langsamer ging die Dekolonisierung in jenen Gebieten vonstatten, wo eine Machtübernahme durch sozialrevolutionäre Kräfte zu erwarten stand. In diesen Fällen

---

[63] Altvater, Sachzwang Weltmarkt, S. 211.
[64] Vgl. Adams, Worlds apart, S. 39 f.
[65] Altvater, Sachzwang, S. 210.

(vor allem in Malaya und Vietnam, später auch in den portugiesischen Kolonien) wurden die Kolonialmächte in ihrem Kampf gegen die jeweiligen Befreiungsbewegungen von den USA sogar aktiv unterstützt.[66]

Das Ziel der Dekolonisierung bestand darin, den Machttransfer an die Eliten der neuen Staaten in einer Art und Weise durchzuführen, dass diese in die kapitalistische Weltwirtschaft ebenso eingebunden blieben (und zwar nach Möglichkeit unter Beibehaltung der kolonialen Wirtschaftsstrukturen und Besitzverhältnisse) wie in den politischen und militärischen Einflussbereich des Westens. Die Mittel, mit denen dies bewerkstelligt wurde, umfassten unter anderem Militär- und Wirtschaftshilfe, bilaterale Militärabkommen, die Eingliederung der einzelnen Länder in prowestliche Militärbündnisse (CENTO, SEATO) und Organisationen wie die OAS (Organisation amerikanischer Staaten), Verträge wie die Assoziierungsabkommen von Yaoundé (und später Lomé) zwischen der EWG und ehemaligen afrikanischen Kolonien, die Mitgliedschaft in postkolonialen Traditionsverbänden wie der *Communauté Française* oder dem *Commonwealth* sowie bilaterale Wirtschafts- und Investitionsschutzabkommen. Diese vor allem auf Klientelbeziehungen beruhenden Dominanzverhältnisse, die durch die Kontrolle über internationale Organisationen wie IWF und Weltbank ergänzt wurden, sicherten als »informeller Imperialismus«[67] die hegemoniale Position der kapitalistischen Zentren unter Führung der USA wirkungsvoll ab, und zwar nicht nur in den neu entstandenen Staaten, sondern auch in Lateinamerika und im Nahen Osten.[68] Reichten diese Instrumente nicht aus und drohte ein Staat aus dem neokolonialen Herrschaftssystem ganz oder teilweise herauszufallen oder verletzte er systematisch die Spielregeln der neokolonialen Wirtschaftsordnung (etwa durch umfangreiche Verstaatlichungen), griffen die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten als Ultima ratio zum Mittel der offenen oder verdeckten militärischen Intervention (Korea 1950–1953, Iran 1953, Guatemala 1954).

Die Mittel, mit denen der Westen die Kontrolle über die souveränen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aufrechtzuerhalten versuchte, erwiesen sich allerdings nicht immer als

---

[66] Vgl. Robert Falkner: Auslandshilfe und *Containment*. Anfänge amerikanischer Auslandshilfepolitik in der Dritten Welt, 1945–1952. Münster, Hamburg: Lit 1994, S. 115; vgl. auch Thomas Reifer/Jamie Sudler: The interstate system. In: Terence K. Hopkins [u.a.]: The age of transition. Trajectory of the world-system, 1945–2025. London, New Jersey: Zed Books 1996, S. 14.

[67] Ankie Hoogvelt: Globalisation and the postcolonial world. The new political economy of development. London, Basingstoke: Macmillan 1997, S. 34.

[68] Mit dieser »Multilateralisierung« des Herrschaftssystems zwischen Zentrum und Peripherie wurden auch die Kosten seiner Aufrechterhaltung (Militärhilfe, Entwicklungshilfe etc.) neu verteilt. Die ehemaligen Kolonialmächte verloren zwar ihre wirtschaftliche Monopolstellung in den ehedem beherrschten Gebieten, parallel dazu reduzierte sich allerdings auch ihr finanzieller Aufwand.

zureichend. Selbst massive Militär- und Wirtschaftshilfe an Tschiang Kai-schek konnte nicht verhindern, dass der chinesische Bürgerkrieg 1949 mit dem Triumph der Kommunisten endete.

Während derartige Systemwechsel die Ausnahme blieben, verfügten auch die in die kapitalistische Weltwirtschaft integrierten Staaten der Peripherie, speziell die größeren wie Indien, Indonesien oder Ägypten, über einen gewissen Handlungsspielraum, den sie durch kollektives Vorgehen zu bewahren oder gar auszuweiten versuchten. Das Zentrum dieser Bestrebungen lag zunächst in Asien, wo 1947 in New Delhi mit der *Asian Relations Conference* der erste Versuch unternommen wurde, gemeinsame Positionen der teilnehmenden asiatischen Staaten und Unabhängigkeitsbewegungen zu erarbeiten. Auf Afrika wurden diese diplomatischen Aktivitäten 1952 ausgeweitet, als in Kairo zwölf Vertreter afrikanischer und asiatischer Staaten zusammentrafen. 1955 fand diese afro-asiatische Kooperation mit der Konferenz von Bandung ihren Höhepunkt. Gleichzeitig gilt diese Konferenz als Geburtsstunde einer neuen politischen Entität, der Dritten Welt. Vor dem Hintergrund der den meisten Teilnehmerstaaten gemeinsamen kolonialen Geschichte standen die Verurteilung der nach wie vor bestehenden Kolonialregime, vor allem in Afrika, die Betonung der (meist neugewonnenen) staatlichen Souveränität sowie die Forderung nach einer Demilitarisierung der Weltpolitik im Mittelpunkt. Dabei tat sich allerdings eine tiefe Kluft auf zwischen jenen Staaten, die so wie Indien ihre politische Unabhängigkeit nach allen Richtungen demonstrierten (und dabei dem Westen und seinen hegemonialen Ambitionen oft mit größerem Misstrauen begegneten als der Sowjetunion, die in ökonomischer Hinsicht zum Teil sogar als Modell angesehen wurde[69]), und jenen, die sich so wie Pakistan über regionale Militärpakte in die Hegemoniestrukturen der kapitalistischen Zentren formell einbinden ließen. Die Bandbreite der Haltungen gegenüber den kapitalistischen Zentren und dem realsozialistischen Gegensystem erklärt sich hauptsächlich aus dem Spannungsfeld zwischen der Angst der neuen Staaten vor neokolonialer Abhängigkeit einerseits und der Angst der neuen herrschenden Klassen (meist traditionelle Eliten feudaler Prägung) vor einer sozialen Revolution.

Folgen dieser für die meisten Regierungen der Dritten Welt typischen, allerdings variablen Mischung aus Antikolonialismus und Antikommunismus waren zum einen die Entstehung der Blockfreien-Bewegung, zum anderen eine Wirtschaftspolitik, die unter der Ägide einer sich formierenden nationalen Bourgeoisie und unter starker Beteiligung des Staates die Moderni-

---

[69] Vgl. Adams, Worlds apart, S. 71.

sierung und Industrialisierung der peripheren Gebiete anstrebte.[70] Die Ursprünge dieser Entwicklung reichten in die 1930er Jahre zurück, als die lateinamerikanischen Staaten infolge des faktischen Zusammenbruchs des Weltmarkts den Weg der importsubstituierenden Industrialisierung einschlugen. Trotz des geänderten globalen Kontexts wurde diese Wirtschaftspolitik nach 1945 unter dem Schlagwort des »desarrollismo« fortgesetzt, wobei vor allem die industrielle Struktur in Richtung langlebiger Konsum-, später sogar Investitionsgüter diversifiziert werden sollte. Sicherzustellen versuchte man dies unter anderem durch eine staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik (Verstaatlichungen, Infrastrukturinvestitionen etc.), protektionistische Maßnahmen und die kontrollierte Einbindung transnationaler Konzerne. Bereits in den 1960er Jahren schlitterte dieses Entwicklungsmodell, das in modifizierter Form auch von vielen asiatischen und afrikanischen Staaten praktiziert wurde,[71] in eine tiefe Krise.

Eine Folge dieser Krise, die sich unter anderem in wachsenden Handelsbilanzdefiziten äußerte, bestand in der zwar schon in den 1950er Jahren erstmals erhobenen, nun aber immer drängenderen Forderung der peripheren Staaten, die Art und Weise ihrer Einbindung in die kapitalistische Weltwirtschaft zu ändern. Die 1960er Jahre waren jene Periode, in der sich die konfligierenden Interessen zwischen kapitalistischen Zentren und Peripherien erstmals systematisch artikulierten und jene institutionellen Formen annahmen, in deren Rahmen sich diese Auseinandersetzung bis in die 1990er Jahre bewegen sollte. Dabei kam es erstmals zum Schulterschluss zwischen Afrika, Asien und Lateinamerika, wodurch sich die primär antikolonial motivierte afro-asiatische Achse zu einem hauptsächlich über seine ökonomische Position innerhalb des Weltsystems definiertes Konglomerat erweiterte. Die Hauptforderungen dieser Dritten Welt richteten sich auf eine erhöhte Kapitalzufuhr zu verbesserten Konditionen (etwa durch Entwicklungshilfe oder Entwicklungsbanken), auf eine Erhöhung oder zumindest Stabilisierung der Rohstoffpreise, um aus diesen Einnahmen die Industrialisierung weiterhin finanzieren zu können, sowie auf einen besseren Weltmarktzugang für in der Peripherie erzeugte Fertigwaren, um die Handelsbilanzprobleme in den Griff zu bekommen und angesichts der beschränkten Binnenmärkte die Produktionsvolumina und damit die Produktionseffizienz steigern zu können.

---

[70] Vgl. Amin, Capitalism, S. 17.

[71] In vielen Fällen – insbesondere in Afrika – begünstigte jedoch bereits die Importsubstituierungsphase transnationale Konzerne ganz eklatant und schuf gleichzeitig die industrielle Basis für die neoliberale Restrukturierung der Weltwirtschaft; vgl. Robert Biel: The New Imperialism. Crisis and contradictions in North-South relations. London, New York: Zed Books 2000, S. 84 f.

Zu einer der treibenden Kräfte hinter diesen Forderungen wurde die 1961 in Belgrad gegründete Bewegung der Blockfreien, zum zentralen Forum entwickelten sich die Vereinten Nationen. In dieser oligarchisch strukturierten Organisation kam es insofern zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse zu Gunsten der Dritten Welt, als die große Zahl der durch die Dekolonisierung entstandenen Staaten die Mehrheitsverhältnisse in der Generalversammlung eindeutig zu Gunsten der Dritten Welt veränderte. Auch wenn der damit verbundene reale Machtgewinn als eher gering einzuschätzen ist, reichte er doch aus, um gegen den anfänglichen Widerstand vor allem der großen westlichen Staaten[72] auf der UN-Generalversammlung des Jahres 1962 die regelmäßige Abhaltung einer UN-Konferenz für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) durchzusetzen. Diese sollte in erster Linie dazu dienen, den seit Jahren rückläufigen Anteil peripherer Länder am Welthandel zu steigern. Entsprechende Forderungen wurden von seiten der Dritten Welt auf allen Welthandelskonferenzen seit UNCTAD I, die 1964 in Genf stattfand, erhoben, wobei zu Koordinierung der divergierenden Positionen 1967 in Algier die Gruppe der 77 gegründet wurde – der neben der Blockfreien-Bewegung bedeutsamste Zusammenschluss von Ländern der Peripherie. Als Reaktion auf diese Bestrebungen hatte die EWG bereits 1963 im Abkommen von Yaoundé 18 ehemaligen französischen und belgischen Kolonien in Afrika höhere Exportquoten, niedrigere Zölle sowie die Einrichtung eines Entwicklungsfonds zugesichert.

Diese organisatorische Gründerzeit (die auch an den Staaten des Zentrums nicht spurlos vorüberging und 1961 die OECD als Nachfolgerin der OEEC entstehen ließ) und die Dynamik, die sich in den Zentrum-Peripherie-Beziehungen in der ersten Hälfte der 1960er Jahre auch auf institutioneller Ebene äußerte, ist nicht nur als Reaktion auf die sich abzeichnende Malaise der Versuche nachholender Industrialisierung zu deuten, sondern auch im Zusammenhang mit Verschiebungen im globalen Machtgefüge zu sehen. Der fehlgeschlagene Angriff Großbritanniens und Frankreichs auf Ägypten 1956, nach der Verstaatlichung des Suez-Kanals durch Nasser, demonstrierte die zunehmenden Schwierigkeiten speziell Westeuropas, seine Interessen in den souveränen Staaten der Peripherie politisch und militärisch durchzusetzen (unterstrichen wurde dieser Machtverfall durch die Niederlagen Frankreichs in den Kolonialkriegen in Indochina und Algerien). Die große Dekolonisierungswelle, die vom Ende der 1950er Jahre bis zum Beginn der 1960er Jahre dem

[72] Es hatte den Anschein, schreibt Adams, »as if they were dragged kicking and screaming to the conference table.« (Adams, Worlds apart, S. 79.)

größten Teil Afrikas und der Karibik die politische Unabhängigkeit eintrug, vergrößerte die Unwägbarkeiten des neokolonialen Herrschaftssystems.

Dies umso mehr, als ökonomische Sanktionen im Falle politischer Unbotmäßigkeit von der Sowjetunion unterlaufen wurden: in Ägypten beispielsweise, wo die UdSSR bei der Finanzierung und dem Bau des Assuan-Staudamms einsprang, oder in Guinea, das nach der Streichung jeglicher finanzieller Unterstützung durch Frankreich 1958 großzügige Wirtschafts- und Militärhilfe von seiten des RGW erhielt. Aus westlicher Sicht nicht minder bedenklich erschien die sowjetische Beteiligung an nationalen Industrialisierungsprogrammen, etwa durch den Bau von Stahlwerken in Indien und Indonesien.[73] Dies stellte nicht nur aufgrund der individuellen entgangenen Aufträge ein Ärgernis dar, sondern ließ vor allem befürchten, dass periphere Staaten in zunehmendem Maße eine nationalistische Wirtschaftspolitik praktizieren und sich mit sowjetischer Unterstützung dem Zugriff des metropolitanen Kapitals entziehen könnten.[74] Und genau in dieser kritischen Phase vollzog sich 1959 – im unmittelbaren Herrschaftsbereich der USA – die kubanische Revolution, die angesichts der feindlichen Haltung der USA bei der Sowjetunion Rückhalt suchte und fand.

Die Reaktion des Westens auf diese Ereignisse bestand in verstärkten Entwicklungshilfe-Anstrengungen (besonders markant die *Alliance for Progress*[75] der USA, aber auch die Gründung regionaler Entwicklungsbanken und die Schaffung der UNIDO) und in einer zögerlichen Bereitschaft, in Verhandlungen über die Neugestaltung der Austauschbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie einzutreten. Dies ging so weit, dass die USA entgegen ihrer sonstigen

---

[73] Vgl. ebda, S. 68 f. Es ist hier überdies zu berücksichtigen, dass die sowjetische Wirtschaft in jenen Jahren überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten erreichte und nicht zuletzt aufgrund der spektakulären technologischen Fortschritte in der Raumfahrt und im militärischen Bereich von den kapitalistischen Zentren auf allen Linien als ernstzunehmende Systemkonkurrenz begriffen wurde.

[74] Zu den drei Varianten einer unterschiedlich ausgeprägten, aber »vergleichsweise radikalen Dissoziation« vom Weltmarkt zählt Wolfgang Hein neben dem sowjetischen bzw. chinesischen Modell und der Politik »vorsichtiger Herauslösung aus der Dynamik des kapitalistischen Weltsystems« im Chile Allendes und im Nicaragua der Sandinisten »das Modell des ›Nasserismus‹, einer entwicklungsorientierten Militärdiktatur«, das allerdings relativ weitreichende Wirtschaftsbeziehungen mit den kapitalistischen Zentren zuließ (als Beispiele führt Hein Ägypten, Algerien, Syrien, Peru und Ecuador an); vgl. Wolfgang Hein: Unterentwicklung – Krise der Peripherie. Phänomene – Theorien – Strategien. Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 268 f.

[75] »The political logic behind the Alliance for Progress was therefore that it was the most effective way to combat the revolutionary appeal of the communists, on the assumption that this could best be achieved by eradicating the conditions considered the breeding ground of this appeal. [...] the more idealistic elements of this approach did not survive long into the implementation phase, which soon saw a return to business as usual in supporting the traditional military oligarchies as the best bastion against communism and radical change.« (Adams, Worlds apart, S. 73.) Ähnlich auch Halperin Donghi, nach dessen Auffassung erst mit dem Amtsantritt Präsident Johnsons die Repression wieder an die Stelle der Sozialreform trat (vgl. Tulio Halperin Donghi: Ge-

Haltung in Sachen Rohstoffabkommen 1963 den Abschluss des Internationalen Kaffeeabkommens unterstützten (Hauptnutznießer daraus waren die als politisch instabil eingeschätzten Länder Brasilien und Kolumbien).[76]

Auf der anderen Seite verfolgten die westlichen Großmächte (allen voran die USA), was die Herrschaftsverhältnisse innerhalb der Peripherie betraf, eine entschieden restaurative Strategie, der allerdings ohne die internen gesellschaftlichen und politischen Widersprüche in den betreffenden Staaten weitaus weniger Erfolg beschieden gewesen wäre. Die nachholende Industrialisierung hatte einerseits den Stellenwert der Arbeiterbewegung, der Bourgeoisie und des staatlichen Sektors erhöht, andererseits zwischen diesen Sektoren selbst sowie zwischen ihnen und den alten, in der Rohstoffproduktion tätigen Oligarchien sowie dem ausländischen Kapital heftige Konflikte entstehen lassen, die durch die ökonomischen Krisentendenzen noch verschärft wurden. Dazu kam im ländlichen Bereich die Frage der Agrarreform, in der sich einerseits Landarbeiter, Pächter, Kleinbauern, andererseits die einflussreiche Schicht von Großgrundbesitzern gegenüberstanden. Linkspopulistische Regierungen wie jene Goularts in Brasilien und Sukarnos in Indonesien lavierten zwischen diesen Interessengruppen, eine Entwicklung in Richtung eines verstärkten staatlichen Dirigismus und weiterer Restriktionen für das ausländische Kapital war nicht auszuschließen. In dieser Situation und angesichts der sozialistischen Experimente in anderen Staaten erfolgte – in Zusammenarbeit mit Teilen der Eliten in den betreffenden Ländern – die »essentially counterrevolutionary response«[77] der USA und ihrer westeuropäischen Verbündeten. Bereits 1960/61 war im Kongo Patrice Lumumba, der sich der Sowjetunion anzunähern drohte, ermordet worden. 1964 erfolgte der Militärputsch gegen Goulart, 1965 jener gegen Sukarno, verbunden mit der Ermordung hunderttausender tatsächlicher und vermeintlicher Kommunisten. In allen drei Fällen waren strategisch äußerst bedeutsame Regionalmächte betroffen, in allen drei Fällen unterstützte der Westen den Machtwechsel und in allen drei Fällen brachte dieser eine – diktatorische – Regierung an die Macht, die mit den kapitalistischen Zentren politisch und wirtschaftlich eng verbunden war.[78] Im Kontext dieser gegen betont nationalistische und/oder sozialrevolutionäre

---

schichte Lateinamerikas von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1991, S. 597 f.).

[76] Vgl. Stephen Gill/David Law: The global political economy. Perspectives, problems and policies. Baltimore: Johns Hopkins University Press 1988, S. 296. Gill und Law weisen überdies darauf hin, dass es sich bei den beiden genannten Ländern um wichtige Importeure von US-Produkten handelte.

[77] Reifer/Sudler, The interstate system, S. 23.

[78] Unmittelbar nach der Machtergreifung Mobutus im Kongo äußerte sich dies unter anderem in der gewaltsamen Schließung der sowjetischen Botschaft in Kinshasa (vgl. Peter Calvocoressi: World politics since 1945. 7. Auflage. New York: Longman 1996, S. 732). Bezüglich der engen Beziehungen zwischen den USA und den

Regierungen gerichteten Strategie des Westens sind auch die Militärputsche gegen Juan Bosch in der Dominikanischen Republik (1963, gefolgt von einer direkten Militärintervention der USA 1965)[79], gegen Kwame N'Krumah in Ghana (1966) sowie Modibo Keita in Mali (1968) zu sehen.[80] Dass die Durchsetzungsfähigkeit der kapitalistischen Metropolen dennoch Grenzen hatte, zeigten allerdings die Entwicklungen auf Kuba und in Vietnam, wobei diese Grenzen durch die Existenz des realsozialistischen Gegensystems abgesichert wurden.

Abgesehen von der Unterstützung der kubanischen Revolution und der vietnamesischen Kommunisten nahm jedoch das Engagement der Sowjetunion in der Dritten Welt merklich ab. Bei der Gewährung finanzieller und technologischer Unterstützung spielten seit der Machtübernahme Breschnews 1964 politische Motive eine deutlich geringere Rolle als geschäfliche Überlegungen – die Ressourcen des sozialistischen Blocks reichten offensichtlich nicht aus, um einer größeren Zahl von peripheren Ländern die Option eines nichtkapitalistischen Entwicklungswegs zu eröffnen. Damit nahm aber auch der Druck auf die kapitalistischen Zentren ab,[81] der Dritten Welt Kapital, Technologie, Absatzmärkte zu besseren als den bestehenden Bedingungen zugänglich zu machen (ein übriges tat die skizzierte *rollback*-Strategie des Westens). Dementsprechend konnten die Staaten der Peripherie in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in ihren Bemühungen um eine Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen nur geringe Fortschritte erzielen. Immerhin wurde im Rahmen von UNCTAD II (1968) die Etablierung eines Allgemeinen Präferenzsystems beschlossen, das nicht-reziproke Zollbegünstigungen für Exporte aus der Dritten Welt vorsah und von den kapitalistischen Zentren zwischen 1971 und 1976 in individuellen Vereinbarungen umgesetzt wurde – »the first and indeed only UNCTAD initiative in the field of trade to achieve concrete results.«[82]

---

brasilianischen bzw. indonesischen Putschisten siehe Noam Chomsky: Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1995, S. 239 ff. bzw.187 ff.

[79] Vgl. J. P. D. Dunbabin, International relations since 1945. A history in two volumes. Vol. 2: The post-imperial age: The great powers and the wider world. London, New York: Longman 1994, S. 408 f.

[80] Für Samir Amin ist auch der Sechstage-Krieg des Jahres 1967 Bestandteil dieser westlichen Strategie, wobei mit Nasser einer der radikalsten Vertreter der Blockfreien-Bewegung getroffen werden sollte (und auch wurde). (Vgl. Samir Amin: Maldevelopment. Anatomy of a global failure. London, New Jersey; Tokio: Zed Books; United Nations University Press 1990, S. 44.)

[81] Adams, Worlds apart, S. 102.

[82] Ebda, S. 94. Adams weist darauf hin, dass das Allgemeine Präferenzsystem nur bei Exporten von Industriegütern Zollbegünstigungen bzw. -befreiungen vorsah; Agrarprodukte, auch in verarbeiteter Form, blieben davon unberührt, vor allem um die Agrarmärkte der kapitalistischen Zentren protektionistisch zu stabilisieren. Vom Allgemeinen Präferenzsystem profitierte daher im wesentlichen nur die kleine Gruppe asiatischer und lateinamerikanischer Staaten, die über nennenswerte industrielle Produktionskapazitäten verfügten (vgl. ebda, S. 95).

1.2 Phase 2: 1971/73–1982

Vor allem in ökonomischer Hinsicht waren die 1970er Jahre eine Zeit der Krise, des Umbruchs. Wie in jeder Übergangsperiode so überschnitten sich auch in dieser die überkommenen Strukturen mit den neu sich herausbildenden Elementen, wobei sich diese widersprüchlichen Tendenzen auf der Ebene der Politik fortsetzten. Welch einschneidende Auswirkungen die Strukturveränderungen haben würden und dass sie den sozialistischen Block und die kapitalistische Peripherie in noch stärkerem Maß betreffen würden als die kapitalistischen Zentren, sollte sich jedoch erst im Lauf der 1980er Jahre herausstellen.

Bereits ab 1967 begann die durchschnittliche Profitrate in den kapitalistischen Zentren deutlich zu sinken,[83] doch erst in den Jahren 1974/75 – dem so genannten »Ölschock« kam dabei keine ursächliche Bedeutung zu – fand die lange, seit den späten 1940er Jahren anhaltende Expansionsphase der kapitalistischen Weltwirtschaft in einer »klassische[n] Überproduktionskrise«[84] ihr Ende. Die Reaktion des metropolitanen Kapitals bestand in einer Absenkung der Produktionskosten, wobei neben Rationalisierungsmaßnahmen in den Zentren vor allem eine massive Produktionsverlagerung in jene Regionen erfolgte, wo disziplinierte und billige Arbeitskräfte sowie eine nahezu beliebig belastbare natürliche Umwelt zur Verfügung standen: Südeuropa, die sozialistischen Länder sowie die Dritte Welt. Parallel dazu mussten die Voraussetzungen für diese globalen Produktionsnetze verbessert beziehungsweise erst geschaffen werden: ein einigermaßen freier Welthandel, die Freizügigkeit des Kapitals, effiziente Produktions-, Transport- und Kommunikationstechnologien und anderes mehr.[85] Die produktionsseitige Restrukturierung wurde distributionsseitig durch eine verstärkte Konkurrenz um Absatzmärkte ergänzt, wobei insbesondere die OPEC-Länder sowie die durch eine starke, kreditfinanzierte Investitionstätigkeit gekennzeichneten RGW- und Schwellenländer von Bedeutung waren (als Exportprodukte traten Investitionsgüter zunehmend an die Stelle von Konsumgütern, schlüsselfertige Fabriksanlagen erlangten dabei besondere Bedeutung).[86]

---

[83] Vgl. u.a. Robert Brenner: The boom and the bubble. In: New Left Review, 2000, H. 6, S. 8 f.

[84] Ernest Mandel: Die Krise. Weltwirtschaft 1974–1986. Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1987, S. 21.

[85] Vgl. Folker Fröbel/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye: Umbruch in der Weltwirtschaft. Reinbek: Rowohlt 1986, S. 95 ff. Eine ähnliche Darstellung dieser Entwicklung findet sich u.a. in Joyce Kolko: Restructuring the world economy. New York: Pantheon 1988, S. 21 f.

[86] Vgl. Immanuel Wallerstein: Crisis as transition. In: Samir Amin [u.a.]: Dynamics of global crisis. New York, London: Monthly Review Press 1982, S. 41. Als dritte Reaktionsform des Kapitals angesichts sinkender Profitraten (neben einer Senkung der Produktionskosten und der Erschließung neuer Absatzmärkte) nennt Wallerstein die Entwicklung neuer Produkte, »which will be relatively monopolized yet have a significant market« (Wallerstein, Immanuel: Historical capitalism *with* Capitalist civilization. 9. Auflage. London, New York: Verso 1998, S. 145). Auch diese Tendenz lässt sich in den 1970er und mehr noch in den 1980er Jahren feststellen, als Kom-

Dieses im Zuge der Krise gewachsene Bedürfnis des Kapitals nach zusätzlichen Absatzmärkten, billigen Rohstoffen und Arbeitskräften, dessen Befriedigung nicht zuletzt die sozialistischen Länder versprachen, muss als wesentliches Motiv der zeitgleich einsetzenden Entspannungspolitik angesehen werden. Im Bereich der RGW-Länder fiel Westeuropa die führende Rolle zu, während es im Falle Chinas vor allem die USA waren, die die politischen Voraussetzungen für die Wiedereingliederung des Landes in die kapitalistische Weltwirtschaft schufen (und es überdies in eine informelle Allianz gegen die Sowjetunion einbanden).

Die vielfältigen Deregulierungen, die das metropolitane Kapital (und die mit ihm verbundenen Teile der lokalen Bourgeoisien) für seine Operationen in der Dritten Welt benötigte, kollidierten jedoch mit den nach wie vor bestehenden »desarrollistischen« Wirtschaftsmodellen,[87] die eine möglichst weitgehende nationale Kontrolle über den Produktionsprozess und nicht dessen bedingungslose Unterordnung unter die Bedürfnisse der kapitalistischen Zentren anstrebten. Diese Konstellation unterschied sich von jener der 1960er Jahre nicht nur durch die neuen Ansprüche des metropolitanen Kapitals, sondern auch durch die im Zuge der Wirtschaftskrise sich verschärfenden strukturellen Probleme der nachholenden Industrialisierung (ein für *economies of scale* zu kleiner Inlandsmarkt bei gleichzeitig zunehmenden Absatzschwierigkeiten auf Auslandsmärkten, ein wachsender technologischer Rückstand gegenüber den kapitalistischen Zentren, ab 1974 ein markanter Verfall der Rohstoffpreise – mit Ausnahme von Erdöl – bei gleichzeitiger Verteuerung importierter Investitionsgüter, wachsende Verschuldung zur Deckung der Zahlungsbilanzdefizite u.a.).[88] Die Antwort auf diese ökonomischen Dilemmata sahen die meisten Staaten der Dritten Welt – so wie jene Osteuropas – in einer verstärkten Einbindung in den Weltmarkt. Auf diese Weise sollte es gelingen, von einem auf einfacher Konsumgüter- und Grundstoffindustrie beruhenden »extensiven« Wachstum auf die Ebene eines »intensiven« Wachstums mit diversifizierter, technologisch avancierter Industriestruktur zu gelangen.

---

munikations-, Computer- und Biotechnologien als präsumtive Träger eines neuen Akkumulationsmodells forciert wurden.

[87] »Auch wenn sie teilweise auf ihr aufbaute oder mit ihr gekoppelt ist, ist diese weltmarktorientierte Teilindustrialisierung wohl zu unterscheiden von der vorangehenden Teilindustrialisierung durch sog. Importsubstitution auf geschützten Märkten.« (Fröbel [u.a.], Umbruch in der Weltwirtschaft, S. 105.) Vgl. auch Amin, Maldevelopment, S. 54 f.

[88] Ein wesentlicher Indikator, der Anteil am Weltexport, deutet auf die wachsenden Schwierigkeiten der peripheren Ökonomien hin: Lag der Anteil der Dritten Welt 1953 noch bei 31,3 Prozent, sank er 1962 auf 24,1 Prozent,

Hinsichtlich des prinzipiellen Ziels einer zunehmenden Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft bestand also Übereinstimmung zwischen Zentren und Peripherien, nicht jedoch über die Modalitäten[89] – und dieser Interessensgegensatz bildete den Kern jener als Nord-Süd-Konflikt bekannten Auseinandersetzung, die in den 1970er Jahre die internationale Konferenzdiplomatie in weit stärkerem Maße beschäftigte als in der Zeit davor. Die Energie, mit der diese Auseinandersetzung von seiten der Dritten Welt geführt wurde, gründete vor allem auf der massiven Anhebung der Rohölpreise zwischen 1973 und 1975, die von den in der OPEC zusammengeschlossenen Produzentenländern durchgesetzt werden konnten. Wie Samir Amin betont, handelte es sich bei dieser Preiserhöhung insofern um ein einschneidendes Ereignis, als damit den Staaten der Peripherie erstmals vor Augen geführt wurde, dass eine deutliche Erhöhung von Rohstoffpreisen möglich war und Industrialisierungsanstrengungen durch die so erzielten Einnahmen forciert werden konnten.[90] Die nunmehr immer eindringlicheren Forderungen der Dritten Welt nach weltwirtschaftlichen Reformen wurden in der »Deklaration über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung« niedergelegt und auf der 6. Sondersitzung der UN-Generalversammlung im April 1974 verabschiedet. Die Grundsätze dieser angestrebten globalen Wirtschaftsordnung knüpften an die in den 1960er Jahren entwickelten Vorstellungen an und sahen vor allem höhere Rohstoffpreise, das Recht auf Verstaatlichung von Rohstoffvorkommen, den Abbau protektionistischer Maßnahmen seitens der Zentren, einen leichteren Zugang zu Kapital und fortgeschrittener Technologie sowie eine Demokratisierung internationaler Organisationen vor[91]. Im Lauf der folgenden Jahre konzentrierten sich die Verhandlungen zunehmend auf Rohstofffragen, da sich in diesem Bereich – im Unterschied zu Fragen wie Technologietransfer und Verschuldung – noch am ehesten ein Interessenausgleich herstellen ließ: Vor allem die Staaten Westeuropas sowie Japan, die besonders stark von Rohstoffimporten abhingen, waren unter dem Eindruck des »Ölschocks« an einer gesicherten Versorgung und berechenbaren Preisentwicklung interessiert; ein moderat erhöhtes Preisniveau wurde dabei als akzeptabel angesehen.

---

um bis 1973 auf 18,1 Prozent zu fallen, während die westlichen Industriestaaten entsprechende Zuwächse erzielten; der Anteil der RGW-Staaten lag konstant um die 10 Prozent. (Hoogvelt, Globalisation, S. 72.)

[89] »The bourgeoisies of the periphery understanding of their proposals for a new international economic order was that they would participate as partners worthy of the name, whereas the multinationals had an opposing concept of industrial relocation entirely controlled by worldwide capital.« (Amin, Maldevelopment, S. 50.)

[90] Vgl. ebda, S. 52.

[91] Vgl. Deklaration über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. In: die Vereinten Nationen und Österreich, Jg. 23, 1974, H. 2, S. 18 f.

Ergebnisse derartiger Überlegungen waren das Lomé-Abkommen des Jahres 1975 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und 46 Staaten aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum sowie das im Rahmen von UNCTAD IV (Nairobi 1976) im Prinzip vereinbarte Integrierte Rohstoffprogramm. Dieses sah den Abschluss von 17 Rohstoffabkommen (von denen dann allerdings neben den bereits bestehenden acht nur jene für Kautschuk, Jute und Tropenholz realisiert wurden) sowie die Einrichtung eines von den kapitalistischen Zentren mitfinanzierten Gemeinsamen Fonds vor, der vor allem für die zur Preisstabilisierung erforderlichen Ausgleichslager aufkommen sollte. Die schleppende Umsetzung des Rohstoffprogramms, zumal in einer Minimalvariante,[92] zeigte, dass sich bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die Verhandlungsmacht der Dritten Welt deutlich reduziert hatte. Andere, vor allem die staatsinterventionistischen, Elemente der von der Dritten Welt befürworteten globalen Wirtschaftspolitik stießen bereits Mitte der 1970er Jahre auf den entschiedenen Widerstand der kapitalistischen Führungsmächte USA, Japan und BRD, während die kleineren westeuropäischen Staaten, Australien, Neuseeland und zum Teil auch Frankreich und Kanada konziliantere Positionen einnahmen.[93] Obwohl die Rhetorik der neuen internationalen Wirtschaftsordnung die internationalen Konferenzen bis zu Beginn der 1980er Jahre dominierte, zeichnete sich zu diesem Zeitpunkt bereits ab, dass eine weitergehende Industrialisierung peripherer Staaten – wenn überhaupt – nicht innerhalb eines nationalen, »desarollistischen« Ordnungsrahmens erfolgen würde, sondern gemäß den Spielregeln des metropolitanen Kapitals.

Was die polit-ökonomische Sphäre betrifft, so stimmen die meisten Autoren darin überein, dass die 1970er Jahre durch einen Verfall der US-Hegemonie gekennzeichnet waren. Einerseits ging in den 1960er Jahren der Produktivitätsvorsprung der US-amerikanischen Industrie gegenüber der japanischen und westeuropäischen (vor allem deutschen) Konkurrenz verloren, andererseits bedeuteten das globale militärische Engagement und insbesondere der Vietnamkrieg eine zunehmende Belastung für den Staatshaushalt, was sich schließlich 1971 in der Aufhebung der Goldbindung des Dollars äußerte.[94] Dies änderte zwar nichts daran, dass die USA nach wie vor der Staat mit dem weltweit größten militärischen und ökonomischen Po-

---

[92] Für Einzelheiten siehe Adams, Worlds apart, S. 129 ff.

[93] Vgl. ebda, S. 120 u. 126. Organisiert waren die meisten dieser auf einen Interessenausgleich orientierten Staaten in der Gruppe der *like-minded countries*, einem losen Koordinationsgremium, das 1975 erstmals zusammentraf, um eine gemeinsame, vermittelnde Position im Nord-Süd-Konflikt zu erarbeiten. Zu den »gleichgesinnten« Ländern gehörten neben den skandinavischen Staaten die Niederlande, Belgien, Kanada, Irland, Österreich sowie (bis zum Amtsantritt Thatchers) Großbritannien (vgl. dazu Antony J. Dolman: The Like-Minded Countries and the North-South-Conflict. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 10, 1981, H. 2, S. 153–163).

[94] Vgl. Wallerstein, Immanuel: The global picture, 1945–1990. In: Hopkins [u.a.], The age of transition, S. 218.

tenzial waren, aber der Abstand zu Westeuropa und Japan hatte sich deutlich verringert und erforderte eine – zumindest formale – Berücksichtigung der zum Teil abweichenden Interessen (zu diesem Zweck wurde beispielsweise ein Konsultationsorgan wie die G5 – die spätere G7 – etabliert). Die wachsende innerimperialistische Rivalität äußerte sich unter anderem darin, dass die von den USA gegen Allendes Chile verhängte Kreditsperre unter anderem von Westeuropa unterlaufen wurde[95] und die Haltung der USA während Jom-Kippur-Krieg und Ölkrise ebenfalls kaum europäische Unterstützung fand.[96]

Durch die gleichzeitigen wirtschaftlichen und innenpolitischen Turbulenzen (Watergate-Affäre) der USA sowie vor allem ihre Niederlage im Vietnamkrieg geriet das von ihnen getragene globale Herrschaftssystem zunehmend in Schwierigkeiten: Innerhalb kurzer Zeit (1974–1976) stürzten die faschistischen Diktaturen in Griechenland, Spanien und Portugal, übernahmen in den portugiesischen Kolonien, auf Madagaskar, in Südvietnam, Laos und Kambodscha sozialrevolutionäre Bewegungen die Macht und musste in Äthiopien Kaiser Haile Selassie abdanken; 1979 erfolgten dann noch die Revolutionen in Nicaragua und im Iran.[97] In allen diesen (und einigen weiteren) Fällen kam es entweder zur weitgehenden Aussperrung des metropolitanen Kapitals oder zumindest zu einer Verschlechterung seiner Verwertungsbedingungen (in geopolitische Termini übersetzt: entweder Herauslösung der betreffenden Territorien aus dem westlichen Hegemoniebereich oder – im Falle Griechenlands, Spaniens und Portugals – eine Verschiebung innerhalb dieses Hegemoniebereichs zu Gunsten des westeuropäischen Zentrums unter sozialdemokratischen Vorzeichen). Diese Regimewechsel Mitte der 1970er Jahre, der Erfolg der OPEC[98], die

---

[95] Vgl. Dunbabin, The post-imperial age, S. 412. Eine ähnliche Konstellation ergab sich nach der sandinistischen Revolution in Nicaragua, wobei die Initiative vor allem von der europäischen Sozialdemokratie ausging. Dennoch betont Halperin Donghi, dass der Ehrgeiz der Sozialdemokratie, »Einfluß in Lateinamerika zu gewinnen, nicht so weit ging, daß sie einen ernsthaften Konflikt mit den Vereinigten Staaten heraufbeschworen hätte. Diese stellten eben trotz aller Spannungen nach wie vor den wichtigsten politischen Verbündeten, die wichtigste militärische Schutzmacht und den wichtigsten Wirtschaftspartner dar.« (Halperin Donghi, Geschichte Lateinamerikas, S. 695.)

[96] So stellten etliche europäische Länder während des Jom-Kippur-Kriegs ihre Flughäfen für US-amerikanische Transportflüge, die für Israel bestimmt waren, nicht zur Verfügung (vgl. Calvocoressi, World politics, S. 62 f.).

[97] Für die Zeit zwischen 1974 und 1980 kommt Hoogvelt auf insgesamt 14 Staaten in der Dritten Welt, in denen nationale Befreiungsbewegungen die Regierung übernahmen (vgl. Hoogvelt, Globalisation, S. 52).

[98] Raffer weist allerdings darauf hin, dass die Ölpreiserhöhung mit dem Einverständnis der USA erfolgte, da erstens steigende Profite der US-Ölkonzerne und zweitens eine Schwächung der westeuropäischen Konkurrenz zu erwarten standen (vgl. Kunibert Raffer: Unequal exchange and the evolution of the world system. Reconsidering the impact of trade on North-South relations. Sozial- und wirtschaftswiss. Habil., Wien 1986, S. 186 ff.). Auch Peter Gowan geht davon aus, dass die Ölpreiserhöhungen von den USA massiv unterstützt wurden und als Teil einer umfassenden Strategie fungierten, die US-amerikanische Position auf Kosten Westeuropas und Japans zu stärken (vgl. Peter Gowan: The global gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance. London, New York: Verso 1999, S. 21).

drängenden Forderungen der peripheren Staaten nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung (die in Teilbereichen merkliche Restriktionen für das metropolitane Kapital bedeutet hätte) sowie die anfänglich divergierenden Reaktionen seitens der kapitalistischen Zentren sind nur im Kontext einer Hegemoniekrise der USA zu begreifen.

Allerdings sollte zumindest der politisch-militärische Machtverfall nicht überbewertet werden: Einerseits hatten bereits in früheren Jahrzehnten revolutionsbedingte Machtverschiebungen von zumindest gleicher Dimension stattgefunden; andererseits gelang es den Vereinigten Staaten in der ersten Hälfte der 1970er Jahre nicht nur, China in eine informelle antisowjetische Koalition einzubinden, sondern auch, ihren Einfluss in Regionen wie Lateinamerika und dem Nahen Osten zu stärken. In Ägypten markierte die Ausweisung der zahlreichen sowjetischen Berater bald nach Sadats Regierungsantritt das Ende der national-populistischen Außen- und Wirtschaftspolitik und die politische und wirtschaftliche Reintegration in den Machtbereich der USA; unterstrichen wurde diese Entwicklung durch den ägyptisch-israelischen Friedensschluss der Jahre 1978/79. Während die USA zu Beginn der 1960er Jahre, als Antwort auf die kubanische Revolution, den peripheren Kapitalismus durch eine Mischung aus sozialreformerischen Entwicklungsstrategien und dem Einsatz militärischer Mittel zu stabilisieren versucht hatten, dominierten in den 1970er Jahren eindeutig letztere (der reformistische Ansatz fand lediglich im Kreis der *like-minded countries* Unterstützung). In Chile, Uruguay und Argentinien, wo die Krise der nachholenden Industrialisierung zu verschärften Verteilungskämpfen geführt hatte, unterstützten die USA das Militär, das nicht nur die beginnende politische und wirtschaftliche Emanzipation der städtischen und ländlichen Unterschichten auf blutige Weise rückgängig machte, sondern auch die Volkswirtschaften entsprechend den Bedürfnissen der transnationalen Konzerne und der mit ihnen verbundenen Teile der Oberschicht reorganisierte.[99] Auch auf anderen Kontinenten verstärkte sich der Trend zu einer repressiven, die Kapitalverwertung begünstigenden Lösung der sozialen Krise, die aus Sicht der kapitalistischen Zentren noch zusätzlich an Attraktivität gewann, wenn dadurch so wie in Pakistan 1977 eine Regierung gestürzt wurde, die seit dem SEATO-Austritt 1972 eine betont blockfreie Außenpolitik praktiziert hatte.[100]

---

[99] »The newly installed dictators, supported by international financial institutions, proceeded to dismantle the social and protectionist barriers, denationalize the industrial and banking sectors, and privatize public assets.« (James Petras/Henry Veltmeyer: Latin America at the end of the millennium. In: Monthly Review, Bd. 51, 1999, H. 3, S. 35.)

[100] Die wiederholte Betonung der Menschenrechte durch Präsident Carter in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre spielte in der konkreten Außenpolitik der USA nur eine marginale Bedeutung und muss in erster Linie als ideologische Waffe in der Systemauseinandersetzung mit dem sowjetischen Block angesehen werden; die zeitli-

Die Welle von Revolutionen, die Mitte der 1970er Jahre die Peripherie erfasste, hatte auf seiten des Westens (und insbesondere der USA) nicht die Suche nach einem Modus vivendi mit den neuen Machthabern zur Folge, sondern – in der Regel mit Unterstützung lokaler Klientelstaaten – militärische Gegenmaßnahmen. Der »Zweite Kalte Krieg«, der in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die Phase der Entspannungspolitik ablöste, wurde zunächst in der Dritten Welt ausgetragen, bevor er in Gestalt einer neuen Aufrüstungswelle Europa erreichte. Der Großteil der revolutionären Staaten war massiven Destabilisierungsmaßnahmen seitens des Westens, in einigen Fällen sogar militärischer Aggression von außen ausgesetzt. In Angola, Moçambique und später in Nicaragua wurden prowestliche Guerillaorganisationen unterstützt bzw. überhaupt erst aufgebaut, Angola und Äthiopien wurden von Südafrika beziehungsweise Somalia angegriffen, gegen Vietnam machten neben China auch die Roten Khmer mobil (ebenfalls mit westlicher Unterstützung), und im Falle Osttimors wurde Indonesien von den USA darin bestärkt, durch eine Okkupation des Inselteils allfällige postkoloniale sozialistische Experimente von vornherein zu unterbinden. Die gewaltförmige Reaktion des Westens auf »antisystemische« Entwicklungen in der Dritten Welt (und die ebenso gewaltförmige Unterstützung von diktatorischen Regimen zur antirevolutionären Prophylaxe[101]) deuten darauf hin, dass die auf Interessenausgleich und ökonomische Verflechtung abzielende Entspannungspolitik ein (von China abgesehen) auf Europa beschränktes Phänomen blieb, eine Ausdehnung des sowjetischen Einflussbereichs jedoch nicht hingenommen wurde.

Die Logik der Blockkonfrontation führte dazu, dass ein unabhängiger nichtkapitalistischer Entwicklungsweg zunehmend illusorisch wurde und sich im Konfliktfall auf beiden Seiten dank massiver Militär- und Wirtschaftshilfe ausgeprägte Klientelbeziehungen entwickelten. Das Machtkalkül der Sowjetunion erwies sich in diesem Kontext als ebenso zynisch wie das des Westens (man denke an den Austausch der Bündnispartner am Horn von Afrika) und schloss auch das Mittel der direkten militärischen Intervention ein (Afghanistan); der Spielraum der sowjetischen Dritte-Welt-Politik war allerdings durch die Beschränktheit der materiellen Ressourcen weit stärker eingeengt als die Neo-*containment*-Politik der USA, die im großzügig dotierten Militärkeynesianismus Präsident Reagans ihren Höhepunkt fand.

---

che Parallele zur KSZE ist keine zufällige. Die Menschenrechtspolitik Carters, so Halperin Donghi, »bot [...] eine neue Legitimation für die Dominanz der Vereinigten Staaten auf dem internationalen Schachbrett, ähnlich wie der Kampf gegen den Sklavenhandel mit dazu beigetragen hatte, die atlantische Hegemonie Großbritanniens zu befestigen.« (Halperin Donghi, Geschichte Lateinamerikas, S. 697.)

[101] Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen des Vietnamkriegs wurden die Techniken der Aufstandsbekämpfung modifiziert (»low intensity warfare«). Analog zu Entwicklungen im ökonomischen Bereich wurde dabei die

Dass die kapitalistischen Zentren ein über den Ost-West-Konflikt hinausgehendes Interesse hatten, eine unabhängige, den westlichen Kapitalinteressen nur bedingt zugängliche Entwicklung peripherer Staaten zu unterbinden, zeigte sich in ihrem Verhalten gegenüber dem Iran. Dessen islamische Revolution des Jahres 1979, die das Land aus der engen Bindung an die USA herausführte, aber zugleich die Äquidistanz zu beiden Supermächten betonte, wurde nicht hingenommen, und der Irak, dem oben beschriebenen Muster folgend, ermuntert, den Nachbarstaat anzugreifen. Die Revolution selbst wie auch das Fehlschlagen der irakischen Aggression zeigten die Spielräume auf, die innerhalb des Weltsystems noch immer existierten – wenn auch unter enormen sozialen und wirtschaftlichen Kosten, die schließlich (und dies ist ebenfalls eine Konstante westlicher Konterrevolution) dieses und andere als emanzipatorisch konzipierte Projekte desavouierten und geradezu ad absurdum führten.

1.3 Phase 3: Von 1982 bis in die 1990er Jahre

Verglichen mit der ersten Hälfte der 1970er Jahre bot die Welt zu Beginn der 1980er Jahre ein deutlich verändertes Bild. Die Forderungen nach einer verbesserten weltwirtschaftlichen Partizipation der peripheren Staaten und ihrer Bourgeoisien waren zwar noch nicht völlig von der Tagesordnung verschwunden, doch demonstrierte etwa die Konferenz von Cancún 1981 nachdrücklich die Entschlossenheit und Fähigkeit der kapitalistischen Zentren, alle Vorstöße in diese Richtung zu blockieren. Zur selben Zeit zeichnete sich immer stärker ab, dass die USA (unter partieller Einbeziehung ihrer Verbündeten) verlorenes Terrain zurückgewinnen und ihre hegemoniale Position ausbauen würden: In Westeuropa hob die NATO das Wettrüsten auf eine neue Stufe, in Afghanistan waren die sowjetischen Invasionstruppen in einen für sie zunehmend aussichtslosen Guerillakrieg verwickelt, die linksgerichtete Regierung Grenadas wurde 1983 durch eine Militärintervention der USA gestürzt, und im übrigen hatten sich die antiimperialistischen Revolutionen in Richtung eines peripheren Kriegskommunismus (bzw. im Iran »Kriegsislamismus«) entwickelt, der gegen interne und externe Aggression, intern und extern induzierte Wirtschaftskrisen anzukämpfen hatte – mit desaströsen Folgen für die soziale Lage der Bevölkerung und die politische Legitimation der Herrschenden.

Die finanzielle Auszehrung, die die Sowjetunion in den 1980er Jahren erlebte, schränkte ihren Handlungsspielraum im Bereich der Wirtschafts- und Militärhilfe massiv ein, während gleichzeitig der Finanzbedarf der verbündeten Regierungen angesichts des ökonomischen und mili-

---

Rolle des Staates und seines formellen Repressionssektors (reguläre Polizei- und Armeekräfte) reduziert und im

tärischen Drucks ständig wuchs. Bereits in der ersten Hälfte der 1980er Jahre waren Länder wie Guinea, die Volksrepublik Kongo und Moçambique gezwungen, ihrem Kapitalmangel durch eine verstärkte Reintegration in das kapitalistische Weltsystem zu begegnen. Moçambique verkaufte etwa, nachdem sein Antrag auf Vollmitgliedschaft im RGW 1981 abgelehnt worden war, Staatsfarmen an den Großkonzern Lonrho, forcierte Joint Ventures mit japanischen und US-amerikanischen Unternehmen und ersuchte um Aufnahme in Weltbank und IWF.[102]

Der nächste Schritt folgte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, als sich die Sowjetunion auch ihrer kostspieligen militärischen Verpflichtungen zu entledigen trachtete. Um einen geordneten Rückzug zu gewährleisten, drängte die UdSSR die von ihr unterstützten Regierungen bzw. Befreiungsbewegungen (SWAPO, ANC), mit ihren (in der Regel von den USA abhängigen) Kontrahenten zu einem Ausgleich zu gelangen. Da diese Kompromisse eine formelle Absage an den »Marxismus-Leninismus«, also an einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg, beinhalteten und die bedingungslose Rückkehr in die westliche Einflusssphäre bedeuteten, beteiligten sich die USA an einer solchen »Lösung von Regionalkonflikten« und machten die Ablösung der bislang herrschenden Partei nicht zur unabdingbaren Voraussetzung des jeweiligen Arrangements. 1988 wurden zwischen Afghanistan, Pakistan, der Sowjetunion und den USA die Modalitäten des sowjetischen Truppenabzugs ausgehandelt. Ende 1988 unterzeichneten Angola, Kuba und Südafrika einen Vertrag, der das Ende der südafrikanischen Aggression und den Abzug der kubanischen Truppen vorsah; 1989 folgte ein Abkommen zwischen der Regierungspartei MPLA und der prowestlichen Rebellenbewegung UNITA. Ebenfalls 1988 schlossen Somalia und Äthiopien Frieden, 1989 einigte man sich in Nicaragua auf die Abhaltung von Wahlen (1990) unter Beteiligung der pro-US-amerikanischen, den »Contras« nahestehenden Opposition, 1990 erfolgte die Vereinigung der Demokratischen und der Arabischen Republik Jemen, 1991 wurden in Moçambique und Kambodscha Abkommen zur Beendigung der Bürgerkriege getroffen.

In einem weiteren Schritt wurden prowestliche Staaten seit Ende der 1980er Jahre von seiten der USA dazu gedrängt, ihr fragiles Herrschaftssystem durch die Kooptation von Befreiungsbewegungen zu stabilisieren und so die Gefahr sozialer Revolutionen langfristig zu bannen. Je nach Kräfterelation wurden die (bis dahin) antisystemischen Organisationen als Parteien an

---

Zuge eines herrschaftstechnischen *outsourcing* durch eine starke paramilitärische Komponente ergänzt.

untergeordneter Position in das politische System integriert (etwa in El Salvador, Guatemala und – wenn auch nur zum Teil – in Kolumbien) oder nach einem sorgfältig akkordierten Übergangsprozeß, der die Interessen der bis dahin dominierenden Gruppen und bestimmte wirtschaftspolitische Prämissen absichern sollte, mit Regierungsfunktionen betraut (die SWAPO ab 1990 im dekolonisierten Namibia, der ANC ab 1994 in Südafrika sowie in beschränkter Weise die PLO im Gaza-Streifen und im Westjordanland). Ein frühes Beispiel für einen solchen verhandelten Machtwechsel stellte Zimbabwe dar, wo die Befreiungsbewegung ZANU zwar 1980 die Regierung übernahm, die sozialen und ökonomischen Strukturen des bis dahin herrschenden Siedlerkolonialismus aber weitgehend unangetastet ließ. Sowohl die Reintegration von Staaten in den westlichen Einflussbereich als auch die Kooptation der antisystemischen Bewegungen nahmen zumeist die politische Form einer formalen Demokratisierung an (Aufhebung von Gesetzen, die die bürgerlichen Freiheiten eingeschränkt hatten, Zulassung neuer Parteien und nichtstaatlicher Organisationen etc.).

Derartige Demokratisierungstendenzen zeigten sich auch in Ländern, deren autoritäres Herrschaftssystem durch eine organisierte Opposition nicht akut bedroht war, aber durch die Wirtschaftskrise der 1980er Jahre markant an Legitimität verloren hatte.[103] Davon betroffen waren – neben den osteuropäischen Staaten – sowohl links- oder national-populistische Einparteiensysteme wie jene in Tansania, Sambia und Algerien (hauptsächlich zu Beginn der 1990er Jahre) als auch rechtsgerichtete, prowestliche Diktaturen (vor allem in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre): unter anderem die Türkei, Argentinien, Brasilien, Uruguay, die Philippinen, Pakistan, Haiti und Chile.[104] Im Fall der letztgenannten Gruppe von Staaten sollten die Reformen einerseits den angesichts der ökonomischen Misere zu erwartenden politischen Eruptionen vorbeugen, andererseits erfolgten sie zu einem Zeitpunkt, als die autoritären Regime ihre historische Mission erfüllt hatten: die nachhaltige Zerschlagung der antisystemischen Bewe-

---

[102] Vgl. Chinweizu: Africa and the capitalist countries. In: General History of Africa. Bd. 8: Africa since 1935, hrsg. von Ali A. Mazrui und C. Wondji. Paris; Oxford; Berkeley: UNESCO; James Currey; University of California Press 1999, S. 787.

[103] Dieter Boris sieht in der Demokratisierung nicht nur eine Stabilisierung der Machtverhältnisse, sondern auch eine wichtige sozialpsychologische Voraussetzung dafür, mit den von IWF und Weltbank verordneten Strukturanpassungsprogrammen fortfahren zu können – seien doch »die Massen [...] bereit, gewissermaßen im Austausch gegen das hohe Gut der politischen Demokratie und der relativen Rechtsstaatlichkeit, auch (weiterhin) ökonomische Opfer zu bringen.« (Dieter Boris: Neoliberale Strukturreformen und Demokratisierungsprozesse im Lateinamerika der 80er und 90er Jahre. In: Die Dritte Welt und Wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis, hrsg. von Mohssen Massarrat [u.a.]. Freiburg: Informationszentrum Dritte Welt 1993, S. 388.)

[104] 1990 besaßen weltweit 45 Prozent aller Staaten ein Regierungssystem, das die Merkmale einer formalen Demokratie aufwies (Mehrparteiensystem, geheime Wahlen, allgemeines Wahlrecht), 1992 war dieser Anteil auf 68 Prozent gestiegen (vgl. Anna K. Dickson: Development and international relations. Cambridge, Oxford: Polity Press 1997, S. 136).

gungen (einschließlich der reformistischen Teile der Arbeiterbewegung) und im Zusammenhang damit die Herstellung vorteilhafter Bedingungen für das transnationale Kapital durch die Liberalisierung von Handels- und Kapitalverkehr, Privatisierungen, die Senkung der Lohnkosten etc. Für den Fall, dass unter demokratischen Bedingungen Bewegungen an die Macht gelangten, die gegen substantielle Interessen der einheimischen Eliten und des transnationalen Kapitals gerichtet waren, standen zwei systemstabilisierende Optionen offen: die Armee als nach wie vor intakte und stets präsente Garantiemacht der bestehenden Ordnung, deren Handlungsspielraum bis hin zum Militärputsch reichte (Haiti 1991, Algerien 1992), und zum anderen die ökonomischen Zwänge, denen jede Regierung, egal welcher politischen Orientierung, ausgesetzt war (vor allem in Form der Verschuldung – dazu weiter unten). Ein dritter und nicht zu unterschätzender Faktor war der Ver- und schließlich Zerfall des sozialistischen Blocks in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, gipfelnd in der Auflösung der Sowjetunion 1991. Damit verloren nicht nur die meisten nichtkapitalistisch orientierten Bewegungen und Staaten ihr historisches Vorbild und den letzten Rest an politischer und materieller Unterstützung – für die Peripherie als Ganzes verengte sich die Perspektive noch weiter: »The removal of this power [UdSSR] from the international scene narrowed the space available to developing countries to manoeuvre, reducing their options and leaving them with little alternative but to accept the dictates of the now all-powerful West, led more firmly than ever by the US.«[105]

Diese politischen Entwicklungen der 1980er Jahre, die Erosion staatlicher Macht in weiten Teilen einer domestizierten Dritten Welt und der Zerfall des sozialistischen Blocks, lassen sich jedoch nur dann angemessen begreifen, wenn man sie auf ihre ökonomische Basis zurückführt, und hier wiederum vor allem auf das Phänomen der so genannten Schuldenkrise – die allerdings ihrerseits nicht als isoliertes Ereignis zu sehen ist, sondern als Ergebnis der spezifischen Wirtschaftsentwicklung peripherer Länder. In den 1970er Jahren hatten die Staaten der Dritten Welt, speziell die so genannten Schwellenländer Lateinamerikas und Südostasiens, angesichts des Kapitalüberschusses in den Zentren hohe Kredite zu günstigen Konditionen aufnehmen und so trotz widriger weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihre ökonomische Entwicklung vorantreiben können.[106] Diese Situation änderte sich, als die

---

[105] Adams, Worlds apart, S. 175.

[106] Auch wenn etliche Autoren darauf hinweisen, dass ein beträchtlicher Teil der Kredite nicht produktiv investiert, sondern in Prestigeprojekte gesteckt oder gleich wieder außer Landes geschafft wurde (die Kapitalflucht war in Argentinien, Mexiko, Venezuela, Zaire und auf den Philippinen besonders virulent), so lässt sich der Erfolg der kreditfinanzierten Industrialisierungsstrategie daran ablesen, dass die Wachstumsraten des Bruttosozial-

Weltwirtschaft zwischen 1979 und 1982 erneut in eine tiefe Rezession schlitterte. Die Exporteinnahmen der peripheren Staaten gingen durch den Verfall der Rohstoffpreise (ab 1985 auch bei Erdöl) und die protektionistischen Maßnahmen der kapitalistischen Zentren drastisch zurück,[107] während gleichzeitig die US-Notenbank, beginnend im Oktober 1979, die Kreditzinsen massiv hinaufsetzte. Die Schulden der Dritten Welt, die sich im Lauf der 1970er Jahre vervielfacht hatten,[108] waren unter diesen Umständen kaum mehr zu bedienen. Mexiko war 1982 das erste Land, das seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte (parallel dazu war Polen, als erstes Land des sozialistischen Blocks, bereits ein Jahr zuvor in ähnliche Schwierigkeiten geraten). 1983 standen bereits mehr als drei Dutzend Länder der Peripherie am Rande der Zahlungsunfähigkeit, und nur eine konzertierte Aktion der kapitalistischen Zentren konnte die Liquidität dieser Staaten so weit wiederherstellen, dass der Kollaps des internationalen Finanzsystems abgewendet wurde.

Nach ersten Ad-hoc-Maßnahmen wurde eine Krisenstrategie entwickelt, in deren Rahmen neue Kredite zur Finanzierung des Schuldendienstes vergeben wurden, jedoch nur unter der Bedingung tiefgreifender makroökonomischer Reformen (der so genannten Strukturanpassungsprogramme). Unter Federführung von Weltbank und IWF wurden die betroffenen Regierungen unter anderem dazu verpflichtet, die Staatsausgaben drastisch zu kürzen, die Landeswährung abzuwerten, die Zinsen zu erhöhen und die Bedingungen vor allem für ausländisches Kapital zu verbessern (Senkung der Löhne, Privatisierungen, liberalisierter Kapitalverkehr etc.). Die angestrebte Reduktion der Zahlungsbilanzdefizite wurde zwar erreicht, allerdings um den Preis einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise: Die Investitionsquote ging ebenso deutlich zurück wie die Importe (mit schwerwiegenden Folgen für Produktion und Infrastruktur, bis hin zu sektoraler Deindustrialisierung), die Arbeitslosigkeit stieg,

---

produkts sowie der verarbeitenden Industrie in der Peripherie höher lagen als in den kapitalistischen Zentren (vgl. Altvater, Sachzwang, S. 41).

[107] Altvater führt aus, dass 1983 nicht weniger als 24,9 Prozent der Importe der EG aus den Hauptschuldnerländern nichttarifären Handelshemmnissen unterlagen und die Rohstoffpreise 1985 real unter dem Wert von 1965 lagen (vgl. ebda., S. 258).

[108] Laut Adams stieg die Verschuldung der nicht der OPEC angehörenden Staaten der Dritten Welt von 130 Milliarden Dollar 1973 auf 612 Milliarden Dollar 1982 (vgl. Adams, Worlds apart, S. 151), Frank nimmt für die Gesamtschulden der Dritten Welt eine Verzehnfachung (von 80 auf 800 Milliarden Dollar) zwischen 1971 und 1983 an (vgl. Andre Gunder Frank: Kann die Schuldenbombe entschärft werden? In: Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt, hrsg. von Ulrich H. Laaser und Karl-Ernst Wendt. Berlin [West], Hamburg: Argument 1988, S. 20), Sangmeister stützt sich auf das *Debtor Reporting System* der Weltbank und kommt damit auf Schulden von 61,9 Milliarden Dollar 1970 und 420,7 Milliarden Dollar 1980 (vgl. Sangmeister, Hartmut: Das Verschuldungsproblem. In: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3. Auflage. Bonn: Dietz 1993, S. 332).

Einkommen und Inlandsnachfrage sanken dramatisch ab.[109] Von den Kürzungen der Staatsausgaben im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie bei den Nahrungsmittelsubventionen waren die ärmsten Bevölkerungsschichten existenziell betroffen. In zahlreichen Ländern kam es daraufhin zu Streiks und Hungerrevolten (z.B. in Tunesien 1984, Sambia 1985, Venezuela 1989). Doch während ähnliche »Brotunruhen« 1976 in Ägypten zu einer Rücknahme eines IWF-Strukturanpassungsprogramms geführt hatten,[110] wurden seit Mitte der 1980er Jahre die gegen die staatlichen Sparmaßnahmen gerichteten Proteste blutig unterdrückt (allein in Venezuela wurden 1988 mehr als tausend Menschen getötet[111]).

In dieser Vorgangsweise drückte sich die wiedererstarkte Hegemonie der kapitalistischen Zentren aus, die aufgrund der Weltmarktintegration der peripheren Staaten und deren damit verbundener Abhängigkeit von neuen Krediten[112] und Warenlieferungen die Umsetzung der IWF-Schuldenstrategie erzwingen konnten – und dies umso rücksichtsloser, je geringer die Bedrohung war, die vom sozialistischen Block als Konkurrenzsystem zur kapitalistischen Weltwirtschaft ausging. Der Verlauf der Verschuldungskrise der 1980er Jahre war ebenso sehr Ausdruck wie Verstärker dieser Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse, auf deren Basis sich die Interessen der kapitalistischen Zentren schließlich auf allen Ebenen durchsetzten: Einerseits konnte der befürchtete Bankenkrach abgewendet werden (die Profite der Banken stiegen sogar[113]), andererseits gelang es, in den betroffenen Staaten der Peripherie die – so überhaupt noch vorhanden – letzten Reste einer nationalistischen Wirtschaftspolitik zu beseitigen. Das auf diese Weise erreichte Ziel bedeutete die Rückkehr an den Ausgangspunkt aller Emanzipationsbestrebungen der Dritten Welt: »Eine Wirtschaftsstruktur in den Schuldnerländern, die dem Interesse des führenden Kapitals der westlichen Industrieländer entspricht, weitere Durchdringung mit Auslandskapital und damit auch politisch engere Bindungen, um ein Ausscheren aus dem kapitalistischen Weltverbund zu verhindern«[114]. Dass die Verschuldung auch

---

[109] Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung fiel in Lateinamerika zwischen 1980 und 1984 um durchschnittlich 2,7 Prozent pro Jahr, in Afrika um 3,9 Prozent – dies seien »massive, perhaps unprecedented falls in income at the level of nation states« (Adams, Worlds apart, S. 155); vgl. dazu auch Altvater, Sachzwang, S. 253.

[110] Vgl. Şefik Alp Bahadir/Eckart Wörtz: Von der Kolonisierung zur Globalisierung: Das Scheitern des nationalen Entwicklungsstaates in Ägypten. In: Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929–1999), hrsg. von Peter Feldbauer [u.a.]. Frankfurt am Main; Wien: Brandes & Apsel; Südwind 1999, S. 134.

[111] Vgl. Instituto del Tercer Mundo (Hrsg.): Third World Guide 93/94. Montevideo: ITeM 1992, S. 605.

[112] Die in einigen Staaten der Dritten Welt vorhandenen Bestrebungen, Schuldnerkartelle zu bilden, scheiterten am Widerstand Mexikos und Brasiliens, die den völligen Verlust ihrer Kreditwürdigkeit befürchteten (vgl. Frank, Schuldenbombe, S. 28).

[113] Vgl. Adams, Worlds apart, S. 154 f.

[114] Herbert Schui/Jörg Niemeyer: Lösung der Schuldenfrage – ein ökonomisch-politisches Projekt. In: Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt, S. 48.

in konkreten politischen Konstellationen als Druckmittel eingesetzt wurde, erwies sich im Zweiten Golfkrieg, als der Pariser Club Ägypten für seine Teilnahme an der antiirakischen Allianz eine fünfzigprozentige Schuldenbefreiung gewährte.[115] Schon allein aufgrund der vielfältigen Einflussmöglichkeiten, die sich den Zentren gegenüber hochverschuldeten Staaten boten, war den Gläubigern zwar an einer Eindämmung, nicht aber an einer tatsächlichen Lösung des Schuldenproblems, d.h. einem weitgehenden Schuldenerlass, gelegen. Dementsprechend stieg die Gesamtverschuldung der Dritten Welt auch während der 1980er Jahre weiter an, von 420,7 Milliarden Dollar 1980 auf 1015,1 Milliarden Dollar 1990,[116] und diese Entwicklung setzte sich in den 1990er Jahren fort.

Durch die gefestigte hegemoniale Stellung der USA und ihrer Verbündeten einerseits, den drohenden ökonomischen Kollaps vieler Staaten der Dritten Welt andererseits verschob sich auch das Kräfteverhältnis im so genannten Nord-Süd-Dialog, dessen Ende für Andre Gunder Frank – und nicht nur für ihn – mit dem Ausbruch der Schuldenkrise 1982 erreicht war.[117] Die Machtverschiebungen zu Gunsten der kapitalistischen Zentren, die bereits das Gipfeltreffen von Cancún 1981 geprägt hatten, äußerten sich auch im Rahmen der entsprechenden UN-Organisationen. Auf der UNCTAD VI in Belgrad (1983) wurde die Forderung der Dritten Welt nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung »zugunsten unmittelbarer praktischer Hilfsmaßnahmen« weitgehend aufgegeben[118], und seit dem 1984 erfolgten Rücktritt ihres Generalsekretärs Gamani Corea »UNCTAD would operate within the parameters laid down by the US and its developed country partners.«[119] Von nun an dienten die internationalen Verhandlungsforen ähnlichen Zwecken wie auf bilateraler Ebene die Strukturanpassungsprogramme: Die Länder der Dritten Welt sollten dem metropolitanen Kapital als Absatzmärkte,

---

[115] Bahadir/Wörtz, Von der Kolonisierung zur Globalisierung, S. 136. Allerdings blieb auch bei diesem Übereinkommen die binnenökonomische Seite nicht unberücksichtigt – vorgeschrieben wurde der weitere Abbau staatlicher Subventionen und Preisregulierungen (vgl. ebda, S. 137 f.).

[116] Vgl. Sangmeister, Verschuldungsproblem, S. 332.

[117] Gunder Andre Frank: The underdevelopment of development. In: Scandinavian Journal of Development Alternatives, Bd. 10, 1991, H. 3, S. 47.

[118] Vgl. Uwe Andersen/Andreas Langmann: Eine »neue« Neue Weltwirtschaftsordnung? Perspektiven gerechterer Strukturen in der Einen Welt. In: Kreuzzug oder Dialog. Die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen, hrsg. von Volker Matthies. Bonn: Dietz 1992 (=Dietz-Taschenbuch. 44.), S. 150. Ein wenig zu dieser Wende beigetragen hatten auch die 1982 geäußerten Drohungen der USA, sich aus der UNCTAD zurückzuziehen (so wie sie dies im Fall der UNESCO tatsächlich taten). Diese Abwendung von multilateralen Politikformen ist allerdings weniger ein Erklärungsfaktor als vielmehr ein Symptom wiedergewonnener Stärke.

[119] Adams, Worlds apart, S. 187. Ähnlich auch Franz Nuscheler: »Die westliche Staatengruppe setzte ihre wirtschaftliche und politische Macht ein, um ihre Interessen durchzusetzen; sie entwertete den Nord-Süd-Dialog zu einem folgenlosen Ritual und demontierte UNCTAD als Dialogforum« (Franz Nuscheler: Entwicklungspolitische Bilanz der 80er Jahre – Perspektiven für die 90er Jahre. In: Handbuch der Dritten Welt,

als Produzenten von Rohstoffen und energie- und arbeitsintensiven Industriegütern sowie als Anlagesphäre (im Zuge weitreichender Privatisierungen von Industrie- und Infrastrukturunternehmen)[120] wieder möglichst unbeschränkt zugänglich gemacht werden.

Als Kronzeugen dafür, dass eine weitreichende Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft zu hohen Wachstumsraten führe, dienten die ost- und südostasiatischen Staaten, insbesondere die »Tigerstaaten« Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea.[121] Um auch in anderen Teilen der Peripherie Marktöffnung und Exportorientierung voranzutreiben, bedienten sich die kapitalistischen Zentren in den 1980er Jahren – neben den IWF- und Weltbank-Diktaten – vor allem des GATT, das von neuen Mitgliedern (etwa Mexiko, Tunesien) unter anderem eine weitgehende Reduktion der Einfuhrzölle verlangen konnte (während die Märkte der Zentren zumindest teilweise durch »freiwillige« Vereinbarungen wie das Multifaserabkommen geschützt blieben).

Im Zuge der Uruguay-Runde (1986–1993) wurde das GATT auf Drängen vor allem der USA um den Dienstleistungssektor erweitert, um auch hier den transnationalen Konzernen bislang abgeschottete Märkte zu erschließen – ein »besonders starker Liberalisierungsdruck lastet seither auf jenen Dienstleistungsbereichen, die wegen ihres infrastrukturellen Charakters bisher durch nationalstaatliche Regulierungen geschützt und stark von nationalen Anbietern dominiert waren, d.h. insbesondere auf Telekommunikationsunternehmen, Banken und Versicherungen.«[122] Gleichzeitig wurde die technologische Abhängigkeit der Peripherie dadurch einzementiert, dass in den Verhandlungen über die »trade-related intellectual property rights« (TRIPS) das bis dahin geltende, relativ großzügige und damit einer nachholenden Industrialisierung förderliche Patentrechtssystem durch deutlich restriktivere Bestimmungen ersetzt wurde (gleichzeitig konnten die Patentinhaber mit steigenden Einnahmen rechnen).[123] Die Schlussakte der Uruguay-Runde – gleichzeitig das Gründungsdokument der neugegründeten

---

hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3. Auflage. Bonn: Dietz 1993, S. 164).

[120] Vgl. James Petras/Henry Veltmeyer: Globalization Unmasked. Imperialism in the 21st Century. Halifax; London, New York: Fernwood Publishing; Zed Books 2001, S. 92 ff.

[121] Tatsächlich waren dort in den 1980er Jahren bemerkenswerte wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen, allerdings verdankten diese Staaten ihren ökonomischen Aufstieg einerseits der geographischen Nähe zum boomenden japanischen Zentrum, andererseits ihrem Status als antikommunistische Frontstaaten in den Konfrontationen mit Nordkorea, China und Vietnam, der ihnen von seiten der USA besondere Vergünstigungen auf dem Handels- und Finanzsektor einbrachte – eine Konstellation, die nicht verallgemeinerbar war. Die Entwicklung Ende der 1990er Jahre demonstrierte dann auch im Fall der südostasiatischen Staaten die Fragilität peripherer Ökonomien.

[122] Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 1996, S. 237.

Welthandelsorganisation (WTO) – war trotz begrenzter Zugeständnisse an die ärmsten Staaten der Dritten Welt (LLDCs) ein getreues Abbild der seit den 1980er Jahren bestehenden Machtverhältnisse zwischen Zentrum und Peripherie: mit der Absicherung technologischer Monopole, mit der (zum Teil asymmetrischen) Öffnung von Märkten zu Gunsten transnationaler Konzerne und mit Handelsgewinnen, die nach Schätzungen zu zwei Dritteln in die OECD-Länder und nur zu einem Drittel in die ost- und außereuropäische Peripherie fließen würden.[124]

Eine Tendenz, die die weltweite Liberalisierung eher ergänzte als unterlief, stellte die Herausbildung regionaler Wirtschaftsblöcke dar. Durch die regionale Integration bislang nationalstaatlich beschränkter Märkte, etwa durch die völlige Beseitigung tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse, wurde den betroffenen Kapitalgruppen die Möglichkeit gegeben, jene *economies of scale* zu realisieren und jene ökonomische Stärke zu erreichen, die ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sicherstellen sollten. Dies betraf sowohl die Konzerne innerhalb von EU und NAFTA, die in der Triaden-Auseinandersetzung Japan/Westeuropa/Nordamerika gestärkt werden sollten, als auch periphere Kapitalgruppen, die im Rahmen regionaler Zusammenschlüsse wie MERCOSUR, AFTA und SADC ihre Position gegenüber dem metropolitanen Kapital zu verbessern suchten.

Während diese Regionalisierungsprojekte eine spezifisch moderierte Form der weitgehenden Integration in den Weltmarkt darstellten, existierten bis in die 1990er Jahre hinein Staaten, die wesentliche Bereiche ihrer Ökonomie dem Zugriff des metropolitanen Kapitals entzogen, vor allem durch eine umfassende staatliche Kontrolle von Außenhandel, Kapitalverkehr und wesentlichen Teilen des Produktions- und Distributionssystems. Aber auch diese zumindest partiell antisystemischen und daher vom Westen angefeindeten Enklaven wie Nordkorea, Kuba und Syrien mussten sich dem Weltmarkt öffnen, wollten sie ihrem drückenden Devisen- und Kapitalmangel abhelfen, und schlugen daher, in unterschiedlichem Ausmaß und Tempo, jenen Weg ein, den Staaten wie China und Vietnam bereits einige Jahre zuvor beschritten hatten. Dort, wo wirtschaftliche Zwänge nicht ausreichten, um das kapitalistische Herrschaftssystems abzusichern, setzte der Westen weiterhin auf Gewalt: Bei der Bombardierung libyscher Städte 1986, der Invasion Panamas 1989 und dem Zweiten Golfkrieg 1991 ging es allerdings nicht mehr um die Bekämpfung antisystemischer

---

[123] Vgl. ebda., S. 199.

[124] Vgl. ebda., S. 197. Für eine detailliertere Kritik der Ergebnisse der Uruguay-Runde siehe Amin, Capitalism, S. 26 ff.

Bestrebungen, sondern um die Beseitigung innersystemischer Unruheherde und (wie auch im Falkland-Krieg 1982) um die Statuierung von Exempeln metropolitaner Macht. Das immer nachdrücklicher proklamierte und wiederholt durchgesetzte Recht auf Intervention (die im Regelfall als humanitäre deklariert und als militärische realisiert wurde) wurde zu einem festen Bestandteil der globalen Ordnung.[125] Die ökonomische, politische und ideologische Hegemonie des kapitalistischen Systems drückte sich auch darin aus, dass trotz zunehmender Verelendung in weiten Teilen der Peripherie antisystemische Bewegungen von nennenswerter Bedeutung spärlich gesät blieben – zu den Ausnahmen zählten die mexikanischen Zapatisten sowie radikale Islamisten im arabischen Raum. Die meisten Organisationen der politischen Linken verabschiedeten sich von jeglichem antikapitalistischen Konzept, und selbst Befreiungsbewegungen wie PKK und Frente POLISARIO gaben unter dem Druck der Verhältnisse ihre sozialrevolutionäre zu Gunsten einer primär nationalistischen Agenda auf.

Allein, die neue Weltordnung, die Präsident Bush nach dem Untergang des sozialistischen Blocks proklamierte, war dennoch instabiler, als es die marginale Bedeutung der antisystemischen Bewegungen vermuten ließ. Dies lag einerseits daran, dass die hegemoniale Stellung der USA alles andere als unumschränkt war und sich im daraus ergebenden Machtvakuum die Tendenz zu inner- und zwischenstaatlichen Konflikten verstärkte. Andererseits unterminierte das kapitalistische Weltsystem an der Peripherie eines seiner konstitutiven Elemente: den Nationalstaat. Wirtschaftskrise und IWF-Auflagen entzogen den Staaten der Peripherie jene Mittel, die sie zur Ausübung ihrer Ordnungs- bzw. Herrschaftsfunktion benötigt hätten. Die Erosion der staatlichen Institutionen ging einher mit verschärften Konflikten um die immer knapper werdenden Ressourcen, wobei sich die konkurrierenden Gruppen in der Regel ethnisch definierten. Die 1990er Jahre erlebten daher eine Welle von Bürgerkriegen, deren Extremformen durch besondere Grausamkeit (Ruanda, Sudan) oder den weitgehenden Zerfall staatlicher Strukturen (Afghanistan, Somalia, Liberia) charakterisiert waren – Entwicklungen, denen die kapitalistischen Zentren nicht Einhalt zu gebieten vermochten (wie in Somalia) oder wollten (wie in Angola). Partiell blieben sogar diese Regionen in das kapitalistische Weltsystem integriert (absatzseitig etwa über den Waffenhandel, produktionsseitig über den Drogenanbau oder die weiterhin mögliche, ja sogar erleichterte Extraktion mineralischer Rohstoffe). Aber da die betroffenen Länder für das Funktionieren des Gesamtsystems ohnehin nur marginale Bedeutung hatten, konnte es auch hingenommen werden, dass Möglichkeiten

---

[125] Vgl. dazu Michael Hardt/Antonio Negri: Empire. Cambridge (Ma.), London: Harvard University Press 2001, S. 18.

der Kapitalverwertung zu Gunsten einer verallgemeinerten Subsistenzproduktion verschwanden.

In den Krisen- und Elendsregionen der Welt kam es zwar zu Prozessen, die in den Zentren als kurz- und mittelfristige Bedrohungen betrachtet und verstärkt zum Gegenstand internationaler Politik gemacht wurden (Migration, ökologische Gefahrenpotenziale), die nordamerikanisch/westeuropäisch/japanische Hegemonie war aber in den 1990er Jahren dadurch ebenso wenig bedroht wie durch die zersplitterten antisystemischen Kräfte.

2 Von der Modernisierung zur Deregulierung. Abriss der »Entwicklungs«-Theorien und -Strategien seit 1945

Eine Analyse der entwicklungspolitischen Debatte in Österreich ist nicht zu leisten, ohne, wie in Kapitel III.1 versucht, den globalen polit-ökonomischen Kontext einzubeziehen, und sie ist nicht zu leisten, ohne die internationale wissenschaftliche und konzeptionelle Diskussion zu berücksichtigen – gerade in einem Bereich, an dessen rasch wechselnden intellektuellen Konjunkturen ein mitteleuropäischer Kleinstaat primär rezipierend und repetierend teilhatte. Die theoretische Beschäftigung mit Fragen der ökonomischen und sozialen Entwicklung peripherer Regionen hatte (und hat) ihr Zentrum im angloamerikanischen Raum (mit signifikanten Ausnahmen wie den primär in Lateinamerika entstandenen Dependenztheorien). Im strategisch-konzeptionellen Bereich kam internationalen Organisationen, namentlich der UNO und ihren Teilorganisationen, eine führende Rolle zu. Jene geographische und diese institutionelle Sphäre waren es denn auch im wesentlichen, bei denen österreichische Wissenschaftler, Publizisten und letztlich auch Politiker ihre Anleihen machten, und so wird sich dieses Kapitel auf die international bestimmenden entwicklungstheoretischen und -strategischen Denkschulen konzentrieren.[126] Eine der Fragen, die im weiteren Verlauf dieser Arbeit zu beantworten sein wird, betrifft genau diesen Konnex zwischen theoretischer Debatte und politischem Diskurs: Welche Aspekte, welche Themen finden Eingang in den Bereich der Politik und in welchem zeitlichen Abstand;[127] und welche theoretischen Konzepte bleiben (von wem und warum) unbeachtet.

---

[126] Jene zum Teil durchaus bemerkenswerten Theorieansätze, die in anderen Weltregionen entwickelt, aber in Europa kaum oder gar nicht rezipiert wurden, müssen im Rahmen der vorliegenden Arbeit unberücksichtigt bleiben; vgl. dazu Manfred Mols/Peter Birle (Hrsg.): Entwicklungsdiskussion und Entwicklungspraxis in Lateinamerika, Südostasien und Indien. Münster, Hamburg: Lit Verlag 1991. (=Politikwissenschaftliche Perspektiven. 1.)
Ganz allgemein bleibt anzumerken, dass beim folgenden historischen Überblick über entwicklungstheoretische Ansätze und Themen neben der wissenschaftlichen Diskussion im strengen Sinne auch jene Positionen berücksichtigt wurden, wie sie etwa in programmatischen Dokumenten von Nichtregierungsorganisationen, Entwicklungsagenturen und internationalen Finanzinstitutionen zum Ausdruck kamen.

[127] Für Bodemer gilt ein derartiger Zusammenhang als erwiesen, wenn auch in mehrfach gebrochener Form: »Da Entwicklungspolitik [...] professionellen Standards genügen muß, reflektiert der entwicklungspolitische Programmhaushalt auch stets – wenn auch in der Regel deformiert und mit zeitlicher Verzögerung – den Stand der entwicklungspolitischen Theorie- und Strategiediskussion.« (Klaus Bodemer: Programmentwicklung in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26, 1985, Sonderheft 16: Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, hrsg. von Franz Nuscheler, S. 300.)

2.1 Das goldene Zeitalter

Die Anfänge der Entwicklungstheorien reichen in jene Periode zurück, als der Kapitalismus die feudal geprägten sozioökonomischen Strukturen dynamisierte und die regional unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Ergebnisse dieser Transformation zum Nachdenken darüber zwangen, welche Faktoren innerhalb einer Volkswirtschaft auf die Entwicklung der Produktivkräfte hemmend bzw. fördernd einwirkten. Besonders dringlich stellte sich diese Frage in jenen Ländern, die der (in einigen Fällen lediglich scheinbar) übermächtigen Konkurrenz durch die wirtschaftlich avanciertesten Länder ausgesetzt waren, die aber dennoch auf dem Wege nachholender Industrialisierung das Produktivitätsniveau der kapitalistischen Zentren zu erreichen suchten. Für Deutschland etwa formulierte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Friedrich List ein entsprechendes Konzept protektionistischen Zuschnitts, das ihn zum geistigen Ahnherren dissoziativer Entwicklungsstrategien werden ließ.[128] Ein Jahrhundert später wurden in der Sowjetunion theoretische (u.a. durch E. Preobraženski), vor allem aber massive praktische Anstrengungen unternommen, um eine agrarisch geprägte Ökonomie innerhalb kurzer Zeit umfassend zu industrialisieren – ein Unterfangen, das im wesentlichen realisiert werden konnte und das seinerseits die Formulierung von Entwicklungstheorien nach 1945 markant beeinflusste.[129]

Dies in doppelter Weise: Zum einen diente die planwirtschaftliche Industrialisierung der UdSSR nichtkommunistischen Staaten der Peripherie wie der Türkei oder später Indien als erfolgverheißendes Modell,[130] zum anderen hatte das Wirtschafts- und Rüstungspotenzial der Sowjetunion in einem Maße zugenommen, dass sie nach der Etablierung einer Einflusszone in Osteuropa unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg die Hegemonie der kapitalistischen Zentren auch in anderen Teilen der Welt gefährdete (siehe S. 30). Um dem sowjetischen Modell nachholender Entwicklung ein Gegenkonzept entgegensetzen zu können und um gleichzeitig dem wachsenden Druck der nationalen Befreiungsbewegungen und ihren ökonomischen Aspirationen zu begegnen[131] (und schließlich wohl auch, um die Ressourcen der peripheren

---

[128] Als solchen würdigte ihn insbesondere Dieter Senghaas; vgl. Dieter Senghaas: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1977, S. 75 ff. (=edition suhrkamp. 856.)

[129] Vgl. Thorbecke: The evolution of the development doctrine, S. 20.

[130] Vgl. Ozay Mehmet: Westernizing the Third World. The eurocentricity of economic development theories. London: Routledge 1995, S. 92.

[131] Vgl. Jorge Larrain: Theories of development. Capitalism, colonialism and dependency. Cambridge: Polity Press 1989, S. 10. Im gleichen Sinne äußert sich Gerhard Hauck: »Wenn man den Einfluß auf jene Regionen nicht verlieren wollte, mußte man sich mit den herrschenden Klassen in ihnen verständigen und ihrer Forderung nach wirtschaftlicher Entwicklung wenigstens in Grenzen Rechnung tragen.« (Gerhard Hauck: Evolution, Ent-

Gebiete, egal ob kolonial oder formal unabhängig, für das kapitalistische Gesamtsystem in größerem Maßstab nutzen zu können), wurden in Westeuropa und Nordamerika Ansätze entwickelt, die peripheren Regionen ökonomische Prosperität innerhalb des kapitalistischen Systems in Aussicht stellten, ja die dieses zur notwendigen Vorbedingung wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts erklärten. Aus dieser Konstellation wird zum einen verständlich, warum es in erster Linie Theoretiker aus den kapitalistischen Zentren waren, die über die wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten asiatischer, afrikanischer und lateinamerikanischer Territorien nachdachten und warum die ökonomischen Verheißungen[132] universale, weltumspannende Geltung beanspruchten. Der Begriff der »Entwicklung« diente dazu, für die bereits eingetretene oder sich unmittelbar abzeichnende nachkoloniale Periode die Bindung der peripheren Staaten an das kapitalistische Weltsystem ideologisch abzusichern.[133] Die Entwicklungsökonomie, schreibt Andre Gunder Frank, sei als neuer Wissenschaftszweig auf vergleichbare Weise ein Kind des Neokolonialismus gewesen wie die Anthropologie eines des Kolonialismus.[134]

Ein weiterer Aspekt, der unmittelbar in die entwicklungspolitischen und -theoretischen Konzeptionen hineinwirkte, waren die Erfahrungen bei der Überwindung der Weltwirtschaftskrise und beim Wiederaufbau des kriegszerstörten Europa. In beiden Fällen spielten ein vielschichtiger Staatsinterventionismus keynesianischer Prägung und damit der gezielte Einsatz umfangreicher staatlicher Finanzmittel eine bedeutende Rolle,[135] und in beiden Fällen setzten die USA mit *New Deal* bzw. Marshall-Plan die Maßstäbe. So war es kein Zufall, dass der erste Schlüsseltext der internationalen Entwicklungspolitik ein Abschnitt – *Point Four* – der

---

wicklung, Unterentwicklung – Gesellschaftstheoretische Abhandlungen. Frankfurt am Main: Verlag für Interkulturelle Kommunikation 1996, S. 137.)

[132] Der Entwicklungsoptimismus der 1950er und 1960er Jahre war kein bewusstes ideologisches Täuschungsmanöver, sondern entsprach offenbar tatsächlich den Überzeugungen der damals führenden Theoretiker – Ryszard Kapuściński berichtet von einer Debatte zwischen dem Ökonomen Walter Rostow und dem Agrarwissenschaftler René Dumont in Addis Abeba 1963, in der es darum ging, ob Afrika den Entwicklungsstand der Schweiz in zwanzig oder in vierzig Jahren erreichen würde; vgl. Ryszard Kapuściński: König der Könige. Frankfurt am Main: Eichborn 1995, S. 242 f.

[133] Vgl. David B. Moore: Development discourse as hegemony. Towards an ideological history – 1945–1995. In: Debating development discourse. Institutional and popular perspectives, hrsg. von David B. Moore und Gerald J. Schmitz. London, Basingstoke: Macmillan 1995, S. 22.

[134] Vgl. Frank, Underdevelopment, S. 14. Frank geht davon aus, dass das Konzept der Entwicklung sich sowohl gegen die alten Kolonialmächte als auch gegen den sozialistischen Block gerichtet habe, dass es also »a part and parcel instrument of the new postwar American hegemony« gewesen sei (ebda).

[135] Vgl. Leys, The rise and fall of development theory, S. 8.

Antrittsrede des wiedergewählten US-Präsidenten Truman am 20. Jänner 1949 war.[136] Unter dem Eindruck des kommunistischen Sieges im chinesischen Bürgerkrieg stellte Truman allen freien, friedliebenden Völkern[137], genauer den »least fortunate [...] members«[138] der menschlichen Familie, die Unterstützung der USA in Aussicht, nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit anderen Staaten und unter Federführung der Vereinten Nationen. Ziel seien »improvement and growth of underdeveloped areas«, zu erreichen sei dies primär dadurch, dass man den betroffenen Ländern einerseits den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, andererseits Kapital zugänglich mache und so ihre Produktionskapazität erhöhe.

Die Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre zunehmend systematisierten Überlegungen zu den Perspektiven der »unterentwickelten« Regionen stimmten darin überein, dass deren »Entwicklung«, dem westlichen (und sowjetischen) Beispiel folgend, mit Wirtschaftswachstum und dieses mit Industrialisierung gleichgesetzt wurde. Weitgehend außer Streit gestellt blieben dabei die zentrale Rolle des Staates im Entwicklungsprozess, dessen Ausrichtung auf den nationalstaatlichen Rahmen und die Notwendigkeit rasch steigender Investitionsraten.[139] Auffassungsunterschiede bestanden lediglich in der Frage, wie der Industrialisierungsprozess unter den genannten Prämissen in Gang zu setzen sei: durch einen *big push*, d.h. massive, staatlich koordinierte Investitionen in bestimmte Industriezweige, oder – als Variante dieses Ansatzes – in Form von *unbalanced growth*, wobei industrielle Leitsektoren durch vielfältige Verflechtungen die restliche Ökonomie stimulieren sollten; oder, ganz im Gegenteil, durch gleichmäßigen und gleichzeitigen Kapitaleinsatz in möglichst vielen Wirtschaftssektoren, verbunden mit protektionistischen Maßnahmen (*balanced growth*).[140] Diese seit den 1940er Jahren formulierten Wachstumstheorien unterschiedlicher Prägung erfuhren ab Mitte der 1950er Jahre in Gestalt der Modernisierungstheorien eine Systematisierung und Ausweitung – vor allem, weil sich herausstellte, dass isolierte ökonomische Maßnahmen nur in den seltensten Fällen die erwünschten Resultate erbrachten. Fortan ging es also nicht mehr bloß um die Initiierung und Steuerung wirtschaftlicher Prozesse, sondern um die ökonomische, politische, soziale und kulturelle Transformation »unterentwickelter« Regionen. Als Modell, das es auf

---

[136] Vgl. Rist, The history of development, S. 71. Auch Melkote und Merriam betrachten Trumans *Point Four* als ersten Markstein innerhalb der entwicklungspolitischen Diskussion; vgl. Melkote/Merriam, The Third World, S. 13.

[137] Der Redeabschnitt ist zur Gänze zitiert in Rist, History of development, S. 71 f.

[138] Ebda, S. 72.

[139] Reinhart Kößler: Entwicklung. Münster: Westfälisches Dampfboot 1998, S. 87.

[140] Vgl. dazu u.a. Charles P. Oman/Ganeshan Wignaraja: The postwar evolution of development thinking. London, Basingstoke: Macmillan 1991, S. 16 ff.

allen Ebenen zu imitieren galt, dienten Westeuropa und Nordamerika, ihm gegenübergestellt wurden die »Rückständigkeit«, der statische, partikularistische, traditionsbestimmte Charakter peripherer Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen. Modernisierungstheorien gerieten damit oft zu einer »Art Mängeldiagnose«, mit der festgestellt wurde, »was den ›neuen Staaten‹ im Vergleich zu den ›modernen Gesellschaften‹ fehlt«[141]. In ihren kruderen Formen taten sie nichts anderes, als kulturellen Kolonialismus zu rationalisieren.[142] Gleichzeitig wurde die Kluft zwischen Zentren und Peripherien als prinzipiell überwindbar angesehen, getragen von der Annahme, »daß alle Gesellschaften [...] einen gleichgerichteten Prozeß sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandels durchliefen«.[143]

Die verschiedenen Spielarten der Modernisierungstheorien unternahmen es, die jeweiligen Voraussetzungen, Erscheinungsformen und Ziele dieses Wandels zu benennen. Sozialpsychologische Modernisierungstheorien orteten die unzureichende Leistungsmotivation breiter Bevölkerungsschichten als Entwicklungshemmnis – Bildungseinrichtungen und Massenmedien sollten dieses Defizit beseitigen und leistungsorientierte, individualistische Werthaltungen vermitteln; politologische Ansätze betonten die Notwendigkeit, die Regierungstätigkeit partizipativer, integrativer und effektiver zu gestalten – die konkreten Vorschläge liefen meist darauf hinaus, politische Prozesse als parlamentarische Demokratie britischen oder US-amerikanischen Musters zu institutionalisieren[144] (ironischerweise wurden, etwa von Samuel Huntington, für eine gewisse Übergangsfrist autoritäre Regime als akzeptabel angesehen, sofern sie für die Modernisierung gesellschaftlicher und politischer Strukturen sorgten[145]); soziologisch orientierte Theorien (vor allem im Gefolge Talcott Parsons) identifizierten affektives soziales Handeln und diffuse soziale Funktionen als Merkmale »rückständiger« Gesellschaften, durchzusetzen seien Rationalität und funktionelle soziale Ausdifferenzierung. Zum Inbegriff der Modernisierungstheorie wurde das primär ökonomisch orientierte Modell von Walt Whitman Rostow, demzufolge »traditionelle Gesellschaften« – hierarchisch, fatalistisch, landwirtschaftlich geprägt, mit vornewtonscher Wissenschaft und Technik ausgestattet – nach drei Zwischenschritten in das Stadium des Massenkonsums eintreten würden.

---

[141] Ute Zurmühl: Der »Koloniale Blick« im entwicklungspolitischen Diskurs. Welt-Bilder und Bilder-Welten in der Entwicklungszusammenarbeit. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik 1995, S. 29.

[142] Vgl. Magnus Blomström/Björn Hettne: Development theory in transition. The dependency debate and beyond: Third World responses. London: Zed Books 1984, S. 22.

[143] Menzel, Ende der Dritten Welt, S. 99.

[144] Vgl. Hauck, Evolution, S. 128 f.

[145] Vgl. Kößler, Entwicklung, S. 104 f.; als diesbezügliche Erfolgsmodelle führte Huntington – 1968 – die Türkei, Pakistan, Mexiko, Südkorea und El Salvador an.

Entscheidend dabei sei die *take off*-Phase, in der das Investitionsvolumen von weniger als 5 Prozent des Bruttonationalprodukts auf mehr als 10 Prozent ansteigen müsse. Eine zentrale Rolle käme in dieser Phase laut Rostow (der unter den US-Präsidenten Kennedy und Johnson wichtige politische Funktionen bekleidete) der Entwicklungshilfe zu, die das für den erfolgreichen *take off* notwendige Kapital zuführen solle, um ein selbsttragendes Wachstum zu erreichen und so das betreffende Land gegen »die kommunistische Bedrohung« zu immunisieren.[146]

Den meisten Modernisierungstheorien gemeinsam war eine negative Bewertung des Agrarsektors, dem nicht zuletzt aufgrund der in vielen Regionen dominanten Subsistenzwirtschaft nur ein geringes Wachstumspotenzial attestiert wurde (erst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begann man die Beziehungen zwischen Industrie-, modernem Agrar- sowie Subsistenzsektor differenzierter zu sehen)[147]. Zudem wurde der ländliche Raum vielfach mit Traditionalismus und Obskurantismus assoziiert, während es den Modernisierungstheoretikern um Säkularisierung, Rationalisierung, Verwissenschaftlichung ging, um stärkere soziale Mobilität, um Alphabetisierung und Urbanisierung – als Mittel dazu und zugleich als Zweck sollte der Aufbau eines modernen industriellen Sektors dienen. In doppelter Weise stimmten die Modernisierungstheorien mit dem Konzept der von den westlichen Staaten zunehmend betriebenen Entwicklungspolitik überein: einerseits – und dies bis in die Gegenwart – im Grundgedanken von Entwicklungshilfe, nämlich durch »Beratungstätigkeit, technische und finanzielle Transferleistungen den internen Wandel zu fördern und so den innovationsbereiten, modernen gesellschaftlichen Kräften in den traditionellen Gesellschaften freie Bahn zu verschaffen«[148], andererseits in den konkreten Prioritäten von Entwicklungshilfe in den 1950er und 1960er Jahren (und vielfach darüber hinaus), die den Aufbau urbaner industrieller Zonen forcierte.[149]

Entwicklungstheorien entstanden und veränderten sich nicht aufgrund einer inhärenten wissenschaftlichen Dynamik, etwa aufgrund der Weiterentwicklung des analytischen Instrumen-

---

[146] Vgl. dazu u.a. Larrain, Theories, S. 97 f.; Hauck, Evolution, S. 118 ff. sowie Kees van der Pijl: Vordenker der Weltpolitik. Einführung in die internationale Politik aus ideengeschichtlicher Perspektive. Opladen: Leske + Budrich 1996, S. 315.

[147] Vgl. Thorbecke, The evolution of the development doctrine, S. 25.

[148] Menzel, Ende der Dritten Welt, S. 100.

[149] Vgl. Mehmet, Westernizing the Third World, S. 61.

tariums, wie Paul Krugman meint,[150] sondern entsprachen in ihren Konjunkturen bestimmten Stadien des kapitalistischen Weltsystems. Das, was die Wachstums- und Modernisierungstheorien der 1940er bis 1960er Jahre zu operationalisieren versuchten, eine nachholende Industrialisierung unter den Bedingungen eines peripheren Kapitalismus, vollzog sich seit Beginn der 1930er Jahre in Lateinamerika, aber auch in Staaten wie der Türkei und Südafrika. Der weitgehende Zusammenbruch der Weltmärkte im Zuge der Weltwirtschaftskrise und bald darauf der Zweite Weltkrieg nötigten die rohstoffproduzierenden Staaten der Peripherie, die nicht mehr finanzierbaren Importe durch den Aufbau eigener Produktionskapazitäten zu ersetzen. Die aus der Not geborene importsubstituierende Industrialisierung verzeichnete beträchtliche Erfolge, auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. So wiesen die lateinamerikanischen Ökonomien in den 1950er Jahren höhere Wachstumsraten auf als die europäischen[151] – zu einem Zeitpunkt also, als die auf ein solches Resultat zugeschnittenen Theorien ihre Hochblüte erlebten, und durchaus entlang jener Linien, die auch in den theoretischen Konzepten propagiert wurden: eine aktive Rolle des Staates, Wirtschaftsplanung sowie eine durch protektionistische Maßnahmen abgesicherte Industrialisierung mit Binnenmarktorientierung.

Die Popularität der Modernisierungstheorien lag vor allem darin begründet, dass die in der Theorie entworfenen und in vorauseilender Praxis realisierten Entwicklungsmodelle auch für die kapitalistischen Zentren einen mehrfachen Nutzen versprachen: Die verbesserte Infrastruktur erleichterte die Erschließung von Rohstoffen, in den NICs konnten anstelle von Konsumgütern vermehrt Investitionsgüter abgesetzt werden (die im allgemeinen höhere Profite abwarfen), und die wirtschaftliche Dynamik band die jeweiligen Staaten fester in das kapitalistische Weltsystem ein. Die Austauschbeziehungen und Machtverhältnisse innerhalb desselben wurden von den Modernisierungstheoretikern in der Regel vernachlässigt, Entwicklung bzw. Nicht-Entwicklung auf endogene Faktoren zurückgeführt. Dort, wo Außenkontakte ins Blickfeld gerieten, wurden sie positiv bewertet: als Technologietransfer, Kapitalhilfe oder auch als Übernahme westlicher Werthaltungen und Konsummuster.[152]

---

[150] Vgl. Paul Krugman: The fall and rise of development economics. In: Rethinking the development experience. Essays provoked by the work of Albert O. Hirschman, hrsg. von Lloyd Rodwin und Donald A. Schön. Washington; Cambridge (Mass.): Brookings Institution; Lincoln Institute of Land Policy 1994, S. 45.

[151] Vgl. Hoogvelt, Globalisation, S. 224.

[152] Vgl. Larrain, Theories, S. 101.

2.2 Am Scheideweg

Diese apologetische Haltung gegenüber den Mechanismen der kapitalistischen Weltwirtschaft wurde in der entwicklungstheoretischen Debatte bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt – zumindest ansatzweise – in Frage gestellt, und es ist kein Zufall, dass diese sich in weiterer Folge radikalisierende Häresie in Lateinamerika ihr Zentrum hatte. Der Leiter der 1948 gegründeten und in Santiago de Chile ansässigen *Comisión Económica para América Latina* (CEPAL), Raul Prebisch, konstatierte erstmals 1950, dass sich die internationalen Austauschrelationen, die *terms of trade*, kontinuierlich zu Ungunsten der rohstoffproduzierenden Länder verschoben. Als Ausweg wurde von den Ökonomen der CEPAL neben preisstabilisierenden Maßnahmen bei Rohstoffen vor allem die importsubstituierende Industrialisierung angesehen, um auf diese Weise die für die Peripherie nachteilige internationale Arbeitsteilung zu modifizieren. Im Bereich der Handelsbeziehungen zielte die Abschlusserklärung der Konferenz von Bandung 1955 in die gleiche Richtung, wenn sie empfahl, »that collective action be taken by participating countries for stabilizing the international prices of and demand for primary commodities through bilateral and multilateral arrangements«[153]. Zwar verwiesen derartige Ansätze auf Interessensgegensätze zwischen Rohstoffproduzenten und industrialsierten Metropolen, hielten sie aber prinzipiell für überwindbar – die kapitalistische Weltwirtschaft als Ganzes stellten sie jedenfalls nicht in Frage, sondern gingen, entsprechende Maßnahmen vorausgesetzt, von der Entwicklungsfähigkeit der peripheren Ökonomien aus. In dieser Tradition standen in den 1970er Jahren die Bestrebungen der Dritten Welt, eine neue internationale Wirtschaftsordnung durchzusetzen (siehe S. 41 f.), um so »to realize a long-standing dream of world-capitalism: that is, to ensure continuing growth of the system as a whole by better integrating the peripheral countries.«[154]

Zuvor, Ende der 1960er Jahre, war es allerdings zu dem gekommen, was heutzutage mit besonderer Vorliebe als Paradigmenwechsel bezeichnet wird: Die Modernisierungstheorien wurden als wissenschaftliche Leittheorien abgelöst.[155] Und wir stellen fest: Der Zeitpunkt deckt sich in etwa mit jener Zäsur, die um das Jahr 1970 herum anzusetzen ist und die einsetzende Erosion der US-Hegemonie sowie den Beginn eines Jahrzehnts der globalen Instabilität

---

[153] Zit. nach Rist, History of development, S. 84.

[154] Ebda, S. 150.

[155] Hier bleibt allerdings zu betonen, dass theoretische Ansätze nicht über Nacht verschwinden und ersetzt werden, wohl aber gegenüber einer neuen Orthodoxie in den Hintergrund treten. Oder, wie es David Moore in etwas anderer Akzentuierung ausdrückt: »These eras [of development thinking] do not follow upon each other in clear

markiert (siehe Kapitel III.1). Einige der neuen Leittheorien, namentlich die so genannten Dependenztheorien, blieben im wesentlichen auf dieses eine Jahrzehnt beschränkt. Mit der Restauration des kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftssystems Anfang der 1980er Jahre rückten andere Theorien in den Vordergrund – die Theoriekonjunktur stimmt offenbar mit den ökonomischen und politischen Zyklen überein und weist für die Jahrzehnte seit 1945 die in Kapitel III.1 skizzierte Dreiteilung (mit den 1970er Jahren als Mittelstück) auf.

Seit Ende der 1960er Jahre war das kapitalistische Weltsystem nicht nur unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Krisen und Bedrohungen ausgesetzt, sondern wurde auch auf theoretischer Ebene zunehmend in Frage gestellt, speziell seine Kapazität, in der Peripherie eine positive sozioökonomische Entwicklung zu gewährleisten. Die Erwartungen der Modernisierungstheoretiker hatten sich nicht erfüllt, die peripheren Ökonomien entwickelten sich deutlich krisenhafter, als es die Modelle vorsahen. Immer klarer traten die Grenzen der importsubstituierenden Industrialisierung zutage, die in den meisten Fällen weder eine gesamtwirtschaftliche Dynamik auszulösen noch die Lebensbedingungen der breiten Massen zu verbessern vermochte: Der erhoffte *trickle down*-Effekt war ausgeblieben, städtische und ländliche Armut nahmen zu, der Arbeitslosigkeit war mit den neuen, hochtechnisierten Produktionsanlagen nicht beizukommen, eine Diversifizierung der Industrieproduktion in Richtung Investitionsgüter misslang in der Regel, Zahlungsbilanzdefizite und Auslandsverschuldung nahmen immer bedrohlichere Züge an. Eine Erklärung für diese Symptome begannen Wissenschaftler nun weniger in endogenen Faktoren zu suchen als vielmehr in jenen (sozio-)ökonomischen Rahmenbedingungen, die von der subalternen Einbindung in das kapitalistische Weltsystem herrührten. Die meisten dieser Wissenschaftler stammten aus Ländern der Peripherie, insbesondere aus Lateinamerika, was ihren Blick auf die Rolle der kapitalistischen Zentren zweifellos schärfte.

Die Kritik an den asymmetrischen Beziehungen innerhalb des globalen Systems und an den daraus sich ergebenden negativen Folgen für die peripheren Gebiete konnte an Arbeiten wie jene des marxistischen Imperialismustheoretikers Paul Baran[156] anknüpfen; ein mindestens ebenso wichtiger Traditionsstrang schloss an die früheren Analysen der CEPAL an. Was die erstmals Mitte der 1960er Jahre auftauchenden Ansätze, die später vereinfachend unter der

---

stages, of course, nor does one phase ever come to a clear end: the later phases maintain many of their predecessors‘ elements in a subordinated way.« (Moore, Development discourse, S. 15.)

[156] So schrieb Baran bereits 1957 in seinem Buch *The Political Economy of Growth*: »Far from serving as an engine of economic expansion, of technological progress, and of social change, the capitalist order in these coun-

Bezeichnung Dependenztheorie zusammengefasst wurden, vereinte, war die Gegnerschaft zu den damals dominierenden Modernisierungstheorien (mit denen sie aber dennoch das grundsätzliche Ziel einer umfassenden Industrialisierung teilten) und ein gemeinsames Interesse: »studying the situation of peripheral capitalist countries from the point of view of the conditioning effects which external forces and structures produce on the internal structures of these countries.«[157] Wichtige Fragenkomplexe, mit denen sich die Dependenztheorien beschäftigten, waren der Kolonialismus und die durch ihn geformten Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen, weiters die zu Lasten der Dritten Welt strukturierte internationale Arbeitsteilung sowie die Rolle der multinationalen Konzerne, deren Praktiken – von der Repatriierung exzessiver Gewinne über politische Interventionen bis hin zur Verbreitung westlicher Konsummuster – Gegenstand kritischer Analysen waren.[158] Im Grunde lassen sich drei dependenztheoretische Denkrichtungen unterscheiden: Eine ganz in der Tradition der CEPAL stehende, die einen peripheren Kapitalismus prinzipiell für einen gangbaren Entwicklungsweg hielt, aber eine viel umfassendere Analyse der externen und extern induzierten Hindernisse vornahm; eine weitere, die eine »abhängige Entwicklung« ebenfalls für möglich hielt, aber in ihren Untersuchungen vor allem das Zusammenwirken externer Einflüsse und interner Klassenkonstellationen betonte; und eine dritte, die dem Kapitalismus generell die Fähigkeit absprach, eine positive sozioökonomische Entwicklung der Peripherien herbeizuführen.[159] Diese dritte und radikalste Position lief in der Praxis auf ein Ausscheren aus dem Weltmarktzusammenhang hinaus – ein Konzept, das unter den Bezeichnungen autozentrierte Entwicklung, *self reliance* oder *de-linking* firmierte und dessen konsequenteste Umsetzung in stalinistisch geprägten Staaten wie Albanien, Nordkorea sowie der Volksrepublik China erfolgte. Der Gedanke der *self reliance* lag auch der in der entwicklungspolitischen Debatte bedeutsamen Arusha-Deklaration zugrunde, mit der in Tansania die TANU unter Führung von Julius Nyerere 1967 ihr Ziel eines selbstgenügsamen, vom Ausland ökonomisch weitgehend unabhängigen afrikanischen Sozialismus proklamierte.

Stellten die radikaleren Varianten der Dependenztheorien quasi die systemtranszendierende Antwort auf die Instabilität des globalen Kapitalismus dar, so gab es daneben, wie in anderen

---

tries has represented a framework for economic stagnation, for archaic technology, and for social backwardness.« (Paul A. Baran: The political economy of growth. New York: Monthly Review Press 1957, S. 163 f.)

[157] Larrain, Theories, S. 112.

[158] Vgl. Frans J. Schuurman: Introduction. Development theory in the 1990s. In: Beyond the impasse. New directions in development theory, hrsg. von Frans J. Schuurman. London, New Jersey: Zed Books 1993, S. 5.

[159] Vgl. dazu Larrain, Theories, S. 112 f. sowie Oman/Wignaraja, The postwar evolution of development thinking, S. 156 ff.

historischen Konstellationen, reformistische und restaurative Versuche der (in diesem Fall intellektuellen) Krisenbewältigung. Das Problem aus Sicht westlicher Entwicklungsplaner bestand darin, dass die trotz Wirtschaftswachstums zunehmende Ungleichheit der Einkommens- und Landverteilung und die anhaltende Armut breiter Bevölkerungssegmente zu sozialen Unruhen und zur Bedrohung der politischen Ordnung führten;[160] nicht nur in Südostasien waren zu Beginn der 1970er Jahre antikapitalistische Kräfte in der Offensive. Die reformistische Antwort, die auch und gerade in internationalen Organisationen breite Resonanz fand, lautete Arbeitsbeschaffung (seit Anfang der 1970er Jahre insbesondere von der ILO, der Internationalen Arbeitsorganisation, forciert) und Armutsbekämpfung. Erstmals wurde mit diesem Ansatz Wirtschaftswachstum nicht als absolutes Ziel proklamiert, sondern lediglich als Mittel zum Zweck einer breiteren und ausgewogeneren Verteilung der gesellschaftlichen Produktion.[161] In diesem Zusammenhang wurde im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahrzehnten der ländlichen Entwicklung (der Agrarsektor avancierte im Zuge der »Grünen Revolution« zur neuen entwicklungspolitischen Wachstumshoffnung[162]) ebenso besonderes Augenmerk geschenkt wie im städtischen Bereich dem informellen Sektor[163]. Frauen wurden in der entwicklungspolitischen Diskussion erstmals als spezifische, oft besonders marginalisierte soziale Gruppe wahrgenommen, die gesondert zu unterstützen sei.

Die Armutsbekämpfung heftete sich vor allem die Weltbank auf ihre Fahnen, wobei sie in einer ersten Phase den weiterhin gültigen Wachstumsimperativ dahingehend erweiterte (*redistribution with growth*), mittels gezielter Förderungsmaßnahmen die Produktivität und damit auch die Einkommen der Armen zu erhöhen. Ab Mitte der 1970er Jahre propagierte sie dann die so genannte Grundbedürfnisstrategie, mit deren Hilfe die Befriedigung sowohl der materiellen (Wohnen, Nahrung, Trinkwasser etc.) als auch der immateriellen Grundbedürfnisse (Bildung, Gesundheitsversorgung etc.) sichergestellt werden sollte. Speziell innerhalb der verschiedenen Entwicklungshilfe-Organisationen fand dieser armutsorientierte Ansatz breite Resonanz und bestimmte ihre Tätigkeit über die 1970er Jahre hinaus. Die Grundbedürf-

---

[160] Vgl. dazu auch Moore, Development discourse, S. 26 sowie Menzel, Ende der Dritten Welt, S. 115.

[161] Vgl. John White: The Politics of Foreign Aid. London [u.a.]: Bodley Head 1974, S. 27.

[162] Robert Biel ist einer von jenen, die darauf hinweisen, dass die »Grüne Revolution« einen weiteren großen Schritt in Richtung Durchkapitalisierung der Agrarproduktion darstellte und dabei einerseits vor allem den Großgrundbesitzern in der Dritten Welt zugute kam, andererseits den transnationalen Konzernen neue Absatzmärkte für Düngemittel, Pestizide, Saatgut und Traktoren eröffnete. Der in einigen Regionen erreichte höhere Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln ging mit wachsender technologischer Abhängigkeit gegenüber den kapitalistischen Zentren einher (vgl. Biel, New Imperialism, S. 148 f.).

nisstrategie bedeutete bis zu einem gewissen Grad auch das Eingeständnis, dass eine nachholende Industrialisierung nach westlichem Muster und das Rostow'sche »Stadium des Massenkonsums« für die Dritte Welt immer unerreichbarer erschienen und es mittlerweile nur noch um die Durchsetzung absoluter Mindeststandards ging.

Dieser Entwicklungspessimismus gründete sich nicht nur auf die ökonomische Evidenz, sondern auch auf die wachsende Einsicht in die ökologischen »Grenzen des Wachstums« (so der vielzitierte Titel eines 1972 veröffentlichten Berichts des Club of Rome[164]). Diese in den 1970er Jahren erstmals massiv diskutierten ökologischen Fragen, die zugleich eine starke demographische – Stichwort »Bevölkerungsexplosion« – Komponente hatten, und die darauf gefundenen Antworten (Nullwachstum von Weltwirtschaft und -bevölkerung, angepasste Technologien etc.) lassen sich ebenfalls dem reformistischen Entwicklungsdenken zuordnen – ging es dabei doch ebenfalls um die Absicherung des Gesamtsystems, wenn auch in einem wesentlich elementareren Sinn, als dies beim *social engineering* von ILO und Weltbank der Fall war. Diese elementare Qualität der Bedrohung war es denn auch, die den ökologischen Reformismus im Unterschied zum sozialen bis in die Gegenwart zu einem integralen Bestandteil entwicklungstheoretischen und -politischen Denkens machte.

In den Bereich des reformistischen Entwicklungsdenkens der 1970er Jahre gehören selbstverständlich auch die mit besonderer Vehemenz von den Staaten der Dritten Welt unterbreiteten Vorschläge für eine Neugestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Zentren und Peripherien. Maßnahmen wie eine Verbesserung der *terms of trade* zu Gunsten der rohstoffproduzierenden Länder oder eine Öffnung der Märkte des Nordens für verarbeitete Produkte aus dem Süden wurden auch von vielen westlichen Experten als sinnvolle Ergänzung zur Armutsbekämpfung innerhalb der einzelnen Länder angesehen.

Zu programmatischen Dokumenten des reformistischen Ansatzes wurden Berichte wie jener der Hammarskjöld-Stiftung aus dem Jahr 1975 (Titel: *What Now?*)[165], in dem die Armutsbekämpfung ebenso prominent figurierte wie die Notwendigkeit ökologischen Wirtschaftens oder die Forderung, Rüstungsausgaben zu Gunsten von Entwicklungsprojekten um-

---

[163] Bitterer Kommentar von Andre Gunder Frank: »So now the Establishment started to applaud people who have to fend for themselves through the informal sector. That was cheaper than reducing their need for doing so by reforming the formal sector.« (Frank, The underdevelopment of development, S. 46.)

[164] Dennis Meadows [u.a.]: Die Grenzen des Wachstums. Ein Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1972.

[165] Dag Hammarskjöld Foundation (Hg.): What now? The 1975 Dag Hammarskjöld report : prepared on the occasion of the Seventh Special Session of the United Nations General Assembly. Uppsala: Dag Hammarskjöld Foundation 1975.

zuwidmen. Große Aufmerksamkeit fand der 1976 im Auftrag des Club of Rome und unter der Leitung Jan Tinbergens erstellte RIO-Bericht (*Reshaping the International Order*)[166], der auf nationaler Ebene die Grundbedürfnisstrategie verfocht, auf internationaler Ebene eine Liberalisierung der Handels- und Kapitalströme bei gleichzeitiger Einführung globaler Lenkungselemente (u.a. durch eine supranationale Besteuerung multinationaler Konzerne). Den Abschluss dieser entwicklungstheoretischen Ära bilden die beiden Berichte der von Willy Brandt geleiteten »Nord-Süd-Kommission«, *Das Überleben sichern*[167] (1980) sowie *Hilfe in der Weltkrise*[168] (1981), in der vermeintlich oder tatsächlich gemeinsame Interessen von Zentren und Peripherien in den Mittelpunkt gestellt wurden: so in Ernährungs-, Energie- und Umweltfragen, in Sachen Migration und Wettrüsten, und vor allem in puncto Überwindung der globalen Wirtschaftskrise, der mit einem massiven Ressourcen-Transfer (entsprechend dem von Kreisky propagierten »Marshall-Plan für die Dritte Welt«) in die Länder des Südens abzuhelfen sei.

2.3 Restauration

Anfang der 1980er Jahre verschwanden die antisystemischen Positionen völlig und die reformistischen weitgehend aus der öffentlichen Debatte Westeuropas und Nordamerikas. An ihre Stelle traten restaurative Konzepte neoklassischer Provenienz, parallel zur Festigung des kapitalistischen Herrschaftssystems und zur Neuordnung der globalen Produktionsverhältnisse, die dem metropolitanen Kapital einen umfassenderen und profitableren Zugriff auf die Ressourcen der Peripherie verschaffen sollte und schließlich auch verschaffte. Diese restaurative, auf die möglichst ungehemmte Entfaltung kapitalistischer Mechanismen (und dies im Weltmaßstab) gerichtete Tendenz begann sich seit Ende der 1960er Jahre[169] in der entwicklungspolitischen Debatte zunehmend Gehör zu verschaffen, um dann in den 1980er Jahren zur hegemonialen ideologischen Kraft zu werden. Ansatzpunkt war zunächst – wie im Fall der Dependenztheorien – die Kritik am Modell der importsubstituierenden Industrialisierung. Doch während sich im dependenztheoretischen Denken deren Krise aus den globalen ökonomischen und politischen (Macht-)Strukturen erklärte, die es zu verändern oder zu elimi-

---

[166] Jan Tinbergen/Anthony J. Dolman (Hg.): Reshaping the international order. A report to the Club of Rome. New York: Dutton 1976.

[167] Willy Brandt (Hg.): Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Köln: Kiepenheuer und Witsch 1980.

[168] Willy Brandt (Hg.): Hilfe in der Weltkrise – ein Sofortprogramm. Der 2. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Reinbek: Rowohlt 1981.

nieren galt, propagierte der restaurative, neoklassische Ansatz als Ausweg die möglichst weitreichende Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft (bei gleichzeitiger drastischer Reduktion politischer Regulierung auf nationaler und supranationaler Ebene). Ausgehend vom Ricardo'schen Theorem der komparativen Kosten propagierten Ökonomen wie Milton Friedman einen freien Welthandel, wobei sich die einzelnen Volkswirtschaften auf jene Produktionen spezialisieren sollten, für die sie aufgrund ihrer Faktorausstattung besonders geeignet seien. Die Weltmarktorientierung (als Beleg für den Erfolg dieser Strategie galten die »Tigerstaaten« Südostasiens) wurde als Ausweg aus jener Sackgasse präsentiert, in welche die importsubstituierende Industrialisierung angesichts der in peripheren Ländern meist sehr beschränkten Binnenmärkte geraten war. Exporte sollten forciert, Waren- und Kapitalverkehr (nicht zuletzt Gewinntransfers) liberalisiert, ausländische Investitionen erleichtert und attraktiver gemacht werden, galten doch transnationale Konzerne und ihre Zulieferer als Wachstumsmotoren.

Deregulierung sollte nicht nur die Wirtschaftsbeziehungen peripherer Länder nach außen prägen, auch im Inneren hatte nach neoklassischer Auffassung jegliche ökonomische Aktivität ausschließlich den Marktmechanismen zu folgen. Parallel dazu geriet der Staat in Misskredit – »in this new perspective, ›government failure‹ [...] has been substituted for the earlier postwar ›market failure‹ argument«[170]. Der Staat sollte sich daher einerseits aus immer mehr Wirtschaftssektoren zurückziehen und diese dem privaten Kapital überlassen (vom Verkehr über die Telekommunikation bis hin zum Gesundheits- und Bildungswesen), andererseits auf regulatorische Praktiken wie Preiskontrollen oder Mindestlöhne verzichten. Diese gemeinhin auch als neoliberal bezeichnete Agenda wurde ab Ende der 1970er Jahre zentraler Bestandteil der von den internationalen Finanzinstitutionen vertretenen Position und schließlich seit Beginn der 1980er Jahre in Form der so genannten Strukturanpassungsprogramme in den von der Schuldenkrise erfassten Staaten durchgesetzt.

Die grundsätzlich positive Bewertung der weltwirtschaftlichen Strukturen führte dazu, dass nunmehr wieder – wie im Fall der Modernisierungstheorien der 1950er und 1960er Jahre – als Erklärung für die ökonomischen und sozialen Defizite peripherer Länder primär endogene Ursachen herangezogen wurden. Entwicklungstheoretisch und -politisch gewann der so genannte *new institutionalism* an Bedeutung, dem es um die »social efficiency of institutions,

---

[169] Vgl. Oman/Wignaraja, The postwar evolution of development thinking, S. 67.

[170] Mehmet, Westernizing the Third World, S. 116.

rights and contracts«[171] zu tun war. In der deutschsprachigen Debatte hieß das entsprechende Ziel »systemische Wettbewerbsfähigkeit«, die im »Aufbau international wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen«[172] bestand. Ging es innerhalb eines solchen nationalen, auf den Weltmärkten antretenden Ensembles zunächst lediglich um die generelle Reduktion staatlichen Einflusses, wurde seit Mitte der 1980er Jahre[173] dem zunehmend auf Kernfunktionen reduzierten Staat selbst, seinem Aufbau und seiner Handlungsfähigkeit, größere Aufmerksamkeit zuteil. Unter dem Stichwort *good governance* wurden Korruptionsbekämpfung, Rechtsstaatlichkeit, Dezentralisierung und Demokratisierung als oberste Ziele formuliert, von denen auch positive Rückwirkungen auf die ökonomische und soziale Entwicklung erwartet wurden. In diesem Zusammenhang ist auch der Aufstieg des Konzepts der Zivilgesellschaft zu nennen, die als Korrektiv gegen staatliche Macht gesehen wurde – in den 1980er Jahren primär antikommunistisch konnotiert, aber spätestens zu Beginn der 1990er Jahre mit allgemein anti-etatistischer Stoßrichtung.[174]

Galten in den ersten Jahrzehnten nach der Dekolonisierung offene Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten der neuen Staaten als Anathema, so wurde diese Zurückhaltung von seiten der kapitalistischen Zentren im Lauf der 1980er Jahre zunehmend aufgegeben.[175] Nachdem im Zuge der Schuldenkrise zahlreichen Ländern der Dritten Welt eine monetaristische Wirtschaftspolitik oktroyiert worden war, wurde es schließlich in der entwicklungspolitischen Debatte zunehmend als akzeptabel betrachtet, westliche Ordnungsvorstellungen auch in anderen Bereichen, vor allem innerhalb des politischen Systems, durchzusetzen.[176] In Form ei-

---

[171] Ebda, S. 115.

[172] Holger Mürle: Entwicklungstheorie nach dem Scheitern der »großen Theorie«. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden 1997, S. 46.

[173] Vgl. Andreas Boeckh: Entwicklungstheorien. Eine Rückschau. In: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3. Auflage. Bonn: Dietz 1993, S. 123 f.

[174] Der Zusammenbruch staatlicher Strukturen, namentlich in Afrika, habe, so Hoogvelt, nicht zuletzt mit der Propagierung der Zivilgesellschaft einerseits und der Durchsetzung der Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank andererseits zu tun gehabt – beide Faktoren »put an extra spin on the centrifugal forces already present in weak, underdeveloped states of Africa.« (Hoogvelt, Globalisation, S. 180.)

[175] Im ökonomischen Bereich wurde das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten bereits in den 1970er Jahren sporadisch untergraben, als insbesondere Weltbank und IWF die Gewährung von Krediten mit wirtschaftspolitischen Auflagen verbanden (Kunibert Raffer/H. W. Singer: The Foreign Aid Business. Economic Assistance and Development Co-operation. Cheltenham, Brookfield: Edward Elgar 2001, S. 155).

[176] Füredi vermerkt dazu lakonisch: »To all intents and purposes there are today two types of nations: the ones that have the legitimate right to interfere in the life of others, and the ones that have no intrinsic moral authority to run their own affairs.« (Frank Füredi: The new ideology of imperialism. Renewing the moral imperative. London, Boulder: Pluto Press 1994, S. 108.)

nes »Politikdialogs«[177] oder »politischer Konditionalität« sollte mit Hilfe von Instrumenten wie Entwicklungshilfe oder internationalen Abkommen (z.B. Lomé IV) Einfluss auf die entsprechenden Regierungen genommen werden. Krisenregionen sollten gar, so Ulrich Menzel 1992, »der Treuhandschaft der Länder des Nordens unterstellt werden«[178]. Auch im Bereich Umweltschutz mehrten sich seit Mitte der 1980er Jahre die interventionistischen Neigungen, wobei insbesondere die Verschuldung vieler peripherer Staaten Eingriffsmöglichkeiten eröffnete (etwa in Form von *debt for nature swaps*).

Die Ökologie war einer jener wenigen Sektoren, in denen sich das reformistische Entwicklungsdenken der 1970er Jahre fortsetzte. Dies hatte zum einen damit zu tun, dass sich die objektiven Probleme verschärften (zunehmende Desertifikation, klimatische Veränderungen, Bedrohung der Ozonschicht etc.), zum anderen damit, dass die Debatte in einer Form geführt werden konnte (und geführt wurde), die grundlegende Macht- und Verteilungsfragen innerhalb des ins allgemein Menschliche entrückten »Raumschiffs Erde« weitgehend ausklammerte und gleichzeitig die Peripherie als Verursacher zentraler ökologischer Probleme identifizierte (Rodung der Regenwälder, »Bevölkerungsexplosion«). Einen Markstein in der Diskussion um die Zusammenhänge zwischen Entwicklung und Ökologie stellte der Bericht »Our Common Future«[179] dar, der 1987 von der *World Commission on Environment and Development* unter Leitung von Gro Harlem Brundtland erarbeitet wurde. Dieses auch als Brundtland-Report bekannte Dokument versuchte, den häufig konstatierten Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz im Begriff *sustainable development* (auf deutsch »nachhaltige Entwicklung«) aufzulösen.[180] Dieser »became the dominant *leitmotif* [sic] of the discourse of development planners, commentators and bureaucrats«[181], auch noch auf den großen Umweltkonferenzen der 1990er Jahre, etwa dem so genannten *Earth Summit*[182]

---

[177] Vgl. Michael Bohnet: Wechselnde Akzente der Entwicklungspraxis. In: Entwicklungstheorie – Entwicklungspraxis. Eine kritische Bilanzierung, hrsg. von Udo Ernst Simonis. Berlin (West): Duncker & Humblot 1986, S. 53.

[178] Menzel, Ende der Dritten Welt, S. 211.

[179] World Commission on Environment and Development: Our common future. Oxford: Oxford University Press 1987.

[180] Nassau Adams weist darauf hin, dass durch diesen Begriff die Notwendigkeit einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise mit den Entwicklungsländern, und nur mit diesen, in Zusammenhang gebracht wurde – im Fall der Industrieländer spreche man dagegen nicht von (nachhaltiger) Entwicklung, sondern von Wirtschaftswachstum, ohne Adjektiv (vgl. Adams, Worlds apart, S. 202). »The logic therefore of all the talk about sustainable development is that there is hardly room for newcomers, and that the poor must remain poor in order to save the planet!« (Ebda, S. 205.)

[181] Bill Adams: Sustainable development and the greening of development theory. In: Beyond the impasse. New directions in development theory, hrsg. von Frans J. Schuurman. London, New Jersey: Zed Books 1993, S. 207.

[182] Eigentlich *United Nations Conference on Environment and Development* (UNCED).

1992 in Rio de Janeiro. Neben dem Umweltbereich blieben auch andere inhaltliche Schwerpunkte der 1970er Jahren Gegenstand entwicklungstheoretischer und -strategischer Aufmerksamkeit, so die Situation von Frauen, die ländliche Entwicklung oder der informelle Sektor; neu erwachte das Interesse an kulturellen Faktoren[183]. Naturgemäß verschoben sich im Lauf der Zeit die Akzente, wobei insbesondere auffällt, dass Unterstützung für die genannten gesellschaftlichen Segmente immer weniger von seiten des Staates erwartet wurde, sondern von seiten der NGOs. Gravierende Neupositionierungen erfolgten in puncto Frauen, die nicht mehr bloß als besonders schutzwürdige Gruppe oder unter bevölkerungspolitischen Aspekten wahrgenommen wurden, sondern zunehmend – unter dem Schlagwort *women in development* – aufgrund ihrer oft zentralen Funktion in Produktion, Reproduktion und sozialen Netzwerken[184] als Trägerinnen der ökonomischen Entwicklung.

Für die 1980er Jahre insgesamt gilt, auch wenn etwa Menzel »Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie«[185] konstatierte, dass trotz aller Differenzierung und Fragmentierung eine dominante Denkschule existierte: der Neoliberalismus.[186] Der Zusammenbruch des realsozialistischen Gegensystems sowie die offenkundigen Erfolge des weltmarktorientierten südostasiatischen Entwicklungsmodells schienen die neoliberalen Positionen zu bestätigen. Und dennoch: In großen Teilen der Welt konnte der Neoliberalismus seine Versprechen nicht einlösen. Die Strukturanpassungsprogramme hatten die Verelendungsprozesse verschärft, ohne die makroökonomische Situation nachhaltig zu verbessern – vom »verlorenen Jahrzehnt« war vielfach die Rede.[187] Gegen Ende der 1980er und während der 1990er Jahre kam es aufgrund dieser dürftigen bis katastrophalen Bilanz der Strukturanpassungsprogramme zu Modifizierungen des ursprünglichen Konzepts in jene Richtung, wie sie bereits der Titel einer UNICEF-Studie aus dem Jahr 1987, »Adjustment with a Human

---

[183] Vgl. Holger Mürle, Entwicklungstheorie, S. 21 sowie Gerald Faschingeder: Themenverfehlung Kultur? Zur Relevanz der Kulturdebatte in den Entwicklungstheorien. In: Kultur als umkämpftes Terrain. Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik?, hrsg. von Gerald Faschingeder [u.a.]. Wien: Promedia 2003 (=Historische Sozialkunde/Internationale Entwicklung. 21), S. 26 f.

[184] Vgl. Janet Townsend: Gender studies – whose agenda? In: Beyond the impasse. New directions in development theory, hrsg. von Frans J. Schuurman. London, New Jersey: Zed Books 1993, S. 173.

[185] So der Titel seines vieldiskutierten Buchs, das 1992 erschien.

[186] Vgl. Mürle, Entwicklungstheorie, S. 19.

[187] Vgl. u.a. Rist, History of development, S. 205.

Face«[188], postuliert hatte – an der neoliberalen Substanz der globalen Wirtschaftspolitik änderte sich jedoch nichts.[189]

Zu einem Leitbegriff der 1990er Jahre, der schließlich sogar Eingang in die programmatischen Erklärungen der internationalen Finanzinstitutionen fand, avancierte *human development*, ausgehend von der Einsicht, dass »Investitionen in die Fähigkeiten der Menschen – insbesondere in Bildung und Gesundheit – [...] eine wichtige Voraussetzung für Wachstum«[190] seien. Der vom *United Nations Development Programme* (UNDP) jährlich herausgegebene *Human Development Report* ermittelte für jedes Land den *human development indicator*, dem Faktoren wie Einkommensverteilung, Lebenserwartung, Bildungsniveau und (seit 1991) menschliche Freiheit zugrundelagen und der damit erstmals, so Gilbert Rist, die Tyrannei des Bruttonationalprodukts als Entwicklungsindikator brach.[191]

Die Restrukturierung der Weltwirtschaft in den 1970er und 1980er Jahren, die engere Anbindung der Peripherien an die kapitalistischen Zentren, der Aufstieg einzelner Regionen (vor allem in Südostasien) in den Rang von Semiperipherien und die politischen Umwälzungen im bis dahin realsozialistischen Block, das alles ließ in vielen Entwicklungstheoretikern die Erkenntnis reifen, »daß keine der bisherigen Globaltheorien der Komplexität und der Varianz von Entwicklungsprozessen gewachsen war.«[192] Zwar wurden die Verschiebungen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems registriert und meist, sowohl in affirmativer als auch in kritischer Absicht, unter den Begriff »Globalisierung« subsumiert, deren konkrete Bedeutung blieb aber in der Regel verschwommen. Im Mittelpunkt wissenschaftlicher Forschung stand seit Ende der 1980er Jahren »the study of the locally specific« in Kombination »with a celebration of the politically possible«[193]. Spätestens in den 1990er Jahren begab sich Entwicklungspolitik des rhetorischen Anspruchs, die Lebensbedingungen in den Peripherien umfas-

---

[188] Giovanni Andrea Cornia/Richard Jolly/Frances Stewart: Adjustment with a Human Face. Oxford, New York: Oxford University Press 1987.

[189] Für Moore handelt es sich bei dieser jüngsten Etappe entwicklungspolitischer Theoriebildung um einen »Pseudo-Eklektizismus«: »In it, theoretical and political jostling over such issues as sustainable development, state and/or market-led economic policies, and participation [...] will take up much of the public stage. The World Bank, the IMF and their lesser kin will appear to take pragmatic and consensual approaches to their hearts, much like in the 1970s, but will rest assured that their real neoliberal agenda remains intact.« (Moore, Development discourse, S. 16.) Die Parallelen zur europäischen Sozialdemokratie des »Dritten Wegs« der 1990er Jahre sind unübersehbar.

[190] Mürle, Entwicklungstheorie, S. 52.

[191] Vgl. Rist, History of development, S. 205.

[192] Boeckh, Entwicklungstheorien, S. 125.

[193] Hoogvelt, Globalisation, S. 54. In die gleiche Richtung zielt die Feststellung von Oman und Wignaraja, die »a forest of development literature« ausmachen, »where attention usually focuses on only one or a few trees.« (Oman/Wignaraja, The postwar evolution of development thinking, S. 1.)

send verbessern zu wollen, und begnügte sich fortan damit, partiell das Elend zu lindern und Katastrophenhilfe zu leisten. Unter diesen Vorzeichen erwiesen sich Analysen und Konzepte mittlerer bis großer Reichweite als überflüssig, an ihre Stelle trat kurzfristige Pragmatik: »the only development policy that was officially approved was not to have one«[194].

Seit dem Zweiten Weltkrieg lassen sich Veränderungen des Entwicklungsbegriffs beobachten, die den jeweiligen sozioökonomischen Gegebenheiten Rechnung trugen. Der Phase weltwirtschaftlicher Hochkonjunktur entsprach die ökonomistische Gleichsetzung von Entwicklung mit Wirtschaftswachstum, die Krise der 1970er Jahre führte zur Betonung sozialer Aspekte, und durch das Evidentwerden ökologischer Grenzen entdeckte die Entwicklungspolitik das Kriterium der Nachhaltigkeit. Die seit den 1980er Jahren anscheinend unaufhaltsame Verelendung weiter Teile der Peripherie (verbunden mit der rapide schwindenden politischen Notwendigkeit, diese Staaten ideologisch an das kapitalistische System zu binden) führte diesen Adaptionsprozess an sein logisches Ende und ließ das Reden vom Ende der Entwicklung immer lauter werden. Die Perspektivlosigkeit peripherer Ökonomien ging mit der zunehmenden Theorielosigkeit der Entwicklungspolitiker einher und veranlasste schließlich eine ganze Reihe von Entwicklungstheoretikern, den Entwicklungsbegriff an sich in Frage zu stellen: »Wer diesen heiklen und längst absterbenden Begriff unkritisch benutzt, verlängert nur seine Agonie. Eigentlich ist ›Entwicklung‹ bereits eine unbegrabene Leiche, die gefährlich die Luft verpestet.«[195] Dem universalistischen, als kulturimperialistisch begriffenen Konzept der Entwicklung wurde, ganz den zentralen Achsen postmodernen Denkens folgend, das Kleinräumige, Partikulare gegenübergestellt, das unter dem Schutz lokaler Kulturen und Identitäten auf die Segnungen einer Entwicklung nach westlichem Muster zu seinem eigenen Besten verzichten könne. Das ist nichts anderes als eine ins Positive gewendete Beschreibung der globalen Trends seit Ende der 1980er Jahre, als das kapitalistische Weltsystem zunehmend desintegrative Züge aufwies und die Elendszonen der Welt sich zunehmend selbst überlassen blieben, von wenigen ökonomisch verwertbaren Enklaven abgesehen.

Entwicklung und Entwicklungspolitik als Synonyme für den Versuch, durch gezielte Intervention die gesellschaftliche Produktion zu steigern und das erwirtschaftete Surplus einer wachsenden Zahl von Menschen zugänglich zu machen, wurden als handlungsleitendes ideo-

---

[194] Leys, Rise and fall of development theory, S. 24.

[195] Gustavo Esteva: Entwicklung. In: Wie im Westen, so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik, hrsg. von Wolfgang Sachs. Reinbek: Rowohlt 1993 (=rororo handbuch. 6343.), S. 89.

logisches Konzept verabschiedet, als Atavismus, der im blinden Spiel der Marktkräfte nur noch irritierte.

IV Der österreichische Kontext

1 Ost, West. Nord, Süd. Österreich in der Welt

1.1 Phase 1/1: Auf dem Weg zum Staatsvertrag

Die alliierte Präsenz in Österreich und strittige Grenzfragen im Süden des Landes führten dazu, dass sich die außenpolitische Aufmerksamkeit in den ersten Jahren nach der Befreiung 1945 auf die vier Besatzungsmächte sowie auf die Beziehungen zu Jugoslawien und Italien konzentrierte. Während sich die territorialen Fragen (Ansprüche Jugoslawiens auf Südkärnten und Ansprüche Österreichs auf Südtirol[196]) mit dem Resultat unveränderter Grenzen und anhaltender Spannungen relativ rasch erledigten, blieben die Wiedererringung der vollen staatlichen Souveränität und damit das Verhältnis zu den (ehemals) Alliierten noch für längere Zeit im Zentrum aller außenpolitischen (und keineswegs nur der außenpolitischen) Aktivitäten. Damit gewann aber auch der Ost-West-Konflikt im österreichischen Kontext eine noch größere, unmittelbarere Bedeutung als in den meisten anderen Ländern. Zugleich erforderte er einen sorgfältig choreographierten Balanceakt zwischen der zunehmenden, auch institutionellen, Einbindung in das westliche Wirtschaftssystem (vom Marshall-Plan bis hin zur Mitgliedschaft bei OEEC, IWF und Weltbank seit Ende der 1940er Jahre)[197] dem grassierenden Antikommunismus im Inneren und den erforderlichen Rücksichten gegenüber der Sowjetunion, in deren Richtung man wiederholt versicherte, keine Integration in ein westliches Militärbündnis anzustreben.[198]

Der Kalte Krieg, dessen Demarkationslinie bis 1955 quer durchs Land verlief, ließ Österreich zu einem der Brennpunkte der Weltpolitik werden. Zugleich führte diese exponierte Lage – in Verbindung mit den vielfältigen Folgen des Krieges und der nationalsozialistischen Herrschaft – in Österreich zu einer weitgehend solipsistischen Grundhaltung, die globale Ent-

---

[196] »Die Rückkehr Südtirols nach Österreich ist ein Gebet jedes Österreichers«, so Bundeskanzler Figl unter allgemeinem Beifall in der Regierungserklärung vom Dezember 1945 (NR-Protokolle, V.GGP/2, 21.12.1945, S. 26). (Auf die im folgenden häufig zitierten »Stenographischen Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich« wird in Kurzform verwiesen, und zwar mit folgender Struktur: NR-Protokolle, XV.GGP[Gesetzgebungsperiode]/27[Sitzung], 7.4.1967[Datum der Sitzung], S. 2046[Seitenzahl].)

[197] Vgl. dazu u.a. Hannes Hofbauer: Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1992. (=Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. 54.)

[198] Vgl. u.a. die Regierungserklärung Leopold Figls aus dem Jahr 1949 (NR-Protokolle, VI.GGP/2, 9.11.1949, S. 7).

wicklungen, wenn überhaupt, dann lediglich als Funktion der eigenen Befindlichkeit (bzw. der skizzierten Nachkriegskonstellation in Mitteleuropa) wahrzunehmen vermochte. Brasilien war das erste Land der Dritten Welt, das nach 1945 im österreichischen Parlament erwähnt wurde – symptomatischer Weise fungierte das Land allerdings nur als Kulisse für ein zutiefst österreichisches Phänomen, nämlich die Durchsetzung der staatlichen Bürokratie (in diesem Fall des diplomatischen Personals) mit ehemaligen Nationalsozialisten.[199]

Selbst der Kolonialismus wurde zunächst primär in Relation zur eigenen Nachkriegswirklichkeit gesetzt – man verglich sich mit seinen Opfern, um sich in einem weiteren Schritt über sie zu erheben. Da die Österreicher »doch zu den Kulturvölkern dieser Erde« zu rechnen seien, meinte der prominente sozialdemokratische Politiker Ernst Koref, verdienten sie es nicht, »zum Kolonialdasein erniedrigt zu werden«[200] – dies umso weniger, als mittlerweile Länder wie Libyen, »in dem von zehn Bewohnern kaum einer lesen und schreiben kann«, unmittelbar vor der Aufnahme in die Vereinten Nationen stünden.[201] Dass es sich bei dieser Mischung aus Selbstmitleid und Herablassung keineswegs um eine Einzelmeinung handelte, sondern um den Ausdruck einer im öffentlichen Bewusstsein durchaus verbreiteten Grundhaltung, beweist eine Äußerung Bundeskanzler Figls aus dem Jahr 1952, der auf das »Unrecht« der anhaltenden Okkupation Österreichs hinwies, »das im Zeitalter der Befreiung unterentwickelter Kolonialvölker als eine europäische Schande bezeichnet werden muß.«[202]

Sofern Kolonialismus und Dekolonisierung bis Mitte der 1950er Jahre überhaupt ins Blickfeld gerieten,[203] dann meist in der beschriebenen Weise als ressentimentbehaftete Analogien – eine instrumentelle Sicht der Dinge, die auch jenen zweiten, quantitativ wesentlich bedeutsameren Bereich charakterisierte, der die außereuropäische Peripherie erwähnenswert erscheinen ließ: den Kalten Krieg, in dessen Kontext die Dritte Welt zunächst nicht als eigenständige Entität wahrgenommen wurde, sondern ausschließlich als

---

[199] Der kommunistische Abgeordnete Fischer beschuldigte den österreichischen Botschafter in Brasilien, 1938 überaus eilfertig die Hakenkreuzfahne an jener Botschaft gehisst zu haben, der er auch nach 1945 wieder vorstand (NR-Protokolle, V.GGP/67, 11.12.1947, S. 1801 f.). Die jüngere österreichische Vergangenheit – in diesem Fall der Austrofaschismus – wurde auch bemüht, als kommunistische Abgeordnete die ÖVP der Sympathie für den südkoreanischen Präsidenten Syngman Rhee bezichtigten. »Das zeigt, daß die alten Faschisten in diesem Haus noch eine große Rolle spielen!«, konstatierte Johann Koplenig, um fortzufahren: »Syngman Rhee, Schuschnigg und Starhemberg ist ein und dasselbe!« (NR-Protokolle, VI.GGP/94, 3.7.1952, S. 3644.)

[200] NR-Protokolle, VI.GGP/18, 14.3.1950, S. 490 f.

[201] NR-Protokolle, VI.GGP/94, 3.7.1952, S. 3637.

[202] Leopold Figl: Österreich und die Vereinten Nationen. Rede vor der österreichischen UN-Liga am 24. Oktober 1952. In: Ders.: Reden für Österreich. Wien/Frankfurt/Zürich: Europa Verlag 1965, S. 91.

[203] Selbst große historische Umbrüche wie die Dekolonisierung Indiens blieben mit einer Ausnahme (Karl Czernetz: Probleme der Außenpolitik. In: Die Zukunft, 1946, H. 6, S. 5) völlig unbeachtet.

Projektionsfläche für die österreichischen Parteigänger der beiden großen globalen Lager. So gut wie alle außereuropäischen Ereignisse wurden in das Koordinatensystem des Ost-West-Konflikts gepresst und je nach ideologischer Prädisposition bewertet: Während Ernst Fischer die chinesische Revolution mehrfach, wenn auch eher beiläufig, würdigte,[204] malte der Sozialdemokrat Koref ihre Zukunft in düsteren Farben[205]; während Fischer die US-Intervention in Korea heftig kritisierte,[206] bezeichnete Czernetz die verantwortlichen US-Politiker als »Männer einer globalen Friedenspolitik des aktiven militärischen und wirtschaftlichen Widerstandes gegen die kommunistische Aggression«[207].

Noch ein weiteres Mal gerieten Staaten der außereuropäischen Peripherie vor dem Jahr 1955 ins Blickfeld, aufs engste und instrumentellste mit den außenpolitischen Bedürfnissen Österreichs verknüpft. Gleichzeitig zeigte sich in der hier zu schildernden Episode, dass selbst im ersten Nachkriegsjahrzehnt von einem völlig insularen, auf Europa fixierten Bewusstsein nicht die Rede sein konnte. Die Zusammenarbeit »mit allen friedliebenden Nationen der Welt«[208] proklamierte Leopold Figl bereits in der Regierungserklärung des Jahres 1945 als Ziel und fügte hinzu: »Das freie, unabhängige und demokratische Österreich fühlt sich bereits heute auf Grund seiner außenpolitischen Ideologie als ein Teil der ›Vereinten Nationen‹.«[209] Dieses Bekenntnis zu den Vereinten Nationen wurde sowohl von Figl selbst als auch von sozialdemokratischen Politikern wiederholt.[210] Gleichzeitig versuchte Österreich, seine internationale Präsenz schrittweise auszuweiten – mit der Aufnahme in ILO, UNESCO und FAO 1947, in die WHO 1949 sowie in Organisationen wie OEEC und GATT kam Österreich seinem Ziel näher, als gleichberechtigtes Mitglied des Staatensystems betrachtet zu werden. Der Beitritt zur UNO, der 1947 erstmals beantragt wurde, scheiterte zunächst an den widerstreitenden Interessen der vier Besatzungsmächte.[211] Die Vereinten Nationen dienten aber dennoch zu Beginn der 1950er Jahre als Plattform für eine neuerliche Initiative, um die Verhandlungen über einen österreichischen Staatsvertrag zu beschleunigen. Brasilien erklärte sich nach einem Besuch des österreichischen Außenministers Gruber 1952 bereit, diese Frage

---

[204] Vgl. u.a. NR-Protokolle, VI.GGP/67, 6.12.1951, S. 2468.
[205] NR-Protokolle, V.GGP/94, 10.12.1948, S. 2635.
[206] Vgl. u.a. NR-Protokolle, VI.GGP/94, 3.7.1952, S. 3641.
[207] Karl Czernetz: Korea, Europa und der Friede. In: Die Zukunft, 1950, H. 10/11, S. 275.
[208] NR-Protokolle, V.GGP/2, 21.12.1945, S. 25.
[209] Ebda., S. 26.
[210] U.a. in der Regierungserklärung Leopold Figls 1949, in: NR-Protokolle, VI.GGP/2, 9.11.1949, S. 7 sowie Czernetz, Probleme der Außenpolitik, S. 6.
[211] Vgl. Karl Mauk: Österreich und die UNO, 1945–1955. Phil. Diss., Wien 1981, S. 159. Demnach sprachen sich 1947 vor allem Großbritannien und die Sowjetunion gegen einen österreichischen UN-Beitritt aus.

der UN-Generalversammlung vorzulegen. Die schließlich mit großer Mehrheit angenommene Resolution 613 vom 20.12.1952 forderte die Besatzungsmächte auf, neue Anstrengungen in Richtung eines raschen Vertragsabschlusses zu unternehmen.[212] Sowohl dieser Vorstoß bei den Vereinten Nationen als auch die Sondierungen, die Indien 1953 auf Ersuchen Grubers bei der sowjetischen Regierung unternahm,[213] zeigen, dass sich Österreich der Bedeutung außereuropäischer Staaten durchaus bewusst war, wenn es galt, eine punktuelle Pattsituation zwischen West und Ost aufzubrechen. Ob man die lateinamerikanischen und asiatischen Staaten bereits zu diesem Zeitpunkt als mehr oder weniger eigenständige Entität innerhalb des internationalen Systems betrachtete, ist allerdings zu bezweifeln – die öffentlichen Äußerungen bieten dafür jedenfalls keine Anhaltspunkte.

1.2 Phase 1/2: Die Entdeckung der Dritten Welt

Im Jahr 1955 erlangte Österreich mit dem Staatsvertrag die volle staatliche Souveränität wieder. Die erweiterte politische Handlungsfreiheit, die damit einherging, wurde in wesentlichen Teilen der Außenbeziehungen durch eine spezifische Rechtskonstruktion reguliert:[214] die immerwährende Neutralität nach dem Vorbild der Schweiz. Abgesehen von der militärischen Bündnisfreiheit als von der Sowjetunion ausbedungenen conditio sine qua non des Staatsvertrags hing die jeweilige Ausformung der österreichischen Neutralitätspolitik von den nationalen und internationalen Macht- und Interessenskonstellationen ab. Dabei blieb die bereits vor 1955 manifest gewordene Westorientierung in allen nicht-militärischen Belangen bestimmend, Österreich somit »der östlichste ›westliche Staat‹.«[215] Im Unterschied zur Schweiz, die ein eher isolationistisches Neutralitätskonzept vertrat, war die »Neutralitätspolitik der österreichischen Regierung [...] von allem Anfang an als ›aktive Neutralitätspolitik‹ konzipiert.«[216] Die Mitarbeit in internationalen Organisationen wurde als Gelegenheit für den Kleinstaat Ös-

---

[212] Vgl. ebda.; Walter Hacker: Österreichs Außenpolitik: Ein Staat kämpft um sein Lebensrecht. In: Bestandaufnahme Österreich 1945–1963, hrsg. von Jacques Hannak. Wien, Hannover, Bern: Forum Verlag, S. 168 f.; Silvia Michal-Misak: Die Politik Österreichs bei den Vereinten Nationen. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 19, 1990, H. 4, S. 385; Wolfgang Strasser: Österreich und die Vereinten Nationen. Eine Bestandaufnahme von 10 Jahren Mitgliedschaft. Wien, Stuttgart: Braumüller 1967, S. 23 ff.

[213] Vgl. Peter Jankowitsch: Österreichs Stellung bei den blockfreien Staaten. In: Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955–1990, hrsg. von Oliver Rathkolb [u.a.]. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 2002, S. 856 f.

[214] Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs, BGBl. Nr. 211/1955. Eine weitere Einengung des außenpolitischen Handlungsspielraums bedeutete der Staatsvertrag, insbesondere das darin enthaltene umfassende Verbot der politischen und/oder wirtschaftlichen Vereinigung mit Deutschland.

[215] Thomas Nowotny: Anmerkungen zur multifunktionalen Standardrede über die österreichische Außenpolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 3. Wien: Böhlau 1986, S. 38.

terreich begriffen, eigene Interessen im multilateralen Rahmen durchzusetzen und zugleich die eigene Position innerhalb des Staatensystems durch die Leistung »guter Dienste«[217] zu stärken und abzusichern. Österreich sei, so der ÖVP-Abgeordnete Toncic-Sorinj 1956, »für die Übernahme internationaler Aufgaben, besonders in umstrittenen Gebieten, wie geschaffen«[218].

Die zentrale Rolle kam dabei den Vereinten Nationen zu – in ihren Reihen wollte man »mithelfen, der Menschheit Frieden und Wohlfahrt zu sichern«[219], wie Leopold Figl anlässlich der Aufnahme Österreichs in die UNO am 13. Dezember 1955 im Nationalrat sagte. Die Beziehungen Österreichs zu den Vereinten Nationen gestalteten sich von Anfang an intensiv und bewegten sich dabei auf unterschiedlichsten Ebenen. Zu Beginn der 1960er Jahre legte Außenminister Kreisky die Südtirol-Frage der UN-Generalversammlung vor und konnte – nicht zuletzt mit Hilfe afrikanischer und asiatischer Staaten[220] – eine Resolution erreichen, die die Position Österreichs gegenüber Italien stärkte.[221] Ebenfalls mit Hilfe außereuropäischer Staaten wurde die neu gegründete Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) 1966 in Wien angesiedelt (nachdem bereits 1957 die mit der UNO lose verbundene Atomenergie-Organisation, IAEO, ihr Hauptquartier in Wien aufgeschlagen hatte); im Lauf der folgenden Jahre stieg die österreichische Hauptstadt neben Genf und New York zum dritten UN-Amtssitz auf.

Eine der »Gegenleistungen« Österreichs bestand in der zu Beginn der 1960er Jahre einsetzenden Beteiligung an einer ganzen Reihe von so genannten friedenserhaltenden Operationen der UNO. Die erste führte in den von Sezession, ausländischer Intervention und Bürgerkrieg gezeichneten Kongo, in den Ende 1960 ein aus etwa 50 Bundesheerangehörigen bestehendes Sanitätskontingent verlegt wurde. Bereits in den ersten Tagen ihres Aufenthalts gerieten die irrtümlich für Belgier gehaltenen Österreicher in die Gefangenschaft kongolesischer Truppen,

---

[216] Kramer, Strukturentwicklung der Außenpolitik, S. 715.

[217] Vgl. dazu u.a. J. I. Szirtes: Austrian foreign policy. 1945–1985. Wien: Edition Eola 1986, S. 94 ff.

[218] Lujo Toncic-Sorinj: Österreichs Funktion in den Vereinten Nationen. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 5, 1956, H. 10, S. 4.

[219] NR-Protokolle, VII.GGP/85, 13.12.1955, S. 4076.

[220] Vgl. Höll, Entwicklungspolitik, S. 776. Kreisky selbst würdigte die Unterstützung durch die afrikanischen und vor allem die asiatischen Staaten (NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2162 sowie IX.GGP/84, 5.12.1961, S. 3600).

[221] Vgl. dazu u.a. Rolf Steininger: Die Südtirolfrage 1945–1992. In: Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hrsg. von Rolf Steininger und Michael Gehler. Köln, Weimar: Böhlau 1997, S. 472 f.

aus der sie gewaltsam von nigerianischen UN-Soldaten befreit werden mussten.[222] Trotz dieses unerquicklichen Auftakts[223] blieben wechselnde österreichische UN-Kontingente bis 1963 im Kongo stationiert, wo sie sowohl für die UN-Truppen als auch für die Zivilbevölkerung Sanitätsdienste leisteten. Dieses erste außereuropäische Engagement der Zweiten Republik – wenn auch an völlig untergeordneter Stelle –, stieß bei allen Parlamentsparteien auf Zustimmung und wurde als Prestigezuwachs für den eigenen Staat betrachtet. Als »ehrenvoll« betrachtete der FPÖ-Abgeordnete Kos »mit berechtigtem Stolz«[224] den Einsatz der Sanitätseinheit; sie habe nicht zuletzt aufgrund ihrer humanitären Leistungen »dem Namen Österreich große Ehre gemacht«[225], erklärte auch Außenminister Kreisky. Wie weit entfernt der Kongo Anfang der 1960er Jahre von Österreich war – und zwar nicht nur in geographischer Hinsicht –, äußerte sich darin, dass in den einschlägigen Äußerungen eine Darstellung der Lage im Kongo und eine Einschätzung des UN-Einsatzes weitgehend unterblieb (den Namen Lumumba sucht man beispielsweise vergeblich). Während sich die Regierungsparteien im wesentlichen darauf beschränkten, die positive Bedeutung des Kongo-Unternehmens für die Beziehungen Österreichs zu den Vereinten Nationen herauszustreichen, ging die FPÖ immerhin so weit, dieses blasse, konturlose Bild des Konflikts um einige klare Linien – insbesondere die Unterstützung für die Sezession Katangas[226] – und bunte Farbtupfer zu bereichern, die ganz in der Tradition kolonialer Afrikabilder standen: Missionare, die »unter Martern auf das grausamste hingerichtet wurden«[227], sowie »die abscheuliche und barbarische Ermordung italienischer Flieger, die noch dazu Rotkreuz-Material für die notleidende Bevölkerung brachten«[228].

Während die friedenserhaltenden Operationen lediglich punktueller Natur waren, ermöglichte die österreichische Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen und ihren Teilorganisationen den kontinuierlichen Kontakt zu einer ganzen Reihe von außereuropäischen Staaten, die andernfalls aufgrund der beschränkten Ressourcen eines Kleinstaats außerhalb der Reichweite der österreichischen Diplomatie gelegen wären. Allein schon aus diesem sehr handgreiflichen Grund spielten die Vereinten Nationen als Ort der Begegnung und Auseinandersetzung im

---

[222] Vgl. Strasser, Österreich und die Vereinten Nationen, S. 122 f.

[223] »Daß dieser Willkommensgruß, verbunden mit einer Temperatur von 45 Grad – drunten ist gerade Hochsommer –, bei unserem UNO-Kontingent, das ja als Helfer gekommen ist, einen recht starken Schock ausgeübt hat, ist sehr verständlich«, erklärte der österreichische Verteidigungsminister Graf vor dem Bundesrat (Stenographisches Protokoll, 170. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich, 22.12.1960, S. 4069).

[224] NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2037.

[225] Ebda., S. 2074.

[226] Vgl. Klaus Mahnert, in: NR-Protokolle, X.GGP/14, 19.4.1963, S. 752.

[227] Wilfried Gredler, in: NR-Protokolle, IX.GGP/92, 31.1.1962, S. 4022.

[228] Abermals Wilfried Gredler, in: NR-Protokolle, IX.GGP/84, 5.12.1961, S. 3575.

Verhältnis Österreichs zur Dritten Welt eine weit zentralere Rolle als in jenem zu den OECD- bzw. den RGW-Staaten.[229]

Die Vereinten Nationen waren es denn auch, in deren Rahmen österreichische Politiker erstmals feststellten, dass neben dem vermeintlich alles durchdringenden Systemkonflikt zwischen Kapitalismus und Realsozialismus eine zweite Frontstellung existierte, nämlich jene zwischen Norden und Süden. Die Konfliktlinie wurde speziell zwischen den (ehemaligen) westeuropäischen Kolonialmächten und der afro-asiatischen Welt geortet. Deren Formierungsversuche, insbesondere die Konferenz von Bandung, waren zwar nicht völlig unbemerkt geblieben, doch scheinen erst die Auseinandersetzungen innerhalb der Vereinten Nationen, die sich an Fragen der Dekolonisierung sowie an Einzelereignissen wie der Suez-Intervention 1956 oder der Besetzung Goas durch Indien entzündeten, den Blick für die Existenz dieser neuen transkontinentalen Allianz geschärft zu haben. Während Figl kurz vor dem österreichischen UNO-Beitritt noch die »neue, den engen nationalistischen und materialistischen Denkbereich überwindende Humanität, von der Geist und Wirken der Vereinten Nationen erfüllt sind«[230], pries, setzte nach dem Beitritt innerhalb kürzester Zeit eine merkliche Desillusionierung ein. So konstatierte der ÖVP-Abgeordnete und spätere Außenminister Toncic-Sorinj, dass die UNO eine »antieuropäische«[231] Institution sei, beklagte sich über die »schwüle, unerträgliche Atmosphäre eines längst überholten Nationalismus außereuropäischer Staaten«[232] und charakterisierte die Haltung der Dritten Welt innerhalb der Vereinten Nationen als »Demonstration der Zahl ohne Macht und Verantwortung«[233]. »Als Europäer [...] etwas erschüttert« war ein weiterer ÖVP-Abgeordneter, als er feststellte, »daß in dieser [...] Organisation die weiße Rasse nur mehr in einem sehr geringen Maße vertreten war.«[234] Derartige Gefühle des Bedeutungsverlusts, der Bedrohung grassierten auch unter Freiheitlichen und Sozialdemokraten. »Eine Milliarde farbiger Menschen steht in Rebellion gegen die Macht der Weißen, gegen die Reste der Vorherrschaft Europas«[235], fasste Karl Czernetz 1956 seine Sicht der Dinge zusammen, die bei Toncic-Sorinj sogar düstere Reminiszenzen an das Mittelalter heraufbeschwor: »Feinde im Osten, unvernünftige

---

[229] Vgl. dazu u.a. Jankowitsch, Österreichs Stellung, S. 857.

[230] Leopold Figl: Idee und Realität der Vereinten Nationen. Rede vor der österreichischen UN-Liga am 24. Juni 1955. In: Ders.: Reden für Österreich. Wien/Frankfurt/Zürich: Europa Verlag 1965, S. 128.

[231] Lujo Toncic-Sorinj: Haben die Vereinten Nationen noch einen Sinn? In: Österreichische Monatshefte, Jg. 13, 1957, H. 3, S. 4.

[232] NR-Protokolle, VIII.GGP/15, 6.12.1956, S. 485.

[233] NR-Protokolle, IX.GGP/107, 19.7.1962, S. 4748.

[234] Barthold Stürgkh, in: NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2073.

Nationalisten und Feinde im Süden – damals hat sich das Mongolenreich und die Türkei im Osten bis zu den Barbarenstaaten erstreckt. Europa war umschlossen, isoliert, eine Insel, die umbrandet war. Wir wissen nicht, ob nicht diese Vision der europäischen Einsamkeit wieder einmal aktuell wird.«[236] Diese Bilder latenter Gefährdung beschränkten sich allerdings weitgehend auf die zweite Hälfte der 1950er Jahre, als die antikolonialen Kämpfe einen letzten Höhepunkt erreichten. In den 1960er Jahren, mit dem weitgehenden Abschluss der Dekolonisierung, traten an die Stelle militärisch-politischer Konfliktszenarien zunehmend jene ökonomischen, mit denen der Nord-Süd-Konflikt bis heute assoziiert wird – als »Auseinandersetzung [...] um eine Neuverteilung von Einkommen, von Vermögen« zwischen reichen und armen Ländern, wie es Staatssekretär Bobleter formulierte[237].

Neben dem Nord-Süd-Konflikt prägte weiterhin und in deutlich stärkerem Maß der Kalte Krieg die Wahrnehmung der internationalen Entwicklungen. Während man sich auf europäischer Ebene trotz der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands um gute Beziehungen zur Sowjetunion bemühte und die Kontakte zu den übrigen RGW-Staaten intensivierte,[238] unterstützte man – mit Ausnahme der KPÖ – auf globaler Ebene die US-amerikanische *containment*-Politik und betrachtete eine Ausdehnung des sowjetischen (und gelegentlich auch des chinesischen) Einflussbereichs als primäre Gefahr. Dabei könne es, so die verbreitete Auffassung, zur Überlagerung der beiden Konfliktformationen (Ost-West/Nord-Süd) kommen: Die Auseinandersetzung zwischen Westeuropa und seinen (ehemaligen) Kolonien erhöhe die Gefahr, dass die gerade unabhängig gewordenen Staaten »zu Satelliten des neuen Sowjetimperialismus [...] werden.«[239] Diesem sei es »nur darum zu tun [...], durch eine neue Kolonisierung Afrikas Europa vom Süden her einzukreisen«[240]. Am »Willen zur kommunistischen Weltherrschaft«[241] zweifelten weder Konservative noch Sozialdemokraten. Bei den in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre aufkommenden Ängsten vor dem »orthodox-revolutionär gebliebenen

---

[235] Karl Czernetz: Europa braucht Europäer! In: Die Zukunft, 1956, H. 8, S. 221.

[236] NR-Protokolle, VIII.GGP/15, 6.12.1956, S. 486.

[237] Carl H. Bobleter: Politische und wirtschaftliche Aspekte der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Rede vor der Vereinigung Österreichischer Industrieller in Wien am 10. Februar 1966. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 6, 1966, H. 1, S. 28.

[238] Dies geschah insbesondere seit dem Amtsantritt Kreiskys als Außenminister (1959), u.a. durch den Beitritt zur Donau-Konvention im Jahr 1960 sowie eine rege Besuchsdiplomatie, die Kreisy als ersten westlichen Außenminister nach Rumänien (1963), Ungarn (1964) und Bulgarien (1965) führte (vgl. Kramer, Strukturentwicklung der Außenpolitik, S. 722).

[239] Karl Czernetz: Umwälzung der Weltpolitik. In: Die Zukunft, 1956, H. 12, S. 332.

[240] Lujo Toncic-Sorinj, in: NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2184.

[241] Bruno Kreisky, zit. nach Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 6, 1966, H. 1, S. 54.

chinesischen Kriegskommunismus«[242] und seiner »aggressiven internationalen Politik mit dem Ziel einer Weltrevolution aller farbigen Völker«[243] dürfte es sich hingegen lediglich um die Marotte des sozialdemokratischen Abgeordneten Czernetz gehandelt haben. Der tief verwurzelte Antikommunismus prägte die Wahrnehmung unterschiedlichster Krisenherde und reduzierte damit sehr komplexe Prozesse auf eine binäre Logik. Die »eher rechtsgerichtete Militärdiktatur« Suhartos sei demnach der »Eroberung Indonesiens« durch »die russischen und die chinesischen Kommunisten«[244] zuvorgekommen; die pro-israelische Haltung Österreichs in den 1950er und 1960er Jahren wurde unter anderem damit legitimiert, dass sich »die neuen Herren Ägyptens [...] mit den schlimmsten Feinden der Freiheit verbunden«[245] haben. In praktisch-politischer Hinsicht drückte sich die antikommunistische Grundhaltung unter anderem darin aus, dass im fraglichen Zeitraum weder die Volksrepublik China noch Staaten wie Nordkorea, Nordvietnam oder die DDR diplomatisch anerkannt wurden.

Diese Gefühle einer doppelten Bedrohung – primär aus dem Osten, sekundär aus dem Süden – gingen mit Bekenntnissen zur »freien Welt« einher: »Nur ein intensiver Zusammenschluß der freien europäischen Staaten, verstärkt durch unsere Freunde aus Übersee, vor allem durch eine Verstärkung mit Lateinamerika, kann unsere Position halten«[246], meinte Lujo Toncic-Sorinj 1956. Auffallend ist an dieser Äußerung vor allem die Differenzierung zwischen den afro-asiatischen Staaten auf der einen und den als verlässlich pro-westlich angesehenen lateinamerikanischen Staaten auf der anderen Seite. Besonders emphatisch wurde die Zugehörigkeit zu »Europa« (sprich: Westeuropa) beschworen, während die Haltung gegenüber den USA eher als freundlich-distanziert[247] zu bezeichnen ist. »Wenn wir nicht bald unser Europa in seiner Einheit entdecken und es verwirklichen, werden wir unterliegen,

---

[242] Karl Czernetz: Weltpolitik der 70er Jahre. In: Die Zukunft, 1970, H. 1/2, S. 20.

[243] Karl Czernetz: Krise der Weltpolitik. In: Die Zukunft, 1967, H. 19, S. 4. Czernetz ging in einer Rede vor dem Europarat sogar so weit, in konvergenztheoretischem Sinne eine zunehmenden Interessensidentität der USA und der Sowjetunion in der »Eindämmung der chinesischen Aggression und Expansion« zu diagnostizieren (Karl Czernetz: Die Verantwortung Europas. Rede, gehalten in der gemeinsamen Versammlung des Europarates und des EWG-Parlamentes am 23. September in Straßburg. In: Die Zukunft, 1966, H. 19, S. 4).

[244] Karl Czernetz: Vorherrschaft der Widersprüche. In: Die Zukunft, 1969, H. 1/2, S. 2.

[245] Czernetz, Europa braucht Europäer!, S. 221.

[246] NR-Protokolle, VIII.GGP/15, 6.12.1956, S. 485.

[247] Insbesondere bei Czernetz finden sich sogar einige ausgesprochen USA-kritische Bemerkungen – unter anderem warf er den US-Amerikanern vor, in der Suez-Krise den Westeuropäern in den Rücken gefallen zu sein (vgl. Czernetz, Umwälzung der Weltpolitik, S. 333 f.). In den 1960er Jahren war es dann unter anderem die Unterstützung von »reaktionären Militärdiktaturen«, die er den USA vorwarf – bei aller Wertschätzung für ihre *containment*-Politik (vgl. Czernetz, Krise der Weltpolitik, S. 2 f.).

verkümmern, untergehen«[248], so Czernetz' apokalyptische Prognose. Sein Gegenüber von der ÖVP, Toncic-Sorinj, gelangte fast ein Jahrzehnt später, 1964, zur gleichen Schlussfolgerung und sprach von der »Notwendigkeit, den ganzen Kontinent wenigstens wirtschaftlich – aber es bleibt ja natürlich nicht nur beim Wirtschaftlichen – zu einer festgefügten Einheit zusammenzuschließen, denn sonst wird jeder Teil dieser Einheit von der Weltentwicklung mit Gewalt überschwemmt.«[249] Derartige Äußerungen, an denen kein Mangel herrschte, begleiteten und unterstützten die nach 1955 verstärkten Bemühungen, die Beziehungen zum kapitalistischen Teil Europas weiter zu intensivieren und institutionell abzusichern. Diese Bestrebungen dominierten – neben der Südtirol-Frage – die österreichische Außenpolitik vorerst bis 1967, als der angestrebte Beitritt zur EWG scheiterte und sich Österreichs Anteil an der europäischen Integration auf die Mitgliedschaft im – lediglich symbolisch bedeutsamen – Europarat (seit 1956) und in der EFTA (seit 1959) beschränkte.[250]

Diese Hinwendung zu Europa bedeutete jedoch keineswegs, dass – jenseits diverser Bedrohungsszenarien – die Dritte Welt aus den Augen verloren wurde. Vielmehr bestand ein weitgehender Konsens darüber, dass große Anstrengungen zu unternehmen seien, um die Staaten der Peripherie weiterhin in das kapitalistische Weltsystem integrieren. Dies sollte allerdings nicht mehr mit den Methoden kolonialer Repression geschehen. »Es kann und soll in dieser Welt keine Kolonien mehr geben«[251], so Karl Czernetz 1956, und Außenminister Kreisky versicherte ein knappes Jahrzehnt später vor der UN-Generalversammlung, »daß Österreich [...] das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit wärmstens unterstützt.«[252] An die Stelle des diskreditierten und zunehmend dysfunktionalen Kolonialismus sollte, trotz der »Erbitterung«[253] der Kolonisierten und trotz aller »Mißverständnisse«[254], eine neue Kooperation mit der Dritten Welt treten. Die »auf der Basis vollkommen gleichbe-

---

[248] Czernetz, Europa braucht Europäer!, S. 221. Weiter heißt es in diesem Artikel (man beachte vor allem die grammatische Herstellung von Kollektivität): »Uns droht der innere Zerfall, uns droht die Konkurrenz technisch hochentwickelter Freunde, uns droht der völlige Verlust unseres Einflusses und unserer Weltgeltung, uns droht die Vernichtung durch den großen Widersacher der Freiheit.« (Ebda.)

[249] NR-Protokolle, X.GGP/41, 22.1.1964, S. 2257.

[250] Eine detaillierte Schilderung der österreichischen Integrationspolitik in diesem Zeitraum (und darüber hinaus) bietet Michael Gehler: Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU. Innsbruck [u.a.]: StudienVerlag 2002, S. 170 ff.

[251] Czernetz, Europa braucht Europäer!, S. 221. Auch in diesem Punkt sekundierte Toncic-Sorinj, der »das Unabhängigkeitsstreben der afrikanischen und der sonstigen noch nicht zur Unabhängigkeit gelangten Völker als ein in jeder Hinsicht legitimes Streben« bezeichnete (NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2183).

[252] Bruno Kreisky: Rede vor der XX. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 12. Oktober 1965. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 5, 1965, H. 5/6, S. 363.

[253] Lujo Toncic-Sorinj, in: NR-Protokolle, VIII.GGP/69, 3.12.1958, S. 3140.

[254] Ebda.

rechtigter Partnerschaft«[255] weiterzuführenden politischen und ökonomischen Beziehungen seien zum Vorteil aller Beteiligten, vor allem aber der neuen Staaten, die auf diese Weise nicht nur wirtschaftliche Prosperität zu erwarten hätten, sondern auch umfangreiche Transferleistungen in Form so genannter Entwicklungshilfe (vgl. dazu auch S. 220).[256] Als besonders zukunftsträchtig wurde dabei eine enge Kooperation zwischen Europa und Afrika angesehen.[257]

Während auf einer abstrakten Ebene koloniale Herrschaft abgelehnt wurde, erwies sich das Verhältnis zum real existierenden Kolonialismus als deutlich unklarer. Die engen Beziehungen zu den westeuropäischen Kolonialmächten scheinen die Wahrnehmung konkreter Entwicklungen erheblich beeinflusst zu haben. Explizite Kritik am Kolonialismus wurde nur in Ausnahmefällen geübt,[258] in der Regel zog man es vor zu schweigen oder flüchtete sich in vage Formulierungen. Der Kolonialkrieg Frankreichs in Algerien beispielsweise taucht nur in einigen beiläufigen Bemerkungen auf, in denen die Hoffnung geäußert wurde, dass »die algerische Frage«[259] bzw. »die überaus schwierige Angelegenheit Algerien«[260] »irgendwie bereinigt werden wird.«[261] Einige Politiker, speziell der politischen Rechten, gingen so weit, den Kolonialismus als Herrschaftssystem überhaupt für überwunden zu erklären oder seine Realität bis zur Unkenntlichkeit zu beschönigen. 1956 attestierte ein freiheitlicher Abgeordneter den »Westmächten«, sie hätten »den Kolonialismus restlos hinter sich gelassen«[262]. Sein Parteikollege Gredler wiederum würdigte die »echte Rassenpartnerschaft«, die Portugal in seinen Kolonien begründen wolle und versicherte daher »dieses große lusitanische Volk [...] unserer verständnisvollen Freundschaft«[263]. Selbst Außenminister Toncic-Sorinj nahm gegenüber dem portugiesischen Kolonialismus eine Haltung ein, die man

---

[255] Lujo Toncic-Sorinj, in: NR-Protokolle, VIII.GGP/42, 4.12.1957, S. 1686.

[256] Vgl. u.a. Czernetz, Umwälzung der Weltpolitik, S. 332;

[257] So behauptete etwa Toncic-Sorinj, »daß die beste Form für die Zukunft Afrikas die Zusammenarbeit mit Europa ist« (NR-Protokolle, VIII.GGP/69, 3.12.1958, S. 3140). Ganz ähnlich Wilfried Gredler: »Für Europa ist gerade der Zusammenhang mit Afrika mit seinen 30 Millionen Quadratkilometern, mit seinen 320 Millionen Menschen von größter Bedeutung. Umgekehrt kann dieser Kontinent nur in Europa die für seine Entwicklung – für seine geistige Fortentwicklung wie für seine wirtschaftliche – notwendigen Hilfen und Ergänzungen finden.« (NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2176.)

[258] Eine dieser wenigen Ausnahmen bildete Karl Czernetz, der 1956 schrieb: »Die europäische Kolonialpolitik unserer Tage ist gekennzeichnet durch eine unglaubliche bürokratische Brutalität, durch eine primitive militärische Denkweise, politische Unfähigkeit und diplomatische Phantasielosigkeit.« (Czernetz, Umwälzung der Weltpolitik, S. 332.)

[259] Lujo Toncic-Sorinj, in: NR-Protokolle, IX.GGP/14, 2.12.1959, S. 365.

[260] Lujo Toncic-Sorinj, in: NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2181.

[261] Lujo Toncic-Sorinj, in: NR-Protokolle, IX.GGP/14, 2.12.1959, S. 365.

[262] Max Stendebach, in: NR-Protokolle, VIII.GGP/15, 6.12.1956, S. 468.

[263] NR-Protokolle, IX.GGP/84, 5.12.1961, S. 3576 f.

als apologetisch bezeichnen muss.[264] Eine weitere Strategie, die Kolonialmächte zumindest partiell zu exkulpieren, bestand in der Diskreditierung ihrer Gegner. Da war dann vom »nationalrevolutionären Terror«[265] die Rede, und in den seltenen Fällen, in denen antikoloniale Bewegungen zumindest ansatzweise als handelnde Subjekte wahrgenommen wurden, konnte es vorkommen, dass man ihre Antriebskräfte auf den »Einfluß von fast durchwegs ausländischen Hetzern«[266] reduzierte. Und noch in eine weitere Richtung wurde die überwiegend antikoloniale Grundhaltung der österreichischen Politiker relativiert: Keine Unterstützung fand die Dekolonisierung dann, wenn man sie als Ausweitung des sowjetischen Einflussbereichs interpretierte. »Europa darf nicht Machtpositionen aufgeben, die dem Sowjetimperialismus zufallen müssen«[267], formulierte Czernetz in diesem Zusammenhang.

Die zuweilen ambivalenten Positionen in Sachen Kolonialismus drückten sich auch im Abstimmungsverhalten Österreichs bei den Vereinten Nationen aus. Während die *Declaration on the granting of independence to colonial countries and peoples* aus dem Jahr 1960, mit der die UN-Generalversammlung eine rasche und umfassende Dekolonisierung verlangte, von Österreich unterstützt wurde,[268] enthielt sich der österreichische Delegierte bei einer radikaleren Resolution aus dem Jahr 1965,[269] die unter anderem den bewaffneten antikolonialen Befreiungskampf für legitim erklärte, der Stimme. In Einzelfragen zeigte sich ein ähnlich uneinheitliches Bild: 1957 stimmte Österreich noch gegen die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des algerischen Volkes, 1960 dafür.[270] Ähnliches galt für die portugiesische Kolonialherrschaft, wo zwar tendenziell jene Resolutionen unterstützt wurden, die Portugal

---

[264] Bereits als Abgeordneter ortete Toncic-Sorinj eine anti-portugiesische Verschwörung innerhalb der Vereinten Nationen, die seiner Meinung nach zu Unrecht zwischen dem Verhältnis Portugals zu seinen Kolonien und jenem Frankreichs zu seinen Übersee-Departements (sowie jenem der USA zu Hawaii) unterschieden (vgl. NR-Protokolle, IX.GGP/107, 19.7.1962, S. 4747). Die gleiche Argumentation findet sich in einem Vortrag, den Toncic-Sorinj während seiner Zeit als Außenminister hielt (vgl. Lujo Toncic-Sorinj: Der Schutz der Kleinen in der Welt der Großen. Vortrag, gehalten am 28. Juli 1966 anläßlich der Eröffnung des IX. Internationalen Diplomatenseminars auf Schloß Kleßheim. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten/Abteilung Dokumentation und Information 1966, S. 22). Diese nachsichtige Haltung gegenüber Portugal wurde von Czernetz in deutlichen Worten kritisiert – ein seltener Fall von Dissens in außenpolitischen Fragen, der durch die Oppositionsrolle der SPÖ befördert worden sein dürfte (vgl. NR-Protokolle, XI.GGP/78, 7.12.1967, S. 6335).

[265] Das komplette Zitat, in dem die Gewalt der Kolonisierten dem müden, abgeklärten *ennui* der Kolonisatoren gegenübergestellt wird, lautet folgendermaßen: »England und Frankreich fehlt heute der Wille zur Erhaltung der Kolonialreiche und zur Führung imperialistischer Kriege. So kämpft Westeuropa gegen den nationalrevolutionären Terror nur mit ungenügenden Kräften und mit innerem Widerwillen.« (Czernetz, Europa braucht Europäer!, S. 222.)

[266] So Wilfried Gredler in Bezug auf die Kämpfe in Angola zu Beginn der 1960er Jahre (NR-Protokolle, IX.GGP/84, 5.12.1961, S. 3575).

[267] Czernetz, Europa braucht Europäer!, S. 222.

[268] Vgl. Strasser, Österreich und die Vereinten Nationen, S. 164.

[269] Resolution 2105 (XX). Vgl. ebda., S. 165.

[270] Vgl. ebda., S. 166 ff.

verbal verurteilten, nicht aber jene, die konkrete Konsequenzen verlangten, insbesondere ein Waffen- und Handelsembargo.[271] Aus diesen und anderen Gründen lässt sich Kreiskys Feststellung aus dem Jahr 1961, Österreich stimme »bei den Vereinten Nationen aus grundsätzlichen und politischen Erwägungen in der Regel immer zugunsten der afro-asiatischen Staaten«[272], nicht bestätigen.[273]

Im Zweifelsfall gab Österreich in Nord-Süd-Fragen der, wie sie bereits damals hieß, »europäischen Solidarität«[274] den Vorzug. Zugleich unterstützte man aber – im Gleichklang mit den kapitalistischen Zentren – den Übergang von den alten Formen kolonialer Kontrolle über weite Teile der Peripherie hin zu jenen »partnerschaftlichen«, die in der Kooptierung der neuen Staaten und ihrer Eliten in das kapitalistische Weltsystem bestanden. Die ökonomischen und politischen Beziehungen, die Österreich zur Dritten Welt unterhielt, dienten einerseits diesen übergeordneten Zwecken des Gesamtsystems, an dessen Funktionieren dem österreichische Staat gelegen war. Sie dienten andererseits aber auch den nationalen Interessen im engeren Sinn und versuchten, aus der neuen geopolitischen Konstellation Profit zu schlagen – sowohl politisch, um sich, wie geschildert, in bestimmten Fragen (Südtirol, UN-Sitz) die Unterstützung außereuropäischer Staaten zu sichern, als auch ökonomisch, um die nicht länger kolonial abgeschirmten Märkte für das österreichische Kapital zu erschließen. In beiderlei Hinsicht empfahl sich die Intensivierung und Professionalisierung der politischen Kontakte.

Seit Ende der 1950er Jahre mehrten sich die Stimmen, die angesichts der wachsenden Aufgaben einen Ausbau der diplomatischen Infrastruktur in der Dritten Welt und zu diesem Zweck höhere Budgetmittel verlangten.[275] Peter Strasser stellte 1960 im Parlament die Auslandsvertretungen der Schweiz denen Österreichs gegenüber und kam zum Ergebnis, dass die Schweiz in Afrika, Asien und Lateinamerika insgesamt über 55 »effektive Vertretungsbe-

---

[271] Vgl. ebda., S. 174 f. sowie Wolfgang Strasser: Österreichs Mitwirkung an den Arbeiten der Vereinten Nationen im Jahre 1966. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 8, 1968, H. 5, S. 293.

[272] NR-Protokolle, IX.GGP/84, 5.12.1961, S. 3601.

[273] Zum gleichen Ergebnis gelangte eine Studie von Silvia Michal-Misak, die jene 20 Staaten analysierte, deren Abstimmungsverhalten innerhalb der Vereinten Nationen die größte Übereinstimmung mit jenem Österreichs aufwies. Innerhalb dieser Gruppe stellten zwar die lateinamerikanischen Staaten bis Mitte der 1970er Jahre einen relativ großen Anteil (bis 1961 sogar den größten), die asiatischen Staaten aber bildeten nur bis 1961 eine signifikante Subgruppe. Spätestens ab 1965 wurden sie zu jener *quantité négligeable*, die die afrikanischen Staaten von Anfang an waren (vgl. Michal-Misak, Die Politik Österreichs bei den Vereinten Nationen, S. 389).

[274] U.a. Lujo Toncic-Sorinj, in: NR-Protokolle, IX.GGP/14, 2.12.1959, S. 360.

[275] Außenminister Kreisky wies 1961 darauf hin, »wie sehr wir gerade jetzt unter diesem Geldmangel leiden, weil wir neue Aufgaben auf einem neuen Kontinent, der aus zwei Dutzend neuer Staaten besteht, zu erfüllen haben.« (NR-Protokolle, IX.GGP/84, 5.12.1961, S. 3600.) Vgl. auch Lujo Toncic-Sorinj, in: NR-Protokolle, VIII.GGP/69, 3.12.1958, S. 3139 sowie Gustav Zeillinger, in: NR-Protokolle, IX.GGP/28, 23.3.1960, S. 1244.

hörden« verfüge, Österreich hingegen bloß über 18.[276] Dies, obwohl sich die Zahl der diplomatischen Vertretungen auf diesen drei Kontinenten zwischen 1955 und 1959 in etwa verdoppelt hatte – auf jenes von Strasser als ungenügend empfundene Niveau, das bis 1970 nur noch unwesentlich angehoben wurde.[277] Seit 1955 intensivierte sich auch die Besuchsdiplomatie gegenüber den Staaten der Dritten Welt. So unternahm Außenminister Figl eine ausgedehnte Asien-Reise, die ihn nach Afghanistan, Indien, Pakistan, in den Iran sowie den Libanon führte, nicht zuletzt um, wie er schrieb, »aus der Isolierung herauszukommen« und »Österreich immer mehr in das internationale politische Leben einzuschalten«[278]. Die Kontakte zur außereuropäischen Welt setzten sich unter Außenminister Kreisky fort: Der Ministerpräsident von Senegal, Dia, stattete Österreich Anfang der 1960er Jahre ebenso einen offiziellen Besuch ab wie die Präsidenten von Liberia und der Republik Kongo[279], Tubman und Youlou. Umgekehrt entsandte Österreich politische Delegationen zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten der neuen afrikanischen Staaten, die es auch umgehend diplomatisch anerkannte.[280] Kreisky selbst reiste unter anderem nach Ägypten und Indien. Lediglich gegenüber Lateinamerika blieben die Besuchskontakte bis in die 1970er Jahre auffallend spärlich.[281] Obwohl der Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik weiterhin unbestritten in Europa lag (egal ob in Fragen der Abrüstung, der europäischen Integration oder der Nachbarschaftspolitik), ließ sich insbesondere seit der Ausgliederung des Außenministeriums aus dem Bundeskanzleramt und seiner Etablierung als eigenständiges Ministerium (1959) die Absicht erkennen, die Außenbeziehungen stärker in Richtung Dritte Welt zu diversifizieren. Ausdruck dieser Bemühungen waren die Erstellung eines Afrika-Konzepts für die österreichische Außenpolitik Anfang der 1960er Jahre[282] sowie die Einrichtung eines »Sonderreferats für afro-asiatische Kooperation« im Außenministerium

---

[276] NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2159.

[277] Zur quantitativen Entwicklung der österreichischen Auslandsvertretungen vgl. Kramer, Strukturentwicklung der Außenpolitik, S. 718.

[278] Leopold Figl: Meine Asienreise im Lichte der österreichischen Außenpolitik. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 14, 1958, H. 5, S. 1.

[279] Ehemals Französisch-Kongo.

[280] Vgl. Peter Jankowitsch: Österreich und die dritte Welt. Ein neues Kapitel Außenpolitik. In: Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, hrsg. von Erich Bielka [u.a.]. Wien: Europa-Verlag 1983, S. 260.

[281] Lediglich auf Ministerebene gab es das eine oder andere Zusammentreffen (so der Besuch des ecuadorianischen Ministers für Wirtschaftsförderung 1960 in Wien). Eine Aufstellung von Paul Luif, die alle offiziellen Besuchskontakte auf der Ebene von Staatsoberhäuptern, Regierungschefs und Außenministern erfasst, verzeichnet für die Zeit zwischen 1955 und 1970 keine einzige österreichisch-lateinamerikanische Begegnung (Paul Luif: Abriß der österreichischen Außenpolitik. In: Österreich im internationalen Kräftefeld, hrsg. von Heinz Gärtner [u.a.]. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1990, S. 120).

[282] Vgl. Jankowitsch, Österreich und die dritte Welt, S. 261.

1965.[283] Erfolge dieser Diversifizierungsbemühungen zeigten sich nicht nur in der bereits erwähnten Ansiedlung der UNIDO in Wien, sondern auch in jener der OPEC, deren Sekretariat 1965 von Genf nach Wien verlegt wurde.

Geht man nach den politischen Äußerungen, so scheint rund um das Jahr 1960 (also zeitgleich mit der großen Dekolonisierungswelle in Afrika) ein überdurchschnittlich starkes Interesse bestanden zu haben, die Kontakte speziell zu den afro-asiatischen Staaten zu intensivieren. Aber auch in den übrigen Jahren überwogen die Stimmen, die einer engeren Kooperation das Wort redeten. Neben den sprachlichen Bildern, die Europa als umbrandete Insel zeichneten, stößt man nicht selten auf die Metapher der Brücke und analoge Vorstellungen. »Das Mittelmeer war nie Scheide, sondern stets Brücke«[284], sagte der freiheitliche Abgeordnete Stendebach, und selbst Toncic-Sorinj kannte nicht nur insulare Ängste, sondern auch die »Ursehnsucht des abendländischen Menschen«, nämlich die »Vereinigung des europäischen Kontinents und darüber hinaus die Vereinigung mit all den Ländern auch jenseits der Meere, denen Europa unauslöschliche Merkmale aufgeprägt hat«[285]. Ob es sich dabei – 1958 – um eine blumige Apologie des Kolonialismus handelte oder um die Hoffnung auf eine postkoloniale Ordnung, die eine aus Sicht der Metropolen geglückte Einbindung der Peripherie garantieren würde, sei dahingestellt. Letzteres erscheint wahrscheinlicher.

Seit Ende der 1950er Jahre begann man darüber nachzudenken, welche Rolle Österreich im Zuge dieser mehrfach beschworenen »Kooperation« bzw. »Partnerschaft« zukäme. Da man sich, wie oben angedeutet, der in der Dritten Welt durch den Kolonialismus hervorgerufenen Ressentiments bewusst war, betonte man die in dieser Beziehung als makellos empfundene österreichische Geschichte, in der zwar vielfältige Kontakte bestanden hätten,[286] nicht aber solche kolonialer Natur. Österreich besitze, so Außenminister Figl aus Anlass seiner Asienreise, in den von ihm besuchten Ländern »einen guten Namen«, »da wir in den Augen der dortigen Regierungen zu jenen Staaten gehören, die die westliche Zivilisation mit allen ihren Errungenschaften auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet verkörpern, ohne gleichzeitig

---

[283] Vgl. Fallah-Nodeh, Österreich und die OPEC-Staaten, S. 20.

[284] NR-Protokolle, VIII.GGP/69, 3.12.1958, S. 3149.

[285] Ebda., S. 3142.

[286] Erinnert wurde u.a. an die traditionellen Beziehungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Nahen Osten (vgl. Wilfried Gredler, NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2176 f.) sowie an Verbindungen mit Afrika, die durch Forscher, Entdecker und Personen wie Slatin Pascha hergestellt wurden (vgl. Lujo Toncic-Sorinj, in: Ebda., S. 2183).

durch eine koloniale Vergangenheit belastet zu sein.«[287] Kreisky sprach einige Jahre später, 1963, von einer »dreifache[n] Chance«, die Österreich in seinen Beziehungen zur Dritten Welt habe: als Kleinstaat, als neutraler Staat und eben als Staat ohne koloniale Vergangenheit.[288] Diese positive Abgrenzung von den führenden westlichen Staaten geschah allerdings keineswegs nur um des nationalen Vorteils willen. Man war sich durchaus bewusst, dass Staaten wie Österreich wesentliche Bindeglieder zwischen kapitalistischem Zentrum und postkolonialer Peripherie darstellten, haftete ihnen doch das Odium neoimperialistischer Ambitionen kaum an.[289] Ein Umstand, so Kreisky 1961, den »unsere Freunde heute in Washington und in anderen Hauptstädten [...] in einem steigenden Maße zu schätzen wissen.«[290]

1.3 Phase 2: Entspannungsübungen, Vermittlungsversuche

Sowohl die tendenziell hagiographisch orientierten Darstellungen der »Ära Kreisky« als auch ihre exorzistisch angelegten Gegenstücke betrachten den Regierungswechsel des Jahres 1970 als tiefe Zäsur in der österreichischen Außenpolitik. Zwei Phänomene muten an diesen Texten eigentümlich an: Sie sind durch eine stark personalisierende Geschichtsauffassung gekennzeichnet, geben aber keine Antwort darauf, warum die Außenpolitik der 1960er Jahre (die von Kreisky als Außenminister bis 1966 wesentlich mitgeprägt wurde) so substanziell anders, so ganz und gar nicht »kreiskyanisch« gewesen sein solle; und sie betonen die Diskontinuitäten – ein legitimes Unterfangen, das allerdings darunter leidet, dass die Diskontinuitäten lediglich einen relativen kleinen Teil der außenpolitischen Aktivitäten betrafen und überdies oft nur unter Ausblendung entsprechender Traditionslinien als Diskontinuitäten erscheinen konnten. Angemessener wäre es wohl, allmähliche, fließende Verschiebungen in Teilbereichen der österreichischen Außenpolitik anzunehmen, die bereits gegen Ende der 1960er Jahre einsetzten

---

[287] Figl, Meine Asienreise, S. 2. Die erwähnten Errungenschaften der westlichen Zivilisation österreichischer Prägung spezifizierte Figl als »den Ruf der Wiener medizinischen Schule, der technischen Lehranstalten in Österreich und der Musikstadt Wien« (ebda.).

[288] Vgl. u.a. Bruno Kreisky, in: NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2075.

[289] »Als bündnisfreie Staaten wird ihre Aktivität keine Mißdeutung in dem Sinne finden, daß sie in Afrika oder Asien militärische Positionen suchen. Als Staaten, die niemals Kolonialbesitz hatten, wird man sie des Neokolonialismus nicht verdächtigen können, als Kleinstaaten wird man keine Dominierung durch sie befürchten müssen, als den Ideen der Demokratie unerschütterlich ergebene Gemeinwesen werden sie durch ihr Beispiel viel für die Verbreitung der Idee der politischen Freiheit tun können.« (Bruno Kreisky: Österreich in der Völkergemeinschaft. Rede in der Universität Wien, 19. Jänner 1962. In: Ders: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 320.)

[290] Bruno Kreisky: Muß sich Österreich an der Entwicklungshilfe beteiligen? Wien, 1. Dezember 1961. In: Ders., Reden, Bd. 1, S. 292.

und erst Mitte der 1970er Jahre ihr volles Ausmaß erreichten. Da die meisten dieser Entwicklungen sich in Übereinstimmung mit den großen weltpolitischen Tendenzen vollzogen, besteht wenig Anlass, den innenpolitischen Kräfteverhältnissen einen höheren Erklärungswert zuzumessen als den globalen, ganz im Gegenteil. Damit sollen die Akzente, die bereits kurz nach dem Amtsantritt Kreiskys als Bundeskanzler gesetzt wurden, nicht bagatellisiert, wohl aber relativiert und angemessen kontextualisiert werden.

In den ersten Jahren der Regierung Kreisky wurde Vieles zu Ende geführt, was die Außenpolitik der 1960er Jahre bestimmt hatte, insbesondere die Umsetzung des 1969 zwischen Österreich und Italien vereinbarten »Südtirol-Pakets« sowie die Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften (vorläufig abgeschlossen mit dem Freihandelsvertrag 1972). Die vom neuen Außenminister Rudolf Kirchschläger beschworene »Kontinuität der österreichischen Außenpolitik«[291] war somit weniger amtsübliche Floskel als Beschreibung der Realität. Dass Europa weiterhin im Mittelpunkt der Außenpolitik blieb, lag einerseits an neuerlichen Konflikten mit Nachbarstaaten (vor allem mit Jugoslawien in den ersten Jahren nach dem »Ortstafelsturm«), andererseits an der Entspannungspolitik, in deren Rahmen Österreich gemeinsam mit den anderen »N+N-Staaten«[292] eine bedeutende Rolle spielte, unter anderem bei der »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE).

Im Kontext der Entspannungspolitik stand auch die diplomatische Anerkennung der Volksrepublik China 1971, später von Nordvietnam (Ende 1972) und Nordkorea (Ende 1974). Diese Schritte erfolgten im Einklang mit führenden westlichen Staaten, trugen geopolitischen Realitäten ebenso Rechnung wie nationalen Wirtschaftsinteressen und wurden folgerichtig auch von den Oppositionsparteien unterstützt. Generell ging die antikommunistische Rhetorik in der ersten Hälfte der 1970er Jahre merklich zurück, doch bedeutete dies mitnichten, dass die Sympathien für antisystemische, antiwestliche Kräfte in diesem Zeitraum gewachsen wären. Deutlich zeigte sich das am Beispiel des Vietnamkriegs, der zwar mit wachsender Besorgnis verfolgte wurde, aber nur wenig Kritik an den USA hervorrief. Noch 1973 trat der Sozialdemokrat Czernetz in einer Rede im Europarat »gegen eine einseitige Verurteilung Amerikas« ein und charakterisierte die US-Intervention als gescheiterte Variante der in Europa erfolg-

---

[291] Rudolf Kirchschläger: Gedanken zur österreichischen Außenpolitik 1970. Vortrag, gehalten am 17. November 1970. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 10, 1970, H. 6, S. 411. Der ÖVP-Abgeordnete Karasek bescheinigte im September 1971 der Regierung, »daß diese die Kontinuität der österreichischen Außenpolitik fortgesetzt habe.« (Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 11, 1971, H. 5, S. 269.)

[292] *neutral* und *non-aligned*

reich gewesenen *containment*-Politik.[293] Lediglich die US-Intervention in Kambodscha[294] und der Bombenkrieg gegen Nordvietnam[295] wurden von österreichischen Sozialdemokraten offen kritisiert. Im Übrigen forderten sie eine möglichst rasche Verhandlungslösung als einzig möglichen Ausweg aus der militärischen Pattsituation – eine Position, die auch Außenminister Kirchschläger (in ähnlichen Formulierungen wie seine beiden Amtsvorgänger) vor den Vereinten Nationen vertrat. Die ÖVP hielt sich in der Frage Vietnam weitgehend bedeckt, sieht man von einem überparteilich konzipierten Hilfsprogramm für Nord- und Südvietnam ab (siehe S. 277). Ostentative Zurückhaltung prägte die Haltung der österreichischen Politiker auch 1973, als der chilenische Präsident Allende durch einen Militärputsch gestürzt wurde. Lediglich Karl Czernetz meldete sich eindringlich zu Wort, unter anderem mit einer Rede im Europarat (September 1973), in der er »unsere Empörung und unseren Abscheu gegen die Vernichtung der Menschenrechte« ebenso zum Ausdruck brachte wie »den Verfolgten und Unterdrückten unsere Solidarität«[296] – die Rolle der USA thematisierte allerdings auch er nicht. Wenn die österreichische Außenpolitik in jenen Jahren einen Vorwurf nicht verdiente, dann den des Anti-Amerikanismus.

Zu den spürbaren Veränderungen rund um das Jahr 1970 zählte die Tendenz, die Außenbeziehungen aktiver zu gestalten. Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt skizziert, bedeutete dies jedoch keinen grundlegenden Bruch – weder mit der seit 1955 geltenden Programmatik noch mit der geübten Praxis (die UN-Einsätze ebenso beinhaltet hatte wie vereinzelte internationale Vermittlungsbemühungen[297]). Bereits während der Amtszeit Kurt Waldheims als

---

[293] Czernetz, Karl: Der furchtbare Krieg: Vietnam. In: Ders.: Europäer und Sozialist. Reden und Aufsätze, hrsg. von Hans Waschek. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1980, S. 206

[294] Bruno Kreisky, 1970: »Es ist die Pflicht der Sozialistischen Partei, klar und deutlich auszusprechen, daß sie jegliche Intervention, daher auch die in Kambodscha, verurteilt« (Bruno Kreisky: Rede auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien, 11. Juni 1970. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 50). Czernetz sprach andererseits noch 1973 von der »Schutzmachtfunktion« der USA in Kambodscha und Laos (Karl Czernetz: Das Zeitalter der Paradoxien. In: Die Zukunft, 1973, H. 3, S. 2).

[295] Neben entsprechenden Äußerungen sozialdemokratischer Politiker ist in diesem Zusammenhang der Schritt Außenminister Kirchschlägers vom 22.12.1972 zu erwähnen, »dem US-Geschäftsträger in Wien die ernste Besorgnis der Bundesregierung über die Wiederaufnahme der Bombenangriffe auf Nordvietnam« auszudrücken (Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 12, 1972, H. 6, S. 364). Allerdings handelte es sich dabei um »eine mit dem Bundeskanzler Kreisky nicht abgesprochene und von diesem auch keineswegs goutierte Demarche« (Herbert Denk/Helmut Kramer: Außenpolitik und internationale Solidarität. Die Außenpolitik der SPÖ von 1945–1986. In: Auf dem Weg zur Staatspartei. Zur Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, hrsg. von Peter Pelinka und Gerhard Steger. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1988, S. 278).

[296] Czernetz, Karl: Vernichtung der Demokratie: Chile. In: Ders., Europäer und Sozialist, S. 216.

[297] Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang ein Angebot von Bundeskanzler Klaus an die USA (November 1965), im Vietnamkrieg zu vermitteln – Klaus musste dann allerdings von Kreisky daran erinnert werden, dass eine solche Initiative wenig Aussicht auf Erfolg habe, da Österreich weder zu Nordvietnam noch zur Volksrepublik China diplomatische Beziehungen unterhalte (vgl. Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 5, 1965, H. 5/6, S. 412). Zweieinhalb Jahre später, im Frühjahr 1968, erfolgte ein neuer Anlauf – diesmal traf Außenmi-

Außenminister (1968 bis 1970) mehrten sich die Anzeichen für eine geographische wie funktionale Ausdehnung des Aktionsradius.[298] Auf programmatischer Ebene sprach sich Waldheim gegen eine »›splendid isolation‹«[299] Österreichs und für eine »aktive Teilnahme an der internationalen Zusammenarbeit«[300] aus, aber auch für »Vorsicht und vernünftige Zurückhaltung« bei »jeder vermittelnden Tätigkeit«[301]. Der »in der Öffentlichkeit« laut gewordene »Ruf nach einer größeren Aktivität unseres Landes in gewissen außenpolitischen Fragen«[302], den bereits Waldheim 1968 vernahm, wurde zu Beginn der 1970er Jahre zunehmend lauter – in allen Parlamentsparteien. Die nunmehr oppositionelle ÖVP forderte, dass »sich Österreich noch dynamischer als bisher in das internationale Geschehen einschalten«[303] möge, kurzum: man befürwortete eine »›engagierte‹ Neutralität«[304]. So wie einige sozialdemokratische Abgeordnete[305] unterstützte auch Außenminister Kirchschläger eine solche »Intensivierung der Erfüllung der Aufgaben, die Österreich für die Staatengemeinschaft erbringen kann«[306]. Sichtbarstes Zeichen dieser Haltung war die Kandidatur Österreichs für den UN-Sicherheitsrat, in den es im Oktober 1972 gewählt wurde (nachdem ein erster Versuch im Jahr 1971 bereits frühzeitig fehlgeschlagen war). Obwohl die Opposition »neutralitätspolitische Bedenken«[307] geltend machte, trug sie den Schritt schließlich mit.[308] Gleichzeitig wurde in den

---

nister Waldheim mit dem in Budapest akkreditierten nordvietnamesischen Botschafter zusammen; kurz darauf schlug Bundeskanzler Klaus Wien als Ort von Verhandlungen zwischen Nordvietnam und den USA vor (vgl. ebda., Jg. 8, 1968, H. 2, S. 99 bzw. 109). Vorwiegend humanitären Charakter hatten die von Außenminister Waldheim seit August 1968 vorangetriebenen Vermittlungsbemühungen im Biafra-Konflikt (vgl. ebda., Jg. 8, 1968, H. 4, S. 240 f.).

[298] Dennoch erscheint die in der einschlägigen Forschung zuweilen anzutreffende Einschätzung übertrieben, Waldheim hätte die Neutralitätspolitik neu formuliert: mit globaler Reichweite und einer Reihe multilateraler Aktivitäten (vgl. u.a. Reinhard Meier-Walser: Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich 1966–1970. München: tuduv 1988, S. 456).

[299] Kurt Waldheim: Österreich und die Vereinten Nationen. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 26, 1970, H. 10, S. 11.

[300] Ebda., S. 8.

[301] Kurt Waldheim: Möglichkeiten und Grenzen der österreichischen Außenpolitik. Vortrag vor der Akademischen Vereinigung für Außenpolitik, Wien, 12. Juni 1968. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten/Abteilung für Presse und Information 1968, S. 5.

[302] Ebda.

[303] Kurt Fiedler, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/26, 15.3.1972, S. 2040.

[304] Franz Karasek: Für eine engagierte Neutralitätspolitik. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 27, 1971, H. 8/9, S. 37.

[305] Erwin Lanc etwa distanzierte sich »von jeder Vogel-Strauß-Neutralität« (NR-Protokolle, XIII.GGP/50, 23.11.1972, S. 4270).

[306] Rudolf Kirchschläger: Die österreichische Außenpolitik – Rückblick und Ausblick. Vortrag, gehalten am 6. Dezember 1972. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 12, 1972, H. 6, S. 376.

[307] Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XII.GGP/19, 26.11.1970, S. 1085 sowie Otto Scrinzi, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/50, 23.11.1972, S. 4262.

[308] So meinte etwa Felix Ermacora, »daß ich diesen Schritt begrüße, weil er zeigt, daß das Neutralitätsinstitut ein dynamisches Institut ist, das nicht mehr mit dem klassischen Stillesitzen vereinbar und denkbar ist.« (NR-Protokolle, XIII.GGP/50, 23.11.1972, S. 4271.) Ähnlich auch Kurt Fiedler, in: Ebda., S. 4266.

1970er Jahren erstmals die generell mangelnde Aufgeschlossenheit Österreichs gegenüber der außereuropäischen Welt beklagt, eine Enge der Mentalität, die man einerseits auf geographische[309], andererseits auf historische Faktoren zurückführte – aus dieser Sicht erschien die fehlende koloniale Vergangenheit Österreichs weniger als Vor-, sondern vielmehr als Nachteil.[310]

Diese Phase eines parteiübergreifend forcierten außenpolitischen Aktivismus kam nicht von ungefähr. Sie fiel im österreichischen Kontext mit einer zunehmenden Öffnung der Gesellschaft nach außen zusammen,[311] im – wesentlich bedeutsameren – globalen Kontext mit der Hegemoniekrise der USA und einer intensivierten Entspannungspolitik auf dem europäischen Kontinent – ein Umstand, der, wie Helmut Kramer schreibt, »den Handlungs- und Vermittlungsspielraum für neutrale und kleinere Staaten erhöht«[312]. Die Verschiebungen der weltpolitischen Machtverhältnisse Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre gingen an den österreichischen Politikern nicht unbemerkt vorüber. Die bis dahin ihre Wahrnehmung bestimmende Blockkonfrontation zwischen Kapitalismus und Realsozialismus trat deutlich in den Hintergrund, an ihrer Stelle ortete man zwischen 1971 und 1973 »Tripolarität oder [...] Polyzentrismus«[313], eine »Dreiecksfigur«[314], zuweilen auch ein »Pentagon der Kräfte«[315] und schließlich »ein Sechseck«[316]. Weitgehende Einigkeit herrschte darüber, dass die Volksrepublik China zur dritten Weltmacht aufgestiegen sei und dass Westeuropa und Japan zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht als ernstzunehmende Machtfaktoren zu gelten hätten; das nur von ihm diagnostizierte Sechseck sah Czernetz mit den »arabischen Ölstaaten«[317] komplettiert.

Zugleich konstatierte man, abseits konkreter Länder oder Ländergruppen, dass die Dritte Welt (nunmehr unter Einschluss Lateinamerikas) an Bedeutung gewinne – eine Sichtweise nicht unähnlich jener in den späten 1950er Jahren. Doch während damals der Bedeutungsverlust Europas im Mittelpunkt gestanden hatte und man den als bedrohlich empfundenen Empor-

---

[309] »Dem Binnenland mangelt es vielleicht am weltweiten und weltoffenen Blick.« (Friedrich Peter, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/53, 6.12.1972, S. 4571.)

[310] Vgl. u.a. Ernst Eugen Veselsky, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11051.

[311] Vgl. u.a. Helmut Kramer: Aspekte der österreichischen Außenpolitik (1970–1985). In: Der österreichische Weg 1970–1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, hg. von Erich Fröschl und Helge Zoitl. Wien: Europa-Verlag 1986, S. 190.

[312] Kramer, Strukturentwicklung der Außenpolitik, S. 724.

[313] Karl Czernetz, in: NR-Protokolle, XII.GGP/36, 3.3.1971, S. 2862.

[314] Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/26, 15.3.1972, S. 2046.

[315] Ebda., S. 2048.

[316] Karl Czernetz, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/88, 5.12.1973, S. 8561.

[317] Ebda.

kömmlingen mit Indignation begegnet war, fielen die Diagnosen zu Beginn der 1970er Jahre relativ abgeklärt aus. Ganz offensichtlich hatte man sich in der Zwischenzeit an den Gedanken gewöhnt, dass die Staaten der Peripherie eine fixe Größe innerhalb der Weltpolitik darstellten, erwartete aber zugleich, dass in den folgenden Jahren zwischen Norden und Süden heftigere Konflikte ausbrechen würden als zwischen Osten und Westen.[318] »In dem Maß, in dem der Kalte Krieg in den Hintergrund tritt,« meinte ÖVP-Obmann Josef Taus noch 1977, »verstärkt sich die Auseinandersetzung zwischen den in Entwicklung begriffenen Staaten und den Industrienationen.«[319] Diese Auseinandersetzung blieb in der Wahrnehmung der Politiker, sofern sich dies generalisieren lässt, nicht auf den Nord-Süd-Konflikt im engeren Sinn beschränkt (also auf die weltwirtschaftlichen Verteilungskämpfe zwischen Zentrum und Peripherie, siehe dazu S. 179 ff.), sondern umfasste ein Konglomerat von Konfliktbereichen: von der Dekolonisierung im Südlichen Afrika (inklusive des südafrikanischen Apartheid-Systems) über den internationalen Terrorismus bis hin zur Haltung der arabischen Staaten im Kontext des Nahost-Konflikts.

Eine Zäsur in der Wahrnehmung der Nord-Süd-Beziehungen stellte die Ölpreiserhöhung der OPEC 1973 dar. Vom »Erdöl als Waffe«[320] war nun in Teilen der politischen Öffentlichkeit die Rede, vom »Machtrausch«[321] der Eliten der neuen Staaten. Waren bis dahin die Konflikte generell als beherrschbar und die allenfalls erforderlichen Konzessionen als erträglich betrachtet worden, so führte die Verschärfung der Auseinandersetzung zu einer Differenzierung der Reaktionsmuster innerhalb der österreichischen Politik. Während die dominierende Haltung der Sozialdemokratie (und damit die Regierungspolitik) im Nord-Süd-Kontext, salopp formuliert, in Richtung *appeasement* tendierte, um auf diese Weise die Stabilität des Gesamtsystems zu sichern, hingen die beiden Oppositionsparteien eher *containment*-Konzepten an.

In besonders klarer Form zeigten sich diese beiden unterschiedlichen Konzeptionen im Verhältnis zur UNO, die in den 1970er Jahren – wie im vorangegangenen Jahrzehnt – als wichtigste Arena der Nord-Süd-Auseinandersetzungen fungierte. Während vor allem sozialdemo-

---

[318] »Die wirklich schweren außenpolitischen Krisen werden sich in den nächsten Jahren aus den Gegensätzen zwischen armen und reichen Nationen entwickeln«, schrieb Franz Karasek 1971 (Karasek, Für eine engagierte Neutralitätspolitik, S. 38). Für den sozialdemokratischen Abgeordneten Erwin Lanc stand ebenfalls »fest, daß die großen in Zukunft weltpolitisch relevanten Probleme in Afrika, in Asien und in Lateinamerika zu lösen sein werden« (NR-Protokolle, XIII.GGP/74, 30.5.1973, S. 6844).

[319] Josef Taus: Die außenpolitischen Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 33, 1977, H. 2, S. 15.

[320] Karl Czernetz: Die Travestie der Weltrevolution. In: Die Zukunft, Jg. 1974, H. 23/24, S. 1.

[321] Ebda.

kratische Politiker die Vereinten Nationen als »Ort der Begegnung«[322], als »unersetzliches Instrument für die Zusammenarbeit der Staaten«[323] würdigten und ihre Bedeutung speziell für kleinere, neutrale Staaten wie Österreich herausstrichen, nahmen ab 1973/74 die UN-kritischen Stimmen signifikant zu. Zwar meinte auch Außenminister Kirchschläger, die Stimmenmehrheit der Dritten Welt innerhalb der Vereinten Nationen würde zum Teil politisch kontraproduktiv eingesetzt, doch stellte er die prinzipielle Legitimät der Vorgangsweise außer Frage.[324] Anders verhielt es sich mit den – meist der ÖVP angehörenden[325] – Kritikern, die angesichts des zunehmenden Antagonismus die Institution an sich in Frage stellten und ihr attestierten, »in wesentlichen Bereichen krank«[326] zu sein. »Noch zu Beginn der sechziger Jahre«, blickte der ÖVP-Abgeordnete Fiedler zurück, »bot dieses Gremium [die UN-Generalversammlung, Anm. GH] schwachbeinigen, jungen und neuen Nationen [...] die Möglichkeit, ihre Rechte entsprechend geltend zu machen. Nunmehr sind aber diese Länder zu einer erdrückenden Mehrheit geworden und auf dem besten Weg, die Zielsetzung und die Grundlagen der Vereinten Nationen ernstlich in Frage zu stellen.«[327] Überdies wurde die politische Legitimation der Regierungen der Dritten Welt unter Hinweis auf die überwiegend autoritären politischen Systeme angezweifelt.[328] Gleichzeitig zeigte man sich aber beruhigt, dass der Sicherheitsrat als eigentliches Machtzentrum der Vereinten Nationen von den in der Generalversammlung zu beobachtenden Entwicklungen unberührt blieb und somit als Korrektiv fungieren konnte.[329]

Abseits der Vereinten Nationen bedeuteten die im Vergleich zu den 1960er Jahren ausgeweiteten außenpolitischen Aktivitäten unter anderem eine weitere Intensivierung der Reisediplo-

---

[322] Hans Hesele, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/19, 26.2.1976, S. 1616.

[323] Willibald Pahr: Die Vereinten Nationen und der Weltfriede. Vortrag vor dem 24. Internationalen Diplomatenseminar in Kleßheim am 3. August 1981. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 21, 1981, H. 3, S. 264.

[324] »Es sei aber auch auf die Gefahr hingewiesen, die darin besteht, daß etwa in den Vereinten Nationen für alle von dieser Staatengruppe ausgehenden Resolutionen schon im vornhinein die absolute Mehrheit gegeben ist. Der Einsatz dieser Mehrheit ist legal und gerechtfertigt. Sie immer einzusetzen, führt aber zu einer Gefahr des Desinteresses der anderen minoritären Staatengruppe an einer internationalen Organisation.« (Rudolf Kirchschläger: Nationale Souveränität und internationale Zusammenarbeit. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 13, 1973, S. 249)

[325] Neben verschiedenen ÖVP-Abgeordneten zählte der Freiheitliche Otto Scrinzi zu den vehementesten und ausdauerndsten Kritikern der UNO.

[326] Wendelin Ettmayer, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/73, 2.12.1977, S. 7035.

[327] NR-Protokolle, XIII.GGP/134, 22.1.1975, S. 13067.

[328] Vgl. u.a. Karl Czernetz, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/123, 4.12.1974, S. 12002 sowie Otto Scrinzi, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/33, 21.10.1976, S. 3187.

[329] Vgl. Karl Czernetz, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/140, 20.3.1975, S. 13638 und Kurt Fiedler, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/134, 22.1.1975, S. 13068.

matie. Zwar nahmen die diplomatischen Kontakte mit Politikern der Dritten Welt nicht im gleichen Ausmaß zu wie mit jenen Osteuropas, aber die bereits zitierte statistische Untersuchung Luifs zeigt, dass auch die Besuche in bzw. aus Lateinamerika, Afrika und Asien während der 1970er Jahre häufiger wurden.[330] Besonders auffallend ist dabei die Zunahme der Asien- sowie der (bis dahin kaum existenten) Lateinamerika-Kontakte seit Mitte des Jahrzehnts. Speziell die stärkere Berücksichtigung Lateinamerikas wurde von seiten einzelner Politiker explizit unterstützt.[331] Die Zahl der diplomatischen Vertretungen in Staaten der Dritten Welt stieg zwischen 1970 und 1983 ebenfalls deutlich an, und zwar um insgesamt 20.[332]

Die wachsende Bedeutung der Dritten Welt, zugleich aber auch die Veränderungen im internationalen System zeigten sich an einem sehr symbolträchtigen Schritt der österreichischen Außenpolitik: der Neudefinition des Verhältnis zu den blockfreien Staaten, dem neben der »Gruppe der 77« wichtigsten organisatorischen Zusammenschluss der Dritten Welt. Zu seiner Zeit als Außenminister hatte Kreisky noch ausführlich erklärt, warum Österreich auf – wohlwollender – Distanz zu dieser Staatengruppe blieb und an ihren Konferenzen nicht teilnahm: Österreich wolle »sich seine Handlungsfreiheit gegenüber jeder Art von Gruppenbildung [...] bewahren«[333], erst recht gegenüber Ländern, die Kreisky als »neutralistisch« bezeichnete. Dieser »Neutralismus« bestand für ihn hauptsächlich in der Weigerung, »die kommunistische Ideologie expressis verbis abzulehnen« – im Unterschied zur Neutralität und ihrem grundsätzlichen Bekenntnis »zur politischen Demokratie und zur pluralistischen Gesellschaft«[334]. 1970 nun, nach dem Amtsantritt der Regierung Kreisky, nahm Österreich an der Konferenz der blockfreien Staaten in Lusaka teil, wenn auch nur als Gast. Als Begründung nannte Außenminister Kirchschläger 1970, »daß wir uns [...] um die Dritte Welt [...] etwas mehr kümmern müssen, als wir dies bisher infolge des zu geringen Netzes der diplomatischen Vertretungsbehörden tun konnten.«[335] Drei Jahre später – Österreich wohnte auch den folgenden Konferenzen bei – bezeichnete er es als »erforderlich, in einem sehr guten, offenen und

---

[330] Erfasst wurden dabei, wie erwähnt, die offiziellen Besuche auf der Ebene von Staatsoberhäuptern, Regierungschefs und Außenministern (Luif, Abriß der österreichischen Außenpolitik, S. 120).

[331] So etwa von Friedrich Peter, der feststellte, »daß wir Südamerika [...] in unserer österreichischen Außenpolitik noch nicht den gebührenden Stellenwert zugeordnet haben.« (NR-Protokolle, XIV.GGP/73, 1.12.1977, S. 7025.) Ähnlich auch Michael Luptowits, der darüber hinaus eine Verstärkung der österreichischen Präsenz gegenüber Westafrika und Südostasien einmahnte (vgl. NR-Protokolle, XIV.GGP/73, 1.12.1977, S. 7015).

[332] Kramer, Strukturentwicklung der Außenpolitik, S. 718.

[333] Bruno Kreisky: Grundlagen der österreichischen Außenpolitik. Vortrag vor der Akademie der Wissenschaften, Budapest, 30. Oktober 1964. In: Ders., Reden, Bd. 1, S. 547.

[334] Ebda., S. 546.

[335] NR-Protokolle, XII.GGP/19, 26.11.1970, S. 1096.

freundlichen Kontakt auch mit den Ländern der Dritten Welt zu stehen«[336]. Die Teilnahme Österreichs an den Konferenzen der blockfreien Staaten wollte er als entsprechendes Signal verstanden wissen.

Was war geschehen, dass die von Kreisky in den 1960er Jahren formulierten Berührungsängste geschwunden waren? Abgesehen von der nachlassenden ideologischen Hegemonie des Antikommunismus legten der ökonomische Machtzuwachs der Peripherie (am anschaulichsten versinnbildlicht durch die OPEC) wie auch die politische Radikalisierung in mehreren Weltregionen eine geänderte Taktik gegenüber diesen Kräften nahe. Die – überaus zurückhaltende – Annäherung an die Blockfreien fügte sich in ein umfassenderes Muster außenpolitischen Handelns ein, das den vielfältigen globalen und regionalen Konflikten durch verstärkte diplomatische Aktivitäten unter Einbeziehung aller relevanten Akteure zu Leibe rücken wollte. Angesichts der instabilen Machtverhältnisse bevorzugte die sozialdemokratische Regierung Konzessionen gegenüber Pressionen[337] und Multi- gegenüber Unilateralismus, um solcherart reformistische Lösungen an die Stelle von Revolution (oder diktatorischer Restauration) treten zu lassen. Waren die USA so etwas wie der *bad cop* der Weltpolitik, dessen Vorgangsweise trotz hoher Kosten zunehmend versagte, versuchte Österreich vor allem seit Mitte der 1970er Jahre (gemeinsam mit der Gruppe der *like-minded countries*, der es angehörte) die Rolle des *good cop* zu übernehmen – »eine konfliktdämpfende Rolle«[338]. Dies auf mehreren Ebenen: im Rahmen der Nord-Süd-Beziehungen generell, aber auch im Rahmen von Regionalkonflikten sowie gegenüber Terror- bzw. Befreiungsorganisationen[339]. Diese Grundhaltung, aus Gründen der Krisenprävention »die Konfrontation zu vermeiden und den Dialog zu fördern«[340], brachte es notwendigerweise mit sich, Kontakte auch zu antisystemischen Kräften zu pflegen – nicht zuletzt mit dem Ziel, moderate Elemente innerhalb derselben

---

[336] Rudolf Kirchschläger: Die österreichische Außenpolitik – Rückblick und Ausblick. Vortrag, gehalten am 15. November 1973 vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen in Wien. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten/Abteilung Presse und Information 1973, S. 6.

[337] Eine besonders deutliche Absage an Methoden gewaltförmiger Konfliktlösung formulierte Außenminister Bielka 1975: »Diejenigen, die glauben, diesem Verhalten [den Forderungen der Dritten Welt und der Bildung von Rohstoffkartellen] gegenüber könne man erforderlichenfalls noch mit militärischen Aktionen oder mit wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen begegnen, sind sich offenbar nicht ganz bewußt, welche verhängnisvollen Folgen dies bei den großen seit 30 Jahren erfolgten umwälzenden Veränderungen im politischen Weltbild und bei dem labilen Gleichgewicht des politischen Kräfteverhältnisses schließlich für den Weltfrieden nach sich ziehen könnte« (Erich Bielka: Armut und Reichtum in der auswärtigen Politik. Eröffnungsreferat am 30. Juli 1975 anläßlich der Eröffnung des 18. Diplomatenseminars auf Schloß Kleßheim bei Salzburg. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 15, 1975, H. 4., S. 231).

[338] Hans Hesele, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/63, 1.7.1977, S. 6134.

[339] Die Übergänge zwischen diesen beiden Begriffen sind fließend und hängen hauptsächlich vom Standort des Beobachters ab.

[340] Pahr, Die Vereinten Nationen und der Weltfriede, S. 266.

zu stärken und eine stärkere Anlehnung an die Sowjetunion zu verhindern[341]. Als hilfreich wurde in diesem Zusammenhang – wie bereits in den 1960er Jahren (vgl. S. 92) – die Neutralität angesehen, die einen »von Großmachteinflüssen unabhängigen«[342] Kurs garantiere und Österreich somit nicht dem Verdacht aussetze, »die Geschäfte anderer zu besorgen.«[343]

Obwohl die sozialdemokratische Regierung keinen Zweifel daran ließ, sich in der Nord-Süd-Auseinandersetzung dem Norden zugehörig zu fühlen[344], und darauf hinwies, »die Einheit der Industriestaaten nicht gestört [zu] haben«[345], stießen die intensivierten Kontakte zu den Blockfreien auf den Widerstand eines Großteils der Opposition. In einer ironischen Wendung der Geschichte griff die ÖVP auf die Argumentationslinie Kreiskys aus den 1960er Jahren zurück und sah für Österreich die Gefahr, »in Richtung Neutralismus abzugleiten«[346]. Zwar versicherte man, »bilateral so viel Kontakt wie möglich mit den afro-asiatischen Ländern« zu suchen, »damit man uns nicht den Vorwurf macht, wir seien gegen sie«[347], aber gegenüber den Blockfreien als organisatorischem Ausdruck der Dritten Welt setzte man auf klare Distanz und betonte den Status Österreichs »als einer freien Demokratie des Westens«[348]. »Wir wünschen, daß diesem Unfug einer neutralistischen Politik endlich ein Ende bereitet wird«, erklärte der ÖVP-Abgeordnete Karasek, und »wir wünschen keine unwürdige Liebedienerei vor Wüstenscheichs und Stammeshäuptlingen«[349]. Erst zu Beginn der 1980 zeigte sich die ÖVP etwas aufgeschlossener, würdigte die Rolle der Blockfreien innerhalb des KSZE-Prozesses[350]

---

[341] Hans Hesele: »Wenn wir, die westeuropäischen Staaten, es nicht machen, werden sich andere mit dieser Dritten Welt beschäftigen.« (NR-Protokolle, XIV.GGP/19, 26.2.1976, S. 1617.)

[342] Fritz Marsch: Österreichs Initiativen zur Problemlösung in der Dritten Welt. In: Die Republik, Jg. 16, 1980, H. 4, S. 16.

[343] Bruno Kreisky: Rede auf der Wilton-Park-Konferenz. Wien, 24. Mai 1973. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 305.

[344] Pahr, Die Vereinten Nationen und der Weltfriede, S. 266. Die bereits zitierte Analyse von Silvia Michal-Misak belegt, dass etliche blockfreie Staaten zwar bis 1963 innerhalb der Vereinten Nationen ein sehr ähnliches Stimmverhalten wie Österreich an den Tag legten, diese Ähnlichkeiten bis Ende der 1970er Jahre jedoch stark zurückgingen; hingegen wies Österreich seit Mitte der 1960er Jahre besonders starke Affinitäten zu den skandinavischen Staaten auf (Michal-Misak, Die Politik Österreichs bei den Vereinten Nationen, S. 390).

[345] Staatssekretär Adolf Nussbaumer, in: NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2360.

[346] Kurt Fiedler, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/88, 5.12.1973, S. 8558. Auch der ÖVP-Obmann Schleinzer betonte in diesem Zusammenhang: »Wir sind ein neutrales, aber kein neutralistisches Land.« (NR-Protokolle, XIII.GGP/139, 19.3.1975, S. 13487.)

[347] Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/107, 21.5.1974, S. 10460.

[348] Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/139, 19.3.1975, S. 13520.

[349] Ebda. Noch 1980 höhnte der ÖVP-Abgeordnete Steiner, »der Herr Bundeskanzler« wäre wohl »gerne Großmeister der Blockfreien« geworden »– der Posten ist dann allerdings nicht ausgeschrieben worden« (NR-Protokolle, XV.GGP/54, 2.12.1980, S. 5385).

[350] Ludwig Steiner: Neutralität darf keine leere Hülse sein. In: Europäische Rundschau, Jg. 9, 1981, H. 3, S. 109.

und verlangte eine Verbesserung der Beziehungen zu den gemäßigten Mitgliedern dieser Staatengruppe[351].

Im Umgang mit Befreiungsbewegungen verhielt sich die sozialdemokratische Regierung ähnlich wie im Verhältnis zu den Blockfreien, wenn auch um einige Jahre verzögert. Hier ging es einerseits darum, in gewaltförmig ausgetragene Konflikte deeskalierend einzugreifen, andererseits darum, diese Organisationen in Verhandlungslösungen einzubinden, die keinen radikalen Bruch mit den herrschenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen bedeuteten. Waren Befreiungsbewegungen in den 1960er Jahren weitgehend ignoriert worden, so wurden sie ab Mitte der 1970er Jahre von seiten der österreichischen Politik erstmals als relevante Akteure wahrgenommen. Die Vorreiterrolle kam dabei der SPÖ zu, die bereits relativ früh ein gewisses – wenn auch sehr geringes – Maß an Sympathie für revolutionäre Organisationen bekundete[352]. Vor allem aber betrieb sie die politische Kooptierung von Befreiungsbewegungen zu einem Zeitpunkt, als speziell die ÖVP einer solchen Strategie noch völlig ablehnend gegenüberstand. Die Konservativen beriefen sich dabei in erster Linie auf die strikte Ablehnung von Gewalt,[353] dürften aber vor allem die Annäherung an politische Kräfte gescheut haben, deren national- bis sozialrevolutionäre Programmatik sie als zur eigenen inkompatibel betrachteten.

Ansatzweise zeigten sich die unterschiedlichen Konzepte in Stellungnahmen zur Lage im südlichen Afrika (vor allem in Südafrika und im südafrikanisch besetzten Namibia), die ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zu einem regelmäßigen Bestandteil außenpolitischer Debatten wurden. Grundsätzlich lehnten sowohl SPÖ[354] als auch ÖVP – letztere mit gewissen

---

[351] Vgl. Wendelin Ettmayer, in: NR-Protokolle, XV.GGP/41, 1.7.1980, S. 4035.

[352] Aus den 1960er Jahren ist eine völlig isoliert gebliebene und relativ vage Äußerung des SPÖ-Vorsitzenden und Vizekanzlers Pittermann überliefert, wonach die » Arbeiterschaft in den entwickelten demokratischen Industrieländern [...] insbesondere den Befreiungskampf der in den Entwicklungsländern Ausgebeuteten zu unterstützen haben« werde (Bruno Pittermann: Zur Strategie der sozialistischen Bewegung. In: Die Zukunft, 1964, H. 15/16, S. 23). Mit Blickrichtung auf die portugiesischen Kolonien und die Situation in Südafrika und dem damaligen Rhodesien erklärte Peter Schieder 1972, »daß unsere Sympathien und unsere Unterstützung [...] den afrikanischen Befreiungsbewegungen gehören« (NR-Protokolle, XIII.GGP/26, 15.3.1972, S. 2051).

[353] Vgl. u.a. Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/53, 5.12.1972, S. 4555 sowie XIII.GGP/139, 19.3.1975, S. 13518. Derartige Positionen finden sich auch noch in den 1980er Jahren, etwa bei Josef Höchtl, der die »zunehmende systematische Unterstützung von Befreiungsbewegungen« in Afrika kritisierte, »die mit Mitteln vorgehen, die durchaus revolutionären Gehalt haben, und die revolutionäre Gewalt anwenden.« (NR-Protokolle, XV.GGP/118, 16.6.1982, S. 11910.)

[354] Hier sei – obzwar kein Parteimitglied – der Außenminister der sozialdemokratischen Regierung, Willibald Pahr, zitiert, der vor dem Parlament betonte, »daß Apartheid und alle anderen Formen rassischer Diskriminierung mit aller Entschiedenheit ihres verdammungswürdigen Charakters angeklagt werden müssen.« Das Nationalratsprotokoll vermerkt an dieser Stelle »Beifall bei der SPÖ und des [ÖVP-]Abg. Dr. Ermacora« (NR-Protokolle, XIV.GGP/33, 21.10.1976, S. 3191).

Ambivalenzen[355] – die rassistischen Regime in der Region ab (wobei man allerdings Rhodesien weitgehend ignorierte), während die FPÖ ein traditionell hohes Maß an Verständnis für dieselben aufbrachte.[356] Angesichts der fortschreitenden Krise der Herrschaftssysteme im südlichen Afrika, die angesichts der Guerillakriege in Rhodesien und Namibia sowie des Soweto-Aufstands in Südafrika nicht mehr zu übersehen war (nachdem der portugiesische Kolonialismus bereits 1974 zusammengebrochen war), setzten sozialdemokratische Politiker gewisse Akzente, die eine Aufwertung und Einbindung der oppositionellen Kräfte bezweckten. Zwar erfolgte zu Gunsten der zimbabwischen Widerstandsorganisationen keine eindeutige Parteinahme[357] (hierin scheint sich die generelle Vernachlässigung Zimbabwes fortgesetzt zu haben), aber im Fall Namibia erklärte Außenminister Pahr 1976 vor der UN-Generalversammlung, dass »jeglicher Fortschritt von der Einbeziehung aller Parteien, insbesondere der SWAPO, in die Verhandlungen abhängen«[358] werde – eine Position, die in dieser Form von den Oppositionsparteien nicht geteilt wurde[359]. Im Falle Südafrikas kam es im April 1980 zu Kontakten zwischen einer ANC-Delegation und österreichischen Regierungsvertretern, in denen es unter anderem um die Errichtung eines ANC-Informationsbüros in Wien ging.[360] Auf eine parlamentarische Anfrage der ÖVP hin erklärte Außenminister Pahr einige Wochen später: »Eine ›politische oder diplomatische Anerkennung‹ des ANC ist derzeit nicht beabsichtigt. Die Bereitschaft, Vertreter des ANC dennoch anzuhören, beruht auf der Überzeugung,

---

[355] Während ein ÖVP-Politiker wie Felix Ermacora die Apartheid-Politik unzweideutig kritisierte (NR-Protokolle, XIV.GGP/33, 21.10.1976, S. 3203), zeigte sich bei anderen Politikern seiner Partei die Tendenz, die Situation in Südafrika durch Hinweis auf Menschenrechtsverletzungen in anderen afrikanischen Staaten zu relativieren (vgl. u.a. Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/33, 21.10.1976, S. 3173), weitreichende innenpolitische Liberalisierungen zu behaupten (Wolfgang Blenk, in: NR-Protokolle, XV.GGP/14, 5.12.1979, S. 1259) oder auf die besondere Bedeutung Südafrikas als Rohstofflieferant hinzuweisen (Wolfgang Blenk, in: NR-Protokolle, XV.GGP/22, 23.1.1980, S. 2171).

[356] Bestimmter noch als Friedrich Peter und kontinuierlicher äußerte sich Otto Scrinzi in diesem Sinne, etwa als er Südafrika »echte Demokratie« attestierte und Außenminister Pahr angriff, weil dieser vor der UN-Generalversammlung von einer unmenschlichen Politik in Südafrika gesprochen habe (NR-Protokolle, XIV.GGP/33, 21.10.1976, S. 3188).

[357] Vgl. Walter Sauer: Österreichs Beziehungen zu Zimbabwe. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 4, 1988, H. 4, S. 33.

[358] Willibald Pahr: Erklärung vor der XXXI. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 12. Oktober 1976. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 16, 1976, H. 5, S. 311.

[359] Einerseits verwies man dabei auf die besondere Radikalität der SWAPO, andererseits bezweifelte man ihren Anspruch, die schwarze Bevölkerungsmehrheit zu repräsentieren (vgl. Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/105, 19.10.1978, S. 10339 sowie Friedhelm Frischenschlager, in: NR-Protokolle, XV.GGP/73, 6.5.1981, S. 7209).

[360] Vgl. Wolfgang Benedek/Christine Ainetter: Die politischen Beziehungen Österreichs zu Südafrika. In: Die Apartheid-Connection. Österreichs Bedeutung für Südafrika, hrsg. von Walter Sauer und Theresia Zeschin. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1984, S. 22 f.

dass Gespräche mit politischen Kräften den Informationsstand erhöhen und daher das Beurteilungsvermögen von Konfliktsituationen verbessern.«[361]

Während das südliche Afrika in den 1970er Jahren für die österreichische Außenpolitik lediglich von marginaler Bedeutung war, politische Aktivitäten und Meinungsbekundungen eher unsystematisch erfolgten, stand eine weitere außereuropäische Krisenregion deutlich stärker im Mittelpunkt: der Nahe Osten. Umso deutlicher lassen sich an diesem Beispiel grundlegende Muster der skizzierten, auf Deeskalation ausgerichteten Außenpolitik zeigen, aber auch markante Auffassungsunterschiede zwischen den politischen Lagern. Ins Zentrum des Interesses rückte der Nahostkonflikt erst ab 1973:[362] Die militärische Auseinandersetzung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten, aktualisiert durch den Jom-Kippur Krieg, wurde speziell angesichts der drohenden Involvierung von USA und UdSSR als »eine echte Gefährdung des Friedens in Europa«[363] begriffen; das Embargo der arabischen Ölproduzenten gegen westliche Staaten sowie die massiven Ölpreiserhöhungen führten speziell den Westeuropäern die ökonomischen Risken des politischen Konflikts vor Augen; und schließlich ereignete sich im September 1973 der erste palästinensische Terroranschlag in Österreich: der Überfall auf einen Zug mit jüdischen Emigranten aus der Sowjetunion in Marchegg.[364] Bis zum Jahr 1973 hatten die Sympathien der österreichischen Politik hauptsächlich Israel gegolten, jener »kleine[n] Insel in dem stürmischen arabischen Ozean«[365], umgeben von »nationalistischen Militärdiktatoren, feudalen Fürsten und kommunistischen Gewaltherrschern«[366]. Seit 1973 bemühten sich die regierenden Sozialdemokraten »um eine weitestmögliche Ausgewogen-

---

[361] Der ANC, so Pahr weiter, sei eine »politische Kraft, deren Bedeutung im Zusammenhang mit dem Apartheid-Problem auch im Hinblick auf längerfristige friedliche Entwicklungen in diesem Gebiet Aufmerksamkeit verdient.« (II-1170 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 15. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 6.6.1980 [494/AB].) Bereits 1974 hatte Österreich in der UN-Generalversammlung einer Resolution zugestimmt, mit der ANC, PAC (Pan Africanist Congress) und SWAPO als Vertreter des südafrikanischen bzw. namibischen Volkes anerkannt wurden und Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen erhielten (vgl. Benedek/Ainetter, Die politischen Beziehungen Österreichs zu Südafrika, S. 22).

[362] Bereits 1972 hatte allerdings Kreisky in einer vereinzelten Wortmeldung jenen Grundtenor vorweggenommen, der die Debatte ab 1973 prägte. Vor dem SPÖ-Parteitag wies er darauf hin, »daß dieser Konfliktherd sich so nahe von Europa befindet, daß es ganz einfach eine Konferenz über europäische Sicherheit gar nicht geben kann, ohne daß auch diese Fragen, die unsere Sicherheit im höchsten Maße bedrohen, auf dieser Konferenz wenigstens behandelt werden.« (Bruno Kreisky: Rede auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs. Villach, 18. April 1972. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 218.)

[363] Kreisky, Rede auf der Wilton-Park-Konferenz, S. 304.

[364] An diesen Anschlag reihten sich im Lauf der folgenden Jahre noch weitere mit dem Nahostkonflikt in Zusammenhang stehende Terrorakte: vom Anschlag auf den OPEC-Sitz 1975 über die Ermordung Heinz Nittels 1981, den Anschlag vor der Synagoge in der Seitenstettengasse 1982 bis hin zum Anschlag auf den El-Al-Schalter am Flughafen Schwechat 1985.

[365] Czernetz, Vorherrschaft der Widersprüche, S. 2.

[366] Ebda., S. 3.

heit«[367]. Außerdem begannen sie, den Nahostkonflikt nicht mehr bloß als zwischenstaatlichen Konflikt zwischen Israel und den arabischen Ländern zu betrachten, sondern sahen in den Palästinensern einen dritten wesentlichen Akteur, ohne den der angestrebte »Prozeß der Ruhigstellung – um mehr kann es sich nicht handeln –«[368] nicht gelingen könne. Es werde sich, so Außenminister Bielka vor der UN-Generalversammlung 1974, »keine befriedigende Lösung finden lassen, wenn nicht – auf der festen Grundlage der gesicherten Existenz aller Staaten der Region – den legitimen Anliegen des palästinensischen Volkes Rechnung getragen wird.«[369] Sein Amtsvorgänger Kirchschläger hatte ein halbes Jahr zuvor die »Errichtung eines palästinensischen Staates« als eine der »verschiedene[n] Denkvarianten« zur »gerechte[n] Regelung des [palästinensischen] Flüchtlingsproblems«[370] bezeichnet. Die Annäherung an die PLO als mit Abstand wichtigste politische Kraft der Palästinenser erfolgte zunächst eher zurückhaltend, zumal sie selbst in Teilen der SPÖ auf Vorbehalte stieß.[371]

Den Terrorismus-Vorwürfen gegen die PLO begegnete Kreisky mit dem Argument, dass »the history of the last fifty years has shown that there are movements which resort to harsh and brutal methods in their struggle to assert themselves, yet whose leaders subsequently, after an acceptable compromise has been achieved, acquire considerable moral stature.«[372] Im Zuge mehrerer Reisen in den Nahen Osten und in die Maghreb-Staaten versuchten Bundeskanzler Kreisky wie auch die wechselnden österreichischen Außenminister – neben der Pflege der bilateralen Beziehungen –, eine Annäherung zwischen den Konfliktparteien zu erreichen. Drei dieser Reisen (in den Jahren 1974 bis 1976) unternahm Kreisky als Leiter von *fact-finding missions* der Sozialistischen Internationale, andere als offizielle Staatsbesuche, etwa jenen

---

[367] Rudolf Kirchschläger, in: II-3231 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 13. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 6.2.1974 (1515/AB).

[368] Kreisky, Rede auf der Wilton-Park-Konferenz, S. 305.

[369] Erich Bielka: Erklärung vor der XXIX. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26. September 1974. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 14, 1974, H. 5, S. 305. Bielka vertrat diese Position in ganz ähnlicher Form kurze Zeit später auch vor dem österreichischen Nationalrat, hob aber noch klarer hervor, »daß an der staatlichen Existenz Israels in voller Unabhängigkeit und innerhalb gesicherter Grenzen nie ein Zweifel entstehen darf« (vgl. NR-Protokolle, XIII.GGP/123, 4.12.1974, S. 12026).

[370] II-3231 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 13. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 6.2.1974 (1515/AB).

[371] Vgl. u.a. Karl Czernetz, der 1974 die PLO als »Dachorganisation der palästinensischen Widerstandskämpfer und Terroristen« titulierte (Czernetz, Travestie der Weltrevolution, S. 1) und auch über die Einladung an Arafat, vor der UNO zu sprechen, »nicht glücklich« war (NR-Protokolle, XIII.GGP/123, 4.12.1974, S. 12002).

[372] Bruno Kreisky: Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, gehalten am 11. November 1974. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 14, 1974, H. 6, S. 369. Ähnlich äußerte sich Außenminister Bielka 1976, der – explizit die PLO und nicht wie bis dahin üblich »das palästinensische Volk« nennend – sich eine Lösung des Nahost-Konflikts davon erhoffte, dass »man es der PLO ermöglicht, in internationalen Angelegenheiten als verantwortliche Sprecher für ihre Anliegen aufzutreten und sie nicht in den Untergrund zurück-

1977 in Syrien, wo er sowohl mit Präsident Assad als auch mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat zusammentraf. Im Jahr 1979 schließlich reiste Arafat auf Einladung der Sozialistischen Internationale nach Wien, um – mit allen zeremoniellen Attributen eines Staatsgastes – mit Willy Brandt und Bruno Kreisky zu konferieren. Kurze Zeit später, im Oktober 1979, sprach Kreisky vor der UN-Generalversammlung, erinnerte daran, dass die PLO von zahlreichen Staaten wie auch von der UNO als legitime Vertreterin der Palästinenser anerkannt werde und versprach: »Die österreichische Bundesregierung wird ihrerseits dieser Tatsache in Zukunft voll Rechnung tragen und wird diese Auffassung anderen Staaten gegenüber mit aller gebotenen Eindringlichkeit vertreten.«[373] In Reaktion auf diese Erklärung ernannte Arafat den bereits in Wien tätigen PLO-Beobachter bei der UNIDO zum Vertreter der PLO bei der österreichischen Bundesregierung, was von Bundeskanzler Kreisky im März 1980 brieflich »zur Kenntnis genommen« wurde – ein ebenso unscheinbarer wie kontroversieller Schritt, lief er doch auf die erstmalige diplomatische Anerkennung der PLO durch einen westlichen Staat hinaus.[374] Die Gründe dafür, warum die sozialdemokratische Regierung die Aufwertung der PLO und ihre gleichberechtigte Einbeziehung in den Verhandlungsprozess im Nahen Osten betrieb, lagen nicht nur darin, dass man sich einzig durch direkte Kontakte zwischen Israel und der PLO eine nachhaltige Lösung des Konflikts und damit die Abwendung der Kriegsgefahr erhoffte. Sollten die (von Kreisky als durchaus erfüllbar betrachteten) Forderungen der PLO[375] vom Westen im Zuge einer rigiden pro-israelischen Nahostpolitik negiert werden, so befürchtete Kreisky die Stärkung der radikalen Elemente innerhalb der Palästinenser: entweder in Form einer engen Anlehnung an die Sowjetunion[376] oder aber in der Form, dass statt rationaler politischer Forderungen »andere an ihre Stelle treten, daß sie weichen müssen und daß der islamische Fundamentalismus sich auch dieses Problems letztlich bemächtigt. Dann wird es [...] wenig Chancen für Verhandlungen geben«.[377]

---

drängt.« (II-797 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 14. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 28.5.1976 [306/AB].)

[373] Bruno Kreisky: Erklärung vor dem Plenum der 34. UN-Generalversammlung am 29. Oktober 1979. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 19, 1979, H. 4, S. 294.

[374] Vgl. dazu John Bunzl: Zur Nahostpolitik der Sozialistischen Internationale und Österreichs unter Bruno Kreisky. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 32.

[375] Kreisky war der Überzeugung, dass die Verhandlungspositionen Israels (zumindest jene der Labour Party) und der PLO im Prinzip kompatibel und nach erfolgter gegenseitiger Anerkennung in Form einer Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 umsetzbar seien (vgl. Bruno Kreisky: Europa und der Nahe Osten. Rede in Wien, 2. Mai 1980. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 868).

[376] Die Palästinenser könnten dann, so Kreisky, mit Recht sagen: »Nun, wenn der Westen nichts von uns wissen will, dann bleibt uns ja wirklich nur die kommunistische Welt, bei der wir Förderung und Unterstützung finden.« (Ebda.)

[377] Ebda.

Neben den geschilderten diplomatischen Aktivitäten trug Österreich auch in anderer Form zur angestrebten »Ruhigstellung« im Nahen Osten bei und entsandte ein Militärkontingent, das im Zuge der *peacekeeping*-Operationen der Vereinten Nationen zunächst auf der Sinai-Halbinsel und später auf den Golan-Höhen stationiert war. Während diese Beteiligung an den UN-Friedenstruppen in der politischen Debatte außer Streit stand, stieß sich vor allem die ÖVP an der »einseitigen Einmischung in den Nahostkonflikt«[378], mokierte sich darüber, dass »Dr. Kreisky lautstark durch fremde Länder stapft und in die reichlich vorhandenen Fettnäpfchen tritt«[379] und fragte Willibald Pahr, ob er denn »österreichischer Außenminister oder Honorarkonsul der PLO«[380] sei. Die Angriffe gegen die PLO und gegen ihren Vorsitzenden Arafat[381] seitens der ÖVP – die FPÖ zeigte sich von Anfang an deutlich verständnisvoller[382] – nahmen im Lauf der Zeit an Schärfe ab, bis schließlich Alois Mock 1980 sogar erklärte, dass »die Repräsentativität der PLO für das palästinensische Volk, sein Recht auf Selbstbestimmung für uns keine offenen Fragen sind«; lediglich der Terrorismus werde verurteilt.[383]

Bei der Kritik am »Verkaufen von bunten Luftballons im Nahen Osten«[384] handelte es sich keineswegs nur um leere oppositionelle Rhetorik. Vielmehr zeigte sich darin, dass die zu Beginn der 1970er Jahre noch unisono vertretene aktive Außenpolitik seit Mitte der 1970er unterschiedlich interpretiert, der Handlungsspielraum des neutralen Kleinstaates unterschiedlich eingeschätzt wurde. »Wir brauchen keine spektakulären Wege in der Außenpolitik,« meinte etwa der ÖVP-Abgeordnete Fiedler 1974, »wir brauchen unsere Kräfte für die zahlreichen zu lösenden Aufgaben im Inland.«[385] Derartige offen isolationistische Töne blieben zwar die Ausnahme, aber spätestens gegen Ende der 1970er Jahre mehrten sich die Aufforderungen der Oppositionsparteien an die Regierung, die globalen Aspirationen zu reduzieren und die Außenpolitik stärker auf den europäischen Raum zu konzentrieren. Es sei »falsches Selbstbewußtsein und Überheblichkeit«, so ÖVP-Klubobmann Mock 1979, »wenn ein immerwährend neutraler Staat in der Position Österreichs glaubt, er muß an allen Ecken und Enden dieser Welt den Mechaniker für Konfliktsituationen spielen. Die natürliche

---

[378] Kurt Fiedler, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/38, 1.12.1976, S. 3626.
[379] Kurt Fiedler, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/107, 21.5.1974, S. 10443.
[380] Wendelin Ettmayer, in: NR-Protokolle, XV.GGP/14, 5.12.1979, S. 1265. Das stenographische Protokoll vermerkt an dieser Stelle »Beifall bei der ÖVP« (ebda.).
[381] Vgl. u.a. Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/139, 19.3.1975, S. 13516.
[382] Vgl. Otto Scrinzi, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/123, 4.12.1974, S. 12013.
[383] NR-Protokolle, XV.GGP/41, 1.7.1980, S. 3942.
[384] Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XV.GGP/54, 2.12.1980, S. 5385.
[385] NR-Protokolle, XIII.GGP/107, 21.5.1974, S. 10444.

Zurückhaltung bei politischen Konflikten ist eine alte Maxime einer vertrauenswürdigen Neutralitätspolitik.«[386] Für Ludwig Steiner hatte die österreichische Außenpolitik der vergangenen Jahre den »Eindruck erweckt, als lägen die für uns wichtigsten Probleme im mittleren Osten, in Afrika und nicht so sehr in Europa«[387], und auch Alois Mock betonte in einer programmatischen Rede die »feste Einbettung unseres Landes in seinen natürlichen weiten Raum, nämlich Europa«[388]. Der FPÖ-Klubobmann Friedrich Peter vertrat eine überaus ähnliche Meinung, sprach von »Selbstüberschätzung«[389] und bedauerte, dass der Europapolitik zu geringes Augenmerk geschenkt werde.[390] Erst in der Zeit der SPÖ-FPÖ-Koalition freundeten sich freiheitliche Politiker wieder stärker mit der »maximalen Teilnahme an der internationalen Kooperation«[391] an und wussten es – wie etwa Hilmar Kabas – zu würdigen, dass neben die traditionelle österreichische Ost-West-Politik »mehr und mehr eine sehr bedeutsame Erweiterung in Richtung einer Mittlerrolle auch zwischen Nord und Süd«[392] getreten sei.

Sozialdemokratische Politiker hielten bis in die 1980er Jahre konsequent an einer aktivistischen und eher global orientierten Konzeption der Außenpolitik fest. »Die Welt ist doch heute sehr, sehr klein geworden, und jedes geschichtliche Ereignis und jede Bewegung, ganz gleich, wo sie sich abspielt, berühren unmittelbar unser Land und jeden einzelnen von uns«[393], beschrieb ein sozialdemokratischer Abgeordneter bereits 1978 seine Wahrnehmung dessen, was seit den 1990er Jahren gerne als Globalisierung bezeichnet wird. Ganz ähnlich argumentierte

---

[386] Das Parlamentsprotokoll verzeichnet an dieser Stelle »Beifall bei ÖVP und FPÖ« (NR-Protokolle, XV.GGP/16, 7.12.1979, S. 1457). Andererseits erklärte Mock 1984: »Die Neutralität bietet die volle Möglichkeit für eine gestaltende, schöpferische Politik. Wo uns dies möglich ist, wollen wir einen Beitrag zum Abbau des Mißtrauens und der Spannungen, einen Beitrag zur Verständigung und zum Dialog leisten.« (Alois Mock: Außenpolitische Erklärung 1984 am 7. Mai 1984. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 1. Wien: Böhlau 1984, S. 246.) In Verbindung mit Absichtserklärungen wie »Der österreichische Einsatz für eine gerechte und friedliche Welt sollte verstärkt werden« (ebda., S. 250) stand dieses aktivistische Neutralitätsverständnis weit mehr in der Tradition sozialdemokratischer Außenpolitik, als dies bei den meisten anderen ÖVP-Äußerungen jener Jahre der Fall war.

[387] NR-Protokolle, XV.GGP/54, 2.12.1980, S. 5385.

[388] Alois Mock: Außenpolitik – Konsens oder Konflikt? Grundlinien eines außenpolitischen Konzeptes der Österreichischen Volkspartei. Vortrag, gehalten am 18. November 1982. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 22, 1982, H. 4, S. 316.

[389] Friedrich Peter: Anmerkungen zur österreichischen Außenpolitik aus freiheitlicher Sicht. Vortrag, gehalten am 27. Februar 1978. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 18, 1978, H. 1, S. 67.

[390] Vgl. u.a. NR-Protokolle, XIV.GGP/105, 19.10.1978, S. 10350.

[391] Friedhelm Frischenschlager: Für eine Außenpolitik im Sinne der Freiheit. Die außenpolitische Konzeption der Freiheitlichen Partei Österreichs. Vortrag, gehalten am 1. März 1983. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 23, 1983, H. 1, S. 58.

[392] NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1441.

[393] Michael Luptowits, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/105, 19.10.1978, S. 10342.

im selben Jahr Außenminister Pahr[394] und hielt es daher für erforderlich, »sich auch mit Ereignissen auseinanderzusetzen, die uns geographisch nicht unmittelbar zu berühren scheinen. Eine so verstandene ›Weltpolitik‹ liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse Österreichs.«[395]

Verschiedene politische Krisen rund um das Jahr 1980 setzten – ein letztes Mal – eine ganze Reihe diplomatischer Initiativen in Gang, allesamt dem weiter oben beschriebenen Muster folgend. Die Nahost-Politik behielt ihren hohen Stellenwert, versuchte nun aber neben der PLO weitere politisch radikale Kräfte einzubinden und damit zu domestizieren. Besondere Bedeutung hatten dabei die Kontakte zum libyschen Staatschef Gaddafi, die in dessen Besuch in Wien, Anfang März 1982, gipfelten. Abgesehen von den ökonomischen Interessen Österreichs ging es dabei sowohl um eine Deeskalation im Nahen Osten (inklusive einer Eindämmung des internationalen Terrorismus, als dessen Unterstützer Libyen galt) als auch darum, Libyen eine politische Option jenseits der Sowjetunion zu eröffnen. Auf die massive Kritik der ÖVP am Gaddafi-Besuch – »die widerwärtige Gaddafi-Abküsserei«[396] blieb noch jahrelang ein beliebter Topos der politischen Debatte – antwortete SPÖ-Zentralsekretär Marsch mit der Erklärung, man könne »nicht eine Persönlichkeit ignorieren, die in Afrika [...] eine solche Rolle spielt. Und das wollen wir nicht den kommunistischen Staaten allein überlassen.«[397] Ähnliche Motive[398] beeinflussten auch das starke Engagement der österreichischen Sozialdemokratie für das sandinistische Nicaragua, das in den 1980er Jahren zum kontroversiellsten Bereich der österreichischen Außenpolitik werden sollte (siehe dazu S. 122).

Ein weiterer politischer Umsturz Ende der 1970er Jahre fand ebenfalls nicht unbeträchtliche Beachtung: die iranische Revolution. Obwohl die sozialdemokratische Regierung überaus

---

[394] »In der Welt von heute, in der Raum und Zeit immer mehr an Bedeutung verlieren, gibt es kaum Ereignisse, die nicht auch auf Österreich Rückwirkungen haben können.« (Willibald Pahr: Zur österreichischen Außenpolitik 1978. Vortrag, gehalten am 13. Dezember 1978. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 18, 1978, H. 4, S. 325). Ähnlich auch eine Feststellung aus dem Jahr 1982: »In unserer komplexen und krisengeprägten Zeit heißt dies, nicht nur mit seinen Nachbarn im engeren und weiteren Sinne, sondern mit allen zu reden. Die Welt ist heute eine Einheit, die nur mehr in einer globalen Dimension zu verstehen und zu lenken ist.« (Willibald Pahr: Österreich und die Krise in der Weltpolitik. Vortrag, gehalten am 14. Dezember 1982. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 22, 1982, H. 4, S. 333.)

[395] Pahr, Zur österreichischen Außenpolitik 1978, S. 325.

[396] Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/71, 11.12.1984, S. 6239. Vgl. dazu auch Ludwig Steiner und Alois Mock, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/6, 4.3.1987, S. 550.

[397] NR-Protokolle, XV.GGP/118, 16.6.1982, S. 11861.

[398] »Sie [die Sandinisten] in die Isolierung zu treiben, hieße sie dazu zu bringen, anderswo Hilfe zu suchen«, erklärte Außenminister Gratz 1984 (Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 1. Wien: Böhlau 1984, S. 211).

enge Beziehungen zum Schah-Regime unterhalten hatte,[399] charakterisierte es Bundeskanzler Kreisky retrospektiv als »grausam« und verwies dabei unter anderem auf dessen »nach Gestapomaßstäben hervorragend organisierte Geheimpolizei«[400]. Von Anfang an wurde der Islamismus als neue, geschichtsmächtige Ideologie jenseits des Ost-West-Konflikts begriffen, man stand ihm »fassungs- und ratlos« gegenüber, war aber zugleich überzeugt, dass »in der Welt des Islam [...] religiöser Aufbruch und Fanatismus [...] Schule machen« würden.[401] Auch in diesem Fall zeigte sich Kreisky bemüht, das zu vermeiden, was er als »Antagonisierung« zu bezeichnen pflegte: eine konfrontative Politik gegenüber – aus Sicht des kapitalistischen Herrschaftssystems – als potenziell subversiv empfundenen Kräften und ihre dadurch beschleunigte Annäherung an die Sowjetunion. »Man würde gut daran tun,« sagte Kreisky, »nicht von vornherein den Iran nun einem bestimmten Lager zuzuordnen, um ihn dadurch in dieses Lager hineinzudrängen.«[402] Der Aufforderung der USA, sich den im Gefolge der Geiselaffäre gegen den Iran verhängten Boykottmaßnahmen anzuschließen, kam Österreich nicht nach; als Begründung diente die Neutralität.[403] Zwar verurteilte Außenminister Pahr die Geiselnahme entschieden, unter anderem vor der UN-Generalversammlung,[404] betrachtete aber zugleich den »feinfühlige[n] politische[n] Dialog« als »einzigen Schlüssel zur Lösung«[405]. Im gleichen Sinne verlangte Kreisky, man müsse »doch im Gespräch bleiben« – mit der entwaffnenden Begründung, »da man ja nicht auf ein ganzes Volk bös sein kann.«[406] In der Tat unternahm Kreisky mehrfache Anstrengungen, durch Verhandlungen zu einem Ende der Geiselnahme beizutragen. Besonders hervorzuheben ist dabei die unter Ägide der Sozialistischen Internationale erfolgte, vergebliche Mission nach Teheran Ende Mai 1980. Kreiskys Hoffnungen gründeten sich dabei auf die Existenz eines von »mehrere[n] rivalisierende[n] Machtzentren« innerhalb der iranischen Führung, das die Öffnung zum

---

[399] Vgl. Mehdi Fallah-Nodeh/Helmut Kramer: Österreich und die Entwicklungsländer: Das Beispiel Iran. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 5, 1989, H. 2, S. 20.

[400] Bruno Kreisky: Rede auf dem Parteitag der Wiener SPÖ, 14. Juni 1980. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 892.

[401] Bruno Kreisky: Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin, 3. Dezember 1979. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 849.

[402] Bruno Kreisky: Aussprache mit den Landeshauptmännern über Energiefragen. Wien, 14. Februar 1979. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 774.

[403] Vgl. Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 20, 1980, H. 2, S. 127.

[404] Willibald Pahr: Erklärung vor der 35. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. Oktober 1980. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 20, 1980, H. 4, S. 330.

[405] NR-Protokolle, XV.GGP/41, 1.7.1980, S. 3970.

[406] Bruno Kreisky: Rede im Auditorium maximum der Wiener Universität am 8. September 1980. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 20, 1980, H. 3, S. 252.

Westen, »vor allem zum demokratischen Europa«, wolle.[407] Als mit dem Sturz Bani-Sadrs 1981 diese Hoffnungen zerbrachen, verschwand der Iran weitgehend aus der öffentlichen Wahrnehmung und tauchte nur noch im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen und dem Krieg gegen den Irak sporadisch in der politischen Debatte auf. Die diplomatischen Kontakte setzten sich allerdings fort und intensivierten sich sogar, beginnend mit dem Besuch Erwin Lanc' 1984, der als erster westlicher Außenminister nach Teheran reiste.[408]

Auch gegenüber erklärt prosowjetischen Staaten nahmen die Berührungsängste gegen Ende der 1970er Jahre ab. 1978 wurde in Havanna eine österreichische Botschaft errichtet, der kubanische Außenminister besuchte Österreich, 1980 reiste der sozialdemokratische Klubobmann Fischer in die Gegenrichtung.[409] Relativ hohen Symbolwert hatte auch das Verhalten, das Österreich bei der Wahl der nichtständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates Ende 1979 an den Tag legte: Nachdem es in 39 vergeblichen Wahlgängen Kolumbien unterstützt hatte, stimmte es für Kuba, um die bestehende Pattsituation zu durchbrechen.[410]

Kuba war es dann auch, dem Kreisky eine Vermittlerrolle in Afghanistan übertragen wissen wollte.[411] Die sowjetische Invasion in diesem Land wurde zwar einhellig verurteilt, doch drückte sich speziell in den Stellungnahmen sozialdemokratischer Politiker eine gewisse Zurückhaltung aus. Man verlangte den Abzug der sowjetischen Truppen, trat aber zugleich dafür ein, die »legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten der Region«[412], also auch der UdSSR, zu berücksichtigen. »Vergeltungsmaßnahmen und Sanktionen«[413] hielt Außenminister Pahr für kein taugliches Mittel, um einer Lösung näher zu kommen. Dementsprechend zählte Österreich zu den wenigen westlichen Ländern, die sich nicht am Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau beteiligten. In den meisten Äußerungen von sozialdemokratischer Seite

---

[407] Bruno Kreisky: Internationale wirtschaftliche und politische Probleme der achtziger Jahre aus österreichischer Sicht. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 879.

[408] Vgl. Fallah-Nodeh/Kramer, Österreich und die Entwicklungsländer, S. 22.

[409] Vgl. Peter Reimair/Walter Sauer: Kuba und Österreich rücken zusammen. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1985, H. 6, S. 10.

[410] Letztendlich zogen sowohl Kolumbien als auch Kuba ihre Kandidatur zurück, woraufhin der Weg für den Kompromisskandidaten Mexiko frei wurde.

[411] Vgl. Bruno Kreisky: Zur wirtschaftlichen und weltpolitischen Lage. Rede in Düsseldorf, 7. Mai 1980. In: Ders., Reden, Bd. 2. Wien: Verlag der österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 875.

[412] Pahr, Österreich und die Krise in der Weltpolitik, S. 328. Zu diesen »legitimen Sicherheitsinteressen« der Sowjetunion, die sie zur Invasion bewogen, scheint nach Auffassung Kreiskys weniger die Furcht vor US-amerikanischem Einfluss in Afghanistan gezählt zu haben als vielmehr jene vor einer »Machtübernahme durch den islamischen Fundamentalismus« (Kreisky, Internationale wirtschaftliche und politische Probleme, S. 878) und ihren Rückwirkungen auf die islamische Bevölkerung innerhalb der Sowjetunion (vgl. Bruno Kreisky: Über Österreich und die Welt. Ein Gespräch mit Paul Lendvai. In: Europäische Rundschau, Jg. 8, 1980, H. 2, S. 30).

[413] NR-Protokolle, XV.GGP/41, 1.7.1980, S. 3971.

schwang die Befürchtung mit, die Phase der Entspannungspolitik sei mit der sowjetischen Invasion zu Ende, und zugleich die leise Hoffnung, dass dem doch nicht so sei.[414]

Dass sich in den letzten Jahren der Regierung Kreisky die globale Orientierung der österreichischen Außenpolitik tendenziell verstärkte, zeigte auch die Wahl Außenminister Pahrs zum Vorsitzenden der Internationalen Kambodscha-Konferenz (Juli 1981). Dieses Engagement verlief in den konventionellen Bahnen multilateraler Außenpolitik, führte aber in eine Region, in der Österreich bis dahin kaum präsent gewesen war. Zwar zählte auch für Pahr der Abzug der vietnamesischen Truppen zu einem zentralen Element jeder Konfliktlösung, doch nahm Österreich, verglichen mit zahlreichen westlichen Staaten sowie China, eine merklich distanziertere Haltung gegenüber den Roten Khmer und der unter ihrer Beteiligung gebildeten Oppositionsallianz ein. Während eine Mehrheit von Staaten unter Führung der USA dafür sorgte, dass der UN-Sitz Kambodschas weiterhin von einem Vertreter des 1979 gestürzten Pol-Pot-Regimes besetzt wurde, enthielt sich Österreich in dieser Frage der Stimme. »Wir erkennen«, so die Begründung von Außenminister Pahr, »weder das von Vietnam eingesetzte Regime an noch das Pol-Pot-Regime, denn die einen sind von außen eingesetzt und die anderen haben durch ihre brutalste Mißachtung der Menschenrechte jedes Recht auf Anerkennung verwirkt.«[415] Anerkennen werde man lediglich eine Regierung, erklärte er 1982, die aus freien Wahlen unter Aufsicht der UNO hervorgegangen sei.[416]

Auf die strukturellen Bedingungen wurde bereits hingewiesen, die dem Kleinstaat Österreich einen erweiterten Handlungsspielraum ermöglichten: die Hegemoniekrise der USA. Ebenso auf die Funktion, die Österreich mit seinen außenpolitischen Aktivitäten zu erfüllen suchte: die Stabilisierung des kapitalistischen Herrschaftssystems. Dennoch lohnt ein weiterer, weniger abstrakter Blick auf die Zwecke dieses außenpolitischen Handelns. Während die ökonomischen Interessen (siehe dazu S. 146 ff.) in der »Ära Kreisky« weiterhin von zentraler Bedeutung blieben, gilt dies nicht für jenes Ziel, das man in den 1950er und frühen 1960er Jahren häufig als Motiv angeführt hatte: die Absicherung bzw. Stärkung der Position

---

[414] Vgl. u.a. Pahr, Österreich und die Krise in der Weltpolitik, S. 328.

[415] Willibald Pahr: Zu Österreichs UNO-Politik. Interview. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 29, 1980, H. 5, S. 8.

[416] Willibald Pahr: »Wir haben den totalen Truppenabzug verlangt, und dabei bleibt's.« INTERNATIONAL-Gespräch mit Außenminister Willibald Pahr über neueste Entwicklungen im Indochina-Konflikt. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, Jg. 1982, H. 6, S. 5.

Österreichs innerhalb des Staatensystems[417] – ein Indiz dafür, als wie gefestigt man diese mittlerweile betrachtete.

Nicht völlig aus den Augen verlieren sollte man mögliche innenpolitische Gründe für Ausmaß und Inhalt des außereuropäischen Engagements ab Mitte der 1970er Jahre: Die großen innenpolitischen Reformen waren abgeschlossen, und so konnte die SPÖ-Regierung über die Außenpolitik gegenüber der Parteilinken (sowie gegenüber der entstehenden Dritte-Welt-Bewegung) jene Dynamik und Progressivität demonstrieren, die sie im Inneren zunehmend vermissen ließ[418] – ganz im Sinne des Kreisky'schen Diktums, wonach es »für einen gewissen Radikalismus [...] in der Außenpolitik ein Betätigungsfeld«[419] gebe.

Derartige Deutungsversuche, die zugegebenermaßen jeweils nur eine schmale empirische Basis aufweisen, lassen sich nicht nur auf der Ebene der Innenpolitik unternehmen, sondern auch auf jener der Weltpolitik. Die Hegemoniekrise der USA erweiterte nicht nur nationalstaatliche Handlungsspielräume innerhalb des Weltsystems, sondern auch jene einzelner Subsysteme, darunter des westeuropäischen. In diesen Kontext einer zunehmenden Stärke des westeuropäischen Kapitalismus sind wohl jene wiederholten Äußerungen der österreichischen Regierungspolitiker zu rücken, die ihre Bemühungen mit westeuropäischen Interessen begründeten, zuweilen in klarer Abgrenzung von den USA.[420] Als sich etwa Österreich für die Berücksichtigung des Nahost-Konflikts im Rahmen der KSZE stark machte, als »europäischen Beitrag zu einer Entspannung in dieser Zone«[421], argumentierte Außenminister Kirchschläger unter anderem damit, »daß sich Europa aus dem Nahostkonflikt so hinausmanövriert hat, daß gegenwärtig nur mehr die zwei Superstaaten [USA und UdSSR] dort tätig sind.«[422] Durch die Abhängig-

---

[417] Eine der ganz wenigen Stellungnahmen, die in diese Richtung zielten, stammte von Außenminister Pahr: »Gerade ein immerwährend neutraler Staat muß sich [...] bemühen, als Völkerrechtssubjekt für andere nützlich und wertvoll zu sein.« (Willibald Pahr: Österreichs Außenpolitik seit dem Staatsvertrag. Vortrag anläßlich des Auslandsösterreichersymposiums in Wien am 12. Mai 1980. In: Die Republik, Jg. 16, 1980, H. 4, S. 11.)

[418] Vgl. Hödl, Die Dritte Welt in Ideologie und Politik der österreichischen Sozialdemokratie, S. 133.

[419] Kreisky fortsetzend: »bei aller Vorsicht, die man walten lassen muß, findet man dort Anlaß, radikalere Ansichten zu vertreten. Es ist sehr viel einfacher, sich für die Gleichheit der Rassen in Afrika oder sonstwo in der Welt einzusetzen, als daheim im eigenen Land zu sagen: Wir sind für die Beseitigung der hier bei uns bestehenden Ungleichheiten. Es ist leichter, den Gleichheitsgrundsatz international zu vertreten; man hat dort viel mehr Verbündete. Da marschiert zum Beispiel die katholische Kirche mit.« (Bruno Kreisky: Die Zeit in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik, hrsg. von Manuel Lucbert. Wien [u.a.]: Molden 1978, S. 81.)

[420] Tatsächlich zeigten sich in wichtigen politischen Fragen auffällige Parallelen zwischen dem österreichischen Verhalten und jenem der Europäischen Gemeinschaft, etwa als diese in der Erklärung von Venedig (Juni 1980) das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkannte und die Einbeziehung der PLO in den Verhandlungsprozess forderte (vgl. John Bunzl: Kreisky and the Middle East. In: Ders.: Between Vienna and Jerusalem. Reflections and polemics on Austria, Israel and Palestine. Frankfurt am Main [u.a.]: Peter Lang 1997, S. 55).

[421] Rudolf Kirchschläger, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/53, 6.12.1972, S. 4608.

[422] NR-Protokolle, XIII.GGP/88, 5.12.1973, S. 8614.

keit von den arabischen Staaten im Energiebereich befinde sich allerdings Westeuropa in einer strukturell anderen Situation als die USA – Bundeskanzler Kreisky dazu: »Ich bin der letzte, der [...] einer Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten das Wort redete, aber ich trete für eine sehr differenzierte Ölpolitik des demokratischen Europa ein. Falls es also zu einer gemeinsamen Politik kommen sollte, müßte die europäische Variante dieser Politik eine sehr ausgeprägte sein.«[423] Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und der arabischen Welt sei »nicht nur in den üblichen Formen des Handelsverkehrs zu entwickeln [...], sondern [müsste] darüber hinaus einen viel systematischeren partnerschaftlichen Charakter erlangen«[424]. Voraussetzung dafür sei die Entspannungspolitik: »Nur ein Europa, das sich in einem Entspannungszustand befindet, auch wenn es nur ein relativer ist, vermag eine wirtschaftliche und politische Rolle auch außerhalb des Kontinents zu spielen. Wir denken hier vor allem an Afrika und an den Mittleren Osten.«[425]

Die europäischen, mit jenen der USA nicht kongruenten Partikularinteressen, denen auf solche Weise Ausdruck verliehen wurde und die in Form eines spezifischen Verhältnisses zur Peripherie durchgesetzt werden sollten, überlagerten sich zusätzlich mit sozialdemokratischen Vorstellungen eines »Dritten Wegs« zwischen »Kapitalismus« und »Kommunismus«.[426] Auch die damit verbundenen Aspirationen gedachte man keineswegs auf Europa zu beschränken, sondern über den Transmissionsriemen Sozialistische Internationale[427] auf andere Kontinente auszudehnen. In diesem Kontext ist auch die Annäherung der SI an Befreiungsbewegungen wie ANC und SWAPO sowie an Regierungsparteien wie die angolanische MPLA und die nicaraguanische FSLN Ende der 1970er Jahre zu sehen. Die erhofften Einflussgebiete sollten bis Lateinamerika reichen, das – so wie Afrika – »nicht zum Spielball der Supermächte wer-

---

[423] Bruno Kreisky: Globale Koexistenz – Illusion oder reale Chance. Rede in Wiesbaden, 23. Oktober 1974. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 449.

[424] Bruno Kreisky: Die »fact-finding mission« der Sozialistischen Internationale im Nahostkonflikt. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 18, 1978, H. 4, S. 319.

[425] Bruno Kreisky: Kurs auf die achtziger Jahre. Rede auf dem 23. Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien, 12. März 1976. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 570.
Speziell angesichts der von Sozialdemokraten proklamierten und betriebenen Parallelführung österreichischer und europäischer Interessen in Abgrenzung zu jenen der USA erscheint die sozialdemokratische Position »europäischer« als jene Ende der 1970er Jahre auftauchenden Forderungen der ÖVP, Österreich möge sich aus der globalen Arena zurückziehen und sich auf Europa beschränken.

[426] Vgl. Bruno Kreisky: Zur Lage der Sozialdemokratie in Europa. Rede auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien, 16. November 1979. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 828–840.

[427] Zwischen den Führungspersönlichkeiten der SI entwickelte sich in den 1970er Jahren eine Arbeitsteilung, die Aufschlüsse über jene Regionen zulässt, in denen man sich Einflussmöglichkeiten versprach: Willy Brandt war in erster Linie für die europäische Entspannungspolitik »zuständig«, Olof Palme für das südliche Afrika und Südostasien, Bruno Kreisky für den Nahen Osten.

den«[428] sollte und wo man zeigen müsse, »daß es in Lateinamerika zum Kuba Fidel Castros und zum Chile Pinochets einen dritten, einen demokratischen Weg gibt«[429]. Noch deutlicher formulierte Kreisky diese Ambitionen 1983, kurz nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler: »Wir haben immer wieder unsere Freunde und Nicht-Freunde in den Vereinigten Staaten darauf aufmerksam gemacht, daß sie jetzt, nach dem 2. Weltkrieg, immer wieder mit dem wachen Interesse europäischer Sozialdemokraten rechnen müssen. Das ist ein neues Phänomen, auf das man alle diejenigen aufmerksam machen muß, die glauben, daß der amerikanische Kontinent ein Bereich wäre, in den sich die Europäer nicht einzumischen hätten.«[430]

Möglicherweise war diese doppelte – europäische und sozialdemokratische – Herausforderung der US-amerikanischen Politik der tiefer liegende Grund, warum es »zum ersten Mal nach 1945 gegenüber der Regierung der USA zu merklichen außenpolitischen Differenzen«[431] kam. Andererseits war sich Kreisky der Machtverhältnisse durchaus bewusst und stellte zumindest für den Nahen Osten außer Frage, dass eine Lösung des Konflikts nur durch die US-amerikanische Hegemonialmacht zu erzielen sei. »Es wird häufig behauptet, daß ich im Nahen Osten eine Vermittlerrolle spielen wolle«, sagte Kreisky 1978. »Das ist völlig falsch. Nur die verantwortlichen Männer der Vereinigten Staaten können diese Aufgabe erfüllen [...]. Die anderen können bestenfalls menschliche Brücken schlagen, für die es immer nur eine begrenzte Verwendung geben wird.«[432] Genau diese begrenzte, sozusagen katalytische Wirkung versuchte er auch im Rahmen der Teheraner Geiselaffäre zu erzielen, als er Yassir Arafat als Vermittler vorschlug. Als Gegenleistung sollten die USA die PLO aufwerten und in die Nahostverhandlungen einbinden. Die USA wiesen das Angebot zurück.[433]

Bilanzierend lässt sich sagen, dass nahezu alle der außereuropäischen Initiativen Österreichs in der »Ära Kreisky« scheiterten,[434] obwohl sie allesamt auf die Eindämmung und Domestizierung antisystemischer Kräfte und auf die Stabilisierung des kapitalistischen Herrschaftssystems ausgerichtet waren – allerdings im Zeichen eines Interessenausgleichs: in den Ost-West-Beziehungen in Form der Entspannungspolitik, in den Nord-Süd-Beziehungen durch eine Re-

---

[428] Fritz Prechtl, in: NR-Protokolle, XV.GGP/95, 9.12.1981, S. 9535.

[429] Kreisky, Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1979), S. 849 f. Anlass für diese Bemerkung war die nicaraguanische Revolution, für deren Unterstützung Kreisky auf diese Weise warb.

[430] Bruno Kreisky: Bedingungslos für die nicaraguanische Demokratie. Rede zur Eröffnung der Lateinamerika-Wochen. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1983, H. 7/8, S. 19.

[431] Kramer, Wirtschaftliche und politische Beziehungen zur Dritten Welt, S. 147.

[432] Kreisky, Die Zeit in der wir leben, S. 129.

[433] Vgl. Bunzl, Zur Nahostpolitik der Sozialistischen Internationale, S. 36 f.

form der weltwirtschaftlichen Strukturen, in Regionalkonflikten durch Verhandlungslösungen unter Einbeziehung aller Konfliktparteien. Kompromiss und Konzilianz erwiesen sich allerdings als obsolet, sobald sich die globalen Machtverhältnisse ab Ende der 1970er Jahre änderten und die USA ihre hegemoniale Position festigten und ausbauten. Von da an setzten die USA ihre Interessen mit einer Mischung aus ökonomischem Druck und militärischer Gewalt in globalem Maßstab durch und erzwangen damit nicht nur die Kapitulation des sowjetischen Gegensystems, sondern engten auch den Spielraum konkurrierender Strategien – seien sie nun europäischen oder sozialdemokratischen Zuschnitts – entscheidend ein.

1.4 Phase 3: Vom Kalten Krieg zur Neuen Weltordnung

Rund um das Jahr 1980 lässt sich in den untersuchten Äußerungen ein zunehmendes Krisenbewusstsein feststellen. Vor der UN-Generalversammlung fasste 1979 Außenminister Pahr den Stand der Dinge folgendermaßen zusammen: »Die internationale Lage ist heute noch weniger positiv zu beurteilen als im Vorjahr. Wir leben in einer Welt regionaler Konflikte, zunehmender Armut in den Entwicklungsländern, wirtschaftlicher Erschütterungen, immer schlechterer Umweltverhältnisse, in einer Welt, die unter dem drohenden Schatten der Massenvernichtungswaffen steht.«[435] Zu den politischen Phänomenen, auf denen dieses Krisenbewusstsein beruhte, zählte »der islamische Fundamentalismus, der von Nordafrika bis Djakarta reicht«[436], ebenso wie der neu aufgebrochene Ost-West-Konflikt und die damit verbundene Aufrüstung[437] sowie nicht zuletzt die Disparitäten zwischen kapitalistischen Zentren und ihren Peripherien. Zwar liege, so Pahr, »in der wirtschaftlichen und sozialen Kluft zwischen Nord und Süd, langfristig gesehen, der potentiell größte Gefahrenherd für die Weltordnung«[438], aber die Aussicht auf eine Kompromissformel, die zum Abbau dieser Ungleichheit und der daraus resultierenden Spannungen führen könnte, schätzte nicht nur er zunehmend pessimistisch ein – lediglich der Nord-Süd-Gipfel von Cancún weckte, und dies nur auf sozialdemokratischer

---

[434] Einige seiner Konzepte, namentlich in der Nahostpolitik, wurden mehr als ein Jahrzehnt später unter geänderten Vorzeichen realisiert, insbesondere die Einbindung der PLO.

[435] Willibald Pahr: Erklärung vor der 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen, am 26. September 1979. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 19, 1979, H. 3, S. 220.

[436] Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XV.GGP/22, 23.1.1980, S. 2180; vgl. auch u.a. Kreisky, Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, S. 849.

[437] »Die Prioritäten der Welt gehen jedoch immer noch in eine andere, destruktive Richtung: Unvorstellbare Ausgaben [...] werden jährlich für Rüstungszwecke vergeudet« (Willibald Pahr: 25 Jahre Engagement für Weltfrieden und Weltordnung. Rede vor der Schweizerischen Staatsbürgerlichen Gesellschaft, 10. Juli 1980. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 29, 1980, H. 6, S. 9).

[438] Ebda.

Seite, ein letztes Mal beschränkte Hoffnungen. Als Ursachen dafür, dass »die Nord-Süd-Dialoge in eine Sackgasse geraten«[439] seien, sah man einerseits die alles andere in den Schatten stellende Blockkonfrontation zwischen Ost und West[440], andererseits – von seiten vereinzelter ÖVP-Politiker – die intransingenten Positionen der Dritten Welt (dieses Argument verschwindet um 1980 aus der Debatte) bzw. – nach Lesart der Sozialdemokraten – des Westens[441] (vgl. dazu auch S. 183). Als »deprimierend« bezeichnete Kreisky die anlässlich der UNIDO-Konferenz in New Delhi 1980 zu Tage getretene politische Linie der führenden westlichen Staaten; Außenminister Pahr ortete im selben Jahr allenthalben »Gefühle des Pessimismus, der Unsicherheit und der Orientierungslosigkeit«[442]. Die Aufbruchsstimmung der 1970er Jahre hatte sich verflüchtigt, die Hoffnung auf eine Neugestaltung der Ost-West- wie auch der Nord-Süd-Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil war geschwunden.

Dass sich die Zeiten zu ändern begannen, drückte sich gegen Ende der 1970er Jahre zunehmend darin aus, dass der in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts kaum vernehmbare Antikommunismus nun erneut an Boden gewann – allerdings überwiegend auf Seite der politischen Rechten. In bewusster Abgrenzung zur oben beschriebenen Strategie der Regierung Kreisky, antisystemische Kräfte zu kooptieren, folgte insbesondere die ÖVP dem US-amerikanischen Gegenmodell, das die konsequente Bekämpfung dieser Akteure und auf diesem Weg die Reduktion des sowjetischen Hegemonialbereichs – oder was man dafür hielt – anstrebte. Die Oppositionsrolle dürfte diese divergierende Positionierung der ÖVP zusätzlich begünstigt haben. Den Anfang machte allerdings ein FPÖ-Abgeordneter, Otto Scrinzi, der 1976 beklagte, dass »wir« im südlichen Afrika »entscheidende Positionen verloren« und »tatenlos der militärischen Intervention kommunistischer Mächte zugesehen« hätten.[443] Zwei Jahre später begann

---

[439] Friedrich Peter, in: NR-Protokolle, XV.GGP/54, 3.12.1980, S. 5407.

[440] Vgl. Heinz Fischer: Muß Österreichs Außenpolitik revidiert werden? In: Europäische Rundschau, Jg. 10, 1982, H. 1, S. 11 sowie Alois Mock: Die internationale Situation in den achtziger Jahren. In: Europäische Rundschau, Jg. 9, 1981, H. 4, S. 34 f.

[441] Finanzminister Salcher 1982: »Fest steht, daß sie [die US-Regierung unter Reagan] sich von den vorangegangenen Regierungen durch ihre ›Härte‹ wesentlich unterscheidet. Solange jedoch das wichtigste und wirtschaftlich mächtigste Land des Westens in diesen Fragen zu keiner klaren und positiven Haltung gelangt ist, ist nicht zu erwarten, daß der Dialog aus seiner derzeitigen Stagnationsphase herauskommen kann.« (Herbert Salcher: »Statt Waffen nützliche Güter in die Dritte Welt« [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1982, H. 3, S. 6.)

[442] Willibald Pahr: Vortrag anläßlich des 25. Jahrestages der Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen vor der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen am 16. Dezember 1980. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 20, 1980, H. 4, S. 353.

[443] NR-Protokolle, XIV.GGP/33, 21.10.1976, S. 3185 f.

die ÖVP, »das Vordringen kommunistisch-marxistischer Mächte«[444] zu thematisieren. Im Mittelpunkt stand dabei der afrikanische Kontinent, auf dem die Sowjetunion gerade dabei sei, »die klassischen Nachschublinien des Westens abzuschneiden und schließlich Westeuropa abzuwürgen«[445]. Neben Befreiungsbewegungen wie der POLISARIO (in der Westsahara)[446] und Regierungen wie der libyschen (im Tschad) bediene sich die Sowjetunion dabei vor allem kubanischer Truppen, die der Abgeordnete Karasek in einer totalitarismustheoretisch inspirierten historischen Anspielung als neues Afrika-Korps bezeichnete. In Angola, Äthiopien, Uganda, Sierra Leone, Tansania, Sambia und im Kongo, »überall sind Detachements dieses neuen Korps«[447]. Kuba, pflichtete der FPÖ-Abgeordnete Steger bei, sei »jenes Land, das als der Aggressor in der Dritten Welt auftritt«[448]. Es sei, ergänzten seine Kollegen Ettmayer und Blenk von der ÖVP, »gerade in Afrika eine Speerspitze der Weltrevolution«[449] bzw. »die Aggressionsspitze, [...] der Invasor der Sowjetunion in ihren imperialistischen Kreuzzügen«[450]. Dementsprechend sorgte die von der SPÖ-Regierung betriebene Normalisierung des Verhältnisses zwischen Österreich und Kuba (vgl. S. 111) vor allem in den Reihen der ÖVP für beträchtliche Empörung.[451]

Seit Ende der 1970er Jahre prägte der wieder entflammende Kalte Krieg auch die Wahrnehmung anderer Weltregionen. Dabei stand speziell die ÖVP den von der US-Regierung vertretenen Positionen näher und vertrat sie deutlich aggressiver als die SPÖ: Die sowjetische Afghanistan-Invasion wurde mit großer Vehemenz verurteilt;[452] im Fall des Iran äußerte man gewisse Sympathien für den gestürzten Schah[453] und wies bereits kurz nach der Revolution auf die triste Menschenrechtslage[454] hin; in Indochina verurteilte man zunächst das Regime der

---

[444] Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/105, 19.10.1978, S. 10337.
[445] Ebda., S. 10338.
[446] Vgl. ebda.
[447] Ebda., S. 10339.
[448] NR-Protokolle, XV.GGP/16, 7.12.1979, S. 1463.
[449] Ebda., S. 1466.
[450] NR-Protokolle, XV.GGP/22, 23.1.1980, S. 2169.
[451] Vgl. u.a. Alois Mock, in: NR-Protokolle, XV.GGP/16, 7.12.1979, S. 1458 sowie NR-Protokolle, XV.GGP/22, 23.1.1980, S. 2105.
[452] Wolfgang Blenk sprach beispielsweise von »diese[r] ungeheure[n] Vergewaltigung eines Volkes durch russische Militärs«, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/8, 6.7.1983, S. 423.
[453] Nach Ansicht des Abgeordneten Blenk sei »für den Menschen im Iran [...] wahrscheinlich die Zeit des Schah-Regimes die letzten Jahrhunderte hindurch noch relativ die beste gewesen« (NR-Protokolle, XV.GGP/14, 5.12.1979, S. 1258), der Schah selbst sei »ein Gehetzter«, »ein Entrechteter« (ebda.).
[454] Vgl. u.a. eine (von mehreren) parlamentarischen Anfragen zur Lage der Baha'i vom 12.11.1980 (835/J, II-1668 der Beilagen, 15. Gesetzgebungsperiode).

Roten Khmer,[455] um wenig später mit Vietnam jenes Land der »grausamen Unterdrückung des kambodschanischen Volkes«[456] zu bezichtigen, das die Herrschaft Pol Pots beendet hatte. Umgekehrt beeinflusste die manichäische Ideologie des Kalten Kriegs auch die Beurteilung von Staaten, deren Regime ebenso repressiven Charakter trugen wie beispielsweise das iranische, die aber wesentliche Stützpfeiler des westlichen Herrschaftssystems darstellten. Die Menschenrechtsverletzungen in Ländern wie der Türkei und Südafrika wurden zwar von keiner Parlamentspartei in Abrede gestellt, dennoch zeigten sich insbesondere auf Seiten der politischen Rechten (wie bereits in den 1970er Jahren) deutliche Tendenzen, geringfügige Liberalisierungsschritte zu weitreichenden Reformen umzudeuten[457] und diktatorische Maßnahmen in kulturrelativistischer oder anderer Manier zu bagatellisieren[458] – eine Haltung, die gegenüber prosowjetischen Staaten undenkbar gewesen wäre. Ein weiteres Strukturelement des außenpolitischen Diskurses bestand darin, Menschenrechtsverletzungen und Diktatur dadurch weitgehend mit dem sowjetischen Block zu assoziieren, dass vom Westen unterstützte repressive Staaten aus der öffentlichen Wahrnehmung ausgeblendet wurden – im Gegensatz zu ihren realsozialistischen Äquivalenten wie Äthiopien oder Angola. So wurden die massiven Menschenrechtsverletzungen in Staaten wie den Philippinen oder Haiti überhaupt nie oder (im Fall Indonesiens) erst nach dem Ende des Kalten Kriegs thematisiert. Diese Praxis lässt sich quer durch alle Parteien nachweisen und beschränkte sich keineswegs auf die 1980er Jahre – die blinden Flecken der außenpolitischen Wahrnehmung fallen allerdings in diesem Jahrzehnt umso stärker auf, als die Debatten nunmehr generell einen höheren Informationsstand verrieten und ein wesentlich breiteres geographisches Spektrum abdeckten.

In jenen Fällen, in denen die USA militärische Gewalt (in unterschiedlichen Formen) zur Bekämpfung potenziell systembedrohender und zur Installierung systemkonformer Regierungen unterstützten oder sogar selbst anwandten, spaltete sich in Österreich die politische Öffentlichkeit entlang der bereits beschriebenen Trennlinien in Parteigänger und Gegner des US-

---

[455] Vgl. Alois Mock, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/105, 19.10.1978, S. 10323.

[456] Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XV.GGP/118, 16.6.1982, S. 11850.

[457] Diese Argumentationslinie wurde besonders häufig in Bezug auf Südafrika eingesetzt – unter anderen von Friedrich König, der 1985 erklärte, man müsse »objektiverweise feststellen, daß in den letzten Jahren in Südafrika tatsächlich bedeutende Fortschritte zur Beseitigung der Apartheid gemacht wurden« (NR-Protokolle, XVI.GGP/111, 7.11.1985, S. 9701).

[458] Ludwig Steiner etwa mahnte 1981 gegenüber der Türkei zur Zurückhaltung: »Wir Mitteleuropäer sollten aber doch auch folgendes bedenken: Es steht uns nicht gut an, über die Art der Formen der Demokratie – solange nur die Menschenrechte voll respektiert werden – in südosteuropäischen Ländern mit anderem kulturellen Hintergrund und Entwicklungsstand unsere eigenen Maßstäbe anzulegen. Vergessen wir nicht, daß der Weg zu unserer Art der Demokratie auch über Jahrzehnte mit Radikalismus, Irrtümern, leidvollsten Erfahrungen, ja selbst Bür-

amerikanischen Vorgehens. Erstere rekrutierten sich hauptsächlich aus der ÖVP. Besonders deutlich zeigte sich dies im Anschluss an die Invasion Grenadas durch die USA im Jahr 1983: Während der österreichische Außenminister Lanc die Intervention als ungerechtfertigt bezeichnete und »den unverzüglichen Abzug aller ausländischen Truppen aus Grenada«[459] verlangte, schlossen sich ÖVP-Politiker der US-amerikanischen Argumentationslinie an, wonach die Gefährdung von US-Bürgern auf Grenada, »die Anwesenheit kubanischer Kampftruppen«[460] sowie die Stationierung von Raketen das Vorgehen der USA nachvollziehbar erscheinen ließen.[461] Eine ähnliche Konstellation ergab sich anlässlich des US-amerikanischen Angriffs auf das Hauptquartier Muammar Gaddafis in Tripolis 1986: Während die aus FPÖ und SPÖ bestehende Bundesregierung in einer Erklärung ihre »tiefe Besorgnis« über die Lage im westlichen Mittelmeer ausdrückte und den Angriff der USA missbilligte,[462] bezeichnete der ÖVP-Abgeordnete Khol genau diese Erklärung als »völlig unnötige Fleißaufgabe«[463]. Sanktionen gegen Libyen, wie von den USA gefordert, lehnte Bundeskanzler Sinowatz zu diesem Zeitpunkt – im April 1986 – ab.[464] Auch der vom Westen unterstützte Angriff des Irak auf den Iran wurde lediglich von sozialdemokratischer Seite – und das mit großer Verspätung – kritisiert[465]. Gleiches (wenn auch ohne zeitliche Verzögerung) galt für die Angriffe Südafrikas auf die so genannten Frontstaaten, insbesondere Angola.[466] Ein abweichendes Reaktionsmuster

---

gerkrieg gepflastert war.« (Ludwig Steiner: Türkei: Hat die Demokratie eine Chance? In: Österreichische Monatshefte, Jg. 37, 1981, H. 1, S. 26.)

[459] Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 23, 1983, H. 3/4, S. 198.

[460] Ludwig Steiner, zit. nach ebda.

[461] Vgl. dazu Karl Fachleutner, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/26, 13.12.1983, S. 2259.

[462] Vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 3. Wien: Böhlau 1986, S. 245. Gleichzeitig versicherte allerdings Außenminister Gratz, dass die Erklärung »keinesfalls eine Parteinahme Österreichs« bedeute (ebda.).

[463] NR-Protokolle, XVI.GGP/144, 11.6.1986, S. 12606.

[464] Vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 3. Wien: Böhlau 1986, S. 246.

[465] Eine Reihe sozialdemokratischer Außenminister beklagten, vor allem im Rahmen der UN-Generalversammlung, den »sinnlosen Kampf« (Erwin Lanc: Erklärung vor der 38. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 30. September 1983. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 23, 1983, H. 3/4, S. 222) hüteten sich aber davor, den Aggressor zu benennen. Es dauerte bis zum Jahr 1988, als mit Josef Cap erstmals ein Abgeordneter den Irak für den Krieg verantwortlich machte (NR-Protokolle, XVII.GGP/75, 19.10.1988, S. 8605). Erst nach dem Einmarsch des Irak in Kuwait stellten auch ÖVP-Politiker fest, dass Saddam Hussein »elf Jahre vorher ebenfalls eine Aggression gegen den Iran begonnen« hatte (Alois Mock, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/15, 27.2.1991, S. 1072; ähnlich auch Josef Höchtl, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/11, 16.1.1991, S. 666 sowie Friedrich König, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/12, 17.1.1991, S. 738).

[466] Bereits 1981 verurteilte Außenminister Pahr vor der UN-Generalversammlung die »militärische Invasion Südafrikas in Angola [...] als eine grobe Verletzung der Grundsätze der Vereinten Nationen«. Im Mai 1986 verurteilte die österreichische Bundesregierung die Angriffe Südafrikas auf Simbabwe, Sambia und Botswana (vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 3. Wien: Böhlau 1986, S. 250) – eine Position, die von Außenminister Jankowitsch wenig später im Rahmen eines Vortrags vor dem Österreichisch-Südafrikanischen Club bekräftigt wurde (ebda., S. 276). Im gleichen Sinne äußerten sich einige wenige sozialdemokratische Abgeordnete wie Waltraud Horvath (vgl. NR-Protokolle, XVII.GGP/40, 27.11.1987, S. 4565).

löste lediglich die Invasion Panamas durch die USA im Dezember 1989 aus. Ohne auch nur die geringste Sympathie für Noriega zu zeigen, sprachen sich alle Parteien gegen das gewaltsame Vorgehen der USA aus, allerdings ohne großen Nachdruck. In der UN-Generalversammlung unterstützte Österreich eine Resolution, in der die US-Intervention »zutiefst bedauert« und ihre »sofortige Beendigung verlangt wurde«[467]. Diese Haltung wurde sowohl von Andreas Khol[468] als auch vom SPÖ-Abgeordneten Dietrich[469] explizit unterstützt.

Zum zentralen Kristallisationspunkt der außenpolitischen Auffassungsunterschiede zwischen den österreichischen Christ- und Sozialdemokraten avancierte in den 1980er Jahren Zentralamerika, und hier wiederum vor allem Nicaragua. Dieses Land blieb während des gesamten Jahrzehnts das bestimmende Thema, wenn sich die außenpolitische Diskussion außereuropäischen Regionen zuwandte. Die sozialdemokratische Regierung versuchte, wie bereits weiter oben angesprochen, das sandinistische Nicaragua darin zu unterstützen, Demokratisierung, Sozialreform und Zugehörigkeit zur kapitalistischen Weltwirtschaft miteinander in Einklang zu bringen. Dieser Weg sollte in klarer Abgrenzung zu den pro-US-amerikanischen Militärdiktaturen in weiten Teilen Lateinamerikas, aber auch zum prosowjetischen Regime auf Kuba beschritten werden und Modellcharakter für den gesamten Kontinent haben.[470] Dementsprechend intensiv gestalteten sich nicht nur die Entwicklungszusammenarbeit (siehe S. 291), sondern auch die diplomatischen Beziehungen. Im Frühjahr 1980 reiste Außenminister Pahr als erstes Mitglied einer westeuropäischen Regierung ins sandinistische Nicaragua, ein Jahr später erfolgte der Gegenbesuch seines nicaraguanischen Amtskollegen Miguel D'Escoto. Zu diesem Zeitpunkt hatte bereits die ÖVP begonnen, den ihrer Auffassung nach diktatorischen Charakter des sandinistischen Staats in den Mittelpunkt einer massiven und von allen[471] ihren maßgeblichen Politikern mitgetragenen Polemik zu stellen. Die Vorwürfe, die zwischen 1981 und 1989 in großer Regelmäßigkeit erhoben wurden, konzentrierten sich auf die Pressezensur, die Unterdrückung der Opposition und die Inhaftierung ihrer Anhänger, die Aufrüstung der nicaraguanischen Armee und die Destabilisierung der gesamten Region. In ihren schrilleren

---

[467] Alois Mock, in: II-10556 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 23.3.1990 (4867/AB).

[468] Vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 7. Wien: Böhlau 1990, S. 96.

[469] Vgl. NR-Protokolle, XVII.GGP/151, 4.7.1990, S. 17385.

[470] Vgl. Bruno Kreisky: Fragen nach dem Parteitag (Interview). In: Die Zukunft, 1981, H. 7/8, S. 4.

[471] Lediglich Heribert Steinbauer formulierte phasenweise eine etwas differenziertere Sichtweise und forderte Mitte der 1980er Jahre, nachdem sein erster antisandinistischer Furor verraucht war, dazu auf, »doch gemeinsam [zu] versuchen, nüchterner, weniger im Jargon der Glaubenskriege, die Lage, die komplizierte und problematische Lage in diesem schwer geprüften Land ein[zu]schätzen.« (NR-Protokolle, XVI.GGP/50, 14.6.1984, S. 4262.)

Varianten reichten sie bis hin zur Behauptung, es handle sich um »ein Regime, das Indianerstämme als Ganzes ausrottet«[472], um ein Land, das »immer stärker in den Marxismus-Leninismus und damit in die Diktatur zu versinken droht«[473].

Eine andere Argumentationslinie wählte die sozialdemokratische Seite. Hier zeigte man sich über die innenpolitische Entwicklung in Nicaragua ebenso besorgt wie über dessen Annäherung an die Sowjetunion[474], drängte – auch in den direkten bilateralen Kontakten – auf die rasche Etablierung einer parlamentarischen Demokratie[475] und ersetzte die »volle Solidarität«[476] relativ rasch durch eine »kritische Solidarität«[477], Allerdings hielten die Sozialdemokraten[478] trotz aller Irritationen an der ursprünglichen Hoffnung fest, Nicaragua könne einen anderen – »dritten« – Weg einschlagen als Kuba. Die Ursache für die als negativ empfundenen Entwicklungen, unter anderem die Verhängung des Ausnahmezustands, ortete man hauptsächlich in der militant antisandinistischen Haltung der USA: in der Verminung nicaraguanischer Häfen, im 1985 verhängten Handelsembargo und in der Unterstützung der Contras.[479] Österreich ging so weit, die US-Regierung darauf hinzuweisen, dass es »keine Interventionspolitik in Mittelamerika, keine Politik der Stärke mit Folgedrohungen akzeptiert«[480]. In eine ähnliche Richtung zielte ein Brief von 72 österreichischen Parlamentariern, darunter die Klubobmänner von FPÖ und SPÖ, die den Vorsitzenden des Repräsentantenhauses, O'Neill, darum ersuchten, »eine Verhandlungslösung für die Probleme Zentralamerikas zu

---

[472] Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XV.GGP/133, 1.12.1982, S. 13512.

[473] Andreas Khol, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/8, 6.7.1983, S. 449.

[474] Vgl. u.a. Peter Jankowitsch, der »die vielleicht etwas zu spektakuläre Reise des Präsidenten von Nicaragua nach Moskau« bedauerte (in: NR-Protokolle, XVI.GGP/90, 9.5.1985, S. 8165).

[475] So betonte Außenminister Lanc gegenüber seinem nicaraguanischen Amtskollegen D'Escoto bei einem Treffen am Rande der UN-Generalversammlung, »daß die Entwicklung der innenpolitischen Lage, insbesondere die Frage der Durchführung der für 1985 angekündigten Wahlen, für die Beurteilung Nikaraguas auch in Österreich wichtig sei« (Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 23, 1983, H. 3/4, S. 191).

[476] Helmut Braun: Kampf für soziale Befreiung. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1983, H. 7/8, S. 14.

[477] Peter Jankowitsch, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/123, 16.12.1985, S. 10975 sowie SPÖ-Zentralsekretär Marsch (Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 3. Wien: Böhlau 1986, S. 267).

[478] Mit einer Ausnahme: Der Abgeordnete Hesele distanzierte sich relativ deutlich vom »Sandinistenregime« (NR-Protokolle, XVII.GGP/11, 25.3.1987, S. 1218).

[479] Vgl. u.a. Johanna Dohnal, die davon ausging, »daß der Ausnahmezustand weniger ein verhängter als ein verursachter ist. Verursacht nämlich durch die ständigen Terrorüberfälle der Contras, die von der Regierung der Vereinigten Staaten nicht nur offiziell gebilligt, sondern sogar aktiv unterstützt werden; durch das Handelsembargo der USA und seine katastrophalen Auswirkungen für die nicaraguanische Volkswirtschaft sowie durch den Versuch, einen Schulterschluß zwischen der bewaffneten Opposition im Ausland und der rechtsgerichteten politischen Opposition im Inland herbeizuführen.« (Johanna Dohnal: Nicaragua im Würgegriff. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1986, H. 1, S. 26.)

[480] Vgl. Erwin Lanc: »Die Entwicklungsländer sind verärgert«. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1984, H. 1, S. 7.

unterstützen und die Bemühungen fortzusetzen, bestimmte verdeckte Aktionen gegen Nicaragua zu unterbinden«[481].

Als zentralamerikanisches Gegenmodell zum »linkstotalitären System«[482] Nicaraguas unterstützte die ÖVP El Salvador, und zwar während der Regierungszeit des Christdemokraten Napoleon Duarte (1980–1982 und 1984–1988). In einer eigentümlichen Umkehrung der Rollen verteidigten ÖVP-Politiker die salvadorianische Regierung gegen den Vorwurf schwerer Menschenrechtsverletzungen, der von sozialdemokratischer Seite erhoben wurde. Im Gegenzug warf die ÖVP der SPÖ die Unterstützung der salvadorianischen Guerilla vor. Welch hohen Stellenwert Zentralamerika in den außenpolitischen Auseinandersetzungen der 1980er Jahre einnahm, äußerte sich unter anderem darin, dass nicht nur Regierungsmitglieder in diese Region reisten, sondern auch der Obmann der oppositionellen ÖVP, Alois Mock, der zu Beginn des Jahres 1984 eine »Fact-Finding-Tour« nach Nicaragua und El Salvador unternahm (bevor er in Washington mit Reagan und Bush zusammentraf).[483] Trotz der heftigen Kontroversen zwischen den beiden Großparteien bedeutete die Übernahme des Außenministeriums durch Alois Mock im Jahr 1987 keine Totalrevision der österreichischen Zentralamerika-Politik. Zwar wurden neue Akzente gesetzt (etwa durch ein Kulturabkommen mit Guatemala), demonstrative Schritte gegen Nicaragua blieben jedoch aus. Dies hatte vermutlich mit Rücksichten auf den sozialdemokratischen Koalitionspartner zu tun, mehr noch aber mit den sich ändernden geopolitischen Rahmenbedingungen: Die Contadora-Initiative lateinamerikanischer Staaten, die zunächst vor allem von der SPÖ unterstützt worden war, schien mit dem ausklingenden Kalten Krieg gute Chancen zu besitzen, die Verhältnisse in der Region zu stabilisieren und die verschiedenen Bürgerkriege durch Verhandlungen zu beenden – dies zu Bedingungen, die den USA akzeptabel erschienen. Eine betont harte Haltung gegenüber Nicaragua wäre in diesem Kontext anachronistisch gewesen, und so schwenkte auch die ÖVP auf den Contadora-Kurs ein.[484]

Als 1990 mit dem Wahlsieg Violeta Chamorros die Herrschaft der Sandinisten zu Ende ging, endete auch das Interesse der österreichischen Politiker an Zentralamerika. Zu den wenigen

---

[481] Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 1. Wien: Böhlau 1984, S. 124.

[482] Andreas Khol, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/90, 9.5.1985, S. 8149.

[483] Vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 1. Wien: Böhlau 1984, S. 128. 1985 reiste dann der ÖVP-Abgeordnete Khol nach Managua, um der Demokratischen Konservativen Partei auf ihrem Parteitag die Unterstützung der *International Democrat Union* zuzusagen (vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 2. Wien: Böhlau 1985, S. 249).

[484] Vgl. Alois Mock: Hilfe für die Ärmsten. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1987, H. 3, S. 22.

Ausnahmen zählte Staatssekretär Jankowitsch, der im Sommer 1991 nach Nicaragua reiste,[485] sowie vereinzelte Abgeordnete wie der Sozialdemokrat Günter Dietrich, die von Zeit zu Zeit die aktuellen Entwicklungen in der Region thematisierten. Generell aber konnte sich, was die öffentliche Aufmerksamkeit betrifft, die Reorganisation der vom Bürgerkrieg zerrütteten Gesellschaften in Guatemala, El Salvador und Nicaragua nicht messen mit jenem Skandal, den die sandinistische Revolution bedeutet hatte: die jahrelange Herausforderung der USA in ihrem unmittelbaren Einflussbereich. Dennoch gibt es keine gänzlich zufriedenstellende Erklärung dafür, warum eine Region, die vor 1980 und nach 1990 weitgehend außerhalb des Wahrnehmungshorizonts der österreichischen Politik lag, in diesem einen Jahrzehnt Debatten auslöste, deren Heftigkeit das übliche Maß der außenpolitischen Auseinandersetzung, zumal zu außereuropäischen Themen, bei weitem übertraf.

Die Positionierung der österreichischen Politik gegenüber den unterschiedlichen Regionalkonflikten bedeutete im Kern zugleich stets eine Positionierung gegenüber dem globalen Hegemon USA. Als die außen- und entwicklungspolitischen Strategien der sozialdemokratischen Regierung mit jenen der US-Administration (speziell seit dem Amtsantritt Ronald Reagans) zunehmend kollidierten, gewann die Frage nach dem Verhältnis Österreichs zu den USA an Dringlichkeit. Seit Beginn der 1980er Jahre, also mit der Verschärfung der Blockkonfrontation, nahmen vor allem innerhalb der ÖVP die Beteuerungen sprunghaft zu, Österreich gehöre »weltanschaulich und wirtschaftlich der freien Welt des Westens an«[486]. Gleichzeitig verstärkte sich die Kritik an der sozialdemokratischen Regierungspolitik, der man Neutralismus und latenten Antiamerikanismus unterstellte.[487] Nicht nur innenpolitisch wurde auf die Regierung wachsender Druck ausgeübt, sich der geopolitischen Strategie der USA unterzuordnen. Die USA selbst unternahmen seit dem Amtsantritt Ronald Reagans gezielte Schritte, die den Handlungsspielraum Österreichs einengen sollten. So drängten sie seit Herbst 1982 die österreichische Regierung, Technologieexporte in die RGW-Staaten zu beschränken.[488] Dass die österreichische

---

[485] Der Gegenbesuch Chamorros fand im November 1993 statt. Trotz mehrerer Treffen mit hochrangigen österreichischen Politikern stieß dieser Besuch in der Öffentlichkeit auf geringes Interesse.

[486] Mock, Außenpolitik – Konsens oder Konflikt?, S. 316.

[487] Vgl. u.a. II-1138 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 16. Gesetzgebungsperiode, Anfrage vom 20.3.1984 (622/J). Wolfgang Blenk ging sogar so weit, unter Hinweis auf die Nahost- und Mittelamerika-Politik davon zu sprechen, dass Österreich im Ost-West-Konflikt »in der Praxis und in der Tat auf der Seite des Ostens steht.« (NR-Protokolle, XV.GGP/118, 16.6.1982, S. 11869.)

[488] Vgl. Kramer, Strukturentwicklung der Außenpolitik, S. 727 sowie Paul Luif: Integrationspolitik – außen(wirtschafts)politische und komparative Aspekte. In: Handbuch des politischen Systems Österreichs, S. 764.

Außenpolitik generell auf Missfallen stieß, zeigte sich an einem diplomatisch eher unüblichen Schritt: der öffentlichen Kritik am österreichischen Abstimmungsverhalten innerhalb der Vereinten Nationen, die von der US-amerikanischen UN-Botschafterin Kirkpatrick in einem Treffen mit Außenminister Lanc geäußert wurde.[489] Daran konnten weder eine USA-Reise Bundeskanzler Kreiskys Anfang 1983 noch Erklärungen wie jene des SPÖ-Zentralsekretärs Marsch etwas ändern, der davon sprach, dass »wir [...] in engster Freundschaft der großen amerikanischen Demokratie und ihrem Volk verbunden«[490] seien.

Derartigen Loyalitätsbekundungen standen allerdings auf sozialdemokratischer Seite Äußerungen gegenüber, die für Österreich eine partiell eigenständige Außenpolitik reklamierten, die nicht in allen Aspekten der Logik des Kalten Kriegs unterliegen sollte. In einer von der oppositionellen ÖVP heftig kritisierten Redepassage erklärte Außenminister Pahr 1980, Österreich werde, »unter eindeutiger Achtung unserer weltanschaulichen Zugehörigkeit zur westlichen Welt, außenpolitisch auch in Zukunft Äquidistanz zu den Großmächten und den beiden militärischen Blocksystemen wahren.«[491] Noch 1983, auf dem Höhepunkt der Ost-West-Auseinandersetzung, erkannte Heinz Fischer »keine Verpflichtung [...], den Intentionen der USA auf dem Felde der internationalen Politik in allen Punkten zu folgen.«[492]

Obwohl der Manövrierraum deutlich geringer geworden war, versuchte die 1983 gebildete SPÖ/FPÖ-Koalition, die außenpolitische Linie der Regierung Kreisky über deren Ende hinaus weiterzuführen, zumindest in Teilbereichen. Der wichtigste blieb die Nahostpolitik, die über die gesamten 1980er Jahre hinweg nicht nur eine rege Besuchsdiplomatie gegenüber den arabischen Staaten umfasste, sondern auch regelmäßige Treffen zwischen österreichischen Re-

---

Der Konflikt endete erst mit der Außenhandelsgesetznovelle des Jahres 1987, in der die von den USA verlangten Exportrestriktionen weitgehend festgeschrieben wurden (vgl. ebda.).

[489] Vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 1. Wien: Böhlau 1984, S. 146. Bei anderer Gelegenheit berichtete allerdings SPÖ-Zentralsekretär Marsch, Reagan habe in einem Brief an Kreisky Österreichs Abstimmungsverhalten in der Causa Puerto Rico gewürdigt. In diesem Fall »hätte man«, so Marsch, »die amerikanische Regierung an einer empfindlichen Stelle getroffen. Hier haben wir es für notwendig erachtet, im Sinne der Vereinigten Staaten zu stimmen.« (NR-Protokolle, XV.GGP/133, 1.12.1982, S. 13522.) Marschs Hinweis auf ein Anfang der 1980er Jahre durchaus vorhandenes Entgegenkommen gegenüber den USA wird durch die bereits zitierte Studie von Michal-Misak unterstützt, die die größten Divergenzen im Abstimmungsverhalten zwischen den USA und Österreich für das Jahr 1976 diagnostizierte und für die Jahre danach wieder eine leichte Annäherung feststellte. Im Vergleich zur Sowjetunion hingegen erwies sich das österreichische Abstimmungsverhalten als »gleichbleibend unähnlich« (Michal-Misak, Die Politik Österreichs bei den Vereinten Nationen, S. 390).

[490] NR-Protokolle, XV.GGP/118, 16.6.1982, S. 11860.

[491] Pahr, Österreichs Außenpolitik seit dem Staatsvertrag, S. 15.

[492] Heinz Fischer: Zur Außenpolitik des neutralen Österreichs. Ein Standpunkt der Sozialistischen Partei Österreichs. Vortrag, gehalten am 17. März 1983. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 23, 1983, H. 1, S. 68.

gierungsmitgliedern und führenden PLO-Funktionären.[493] Auch wenn, wie John Bunzl schreibt, »die Intensität und Originalität der entsprechenden Bemühungen ab[nahm]«[494], konnten sie im humanitären Bereich mit dem Austausch von Kriegsgefangenen (1983 und 1985) zwischen der PLO und Israel Erfolge verbuchen.[495] Auch die Beziehungen zu anderen Befreiungsbewegungen wurden weiterhin gepflegt, etwa zur saharauischen Frente POLISARIO.[496] Daneben behielt Österreich den Vorsitz in der Internationalen Kambodscha-Konferenz, der 1986 von Pahr an Außenminister Gratz, später an Außenminister Mock überging und weiterhin mit einschlägigen Missionen im südostasiatischen Raum verbunden war.[497] Bedeutende außenpolitische Initiativen fehlten in dieser Periode allerdings. Man hielt Kontakt, gewährte Unterstützung – zu einer aktiven Vermittlungstätigkeit reichte es nicht mehr. Dies lag nicht an der Mut- oder Phantasielosigkeit des politischen Personals, sondern am geänderten internationalen Kontext. Die westlichen Metropolen unter Führung der USA waren dabei, das internationale System nach ihren Spielregeln und ohne nennenswerten Widerstand neu zu strukturieren – eine Systemstabilisierung durch Interessenausgleich, wie sie die Sozialdemokratie betrieben hatte, erwies sich angesichts der neuen Machtverhältnisse als überholt.

Ähnliches galt für das Festhalten der SPÖ am Konzept der Entspannungspolitik[498] wie auch für ihr fortgesetztes Interesse an der Verrechtlichung internationaler Beziehungen und an der Funktionsfähigkeit globaler Institutionen. Genau dies, speziell in Gestalt der Vereinten Nationen und ihrer Teilorganisationen, stellten die USA im Zuge der Re-Etablierung ihrer Hegemonie zunehmend in Frage. Ihre seit Beginn der 1980er Jahre geführte Kampagne gegen die UNO, die sich nicht zuletzt gegen die relativ starke Position der Dritten Welt innerhalb der Weltorganisation richtete und im Austritt aus der UNESCO 1984 kulminierte,[499] schlug auch auf Österreich durch. Erneut war es die ÖVP, die mit geringer zeitlicher Verzögerung zentrale Argumentationsmuster der Reagan-Administration aufgriff und in internationalen Organisa-

---

[493] Regelmäßiger Gast in Wien war der Leiter der politischen Abteilung der PLO, Faruk Kaddumi.

[494] John Bunzl: Gewalt ohne Grenzen. Nahost-Terror und Österreich. Wien: Braumüller 1991 (=Laxenburger Internationale Studien. 1.), S. 79.

[495] Vgl. ebda., S. 79 f.

[496] Im Oktober 1983 kam es beispielsweise zu einem Treffen zwischen Außenminister Lanc und dem Vizepräsidenten der POLISARIO, Bachir.

[497] So reiste Außenminister Gratz im Februar 1986 nach Indonesien und Vietnam, 1989 abermals nach Vietnam.

[498] Vgl. u.a. Fischer, Zur Außenpolitik des neutralen Österreichs, S. 68.

[499] Vgl. dazu William Preston Jr./Edward S. Herman /Herbert I. Schiller: Hope & Folly. The United States and UNESCO 1945–1985. Minneapolis: University of Minnesota Press 1989.

tionen die Gefahr von »Ineffizienz, Doppelzüngigkeit und Opportunismus«[500] erblickte. Uneingeschränkte Anerkennung fand lediglich der Bereich des multilateralen *peace-keeping*. In den Mittelpunkt der Kritik geriet die UNESCO, in deren Führungsspitze man Personen ortete, »denen die in der Charta verankerten traditionellen abendländischen Vorstellungen [...] fremd waren«[501] und die überdies Kommunisten mit wesentlichen Aufgaben betrauten[502]. Die konkreten Befürchtungen richteten sich vor allem auf die von Staaten der Dritten Welt forcierte »Neue Weltinformationsordnung«, durch die ÖVP-Politiker wie Alois Mock die Pressefreiheit gefährdet sahen.[503] Dem Austritt der USA begegnete man mit Verständnis,[504] ging aber nicht so weit, den Austritt Österreichs zu fordern. Besondere Animositäten richteten sich gegen den UNESCO-Generaldirektor M'Bow, dem der ÖVP-Abgeordnete Steiner nahelegte, »nach so vielen Jahren der Mißwirtschaft«[505] zurückzutreten. Als M'Bow schließlich 1987 abgelöst wurde, resümierte Andreas Khol seine Amtsführung als »prokommunistische, neutralistische Schaukelpolitik im Zeichen des Antiamerikanismus und des Antieuropäismus«[506].

Zwar verfehlte die von den USA lancierte Kampagne auch auf die anderen Parteien keineswegs ihre Wirkung und ließ die beiden Außenminister Gratz und Jankowitsch 1984 bzw. 1986 feststellen, dass die an der UNESCO geübte Kritik »in nicht unerheblichem Maße« zutreffe[507]. Dennoch betonten sowohl SPÖ als auch FPÖ während der gesamten 1980er Jahre die Funktion der Vereinten Nationen als »unersetzliches Instrument für die Zusammenarbeit der Staaten«[508]. Gerade ein Kleinstaat wie Österreich, so die Argumentation, habe ein vitales Interesse an jenen multilateralen Konflikt- und Problemlösungskapazitäten, über die – trotz

---

[500] Mock, Außenpolitik – Konsens oder Konflikt?, S. 324; wortidentisch bei Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XV.GGP/133, 1.12.1982, S. 13520.

[501] Anfrage Khol, Steiner, Ermacora u. Kollegen vom 12.11.1984 (1006/J), in: II-2011 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 16. Gesetzgebungsperiode.

[502] Ebda.

[503] Vgl. NR-Protokolle, XVI.GGP/121, 13.12.1985, S. 10742.

[504] Ebda.

[505] NR-Protokolle, XVI.GGP/71, 11.12.1984, S. 6241.

[506] Andreas Khol: Internationale Splitter. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 43, 1987, H. 7. Auch die administrative Seite blieb nicht ungeschoren und wurde als »Mißwirtschaft, Nepotismus, Verpolitisierung und überdimensionierte Intrigenwirtschaft« charakterisiert (ebda.).

[507] »Der Kritik an der UNESCO kann in nicht unerheblichem Maße beigepflichtet werden.« (Leopold Gratz, in: II-2171 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 16. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 19.12.1984 [963/AB].) »Es kann nicht geleugnet werden, daß die geübte Kritik in nicht unerheblichem Maße zutrifft.« (Peter Jankowitsch, in: II-4647 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 16. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 21.7.1986 [2103/AB].)

[508] Pahr, Die Vereinten Nationen und der Weltfriede, S. 264.

aller Unzulänglichkeiten – nur die UNO verfüge.[509] Folgerichtig kritisierte der SPÖ-Abgeordnete und ehemalige österreichische UN-Botschafter Jankowitsch nicht nur »die Tendenz, internationale Organisationen durch verschiedene Tricks finanziell auszuhungern und politisch zu unterminieren«[510], sondern auch Strukturveränderungen im internationalen System, die auf die Institutionalisierung einer globalen Oligarchie von Staaten hinausliefen. Verhandlungen würden, so Jankowitsch, »in den zunehmend enger werdenden Kreis exklusiver Klubs oder Gipfel verlegt, von dem die Mehrzahl der Staaten ausgeschlossen bleibt.«[511] Es liege daher im Interesse Österreichs, derartigen Entwicklungen entgegenzutreten.[512]

Der sich abzeichnende Kollaps des realsozialistischen Blocks und die tiefe ökonomische Krise der Dritten Welt gaben den Dingen schließlich eine neue Wendung. Parallel zur schwächebedingten Konzessionsbereitschaft der betreffenden Staaten wuchs der Einfluss des Westens innerhalb der Vereinten Nationen. Diese fungierten gegen Ende der 1980er Jahre vermehrt als institutioneller Rahmen dafür, eine geordnete, verhandelte Überführung etlicher Konfliktzonen des Kalten Kriegs in die »neue Weltordnung« zu ermöglichen. An den von Jankowitsch kritisierten oligarchischen Strukturen der Staatenwelt hatte sich nichts geändert, wohl aber an der Position der Mehrheit der UN-Mitglieder. Weitgehend aufgegeben hatten die Staaten der Dritten Welt ihre Ambitionen, die Vereinten Nationen als Plattform zu benützen, von der aus die globalen Machtverhältnisse in Frage gestellt werden könnten. Was blieb, war die Unterordnung der Weltorganisation unter die politischen und ökonomischen Ziele der kapitalistischen Zentren – die UNO gewann dadurch an politischer Durchsetzungsfähigkeit, der Westen an Legitimität und Stabilität für sein Herrschaftssystem. Was Jankowitsch 1986 als »Gesundungsprozess«[513] der Vereinten Nationen diagnostizierte, war nichts anderes als deren Arrangement mit den neuen Machtverhältnissen.

Nachdem im Zuge dieser Entwicklung die Kritik an der UNO gegen Ende der 1980er Jahre verebbt war, bestand in Österreich allgemeiner Konsens darüber, dass den Vereinten Nationen bei der Regulation und Stabilisierung des internationalen Systems eine bedeutendere Rolle zukommen sollte. Ihre Aufgaben sollten fortan über das traditionelle *peace-keeping* hinausge-

---

[509] »Die Möglichkeiten der Vereinten Nationen sind zwar eingeschränkt,« meinte beispielsweise Friedrich Peter, »auf ihr Wirken kann jedoch nicht verzichtet werden.« (NR-Protokolle, XVI.GGP/121, 13.12.1985, S. 10746.)

[510] Außenpolitik nach Kreisky. 8. Altmannsdorfer Gespräch. In: Die Zukunft, Jg. 1986, H. 4, S. 24.

[511] Peter Jankowitsch: Außenpolitik in einem kalten Klima. In: Die Zukunft, 1984, H. 9, S. 5.

[512] Vgl. ebda.

[513] Peter Jankowitsch: Österreich muß in der Welt draußen ein unübersehbarer Faktor sein! INTERNATIONAL-Gespräch mit Außenminister Dr. Peter Jankowitsch. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1986, H. 4, S. 30.

hen. Dabei war zunächst an eine Ausweitung der Vermittlungsmissionen gedacht, deren vermeintliche und tatsächliche Erfolge (Afghanistan, Namibia, Westsahara, Iran-Irak-Krieg) Außenminister Mock freudig begrüßte[514] und die nicht nur ihn dazu veranlassten, auch für andere Krisenherde, etwa den Nahostkonflikt, die Einschaltung der UNO zu verlangen.[515] In einem weiteren Schritt erfolgte dann der Übergang vom *peace-keeping* zum *peace-enforcing*, zur Übernahme internationaler Polizeifunktionen unter Führung des UN-Sicherheitsrats. Den Anlass für diese Neuausrichtung bot die Okkupation Kuwaits durch den Irak. Die Gegenmaßnahmen, die Anfang 1991 im Zweiten Golfkrieg gipfelten, wurden von der österreichischen Regierung bereitwillig mitgetragen: Von der Beteiligung an den internationalen Sanktionen über die Befürwortung des Angriffs auf den Irak bis hin zur Errichtung von Schutzzonen für die Kurden im Nordirak. Diese stärkere Integration in die politisch-militärischen Strukturen der neuen Hegemonialordnung rechtfertigten Regierungsparteien und FPÖ mit dem zu errichtenden »System der kollektiven Sicherheit«[516], mit der »Entwicklung einer internationalen kollektiven Friedensordnung«[517] sowie mit der »Solidarität mit der Völkergemeinschaft«[518]. Selten zuvor (und selten danach) wurden Begriffe wie Solidarität und Gemeinschaft so häufig verwendet wie zu Beginn der 1990er Jahre. Objektiv handelte es sich dabei um die ideologische Verbrämung der neuen Herrschaftsarchitektur, subjektiv drückte sich in diesen Wendungen eine Wahrnehmung der Welt aus, die nach dem Ende des Kalten Kriegs fundamentale Interessensgegensätze zwischen den maßgeblichen Akteuren für überwunden hielt. Offener Dissens regte sich lediglich – und auch dies nur vorübergehend – in den Reihen der Grünen, die das vielzitierte kollektive Sicherheitssystem als »leere Illusion«[519] abtaten und darin eine »Pax americana«[520] erblickten. Das militärische Vorgehen gegen den Irak lehnten sie als einen

---

[514] »Rarely before have we seen a more lively demonstration of what the UN can in fact achieve« (Alois Mock: Erklärung vor der 43. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 30. September 1988. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 346).

[515] Seit 1986, beginnend mit Außenminister Jankowitsch, intensivierte sich der Ruf nach einer Nahostkonferenz unter Ägide der Vereinten Nationen – eine Forderung, die auch von seinem Nachfolger Mock und anderen führenden Politikern wiederholt erhoben wurde (vgl. u.a. Alois Mock: Erklärung vor der 42. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 30. September 1987. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 4. Wien: Böhlau 1987, S. 280). Als Tagungsort für eine derartige Konferenz schlug die österreichische Regierung Wien vor (vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 242).

[516] Als einer unter vielen Franz Vranitzky, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/11, 16.1.1991, S. 642.

[517] Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/11, 16.1.1991, S. 660.

[518] Andreas Khol, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/11, 16.1.1991, S. 652 bzw. Alois Mock, in: ebda., S. 645.

[519] Johannes Voggenhuber, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/25, 17.4.1991, S. 2236.

[520] Peter Pilz, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/11, 16.1.1991, S. 682.

»Krieg um Öl«[521] ab und hätten an seiner Stelle eine Verlängerung des Sanktionsregimes bevorzugt.

Noch 1985 hatte Außenminister Gratz unter allgemeinem Beifall im Parlament verkündet: »Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Ablehnung von Gewalt und Einmischung von außen sind Prinzipien, die wir immer vertreten haben und vertreten werden.«[522] Zwar hatten bereits zu diesem Zeitpunkt vereinzelte Politiker den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten partiell in Frage gestellt[523], doch die Grundkonstellation des Kalten Kriegs schränkte nicht nur die außenpolitischen Handlungsspielräume erheblich ein, sondern auch die Aspirationen des politischen Personals. Erst als die Sowjetunion zur engen Kooperation mit dem Westen gezwungen war, fielen diese Barrieren und wuchsen die interventionistischen Neigungen (eine Tendenz, die sich auch im Bereich der Entwicklungshilfe manifestierte, vgl. S. 288). 1987 erklärte Alois Mock vor der UN-Generalversammlung, es sei Zeit »to enter the age of ›global domestic policy‹«[524]. In welche Richtung diese globale Innenpolitik zielte, präzisierte er ein Jahr später vor dem gleichen Auditorium: »expressions of concern that human rights are not observed in a certain state cannot be considered as interference in the domestic affairs of that particular state«[525]. Die beiden Zitate des österreichischen Außenministers stecken jenen ideologischen Komplex ab, der sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre herausbildete und vor allem unter Berufung auf die Menschenrechte einen verstärkten Einfluss auf die politischen Systeme souveräner – und in aller Regel peripherer – Staaten legitimieren sollte (so wie es die Strukturanpassungsprogramme des IWF bereits mit den ökonomischen Systemen vorführten). Der Menschenrechtsdiskurs seinerseits hatte sich bereits zu Beginn der 1980er Jahre (parallel zum Ost-West-Konflikt) intensiviert, ohne dass daraus in den ersten Jahren politische

---

[521] Monika Langthaler, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/11, 16.1.1991, S. 667. Unmittelbar nach Kriegsbeginn brachten die Grünen einen Entschließungsantrag ein, in dem der Außenminister aufgefordert wurde, »umgehend den österreichischen Vertreter im UN-Sicherheitsrat anzuweisen, alle Schritte zu unternehmen, die zu einer sofortigen Einstellung aller Kriegshandlungen führen.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/12, 17.1.1991, S. 729.) Der Antrag wurde abgelehnt (ebda., S. 773).

[522] NR-Protokolle, XVI.GGP/121, 13.12.1985, S. 10736 f.

[523] Für Außenminister Pahr stellte seit der KSZE-Schlussakte von Helsinki die »Gewährleistung der Menschenrechte [...] nicht mehr eine rein innerstaatliche Angelegenheit« dar. »Ein Eintreten für die Menschenrechte kann daher nach diesem Konzept künftighin nicht mehr als Einmischung in innere Angelegenheiten angesehen werden.« (Willibald Pahr: Eröffnungsvortrag anläßlich der UNESCO-Konferenz über die Lehre und den Unterricht auf dem Gebiete der Menschenrechte. In: Die Republik, Jg. 14, 1978, H. 4, S. 23.)

[524] Mock, Erklärung vor der 42. Session, S. 285.

[525] Mock, Erklärung vor der 43. Session, S. 348.

Handlungsnotwendigkeiten abgeleitet wurden.[526] Seit diesem Zeitpunkt bildeten die Menschenrechte[527] jedoch einen derart wirkungsvollen und reichhaltigen argumentativen Fundus, dass schließlich sämtliche Parteien darauf zurückgriffen, um missliebige Regierungen auf diese Weise zu diskreditieren und so die ideologische Grundlage für weiterreichende Maßnahmen zu schaffen.

Zu den ersten Staaten, auf die der Druck seit Mitte der 1980er Jahre markant erhöht wurde, zählte Südafrika. Hatte Außenminister Lanc noch 1984 einen Wirtschaftsboykott gegen dieses Land als untaugliches politisches Instrument bezeichnet,[528] so wurde im folgenden Jahr von der österreichischen Regierung ein eben solcher beschlossen, um die Beseitigung des Apartheid-Systems zu beschleunigen. Die Maßnahmen (die 1986 ein weiteres Mal verschärft wurden) gingen über das bereits bestehende Waffenembargo weit hinaus und betrafen unter anderem den Import von Goldmünzen, Eisen und Stahl sowie das Verbot von Investitionen in Südafrika.[529] Das Mittel ökonomischer Sanktionen wandte Österreich später auch noch gegen den Irak (ab 1990), Libyen (ab 1992) sowie Jugoslawien an. In allen diesen Fällen ging die Initiative von den führenden westlichen Staaten aus, wurde das Embargo vom UN-Sicherheitsrat legitimiert und vom internationalen Staatensystem mitgetragen. Dort, wo Österreich unilateral und nicht in Übereinstimmung mit den hegemonialen Kräften versuchte, Verhaltensänderungen peripherer Staaten herbeizuführen, scheiterte es: Die vor allem gegen südostasiatische Staaten gerichteten Importrestriktionen für Tropenholz (siehe S. 206) mussten zurückgenommen werden, außerdem schlug 1992 ein Vorstoß fehl, gegen die Türkei in der Frage der kurdischen Minderheitenrechte den KSZE-Mechanismus anzuwenden. Dieses doppelte Fiasko reduzierte zwar nicht prinzipiell den interventionistischen Appetit, führte aber dazu, dass man, so Außenminister Mock, »die Realität zur Kenntnis nimmt, sodaß Einsatz für die

---

[526] Außenminister Pahr, der, wie in Fußnote 523 erwähnt, in Zeiten der Entspannungspolitik die Menschenrechte über die staatliche Souveränität gestellt hatte, legte 1982 deutlich größere Zurückhaltung an den Tag: »Wir lehnen daher die Geltendmachung von Menschenrechten als Mittel der Politik ab und bekennen uns auf diesem Gebiet zu den Grundsätzen der stillen Diplomatie. [...] Nicht öffentlichen Applaus suchen wir [...], sondern die Gewißheit, daß wir konkret Menschen geholfen haben. Unsere besondere Fürsorge gebührt in diesem Zusammenhang auch den Flüchtlingen.« (Pahr, Österreich und die Krise in der Weltpolitik, S. 330.) Zehn Jahre später hatten sich diese Prämissen – parallel zu den globalen Machtverhältnissen – umgekehrt.

[527] Lediglich die Sozialdemokraten benutzten zeitweise (vor allem bis Mitte der 1980er Jahre) einen umfassenderen Menschenrechtsbegriff, der auch die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte inkludierte. Davon abgesehen wurden die Menschenrechte in der Regel auf bürgerliche Freiheitsrechte reduziert.

[528] Erwin Lanc, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/50, 14.6.1984, S. 4243.

[529] Vgl. dazu Sauer, Von der Schwierigkeit, S. 85. Ein von der SPÖ 1989 vorgeschlagenes »Bundesgesetz über das Verbot wirtschaftlicher Beziehungen mit der Republik Südafrika« (216/A vom 28.2.1989, II-6649 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode) gelangte über das Entwurfsstadium nicht hinaus.

Grundsätze nicht in eine systematische Benachteiligung der Interessen des eigenen Staates umschlägt.«[530]

Grundsätzlich hatte sich zu Beginn der 1990er Jahre in allen Parteien die Überzeugung durchgesetzt, dass unter bestimmten Umständen staatliche Souveränitätsrechte außer Kraft gesetzt werden könnten und die »internationale Staatengemeinschaft« zur – notfalls militärischen – Intervention berechtigt, ja sogar verpflichtet sei. Während sich der Irak-Krieg 1991, der als Markstein dieser Entwicklung anzusehen ist, gegen einen eklatanten Bruch völkerrechtlicher Grundsätze gerichtet hatte, wuchs in seinem Schatten die Neigung, bis dahin geltende völkerrechtliche Grundsätze auszuhöhlen, um dem Interventionismus als einem leitenden Prinzip der 1990er Jahre Raum zu geben. Österreich war laut Aussagen des damaligen UN-Botschafters Hohenfellner führend daran beteiligt, »das Geröll des Nichteinmischungsverbotes [sic]«[531] beiseite zu räumen. Ganz in diesem Sinne erklärte Bundeskanzler Vranitzky auf einem Treffen der Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates Anfang 1992, es könne nun »von der bisher noch gültigen Doktrin der unzulässigen Einmischung in innere Angelegenheiten abgegangen werden.«[532] Außenminister Mock betonte ebenfalls, »daß es nicht länger angeht, wenn die internationale Staatengemeinschaft Verletzungen grundlegender Normen ohnmächtig hinnimmt.«[533]

Parallel zu derartigen Absichtserklärungen wuchs in Österreich die Bereitschaft, sich an internationalen Militäraktionen zu beteiligen und geringere neutralitätspolitische Rücksichten zu

---

[530] NR-Protokolle, XVIII.GGP/142, 3.12.1993, S. 16566. Diese Benachteiligung sah im konkreten Fall folgendermaßen aus: »Wir waren das einzige Land Europas, das die KSZE-Prozedur zum Schutz der Menschenrechte zugunsten der Kurden gegen den türkischen Staat in Anspruch genommen hat. Dies hat die zwischenstaatlichen Beziehungen, die immer ausgezeichnet waren, beachtlich belastet. Auf den Gängen hat man uns gesagt: Warum übertreibt ihr?, die Geschäfte machen die anderen europäischen Staaten.« (Ebda.)
Einen derartigen Realismus in der Beurteilung internationaler Kräftverhältnisse hatte die österreichische Bundesregierung bereits 1989 gegenüber China an den Tag gelegt, als man in Reaktion auf das Tian'anmen-Massaker lediglich symbolische Maßnahmen setzte. Zu diesen zählten, wie Außenminister Mock schilderte, die weitgehende Sistierung der Besuchsdiplomatie sowie bei der Gewährung von Krediten eine Überprüfung, »ob sie in irgendeiner Weise der Politik der Unterdrückung nützlich sein können oder ob das nicht der Fall ist.« (NR-Protokolle, XVII.GGP/107, 8.6.1989, S. 12501.)

[531] Neue Außenpolitik in einer neuen Welt. Ergebnisse des Symposions der Politischen Akademie in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Österreichischer Industrieller vom 19. Oktober 1992, hrsg. von Andreas Khol. Wien: Politische Akademie 1993 (=Standpunkte. 28.), S. 181. Gemeint war offenbar das Einmischungsverbot, denn an anderer Stelle führte Hohenfellner aus: »[...] wir waren einer der Vorreiter in den letzten zwei Jahren, diesen überholten Begriff der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten aufzubrechen. Wir waren die ersten, die gesagt haben, man muß in Kurdistan eine humanitäre Schutzzone verlangen. Es war der österreichische Außenminister, der zum ersten Mal gesagt hat, wir müssen in Jugoslawien friedenserhaltende Truppen einsetzen [...].« (Ebda., S. 180.)

[532] Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 9. Wien: Böhlau 1992, S. 218.

nehmen. Während des Irak-Kriegs hatte die Regierung zwar eine Beteiligung an den Kampfhandlungen unter Berufung auf die Neutralität verweigert,[534] der Nationalrat änderte aber immerhin das Kriegsmaterialgesetz sowie § 320 des Strafgesetzbuchs, um die Durchfuhr von Rüstungsgütern durch Österreich und damit die logistische Unterstützung der Interventionstruppen zu ermöglichen.[535] Die politische Debatte ging in den folgenden Monaten und Jahren zunehmend in die Richtung, dass von den Vereinten Nationen legitimierte militärische Maßnahmen mit der Neutralität kompatibel seien – eine österreichische Involvierung in kriegerische Konflikte rückte somit in den Bereich des Möglichen.[536] Den Politikern war dabei bewusst, dass solche Einsätze »keine Spaziergänge, keine Sommerfrische, sondern ernste Einsätze, verbunden mit Gefahren für die beteiligten Menschen und Truppen, sein«[537] würden. Anlässlich der UN-Intervention in den somalischen Bürgerkrieg zeigte sich, dass das Prinzip des aktiven militärischen Eingreifens – auch gegen den Willen einer oder mehrerer Konfliktparteien – von allen maßgeblichen politischen Kräften in Österreich akzeptiert wurde. Selbst die Grünen sprachen sich nun – gemeinsam mit der ÖVP – vehement für eine Beteiligung an diesem »Friedenseinsatz im wahrsten Sinn des Wortes«[538] aus. Zwar scheiterte die Entsendung österreichischer Truppen letztlich an den Bedenken der SPÖ,[539] doch waren deren Vorbehalte (die von der FPÖ geteilt wurden)[540] nicht grundsätzlicher Natur, sondern betrafen lediglich den konkreten Fall Somalia. Wenige Monate später konnte denn auch der sozialdemokratische Bundeskanzler vom »Ausbau der Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen Bundes-

---

[533] Alois Mock: Rede vor der 49. Generalversammlung der Vereinten Nationen, New York, am 29. September 1994. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 5, 1994, S. 16.

[534] Vgl. Franz Vranitzky, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/11, 16.1.1996, S. 642.

[535] Vgl. BGBl. Nr. 30a/1991. Die Erlaubnis galt u.a. für jene Fälle, in denen ein Beschluss des UN-Sicherheitsrats die »Ein-, Aus- oder Durchfuhr von Kriegsmaterial« erforderte. Vgl. dazu auch Thomas Mayr-Harting: 1991 – ein Jahr der Herausforderungen für Österreichs Außenpolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, hrsg. von Andreas Khol, Günther Ofner, Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1992, S. 314.

[536] Vgl. u.a. Peter Jankowitsch, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/15, 27.2.1991, S. 1080 f. sowie Friedhelm Frischenschlager, der die Redefinition der Neutralität dahingehend zusammenfasste, und zwar zustimmend, »daß die Hauptpflicht, die primäre Pflicht eines Neutralen, nämlich das Heraushalten aus militärischen Konflikten, die Nichtteilnahme an Kriegen, als Rechtsnorm, als Rechtspflicht des Neutralen beseitigt wird.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/12, 17.1.1991, S. 752.)

[537] Peter Schieder, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 14.10.1992, S. 9148.

[538] Marijana Grandits, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9192.

[539] Vgl. Peter Jankowitsch, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 14.10.1992, S. 9161.

[540] Jörg Haider: »Das ist ein echter Kampfeinsatz, weil es in Somalia wechselnde Koalitionen an der Kampffront gibt. [...] Und das würde bedeuten, daß Österreich mit seinen Soldaten in den Strudel dieser Auseinandersetzungen hineingezogen wird. [...] Daher: Hände weg von diesem Einsatz in Somalia!« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 14.10.1992, S. 9101.)

heer und den UN« und einem nicht näher spezifizierten »Ausbau von Operationsmöglichkeiten« berichten.[541]

Gegen die interventionistische Grundströmung regte sich in der politischen Öffentlichkeit nur geringer und unsystematischer Widerstand. Die Ablehnung des Irak-Kriegs durch die Grünen erwies sich als ephemer – nicht nur in Somalia, sondern auch anlässlich der post-jugoslawischen Bürgerkriege zählten sie neben der ÖVP zu den konsequentesten Befürwortern eines internationalen Eingreifens. Die geringste Begeisterung für die multilaterale Repression devianten staatlichen Verhaltens fand sich in der FPÖ. Speziell nach der Abspaltung des liberalen Flügels vermischten sich in Teilen der freiheitlichen Partei isolationistische Skepsis gegenüber internationalen Organisationen[542] mit pro-arabischen Tendenzen. Dies äußerte sich unter anderem darin, dass einzelne freiheitliche Politiker nach der militärischen Niederwerfung des Irak vehement eine Aufhebung des Sanktionsregimes forderten, bei dem es sich um nichts anderes handle als um einen »Akt der internationalen Erpressung« und das nichts anderes bewirke als »einen zumindest mit Dolus eventualis in Kauf genommenen Massenmord an der irakischen Bevölkerung«.[543] Vereinzelte moderat dissidente Stimmen ertönten auch aus den Reihen der Sozialdemokraten, etwa jene Albrecht Konecnys, der angesichts der immer häufigeren militärischen Antworten auf internationale Konflikte die »Ehrenrettung der Suche nach politischen Lösungen«[544] betrieb.

Ein weiteres, noch größeres Thema, das die außenpolitischen Debatten in den 1980er Jahren zu beherrschen begann und schließlich zu jenem Grundpfeiler wurde, der die Außenpolitik der großen Koalition trug, war die Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften. Das Verhältnis zu Westeuropa hatte seit Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen EG und EFTA 1972 nicht mehr unumschränkt im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestanden und lediglich eines von mehreren außenpolitischen Handlungsfeldern gebildet. Genau dies kritisierte die Opposition an der global ausgerichteten Außenpolitik der späten Kreisky-Jahre (siehe S. 108) und verlangte, das Hauptaugenmerk wieder auf die europäische Integration zu richten. 1982 brachte die ÖVP im Nationalrat einen Entschließungsantrag ein, in dem sie von der Bundesregierung forderte, »die Zusammenarbeit zwischen Österreich und den EG, soweit

---

[541] Franz Vranitzky, 25.5.1993, zit. nach Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 9. Wien: Böhlau 1992, S. 299.

[542] Vgl. John Gudenus, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/142, 3.12.1993, S. 16559.

[543] Harald Ofner, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/59, 26.2.1992, S. 6206.

[544] Albrecht K. Konecny: Töten um des Friedens willen? In: Die Zukunft, Jg. 1993, H. 2, S. 1.

es die österreichische immerwährende Neutralität erlaubt, zu vertiefen.«[545] Ungefähr zur gleichen Zeit erklärte auch der FPÖ-Abgeordnete Frischenschlager, es sei ein vordringliches Ziel seiner Partei, »Österreich in ein geeintes Europa zu führen«[546]. Obwohl die Erklärungen führender sozialdemokratischer Politiker keinen Zweifel daran ließen, dass auch sie der Nachbarschafts- und Europapolitik große Bedeutung beimaßen,[547] blieben, wie bereits skizziert, die entsprechenden Bestrebungen eingebettet in eine umfassendere Strategie, die Entspannungs- und Nord-Süd-Politik als ungefähr gleichrangige Schwerpunkte behandelte.[548] Die Geschichte gab der ÖVP Recht: Angesichts einer ökonomisch und politisch geschwächten Dritten Welt und des neuen Kalten Kriegs entsprach ihr auf Westeuropa orientierter Kurs, der zugleich die hegemoniale Position der USA bedingungslos anerkannte, den globalen Realitäten besser als die aktive Neutralitätspolitik Kreisky'scher Prägung.

Es dauerte nicht lange, bis die Sozialdemokratie den ökonomischen und politischen Gegebenheiten Rechnung trug und ihre außenpolitischen Prioritäten neu justierte. Will man die Kursänderung an Personen festmachen, so kann der 1984 vollzogene Wechsel im Außenministerium von Erwin Lanc zu Leopold Gratz als jene Zäsur gelten, mit der sich in der Regierungspolitik die »Tendenz zur Rückwendung auf das nähere europäische Umfeld«[549] durchsetzte. Auch für den bislang letzten sozialdemokratischen Außenminister, Peter Jankowitsch, war die Rangordnung klar: »Erstens – Europa, Zweitens – Entspannung, Drittens – Entwicklung.«[550] Im Verhältnis zur Dritten Welt bedeutete die Annäherung an das westeuropäische Zentrum, dass nicht mehr die *like-minded countries* als primärer Orientierungspunkt der österreichischen Außenpolitik dienten, sondern Überlegungen angestellt wurden, »in bestimmten, vor allem außereuropäischen politischen Fragen, mit den Europäischen Gemeinschaften zusammen[zu]gehen.«[551] Als Beispiele für eine solche Kooperation nannte Außenminister Janko-

---

[545] NR-Protokolle, XV.GGP/118, 16.6.1982, S. 11852.

[546] Frischenschlager, Für eine Außenpolitik im Sinne der Freiheit, S. 60.

[547] Vgl. u.a. Pahr, Österreich und die Krise in der Weltpolitik, S. 333.

[548] Vgl. Pahr, Vortrag anläßlich des 25. Jahrestages der Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen, S. 353.

[549] Kramer, Strukturentwicklung der Außenpolitik, S. 729. Die gleiche Einschätzung findet sich auch bei Herbert Denk: Kontinuität im Wandel? Vergangenheit und Zukunft der österreichischen Außenpolitik. In: International, 1986, H. 5/6, S. 20. Auch der politische Gegner – in Gestalt Andreas Khols – hielt Außenminister Gratz die »Wende in der Europapolitik« zugute (NR-Protokolle, XVI.GGP/144, 11.6.1986, S. 12605). Allerdings hatte Khol bereits unter Erwin Lanc eine Annäherung der Außenpolitik an die Positionen der ÖVP diagnostiziert, nicht zuletzt in Bezug auf Europa (vgl. NR-Protokolle, XVI.GGP/50, 14.6.1984, S. 4266 f.). Beide Äußerungen widerlegen Khols retrospektive Deutung, wonach erst Alois Mock »von der überzogenen, maximalistischen und universalistischen, konfliktorientierten Außenpolitik der Marke Kreisky« abgegangen sei (Andreas Khol: Vorwort. In: Neue Außenpolitik in einer neuen Welt, S. 6 f.).

[550] Jankowitsch, Österreich muß in der Welt draußen ein unübersehbarer Faktor sein!, S. 34.

[551] Ebda, S. 28.

witsch die Nahost-Politik, Zentralamerika sowie Südafrika.[552] Sein Amtsnachfolger, Alois Mock, bewegte sich ganz auf dieser Linie, als er »im Sinne unserer neuen Europa-Politik« meinte, »daß unser Auftreten im Nord-Süd-Dialog in enger Abstimmung mit den Staaten der Gemeinschaft erfolgen sollte.«[553] Parallel dazu schärfte sich das Bewusstsein der begrenzten nationalen Handlungsspielräume. Zwar hingen Sozialdemokraten und Grüne zum Teil noch immer einer aktiven Neutralitätspolitik alten, Kreisky'schen, Stils an, erwarteten von der österreichischen Außenpolitik die »guten Dienste als Vermittler«[554] und verlangten, »die Suche nach friedlichen Lösungen zu fördern«[555]. Am Beispiel der Nahost-Politik zeigte sich allerdings, dass die Ambitionen allmählich auch auf rhetorischer Ebene redimensioniert wurden. »Die Rolle eines überall präsenten, aktiven Vermittlers«, so Peter Jankowitsch, sei »für Österreich sicher zu groß.«[556] Dies deckte sich mit der Einschätzung Außenminister Mocks: Eine Vermittlungstätigkeit im Nahen Osten, meinte er 1988, komme Österreich nicht zu, es fehle »das politische Gewicht«[557]

Die Übernahme des Außenministeriums durch die ÖVP 1987 stellte keinen Bruch dar, sondern akzentuierte lediglich, was zu diesem Zeitpunkt bereits zwischen beiden Großparteien im Prinzip außer Streit gestellt war: der Schwerpunkt Europapolitik mit dem Ziel einer weitestmöglichen Integration in die EG.[558] Rund um dieses zentrale außenpolitische Projekt bildete sich zwischen den großen gesellschaftlichen Lagern somit wieder jener Konsens, der durch die divergierenden taktischen Konzepte in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vorübergehend erschüttert worden war und nun durch die Veränderungen im internationalen System erzwungen – oder zumindest nahegelegt – wurde.[559] Die Europapolitik band Ressourcen, Energien, Aufmerksamkeit, die in den Beziehungen zur Dritten Welt zunehmend fehlten. Mock selbst schwankte zwischen dem Eingeständnis, die knappen Mittel des Außenministeriums

---

[552] Vgl. ebda. sowie Peter Jankowitsch: Von der Unentrinnbarkeit der Außenpolitik. Österreich in der Welt von heute. Vortrag, gehalten am 11. November 1986 in Wien. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 3. Wien: Böhlau 1986, S. 346.

[553] Alois Mock: Hilfe zur Selbsthilfe – Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungshilfepolitik. In: Entwicklungshilfe – Hilfe zur Selbsthilfe. Tagungsbericht, hrsg. von der Politischen Akademie der ÖVP. Wien: Eigenverlag 1987, S. 10.

[554] Franz Mrkvicka, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/15, 27.2.1991, S. 1084.

[555] Peter Jankowitsch, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/40, 27.11.1987, S. 4550.

[556] Peter Jankowitsch: Eine Friedensordnung für den Nahen Osten. In: Die Zukunft, 1991, H. 7, S. 38.

[557] Alois Mock am 7.9.1988, in: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 302.

[558] Diese Einschätzung findet sich auch in Höll, Entwicklungspolitik, S. 777 sowie in Helmut Kramer: »Wende« in der österreichischen Außenpolitik? Zur Außenpolitik der SPÖ-ÖVP-Koalition. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 17, 1988, H. 2, S. 119.

seien tatsächlich auf diese beiden Bereiche konzentriert,[560] der Hoffnung auf eine »Reglobalisierung der österreichischen Außenpolitik«[561] und der Behauptung, diese habe ohnehin »nichts von ihrem weltweiten Horizont eingebüßt«[562]. Speziell Letzteres wurde von Sozialdemokraten und Grünen bereits kurz nach dem Amtsantritt Mocks heftig bezweifelt. »Die Perspektive herrscht als Perspektive des Gartenzwergs«[563], monierte Peter Pilz, und Peter Jankowitsch warnte davor, sich »in die nostalgische ›Gartenlaube‹ Mitteleuropa«[564] zurückzuziehen. Die Kritik am »Eurozentrismus« der österreichischen Außenpolitik hielt bis weit in die 1990er Jahre hinein an, getragen von den Grünen, dem linken Flügel der Sozialdemokratie sowie dem ÖVP-Abgeordneten Steinbauer, der von der Gefahr sprach, »daß wir [...] im großen Blick nach Westen die Energien verloren haben, die notwendig sind, um in Richtung Dritte Welt systematisch vorgehen zu können.«[565]

Eine – allerdings nur selten benutzte – Kompromissformel zwischen den »Eurozentrikern« und jenen, die gegen eine Vernachlässigung der Dritten Welt ankämpften, bestand darin, Westeuropa als Tor zur (Dritten) Welt darzustellen und von der EU-Mitgliedschaft neue Impulse für die Beziehungen zu außereuropäischen Regionen zu erhoffen. »[...] europäisch zu sein«, meinte Peter Jankowitsch, »bedeutet, weltoffener, weltverantwortlicher zu sein«[566]. Und auch Außenminister Mock betonte, dass Österreich nicht der Europäischen Union beitrete, um Teil der »Festung Europa« zu werden, sondern darin eine Möglichkeit sehe, »to further develop an Austrian foreign policy that is open to the world and globally oriented.«[567] Angesichts solcher Erwartungen und angesichts der zentralen Rolle, die dem Beitritt zur EU zukam, verwundert es allerdings umso mehr, dass – wie Otmar Höll völlig zu Recht konstatiert – »eine programmatische Auseinandersetzung mit der Außen- und Entwicklungspolitik der Gemeinschaft unterblieb und eine eigenständige zukünftige Haltung Österreichs sowohl in außen- als

---

[559] Allerdings zeigten sich in den 1990er Jahren relativ rasch erste Risse, als die ÖVP mit zunehmender Vehemenz den NATO-Beitritt anstrebte.

[560] Vgl. Mock, Hilfe für die Ärmsten, S. 21.

[561] Vgl. Alois Mock: Rede zur Eröffnung der Botschafterkonferenz 1994, Wien, am 7. September 1994. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 6, 1994, S. 9.

[562] Zit. nach Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 302.

[563] NR-Protokolle, XVII.GGP/63, 25.5.1988, S. 7001.

[564] NR-Protokolle, XVII.GGP/17, 14.5.1987, S. 1991.

[565] NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9198.

[566] NR-Protokolle, XVII.GGP/151, 4.7.1990, S. 17356.

[567] Alois Mock: Das 21. Jahrhundert – ein asiatisch-pazifisches Zeitalter? Rede aus Anlaß der Eröffnung des 37. Internationalen Diplomatenseminars, Salzburg (Schloß Hellbrunn), am 1. August 1994. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4, 1994, S. 64.

auch entwicklungspolitischen Belangen weder öffentlich politisch diskutiert noch konzeptionell erarbeitet wurde.«[568]

Die sozialdemokratische Kritik an der Europa-zentrierten Amtsführung Mocks diente nicht zuletzt der Selbststilisierung als weltoffener Partei und verdeckte die Kontinuitäten zur eigenen Außenpolitik – in doppelter Hinsicht: Mock konnte nicht nur in der Europapolitik auf der bereits unter Gratz und Jankowitsch vollzogenen Neuorientierung aufbauen, sondern bewegte sich auch in anderen Bereichen in Bahnen, die bereits von der SPÖ – wenn auch in abnehmender Intensität – beschritten worden waren. Besonders auffällig sind diese Traditionslinien in der Nahost-Politik, die bis in die 1990er Jahre Kreiskys Einfluss nicht gänzlich verleugnen konnte. Die Kontakte zur PLO rissen nie vollständig ab,[569] und in öffentlichen Erklärungen ging das österreichische Außenministerium 1988 so weit, nicht nur die israelischen Übergriffe in den besetzten Gebieten,[570] sondern auch die Schließung des PLO-Büros in New York[571] und das Einreiseverbot für Arafat in die USA[572] zu kritisieren. Nachdem die PLO 1988 das Existenzrecht Israels anerkannt und die USA gegen Ende des Jahres direkte Gespräche mit der palästinensischen Befreiungsorganisation aufgenommen hatten, befand sich Österreich mit seiner Nahost-Politik erstmals seit langer Zeit wieder in völliger Übereinstimmung mit der westlichen Hegemonialmacht, verlor aber zugleich seine – allerdings ohnehin nur noch rudimentär vorhandene – Funktion als Anlaufstelle für die arabische Seite.

Angesichts der geänderten Rahmenbedingungen waren weder der Besuch Arafats in Wien im Dezember 1988[573] noch die von Außenminister Mock artikulierte Unterstützung für den von der PLO ausgerufenen palästinensischen Staat[574] von politischen Kontroversen begleitet. An-

---

[568] Höll, Entwicklungspolitik, S. 778.

[569] Wichtigste Kontaktperson auf palästinensischer Seite blieb, wie schon in den Jahren zuvor, der Leiter der politischen Abteilung der PLO, Faruk Kaddumi, der mehrfach mit österreichischen Spitzenpolitikern zusammentraf, u.a. mit Außenminister Jankowitsch und Bundeskanzler Vranitzky 1986, mit Außenminister Mock 1988, 1989 und 1991 – das letzte dieser Treffen, das während des Zweiten Golfkriegs stattfand, löste bei der sozialdemokratischen Abgeordneten Traxler wegen der Unterstützung der PLO für den Irak und dessen Angriffe auf Israel heftige Kritik aus (vgl. NR-Protokolle, XVIII.GGP/15, 27.2.1991, S. 1075).

[570] Vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 250.

[571] Dies wurde vom österreichischen UN-Botschafter Hohenfellner vor der UN-Generalversammlung moniert (vgl. ebda., S. 253).

[572] Außenminister Mock, in: ebda., S. 329.

[573] Am 19.12.1988 traf Arafat in Wien mit Bundeskanzler Vranitzky, Bundespräsident Waldheim und Außenminister Mock zusammen (vgl. ebda., S. 338).

[574] In einer Reaktion auf die Beschlüsse des palästinensischen Exilparlaments in Algier versicherte Außenminister Mock, Österreich werde »die Erklärung des palästinensischen Nationalrats zur Gründung des Staates Palästina mit Sympathie und Sorgfalt prüfen.« (Ebda., S. 324.) Zwar erkannte schließlich Österreich den Staat Palästina aus juristischen Gründen nicht an, Außenminister Mock erklärte aber in einer symbolischen Geste, »Österreich wolle seinen Botschafter in Tunis als politischen Vertreter der Bundesregierung bei der PLO nominieren

fang März 1991, also nach der irakischen Niederlage im Zweiten Golfkrieg, präsentierte Außenminister Mock einen Nahost-Friedensplan, der nicht nur auf eine Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern[575] sowie zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten abzielte, sondern darüber hinaus »in Form eines KSZE-ähnlichen Prozesses«[576] eine Friedensordnung für die Gesamtregion, umfassende Wirtschaftshilfe, Abrüstungsmaßnahmen und den Schutz der nationalen Minderheiten, vor allem der Kurden, ermöglichen sollte. Mocks 5-Punkte-Plan blieb folgenlos, an der Nahost-Friedenskonferenz in Madrid hatte Österreich ebenso wenig Anteil wie am Oslo-Abkommen zwischen Israel und der PLO. Die österreichische Regierung unterhielt allerdings weiterhin direkte Beziehungen zur PLO[577] und leistete erhebliche Unterstützungszahlungen[578] an die palästinensischen Selbstverwaltungsgebiete. Zugleich kam es zu einer deutlichen Verbesserung des Verhältnisses zu Israel – hier dürften sowohl die israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen (und damit die Relativierung der mit Kreiskys Nahost-Initiativen gegenüber Österreich entstandenen Vorbehalte) als auch das Ende der Amtszeit Kurt Waldheims eine maßgebliche Rolle gespielt haben. Die Besuche Vranitzkys und Klestils in Israel (1993 bzw. 1994) und ihre Erklärungen zur Rolle der Österreicher während des Holocaust festigten diese Beziehungen, ohne dass dies auf Kosten der Beziehungen zu den Palästinensern und zur arabischen Welt gegangen wäre.

Während Mock (wie bereits seine unmittelbaren Amtsvorgänger) zu Libyen keine nennenswerten Kontakte pflegte, traf dies auf einen weiteren antiwestlich orientierten Staat nicht zu: den Iran. Obwohl Politiker aller Parteien, vor allem aber der Grünen und der SPÖ, die Menschenrechtssituation im Iran wiederholt scharf kritisierten (vor allem die Lage der Frauen sowie der religiösen und nationalen Minderheiten)[579], setzten sich die diplomatischen Aktivitä-

---

und sei bereit, falls die PLO wünsche, ihrem Vertreter bei der österreichischen Bundesregierung den persönlichen Titel ›Botschafter‹ zu verleihen.« (Ebda, S. 337.)

[575] Die diesbezüglichen – nicht sehr detaillierten – Punkte beruhten auf bereits bekannten Positionen: Anerkennung des Existenzrechts Israels sowie des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser, Einstellung der israelischen Siedlungspolitik, Anerkennung der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volks sowie Sicherheitsgarantien für alle Staaten der Region (vgl. III-34 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 18. Gesetzgebungsperiode, Beilage B).

[576] Ebda.

[577] So traf Arafat im Mai 1993 in Wien mit Bundespräsident Klestil, Bundeskanzler Vranitzky und Außenminister Mock zusammen.

[578] Bundeskanzler Vranitzky sagte Anfang 1994 200 Millionen Schilling für Wirtschaftsprojekte zu (vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 11. Wien: Böhlau 1994, S. 252).

[579] Vgl. u.a. einen – von den Regierungsparteien abgelehnten – Entschließungsantrag der Grünen aus dem Jahr 1993, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, »unverzüglich auch bilateral bei der iranischen Regierung gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran und insbesondere die Unterdrückung iranischer Frauen zu protestieren und wirksame wirtschaftliche, politische und kulturelle Maßnahmen für den Fall weiterer

ten, die bereits 1984 Erwin Lanc nach Teheran geführt hatten, unvermindert fort. Der iranische Außenminister Velayati stattete Österreich 1987 als erstem westlichen Land einen offiziellen Besuch ab, weitere (auch Gegen-)Besuche folgten, unter anderem ein Staatsbesuch Kurt Waldheims 1991. Der iranische Mordaufruf gegen Salman Rushdie zog zwar einen Protest des österreichischen Außenministeriums nach sich, vermochte aber an den regen Beziehungen ebenso wenig zu ändern wie die Ermordung dreier iranisch-kurdischer Exilpolitiker durch mutmaßliche iranische Geheimagenten 1989 in Wien.[580] In der Frage der Menschenrechtsverletzungen gab sich Außenminister Mock zurückhaltend, nannte den »Dialog« mit der iranischen Regierung »zielführender als Drohungen«[581], betonte den Wert individueller Interventionen bei der iranischen Regierung und erklärte, es gebe Länder, in denen die Menschenrechte stärker missachtet würden.[582]

Der Schwerpunkt der österreichischen Besuchsdiplomatie gegenüber der außereuropäischen Welt lag auch während der Amtszeit Alois Mocks eindeutig in Nordafrika sowie im Nahen und Mittleren Osten – ein Umstand, der durch die Sympathien für Bundespräsident Waldheim im arabisch-islamischen Raum verstärkt wurde, aber auch dem programmatischen Selbstverständnis der österreichischen Außenpolitik entsprach[583]. Nicht nur mit dem Iran kam es wiederholt zu hochrangigen politischen Kontakten, sondern auch mit Ländern wie Ägypten, Syrien und Jordanien. Daneben entwickelte sich gegenüber Marokko und der von ihm annektierten Westsahara ein überaus ambivalentes Verhältnis. Während sozialdemokratische Politiker (verstärkt durch grüne Abgeordnete) wie seit Ende der 1970er Jahre die saharauische Befreiungsbewegung POLISARIO unterstützten, auch mehrfach mit deren Repräsentanten zusammentrafen[584], zeigte sich Außenminister Mock deutlich reservierter, bescheinigte Marokko

---

Menschenrechtsverletzungen anzudrohen.« (II-10577 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 18. Gesetzgebungsperiode, 601/A [E]).

[580] Dass den Tätern die Flucht aus Österreich gelang, führte zum – nie bewiesenen – Verdacht, dass österreichische Behörden aus Rücksicht auf die bilateralen Beziehungen den Mördern die Ausreise ermöglichten. Ein Antrag der Grünen, in dieser Causa einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, wurde einige Jahre später, 1997, abgelehnt (vgl. NR-Protokolle, XX.GGP/83, 11.7.1997, S. 185).

[581] II-10966 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 18. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 23.8.1993 (4983/AB).

[582] Vgl. NR-Protokolle, XVIII.GGP/150, 20.1.1994, S. 17379.

[583] So sprach etwa der sozialdemokratische Bundesgeschäftsführer Cap von der »Tradition unserer Außenpolitik«, in der »der Nahe und Mittlere Osten [...] für uns eine ganz wichtige Rolle [spielen].« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/20, 15.3.1991, S. 1572.)

[584] So trafen im Sommer 1989 Bundeskanzler Vranitzky und Klubobmann Fischer mit einer POLISARIO-Delegation zusammen, 1993 empfing Vranitzky den Präsidenten der vom algerischen Exil aus gegründeten Demokratischen Arabischen Republik Sahara, Aziz (vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 10. Wien: Böhlau 1993, S. 296).

1988 eine »relativ zufriedenstellende Menschenrechtsbilanz«[585] und war »um eine ausgewogene, die legitimen Interessen beider Seiten berücksichtigende Haltung bemüht«[586]. Dass die politischen Unterschiede eher gradueller als prinzipieller Natur waren, zeigten gemeinsame parlamentarische Entschließungsanträge von SPÖ und ÖVP zu Beginn der 1990er Jahre (der zweite wurde von allen vier Parlamentsparteien mitgetragen), in denen die Abhaltung eines von der Besatzungsmacht unbeeinflussten Referendums in der Westsahara verlangt wurde.[587] Das gemeinsame Interesse an einer Lösung des Konflikts ging einher mit dem gemeinsamen Interesse an einer verbesserten Operationsbasis für österreichische Unternehmen in Marokko: 1993 wurde im Nationalrat – gegen die Stimmen der Grünen – ein »Abkommen zwischen Österreich und Marokko über die Förderung und den Schutz von Investitionen« ratifiziert.[588]

Gegen Mitte der 1990er Jahre intensivierten sich die Bemühungen, in den neuen »dynamische[n] Wachstumszonen«, nämlich »in China, Südostasien und Lateinamerika«, »die Präsenz unseres Landes [...] auszubauen«, wie es in der Regierungserklärung des Jahres 1994 hieß.[589] Kurz zuvor hatte Außenminister Mock betont, dass für die österreichische Außenpolitik »vor allem der asiatisch-pazifische Raum ein Schwerpunkt in den nächsten Jahren«[590] sein werde. Bis dahin hatten sich die Beziehungen zu dieser Region auf rege Kontakte mit China[591] und auf sporadische Aktivitäten im Rahmen der internationalen Kambodscha-Konferenz beschränkt. Insgesamt nahm die Zahl der diplomatischen Vertretungen in Staaten der Dritten Welt zwischen 1989 und 1995 leicht zu, lag aber weiterhin auf allen drei Kontinenten (Lateinamerika, Afrika, Asien) unter dem Stand des Jahres 1983.[592]

Während Regionen wie Zentral-, West- und Ostafrika von der österreichischen Außenpolitik weitgehend vernachlässigt wurden (sofern es sich nicht um Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungshilfe wie Uganda handelte), galt dem südlichen Afrika beträchtliche Aufmerksamkeit – im Bereich der Dritten Welt fanden rund um das Jahr 1990 lediglich der

---

[585] II-3803 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 19.4.1988 (1642/AB).

[586] Ebda.

[587] NR-Protokolle, XVII.GGP/151, 4.7.1990, S. 17394 bzw. 218 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 18. Gesetzgebungsperiode.

[588] NR-Protokolle, XVIII.GGP/107, 11.3.1993, S. 12472.

[589] NR-Protokolle, XIX.GGP/2, 30.11.1994, S. 24.

[590] Alois Mock: Rede zur Eröffnung der Botschafterkonferenz 1994, Wien, am 7. September 1994. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 6, 1994, S. 9.

[591] Besonders erwähnenswert erscheinen die China-Reise Bundeskanzler Vranitzkys im Jahr 1993 und der Gegenbesuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng 1994.

[592] Vgl. Kramer, Strukturentwicklung, S. 718.

arabisch-islamische Raum (Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten) sowie allenfalls China stärkere Beachtung. Die letzten Jahre des Apartheid-Regimes in Südafrika und Namibia waren von gelegentlichen Protesten und Appellen der österreichischen Regierung begleitet. So wie die Außenminister Gratz und Jankowitsch gegen die Verhängung des Ausnahmezustands protestiert hatten,[593] protestierte Außenminister Mock unter anderem gegen die hohe Zahl inhaftierter Kinder in südafrikanischen Gefängnissen,[594] gegen die Verhängung von Todesurteilen[595] und forderte 1988 – so wie Bundeskanzler Vranitzky – die Freilassung Nelson Mandelas »ohne politische Vorbedingungen«[596]. In der Ablehnung des Apartheidsystems waren sich alle Parteien einig, lediglich das Ausmaß der Sanktionen gegen Südafrika blieb umstritten. Auch in der Frage, welche politischen Kräfte an die Stelle des Apartheid-Regimes treten sollten, zeigten sich Unterschiede. Noch 1987 hielt man innerhalb der ÖVP in Südafrika »eine marxistische Revolution«[597] für möglich. Auch im Fall Namibia hegte man seitens der politischen Rechten gegenüber einer Machtübernahme durch die SWAPO gewisse Vorbehalte, die sich in parlamentarischen Anfragen über die in SWAPO-Lagern festgehaltenen Gefangenen[598] ebenso äußerten wie in Fragen nach dem künftigen Schutz für die weiße Minderheit[599]. Folgerichtig versuchte Außenminister Mock, als moderat geltende politische Bewegungen aufzuwerten. Diesem Zweck dienten sowohl sein umstrittenes Treffen mit Gatsha Buthelezi 1988[600] als auch eine Begegnung mit Vertretern der namibischen *Turnhallen-Allianz* 1989[601]. Nachdem die ersten freien Wahlen in Namibia mit einem klaren Erfolg der SWAPO geendet hatten, bestanden jedoch keine Bedenken, Beziehungen zu dem neuen Staat aufzubauen – die Zeiten, als Befreiungsorganisationen wie die SWAPO als Bedrohung für das kapitalistische Weltsystem betrachtet wurden, waren unwiderruflich vorbei, auch bei konservativen Politikern. Österreich, das bereits die UN-

---

[593] Vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 2. Wien: Böhlau 1985, S. 252 bzw. Jg. 3, 1986, S. 267.

[594] Vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 4. Wien: Böhlau 1987, S. 199.

[595] Vgl. ebda., S. 231.

[596] Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 296.

[597] Andreas Khol: Internationale Splitter. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 43, 1987, H. 6, S. 25.

[598] Josef Höchtl, in: II-8018 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, Anfrage vom 4.7.1989 (4075/J).

[599] Herbert Haupt, NR-Protokolle, XVII.GGP/117, 9.11.1989, S. 13819.

[600] Im Vorfeld dieser Begegnung in Alpbach gab es heftige Kontroversen mit der SPÖ. Der sozialdemokratische Innenminister Blecha hatte zunächst die Ausstellung eines Einreisevisums für den von der Linken als Quisling verdächtigten *Chief Minister* des südafrikanischen Homelands KwaZulu verweigert.

[601] Diese Politik wurde allerdings nicht mit großem Nachdruck betrieben und überdies dadurch relativiert, dass Mock Anfang 1989 auch mit dem SWAPO-Vorsitzenden Nujoma zusammentraf (vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 6. Wien: Böhlau 1989, S. 231).

Übergangsverwaltung UNTAG[602] mit einem kleinen Polizeikontingent unterstützt hatte, beteiligte sich an den internationalen Hilfsmaßnahmen und machte Namibia rasch zu einem »Kooperationsland« der österreichischen Entwicklungshilfe; die von Außenminister Mock für 1991 angekündigte[603] Errichtung einer Botschaft in Windhoek kam allerdings nicht zustande. Die Entwicklung in Südafrika verfolgte man relativ optimistisch und würdigte quer durch alle Parteien die Rolle von Mandela und de Klerk. Im September 1991 setzte die Regierung einen großen Teil der Sanktionen aus, um sie schließlich – mit Ausnahme des Waffen- und Nuklearsektors – gegen Ende 1993 aufzuheben; gleichzeitig beteiligte man sich finanziell an der Repatriierung südafrikanischer Emigranten sowie an den Wahlvorbereitungen.[604] Zum Zeitpunkt der ersten freien und allgemeinen Wahlen in Südafrika im Frühjahr 1994 war das Interesse an der politischen Transformation des Apartheid-Staates allerdings bereits weitgehend erlahmt – ein Interesse an der sozialen und ökonomischen hatte ohnehin nie bestanden. Südafrika und die anderen Staaten der Region gerieten zunehmend aus dem Gesichtskreis der politischen Wahrnehmung.[605]

Der kursorische Überblick über die Jahre der großen Koalition zeigt, dass weder die politische Debatte noch die außenpolitischen Aktivitäten völlig auf Europa fokussiert waren, sondern sich nach wie vor unterschiedlichen Weltregionen widmeten. Dennoch nahm in den 1990er Jahren der Stellenwert außereuropäischer Vorgänge angesichts der Vorbereitungen auf den EU-Beitritt merklich ab – erst recht, als mit dem Kollaps des Realsozialismus und dem Zerfall Jugoslawiens Ost- und Südosteuropa zum zweiten außenpolitischen Schwerpunkt aufstiegen. Im UN-Sicherheitsrat, dem es 1991–92 als nicht-ständiges Mitglied angehörte, betrieb Österreich – glaubt man einem zwar keineswegs unbefangenen, aber gewöhnlich wohlinformierten Mann, nämlich Peter Jankowitsch, – »zwei Jahre lang [...] in Wirklichkeit nur Balkan-Politik«[606]. Während die post-jugoslawischen Bürgerkriege ausführlich debattiert wurden, findet sich für das gesamte Jahr 1994 nur ein Zitat eines österreichischen Politikers, in dem – beiläufig – auf das Genozid in Ruanda verwiesen wurde.[607] Anekdotische Evidenz

---

[602] United Nations Transition Assistance Group

[603] Vgl. II-12311 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 27.8.1990 (5782/AB).

[604] Vgl. Sauer, Von der Schwierigkeit, S. 90.

[605] Dies gilt auch für die beiden vom Bürgerkrieg gezeichneten Länder Angola und Moçambique, die allerdings traditionell wenig Beachtung fanden.

[606] Peter Jankowitsch: »Für eine Demokratisierung der internationalen Politik«. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1992, H. 4/5, S. 14

[607] Vor der UN-Generalversammlung meinte Außenminister Mock beiläufig: »Bosnien-Herzegowina ist leider kein Einzelfall. Somalia, Ruanda, Angola, Afghanistan, Haiti, Tadschikistan, zu lange ist die Liste weiterer Kri-

vermag vielleicht am besten zu veranschaulichen, wie sich die Gewichte verschoben hatten: Als die sozialdemokratische Abgeordnete Horvath gegen Ende einer Budgetdebatte zum Kapitel Äußeres, in der lange und heftig über die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens diskutiert worden war, noch über »eine sehr akute, aktuelle Frage« sprechen wollte, nämlich den Westsahara-Konflikt, stieß sie damit, wie das Nationalratsprotokoll vermerkt, auf »Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP«[608].

Eine »gewisse Passivität und Indifferenz«, konstatierte Peter Jankowitsch 1992, »herrscht gegenüber den Krisen in der Dritten Welt«[609]. In den seltenen Fällen, wo man sich dennoch mit der Lage in den Peripherien auseinandersetzte, geschah dies in erster Linie aus einem Gefühl der Bedrohung. Im Unterschied zu den 1970er Jahren, als das politische und wirtschaftliche Potenzial der Peripherie Unbehagen erzeugte, waren es nun im Wesentlichen die Folgen ihrer Desintegration. Ein ums andere Mal bemühte man metaphorisch Naturgewalten, um die »Lawine an Problemen, die aus diesem Teil der Welt zu erwarten ist,«[610] zu veranschaulichen. Die »Kraft des Fundamentalismus«[611] fand dabei ebenso Beachtung wie »die ökologische Bedrohung«[612], die »große Süd-Nord-Wanderung«[613] und das »Überschwappen politischer Konflikte«[614]. »Massenarmut, Hunger, Kriege und ökologische Katastrophen in der Dritten Welt lassen sich«, so der Sozialdemokrat Dietrich, »durchaus mit dem Brand ganzer Häuserzeilen am Rande des Weltdorfes vergleichen«, und »der Brand könnte sich ausbreiten und auch die eigene Häuserzeile erfassen.«[615] Sofern die politischen und sozioökonomischen Verhältnisse in der Dritten Welt überhaupt noch wahrgenommen wurden, so nicht in ihrer Eigenschaft als zivilisatorischer Skandal per se, sondern primär in ihren potenziellen Rückwirkungen auf die eigene Existenz – allesamt unheilvoll, bis hin zur Gefährdung des Weltfriedens. »Hunger, underdevelopment, environmental dangers, crime, drug abuse, and refugee flows all pose

---

senherde, in denen Gewalt und das Recht des Stärkeren die Grundsätze der Satzung von San Francisco verhöhnen.« (Mock, Rede vor der 49. Generalversammlung, S. 14 f.)

608 NR-Protokolle, XVIII.GGP/54, 17.12.1991, S. 5602.

609 NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 14.10.1992, S. 9162.

610 Peter Jankowitsch, Peter: Einleitende Bemerkungen. In: Österreichische Entwicklungshilfe, wohin? Enquete der SPÖ, Wien, 24. April 1990. Wien: Dr. Karl Renner-Institut 1990, S. 6.

611 Jörg Haider, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/134, 21.10.1993, S. 15529.

612 Jankowitsch, Einleitende Bemerkungen, S. 6.

613 Peter Jankowitsch: Österreich im neuen Kontext der Europa- bzw. der Weltpolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 7. Wien: Böhlau 1990, S. 46.

614 Ebda.

615 NR-Protokolle, XVIII.GGP/49, 5.12.1991, S. 4964 f.

equally serious threats to global stability and thus to world peace.«[616] Nicht nur die Zusammensetzung und Gewichtung der Probleme, lassen diesen Satz, den Außenminister Mock der UN-Generalversammlung vortrug, interessant erscheinen, sondern auch die für die 1990er Jahre typische Umkehrung von Macht- und Wirkungsverhältnissen. Der Anteil der Zentren am Zustand der Welt wurde ausgeblendet, stattdessen richtete man die Aufmerksamkeit (wie gesagt: wenn überhaupt) auf die Peripherie als dunkle Gefahrenzone und etablierte sie damit als Agens der als krisenhaft empfundenen globalen Prozesse.

Als diffuses, amorphes Agens wohlgemerkt – nicht als Akteur, als gezielt handelndes Kollektiv, mit dem man zu Vereinbarungen über strukturelle Veränderungen gelangen könnte. Dieses Konzept, das die Nord-Süd-Verhandlungen der 1970er Jahre bestimmt hatte, lässt sich noch bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre nachweisen. Für den FPÖ-Abgeordneten Probst beispielsweise bestanden damals »objektiv kaum Zweifel an der Notwendigkeit eines politischen Nord-Süd-Dialoges«[617]. Zwar trat neben die »Bereitschaft, die Probleme in einem partnerschaftlichen Miteinander [...] zu lösen«[618], ostentative Härte[619], dennoch existierte zu diesem Zeitpunkt noch die Vorstellung von einer relativ gleichberechtigten politischen Interaktion zwischen den Staaten des Zentrums und jenen der Peripherie. Diese Vorstellung löste sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre auf[620] – mit Ausnahme der (süd)ostasiatischen Wachstumsregionen wurde die Dritte Welt in der öffentlichen Wahrnehmung zum politisch und ökonomisch paralysierten Objekt, dessen Restrisiken es mit Repression, punktuellen Finanztransfers (Entwicklungshilfe) und mehr oder weniger avancierten Sozialtechnologien zu kontrollieren galt.

---

[616] Alois Mock: Rede vor der 48. Generalversammlung der Vereinten Nationen, New York, am 24. September 1993. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4–5, 1993, S. 36.

[617] NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11769.

[618] Heinrich Neisser, in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 4.

[619] Alois Mock 1989: »Man sollte die UNCTAD dazu benützen, den Entwicklungsländern den eigenen Standpunkt darzulegen und sie damit allmählich zur Aufgabe von unrealistischen und unrealisierbaren Vorstellungen zu bewegen.« (II-7039 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 6.4.1989 [3204/AB].)

[620] So verschwand beispielsweise der bis dahin häufig gebrauchte Begriff des »Nord-Süd-Dialogs« aus dem Vokabular der Politiker. Lediglich in zwei Regierungserklärungen (1990 und 1994), einer allerdings stark ritualisierten Textsorte, stößt man interessanterweise auf den Wunsch nach einer »Intensivierung des Nord-Süd-Dialogs« (NR-Protokolle, XIX.GGP/2, 30.11.1994, S. 25) bzw. die Absicht der Bundesregierung, »sich aktiv am Nord-Süd-Dialog beteiligen« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/7, 18.12.1990, S. 330). Davon abgesehen äußerte lediglich ÖGB-Präsident Verzetnitsch seine Unterstützung für den »Nord-Süd-Dialog« – allerdings dürfte in diesem Fall der *genius loci* des entsprechenden Publikationsorgans zur diskursiven Anomalie beigetragen haben (vgl. Fritz Verzetnitsch: Nord-Süd-Konfrontation – kann die gewerkschaftliche Bewegung einen Beitrag leisten? In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 8, 1992, H. 1, S. 95).

2 Exkurs: Ökonomie und Außenpolitik

Lässt sich der Umgang Österreichs mit der Dritten Welt hinreichend aus den internationalen Kräfteverhältnissen (insbesondere der Haltung der Hegemonialmacht USA) erklären, aus politischen Machtinteressen und den Imperativen globaler Herrschaftssicherung (speziell gegenüber dem von der Sowjetunion dominierten Gegensystem)?

So wesentlich es ist, bei jeder Art von Außenpolitik-Analyse die strukturellen Zwänge mitzudenken, denen gerade ein Kleinstaat wie Österreich innerhalb des globalen Systems ausgesetzt ist, so besteht doch die Gefahr, ihn auf diese Weise als bloßes Objekt innerhalb des internationalen Kräfteparallelogramms zu begreifen. Staatliches Handeln ist jedoch nicht nur von »außen« determiniert, sondern auch von »innen«: vor allem durch die Notwendigkeit, die Verwertungsbedingungen des nationalen Kapitals zu optimieren, und zwar stets in Konkurrenz zu anderen Staaten und den von diesen begünstigten Kapitalen. »[...] the governments of capitalist countries«, schreibt Miliband, »have generally found that their larger national purposes required the servicing of capitalist interests; and the crucial place which these interests occupy in the life of their country has always caused governments to make their defence against foreign capitalist interests, and against the foreign states which protect *them*, a prime consideration in their conduct of external affairs.«[621] Diese Zielsetzung wurde in Österreich von allen relevanten politischen Kräften explizit befürwortet.[622]

In der Praxis bedeutete die Verschränkung von Kapitalinteressen und staatlichem Handeln unter anderem, dass vor allem die Bundeswirtschaftskammer in ökonomisch relevante außenpolitische Entscheidungen eingebunden wurde[623] und darüber hinaus eng mit dem diplomati-

---

[621] Miliband, The state in capitalist society, S. 77.

[622] Im sozialpartnerschaftlich geprägten politischen System Österreichs verwundert es nicht, dass dieser Konsens über die Parteien hinausreichte und im Rahmen eines nationalen Schulterschlusses die Interessensvertretungen von Kapital und Arbeit inkludierte. Auf der Grundlage mehrerer Interviews, die er Anfang der 1980er Jahre führte, schreibt Meinhard Supper: »Die Vertreter der Arbeitnehmerverbände bestätigen die weitgehende Interessenharmonie der Sozialpartner im außenwirtschaftlichen Bereich.« (Meinhard Supper: Die Rolle der Sozialpartner in der Außenpolitik. In: Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen – Strategien – Stellungnahmen, hrsg. von Renate Kicker, Andreas Khol und Hanspeter Neuhold. Salzburg: Neugebauer 1983, S. 155.)

[623] Vgl. ebda.; Supper nennt beispielsweise die Handelspolitik und Fragen der Annäherung an die EG als Bereiche, in denen Vertreter der Bundeswirtschaftskammer an prominenter Stelle beigezogen wurden (ebda.). In den von ihm geführten Interviews gaben die BWK-Funktionäre allerdings zu verstehen, dass sie sich in Fragen der Nord-Süd-Politik nur ungenügend repräsentiert fühlten – dies, obwohl die Regierung mit der BWK beispielsweise für UNCTAD V (1979) eine gemeinsame Verhandlungslinie erarbeitet hatte (vgl. ebda., S. 160 ff.). Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer spielten demgegenüber eine eher untergeordnete Rolle – nicht zuletzt deshalb, weil ihre Vertreter (zumindest zum Zeitpunkt der von Supper geführten Interviews) der Auffassung wa-

schen Apparat kooperierte. Der Außenpolitische Bericht des Jahres 1979 beschreibt dieses Verhältnis folgendermaßen: »In engster Zusammenarbeit mit den von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft entsandten Handelsdelegierten sind die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland, und zwar nicht nur die Botschaften und Berufskonsulate, sondern auch die Honorakonsulate, bestrebt, die österreichische Wirtschaft bei ihren Exportbemühungen nach Kräften zu unterstützen. Besonders intensiv ist diese Tätigkeit sowohl in den Staatshandelsländern als auch in den Ländern der Dritten Welt, wo der Einfluß der staatlichen Stellen auf die Wirtschaft gewöhnlich viel stärker ist als im Westen.«[624] Und weiter heißt es: »In den überseeischen rohstoffproduzierenden Ländern stehen die Bemühungen der einzelnen Vertretungsbehörden im Vordergrund, gemeinsam mit den Außenhandelsstellen österreichischen Firmen nicht nur Zugang zu den Rohstoffmärkten zu verschaffen, sondern ihnen auch bei der immer häufiger werdenden Beteiligung an der Gewinnung von Rohstoffen zur Seite zu stehen.«[625]

Bereits Ende der 1950er Jahre stellte der damalige Außenminister Figl fest, der österreichische Staat werde angesichts »der bestehenden scharfen Konkurrenz anderer Staaten« auf den »außerordentlich bedeutungsvollen Märkte[n]« in Asien »hier fördernd eingreifen und neue Wege gehen müssen«[626]. Diese Absicht wurde in den 1960er Jahren realisiert, als man das Instrumentarium der Exportförderung deutlich ausbaute (vgl. S. 223) und die Koordination zwischen staatlichen Institutionen und Unternehmervertretern verbesserte. Bis in die 1990er Jahre bekräftigten Regierungsmitglieder die enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Kapital in den österreichischen Außenbeziehungen. »Die Förderung der Interessen der österreichischen Wirtschaft, vor allem die tatkräftige Unterstützung der österreichischen Exportwirtschaft,« erklärte Außenminister Lanc 1983 kurz nach seinem Amtsantritt, »ist [...] eine der wesentlichsten Aufgaben der österreichischen Außenpolitik und unserer Diplomaten in dieser Zeit.«[627] Alois Mock betrachtete es als eine seiner Aufgaben, »das Tor in die Welt für

---

ren, dass »außenwirtschaftspolitische Maßnahmen die Interessen von Arbeitnehmern weniger als jene der Arbeitgeber [berühren]« (ebda., S. 155).

[624] Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (Hrsg.): Außenpolitischer Bericht 1979. Wien: Eigenverlag 1980, S. 141.

[625] Ebda., S. 142 f.

[626] Figl, Meine Asienreise, S. 2.

[627] NR-Protokolle, XVI.GGP/26, 13.12.1983, S. 2256. Ganz ähnlich hatte sich wenige Jahre zuvor sein Amtsvorgänger Pahr geäußert: Es müsse »eines der Ziele und wesentlicher Bestandteil der österreichischen Außenpolitik sein, optimale Verhältnisse für den Außenhandel zu schaffen, und zwar mit allen Ländern und mit allen Wirtschaftssystemen der Welt.« (Willibald Pahr: Die österreichische Außenpolitik – Rückblick und Ausblick. Vortrag, gehalten am 4. November 1976. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 16, 1976, H. 6, S. 393.)

die Wirtschaft noch weiter aufzustoßen«[628], und auch Bundeskanzler Vranitzky betonte, »daß die Bundesregierung die Bemühungen der österreichischen Exportwirtschaft zur Festigung und zur Neugewinnung von Märkten unterstützt.«[629]

Zu den markantesten Beispielen dafür, wie die Verschränkung von Außenpolitik und Kapitalinteressen in der Praxis funktionierte, zählte die zwischenstaatliche Besuchsdiplomatie, die vor allem seit der Wirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre immer unverhüllter für ökonomische Zwecke instrumentalisiert wurde. »Alle meine Besuche in Lateinamerika«, berichtete Außenminister Pahr, »wurden [...] in enger Zusammenarbeit mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft – wie dies bei meinen Besuchsreisen regelmäßig der Fall ist – geplant und vorbereitet.«[630] Auch sein Nachfolger, Erwin Lanc, versicherte: »Selbstverständlich wird, wann immer es von der Wirtschaft gewünscht wird, eine Auslandsreise auch dazu benützt werden können, um im Rahmen der außenpolitischen Tätigkeit auch unserer Wirtschaft verbesserte Möglichkeiten zu direkten Kontakten zu geben.«[631] So kam es, dass Außenminister und Bundeskanzler ihre Besuche üblicherweise in Begleitung einer ansehnlichen Wirtschaftsdelegation antraten[632] und dass die Reiserouten vor allem in Länder mit relativ hoher Wirtschaftskraft – Naher Osten, Nordafrika, (Süd-)Ostasien – führten.[633] Die Resultate dieser Bemühungen verbuchte die Regierung folgerichtig auf ihrer Habenseite, etwa den »großartigen Erfolg« der Elin-Union, die »durch die Mehrfachintervention des Herrn Bundeskanzlers, die er im vergangenen Jahr durchgeführt hat und die auch an die Regierung von Abu Dhabi ergangen ist – es handelt sich um ein Kraftwerksprojekt in den UAE –, einen Auftrag mit 600 Millionen Schilling erreicht hat.«[634] Punktuelle (aber keineswegs prinzipielle) Kritik an diesen Praktiken regte sich erst Ende der 1980er Jahre, als die Grünen gegen die Beteiligung österreichischer Unternehmen an Kraftwerksbauten in Indonesien auftraten und die vorausgegan-

---

[628] Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 302.

[629] II-9850 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 15. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 12.5.1993 (4428/AB).

[630] II-4238 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 15. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 11.8.1982 (1954/AB).

[631] NR-Protokolle, XVI.GGP/9, 7.7.1983, S. 524.

[632] Außenminister Pahr zählte im Parlament die Teilnehmer jener Delegation auf, die ihn im Jänner 1982 auf einer Reise nach Südostasien begleitete: »Vertreter von elf Firmen und zwei Großbanken [...] und dann, wie schon erwähnt, ein Vertreter der Industriellenvereinigung und der Bundeskammer«; konkret: »Vertreter der VOEST-Alpine, der Elin-Union, von Simmering-Graz-Pauker, von Austromineral, Waagner-Biró, Konrad Doppelmayer, Plasser & Theurer, AVL Professor List GesmbH, Geoconsult, Koreska, Austroplan, Creditanstalt und Länderbank« (NR-Protokolle, XV.GGP/105, 18.2.1982, S. 10533).

[633] Vgl. Hödl, Die Dritte Welt in Ideologie und Politik der österreichischen Sozialdemokratie, S. 140 f.

[634] Fritz Marsch, in: NR-Protokolle, XV.GGP/41, 1.7.1980, S. 4022 f.

gene Lobby-Tätigkeit österreichischer Politiker und Beamter zum Gegenstand parlamentarischer Anfragen machten.[635]

So wenig, wie der österreichische Staat innerhalb des internationalen Systems *nur* Objekt war, so wenig war er jedoch *nur* Instrument *des Kapitals*, wie es schlichte, ökonomistische Basis-Überbau-Modelle nahelegen. Eine erste analytische Komplikation entsteht dadurch, dass das konkrete Kapital in unterschiedliche Einzelkapitale bzw. Kapitalfraktionen mit zum Teil deutlich divergierenden Interessen zerfällt. Die Liberalisierung des Welthandels beispielsweise, wie sie von der österreichischen Politik – wenn auch zögerlich – mitgetragen wurde, bedeutete für arbeitsintensive Konsumgüterindustrien (etwa die Leder- und Textilbranche) etwas Anderes als für technologisch avancierte Bereiche (vgl. S. 177). Selbst wenn die Politik versucht, die widerstreitenden Interessenlagen auszutarieren, kann sie letztlich in vielen Fällen nicht umhin, eine Kapitalfraktion gegen eine andere zu unterstützen. Die partielle Autonomie des Staates, die solche Entscheidungen ermöglicht, befähigt ihn nicht nur dazu, sich gegen partikulare Kapitalinteressen zu stellen, sondern führt in gewissen Fragen zur Trennung zwischen der politischen und der ökonomischen Sphäre als ganzer. Nun mag es zwar Politikbereiche geben, in denen diese Autonomie stärker ausgeprägt ist als in der staatlichen Moderation der uns hier beschäftigenden Zentrum-Peripherie-Beziehungen, dennoch gilt selbst für diesen Bereich Agnolis allgemeine Feststellung: »Nicht hinter jeder Maßnahme des Staats steckt ein Verwertungsinteresse; noch äußert sich in jedem Gesetz der politisch umgesetzte Wille irgendeiner Kapitalfraktion. Auf der zwar nicht ökonomiefreien, aber von der material unmittelbaren Herrschaft des Kapitals frei gelassenen Ebene tummeln sich selbständig Politiker, Parteien, Sittlichkeitsvereine, der Sportbund und die Dichter.«[636]

Wollen wir die Außenpolitik eines Staates wie Österreich (und, damit zusammenhängend, die Wahrnehmungs- und Argumentationsmuster seines politischen Personals) einigermaßen adäquat analysieren, müssen wir also eine Dreieckskonstellation in Rechnung stellen: 1) den Druck, der innerhalb des internationalen Systems auf einen Staat ausgeübt wird – durch welt-

---

[635] II-8769 bzw. II-8770 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 10.10.1989 (4333/J bzw. 4334/J).

[636] Johannes Agnoli: Der Staat des Kapitals. In: Ders.: Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik. Freiburg: Ça ira-Verlag 1995, S. 47. Ähnlich auch Joachim Hirsch, der darauf hinweist, dass »StaatsbürgerInnen in Form von Parteien, Interessenorganisationen und ›Bewegungen‹ [...] dem Staatsapparat [als] gesellschaftliche Gruppen mit eigener Macht- und Regulierungsfähigkeit entgegen[zutreten]« vermögen – auch wenn »Interessenorganisationen, die auf den Staat als Mittel der Verwirklichung ihrer Ziele setzen, sich dem [...] Bezug auf den Kapitalverwertungsprozeß nicht entziehen können.« (Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin, Amsterdam: Edition ID-Archiv 1995, S. 29.)

wirtschaftliche Strukturen und Prozesse, aber auch durch andere, oft deutlich mächtigere, Staaten (zuweilen überlappen sich diese beiden Faktoren, man denke an die Hochzinspolitik der USA zu Beginn der 1980er Jahre); 2) die nationalen Aspirationen, die zwar überwiegend ökonomischer Natur sind, die aber zuweilen auch andere Ziele verfolgen (von der Erhaltung der staatlichen Souveränität bis hin zu humanitären Gesten); 3) das grundsätzliche Bestreben, das kapitalistische Weltsystem in der Auseinandersetzung mit antisystemischen Kräften zu erhalten, um so die »Geschäftsgrundlage« des Staates zu sichern, damit zugleich die gesellschaftlichen Machtstrukturen im Inneren und die privilegierte Position im globalen Rahmen. Je nach historischer Konstellation und abhängig vom Politikbereich kann das Verhältnis zwischen diesen drei Faktoren variieren, und zwar nicht nur ihr jeweiliger Stellenwert, sondern auch ihr Verhältnis zueinander, ihre Kompatibilität bzw. Inkompatibilität.

Die reale historische Entwicklung – die weitgehende Übereinstimmung zwischen den globalen Konjunkturen (nicht nur im ökonomischen Sinn) und dem nationalen Manövrieren – deutet darauf hin, dass die österreichische Politik in erster Linie den systemischen Zwängen bzw. den Ansprüchen der Hegemonialordnung gehorchte; daher dominiert diese Lesart auch den vorangegangenen Abschnitt. Als Subtext sind Kapitalinteressen dem Verhältnis zur Dritten Welt jedoch seit jeher eingeschrieben. An etlichen Stellen treten sie sogar in den Vordergrund: in der bornierten Form individueller Exportinteressen im Bereich der Entwicklungshilfe (vgl. S. 222 ff.), in größere, makroökonomische Zusammenhänge eingebettet in der Handelspolitik (vgl. S. 176 f.) ebenso wie im globalen Keynesianismus des »Marshall-Plans für die Dritte Welt« (vgl. S. 184 ff.).

In welchen Verhältnissen das ökonomische Interesse zu anderen Determinanten der Außenpolitik stehen kann, soll an drei Fallbeispielen demonstriert werden (die überdies in anschaulicher Weise Konvergenz bzw. Divergenz zwischen politischer Rhetorik und politisch-ökonomischer Praxis zeigen):

1.) China, oder: Triumph der Hegemonialordnung

Bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden in China – noch zu Zeiten der Guomindang-Regierung – sowohl eine (ehrenamtlich geführte) Außenhandelsstelle der Bundeswirtschaftskammer als auch ein österreichisches Konsulat eröffnet. Nach dem Sieg der Kommunisten im Bürgerkrieg wurde dann jedoch die neu entstandene Volksrepublik China vom Westen unter Quarantäne gestellt. Ganz im Einklang mit dieser Politik schloss

Österreich sowohl die Außenhandelsstelle (1949) als auch das Konsulat (Anfang 1950). Mit Beginn des Korea-Kriegs verschärfte sich unter direktem Einfluss der USA die Genehmigungspraxis bei österreichischen Exporten nach China.[637] Auf Ablehnung stieß diese Entwicklung bei der KPÖ, die nicht nur ein Durchbrechen der »von Amerika aufgerichteten Grenzen und Schranken gegen den Osthandel«[638] verlangte, sondern zugleich als Vertreterin nationaler Exportinteressen auftrat, gemäß der »feste[n] Überzeugung« des Abgeordneten Fischer, »daß auch Österreich aus Handelsbeziehungen mit China [...] viel mehr herauszuholen vermöchte, als es bisher herausgeholt hat«[639]. Darin stimmte er mit Vertretern des österreichischen Kapitals überein, etwa der Industriellenvereinigung, die in den 1950er Jahren mit der Gründung eines »China-Ausschusses« die Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren versuchte.[640]

Zwar kam es in den Jahren nach dem Staatsvertrag, als der direkte Einfluss der USA auf die österreichische Exportpolitik verschwand, zu einer liberaleren Handhabung der Ausfuhrgenehmigungen und einem entsprechenden Ansteigen der Exporte, dennoch blieben diese hinter den Vergleichsziffern einiger westeuropäischer Staaten deutlich zurück. Als Haupthindernis für eine günstigere Entwicklung galt die fehlende diplomatische Anerkennung der Volksrepublik China durch Österreich, wie auch das Institut für Wirtschaftsforschung 1960 feststellte: »Der Mangel offizieller Beziehungen könnte [...] den Handelsaustausch mit China erschweren. Die Entscheidung darüber fällt freilich ausschließlich in die Kompetenz der *Außenpolitik* Österreich. Vom *wirtschaftlichen Standpunkt* kann aber die Dringlichkeit und Bedeutung einer solchen Entscheidung nicht genug unterstrichen werden. [Hervorhebungen im Original]«[641] Das Drängen der österreichischen Exportindustrie auf eine diplomatische Anerkennung Chinas, das schließlich in verhaltener Form auch von der SPÖ unterstützt wurde,[642] stieß allerdings auf die Ablehnung der ÖVP, die darin der US-amerikanischen Linie

---

[637] Vgl. Manfred W. K. Fischer: Die Entwicklung der österreichisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen von 1949 bis 1971. Diplomarbeit, Salzburg 1987, S. 23 f.

[638] Ernst Fischer, in: NR-Protokolle, VII.GGP/16, 9.7.1953, S. 456.

[639] Ebda., S. 458.

[640] Vgl. Fischer, Entwicklung der österreichisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen, S. 30.

[641] Österreichs Handel mit China. In: Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 33, 1960, H. 1, S. 32.

[642] Der ehemalige Vizekanzler Pittermann wies darauf hin, dass die »verantwortlichen Vorstände mancher Unternehmungen [...] ihre Bemühungen auch darauf gerichtet [haben], sich den größten derzeit in der Welt bestehenden geschlossenen Markt in der Volksrepublik China und allenfalls noch kleinere in der Nachbarschaft zugänglich zu machen.« Die »sorgfältige Pflege aller erreichbaren Märkte«, fügte er an, sei »eines der wichtigsten Gebote und eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik der Regierung«, und vergaß nicht darauf hinzuweisen, »daß in Peking NATO-Staaten vertreten sind, die ordentliche diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China unterhalten.« (NR-Protokolle, XI.GGP/78, 7.12.1967, S. 6367.) Was die konkrete Haltung seiner

folgte. Lediglich unterhalb der staatlichen Ebene kam es zu einer institutionellen Absicherung der Wirtschaftsbeziehungen, als die chinesische Handelskammer und die österreichische Bundeswirtschaftskammer 1964 ein Handelsabkommen abschlossen, auf dessen Grundlage Außenhandelsstellen in Peking beziehungsweise Wien eingerichtet wurden.

Erst die Neuorientierung der US-amerikanischen China-Politik Anfang der 1970er Jahre ermutigte die (mittlerweile sozialdemokratische) österreichische Regierung, die Volksrepublik China diplomatisch anzuerkennen. Zwei Jahrzehnte hatte es also gedauert, bis die dem *containment*-Konzept der USA folgende österreichische Außenpolitik den Forderungen des österreichischen Kapitals entsprach.[643] Zu diesem Zeitpunkt, 1971, herrschte dann auch in allen Parlamentsparteien Zufriedenheit mit der getroffenen Entscheidung und großer Optimismus, was die Zukunft des österreichischen Handels mit China betraf.[644] Sie sollten Recht behalten.

Nachspann: Nachdem anlässlich des Tien'anmen-Massaker von Teilen des politischen Spektrums ökonomische Sanktionen gegen China verlangt wurden[645] und auch Außenminister Mock begrenzte Maßnahmen in Aussicht gestellt hatte (vgl. S. 132), dauerte es nicht lange, bis die bilateralen Beziehungen wieder völlig normalisiert waren. Im März 1993 brach Bundeskanzler Vranitzky zu einer ausgedehnten China-Reise auf, um »in einer Zeit konjunktureller Sorgen in Europa [...] der österreichischen Wirtschaft das Tor zum dynamischen Markt China weiter zu öffnen«[646]. Anfang 1994 wurde in Shanghai eine neue Außenhandelsstelle errichtet, im Sommer desselben Jahres stattete der chinesische Ministerpräsident Li Peng Österreich einen Besuch ab, in dessen Mittelpunkt erneut Wirtschaftsfragen standen. In diesem Fall hatten sich die Kapitalinteressen gegenüber den ursprünglichen Intentionen der Politik unein-

---

Partei betraf, hielt er sich jedoch bedeckt und meinte, es sei »durchaus möglich, daß auch wir als Opposition die Erwägungen der österreichischen Bundesregierung, die diplomatischen Beziehungen jetzt nicht aufzunehmen, sie für später in Aussicht zu stellen, teilen« (ebda.). Er verlangte lediglich Aufklärung darüber, welche Gründe die Regierung für ihre Politik geltend mache (vgl. ebda.).

[643] Außenminister Kirchschläger erinnerte 1971 daran, dass »aus österreichischen Wirtschaftskreisen [...] schon seit längerer Zeit die Anregung [kommt], den Realitäten bezüglich Chinas und den Ausbaumöglichkeiten unseres Handels Rechnung zu tragen.« (Kirchschläger, Rudolf: Außenpolitik vor neuen Impulsen. In: Die Republik, Jg. 7, 1971, H. 1, S. 9.)

[644] Vgl. Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XII.GGP/36, 3.3.1971, S. 2856; Karl Czernetz, in: ebda., S. 2860; Otto Scrinzi, in: NR-Protokolle, XII.GGP/44, 8.6.1971, S. 3268.

[645] So trat beispielsweise der grüne Abgeordnete Pilz für »schärfste wirtschaftliche Maßnahmen gegen die Volksrepublik China« ein (NR-Protokolle, XVII.GGP/107, 8.6.1989, S. 12492).

[646] Franz Vranitzky am 6.4.1993 gegenüber Journalisten, zit. nach Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 10. Wien: Böhlau 1993, S. 288. Auch für den damaligen Wirtschaftsminister Schüssel war der Besuch Vranitzkys in China »insofern zweckmäßig, weil er sowohl zur Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und zur Sicherung von Aufträgen für Großbetriebe des Anlagenbaues als auch für Zulieferbetriebe kleiner und mittlerer Größe beitragen kann.« (II-10309 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 18. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 23.6.1993 [4658/AB].)

geschränkt behauptet – nicht zuletzt deshalb, weil hinter letzteren lediglich moralische Empörung stand und nicht wie in den Jahren vor 1971 der Druck der Hegemonialmacht.

2.) Iran, oder: Triumph des nationalen Interesses

Im Anschluss an die Ölkrise des Jahres 1973 intensivierten sich die Wirtschaftsbeziehungen zum Iran in einem Ausmaß, das ihn zwischen 1974 und 1980 zum zweitgrößten außereuropäischen Exportmarkt nach den USA, zu einem der bedeutendsten Aufnahmeländer für österreichische Kapitalexporte sowie zu einem der wichtigsten Erdöllieferanten werden ließ.[647] Im Jahr 1978 erklärte sich der Iran sogar bereit, den in Zwentendorf zu erwartenden Atommüll aufzunehmen.

Diese umfangreichen Wirtschaftsinteressen waren vermutlich der wichtigste Grund dafür, warum sich Österreich nach der Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran nicht an den von den USA verhängten Sanktionen beteiligte (vgl. S. 110), obwohl es so wie andere westliche Staaten darum ersucht wurde. In der ersten Hälfte der 1980er Jahre blieben die Exportziffern relativ hoch, gleichzeitig avancierte Österreich »zu einer wichtigen Drehscheibe für den iranischen Transithandel in Europa«[648]. Firmen wie Simmering-Graz-Pauker konnten selbst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre noch Großaufträge im Iran an Land ziehen.[649] Von iranischer Seite äußerte man »großes Interesse an Importen aus Österreich« und an »Beziehungen zu Ländern mit fortschrittlicher Technologie«, zumal wenn sie keinem der beiden großen Machtblöcke angehörten.[650] Obwohl der Iran von den USA – zumindest offiziell – weiterhin geächtet wurde, obwohl österreichische Politiker aus der zweiten Reihe der Regierungsparteien (sowie der Grünen) die Menschenrechtssituation massiv kritisierten und obwohl es verschiedene Anlässe gegeben hätte, die Beziehungen zu reduzieren, intensivierten sich diese im Lauf der Jahre (vgl. S. 139). »Es spielt sicher eine Rolle,« merkte die sozialdemokratische Abgeordnete Karlsson 1994 an, »daß der Iran der wichtigste außereuropäische Handelspartner Österreichs ist. Einem Geschäftsfreund sagt man nicht gerne, daß in seinem Lande schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden [...].«[651]

---

[647] Vgl. Fallah-Nodeh/Kramer, Österreich und die Entwicklungsländer, S. 15 ff.
[648] Ebda, S. 16.
[649] Ebda., S. 16.
[650] Außenminister Velayati auf einem Empfang anlässlich des Besuchs von Außenminister Lanc im Iran, zit. nach Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 1. Wien: Böhlau 1984, S. 173.
[651] NR-Protokolle, XVIII.GGP/150, 20.1.1994, S. 17375.

Das Erstaunliche im Fall Iran liegt weniger darin, dass die Menschenrechtsrhetorik der österreichischen Politiker von Kapitalinteressen konterkariert wurde (dieses Phänomen ließe sich am Beispiel anderer Staaten – von Südafrika bis Indonesien – in ähnlicher Deutlichkeit demonstrieren), sondern darin, dass Österreich hier, so hat es den Anschein, aus ökonomischen Gründen gegen die Linie der Hegemonialmacht verstieß. Ähnlich wie Österreich verhielten sich allerdings eine Reihe westeuropäischer Staaten (etwa die BRD) und stießen in jenes ökonomische Vakuum vor, das die USA hinterlassen hatten. Somit fügen sich die österreichischen Partikularinteressen erneut in einen größeren internationalen Kontext ein, allerdings nicht in eine fest gefügte Hegemonialordnung, sondern in das Konkurrenzverhältnis zwischen unterschiedlichen kapitalistischen Zentren.

3.) Waffenexporte, oder: Das schwierige Verhältnis von Politik und Ökonomie

Eine dritte und letzte Miniatur soll zeigen, wie sich weitgehend unbemerkt (und zum Teil in offenem Gegensatz zu proklamierten politischen Grundsätzen) ökonomische Entwicklungen durchsetzen, die dann, wenn sie sichtbar werden, auf unterschiedliche Weise mit der Politik interagieren – in diesem Fall bewegen wir uns allerdings nicht im Kontext globaler Kräfteverhältnisse, sondern innerstaatlicher.

Um die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Schwerindustrie abzufangen, erfolgte seit Mitte der 1970er Jahre eine Diversifizierung der Produktion in Richtung Rüstungsgüter. Vertreter aller drei Parlamentsparteien bekannten sich zur österreichischen Waffenproduktion und akzeptierten die Notwendigkeit, die Erzeugnisse auch zu exportieren – sofern die Neutralität nicht verletzt werde.[652] Ganz im Sinne des oben beschriebenen Zusammenhangs zwischen staatlicher Politik und Kapitalinteressen versuchte Verteidigungsminister Lütgendorf, wie er sagte, »die bestehenden Kontakte zwischen dem Verteidigungsressort und den Wirtschaftsunternehmungen zu vertiefen« und, »soweit es möglich war, die Unternehmungen bei ihren Exportbemühungen zu unterstützen.«[653] Unterhalb der politischen Wahrnehmungsschwelle blieben allerdings die Dimensionen der Exportgeschäfte (1978 war Österreich zum siebentgrößten westlichen Rüstungsexporteur aufgestiegen) sowie der Umstand, dass ca. 80 Prozent der Ausfuhren in die Dritte Welt gingen.[654]

---

[652] Vgl. Karl Blecha, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/46, 26.1.1977, S. 4423; Sixtus Lanner, in: Ebda., S. 4438.
[653] NR-Protokolle, XIV.GGP/46, 26.1.1977, S. 4436.
[654] Vgl. Herbert Denk: Oberstes Ziel: Die Unabhängigkeit Österreichs. Dreißig Jahre österreichische Außenpolitik: Eine Darstellung. In: International, 1985, H. 1, S. 39.

Während in der entwicklungspolitischen Debatte Militarisierung und hohe Rüstungsausgaben in der Dritten Welt zunehmend als Problem betrachtet wurden (vgl. S. 195), lieferten Österreichs Betriebe (meist aus dem staatsnahen bzw. verstaatlichten Sektor) Munition, Gewehre, Artilleriewaffen und Panzer in Länder wie Argentinien, Marokko, Bolivien, El Salvador und Syrien. Die allmählich wachsende Kritik an diesen Aktivitäten, hauptsächlich von seiten linker Sozialdemokraten sowie der Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung, kulminierte, als 1980 die geplante Lieferung von über hundert Panzern an die chilenische Militärdiktatur bekannt wurde. Die sozialdemokratische Regierung, hin- und hergerissen zwischen den Ansprüchen der Rüstungsindustrie und der Sorge, auf der linken Seite des politischen Spektrums Wählerstimmen zu verlieren, entschied sich dafür, den Waffenexporteuren gewisse, in der Praxis relativ lose, Fesseln anzulegen. Nicht nur, dass im Fall Chile der Panzerexport unterbunden wurde, man änderte auch die gesetzlichen Grundlagen und ergänzte das 1977 erlassene Kriegsmaterialgesetz um das Verbot von Lieferungen in Konfliktregionen (1982) sowie um eine Menschenrechtsklausel (1983).[655]

Das angemessene Verhältnis zwischen ökonomischen Interessen und moralisch bestimmter politischer Regulation blieb für einige Jahre heftig umstritten. In allen Parteien fanden sich Politiker, die dafür eintraten, »daß ethischen Fragen bei den Waffenexporten Vorrang zu geben«[656] sei, oder gar kategorisch meinten, sie seien »absolut gegen Waffenlieferungen in die Dritte Welt«.[657] Obwohl ÖVP-Obmann Mock 1984 »konkrete Schritte zur Reduzierung der Rüstungsexporte«[658] einmahnte, waren es vor allem Vertreter seiner Partei, die sich zu Anwälten der Rüstungsbetriebe machten. Bereits anlässlich des von der Regierung untersagten Chile-Geschäfts bedauerte Ludwig Steiner, dass auf diese Weise »eine österreichische Firma als Lieferant [...] an Vertrauen bei ihren Kunden«[659] verliere. Als wenige Jahre später der Export von Panzern nach Marokko zur Diskussion stand, war es erneut die ÖVP, die in einer dringlichen parlamentarischen Anfrage die ablehnende Haltung des Innenministers »und Polisario-Freund[es] Karl Blecha« dafür verantwortlich machte, dass »bei einem Scheitern dieses

---

[655] Vgl. Fallah-Nodeh, Österreich und die OPEC-Staaten, S. 125.

[656] Friedhelm Frischenschlager: Brot – Freiheit – Friede. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1983, H. 4, S. 14. Frischenschlager betonte allerdings im gleichen Atemzug, dass diese Position innerhalb der FPÖ »nicht unwidersprochen ist« (ebda.). Ganz ähnlich Heinz Fischer, der »dem moralischen Gesichtspunkt bei sorgfältiger Abwägung aller anderen Umstände den Vorzug geben« wollte (Heinz Fischer: »Die Grenzen eines Kleinstaates überschritten«. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1983, H. 4, S. 10).

[657] Heribert Steinbauer: Der Gedanke der Hilfe darf nicht verschwinden. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1983, H. 4, S. 17.

[658] Mock, Außenpolitische Erklärung 1984, S. 250.

[659] NR-Protokolle, XV.GGP/133, 1.12.1982, S. 13516.

geplanten Geschäftes [...] ein zweites Mal für die Steyr-Werke ein großer Schaden entstehen« würde.[660]

Obwohl die staatlichen Genehmigungen für Waffenexporte relativ großzügig gehandhabt wurden (selbst der Panzerexport nach Marokko kam schließlich zustande), erwies sich die geltende Praxis dennoch, zumindest nach Ansicht des ÖVP-Abgeordneten Khol, als »schwerwiegender Wettbewerbsnachteil«[661]. Die Rüstungsunternehmen reagierten auf die Einschränkungen, indem sie verstärkt zur Lizenzproduktion in anderen Ländern übergingen[662] – und indem sie Waffen illegal exportierten. Der Noricum-Skandal Mitte der 1980er Jahre, der mit der Lieferung von Artilleriegeschützen an beide Konfliktparteien des Ersten Golfkriegs begann und mit dem Rücktritt von Innenminister Blecha endete, kann als Resultat des ambivalenten Verhältnisses zwischen Politik und Ökonomie im Bereich der Rüstungsproduktion gelten: Man verfügte aus innenpolitischen Gründen gesetzliche Restriktionen, nahm aber billigend in Kauf, dass sich die Kapitalinteressen auch auf illegalen Wegen durchsetzen ließen.

Vielleicht vermochten diese drei Beispiele anzudeuten, auf welch enge und gleichzeitig vielfältige Weise wirtschaftliche Aspekte mit anderen Determinanten der österreichischen Außenpolitik verwoben waren. Bereits ab einem sehr frühen Zeitpunkt spielte die Ökonomie in den Beziehungen Österreichs zur Dritten Welt diese bedeutende Rolle und beeinflusste die Wahrnehmung der südlichen Hemisphäre (bzw. trug dazu bei, dass Lateinamerika, Afrika und Asien überhaupt wahrgenommen wurden). Zu den ersten politischen Äußerungen, in denen auf die außereuropäische Peripherie Bezug genommen wurde, zählten jene, in denen diese Gebiete als potentielle Absatzmärkte entdeckt wurden. So bedauerte es Viktor Reimann Anfang der 1950er Jahre, dass man es verabsäumt habe, sich »nach neuen Märkten, vor allem im Vorderen Orient,«[663] umzusehen, nachdem Österreich durch den Kalten Krieg einen wesentlichen Teil seiner traditionellen Handelsverbindungen verloren hatte. Während Wilfried Gredler auf dem indischen Subkontinent »für die österreichische Wirtschaft enorme

---

[660] NR-Protokolle, XVI.GGP/93, 12.6.1985, S. 8428.

[661] Als Grund nannte Khol den Umstand, dass »Exportgenehmigungen jederzeit widerrufen werden können«. Stattdessen verlangte er für den Fall eines positiv abgeschlossenen Genehmigungsverfahrens Liefergarantien (Andreas Khol: Für ein klares, rechtsstaatliches Waffenexportrecht! In: Österreichische Monatshefte, Jg. 44, 1988, H. 2, S. 16).

[662] Vgl. Fallah-Nodeh, Österreich und die OPEC-Staaten, S. 125 f.

[663] NR-Protokolle, VI.GGP/67, 6.12.1951, S. 2484.

Chancen«[664] witterte, erblickte Barthold Stürgkh in den »neuen Staaten im Nahen und Fernen Osten [...] ein unermeßliches Feld, namentlich für den Absatz industrieller und gewerblicher Erzeugnisse«[665]. Die meisten Äußerungen der 1950er und 1960er Jahre betonten die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten, die Dynamik, die Weite der peripheren Regionen (ohne erkennbare geographische Vorlieben). Fast fühlt man sich an die europäische Expansion vorangegangener Jahrhunderte erinnert, wenn von den »großen weißen Flecken in den weltpolitischen Märkten«[666] die Rede war oder davon, »daß noch große Märkte für uns zu erobern sind«[667]. Der Ausbau der diplomatischen Beziehungen zu Staaten der Dritten Welt, wie er vor allem in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre stattfand (vgl. S. 89), muss – neben anderen Faktoren – als Ausdruck des in allen Parlamentsparteien sich manifestierenden Interesses interpretiert werden, diese Gebiete als Absatzmärkte für die österreichische Exportindustrie zu erschließen. Dennoch soll hier nicht der Eindruck entstehen, als hätten die ökonomischen Ambitionen hauptsächlich (oder auch nur zu einem wesentlichen Teil) der südlichen Hemisphäre gegolten – tatsächlich standen sie stets im Schatten der Diskussionen rund um die Integration in EFTA bzw. EWG.

In diese Richtung verlief auch die reale Entwicklung, nahm doch die Konzentration des österreichischen Außenhandels auf die beiden westeuropäischen Wirtschaftszonen sowie – ein österreichisches Spezifikum – Osteuropa seit den späten 1950er Jahren zu. Parallel dazu ging die relative Bedeutung der Handelsbeziehungen zur Dritten Welt zurück. Zwar wuchsen die entsprechenden Importe und Exporte in absoluten Zahlen, ihr prozentueller Anteil fiel jedoch kontinuierlich: von 14,85 Prozent der österreichischen Gesamtexporte (bzw. 8,78 Prozent der Gesamtimporte) im Jahr 1958 auf 9,2 Prozent (bzw. 6,99 Prozent) im Jahr 1968.[668] Ein Vergleich mit Schweden und der Schweiz zeigt für das Jahr 1963 eine Exportstruktur, deren Merkmale sich auch in den folgenden Jahrzehnten nicht gänzlich verloren: Während der Anteil der Exporte nach Westeuropa etwa im Bereich der anderen beiden Staaten lag (bei knapp 70 Prozent), lag der Anteil der Exporte nach Osteuropa signifikant über (nämlich bei 17,4 Prozent gegenüber 5,8 [Schweden] und 3,5 Prozent [Schweiz]), jener nach Lateinamerika (1,3 Prozent gegenüber 4,6 [Schweden] und 6,7 Prozent [Schweiz]) signifikant unter den jeweili-

---

[664] NR-Protokolle, VII.GGP/16, 9.7.1953, S. 475.
[665] NR-Protokolle, VII.GGP/67, 1.12.1954, S. 2664.
[666] NR-Protokolle, XI.GGP/169, 16.12.1969, S. 14535.
[667] NR-Protokolle, XI.GGP/120, 3.12.1968, S. 9863.
[668] Vgl. Werner Melis: Österreichs Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern unter Berücksichtigung der Politik im Rahmen internationaler Organisationen und Abkommen. Wien: Jupiter-Verlag 1970, S. 67.

gen Vergleichswerten, jener nach Afrika wich nicht allzu stark nach unten ab (2,1 gegenüber 3,7 bzw. 3,9 Prozent), und im Asien-Export übertraf Österreich anteilsmäßig zwar Schweden, blieb aber hinter der Schweiz weit zurück (4,6 gegenüber 3,7 und 9,2 Prozent).[669]

Diese »regionale ›Monokultur‹ des Außenhandels«[670] wurde zwar in einzelnen Äußerungen ebenso bedauert wie der Umstand, dass »unsere Exportwirtschaft [...] gewisse Positionen in Entwicklungsländern [...] im Hinblick auf die günstige und anhaltende Konjunktur in Europa vernachlässigt«[671] habe. Die Tendenzwende wurde dann aber nicht durch die zaghaften Versuche herbeigeführt, die Exportstruktur zu diversifizieren,[672] sondern durch die Rezession in den kapitalistischen Zentren und die gleichzeitig steigende Nachfrage in peripheren Regionen. In den 1970er Jahren nahm der Warenverkehr mit der Dritten Welt nicht nur in absoluten Zahlen rapide zu, auch sein Anteil am österreichischen Gesamtimport und -export verdoppelte sich gegenüber den 1960er Jahren (zumindest vorübergehend).[673] Diese strukturellen Verschiebungen im Außenhandel äußerten sich zwar in der politischen Praxis (u.a. durch die verstärkte Reisetätigkeit in OPEC-Staaten), blieben aber in der politischen Diskussion weitgehend ausgeblendet. Auch die früheren Bemühungen um eine Diversifizierung des Außenhandels lassen sich in den Debatten der 1970er Jahren kaum noch nachweisen – es hat den Anschein, als hielten die Politiker die in diese Richtung wirkenden ökonomischen Prozesse, die diplomatischen Hilfestellungen sowie die generell stärkere Ausrichtung der Außenpolitik auf die Dritte Welt für ausreichend und konzertierte politische Impulse für überflüssig.[674]

Stattdessen rückte ein anderes außenwirtschaftliches Problem in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, das zuvor nur kurz, während der Suez-Krise des Jahres 1956,[675] Anlass zur

---

[669] Vgl. Otto Steckelhuber: Struktur und Entwicklung des österreichischen Außenhandels. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1964, S. 19.

[670] Carl. H. Bobleter, zit. nach Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 4, 1964, H. 6, S. 369.

[671] Kurt Waldheim: Der österreichische Weg. Aus der Isolation zur Neutralität. Wien/München/Zürich: Molden 1971, S. 224 f.

[672] Etwa in Form der Entwicklungshilfe oder durch die Aktivierung der diplomatischen Vertretungen, wie dies der Bericht von Außenminister Waldheim über die regionale Botschafterkonferenz in Caracas 1969 dokumentiert (vgl. NR-Protokolle, XI.GGP/175, 21.1.1970, S. 14895 f.).

[673] Vgl. Jan Stankovsky: Österreichischer Außenhandel mit den Entwicklungsländern. Wien: Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche 1978 (=Reprint-Serie. 36.), S. 5. Dennoch lag Österreichs Anteil an den globalen Exporten in die Dritte Welt (0,4–0,6 Prozent) auch in den 1970er Jahren deutlich niedriger als sein Anteil am gesamten Weltexport (1,3–1,5 Prozent; vgl. Helmut Kramer: Österreich im Nord-Süd-Konflikt. In: Österreich im internationalen Kräftefeld, hrsg. von Heinz Gärtner [u.a.]. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1990, S. 167).

[674] Allerdings hätte die Realisierung des »Marshall-Plans für die Dritte Welt« diesen Effekt gehabt – jedoch völlig außerhalb der Normalität des Außenhandels und nur auf bestimmte Regionen beschränkt (vgl. S. 184).

[675] Vgl. u.a. Karl Czernetz, für den »Europas Energiewesen [...] durch den Suez-Konflikt in eine prekäre Lage geraten« war (NR-Protokolle, VIII.GGP/15, 6.12.1956, S. 490).

Sorge gegeben hatte: die Versorgung mit Rohstoffen, namentlich mit Erdöl. Dass die österreichische Außenpolitik sich in den 1970er Jahren verstärkt dem Nahen Osten zuwandte, lag unter anderem daran, wie Kreisky rückblickend erläuterte, dass »diese Region für die Energieversorgung Europas von entscheidender Bedeutung ist. Mit zu den Gründen, die mich immer wieder veranlaßt haben, mich mit diesen Problemen zu beschäftigen, gehört diese Tatsache. Denn mir war immer klar, daß, wenn es nicht zu einer Ruhigstellung dieser Region kommt, die europäische Erdölversorgung in einer Weise gefährdet werden wird, daß wir alle miteinander eigentlich in eine Katastrophe schlittern.«[676] Bereits 1974, unter dem unmittelbaren Eindruck der Ölkrise, hatte Kreisky auf den relativ geringen Eigenversorgungsgrad Österreichs bei Erdöl hingewiesen und »erkannt, wie sehr unsere Vollbeschäftigung, unser Wirtschaftswachstum und vieles andere abhängig ist von den Ölquellen Saudiarabiens, Libyens, des Iraks, Irans«[677].

Das Interesse galt jedoch über das Erdöl hinaus den Rohstoffen an sich. Diese Frage veranlasste nicht nur Außenminister Pahr 1980, als einen außenpolitischen Schwerpunkt die »Förderung der Wirtschaftsdiplomatie zur Sicherung und Diversifizierung unserer Energie- und Rohstoffversorgung und zur Erschließung neuer Märkte«[678] zu nennen, sondern begünstigte auch Österreichs relativ konziliante Haltung in den Verhandlungen über das Integrierte Rohstoffprogramm (vgl. S. 178). In den Beziehungen zu Südafrika spielten Rohstoffe ebenfalls eine wesentliche Rolle, speziell Mitte der 1970er Jahre, als die sozialdemokratische Regierung eine gewisse Skepsis gegenüber Plänen der VÖEST erkennen ließ, sich an einem Hüttenwerk in Südafrika zu beteiligen.[679] Speziell die ÖVP nahm dies zum Anlass, auf die unzureichende Rohstoffbasis der österreichischen Stahlindustrie hinzuweisen[680] und sprach »von einer bestimmten Lebensnotwendigkeit, daß sich der Konzern den Zugang zu billigen

---

[676] Bruno Kreisky: Rede auf dem SPÖ-Parteitag 1981. In: Sozialistische Partei Österreichs: Protokoll 1981. 26. ordentlicher Bundesparteitag, 22.-24. Mai in Graz. Wien: Eigenverlag 1981, S. 82.

[677] Bruno Kreisky: Ein Prozeß des Umdenkens zum Parteitag 1974. In: Die Zukunft, 1974, H. 1/2, S. 3. Dementsprechend spielte bei Besuchen österreichischer Regierungsmitglieder in OPEC-Staaten die möglichst kostengünstige Lieferung von Erdöl wiederholt eine prominente Rolle (vgl. Fallah-Nodeh, Österreich und die OPEC-Staaten, S. 32 f.).

[678] Pahr, Vortrag anläßlich des 25. Jahrestages der Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen, S. 353.

[679] Kreisky hatte in einem Brief an die ÖIAG »auf die Möglichkeit von Verlusten bedeutender Märkte in Schwarzafrika und anderen Ländern der Dritten Welt« als Reaktion auf ein wirtschaftliches Engagement in Südafrika hingewiesen (NR-Protokolle, XIII.GGP/139, 19.3.1975, S. 13471). Gleichzeitig betonte Außenminister Bielka, Österreich habe »keinerlei Absichten, die weiteren Geschäftsverbindungen mit diesem Land in irgendeiner Weise zu unterbinden.« (NR-Protokolle, XIII.GGP/140, 20.3.1975, S. 13643.)

[680] Vgl. Stephan Koren, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/139, 19.3.1975, S. 13466.

Rohstoffquellen verschafft«[681]. Das Thema Rohstoffversorgung verschwand in jener Phase (in den frühen 1980er Jahre) aus der politischen Debatte,[682] als die Marktmacht der meisten Rohstoffproduzenten der Dritten Welt mit dem Ausbruch der Schuldenkrise gebrochen war und fortan weder Versorgungsengpässe noch exorbitante Preissteigerungen zu erwarten standen.

Diese Entwicklung hatte jedoch ihre Kehrseite, denn mit der Schuldenkrise und dem gleichzeitigen Verfall des Ölpreises nahm die Importkapazität der meisten peripheren Länder rapide ab. Dementsprechend gingen die österreichischen Exporte in die Dritte Welt deutlich zurück: Ihr Anteil am österreichischen Gesamtexport, der 1975 noch bei 16,5 Prozent und 1985 immer noch bei 12 Prozent gelegen hatte, betrug in der ersten Hälfte der 1990er Jahre nur noch etwa 8 Prozent.[683] Nun widmeten sich die Politiker angesichts der Absatzschwierigkeiten in der Peripherie und der in Österreich immer fühlbarer werdenden Wirtschaftskrise wieder vermehrt den Perspektiven des Außenhandels. Doch diesmal galt nicht die gesamte Dritte Welt als »wirtschaftliches Hoffnungsgebiet«[684], sondern lediglich bestimmte Regionen: der arabisch-islamische Raum[685] sowie seit Mitte der 1980er Jahre vor allem die Länder Südost- und Ostasiens.

In der politischen Diskussion während des gesamten Untersuchungszeitraums kaum wahrnehmbar war eine in anderen Staaten wichtige Facette der Außenbeziehungen: die Frage der Direktinvestitionen in der Dritten Welt.[686] In diesen diskursiven Proportionen spiegelten sich somit die realen Proportionen einer von Klein- und Mittelbetrieben dominierten Ökonomie, die vom Export abhängig war, während Direktinvestitionen in viel höherem Maß nach Öster-

---

[681] II-903 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 14. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 23.6.1976.

[682] Die einzige Ausnahme bildeten einige wenige ökologisch argumentierende Stellungnahmen, die vor der allgemeinen Erschöpfungen natürlicher Ressourcen warnten.

[683] Vgl. Höll, Entwicklungspolitik, S. 778.

[684] Als solches bezeichnete Alois Mock »die islamische Welt« (Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 302.

[685] Handelsminister Steger nannte 1985 als Schwerpunkte der Außenhandelsförderung folgende Regionen in folgender Rangordnung: 1) EG/EFTA, 2) COMECON, 3) arabischer Raum, 4) Ostasien (vgl. NR-Protokolle, XVI.GGP/122, 13.12.1985, S. 10766).

[686] Im Quellenkorpus stößt man nur an zwei Stellen auf dieses Thema: Im einen Fall verlangte ein ÖVP-Abgeordneter 1971 den Abschluss von Investititonsschutzabkommen (Helmut Frauscher, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/9, 7.12.1971, S. 515); wenige Monate zuvor hatte Außenminister Kirchschläger erklärt, dass Österreich »wegen des verhältnismäßig geringen Umfanges der österreichischen Investitionstätigkeit im Ausland« am Internationalen Investitionsversicherungssystem der Weltbank nicht teilnehmen werde (II-824 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 12. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 16.2.1971 [363/AB]).

reich flossen als von Österreich ins Ausland (und von diesen wiederum nur ein Bruchteil in die Dritte Welt).[687]

[687] Vgl. Melis, Österreichs Wirtschaftsbeziehungen, S. 111 sowie Waltraud Urban: Österreichische Direktinvestitionen im Ausland im Lichte der internationalen Entwicklung von 1945 bis heute. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 208.

3 Die entwicklungspolitische Debatte

3.1 Phase 1: Die entwicklungspolitische Debatte bis 1970

Einer jener Bereiche, den wir aus den zahlreichen Puzzleteilchen des Untersuchungsmaterials relativ mühsam rekonstruieren müssen, sind die im öffentlichen Diskurs erkennbaren entwicklungspolitischen Diagnosen und Strategien sowie die darin durchschimmernden entwicklungstheoretischen Prämissen. Dabei fällt für die ersten fünfzehn Jahre des Untersuchungszeitraums zunächst vor allem die weitestgehende Vernachlässigung dieses Themenkomplexes auf.[688] Die zunächst von Staatsvertragsverhandlungen, UNO-Beitritt und Südtirolfrage absorbierte außenpolitische Aufmerksamkeit begann sich erst seit Ende der 1950er Jahre ganz langsam und am Rande den sozioökonomischen Verhältnissen in der Dritten Welt zuzuwenden. Doch es blieb zunächst bei einer schemenhaften Wahrnehmung, die in der Dritten Welt außer Hunger, Analphabetismus und rasantem Bevölkerungswachstum wenig zu erkennen vermochte.[689] Vor allem letzteres wurde unter dem Stichwort »Bevölkerungsexplosion« – von der »größere Explosionsgefahren als bei den nuklearen Bomben«[690] ausgingen – zum Inbegriff jener Probleme, von denen man die so genannten Entwicklungsländer geplagt sah. Der wiederholte Rekurs auf Metaphern wie Lawine oder Explosion als Ausdruck des Naturhaften, Jähen entsprach dem völligen Fehlen struktureller Erklärungen für die genannten Phänomene. In eine ähnliche, biologistische Richtung wies eine Rede Kreiskys aus dem Jahr 1958, in der er den »Hunger und das Elend« in der Dritten

---

[688] Die einzige Ausnahme stellen einige Äußerungen des SPÖ-Politikers Karl Czernetz dar, die er aber signifikanterweise nicht im Parlament von sich gab, sondern lediglich in der »Zukunft« (vgl. Karl Czernetz: Die revolutionäre Milliarde. In: Die Zukunft, 1952, H. 5, S. 135–141).

[689] Von einer »dreifachen Lawinengefahr der Menschheitsentwicklung« schrieb Karl Czernetz, der »Gefahr der rasch anwachsenden Lawine der Bevölkerungsvermehrung; der Lawine des wachsenden Hungers; der Lawine des anwachsenden Analphabetismus« (Karl Czernetz: Nochmals: Kommt ein dritter Weltkrieg? In: Die Zukunft, 1964, H. 15/16, S. 24).

[690] So derselbe Karl Czernetz in einer Parlamentsdebatte des Jahres 1959 (NR-Protokolle, IX.GGP/14, 2.12.1959, S. 373). Es gebe jedoch »einen beruhigenden Faktor«, meinte Czernetz ein Jahr später, nämlich jenen, »daß die ersten Trümmer einer solchen Bevölkerungsexplosion den Russen auf den Kopf fallen werden« (NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2194). Einen ganzen Artikel widmete der sozialdemokratische Nationalratsabgeordnete Winkler der »Gefahr der Überbevölkerung«, die er allerdings mit Hilfe von (land)wirtschaftlicher Modernisierung und besserer Aufklärung für überwindbar hielt (vgl. Ernst Winkler: Gefahr der Übervölkerung? In: Die Zukunft, 1963, H. 15, S. 20 f.).

Welt als »Krankheitserscheinungen« bezeichnete, »die mit den Metastasen eines Krebskranken verglichen werden können.«[691]

Die angenommenen Ursachen dieser Metastasenbildung erschließen sich meist erst über den Umweg jener raren entwicklungspolitischen Vorschläge, mit denen bestimmten, als Defizit empfundenen Erscheinungen zu Leibe gerückt werden sollte. Interessanterweise folgen dabei die Argumentationen im wesentlichen den großen Denkschulen jener Jahre. So macht etwa Peter Strasser Anleihen bei wachstums- und modernisierungstheoretischen Ansätzen, wenn er die fehlende Kapitalbildung ebenso konstatiert wie das Fehlen einer Unternehmerschicht.[692] Der Kapitalmangel wurde auch von Czernetz ins Treffen geführt, »ungeheure Investitionen des Westens«[693] seien erforderlich – wobei er bezweifelte, dass die notwendigen Mittel auf dem Kapitalmarkt aufzubringen seien. Eine Skepsis, die zu Beginn der 1960er Jahre auch vom damaligen Außenminister Kreisky geteilt wurde, der zwar einen massiven Kapitaltransfer für nötig, aber nach kapitalistischen Kriterien für unrentabel hielt.[694] Daher handle es sich letztlich, so Kreisky, um eine politische Entscheidung, die sich am besten am historischen Vorbild des Marshall-Plans orientieren sollte, vor allem an dessen »system of collective planning and programming«[695].

Dass vor allem sozialdemokratische Politiker die Rolle des Staates (auch im binnenökonomischen Bereich[696]) ebenso hervorhoben wie die zentrale Bedeutung wirtschaftlicher Planung, verwundert nur wenig – dass aber, wenn auch in geringerem Maß, bürgerliche Politiker wie Wilfried Gredler die Grenzen des Privatkapitals und die wichtige Funktion multilateraler staatlicher Hilfe betonten,[697] zeigt den breiten Konsens, der in jener Periode hinsichtlich der Notwendigkeit etatistisch geprägter Entwicklungspolitik bestand. Einzig der spätere Außen-

---

[691] Bruno Kreisky: Demokratie und Diplomatie. Rede vor dem Internationalen Diplomaten-Seminar, Schloß Kleßheim, 4.–17. August 1958. In: Ders., Reden, Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 66.

[692] Peter Strasser, Hilfe zur Selbsthilfe. In: Die Zukunft, 1962, H. 3, S. 66.

[693] NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2194. Konkret ging Czernetz davon aus, daß diese Investitionen »2 Prozent des Bruttonationalprodukts der Industriewelt« übersteigen müssten, um »die Bevölkerungslawine zu überholen, genug Fabriken, Kraftwerke, Straßen, Hafenanlagen, Flugplätze und Schulen – Schulen, Schulen und wieder Schulen – zu bauen, sodaß man überholen und abdämmen kann.« (Ebda, S. 2195.)

[694] Vgl. Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 2, 1962, H. 6, S. 372.

[695] Bruno Kreisky: Foreign Policy in the Affluent Society. Rede vor dem Dallas Council on World Affairs, Dallas, Texas, 18. Oktober 1965. In: Ders., Reden, Bd. 1, S. 657.

[696] »Der Aufbau der Industrie, der Ausbau des Handels wird im ganzen Orient unter maßgebendem Einfluß des Staates vor sich gehen«, schrieb Karl Czernetz 1952 (Czernetz, Die revolutionäre Milliarde, 1952, S. 140), und Peter Strasser sekundierte zehn Jahre später, »daß in diesen Ländern [=Entwicklungsländer] von allem Anfang an der Staat eine Vielfalt von Wirtschaftsfunktionen übernehmen muß.« (Strasser, Hilfe zur Selbsthilfe, 1962, S. 66).

[697] NR-Protokolle, IX. GGP/51, 6.12.1960, S. 2176.

minister Lujo Toncic-Sorinj erklärte bereits 1960, dass »sich der wirtschaftliche Aufbau eines solchen riesenhaften Raumes, der über die ganze Welt geht, überhaupt niemals durch staatliche Subventionen [...] durchführen läßt. Er läßt sich nur durchführen, wenn sich langsam Wirtschaftsordnungen entwickeln, wodurch das internationale Kapital, der Geldstrom der Welt sich mehr in diese Gebiete hineinverlagert.«[698] Relativ früh, nämlich 1965, warnte allerdings Bruno Kreisky, dass Kapitaltransfers in Kreditform mittelfristig zu einer massiven Verschuldung führen könnten und damit die ökonomische Situation nicht verbessern, sondern nachhaltig verschlechtern würden. Allerdings handelte es sich in seinen Augen bei diesem Szenario nicht um einen strukturellen Prozess, sondern um individuelle Fehlentscheidungen, um die unproduktive Verwendung der Mittel, namentlich für Repräsentationsausgaben.[699]

Relativ selten finden sich im Untersuchungsmaterial Positionen, die im modernisierungstheoretischen Sinne auf soziale und kulturelle Ursachen der »Unterentwicklung« rekurrierten. Die wenigen in diese Richtung zielenden Erklärungsversuche konzentrierten sich vor allem auf das niedrige Bildungsniveau, gingen aber zum Teil über die Notwendigkeit von Alphabetisierung und technischem Wissen hinaus und beklagten fehlende Leistungsbereitschaft, Innovationsfreude, Dynamik oder schlichtweg die »Unwissenheit und Unkultur«[700]. Diese Denkansätze reichten quer durch das politische Spektrum: So sah es Bruno Kreisky 1962 als »die große Aufgabe« an, »das Elend, den Hunger und die Ahnungslosigkeit der Massen anderer Kontinente zu überwinden. Unter Ahnungslosigkeit meine ich nicht nur die Dumpfheit ihres Lebens ohne Wissen und ohne Fähigkeit, sich Wissen anzueignen, sondern auch eines Lebens ohne die großen politischen und sozialen Visionen.«[701] Gredler erachtete es, ebenfalls zu Beginn der 1960er Jahre, nicht nur als nötig, »eine technische Intelligenz zu entwickeln«, sondern auch, »eine moderne Arbeitsmoral zu schaffen«[702].

---

[698] NR-Protokolle, IX. GGP/28, 23.3.1960, S. 1234.

[699] »[...] the people, having gained absolutely nothing from the transaction, are left carrying the burden of foreign currency outlays for debt servicing and repayment. Far from being of any help to a country, these uses of economic assistance in fact cannot but aggravate its economic plight. The day may not be far off when the indebtedness of the developing countries becomes so formidable that, no matter how generously treated, they still would have to lose their credit standing. What then?« (Kreisky, Foreign Policy in the Affluent Society, S. 657.) Auch vereinzelte andere Politiker nahmen bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Auslandsverschuldung der Dritten Welt als problematisch wahr, so Wilhelm Kos (NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2039) und Hertha Firnberg 1968 (NR-Protokolle, XI.GGP/120, 4.12.1968, S. 9914).

[700] Winkler, Gefahr der Übervölkerung?, S. 20.

[701] Bruno Kreisky: Die Rolle Österreichs im Rahmen der Entwicklungshilfe Europas. Europagespräch, Wien, 23. Juni 1962. In: Ders., Reden, Bd. 1, S. 352.

[702] NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2176.

So plastisch Bildungsmisere und technische Rückständigkeit geschildert wurden, so evident ist die völlige Vernachlässigung jenes exogenen Faktors, der mit den beklagten Phänomenen in ursächlichem Zusammenhang stand: des europäischen Kolonialismus, der im hier verhandelten Zeitraum für viele der betroffenen Staaten Gegenwart bzw. unmittelbare Vergangenheit bedeutete. Der Kolonialismus ist die große Leerstelle, die nahezu[703] alle frühen Analysen der Verhältnisse in der Dritten Welt kennzeichnet (vgl. dazu auch S. 78 und 87). Während sich die politische Linke damit begnügte, diese historische Epoche als abgeschlossen und weitere Diskussionen darüber als überflüssig zu betrachten (bereits 1962 gehörte der Kolonialismus für Außenminister Kreisky zur »Prähistorie«[704]), schrieb die politische Rechte – in den, wie gesagt, äußerst spärlichen Wortmeldungen zum Thema – der europäischen Kolonialherrschaft eine positive Rolle zu. So vor allem der österreichische Außenminister Lujo Toncic-Sorinj, der 1966 nicht nur die unter kolonialer Verwaltung erzielten Fortschritte in der medizinischen Versorgung pries[705], sondern auch konstatierte: »Manche Völker ehemals kolonisierter Räume würden entweder nicht bestehen oder nicht ihren derzeitigen Entwicklungsgrad erreicht haben, wenn die Schutzfunktion des heute so verpönten Kolonisators nicht zeitweise gewirkt hätte.«[706] Auch für die 1970er Jahre zeigt sich übrigens eine ähnliche, den Kolonialismus weitgehend ausblendende, Grundtendenz. Lediglich in zwei dem sozialdemokratischen Lager zuzurechnenden Äußerungen wurde »das Erbe kolonialer Vergangenheit« für die »zurückgebliebene Entwicklung«[707] der Dritten Welt verantwortlich gemacht – mehr Erklärungskraft maß man dem Kolonialismus offenbar nicht zu.

Ein weiterer exogener Faktor, der die sozioökonomischen Verhältnisse in der Dritten Welt über die Dekolonisierung hinaus prägte und bereits in den 1960er Jahren in erstaunlich hohem Maße als prägend wahrgenommen wurde, waren die globalen Handelsstrukturen. Hier lassen

---

[703] Der einzige, der einen Zusammenhang zwischen Kolonialismus und desaströsen sozioökonomischen Verhältnissen in der Dritten Welt herstellte, war Karl Czernetz – zumindest in Asien seien »wachsende Armut und ein entsetzlich tiefer Lebensstandard der ausgebeuteten Kolonialvölker« Folge des Kolonialismus gewesen (Czernetz, Die revolutionäre Milliarde, S. 139).

[704] Bruno Kreisky: Rede auf der Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft. Salzburg, 1. Juli 1962. In: Ders., Reden, Bd. 1, S. 360.

[705] Vgl. Toncic-Sorinj, Der Schutz der Kleinen in der Welt der Großen, S. 6.

[706] Ebda. Ähnlich äußerte sich der FPÖ-Abgeordnete Scrinzi, der die übereilte Dekolonisation für »Hunger, Seuchen, Extremismus, Nationalismus« in der Dritten Welt verantwortlich machte (NR-Protokolle, XI.GGP/78, 7.12.1967, S. 6345).

[707] Bielka, Armut und Reichtum, S. 229. Die zweite Wortmeldung stammte von Peter Schieder, der 1972 feststellte, »daß die heutige Lage der Entwicklungsländer in einem großen Ausmaß durch die Politik der europäischen Staaten in vergangenen Jahrhunderten hervorgerufen wurde.« (NR-Protokolle, XIII.GGP/53, 6.12.1972, S. 4626.)

sich zwei einander ergänzende Ansätze ausmachen, die beide in den Außenhandelsbeziehungen ein entscheidendes Element zur Erklärung, vor allem aber zur Verbesserung der Situation sahen: Die eine Position – parteipolitisch ebenso wenig zuzuordnen wie die andere – bewertete den Außenhandel grundsätzlich positiv und befürwortete seine Ausweitung, allerdings unter der Bedingung, über den Aufbau von Exportindustrien Volumen und Wert der Ausfuhren zu steigern; repräsentiert wurde sie in den 1960er Jahren vor allem durch Außenminister Kreisky und den ÖVP-Staatssekretär im Außenministerium, Carl Bobleter.[708] Als Mittel zum Zweck sollten einerseits großzügige Entwicklungsprojekte dienen, andererseits wurde (wenn auch nur sehr vereinzelt) ein Abbau des Protektionismus gegenüber Fertigwarenimporten aus der Dritten Welt gefordert.[709] Die andere Sichtweise rückte die für rohstoffexportierende Länder nachteiligen weltwirtschaftlichen Strukturen in den Mittelpunkt, insbesondere und ganz im Sinne Prebischs die Entwicklung der *terms of trade*. Dass sich diese immer mehr zu Ungunsten der Dritten Welt verschoben, darin stimmten PolitikerInnen von SPÖ, ÖVP und FPÖ überein.[710] Konsens bestand auch darüber, »daß die Entwicklungshilfe ein Faß ohne Boden bleibt, solange nicht die Stabilisierung der internationalen Rohstoffpreise gelingt.«[711] Außenminister Kreisky hielt »sehr weitgehende Pläne« für notwendig, um »den Völkern Afrikas und Asiens für die Produkte ihrer Arbeit gerechte Preise zu sichern«[712]. Dirigistische Maßnahmen zur Regulierung der Weltmarktpreise wurden also in den 1960er Jahren – wohl analog zu entsprechenden Mechanismen auf dem österreichischen Binnenmarkt – allgemein

---

[708] Vgl. Bobleter, Politische und wirtschaftliche Aspekte, S. 31 sowie ders.: Österreich vor der Aufgabe der Entwicklungshilfe. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 22, H. 7/8, 1966, S. 66; Bruno Kreisky: Muß sich Österreich an der Entwicklungshilfe beteiligen? Wien, 1. Dezember 1961. In: Ders., Reden, Bd. 1, S. 293.

[709] Der FPÖ-Abgeordnete Kos etwa sprach vom »Widersinn [...], daß die Industrieländer ihre Zollsysteme auf dem Grundsatz aufbauen, den unverarbeiteten Rohstoff am geringsten zu belasten, während die Belastung immer höher wird, je mehr die Materialien veredelt sind. Gerade dadurch werden aber die Entwicklungsgebiete als Lieferländer behindert, am Orte des Abbaues oder der Gewinnung die Veredelung selbst vorzunehmen und sich damit vielleicht einer industriellen Beschäftigung zuzuwenden« (NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2039).

[710] »Die Schere zwischen Import- und Exportpreisen entwickelt sich zuungunsten der Entwicklungsländer, ihre terms of trade verschlechtern sich von Jahr zu Jahr«, meinte etwa Hertha Firnberg 1963 (NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2065). Im gleichen Sinne und in derselben Parlamentssitzung äußerten sich auch die Abgeordneten Kos (FPÖ) und Stürgkh (ÖVP) sowie Außenminister Kreisky, der »katastrophale Folgen« des Preisverfalls bei Rohstoffen konstatierte (ebda, S. 2075).

[711] Strasser, Hilfe zur Selbsthilfe, S. 65. In die gleiche Richtung zielte der ÖVP-Abgeordnete Stürgkh: »Man soll doch diesen Völkern einen gerechten Preis für die Kaffee- und Kakaobohnen, für den Tee, für die Kokos- und Erdnüsse und so weiter zahlen. Denn auf die Dauer lebt kein Volk gerne nur von Almosen!« (NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2073). Auch die FPÖ plädierte in Person Wilfried Gredlers bereits 1960 für »die Stabilisierung der Rohstoffpreise« (NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2177).

[712] Bruno Kreisky: Einige Betrachtungen über die ideellen Grundlagen der Außenpolitik. Rede an der Freien Universität Berlin, 15. Juni 1961. In: Ders., Reden, Bd. 1, S. 238 f.

befürwortet, doch konkrete, umsetzbare Modelle standen erst im folgenden Jahrzehnt zur Debatte.

Einig war man sich auch darin, dass der Schlüssel zum wirtschaftlichen Fortschritt in forcierter Industrialisierung und in der Ausweitung des warenproduzierenden Systems (damit implizit in der Zurückdrängung des Subsistenzsektors) läge. Der sozialen und ökonomischen Malaise in der Dritten Welt sollte nicht durch eine Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse (weder auf nationalstaatlicher noch auf globaler Ebene) abgeholfen werden – auch wenn die sozialen Gegensätze innerhalb peripherer Gesellschaften als durchaus prekär empfunden wurden[713] –, sondern durch eine Übertragung des westlichen Industrialisierungsmodells, vor allem seiner technologischen Basis. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei nicht den Produktionsverhältnissen, sondern den Produktionsmitteln. Für Außenminister Kreisky bestand 1961 die »echte Hilfe« für Afrika in mehr Kraftwerken, besseren Bewässerungssystemen, »bessere[n] Kommunikationen« und Fabriken zur Verarbeitung der Rohstoffe.[714] Auch Produktivitätssteigerungen der Landwirtschaft, die relativ häufig als wesentlicher Wirtschaftsfaktor genannt wurde,[715] erschienen nur entlang der agroindustriellen Entwicklungswege Europas und Nordamerikas vorstellbar, ungeachtet der spezifischen Besitzstrukturen und ökologischen Bedingungen peripherer Agrargesellschaften. Um den Hunger zu bekämpfen, meinte Außenminister Kreisky 1964, müssten »raschest Düngemittelfabriken errichtet werden«[716], und auch die von Bundespräsident Jonas empfohlenen Maßnahmen sahen neben einer verbesserten Ausbildung lediglich »landwirtschaftliche Maschinen, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel«[717] vor. Stimmen wie jene des Sozialdemokraten Peter Strasser, der schon sehr früh vor der

---

[713] Auch in diesem Punkt stimmte man über die Parteigrenzen hinweg überein, allerdings lediglich innerhalb der beschränkten Öffentlichkeit der respektiven Parteizeitschriften: Czernetz kritisierte die »herausfordernden Gegensätze von Armut und Reichtum« (Czernetz, Krise der Weltpolitik, H. 19, S. 3), Hermann Withalm berichtete nach einer Lateinamerika-Reise, »die sozialen Gegensätze sind noch viel krasser und erschreckender, als die spärlichen Zeitungsberichte zu melden wußten« (Hermann Withalm: Christlich-demokratische Chancen in Südamerika. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 17, 1961, H. 9, S.18). Czernetz ging in seinem Aufsatz sogar so weit, im Fall Lateinamerika die Verbindung zwischen nationalen Eliten und der westlichen Hegemonialmacht herzustellen (»Überall stehen hinter den einheimischen Ausbeutergruppen und reaktionären Militärdiktaturen die USA.« – Czernetz, Krise der Weltpolitik, S. 3).

[714] Kreisky, Muß sich Österreich an der Entwicklungshilfe beteiligen?, S. 292 f.

[715] Außenminister Waldheim etwa trat 1968 vor der UNIDO für einen »ausgewogenen Wachstumsprozeß« ein, in dem neben der Industrialisierung die Landwirtschaft und der »soziale Bereich« zu berücksichtigen seien (Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 8, 1968, H. 2, S. 108).

[716] Bruno Kreisky: Rede anläßlich der Europäischen Woche des Kampfes gegen den Hunger, 9. November 1964. In: Ders., Reden, Bd. 1, S. 553.

blinden Übertragung westlicher Entwicklungsmodelle warnte und in der ökonomischen Transformation der Dritten Welt nicht nur einen technischen, sondern auch einen gesellschaftlichen Vorgang mit tiefgreifenden Folgen sah,[718] blieben marginal.

Der verbreitete Glaube an die Allmacht moderner Technologie[719] (in Verbindung mit vermehrten Bildungsanstrengungen) fand seinen prägnantesten Ausdruck in einer Rede Bruno Kreiskys 1962, in der er auf die erfolgreichen Beispiele nachholender Industrialisierung in Westeuropa und Nordamerika hinwies. Im Hinblick auf die Dritte Welt gab er sich »überzeugt, daß sich in unserer Zeit, wo unsere Produktionsmittel, unsere Transportmittel, unsere pädagogischen Möglichkeiten viel größer sind und unsere ganze Zivilisation über unermeßliche Ressourcen verfügt, alles um ein Vielfaches rascher vollziehen kann.«[720] Dieser Geschichtsoptimismus stand allerdings in auffallendem Kontrast zu der bereits in den 1960er Jahren nahezu leitmotivisch wiederkehrenden Feststellung, dass sich die Kluft zwischen reichen und armen Ländern immer weiter vertiefe.[721] Ein Leitmotiv, das uns in den 1970er Jahren erneut begegnen und von neuen Erklärungs- und Lösungsansätzen begleitet sein wird.

3.2 Phase 2: Die entwicklungspolitische Debatte von Anfang der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre

Auch wenn sich im entwicklungspolitischen Diskurs zu keiner Zeit derart glatte Brüche zeigen, dass man präzise zeitliche Grenzen ziehen könnte, so lassen sich doch – neben partiellen Kontinuitäten – in der ersten Hälfte der 1970er Jahre derart auffällige perspektivische und thematische Verschiebungen feststellen, dass sich von einer eigenständigen Phase sprechen lässt. Die in den 1970er Jahren dominanten Sichtweisen wurden dann ihrerseits in der ersten

---

[717] Bundespräsident Jonas auf der Ausstellungseröffnung von »... denn sie sollen satt werden« des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen, 26.1.1966. Zit. in Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 6, 1966, H. 1, S. 56. Ähnliches findet sich bei Winkler, Gefahr der Übervölkerung?, S. 21.

[718] Peter Strasser: Hilfe zur Selbsthilfe. In: Die Zukunft, 1962, H. 3, S. 66.

[719] Vgl. auch Josef Klaus: Rede vor der XX. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 1. Dezember 1965. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 5, 1965, H. 5/6, S. 376.

[720] Bruno Kreisky: Rede auf der Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft. Salzburg, 1. Juli 1962. In: Ders., Reden, Bd. 1, S. 360 f.

[721] Kreisky weist in derselben Rede auf die sich öffnende »Entwicklungsschere« hin – darunter verstehe man, »daß die Industriestaaten, die 16 Prozent der Erdbevölkerung umfassen, durch die rasche technische Revolution (Automation) immer reicher werden, während der Rest der Erdbevölkerung absolut und relativ ärmer wird. Eine zusätzliche Verschärfung erfährt dieser Prozeß dann, wenn die Rohstoffe, die die Entwicklungsländer exportieren, einen Preisverfall erleiden.« (Ebda., S. 360) Ganz ähnlich äußerten sich Kurt Waldheim (Österreich – ein Friedensfaktor der Weltpolitik. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 25, 1969, H. 4/5, S. 25) sowie Hertha Firnberg (NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2065).

Hälfte der 1980er Jahre – zumindest partiell – von anderen, neoliberal geprägten Auffassungen abgelöst.

Als Charakteristika peripherer Gesellschaften wurden die gleichen Phänomene genannt wie in den Jahren zuvor: Unterernährung, Analphabetismus, »Bevölkerungsexplosion«[722] bzw. »Bevölkerungslawine«[723]. Dennoch hatte sich der Wahrnehmungshorizont merklich erweitert. So wurden erstmals die natürlichen Rahmenbedingungen von Entwicklungsprozessen thematisiert, sei es als »Rohstoff- und Energiemangel«[724] im Gefolge der Ölkrise, sei es als »wachsende Zerstörung der Biosphäre«[725]. Daneben rückten erstmals sozioökonomische Defizite in den Mittelpunkt, die bis dahin nur im österreichischen Kontext als solche wahrgenommen und diskutiert worden waren. Neben der Wohnungsnot war es insbesondere die Arbeitslosigkeit, die man – ganz im Einklang mit den Bestrebungen der ILO – allmählich als eines der drängenden Probleme peripherer Gesellschaften registrierte.[726]

Immer seltener beließ man es bei der reinen Deskription der verschiedenen Phänomene, immer öfter sprach man die Verteilungsfrage an, und zwar sowohl auf binnengesellschaftlicher als auch auf globaler Ebene. Die zunehmende statistische Vermessung der globalen sozioökonomischen Verhältnisse wurde zur argumentativen Grundlage einer ganzen Reihe von Äußerungen, in denen die Disparitäten zwischen dem Norden und dem Süden herausgearbeitet werden sollten: Etwa dass ein Drittel der Menschheit über sieben Achtel »des gesamten Weltwohlstandes« verfüge[727] und über den gleichen Anteil an den weltweiten Rohstoffen[728] oder dass die Rüstungsausgaben der Industrieländer größer seien als das Bruttosozialprodukt Afrikas und Asiens zusammengenommen[729]. Während diese mathematisch mehr oder weniger elaborierten Gegenüberstellungen zur gern gepflegten rhetorischen Übung aufstiegen, blieben die den Verteilungsmustern zugrunde liegenden Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse weitgehend im Dunkeln. Von »der immer größer werdenden Kluft zwischen den Wirtschaften

---

[722] Stellvertretend für mehrere Politiker zitiert sei hier Peter Schieder, in: NR-Protokolle, XII.GGP/25, 14.12.1970, S. 2061.

[723] Karl Czernetz, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/1974, 10.7.1974, S. 11047.

[724] Karl Czernetz, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/1977, 1.12.1977, S. 6998.

[725] Ebda.

[726] Vgl. u.a. Karl Czernetz: Chancen der sozialen Demokratie in Chile. In: Die Zukunft, 1973, H. 6, S. 11 oder Hans Hesele und – auf Seiten der ÖVP – Paul Kaufmann, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4550 bzw. 4557.

[727] Ernst Eugen Veselsky: Zur Nord-Süd-Problematik. Österreichische Überlegungen. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 25, 1976, H. 2, S. 19.

[728] Hans Hesele, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4550.

[729] Fritz Prechtl, in: NR-Protokolle, XV.GGP/14, 5.12.1979, S. 1263.

der reichen und den Wirtschaften der armen Nationen«[730] war wie in den 1960er auch in den 1970er Jahren die Rede – nicht allerdings zur Mitte dieses Jahrzehnts,[731] auf dem Höhepunkt des Nord-Süd-Konflikts, sondern vor allem gegen Ende der 1970er Jahre, als der »Ölschock« abgeklungen, die strukturelle Wirtschaftskrise in weiten Teilen der Peripherie nicht länger zu übersehen war und die ökonomische Dominanz der kapitalistischen Zentren wieder unantastbar schien. Eine Konstellation, die Außenminister Pahr im September 1979 vor der UN-Generalversammlung folgendermaßen resümierte: »Den Bemühungen, die die Entwicklungsländer benachteiligende Asymmetrie des bestehenden Weltwirtschaftssystems zu beseitigen, war kein entscheidender Erfolg beschieden. Die armen Staaten werden weiter immer ärmer und die reichen immer reicher.«[732]

Ein immer stärkeres Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich wurde auch auf binnengesellschaftlicher Ebene konstatiert – und damit das Scheitern der entwicklungspolitischen Modelle der 1950er und 1960er Jahre: »Man muß den Leuten sagen,« erklärte der ÖVP-Abgeordnete Kaufmann 1977, »daß sich die alten Vorstellungen, daß ein größtmögliches Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern automatisch auch den dortigen ärmeren Schichten zugute käme, nicht erfüllt haben. Man muß den Leuten sagen, daß dieses Wachstum vielfach zu einer Verschärfung des ohnehin großen Einkommensgefälles geführt hat, weil nur zu oft auf der einen Seite Macht, Einkommen und Wissen zugenommen haben und auf der anderen Seite aber Abhängigkeit, Elend und Not geblieben sind.«[733] Der Sozialdemokrat Hatzl sekundierte in der selben Parlamentssitzung, dass mit der »Wirtschaftswachstumshilfe [...] die Frage der Verteilung nicht gleichzeitig gelöst wurde«.[734]

Diese Relativierung der überkommenen Auffassung, wonach Kapitalmangel das Hauptproblem peripherer Ökonomien sei, ging einher mit einer umfassenderen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Dritten Welt. Nicht nur das Sensorium für die äußeren Merkmale von »Unterentwicklung« hatte sich, wie bereits angesprochen, im Verlauf der 1970er Jahre verfeinert, sondern auch für einige der zugrunde liegenden Mechanismen.

---

[730] Kirchschläger, Nationale Souveränität, S. 249.

[731] In den Jahren 1974 bis 1977 beschränkte man sich meist auf die Feststellung, dass die Kluft »kaum verringert« (Erich Bielka: Erklärung vor der Siebenten Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 5. September 1975. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 15, 1975, H. 5, S. 301) bzw. »nicht kleiner geworden« sei (Taus, Die außenpolitischen Vorstellungen, S. 17).

[732] Pahr, Erklärung vor der 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 220. Im gleichen Sinn äußerten sich im österreichischen Nationalrat die beiden Sozialdemokraten Hesele (in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4550) und Prechtl (NR-Protokolle, XV.GGP/14, 5.12.1979, S. 1263).

[733] NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4557.

[734] Ebda, S. 4559

Diesbezüglich hatten sich vermutlich die wissenschaftliche Forschung (auch die in Österreich allmählich betriebene) und unterschiedliche Formen ihrer Popularisierung positiv auf den politischen Diskurs ausgewirkt.[735] Zwar existierten auch noch in den 1970er Jahren Vorstellungen, die insbesondere den Zustand der Landwirtschaft einseitig auf technologische Rückständigkeit – etwa den fehlenden Einsatz von »Handelsdünger«[736] – und die mangelnde Kompetenz der unmittelbaren Produzenten zurückführten (diese Argumentationslinie reichte von den immer wieder konstatierten Ausbildungsdefiziten bis hin zu vereinzelten Positionen wie jener, »daß die Menschen in diesen Ländern keine Ahnung von modernen Wirtschaftsproblemen haben«[737]). Generell aber wurde solche Eindimensionalität zunehmend durch breitere Erklärungsansätze ersetzt und zumindest teilweise der binnengesellschaftliche Kontext berücksichtigt.

Insbesondere Sozialdemokraten, nicht zuletzt Bundeskanzler Kreisky, wiesen von Zeit zu Zeit darauf hin, »daß die Not und das Elend die Folge einer unzulänglichen gesellschaftlichen Struktur und Ordnung sind«[738] und ein »Wandel der Landbesitz- und Produktionsstruktur« die Lebensmittelversorgung verbessern könne[739]. Auch Peter Schieder ortete in peripheren Gesellschaften »ungerechtfertigte Privilegien, einseitig verteilte politische und wirtschaftliche Macht oder schwere soziale Ungerechtigkeiten und Verelendung«[740]. Noch seltener als diese Problematisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse wurde der Versuch unternommen, die Verschränkung von nationalen mit globalen Herrschafts- und Besitzstrukturen zu thematisieren – und wenn, dann lediglich im Rahmen der beschränkten Öffentlichkeit, die das sozialdemokratische Theorie-Organ »Die Zukunft« bot.[741]

---

[735] Zu jenen Wissenschaftlern, die von österreichischen Politikern nachweislich rezipiert wurden, zählte zu Beginn der 1970er Jahre unter anderen Gunnar Myrdal (vgl. Josef Krainer, in: NR-Protokolle, XII.GGP/21, 2.12.1970, S. 1499).

[736] So argumentierte der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister Weihs in einer Rede vor der Liga der Vereinten Nationen und setzte folgerichtig für die Zukunft auf den »biologisch-technische[n] Fortschritt in der Tier- und Pflanzenproduktion, ständig verbesserte Ernte- sowie Lager- und Konservierungstechniken« (Oskar Weihs: Die labile Welternährungslage. In: Die Zukunft, 1976, H. 6/7, S. 5).

[737] Jakob Brandstätter (ÖVP), in: NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11050.

[738] Kreisky, Rede auf dem Parteitag der SPÖ, Villach, 18. April 1972, S. 215.

[739] Bruno Kreisky, in: II-1519 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 15. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 2.9.1980 (689/AB).

[740] Peter Schieder, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/53, 6.12.1972, S. 4626.

[741] Karl Czernetz 1973: »In ganz Lateinamerika ist die Umwandlung des Gesellschaftssystems eine dringende Notwendigkeit geworden. Überall arbeitet das ausländische, vor allem das amerikanische Kapital mit den führenden Schichten der Besitzenden zusammen. In diesen Ländern werden die alten feudalen Gesellschaftsstrukturen bewahrt, obwohl gleichzeitig die fremde kapitalistische Ausbeutung einsetzt.« (Karl Czernetz: Chancen der sozialen Demokratie in Chile. In: Die Zukunft, 1973, H. 6, S. 11.) Ganz ähnlich äußerte sich Czernetz ein Jahr später, als er »die Profitsucht der alten Kapitalistenklassen, der neuen multinationalen Gesellschaften und die keineswegs geringere Gewinnsucht der neuen Herrschenden wie in den jungen Entwicklungsländern«

Neben den – sehr sporadischen – Versuchen, in den sozialen Verhältnissen eine Erklärung für die ökonomische Misere zu finden, stößt man in den ausgewerteten Quellen auf weitere Äußerungen, die unterschiedliche endogene Faktoren in den Mittelpunkt rückten, meist in sehr eklektischer Manier. Unterernährung und Krankheit als Hindernis für produktive Arbeit wurden ins Treffen geführt,[742] die unzureichende Infrastruktur[743] sowie »besonders ungünstige geographische Verhältnisse«[744]. Selten wurden Versuche unternommen, diese verstreuten Befunde zu mehr oder weniger kohärenten Ursachenbündeln zusammenzufassen. Zu den wenigen, die solches anstrebten, zählte Staatsekretär Veselsky, der um die Hauptkomponenten Armut, Kapitalmangel und schlechte Gesundheit ein zirkuläres Erklärungsmodell entwickelte.[745] Ebenfalls in systematischer Absicht benannte Heribert Steinbauer als »überschichtete Problemzonen [...] Gesundheitsproblematik, Umweltverschmutzung, Technologieproblematik, Energiedefizit, Schuldenrate, Armutsdruck und Bildungslücken«[746], während sich Josef Höchtl noch ganz auf dem Boden modernisierungstheoretischer Vorstellungen bewegte, als er die »ungenügenden Zugangsmöglichkeiten zu Finanzierungsmitteln« neben die »menschlichen, sozialen und politischen Kennzeichen eines Landes« (»z.B. das Festhalten an Traditionen«) sowie die »nachteiligen Naturbedingungen« (Klima, Wasserversorgung etc.) stellte.[747]

Die Schlussfolgerungen aus solchen, weitgehend bis ausschließlich auf endogene Faktoren abstellenden, Erklärungsmustern lagen auf der Hand und wurden von bürgerlichen Politikern auch recht deutlich formuliert. »Die Hauptanstrengungen zur Überwindung der sozialen und

---

nebeneinander stellte und »überall Nationalismus, Rassismus und partikularistischen Egoismus« ausmachte (Czernetz, Travestie der Weltrevolution, S. 3). Deutlich anders seine Einschätzung des afrikanischen Kontinents, die ein unzureichendes analytisches Instrument ebenso verrät wie ein teleologisches Geschichtsbild: »In vielen jungen afrikanischen Staaten handelt es sich erst einmal darum, die verschiedenen Stämme mit einer einheitlichen Staatssprache zu verbinden und ein Staatsbewußtsein zu erwecken. In vielen dieser Länder ist die primitive Gesellschaftsform und die alte Stammesordnung durch die Kolonialherrschaft nur oberflächlich verdeckt worden. In allen diesen Ländern werden schwierige und langwierige Prozesse der Gesellschafts- und Bewußtseinsentwicklung erforderlich sein.« (Czernetz, Travestie der Weltrevolution, S. 3 f.)

[742] NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11048.

[743] Ebda. sowie – als ein Beispiel von mehreren – Bielka, Armut und Reichtum, S. 229.

[744] Ebda.

[745] Dieser als »Teufelskreis der Armut« bekannte Ansatz liest sich in Veselskys Variante folgendermaßen: »In vielen Ländern sind die Menschen so arm, daß sie kaum das Nötigste zum Leben haben, geschweige denn, daß sie in der Lage wären, noch etwas zu ersparen und damit Investitionen zu finanzieren. Und weil sie dazu nicht in der Lage sind, können sie auch nicht produktiver produzieren und ihre Zukunft besser gestalten. Und weil sie nicht besser ihre Zukunft gestalten können, bleiben sie im Zustand drückendster Armut. Und so setzt sich dieser Kreislauf fort. Wenn Menschen sehr arm sind, weisen sie häufig einen sehr schlechten Gesundheitszustand auf. Und weil sich die Menschen in sehr schlechtem Gesundheitszustand befinden, können sie wenig zur Verbesserung ihres Lebens tun.« (Veselsky, Zur Nord-Süd-Problematik, S. 20.)

[746] NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2345.

[747] Josef Höchtl: Entwicklungshilfe – ein Anliegen und eine Verpflichtung. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 35, 1979, H. 1, S. 19 f.

wirtschaftlichen Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern müssen von den Entwicklungsländern selbst ausgehen«[748], meinte der ÖVP-Vorsitzende Taus in einer programmatischen Rede. Der FPÖ-Vorsitzende Peter vertrat eine ähnliche Auffassung, erinnerte daran, dass den »heutigen Industrienationen« der »Durchbruch« nur dank »schwerster Opfer und Verzichtleistungen mehrerer Generationen« gelungen sei, und sprach von der »Gewißheit, daß nicht geringere Anstrengungen auch von jeder Entwicklungsnation selbst erbracht werden müssen, wenn sie den wirtschaftlichen und sozialen Anschluß finden will. Die Industrieländer können hier nur Hilfestellung geben.«[749] Aus dieser Perspektive erschien die Verbesserung der sozioökonomischen Situation primär als internes Problem peripherer Staaten – der internationale Kontext, in den ihre Wirtschaft eingebunden war, geriet aus dem Blickfeld und wurde nicht als Entwicklungshindernis begriffen, sondern sogar als potenziell förderlich.

Der in diesem Abschnitt bisher dargestellte Blick nach innen, die Suche nach endogenen Faktoren, stellte allerdings in den 1970er Jahren eine minoritäre Position dar. Veranlasst durch den »Ölschock« und das massive Eintreten der Dritten Welt für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung, richtete sich in dieser Periode die Aufmerksamkeit österreichischer Politiker auf die globalen Austauschverhältnisse, und zwar in einem signifikant höheren Maße als in den Jahren davor. Dass sozialdemokratische Politiker auf den folgenden Seiten überproportional stark vertreten sind, hängt einerseits mit dem Desinteresse einiger bürgerlicher Politiker (siehe oben) an exogenen Entwicklungsfaktoren und ihrer Abneigung gegen »großartige intellektuelle Strukturdiskussionen«[750] zusammen, andererseits aber auch damit, dass viele Äußerungen zu weltwirtschaftlichen Zusammenhängen im Rahmen von internationalen Konferenzen getätigt wurden – und es waren vor allem Regierungsmitglieder (in den Jahren der sozialdemokratischen Alleinregierung somit allesamt der SPÖ angehörend oder ihr nahestehend), die Gelegenheit hatten, sich dort zu äußern.

Die zwei wesentlichsten exogenen Faktoren, die in den 1970er Jahren auf internationaler Ebene für die ökonomische Stagnation weiter Teile der Peripherie verantwortlich gemacht wurden und denen die Staaten der Dritten Welt im Rahmen einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung abhelfen wollten, waren die niedrigen und instabilen Rohstoffpreise sowie die

---

[748] Josef Taus: Außenpolitische Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei. Vortrag, gehalten am 24. Jänner 1977. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 17, 1977, H. 1, S. 45.

[749] Peter, Anmerkungen zur österreichischen Außenpolitik, S. 66.

[750] Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XV.GGP/41, 1.7.1980, S. 4018.

fehlenden Exportmöglichkeiten verarbeiteter Produkte in die kapitalistischen Zentren. Bereits in den 1960er Jahren war von österreichischen Politikern die strukturelle Benachteiligung von Rohstoffproduzenten auf dem Weltmarkt thematisiert worden – eine Argumentationslinie, die sich nicht nur zu Beginn der 1970er Jahre fortsetzte,[751] sondern auch dann noch, als es der OPEC gelang, die Weltmarktpreise für Erdöl drastisch hinaufzusetzen: »[...] for a very long time, the terms of trade have been very unfavourable to the oil-producing countries in the Middle East, as indeed to all raw material producers, – a fact rightly criticized at the very first UNCTAD conference«, konzedierte Bundeskanzler Kreisky in einer Rede vor der UN-Generalversammlung 1974, um in weiterer Folge das Recht aller rohstoffproduzierenden Länder anzuerkennen, einen »reasonable price« für ihre Erzeugnisse zu verlangen.[752] Während Politiker der ÖVP wenig Verständnis für die Ölpreiserhöhung zeigten und »die Erpressung durch machtpolitische Zwerge mittels der Energie-Drosselschraube«[753] kritisierten, blieb die Position der Regierungsmitglieder gegenüber der OPEC konziliant[754]. Aufmerksam registrierte man, dass der Preisanstieg des Erdöls eine Ausnahme, weiterer Preisverfall bei Rohstoffen die Regel darstellte[755] – eine Beobachtung, der sich zu Beginn der 1980er Jahre auch ÖVP-Politiker wieder anschlossen.[756] Konstatiert wurde außerdem eine wachsende Kluft innerhalb der Peripherie, die Herausbildung einer »Vierten Welt«, die sich nach Ansicht von Außenminister Bielka aus jenen Ländern zusammensetzte, deren Exportstruktur einseitig auf Rohstoffe mit fallenden Weltmarktpreisen ausgerichtet war.[757] Der Beitrag Staatssekretär Veselskys zu diesen Beobachtungen beschränkte sich darauf, die fortschreitende Verelendung eines Teils der

---

[751] So etwa bei Peter Schieder, der die weitgehende Abhängigkeit peripherer Staaten von Rohstoffexporten ebenso problematisierte wie die Preisgestaltung bei Rohstoffen und Fertigwaren, vgl. NR-Protokolle, XIII.GGP/53, 6.12.1972, S. 4626.

[752] Kreisky, Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 11. November 1974, S. 366. Dass es sich bei derlei Aussagen nicht um adressatenabhängige Lippenbekenntnisse handelte, bewies Kreisky damit, dass er auch vor österreichischem Publikum Verständnis für die OPEC-Staaten zeigte: »Wenn man diese Staaten zwingt, einem immer teurer werdende Waren abzukaufen, dann darf man nicht moralisch entrüstet sein, wenn sie der Meinung sind, daß ihr Zahlungsmittel dann auch immer kostbarer werden soll. Das ist unangenehm für uns, aber man soll die Dinge sehen, wie sie sind.« (Bruno Kreisky: Ein Versuch, keine Wahlrede zu halten. Wien, 2. September 1975. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 497 f.)

[753] Kurt Fiedler, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/88, 5.12.1973, S. 8557.

[754] So wie Kreisky vor ihm äußerte Außenminister Bielka 1976 dezidiert Verständnis für die Preispolitik der OPEC und bezeichnete sie als »vertretbare Selbsthilfe einiger Entwicklungsländer« (Erich Bielka: Energie- und Rohstofffragen in der internationalen Politik. Eröffnungsreferat am 28. Juli 1976 anläßlich der Eröffnung des 19. Diplomatenseminars auf Schloß Kleßheim bei Salzburg. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 16, 1976, H. 4, S. 253).

[755] Außenminister Bielka wies u.a. darauf hin, dass der UNCTAD-Rohstoffpreisindex zwischen Dezember 1974 und Mai 1975 um 17 Prozent gefallen war (Bielka, Armut und Reichtum, S. 229).

[756] Vgl. Ludwig Steiner: Das Nord-Süd-Problem – Mehr Transparenz in einer guten Sache. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 36, 1980, Sondernummer [ohne Paginierung].

[757] Ebda, S. 231. Ähnlich auch Bielka, Energie- und Rohstofffragen, S. 254.

Entwicklungsländer (wie auch die globale Wirtschaftskrise generell) als »Folge dieses Erdölschocks«[758] zu interpretieren – ihre Ursachen somit partiell zu externalisieren und nicht auf die Strukturen des Gesamtsystems zurückzuführen.

Während die Entwicklung der Rohstoffpreise also relativ häufig als Krisenursache identifiziert wurde, lässt sich dies für den Protektionismus der kapitalistischen Zentren nicht behaupten. Zwar sah Staatssekretär Veselsky die Industrialisierungsbemühungen der Dritten Welt an die »Schranke eines allzu begrenzten inländischen Absatzmarktes« stoßen und betonte daher die Exportabhängigkeit dieser Industrien,[759] ansonsten scheint sich aber im Vergleich zu den 1960er Jahren das analytische Interesse an der Einbettung der peripheren Industrieproduktion in den globalen Warenaustausch umgekehrt proportional zu deren quantitativer Bedeutung entwickelt zu haben. Die Frage, inwieweit die internationalen Handelsstrukturen die periphere Industrialisierung beeinflussen, wurde in der Regel nicht gestellt, ebenso wenig wie jene nach der Rolle der transnationalen Konzerne.[760]

Auch wenn ihr Erkenntnisinteresse gering war, standen die österreichischen Politiker dennoch vor der Notwendigkeit, sich mit Fragen der Handelsliberalisierung auf praktische Weise auseinanderzusetzen. Zu tun hatten sie es mit Bestrebungen auf mehreren organisatorischen Ebenen (von der OECD über die UNCTAD bis hin zur 1975 beginnenden Tokio-Runde des GATT), den internationalen Warenverkehr insbesondere durch die Reduktion von Einfuhrzöllen auszuweiten; Importe aus der Dritten Welt sollten dabei begünstigt werden. In Österreich stießen diese Initiativen auf prinzipielle Zustimmung, resultierend in der einstimmigen Verabschiedung des Präferenzzollgesetzes 1972, mit dem die Einfuhrzölle für Produkte aus der Dritten Welt im Schnitt um 30 Prozent gesenkt wurden.[761] Dennoch lassen sich, was die Handelspolitik betrifft, in der Debatte wie in der Praxis zwei deutlich unterscheidbare Positionen erkennen.

1975, auf dem Höhepunkt des Nord-Süd-Konflikts und in einem spezifischen Kontext, nämlich im Rahmen der 7. Sondertagung der UN-Generalversammlung, wurden die Handelserleichterungen von Außenminister Bielka ausdrücklich begrüßt: »In der Frage des Marktzu-

---

[758] Veselsky, Zur Nord-Süd-Problematik, S. 19.

[759] Ernst Eugen Veselsky: Politik der Partnerschaft. Neue Entwicklungshilfepolitik der österreichischen Regierung. In: Die Republik, Jg. 10, 1974, H. 4, S. 27.

[760] Der Einzige, der das transnationale Kapital nicht völlig unbeachtet ließ, war, wie auf S. 171 erwähnt, Karl Czernetz.

[761] Vgl. Anselm Skuhra: Österreich im Nord-Süd-Konflikt während der siebziger Jahre. Seine Reaktionen und Leistungen hinsichtlich der Forderungen der Entwicklungsländer. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 10, 1981, H. 2, S. 127 f.

trittes finden österreichischerseits die Bestrebungen der Entwicklungsländer, auf den Märkten der Industriestaaten auf präferenzieller und nicht-gegenseitiger Grundlage Zutritt zu erlangen, verständnisvolle Zustimmung. [...] Ausgleichszölle und restriktive Handelspraktiken wendet Österreich gegenüber Entwicklungsländern nicht an.«[762] Einige Jahre später, vor der 11. Sondertagung der UN-Generalversammlung 1980, trat Staatssekretär Nußbaumer ebenfalls für einen »improved market access for products of developing countries within the framework of liberal trade policies« ein und bezeichnete protektionistische Maßnahmen als langfristig kontraproduktiv.[763] Eine Position, die zu diesem Zeitpunkt auch Alois Mock teilte, der sich gegen ein »Zurück in irgendeinen wirtschaftlichen Protektionismus« und für die »Festigung des internationalen Freihandels«[764] aussprach.

Dass Mock diese Auffassung im österreichischen Parlament und nicht auf einer internationalen Konferenz äußerte, deutet auf die beginnende Verschiebung der ideologischen Gewichte im wirtschaftspolitischen Diskurs hin, denn während der 1970er Jahre stand man im Nationalrat wie auch im Handelsministerium einer Importliberalisierung eher reserviert gegenüber. 1972 wurde bei der parlamentarischen Debatte über das Präferenzzollgesetz noch ausdrücklich betont, dass »auf die wirtschaftlichen Interessen Österreichs Rücksicht genommen werden muß«[765]. Dies versuchte man unter anderem dadurch zu erreichen, dass Textil- und Schuhimporte aus Hongkong mit Hilfe einer Schutzklausel von den Zollpräferenzen ausgenommen wurden – eine Option, auf die neben Abgeordneten von ÖVP und SPÖ auch Handelsminister Staribacher hinwies und mit der »den Bedenken der Bundeswirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung [...] Rechnung getragen«[766] wurde. 1977 richteten die SPÖ-Abgeordneten Egg, Weinberger und Lenzi eine schriftliche Anfrage »betreffend Billigimporte von Textilien und Bekleidung« an Handelsminister Staribacher, in der sie sich unter Hinweis auf die Arbeitnehmer in der Textilindustrie nach »Schutzbestimmungen gegen den Importdruck aus Niedriglohnländern«, namentlich aus Ostasien, erkundigten.[767] In seiner Antwort verwies Staribacher auf »Schutzbestimmungen« im Rahmen des Multifaserabkommens (das

---

[762] Bielka, Erklärung vor der Siebenten Sondertagung, S. 302.

[763] Nußbaumer, Adolf: More Understanding and Co-operation. Statement to the Eleventh Special Session of the General Assembly. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 29, 1980, H. 5, S. 12.

[764] NR-Protokolle, XV.GGP/41, 1.7.1980, S. 3943.

[765] Roman Heinz (SPÖ), in: NR-Protokolle, XIII.GGP/25, 14.3.1972, S. 1999; ähnlich äußerte sich Walter Hauser (ÖVP) in ebda, S. 2000 sowie Josef Staribacher in ebda, S. 2001.

[766] Ebda, S. 1999.

[767] II-2290 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 14. Gesetzgebungsperiode (1175/J).

am 1.1.1974 in Kraft trat), durch die »grundsätzlich die Möglichkeit gegeben [ist], die Importe nicht in einem Ausmaß wachsen zu lassen, das die heimische Wirtschaft ernsthaft gefährdet.« [768] Außerdem sollten in Zukunft Umgehungsimporte noch effizienter verhindert werden.[769]

Auf der Welthandelskonferenz in Nairobi 1976 (UNCTAD IV) setzte Staribacher naturgemäß andere Akzente, äußerte die Hoffnung, »daß die im Rahmend es GATT angestrebten Liberalisierungsmaßnahmen zu einer Stimulierung des Welthandels führen«[770], wies darauf hin, dass »jetzt auch nahezu alle Textilerzeugnisse, einschließlich Baumwolltextilien«, vom Allgemeinen Präferenzsystem erfasst seien und dass in dessen Rahmen »keine Quoten, Höchstgrenzen oder andere quantitative Restriktionen angewendet«[771] würden. Staribachers explizite Weigerung, dem »Wunsch der Entwicklungsländer« zu entsprechen und »dem allgemeinen Präferenzsystem rechtsverbindlichen Charakter zu verleihen«[772], zeigte trotz ihrer charmanten, aber wenig glaubhaften Begründung,[773] dass die Inhalte nicht nur je nach kommunikativem Kontext (national/international) changierten, sondern dass auch auf internationaler Ebene Handels- und Außenminister die nationalen Kapitalinteressen mit unterschiedlicher Vehemenz vertraten. Trotz aller Bedenken setzte sich allerdings der Trend zu Handelsliberalisierungen auch in Österreich durch (und trug unter anderem dazu bei, dass binnen weniger Jahre ab Inkrafttreten des Präferenzzollgesetzes ein Viertel der österreichischen Textilindustrie stillgelegt wurde[774]). Insgesamt – und in diesem Umstand fanden die skizzierten protektionistischen Tendenzen ihren Ausdruck – lag jedoch das Niveau der Importzölle wie schon in den 1960er Jahren über jenem der Länder der Europäischen Gemeinschaften.[775]

Ähnlich wie in der Frage der Zollpräferenzen waren die Politiker auch in der Rohstofffrage genötigt, ihren allgemeinen Einschätzungen konkrete Positionierungen folgen zu lassen. Anlass waren die Bemühungen der Staaten der Dritten Welt, im Rahmen des Integrierten Roh-

---

[768] II-2564 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 14. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 12.5.1977 (1158/AB).

[769] Ebda.

[770] Josef Staribacher: Rede vor der 4. Welthandelskonferenz in Nairobi. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 25, 1976, H. 2, S. 17.

[771] Ebda, S. 16.

[772] Ebda.

[773] Er vertrat die »Ansicht, daß der autonome Charakter dieses Systems aufrecht bleiben soll. Auf diese Weise wären die Präferenzen einräumenden Länder in der Lage, großzügigere Behandlung zu gewähren als im Rahmen vertraglicher Bindungen.« (Ebda.)

[774] Vgl. Skuhra, Österreich im Nord-Süd-Konflikt, S. 127.

[775] Vgl. Gert Schmidt: Handelspolitik versus Entwicklungspolitik. Vergleich der Präferenzgewährung der Europäischen Union und Österreichs. Frankfurt am Main [u.a.]: Peter Lang 1995, S. 134.

stoffprogramms die Rohstoffpreise auf einem Niveau zu stabilisieren, das Exporteuren wie Importeuren akzeptabel erschien. Bereits bevor dieses Programm Mitte der 1970er Jahre präsentiert wurde, hatte Außenminister Kirchschläger in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung die »positive Haltung« der Bundesregierung »gegenüber dem Abschluss von Grundstoffabkommen« bekundet, »durch die eine Preisstabilisierung auf einer für die produzierenden Entwicklungsländer günstigen Basis angestrebt wird«.[776] An dieser prinzipiell zustimmenden Haltung änderte sich auch nichts, als die konkreten Pläne vorlagen. So zeigte Außenminister Bielka 1975 »größtes Verständnis« für die »Forderung der Entwicklungsländer, einer Verschlechterung ihrer ›terms of trade‹ entgegenzuwirken«, und betonte, »daß meine Regierung eine durchaus positive Haltung zu wesentlichen Elementen eines integrierten Rohstoffprogramms einnimmt«[777]. Zustimmung auch von Kreisky, der ähnlich wie in seiner Reaktion auf die Ölpreiserhöhungen erklärte, »daß das Verlangen der rohstoffproduzierenden Länder nach einem System, das stabilere Preise gewährleistet, angesichts der horrenden Preissteigerungen bei Industriegütern in der Vergangenheit berechtigt ist. Es ist um so berechtigter, als wir innerhalb der Industriestaaten zum Beispiel in der Landwirtschaft auch relativ feste Preise sichern.«[778] Konkret trat er dafür ein, »die Preise der Rohstoffe in eine gewisse Relation zu den Preisen der wichtigsten Industriegüter zu bringen«[779]. Ebenso wie Kreisky wies auch Außenminister Pahr auf die entwicklungspolitische Bedeutung stabiler Rohstoffpreise hin und hoffte auf die Vereinbarkeit einer solchen Stabilisierung mit weiterem Wirtschaftswachstum sowie auf die »Erschließung neuer Rohstoff- und Energiequellen«[780]. Zugleich äußerte er wohl auch das zentrale Motiv dafür, warum Österreich (im Gegensatz zu einigen anderen westlichen Staaten) an einem raschen und erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen[781] gelegen war: »Österreich hat angesichts seiner relativ hohen Importabhängigkeit bei verschiedenen Rohstoffen und seiner starken Außenhandelsverflechtung ein erhöhtes

---

[776] II-824 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 13. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 16.2.1971 (363/AB).

[777] Bielka, Erklärung vor der Siebenten Sondertagung, S. 301.

[778] Bruno Kreisky: Rede auf der Konferenz der Accion Democratica. Caracas, 23. Mai 1976. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 594.

[779] Ebda.; die Idee einer Bindung der Rohstoffpreise an jene für Industrieprodukte wurde später vom sozialdemokratischen Abgeordneten Johann Hatzl erneut aufgegriffen (vgl. NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4562).

[780] Pahr, Die österreichische Außenpolitik, S. 390.

[781] Außenminister Bielka hatte bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt, nämlich im Juli 1976, vor »einer weiteren dilatorischen Verhandlungsführung« rund um das Integrierte Rohstoffprogramm und vor der Gefahr heraufziehender Konfrontationen gewarnt (Bielka, Energie- und Rohstofffragen, S. 255).

Interesse an der Sicherung seiner Versorgung mit Grundstoffen und Energie.«[782] Außerdem war eine vom Außenministerium in Auftrag gegebene Studie zu dem Schluss gelangt, dass die österreichische Wirtschaft, da sie bislang durchschnittlich 200 Millionen Schilling pro Jahr durch Rohstoffspekulation verloren habe, vom Integrierten Rohstoffprogramm profitieren würde.[783] Konsequenterweise unterstützte Österreich die bis Ende der 1970er Jahre zustande gekommenen (und als Teil des Integrierten Rohstoffprogramms konzipierten) vier Rohstoffabkommen über Zinn, Kakao, Kaffee und Zucker und stellte im Rahmen von UNCTAD V in Manila (1979) als erstes westliches Land einen freiwilligen Beitrag zum so genannten »Zweiten Fenster« (*Second Account*) des Gemeinsamen Fonds in Höhe von 2 Millionen Dollar in Aussicht.[784] Für eine »Stabilisierung der Exporterlöse« der Dritten Welt trat schließlich auch die ÖVP in Gestalt des Abgeordneten Steinbauer ein, der 1980 ein »internationales Rohstoffabkommen« zur Verhinderung starker Preisschwankungen befürwortete – »unter Bewahrung der Grundsätze eines freien Weltmarktes«, wie er anfügte, ohne allerdings zu spezifizieren, wie er freien Weltmarkt und stabile Preise zu vereinbaren gedachte.[785]

Das Integrierte Rohstoffprogramm war nur ein – wenn auch zentraler – Teil der von den Staaten der Dritten Welt seit 1974 vehement eingeforderten Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (vgl. S. 41). Ein weiterer Teil, auch dieser von österreichischen Politikern unterstützt, bestand in einem besseren Zugang der Dritten Welt zu avancierter Technologie. Angesichts der eminenten Bedeutung, die man Wissenschaft und Technik bei der Lösung der ökonomischen Probleme in der Peripherie (und nicht nur dort) zuschrieb,[786] war es nur folgerichtig, dass für Außenminister Pahr »ein verbesserter Austausch wissenschaftlicher und technologischer Erkenntnisse«[787] ein zentrales entwicklungspolitisches Instrument darstellte. Ebenso für Hertha Firnberg, die sich anlässlich der in Wien abgehaltenen UN-Konferenz über Wissenschaft und Technik für die »Unterstützung der Entwicklungsländer bei ihren Bemü-

---

[782] Pahr, Die österreichische Außenpolitik, S. 390.

[783] Vgl. Skuhra, Österreich im Nord-Süd-Konflikt, S. 126.

[784] Wolfgang Benedek: Österreichs Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen. In: Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen – Strategien – Stellungnahmen, hrsg. von Renate Kicker, Andreas Khol und Hanspeter Neuhold. Salzburg: Neugebauer 1983, S. 340.

[785] Heribert Steinbauer: Punktation Entwicklungspolitik. In: Die Republik, Jg. 16, 1980, H. 4, S. 19.

[786] Vgl. Pahr, Erklärung vor der 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 224.

[787] Willibald Pahr: Erklärung vor der XXXII. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 5. Oktober 1977. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 17, 1977, H. 5, S. 248.

hungen, ihr wissenschaftliches und technologisches Potenzial zu stärken«, aussprach.[788] Auch hier folgten den Worten Taten, und zwar in Form eines Beitrags von zwei Millionen Schilling für das von der UNO initiierte »Finanzierungssystem für Wissenschaft und Technik«.[789]

Auf das Gesamtprojekt der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung reagierte die österreichische Politik gespalten, wobei die jeweilige Positionierung vor allem von der Parteizugehörigkeit abhing, in geringerem Maße auch vom Zeitpunkt. Während die ÖVP mehrheitlich ablehnend bis skeptisch reagierte, hielten SPÖ-Politiker die Pläne für ein ebenso legitimes wie gangbares ökonomisches Modell. Mitte der 1970er Jahre, als die Dritte Welt aus einer Position relativer Stärke ihre Pläne in der UNO lancierte, schwankten die Positionen der ÖVP zwischen Bedrohungsängsten (»Zweifellos sind damit die Länder der dritten [sic] Welt zum Sturm auf all jene materiellen Güter angetreten, die sich die westlichen Völker und Japan über Jahrhunderte mit ihrem Fleiß und Erfindergeist aufgebaut haben.«[790]) und Dialogbereitschaft[791] – allerdings mit der Einschränkung, »daß nur solche Lösungen in Frage kommen, die einen möglichst geringen Eingriff in die Freiheit der Grundordnung der Wirtschaft nach sich ziehen«[792]. An der österreichischen Bundesregierung wurde kritisiert, dass sie die österreichischen Wirtschaftsinteressen nur ungenügend vertrete und es überdies an der gebotenen Solidarität mit den anderen westlichen Industriestaaten fehlen lasse[793] – oder, wie es Franz Karasek ausdrückte, dass »diese Regierung eher mit den Blockfreien in der UNO gegangen ist als mit der westlichen Familie, aus viel Opportunismus«[794].

Dass die österreichische Regierung eine konzessionsbereitere Haltung an den Tag legte als Staaten wie die USA oder die BRD und beispielsweise bereits 1974 die »Charta der wirt-

---

[788] Hertha Firnberg: Rede in der Generaldebatte der UN-Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung am 22. August 1979. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 19, 1979, H. 3, S. 217. Im weiteren Verlauf ihrer Rede betonte sie, dass Wissenschaft und Technik auch den »Unterprivilegierten« zugute kommen sollten, wobei den Frauen besonderes Augenmerk zu schenken sei – das einzige Mal, dass der Frauenaspekt in den 1970er Jahren thematisiert wurde (ebda., S. 218).

[789] Vgl. Benedek, Österreichs Außenpolitik, S. 341.

[790] Kurt Fiedler, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/134, 22.1.1975, S. 13067.

[791] Franz Karasek: »Niemand wird sich finden, der sagen würde, eine Konfrontation mit diesen Ländern wäre die bessere Lösung. Jedermann beschwört und jedermann glaubt an die Lösung der Probleme durch den Dialog.« (NR-Protokolle, XIV.GGP/10, 10.12.1975, S. 695 f.) Und in einem Positionspapier der ÖVP aus dem Jahr 1978 hieß es: »Österreich wird im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs und der Bemühungen um eine neue internationale Wirtschaftsordnung sowie durch bilaterale Leistungen an der Lösung jener Fragen, die sich aus dem wirtschaftlichen Gefälle zwischen industrialisierten und Entwicklungsländern ergeben, aktiv mitarbeiten und einen entsprechenden Beitrag leisten.« (Weiterführendes Positionspapier der Österreichischen Volkspartei für die Verhandlungen im Außenpolitischen Ausschuß vom 7.2.1979. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 19, 1979, H. 1, S. 48 f.)

[792] Ebda, S. 696.

[793] Vgl. Kurt Fiedler, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/19, 26.2.1976, S. 1596.

schaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten«, eine der programmatischen Grundlagen der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung, »als Leitlinie eines neuen Beginns der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit«[795] ausdrücklich begrüßte, dürfte sich auf mehrere Ursachen zurückführen lassen: Auf objektive Unterschiede zwischen den Wirtschaftsinteressen Österreichs und jenen der führenden kapitalistischen Staaten (etwa in der Frage des Technologietransfers oder der Behandlung transnationaler Konzerne); auf eine konsensual orientierte Politikauffassung,[796] die wie im Ost-West-Konflikt auf einen verhandelten Interessenausgleich zur Stabilisierung des internationalen Systems setzte (wobei die Konfliktbereitschaft und -fähigkeit peripherer Staaten möglicherweise überschätzt wurde); und schließlich auf wirtschaftspolitische Auffassungen, die der Krise der globalen Ökonomie auf eine Weise begegnen wollten, die sich von Konzepten anderer westlicher Regierungen unterschied. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in etlichen Bereichen die konziliante Rhetorik der sozialdemokratischen Regierung ihrem tatsächlichen Verhalten nur bedingt entsprach und dieses in vielen Punkten mit jenem der anderen westlichen Staaten übereinstimmte[797] – so enthielt sich Österreich beispielsweise bei der Abstimmung über die »Charta der wirtschaftlichen Recht und Pflichten der Staaten« in der UN-Generalversammlung 1974 der Stimme und votierte bei den separaten Abstimmungen über die einzelnen Artikel der Charta u.a. gegen jenen, der das Recht auf Verstaatlichung ausländischen Eigentums festschrieb.[798]

Zum Verständnis der sozialdemokratischen Regierungspolitik trägt eine Parallele bei, die Außenminister Bielka zwischen der europäischen Arbeiterbewegung und den Bestrebungen der Dritten Welt herstellte: So wie einst die Gründung von »Gewerkschaften die Verbesserung der sozialen Verhältnisse und den Schutz vor Ausbeutung ermöglichte, versuchen nun die Entwicklungsländer [...] nach der von ihnen erkämpften politischen Unabhängigkeit durch einen entsprechenden Zusammenschluß eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, eine

---

[794] NR-Protokolle, XIV.GGP/33, 21.10.1976, S. 3170.

[795] Bielka, Erklärung vor der XXIX. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 306.

[796] Diese Grundhaltung resümierte Staatssekretär Nußbaumer Ende der 1970er Jahre folgendermaßen: »Die Haltung Österreichs hat sich in den letzten Jahren [...] zunehmend zu der eines Vermittlers entwickelt, der die Notwendigkeit einer weltweiten Kooperation unter gleichberechtigten Partnern hervorhebt und der Entwicklungspolitik gleichermaßen die Funktion der sozialen Umverteilung von Ressourcen zuweist.« (Adolf Nußbaumer: Die österreichische Entwicklungspolitik – Zielsetzung und Möglichkeiten. In: Entwicklungspolitik und Universitätsausbildung, hrsg. von Miriam Wiegele und Heinz Hackl. 2., verb. Auflage. Wien: Edition ÖH 1980, S. 120.)

[797] Dieser Umstand wurde vom SPÖ-Abgeordneten Hesele betont, der es als »Allgemeingut« bezeichnete, »daß wir in diesem Dialog auf der Seite der Industriestaaten stehen, und zwar bei den Industriestaaten mit einer demokratisch-freiheitlichen Gesellschafts- und Regierungsordnung.« (NR-Protokolle, XIV.GGP/105, 19.10.1978, S. 10366.)

[798] Vgl. Skuhra, Österreich im Nord-Süd-Konflikt, S. 125.

größere wirtschaftliche Selbständigkeit zu erreichen.«[799] Die Analogie zur Geschichte der Arbeiterbewegung verweist auf drei zentrale Aspekte des Umgangs mit den Forderungen der Dritten Welt: Man empfand sie prinzipiell als gerechtfertigt, setzte auf den reformistischen Weg der Einbindung in die bestehenden Grundstrukturen und erwartete sich davon einen doppelten Nutzen – die Stabilisierung des Gesamtsystems, und zwar zu Bedingungen, die durch redistributive und damit nachfragesteigernde Maßnahmen eine Überwindung der Weltwirtschaftskrise wahrscheinlicher erscheinen ließen.

Hinter den »schweren Konflikten«[800], die man Mitte der 1970er Jahre im Süden heraufziehen sah, erblickte man nicht wie in den vorhergehenden Jahrzehnten die Gefahr sowjetischer Expansion, sondern fortschreitender ökonomischer Zerrüttung. Handelsminister Staribacher legte 1976 das Hauptaugenmerk auf die »Stabilisierung der Marktbedingungen« und betonte die »Notwendigkeit einer sicheren Versorgung der Verbraucherländer«, zugleich trat er aber für »die Schaffung einer höheren Form der internationalen Wirtschaftsbeziehungen« ein.[801] Ob diese höhere Form konzeptionell jemals über vage Konturen hinausgekommen ist, erscheint fraglich – in den untersuchten Quellen stoßen wir jedenfalls nur auf fragmentarische Indizien. Einiges deutet jedenfalls darauf hin, dass es als akzeptabel erachtet wurde, insbesondere über höhere Rohstoffpreise die kaufkräftige Nachfrage in peripheren Ökonomien (etwa nach Investitionsgütern) und damit die Exportmöglichkeiten eines Staates wie Österreich zu vergrößern – eine angesichts der Überproduktionskrise in den kapitalistischen Zentren plausible Strategie, die bereits durch die sprunghaft angestiegenen Ausfuhren in die OPEC-Staaten bestätigt worden war. Den deutlichsten Hinweis auf die Existenz derartiger Überlegungen finden wir 1983 – sozusagen in einem Epitaph auf den Nord-Süd-Dialog –, als Außenminister Lanc nach dem Scheitern der Welthandelskonferenz in Belgrad (UNCTAD VI) bedauerte, dass die Stabilisierung der Rohstoffpreise nicht in jenem Maße gelungen sei, das es den Entwicklungsländern erlauben würde, ihre Importe aus Industriestaaten beizubehalten oder gar auszuweiten. Das Ergebnis dieser Konferenz, so befürchtete Lanc, werde »unsere Entwicklungsmöglichkeiten wesentlich beeinträchtigen.«[802]

---

[799] Erich Bielka: Bemerkungen zur österreichischen Außenpolitik. Vortrag, gehalten am 4. Juni 1975. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 15, 1975, H. 3, S. 190.

[800] Vgl. u.a. Erich Bielka, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/19, 26.2.1976, S. 1613.

[801] Staribacher, Rede vor der 4. Welthandelskonferenz, S. 16.

[802] NR-Protokolle, XVI.GGP/9, 7.7.1983, S. 525. In ähnlicher Weise und im selben Jahr sprach sich Ernst Eugen Veselsky dafür aus, »eine neue, funktionsfähige, gerechtere Weltwirtschaftsordnung einzuführen, die wir auch zur Erhaltung der Vollbeschäftigung brauchen« (NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1437).

Der im Lauf der Jahre immer schleppendere Fortgang der Verhandlungen über die Neue Internationale Wirtschaftsordnungen wurde weiterhin regelmäßig kommentiert. Während sozialdemokratische Politiker das Ausbleiben konkreter Ergebnisse durchwegs bedauerten und dafür auch die kompromisslose Haltung des Westens verantwortlich machten,[803] gelangten einzelne ÖVP-Politiker zu entgegengesetzten Schlüssen, lasteten die Fehlschläge den, wie es ihnen schien, radikalen Positionen der »Gruppe der 77« an[804] und fühlten sich in ihrer Skepsis gegenüber den Nord-Süd-Verhandlungen zunehmend bestätigt. Sie kritisierten die »politischen Diskussionen, die von vornherein sinnlos sind«[805], fehlende konkrete Konzepte sowie die dirigistische Grundtendenz der Vorschläge[806] und traten stattdessen für eine Forcierung der bilateralen Entwicklungshilfe ein.[807] Eine minoritäre Position innerhalb der ÖVP, die eine »neue Weltwirtschaftsordnung [für] wünschenswert«[808] und sinnvoll hielt, äußerte sich ironischerweise erst zu einem Zeitpunkt, als diese angesichts der bestehenden Machtverhältnisse völlig illusorisch geworden war. Ähnliches gilt für die FPÖ, die sich bei einschlägigen Debatten bedeckt gehalten (und höchstens den »Schuldkomplex«[809] Europas in Nord-Süd-Fragen kritisiert) hatte, bis dann Friedhelm Frischenschlager 1983 für eine Regulation der Weltwirtschaft zu Gunsten der Rohstoffproduzenten eintrat.[810] So wie es Mitte der 1980er Jahre auf internationaler Ebene um die Neue Internationale Wirtschaftsordnung ruhig wurde, so verstummten nach und nach auch in Österreich ihre Verteidiger und Kritiker. Die Konzepte der 1970er Jahre wurden nun als Entwurf einer »zentralistischen und bürokratisch abgefaßten

---

[803] Das Scheitern der UNIDO-Konferenz in Delhi etwa begründete Staatssekretär Nußbaumer mit »dem Widerstand der Industriestaaten, auch nur die Möglichkeit eines neuen Fonds zu diskutieren« (NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2363). Allerdings gebe es »natürlich auch Entwicklungsländer, die alles auf einmal wollen, was auch von ihrer Seite die Gespräche nicht erleichtert.« (Ebda, S. 2364.)

[804] So beispielsweise Wolfgang Blenk, in: NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2364 f.

[805] Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/8, 6.7.1983, S. 409.

[806] Ebda. Kreisky selbst hatte allerdings bereits 1981 klargestellt, dass derartige Befürchtungen bereits von der politischen Realität überholt seien: »Es ist sicher richtig, daß seitens der Entwicklungsländer bei der Frage einer Organisierung einer neuen Weltwirtschaftsordnung dirigistische Vorstellungen eine gewisse Rolle spielen. Ich glaube nur, daß unter Berücksichtigung der gegebenen politischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien derartige dirigistische Vorstellungen keine Chance auf Durchsetzung haben. Es erübrigt sich daher für die österreichische Bundesregierung, hier irgendwelche Ideen zu entwickeln.« (NR-Protokolle, XV.GGP/66, 18.3.1981, S. 6619.)

[807] Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/48, 24.5.1984, S. 4025.

[808] Wendelin Ettmayer, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1456.

[809] Otto Scrinzi, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/108, 28.11.1978, S. 10781.

[810] Dies allerdings in einem sehr spezifischen Kontext, nämlich als er von der Zeitschrift »Entwicklungspolitische Nachrichten« nach seiner Haltung zur Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung befragt wurde (Frischenschlager, Brot – Freiheit – Friede, S. 13).

Weltordnung«[811], ihre Befürwortung als Verrat an österreichischen Interessen[812] denunziert. Andere Konzepte, von denen im folgenden Abschnitt zu reden sein wird, traten an ihre Stelle.

Dass im entwicklungspolitischen Denken der 1970er Jahre an den Transfer von Kapital nicht mehr jene hohen Erwartungen geknüpft waren wie in den mechanistischen Input-Output-Modellen der 1950er und 1960er Jahre, wurde bereits erwähnt. Dass der Kapitaltransfer dennoch weiterhin eine bedeutende Rolle spielte, zeigte sich auf praktischer Ebene in der nach wie vor geleisteten Entwicklungshilfe, auf theoretischer Ebene in jenem Konzept, das von der österreichischen Regierung von 1975 bis 1983 auf internationaler Ebene propagiert wurde: dem mit dem Namen Kreisky aufs engste verbundenen »Marshall-Plan für die Dritte Welt«. Bereits in den späten 1950er Jahren hatte der historische Marshall-Plan österreichischen Politikern als Referenzpunkt für entwicklungspolitische Vorschläge gedient,[813] doch es war nicht Bruno Kreisky, sondern der ÖVP-Politiker Toncic-Sorinj, der 1958 als erster konkret dafür eintrat, »einen europäischen Marshallplan für Afrika [zu] schaffen«[814]. Gelegentlich tauchte auch in den 1960er Jahren die Idee von »einer großen Kraftanstrengung« auf, um die Länder Asiens und Afrikas »in die erste Phase der Industrialisierung [zu] führen«[815], und Kreisky bedauerte, dass die »lessons of the Marshall Plan«[816] zum Schaden der Entwicklungshilfe nicht gelernt worden seien.

In den frühen 1970er Jahren nahm das Konzept eines »Marshall-Plans für die Dritte Welt« allmählich Gestalt an, beginnend mit der Regierungserklärung Kreiskys 1971, in der er die Lieferung von Kapitalgütern »innerhalb eines gesamteuropäischen Plans vorerst im Rahmen der OECD« an die Staaten der Dritten Welt befürwortete und als »Instrumentarium einer Rezessionsbekämpfung« in Europa propagierte.[817] Dieses zentrale Motiv – von dem auch der historische Marshall-Plan getragen war – gewann, wie von Kreisky erwartet,[818] mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise 1973/74 zusätzlich an Bedeutung und erklärt vermutlich, wa-

---

[811] Alois Mock: Außenpolitische Erklärung 1985 am 22. April 1985. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 2. Wien: Böhlau 1985, S. 289.

[812] »Die ›neue Weltwirtschaftsordnung‹, Herr Bundesminister, das wissen Sie ganz genau, ist ein Wort, mit dem man Sympathien erwerben kann, ohne Obligationen einzugehen [...]. Aber wenn Sie für jene Begriffsdefinition sind, wie sie heute im Bereiche der Entwicklungsländer relativ sehr klar mit diesem Begriff verbunden wird, dann, muß ich sagen, vertreten Sie die österreichischen Interessen nicht mehr!« (Wolfgang Blenk, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/50, 14.6.1984, S. 4241.)

[813] Vgl. Kreisky, Demokratie und Diplomatie, S. 66.

[814] NR-Protokolle, VIII.GGP/69, 3.12.1958, S. 3140.

[815] Bruno Kreisky, in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 2, 1962, H. 6, S. 372.

[816] Kreisky, Foreign Policy in the Affluent Society, S. 658.

[817] NR-Protokolle, XIII.GGP/2, 5.11.1971, S. 30.

[818] Vgl. ebda.

rum österreichische Regierungsmitglieder das Konzept in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit deutlich größerem Nachdruck propagierten als in der ersten Hälfte.

Es würde zu weit führen, die unterschiedlichen Versionen dieses Konzepts in allen Details auszuleuchten[819], stattdessen möge ein kursorischer Überblick über die zentralen Aspekte genügen. Die Grundidee bestand darin, Staaten der Dritten Welt zum Aufbau einer modernen Infrastruktur – zum überwiegenden Teil unentgeltlich – Güter aus jenen Wirtschaftssektoren westeuropäischer Staaten zu liefern, die von der Überproduktionskrise besonders stark betroffen waren. Diese Güter sollten in weiterer Folge auf dem jeweiligen Binnenmarkt verkauft werden, um mit den so erzielten Einnahmen *counterpart funds* aufzubauen, aus denen die Folgekosten der diversen Infrastrukturmaßnahmen ebenso finanziert werden sollten wie weitere Investitionen. Im Lauf der Jahre, von der ersten Präsentation der (noch sehr vagen) Ideen auf internationaler Ebene[820] bis zu ihrer letzten systematischen Zusammenfassung aus Anlass des Nord-Süd-Gipfels von Cancún 1981[821], kam es zu zahlreichen Veränderungen. Eine davon betraf den Kreis der beteiligten Staaten. Während kurzzeitig daran gedacht war, auf der Geberseite die Gesamtheit der OECD-Länder einzubeziehen,[822] ja sogar »all industrialized countries irrespective of their social systems«[823] (also auch die realsozialistischen), schien Kreisky in erster Linie einen »[west]europäischen Plan«[824] vor Augen zu haben. Anfang der 1980er Jahre wurde dann auch noch die Gruppe der *like-minded countries* ins Spiel gebracht.[825] An der Finanzierung der Lieferungen sollten sich die Erdöl produzierenden Staaten mit ihren immensen Zahlungsbilanzüberschüssen beteiligen.[826] Als Empfänger war vor allem Afrika vorgesehen; bezüglich Asien meinte Kreisky, dort werde es »politisch sehr viel schwieriger

---

[819] Eine umfassende Darstellung von Kreiskys Marshall-Plan-Konzept findet sich bei Dorit Kramer-Fischer: Ein Neuer Marshall-Plan für die Dritte Welt. Der österreichische Vorschlag zu einem verstärkten Ressourcentransfer. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 10, 1981, H. 2, S. 139–151 sowie bei Helmut Ornauer: Ein Marshallplan für die Dritte Welt? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1982, hrsg. von Andreas Khol und Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1983, S. 207–237 und in meiner eigenen Diplomarbeit (Hödl, Die Dritte Welt in Ideologie und Politik der österreichischen Sozialdemokratie, S. 114–123).

[820] Kreisky, Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 11. November 1974, S. 367.

[821] Das von der österreichischen Regierung vorgelegte Konzept ist u.a. abgedruckt in Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 21, 1981, H. 4, S. 360–362.

[822] Bruno Kreisky: Rede anläßlich des World Development Information Day. Wien, 23. Oktober 1978. In: Ders., Reden. Bd. 2, S. 764.

[823] Kreisky, Rede vor der Dritten UNIDO-Generalversammlung, S. 66.

[824] Kreisky, Die Zeit in der wir leben, S. 87.

[825] Vgl. Erwin Lanc: Die Welt von 1985 aus der Perspektive des Neutralen. In: Die Zukunft, 1985, H. 7/8, S. 13.

[826] Vgl. u.a. Kreisky, Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 11. November 1974, S. 367 sowie Pahr, Erklärung vor der 35. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 331.

sein«[827]; Lateinamerika blieb unerwähnt. Was über die Jahre hinweg konstant blieb, war die Grundkonzeption des Marshall-Plan-Projekts als global orientierter Keynesianismus: Mit Hilfe umfangreicher staatlicher Finanzmittel[828] sollte im Rahmen einer antizyklischen Krisenstrategie der Warenabsatz in peripheren Regionen sichergestellt werden, nachdem die Binnenmärkte der OECD-Staaten für bestimmte Produkte (namentlich Investitionsgüter) weitgehend gesättigt waren[829] und Kreisky nicht davon ausging, dass eine Restrukturierung der Produktion in Richtung High-Tech-Industrien genügend Arbeitsplätze schaffen würde.[830] Noch 1982 meinte Außenminister Pahr, das Marshall-Plan-Konzept könne »entscheidend zu einer Überwindung der gegenwärtigen Rezession« beitragen, da es das Missverhältnis zwischen der »Überproduktion im Norden« und der »Unterkonsumation im Süden« beseitigen helfe.[831] Das zweite Hauptmotiv des historischen Marshall-Plans, nämlich die Eindämmung sowjetischer Expansionsbestrebungen, spielte in Kreiskys Überlegungen eine untergeordnete Rolle (wie erwähnt, wurde kurzzeitig sogar die Einbeziehung der osteuropäischen Staaten erwogen).[832] Dass Kreisky immer wieder den (west)europäischen Charakter des Programms

---

[827] Bruno Kreisky: Bereit für die achtziger Jahre. Rede auf dem 23. Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Graz, 13. Oktober 1977. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 688.

[828] Kreisky zitierte in diesem Zusammenhang Otto Bauer: »Ungeheure Kapitalien liegen in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Frankreich, in den neutralen Ländern Europas brach [...]. Diese Kapitalien in die Produktion zurückzuführen und die Produktion durch sie zu beleben, wäre unzweifelhaft eines der allerwirksamsten Mittel zur Eindämmung der Weltkrise und der Arbeitslosigkeit in der Welt. Aber die Kapitalisten selbst sind nicht mehr imstande, diese Mittel zu benützen. Nur die Aktion der Regierungen kann noch bewirken, daß die brachgelegten Kapitalien der Wirtschaft wieder zufließen« (ebda.).

[829] »Bisher wurden in Zeiten eines Konjunkturabschwunges innerstaatlich Maßnahmen zur Stimulierung der Nachfrage getroffen, die meist als öffentliche Investitionen vornehmlich den Bausektor begünstigt haben. Hingegen konnten die ungenützten Kapazitätsreserven im Bereich der Investitionsgüterindustrie dadurch nicht besser genützt werden. Es ist daher der Zweck des Programmes, durch Beistellung von Investitionsgütern für Entwicklungsländer diesen Sektor gleichfalls zu berücksichtigen und dort Arbeitsplätze zu sichern.« (Parlamentarische Anfragebeantwortung Bruno Kreiskys vom 8.8.1978, 1954/AB, II-3959 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 14. Gesetzgebungsperiode.)

[830] Kreisky kurz nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler: »[...] we have to direct our thoughts beyond new technologies and smart products to questions of global redistribution, only then will we be able to reintegrate the 35 million unemployed in the Western industrialized countries back into working life«. (Bruno Kreisky: The McDougall Memorial Lecture 1983, delivered before the Conference of the UN Food and Agriculture Organization. Rome, November 7, 1983. Wien: Vienna Institute for Development 1983, S. 5.) Und dann noch deutlicher: »[...] since the new high-technology industries will come nowhere near providing a sufficient number of jobs for people in the industrialized countries, why should we not strive for adjustments orientated towards the needs of these new Third World markets.« (Ebda., S. 7.)

[831] Pahr, Österreich und die Krise in der Weltpolitik, S. 327.

[832] Unter Anspielung auf die Präsenz kubanischer Truppen in Angola meinte Kreisky, mit seiner Marshall-Plan-Idee wäre es zu »verhindern, daß ein Kontinent zum Spielball von Soldaten wird, die aus fremden Kontinenten dorthin kommen und die politische Entwicklung beeinflussen.« (Kreisky, Bereit für die achtziger Jahre, S. 689.) Und an anderer Stelle: »Jetzt müßte der Westen eine gesammelte Kraftanstrengung machen, die den Afrikanern zeigt, was auf dem Spiel steht. Es gibt auch dort sehr kluge Leute, die recht gut verstehen, worum es geht. Allein können sie nie so rasch weiterkommen, das kann ihnen der Kommunismus nie bieten.« (Kreisky, Die Zeit in der wir leben, S. 89.)

herausstrich, deutet zugleich auf die bereits an anderer Stelle (vgl. S. 114) erwähnte Frontstellung gegenüber den USA hin.[833]

Für die Staaten der Peripherie sollte das kurzfristige Ziel darin bestehen, eine moderne Infrastruktur aufzubauen (»Bau von Häfen, die Errichtung eines internationalen Eisenbahnsystems, die Schaffung eines Systems der Telekommunikation, die Ausarbeitung von Bewässerungsprojekten«[834]), um auf dieser Basis die Industrialisierung in Angriff zu nehmen.[835] Die von Kreiskys »Marshall-Plan« begünstigten Ökonomien sollten stärker in den Weltmarkt eingebunden werden[836] – unter anderem mit dem Ziel, die Rohstoffversorgung auch des Westens zu verbessern[837] und im Zuge des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses in der Peripherie dauerhafte neue Absatzmärkte[838] zu schaffen. Zentrale Fragen, etwa aus welchen Mitteln – angesichts des Kapitalmangels in der Peripherie – die *counterpart funds* gespeist werden sollten und ob nicht die geplante Industrialisierung die Überproduktionskrise mittelfristig verschärfen würde, blieben allerdings unbeantwortet.

Die Idee eines »Marshall-Plans für die Dritte Welt« wurde in den 1970er Jahren ausschließlich von der SPÖ propagiert, und da wiederum in erster Linie von Bundeskanzler Kreisky und seinen Außenministern. Politiker der ÖVP begegneten den Vorschlägen mit unverhohlener Skepsis, vermissten konkrete Planungen,[839] machten mehr oder weniger triftige inhaltliche

---

[833] In einigen Äußerungen war das Ziel, den europäischen Einfluss in Afrika zu wahren bzw. auszubauen, nicht zu überhören: »Ein demokratisches Europa, das sich nicht zu helfen weiß vor Angst und Sorge um die eigene Zukunft, ist kein selbstbewußter Partner eines sich mühsam und in einem langwierigen Prozeß konsolidierenden Afrika und Mittleren Ostens, auf deren geistige und wirtschaftliche Ressourcen Europa nicht verzichten kann. Wollen die Völker der europäischen Demokratien mit den Völkern Afrikas Politik machen, dann wird sich das nicht nur in bilateralen Formen machen lassen. Dazu bedarf es größerer und planmäßigerer Anstrengungen.« (Bruno Kreisky: Kurs auf die achtziger Jahre. Rede auf dem 23. Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien, 12. März 1976. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 570.)

[834] Kreisky, Rede auf der Konferenz der Accion Democratica, S. 594.

[835] »Erst dann, wenn diese Infrastrukturen bestehen, wird die Entwicklungshilfe wirklich funktionieren, werden wir nicht diese schauerlichen Enttäuschungen mit unseren Industrialisierungsbestrebungen erleiden.« (Bruno Kreisky: Die Weltwirtschaft in den achtziger Jahren. Rede in Wien, 16. Juni 1980. In: Ders., Reden, Bd. 2, S. 900; ähnlich auch Kreisky, Rede vor der Dritten UNIDO-Generalversammlung, S. 66.)

[836] »[...] the countries of the Third World are incapable on their own of creating the infrastructure they need in order to play their part in the international division of labour in accordance with their potential.« (Kreisky, McDougall Memorial Lecture 1983, S. 3.)

[837] »Food and energy are most important for the economic infrastructure of all countries. However, their development requires support by well-functioning facilities in the fields of transport, telecommunications, education, etc. The immediate action programme would be designed to provide these infrastructural facilities [...]« (Bruno Kreisky: Botschaft an die Teilnehmer der Konferenz von Cancun am 22. Oktober 1981. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 21, 1981, H. 4, S. 359).

[838] »Wir müssen die Konsumfähigkeit der Milliarden Menschen in der Dritten Welt durch einen Akt der Solidarität erst herstellen.« (Bruno Kreisky: Internationalismus heute. In: Die Zukunft, 1983, H. 12, S. 7.)

[839] So u.a. Wendelin Ettmayer, in: NR-Protokolle, XV.GGP/14, 5.12.1979, S. 1264 sowie Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2346.

Einwände geltend,[840] befürchteten ein Übermaß an Bürokratie[841] und sparten auch nicht mit wenig schmeichelhaften Charakterisierungen[842]. Nachdem das Marshall-Plan-Konzept mit dem Scheitern des Nord-Süd-Dialogs zu Beginn der 1980er Jahre von der internationalen Bühne verschwunden war (ohne seiner Realisierung auch nur nahe gekommen zu sein)[843], war es, in einer ironischen Wendung der Geschichte, Außenminister Mock, der ein letztes Mal die Marshall-Plan-Idee aufgriff, allerdings nur für Costa Rica und ebenfalls ohne praktische Folgen.[844]

Abschließend noch kurz zur Kehrseite der in den 1960er und 1970er Jahren tatsächlich erfolgten Kapitaltransfers: der Verschuldung. Wie die kontinuierliche Thematisierung dieses Problems in den 1970er Jahren beweist, kam die Schuldenkrise der 1980er Jahre keineswegs überraschend. Bereits 1972 wies Kreisky darauf hin, dass in der Dritten Welt das Wachstum der Wirtschaft hinter jenem der Schulden zurückbleibe und die finanziellen Verpflichtungen der Entwicklungsländer ein Ausmaß erreicht hätten, »das es in höchstem Maß illusionär erscheinen läßt, zu erwarten, daß sie überhaupt jemals eingelöst werden können.«[845] Die Hauptursache der steigenden Verschuldung ortete man in der für die Peripherie ungünstigen Entwicklung der *terms of trade*.[846] Angesichts der auch in den genannten Zahlen zum Ausdruck kommenden Bedrohlichkeit der Lage hielten einzelne Politiker Gegenmaßnahmen für geboten. Außenminister Bielka sah 1975 die »Einberufung einer Konferenz der Hauptgeber-

---

[840] Heribert Steinbauer wies auf die Befürchtungen der Entwicklungsländer hin, sie würden von den Geberländern »die nicht mehr ausgenutzten Maschinen entweder direkt bekommen oder Waren, die keiner mehr will.« (NR-Protokolle, XV.GGP/93, 2.12.1981, S. 9291.) Ludwig Steiner wiederum sah den Erfolg des historischen Marshall-Plans darin begründet, dass dieser »auf vorhandenen industriellen und landwirtschaftlichen Strukturen« aufbauen konnte und darauf, »daß sich diese Bevölkerung wirklich helfen lassen wollte« – während man mit Kreiskys Konzept in der Dritten Welt »den Glauben [wecke], man könne ohne eigene Anstrengung, ohne sich selbst helfen zu wollen, versuchen, weiterzukommen.« (NR-Protokolle, XV.GGP/14, 5.12.1979, S. 1250.)

[841] Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2346 sowie Mock, Außenpolitik – Konsens oder Konflikt?, S. 324.

[842] So war für Ludwig Steiner die Marshall-Plan-Idee nichts anderes »als ein Luftballon der Illusionen« (NR-Protokolle, XVI.GGP/71, 11.12.1984, S. 6243).

[843] Zwar wurden wiederholt »Pilotprojekte« angekündigt (vgl. u.a. Bruno Kreisky: Rede vor der Dritten UNIDO-Generalversammlung in Neu-Delhi am 31. Jänner 1980. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 20, 1980, H. 1, S. 67) und diesbezügliche Verhandlungen aufgenommen, etwa im Juli 1980 mit Regierungsvertretern aus Rwanda, Burundi, Uganda und Tanzania (vgl. Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 20, 1980, H. 3, S. 228). Konkrete Ergebnisse, die auch annähernd den Marshall-Plan-Vorschlägen entsprochen hätten, blieben allerdings aus (vgl. dazu auch Kramer-Fischer, Neuer Marshall-Plan, S. 150).

[844] Vgl. Alois Mock: Kontinuität und neue Akzente [Interview]. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, Jg. 1987, H. 1, S. 9 f.

[845] Kreisky, Rede auf dem Parteitag der SPÖ, Villach, 18. April 1972, S. 216.

[846] So u.a. Karl Czernetz, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11046 sowie Johann Hatzl, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4559.

und Schuldnerländer« als »zweckmäßig« an,[847] und der Nationalratsabgeordnete Hatzl forderte »große internationale Anstrengungen«, um »diese Katastrophe abzuwenden«[848]. Bald darauf vermeldete Außenminister Pahr »wesentliche Erfolge [...] in der Frage von Maßnahmen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder«, wobei sich »an den zum Teil sehr umfangreichen Schuldennachlässen« auch Österreich beteiligen werde.[849] Handelsminister Staribacher wiederum betonte angesichts der »Verschlimmerung der Schuldenlage [...] die Bedeutung ausreichender Kapitalflüsse in die Entwicklungsländer« und vertraute auf »die erwartete Erholung der Weltwirtschaft«[850]. Dass weder Pahrs Schuldennachlässe – die mit einem Gesamtausmaß von 4,4 Millionen Dollar lediglich 14,8 Prozent der entsprechenden Außenstände betrafen[851] – noch Staribachers Wirtschaftserholung die Verschuldungsdynamik bremsen konnten, zeigte sich auf drastische Weise im folgenden Jahrzehnt.

Wie wir festgestellt haben, wurden vor allem zwei Wege für gangbar gehalten, um die Produktivkräfte in der Dritten Welt zu entwickeln: Eine politisch gesteuerte Nachjustierung der weltwirtschaftlichen Austauschmechanismen in Gestalt einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung oder zumindest durch Teile des geplanten Maßnahmenbündels (Handelsliberalisierung, Stabilisierung der Rohstoffpreise) sowie den Transfer von Kapital, sei es in der konventionellen Form der Entwicklungshilfe, sei es in der Kreisky'schen Spielart eines »Marshall-Plans für die Dritte Welt«. Eine dritte in den 1970er Jahren propagierte und praktizierte Entwicklungsstrategie, die des *de-linking* bzw. der *self reliance*, wurde zwar auf internationaler Ebene breit diskutiert, nicht aber in Österreich. Lediglich Ewald Nowotny erwähnte an einer Stelle die Abkoppelung vom Weltmarkt als eine von mehreren Optionen (neben Entwicklungshilfe und dem »Aufbau speziell einer sehr stark exportorientierten Industriestruktur« wie in Südasien[852]), bezeichnete sie allerdings als »erhebliche Überreaktion« und attestierte ihr »zum Teil auch eine gewisse Romantik« – die Möglichkeit von »Entwicklung [...] in Konfrontation zu den Industriestaaten« bereitete ihm jedenfalls angesichts der »politischen, ökonomischen Folgen, die mit einer solchen Konfrontation verbunden wären«[853], sichtliches Unbehagen.

---

[847] Bielka, Erklärung vor der Siebenten Sondertagung, S. 302.
[848] Johann Hatzl, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4559.
[849] Pahr, Zur österreichischen Außenpolitik 1978, S. 326.
[850] Staribacher, Rede vor der 4. Welthandelskonferenz, S. 17.
[851] Vgl. Skuhra, Österreich im Nord-Süd-Konflikt, S. 126. Skuhra weist darauf hin, dass Neuseeland und Finnland den *Least Developed Countries* die gesamten Schulden erließen.
[852] NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2357.
[853] Ebda.

Viel war bisher von Phänomenen, Ursachen und Strategien die Rede. Noch nicht aber, sieht man vom Marshall-Plan-Konzept ab, von den angestrebten Zielen. In einigen wenigen Fällen lassen sich auch für die 1970er Jahre Vorstellungen von einem linearen sozioökonomischen Fortschritt feststellen, als dessen wünschenswerter Endpunkt das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell angesehen wurde. Besondere prägnant formulierte diese teleologische Sicht der Dinge der sozialdemokratische Abgeordnete Kerstnig, für den es darum ging, »die unterentwickelten Länder auf evolutionärem Wege und durch materielle und geistige Unterstützung so rasch als möglich an unseren Entwicklungsstand und unseren Lebensstandard heranzuführen und der Errungenschaften der Zivilisation teilhaftig werden zu lassen.«[854] Auch die »allgemeine Anhebung der Lebensstandards und Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses in den Entwicklungsländern«[855], wie sie Außenminister Bielka 1974 vor der UN-Generalversammlung als Zielsetzung formulierte, stand noch in der Tradition der Rostow'schen Wachstumszuversicht – allerdings verwiesen die gleichzeitig proklamierte »Bekämpfung der Umweltverschmutzung und Erhaltung einer natürlichen Umwelt«[856] bereits auf jene ökologische Neuorientierung, die das entwicklungspolitische Denken fortan zunehmend prägen sollte.

Die neomalthusianischen Thesen des Club of Rome wurden in Österreich mit geringer zeitlicher Verzögerung rezipiert, und so konnte Staatsekretär Veselsky 1974 konstatieren, »daß es Grenzen des Wachstums gibt«[857]. Kurt Fiedler wiederum ging im selben Jahr (unter Berufung auf E. F. Schumacher[858]) so weit, das Konzept einer nachholenden, am westlichen Modell orientierten Entwicklung erstmals grundsätzlich in Frage zu stellen. Um zu verhindern, »daß sich die Länder der Dritten Welt über kurz oder lang mit denselben Problemen konfrontiert sehen, die heute schon an den Grundfesten der Industriegesellschaft nagen, nämlich den Problemen der Rohstoffversorgung zur Aufrechterhaltung komplizierter und aufwendiger Technologien«, sollten sie »einen eigenen Weg« gehen, nämlich den einer »neue[n] Agrarge-

---

[854] NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11043.

[855] Bielka, Erklärung vor der XXIX. Generalversammlung, S. 306. Auch von seinem Amtsvorgänger Kirschschläger wurde im selben Jahr »ein beschleunigter Prozeß der Industrialisierung« als hilfreich bezeichnet (Rudolf Kirchschläger: Rede vor der Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über Rohstoff- und Entwicklungsfragen, 22. April 1974. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 14, 1974, H. 2, S. 119).

[856] Ebda. Bereits einige Monate zuvor hatte Karl Czernetz in ähnlicher Weise »gemeinsame Strategien der industriellen Wachstumspolitik« und »ein neues ökologisches Gleichgewicht« miteinander verknüpft (Czernetz, Travestie der Weltrevolution, S. 3).

[857] NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11051.

[858] E[rnst] F[riedrich] Schumacher trat vehement für den Einsatz »angepasster Technologie« in der Dritten Welt ein, u.a. in seinem 1973 erschienenen Band »Small is beautiful. A study of economics as if people mattered«.

sellschaft« mit »einfache[n] Produktionsmittel[n] und Maschinen«[859]. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre verschwanden derartige Ideen wieder (man befasste sich stattdessen mit dem »Marshall-Plan für die Dritte Welt« und exportierte schlüsselfertige Industrieanlagen), nur um zu Beginn der 1980er Jahre wieder aufzutauchen. Während sich Staatssekretär Nußbaumer – ähnlich wie Bielka 1974 – damit beschied, auf die ökologischen Grenzen des für notwendig erachteten Wirtschaftswachstums hinzuweisen,[860] war es diesmal ein Abgeordneter der FPÖ, Friedhelm Frischenschlager, der die Verallgemeinerbarkeit des westlichen Modells bestritt: »[...] wenn wir heute die [...] zum Teil Verschwendungsgesellschaft in die ganze Welt übertragen wollen, dann bricht die Fragen der Ressourcen, die Energiefrage auf. Also es kann nicht so sein [...], daß wir den Entwicklungsländern versuchen vorzugaukeln, daß das, was sich bei uns entwickelt hat, nun dort nachvollziehbar wäre. Das schafft diese Erde nicht, zumindest im Bereich der Rohstoffe und der Energie nicht, und daher müssen hier andere Zielrichtungen an die Spitze gestellt werden [...].«[861] Daher solle sich die österreichische Entwicklungspolitik auf die »Grundbedürfnisse der Dritten Welt konzentrieren, das ist Essen, das ist daher die Landwirtschaft.«[862] Die wirtschaftlichen Strukturen in Westeuropa und Nordamerika wurden also nicht prinzipiell in Frage gestellt, sie sollten allerdings aus Gründen natürlicher Kapazitätsgrenzen auf einen exklusiven Kreis von Staaten beschränkt bleiben – die eklatanten ökonomischen Disparitäten zwischen Zentrum und Peripherie waren in dieser Lesart nicht länger ein für veränderbar gehaltenes Faktum, sondern unveränderliche ökologische Notwendigkeit.

Während bei Frischenschlager die Grundbedürfnisstrategie in Verbindung mit seiner Wachstumsskepsis darauf hinauslief, ein niedriges, aber existenzsicherndes Konsumniveau langfristig festzuschreiben, wurde sie in den übrigen Wortmeldungen zum Thema (die – in geringer Zahl – 1977 einsetzten) als notwendige sozioökonomische Abfederung von Wachstumsprozessen begriffen. Ausgangspunkt war die bereits weiter oben zitierte Einsicht, dass wirtschaftliches Wachstum in peripheren Ökonomien oft nur einer kleinen Minderheit zugute gekommen war, und man parallel zur Entwicklung der Produktivkräfte darauf zu achten habe,

---

[859] Kurt Fiedler: Antwort auf die Umfrage: Wie groß ist der Widerhall von Problemen der Dritten Welt in der Gesellschaft in Österreich? In: Die Republik, Jg. 10, 1974, H. 4, S. 40.

[860] »To overlook ecological and environmental constraints in an shortsighted attempt to improve conditions for the present generation will inevitably spell doom for the next generation.« (Nußbaumer, More Understanding, S. 13.)

[861] NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2355.

[862] Ebda.

die Basisversorgung der Gesamtbevölkerung sicherzustellen. Dementsprechend ging es Johann Hatzl nicht nur um »eine Steigerung der Wachstumsrate«, sondern insbesondere auch darum, »daß es zu einer gerechten Verteilung, zur Deckung lebensnotwendiger Bedürfnisse kommt«.[863] Ganz in Übereinstimmung mit einem der zentralen entwicklungspolitischen Konzepte jener Jahre waren es zwei Regierungsmitglieder, die für die »vordringliche Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen«[864] bzw. »the alleviation of human needs«[865] eintraten, wobei Staatssekretär Nußbaumer explizit in Abrede stellte, dass der von den Wachstumstheorien propagierte *trickle down*-Effekt die erwünschte Wirkung zeige.[866]

Insgesamt dürfte Josef Taus mit seinem Befund aus dem Jahr 1977 richtig gelegen haben, »daß Entwicklung nach wie vor im wesentlichen als ›klassischer Industrialisierungsprozeß‹ verstanden wird«[867], doch wurde diese zentrale entwicklungspolitische Aspiration im Lauf der 1970er Jahre zunehmend ergänzt und modifiziert durch Zielsetzungen wie Armutsbekämpfung und Umweltschutz. Eine umfassende Definition ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Entwicklungsziele sucht man allerdings vergeblich.

3.3 Phase 3: Die entwicklungspolitische Debatte seit Beginn der 1980er Jahre

Die öffentliche Wahrnehmung der Dritten Welt blieb in den 1980er Jahren von einigen der bereits bekannten Aspekte dominiert. Angesichts einiger relativ breit rezipierter aktueller Entwicklungen veränderte sich das Gesamtbild in einer Weise, dass es sich insgesamt um einiges düsterer präsentierte als in den 1970er Jahren. Die Hungersnot, die Teile Afrikas (unter anderem Äthiopien) in der ersten Hälfte der 1980er Jahre traf und vom sozialdemokratischen Abgeordneten Hesele »als große Schande der Menschheit«[868] apostrophiert wurde, lenkte den Blick wieder verstärkt auf die extreme Armut und ihre elementarsten Erscheinungsformen – ein »Elend und Vegetieren unter dem Existenzminimum«[869], mit niedriger Lebenserwartung

---

[863] NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4559.

[864] Pahr, Erklärung vor der XXXII. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 247. Nahezu wortidentisch wurde die entsprechende Redepassage zwei Monate später wiederverwertet (vgl. Willibald Pahr: Zur österreichischen Außenpolitik. Vortrag, gehalten am 6. Dezember 1977. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 17, 1977, H. 6, S. 289).

[865] Nußbaumer, More Understanding and Co-operation, S. 13.

[866] Vgl. ebda.

[867] Taus, Die außenpolitischen Vorstellungen, S. 18.

[868] NR-Protokolle, XVI.GGP/144, 11.6.1986, S. 12609.

[869] Heribert Steinbauer: Die Notwendigkeit des Teilens. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 42, 1986, H. 5, S. 6.

und hoher Kindersterblichkeit. Zahlen wie jene von täglich 40.000 verhungernden Kindern[870] sollten die Dimensionen der Not illustrieren. Eine Not, die sich Anfang der 1990er Jahre abermals verschärfte, als Afrika – und auch dies wurde im österreichischen Parlament registriert[871] – eine weitere Hungerkatastrophe erlebte. Phänomene wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und prekäre Wohnverhältnisse (etwa in Form städtischer Slum-Bildung) rundeten die Schilderungen des Elends in der Dritten Welt ab, spielten aber eine untergeordnete Rolle.

Im Zuge dieser Lagebeschreibungen wurden die genannten Indikatoren relativ häufig mit makroökonomischen, zum Teil auch demographischen und politischen Aspekten kombiniert. In der Regel verzichtete man auf kausale Verbindungen, sondern beließ es bei deskriptiven Aufzählungen. Auf diese Weise ergaben sich zeitspezifische Konfigurationen unterschiedlicher Wahrnehmungsebenen und -ausschnitte. Auf der Makroebene spielten – speziell Anfang der 1980er Jahre – die unterschiedlichen Manifestationen der globalen Wirtschaftskrise in der Dritten Welt eine zentrale Rolle, insbesondere die Verschuldung.[872] Dementsprechend bestanden die Hauptprobleme der Peripherie für Bruno Kreisky in »hunger, malnutrition, acute poverty, serious balance of payments and debt problems, continuing erosion of terms of trade«[873]. Alois Mocks Diagnose Mitte der 1980er Jahre – »Hunger, Arbeitslosigkeit, eine gewaltige Verschuldung und eine Bevölkerungsexplosion«[874] – griff hingegen auf die Demographie zurück, um dem Gesamtbild ein weiteres, bereits seit den 1960er Jahren gebräuchliches Element hinzuzufügen. Gegen Ende der 1980er Jahre begann man den Zerfall peripherer Gesellschaften und Staaten ebenso wahrzunehmen wie eine tiefgreifende ökologische Krise. Neben der wachsenden Auslandsverschuldung konstatierte Jankowitsch »eine fortschreitende soziale Desintegration, Deindustrialisierung und alarmierende Zerstörung der Umwelt«[875]. In der öffentlichen Wahrnehmung wuchs nicht nur die Zahl der Krisensymptome, sondern auch ihre destruktive Dimension. Von Ausnahmen wie Heribert Steinbauer abgesehen, der »auch ein-

---

[870] Vgl. Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1432; Waltraud Horvath, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/104, 17.5.1989, S. 12087.

[871] Vgl. Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/18, 13.3.1991, S. 1357. Andreas Khol wies ebenfalls 1991 darauf hin, dass »28 Millionen Schwarzafrikaner in diesem Jahr vom Hungertod bedroht« sind (NR-Protokolle, XVIII.GGP/25, 17.4.1991, S. 2195.

[872] Vgl. unter vielen anderen Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1431.

[873] Kreisky, Botschaft an die Teilnehmer der Konferenz von Cancun, S. 358.

[874] Mock, Außenpolitische Erklärung 1985, S. 288. Ein identer Merkmalskatalog findet sich bei Wendelin Ettmayer, einschließlich der »Bevölkerungsexplosion« (NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11778). Auch von sozialdemokratischer Seite wurde auf »die reale demographische Zeitbombe in Afrika und Asien« hingewiesen (Jankowitsch, Ins Zentrum der Politik, S. 16).

[875] Jankowitsch, Das Prinzip Entwicklungshilfe, S. 53. Ähnlich auch in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 8.

drucksvolle Ergebnisse der Entwicklungspolitik«[876] wie die Senkung der Kindersterblichkeit sah, erfuhren die allgemeinen Trends in der Dritten Welt eine zutiefst pessimistische Deutung – über die zunehmende Verschärfung der Lage bestand weitgehend Konsens. »Not, Armut und Verschuldung [haben] drastisch zugenommen«, meinte Günter Dietrich[877], Peter Jankowitsch sah den Niedergang der Dritten Welt »in Spiralen der Armut und der Gewalt«[878], und Alois Mock zog vor der UN-Generalversammlung eine bittere Bilanz der 1980er Jahre: Er bezeichnete sie als verlorenes Jahrzehnt, in dem die Dritte Welt in einem Teufelskreis aus Armut, Unterentwicklung, Verschuldung, Umweltzerstörung und Bevölkerungswachstum gefangen gewesen sei.[879]

Angesichts dieses zunehmenden Entwicklungspessimismus verwundert es nicht, dass so wie in den vorhergegangenen Jahrzehnten das »immer weitere Auseinanderklaffen zwischen armen und reichen Völkern«[880] bedauert wurde. Freda Meissner-Blau verwies auf »die sich immer katastrophaler und beängstigender vertiefende Kluft zwischen armen und reichen Länder« und sah damit die Marx'sche »Verelendungstheorie im Weltmaßstab auf das schrecklichste«[881] bestätigt. Eine »unglaubliche Asymmetrie«[882] zwischen Zentrum und Peripherie beobachtete auch Peter Jankowitsch und prognostizierte für die 1990er Jahre, dass sich »das Wohlstandsgefälle zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern weiter vergrößern wird.«[883] In auffallendem Kontrast dazu war in der ersten Hälfte der 1980er Jahre der Entwicklungsoptimismus zumindest in Teilen der politischen Elite so groß, dass ÖVP-Politiker wie Mock und Ettmayer mittel- bis langfristig eine, wenn auch nur geringfügige,

---

[876] Steinbauer, Die Notwendigkeit des Teilens, S. 5.

[877] Günter Dietrich, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9194.

[878] Peter Jankowitsch: Ins Zentrum der Politik. Eröffnungsrede auf der Gesamtösterreichischen Entwicklungskonferenz 1991 am 18. Oktober 1991 im Haydn-Saal des Schlosses Esterházy. In: Gesamtösterreichische Entwicklungskonferenz 1991. Dokumentation einer Begegnung, hrsg. vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik. Wien: ÖIE 1992, S. 15.

[879] »Comme l'ont soulignés certains rapports des Nations Unies, les ›années quatre-vingt perdues‹ ont eu tendance à aggraver la situation des pays et des sociétés en développement lorsqu'elles n'ont pas été en mesure de se libérer du cercle vicieux de la pauvreté, du sousdéveloppement, de l'endettement, de la destruction de leur environnement et de la pressante croissance de leur population.« (Alois Mock: Rede vor der 45. Generalversammlung der Vereinten Nationen, New York, am 28. September 1990. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, November 1990, S. 12.)

[880] Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/48, 24.5.1984, S. 4025.

[881] NR-Protokolle, XVII.GGP/63, 25.5.1988, S. 6987.

[882] NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 8.

[883] Jankowitsch, Ins Zentrum der Politik, S. 14.

Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen Zentrum und Peripherie für wahrscheinlich hielten.[884]

Eines der augenfälligsten Beispiele dafür, welche Dimensionen der Ressourcenverbrauch der Zentren im Vergleich zu jenem der Peripherien erreichte, stellten die Rüstungsausgaben dar. Bereits Mitte der 1960er Jahre war diese »Vergeudung von Volksvermögen für die Vernichtung der Menschheit«[885] kritisiert und eine Umwidmung für entwicklungspolitische Zwecke verlangt worden.[886] Nachdem in den 1970er Jahren lediglich Außenminister Bielka wiederholt auf das eklatante Missverhältnis zwischen Rüstungs- und Entwicklungshilfe-Ausgaben hingewiesen hatte,[887] gewann die Problematik mit dem Ende der Entspannungspolitik und den damit verbundenen neuen Aufrüstungsschritten neue Relevanz und dementsprechende Aufmerksamkeit. Bereits Ende 1979 prangerte Außenminister Pahr vor der UN-Generalversammlung die »kolossale Verschwendung technischer Mittel und menschlicher Energie [durch] die immer noch steigenden Rüstungsausgaben«[888] an – eine Position, die in den folgenden Jahren mehrfach vertreten wurde[889] und in der ersten Hälfte der 1980er Jahre öffentlichen Rückhalt durch die Friedensbewegung erhielt. Erneut wurden Rechnungen aufgestellt, mit welch geringen Prozentsätzen der Rüstungsbudgets umfangreiche Investitionen in den Produktionsapparat und die soziale Infrastruktur der Dritten Welt finanziert werden könnten: »Nur 10% Reduzierung der Militärausgaben [...] würde eine weitgehende Stimulierung in den Entwicklungsländern bringen«[890], meinte etwa Außenminister Lanc. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre – erneut parallel zur weltpolitischen Entwicklung – verschwand die Kritik an den globalen Militäraufwendungen allmählich aus dem politischen Diskurs. Gelegentlich hoffte man noch auf eine Umleitung der mit dem Ende des Ost-West-Konflikts als überflüssig

---

[884] »Die Ungleichheit zwischen den Ländern des Nordens und jenen des Südens wird langsamer abgebaut, als man ursprünglich geglaubt hat: Heute beträgt der Unterschied in den Pro-Kopf-Einkommen 13 zu 1, nach einer Berechnung von Jan Tinbergen wird er im Jahre 2020 immer noch 13 zu 1,2 betragen.« (Mock, Außenpolitische Erklärung 1984, S. 243.) Auf die gleiche Studie Tinbergens berief sich auch Wendelin Ettmayer (NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1457).

[885] Pittermann, Zur Strategie der sozialistischen Bewegung, S. 23.

[886] Vgl. ebda., aber auch Josef Klaus, der 1965 in einer Rede vor der UN-Generalversammlung forderte, die Rüstungsausgaben zu Gunsten der Entwicklungshilfe einzuschränken (Klaus, Rede vor der XX. Generalversammlung, S. 376).

[887] Vgl. u.a. Bielka, Erklärung vor der Siebenten Sondertagung, S. 302.

[888] Pahr, Erklärung vor der 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 221.

[889] Vgl. u.a. Nussbaumer, More Understanding and Co-operation, S. 12 sowie Erwin Lanc: Erklärung vor der 6. Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen in Belgrad am 10. Juni 1983. In: Außenpolitischer Bericht 1983, hrsg. vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Wien: Eigenverlag 1984, S. 269.

[890] Lanc, »Die Entwicklungsländer sind verärgert«, S. 10. Heribert Steinbauer wies darauf hin, dass die Kosten eines Kampfpanzer den Aufwendungen für 1000 Klassenräume für 30.000 Kinder entsprächen (NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2343).

angesehenen Rüstungsgelder in die Dritte Welt.[891] Doch als die erhoffte »Friedensdividende«[892] definitiv ausblieb, gab es niemanden mehr, der sich dieses Themas angenommen hätte.

Wie bereits in den 1970er Jahren wurden auch im Inneren peripherer Gesellschaften krasse Disparitäten bei der Verteilung der Macht und der Mittel geortet. Erneut stellte man fest, dass die sozialen Unterschiede mit den Jahren nicht kleiner geworden waren, »ja sogar, daß da und dort die Reichen noch reicher geworden sind«[893]. Die Dichotomie, die verschiedentlich evoziert wurde, umfasste auf der einen Seite die Gruppe der Kleinbauern, der Armen und Unterdrückten, gar der »Völker«[894], auf der anderen Seite hingegen in erstaunlicher Konstanz die nicht weiter spezifizierten »Eliten«. Zwar wurde zuweilen auf ihre Querverbindungen zu ausländischen Konzernen hingewiesen,[895] doch letztlich blieb diffus, um welche sozialen Gruppen es sich konkret handelte. Das Epitheton »korrupt«, das in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre auftauchte,[896] legte eine Verortung im staatlichen Bereich nahe (und implizierte gleichzeitig, dass weniger die Strukturen der Macht als vielmehr deren Handhabung von Übel seien).

In der Tat wandte sich die Aufmerksamkeit österreichischer Politiker – ganz in Übereinstimmung mit der internationalen Debatte (siehe S. 72) – in den 1980er Jahren verstärkt den staatlichen Strukturen in der Peripherie zu. Helene Partik-Pablé machte »Willkür, Korruption, soziale Gleichgültigkeit und ineffiziente Verwaltung« als »entwicklungshemmende Faktoren« aus und hielt »die Armut dieser Länder zu einem großen Teil« für »systemimmanent«[897]. Diese endogenen Faktoren wurden jedoch keineswegs nur von der FPÖ betont – auch Peter Jankowitsch attestierte Afrika »ein nicht zu beschönigendes Ausmaß an Mißwirtschaft«[898] und meinte gegen Ende der 1980er Jahre ganz generell, »daß einige der schwerwiegendsten Hindernisse für nachhaltige Entwicklung in den politischen Systemen und Praktiken der Ent-

---

[891] Vgl. Peter Jankowitsch: Demokratie, Menschenrechte, Entwicklungshilfe. Der neue politische Rahmen der Zusammenarbeit. In: Die Zukunft, 1992, H. 2, S. 25 sowie Kurt Waldheim, in: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 9. Wien: Böhlau 1992, S. 229.

[892] Vgl. Raffer/Singer, Foreign Aid Business, S. 79.

[893] Steinbauer, Die Notwendigkeit des Teilens, S. 5.

[894] Freda Meissner Blau, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/63, 25.5.1988, S. 6988.

[895] U.a. von Freda Meissner Blau, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/11, 25.3.1987, S. 1191 sowie von Günter Dietrich (Tropenholzgesetz – Solange es nichts kostet. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, Jg. 1992, H. 6, S. 12).

[896] Peter Jankowitsch etwa sprach von der »Ausplünderung des Südens, nicht nur durch den Norden, auch durch korrupte einheimische Eliten« (Ins Zentrum der Politik, S. 14), Freda Meissner-Blau davon, dass »unsere Sympathien [...] bei den Armen und Unterdrückten und nicht bei den korrupten Eliten« lägen (NR-Protokolle, XVII.GGP/11, 25.3.1987, S. 1191).

[897] NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1450.

[898] NR-Protokolle, XVI.GGP/71, 11.12.1984, S. 6266.

wicklungsländer zu finden sind«[899]. Nachdem sich das ohnehin traditionell geringe Interesse für die sozialen Strukturen in Richtung der politischen verlagert hatte, verschwanden auch jene zaghaften Ansätze der 1970er Jahre, in denen insbesondere eine Agrarreform als Ausweg aus der Misere erschienen war (vgl. S. 171). In Ausnahmefällen sprach man noch vage von erforderlichen »gesellschaftlichen Reformen«[900], doch in der Regel wurden die Besitzverhältnisse nicht in Frage gestellt – mit einer Ausnahme: »Kollektivierungen und die Errichtung von Kolchosen« wie in Tansania, »die dann faktisch im Desaster münden mußten«[901].

Ging man – so wie Heinrich Neisser – davon aus, dass den Staaten der Peripherie »die primäre Verantwortung für ihre Entwicklung zukommt«[902], war es nur folgerichtig, sich mit deren Wirtschaftssystemen auseinanderzusetzen. Bis in die 1970er Jahre lassen sich im politischen Diskurs keine klaren Präferenzen erkennen, was die Produktionsverhältnisse in peripheren Ökonomien betraf.[903] Möglicherweise resultierte diese Haltung zum überwiegenden Teil aus bloßer Indifferenz und mangelndem Wissen. Möglicherweise drückte sich aber darin auch die prinzipielle Anerkennung unterschiedlicher Entwicklungswege und die Respektierung der wirtschaftspolitischen Autonomie der Staaten des Südens aus (so lange sie sich nicht dem realsozialistischen Block eingliederten). Einiges spricht für letztere Variante,[904] zumal sich die entschiedene Propagierung eines bestimmten Wirtschaftsmodells seit Beginn der 1980er Jahre in ein Muster einfügte, in dessen Rahmen sowohl über die von den internationalen Finanzinstitutionen betriebene ökonomische Konditionalität als auch über die politische (vgl. dazu auch S. 288) die Handlungsspielräume peripherer Staaten sukzessive eingeengt wurden.

---

[899] Jankowitsch, Demokratie, Menschenrechte, Entwicklungshilfe, S. 22.

[900] Steinbauer, Die Notwendigkeit des Teilens, S. 6.

[901] Wendelin Ettmayer, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11779. Ettmayer sprach von »desaströsen inneren Verhältnissen« im »sozialistische[n] Tansanien«, wo »die Agrarstruktur zerstört wurde, [...] ein freies Bauerntum zerstört wurde« (ebda.). Wie eine verspätete Persiflage auf die neoliberalen Argumentationsmuster der 1980er Jahre nahm sich eine Wortmeldung aus, die der FPÖ-Abgeordnete Schreiner 1992 zur Debatte beisteuerte: »Die Kolchosen, die Sowchosen, die kooperative Bewirtschaftung landeten bereits vor zwei Jahren auf dem Müllhaufen der Wirtschaftsgeschichte. [...] Ich glaube, wir sollten versuchen, in Entwicklungsländern Marktwirtschaft zu lehren.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9206.)

[902] NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 4.

[903] Selbst sozialistischen Ökonomien – sofern sie nicht Teil des sowjetisch dominierten Blocks waren – attestierte man »beachtliche Leistungen«, wie der führende ÖVP-Politiker Hermann Withalm 1973 angesichts des chinesischen Modells meinte (Hermann Withalm: Ein Volk sucht seinen Weg. Eindrücke auf einer Reise durch die Volksrepublik China. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 29, 1973, H. 11, S. 14).

[904] Darunter auch das Eingeständnis Wendelin Ettmayers, er habe früher für den afrikanischen Kontinent »ein System der Planwirtschaft« als am besten geeignet angesehen (Wendelin Ettmayer: Entwicklungshilfe: Eine Herausforderung auch für uns! In: Österreichische Monatshefte, Jg. 43, 1987, H. 7, S. 32).

Es waren Politiker der ÖVP, speziell Parteiobmann Mock, die während der gesamten 1980er Jahre im Sinne der gängigen neoliberalen Auffassungen die staatliche Regulation ökonomischer Prozesse als kontraproduktiv denunzierten und die möglichst freie Entfaltung kapitalistischer Marktkräfte propagierten. Argumentativer Ausgangspunkt war das Versagen einer »Entwicklungspolitik, die die Prinzipien der zentralen Planwirtschaft rigoros anwendet«[905]. Apodiktisch stellte Mock 1982 fest: »Jede planwirtschaftliche Vorstellung kann nur scheitern. Das einzige erfolgversprechende Entwicklungsmodell ist das der Sozialen Marktwirtschaft.«[906] Auch für Heribert Steinbauer war eine »gewisse marktwirtschaftliche Orientierung« ausschlaggebend dafür, dass »der Fortschritt – gleichgültig aus welchen Ausgangssituationen – offenkundig fruchtbarer, schneller und deutlicher Platz gegriffen hat.«[907] Als Beleg für den Erfolg »marktwirtschaftlicher« Modelle nannten Mock und Steinbauer Südkorea, Thailand, Singapur, die Elfenbeinküste,[908] Senegal, Kenia, Sri Lanka, Taiwan und Marokko. Besondere Würdigung fand daneben auch Chile – »bei allen berechtigten Vorbehalten gegenüber dem bestehenden Militärregime«[909] –, wo durch die »Änderung des nationalökonomischen Ansatzes eine deutliche Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation erreicht werden konnte.«[910] Wirtschaftliches Wachstum setze in den meisten Ländern der Dritten Welt »eine umfassende Neugestaltung der Gesellschaftsordnung«[911] voraus, um der laut Mock international unbestrittenen »Vorteile der Marktwirtschaft, des Wettbewerbs und Leistungsanreizes, des Unternehmertums und der Privatinitiative«[912] teilhaftig zu werden. Spätestens mit dem Regierungseintritt der ÖVP fand diese Konzeption auf staatlicher Ebene Unterstützung: »Österreich fördert die Einsicht der [sic] Vorteile einer marktwirtschaftlichen Entwicklung«, versicherte Außenminister Mock in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung, unter anderem »durch eine maßgebliche Beteiligung an internationalen Maßnahmen zur Finanzierung marktkonformer Strukturprogramme, etwa im Rahmen der

---

[905] Mock, Die internationale Situation in den achtziger Jahren, S. 35.
[906] Mock, Außenpolitik – Konsens oder Konflikt?, S. 324.
[907] NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1434.
[908] Bei diesen vier Ländern sah Mock »die Schwelle zur Selbstentwicklungskraft überschritten« (Mock, Außenpolitik – Konsens oder Konflikt?, S. 324).
[909] Christof Zernatto: Schafft Chile den gewaltfreien Sprung zur Demokratie? In: Österreichische Monatshefte, Jg. 43, 1987, H. 7, S. 35.
[910] Ebda.
[911] Mock, Außenpolitische Erklärung 1984, S. 251.
[912] II-3803 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 19.4.1988 (1642/AB).

Weltbank [...] und im Rahmen des IWF«.[913] Obwohl Mock kurze Zeit später, 1990, die 1980er Jahre rückblickend als verlorenes Jahrzehnt bezeichnete (siehe S. 194), setzte er in derselben Rede vor der UN-Generalversammlung seine Hoffnungen weiterhin auf die noch stärker zu entfesselnden Kräfte des Kapitalismus (wobei er die Strukturanpassungsprogramme ausdrücklich würdigte[914]): »Le renforcement de l'initiative privée et des qualités d'entrepreneur laisse espérer le retour de certains pays à un développement soutenable.«[915]

Innerhalb der ÖVP wurde diese entwicklungspolitische Positionierung zu keinem Zeitpunkt grundsätzlich in Frage gestellt, sondern höchstens ab und an relativiert.[916] Seitens der SPÖ reagierte man auf die neoliberalen Vorstöße der ÖVP mit Skepsis, befürwortete die Pluralität wirtschaftspolitischer Konzepte[917] und wandte sich gegen ein »unkritisches Nachbeten von Währungsfonds- und Weltbankideologien«[918]. Den Markt würdigte man zwar als »unverzichtbaren Allokationsmechanismus«[919], hielt aber staatliche Intervention für notwendig, um sein Funktionieren zu garantieren.[920] Armut und Umweltzerstörung in der Dritten Welt führte Staatssekretärin Ederer auf unzureichend regulierte Marktkräfte zurück.[921] Seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen verwirklicht sah Peter Jankowitsch in Venezuela durch die Acción Democrática unter Carlos Andrés Pérez, der einen »Prozeß wirtschaftlicher Anpassung [...] mit einer Stärkung von Elementen des Wohlfahrtsstaates« verbinde, »um die ärmsten Schichten der Bevölkerung gegen die Auswirkungen notwendiger Liberalisierungsmaß-

---

[913] II-3803 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 19.4.1988 (1642/AB). Das Kofinanzierungsabkommen mit der Weltbank wurde allerdings bereits 1985, also zur Zeit der SPÖ/FPÖ-Regierung abgeschlossen.

[914] Mock, Rede vor der 45. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 12.

[915] Ebda. Mocks Haltung spiegelte sich auch in der österreichischen Erklärung anlässlich von UNCTAD VIII wider, in der u.a. die »promotion of private initiative and entrepreneurship« gefordert wurde (Österreichische Erklärung auf der Achten Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung, Cartagena de Indias, am 19. Februar 1992. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 3, 1992, S. 77).

[916] Für Andreas Khol stellte die »Marktwirtschaft« lediglich »einen Teil« innerhalb eines »pluralistischen Rahmens« dar, allerdings »nicht den [...] einzigen« (NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 28).

[917] U.a. Albrecht Konecny, in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 35.

[918] Waltraud Horvath, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/75, 19.10.1988, S. 8574.

[919] Peter Jankowitsch, in: Ebda., S. 9.

[920] Ebda. Gleich wie Jankowitsch argumentierte Bundeskanzler Vranitzky: »I fear that free markets can only be created on the basis of regulation and not on the basis of market forces alone.« (Franz Vranitzky: Introduction. In: From Cancún to Vienna. International development in a new world. Symposium, September 13–14, 1992. Wien: Bruno Kreisky Forum 1993, S. 10.)

[921] Brigitte Ederer: Introduction. In: Ebda., S. 12.

nahmen zu schützen.«[922] In den 1990er Jahren wurde es ruhig um die Rolle des Staates im Entwicklungsprozess, *Adjustment with a Human Face* scheint zu jenem Minimalkonsens geworden sein, in dem sich sowohl ÖVP als auch SPÖ wiederfinden konnten.

Wir befinden uns mit diesen Diskussionen über die optimale Organisationsform peripherer Ökonomien noch immer im Bereich endogener Ursachen der unzureichenden Wirtschaftsentwicklung (und aus diesen abgeleiteter Strategien). Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten, als derartige Faktoren in geringerer Zahl und größerer Inkonsistenz genannt wurden, konzentrierten sich die Erklärungsversuche nunmehr auf einige wenige Bereiche, dies allerdings relativ kontinuierlich und elaboriert. Neben dem – vor allem in den Augen der ÖVP – übermäßigen staatlichen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen und der »Bevölkerungsexplosion«[923] führte man insbesondere den mangelnden Bildungsstand und, ganz im Sinne der kulturell orientierten Modernisierungstheorien, inadäquate Mentalitäten ins Treffen. Während man sich in der Regel darauf beschränkte, den Mangel an Experten und fachkundigem Management[924] zu beklagen sowie parallel dazu die Senkung der Analphabetenrate und Bildungsmaßnahmen im Allgemeinen zu verlangen[925], griff man in einigen wenigen Fällen auf kulturalistische Argumentationsmuster zurück: Ins Negative gewendet – und auf Zentralamerika bezogen – bedeutete dies, dass »die geistigen Voraussetzungen für eine moderne Entwicklung« aufgrund der fehlenden Rezeption des »Gedankengut[s] des Industriezeitalters« nicht gegeben seien[926], ins Positive gewendet waren laut Alois Mock für den südostasiatischen Wirtschaftsboom nicht zuletzt »the traditions of Confucianism with their emphasis on hard work and thrift and the effectiveness of the Asian ›societies of consensus‹«[927] verantwortlich.[928]

---

[922] Peter Jankowitsch: Weder Caudillo noch Castro. Das sozialdemokratische Jahrhundert beginnt in Lateinamerika. In: Die Zukunft, 1989, H. 3, S. 29. Innerhalb kürzester Zeit wurde Jankowitschs Einschätzung allerdings durch die schweren sozialen Unruhen in Venezuela widerlegt.

[923] Als ein Beispiel unter vielen: Alois Mock: Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Entwicklungszusammenarbeit in den neunziger Jahren. In: Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Entwicklungszusammenarbeit in den neunziger Jahren. Fakten, Herausforderungen und Chancen, hrsg. von der Studiengruppe Internationale Analysen. Laxenburg: Eigenverlag 1989, S. 3.

[924] Ettmayer, Entwicklungshilfe, S. 32.

[925] Vgl. u.a. Verzetnitsch, Nord-Süd-Konfrontation, S. 94.

[926] Wendelin Ettmayer: Neue Chancen für Mittelamerika? In: Österreichische Monatshefte, Jg. 46, 1990, H. 4, S. 35. Die einzige Ausnahme in der Region, so Ettmayer, sei Costa Rica aufgrund zahlreicher Immigranten aus West- und Mitteleuropa (vgl. ebda.).

[927] Mock, Das 21. Jahrhundert – ein asiatisch-pazifisches Zeitalter?, S. 65.

[928] Eine völlig untergeordnete Rolle im Rahmen der endogenen Faktoren spielten die klimatischen, die lediglich im Zusammenhang mit den Hungersnöten auf dem afrikanischen Kontinent ins Spiel gebracht wurden (vgl. u.a. Leopold Gratz, in: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 2. Wien: Böhlau 1985, S. 1357).

Wie in den 1970er Jahren spielten allerdings in der politischen Debatte exogene Entwicklungsfaktoren eine deutlich wichtigere Rolle. Die globale Rezession der frühen 1980er Jahre hatte Politikern aller Parteien vor Augen geführt, wie gering der ökonomische Handlungsspielraum in den Staaten der Dritten Welt war. Die Weltwirtschaftskrise habe »die Entwicklungsländer in höchstem Maße getroffen«[929], ihre »Aufwärtsentwicklung [...] so nachhaltig, wie dies seit Jahrzehnten nicht der Fall war, unterbrochen«[930], das »Nord-Süd-Problem [...] geradezu dramatisch verschärft.«[931] Man war sich also der globalen »Interdependenzen« (ein Modewort der frühen 1980er Jahre) und der kritischen Lage der peripheren Ökonomien durchaus bewusst. Bei den Vorschlägen zur Überwindung der Krise rückte man von den staatsinterventionistischen Konzepten der 1970er Jahre – namentlich der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung – spätestens seit dem ergebnislos gebliebenen Nord-Süd-Gipfel von Cancún merklich ab (vgl. S. 183). Zwar gab es in der ersten Hälfte der 1980er Jahre weiterhin namhafte Politiker, die für »eine neue, funktionsfähige, gerechtere Weltwirtschaftsordnung«[932] eintraten und – im Sinne einer dafür erforderlichen »globalen Strukturpolitik«[933] – »Interventionen auch im globalen Bereich [für] notwendig«[934] hielten. Die Verschiebung der globalen Machtverhältnisse und die damit einhergehende neoliberale Trendwende ließen derartige Stimmen leiser und unbestimmter werden, wenn auch nicht vollkommen verstummen. Speziell von sozialdemokratischer Seite wurde weiterhin »die Forderung nach einer neuen, gerechteren Weltwirtschaftsordnung«[935] und »einer tatsächlichen weltweiten Änderung der Verteilung«[936] erhoben. Je später der Zeitpunkt und je höher die Position in der politischen Hierarchie, desto vager die Formulierung – bis hin zur »Schaffung fairer Rahmenbedingungen«[937], die Staatssekretärin Ederer den Staaten der Dritten Welt in Aussicht stellte.

---

[929] Ernst Eugen Veselsky, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1436.

[930] Hilmar Kabas, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1439.

[931] Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XV.GGP/133, 1.12.1982, S. 13520.

[932] Ernst Eugen Veselsky, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1436.

[933] Erwin Lanc: Sicherheit in einer unsicheren Welt. Zu den Aufgaben der österreichischen Außenpolitik. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 32, 1983, H. 6, S. 4.

[934] Fischer, Muß Österreichs Außenpolitik revidiert werden?, S. 11.

[935] Günter Dietrich, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/107, 8.6.1989, S. 12524. Ganz ähnlich Waltraud Horvath, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/40, 27.11.1987, S. 4563.

[936] Waltraud Horvath, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/63, 25.5.1988, S. 7048.

[937] Brigitte Ederer: Umwelt und Entwicklung: eine besondere Verantwortung der reichen Länder. Referat auf der Gesamtösterreichischen Entwicklungskonferenz am 20. November 1992. In: Entwicklung und Umwelt – Österreichische Beiträge für eine lebenswerte Welt, hrsg. vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik. Wien: ÖIE 1993, S. 16. Die »Schaffung fairer Rahmenbedingungen« sollte vor allem die Bereiche Welthandel, Zugang zu Kapital und Technologie sowie Kommunikation betreffen und nicht zuletzt »eine bewußte Bevorzugung und Förderung der Benachteiligten« bedeuten (ebda.).

In der internationalen wie in der österreichischen Debatte spielten allerdings globale Gesamtlösungen spätestens seit Mitte der 1980er Jahre nur noch eine bescheidene Nebenrolle und fielen eher in die Kategorie entwicklungspolitische Traditionspflege. Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich zunehmend auf zwei Teilbereiche, die bereits in den 1970er Jahren zentrale Achsen der entwicklungspolitischen Diskussion gebildet hatten und nun angesichts der geänderten Kräfteverhältnisse eine (zumindest teilweise) neue Bedeutung erhielten: Rohstoffpreise und Handelspolitik.[938] Wie in den Jahren zuvor war es vor allem die politische Linke, die in der Entwicklung der *terms of trade* ein zentrales ökonomisches Problem der Peripherie ortete.[939] Aus dem bürgerlichen Lager exponierte sich in dieser Frage lediglich Heribert Steinbauer, der nicht nur »das Mißverhältnis zwischen Rohstoffpreisen und Fertigprodukten«[940] anprangerte, sondern auch erneut für einen Rohstoff-Fonds eintrat[941]. Im Unterschied zu zahlreichen westlichen, aber auch zu den realsozialistischen Staaten unterzeichnete und ratifizierte Österreich das Abkommen über die Errichtung des Gemeinsamen Rohstoff-Fonds (*Common Fund for Commodities*) relativ rasch (1981 bzw. 1983) und zeigte sich enttäuscht über seine schleppende Realisierung.[942] Neben entwicklungspolitischen Impulsen erhoffte sich die Regierung von höheren und stabileren Exporterlösen der Rohstoffproduzenten sowohl eine Entspannung der Schuldenkrise[943] als auch eine »Nachfragebelebung«[944] auf dem Weltmarkt und damit bessere Exportchancen für die österreichische Wirtschaft. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde es ruhig um den Gemeinsamen Fonds[945], jenes letzte interventionistische Relikt der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung – daran änderte sich auch nichts, als der

---

[938] Peter Jankowitsch fasste in einem Satz jene – zusammen mit der Schuldenproblematik – insgesamt drei Bereiche zusammen, auf die sich die entwicklungspolitische Debatte in den 1980er Jahren konzentrierte: »This double burden of a major shortfall in export earnings through the decline in commodity prices and the obstacles erected by the North to restrict manufactured exports from the South, comes on top of an already grave situation caused by the indebtedness of many developing countries.« (Peter Jankowitsch: Introduction. In: North-South Relations and UNCTAD. Report of the Symposium »North-South Relations on the Eve of UNCTAD VII«, hrsg. von Erich Andrlik [u.a.]. Wien: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik 1987. [=Journal für Entwicklungspolitik. Sondernummer 1.])

[939] Vgl. u.a. Peter Jankowitsch, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11766 sowie Freda Meissner-Blau, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/63, 25.5.1988, S. 6988.

[940] Steinbauer, Der Gedanke der Hilfe, S. 12.

[941] Ebda. Zugleich forderte er die »Bereitschaft [...] bei den Reichen« ein, »tatsächlich teurere Rohstoffe hinzunehmen« (NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11759).

[942] Vgl. Lanc, Erklärung vor der 6. Welthandelskonferenz, S. 263. Der finanzielle Beitrag Österreichs zum Gemeinsamen Fonds belief sich – abgesehen von den 1979 zugesagten freiwilligen Leistungen – auf 3,16 Millionen US-Dollar (vgl. Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten: Außenpolitischer Bericht 1984. Wien: Eigenverlag 1985, S. 98).

[943] Erwin Lanc, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/8, 6.7.1983, S. 429.

[944] Lanc, Erklärung vor der 6. Welthandelskonferenz, S. 265.

Fonds schließlich 1989 doch noch seine Tätigkeit aufnahm. Die Stabilisierung von Rohstoffpreisen wurde ein letztes Mal thematisiert, als im Parlament 1992 und 1994 die Verlängerung des Internationalen Kaffee-Abkommens zur Debatte stand. Dabei zeigte sich, dass beschränkte Maßnahmen wie diese Übereinkunft zwischen Produzenten- und Konsumentenländern von allen Parteien akzeptiert wurden.[946]

Während die Frage der Rohstoffpreise und ihrer Regulierung seit Mitte der 1980er Jahre viel an Aufmerksamkeit einbüßte, rückte – ganz in Übereinstimmung mit den globalen Entwicklungen – ein anderer Aspekt der Austauschbeziehungen zwischen Zentren und Peripherien in den Mittelpunkt: die Liberalisierung des Welthandels. In der ersten Hälfte der 1980er Jahre beschränkte man sich in der Regel darauf, von Zeit zu Zeit (und meist anlässlich internationaler Konferenzen) die angesichts der Wirtschaftskrise sich verstärkenden protektionistischen Tendenzen zu beklagen.[947] Zugleich wurde die »Aufrechterhaltung und [...] Weiterentwicklung eines offenen Welthandelssystems«[948] gefordert, wobei sowohl die Handelsbeziehungen innerhalb der Peripherie als auch die Exporte in die Zentren gefördert werden sollten.[949] Im gleichen Maße, wie sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre das Interesse am interventionistischen Konzept des Integrierten Rohstoffprogramms verlor, gewann die Frage der Handelsliberalisierung in der politischen Debatte an Bedeutung. Strukturell erklärte sich dies aus den auch in Österreich zunehmenden Bemühungen, die Bewegungsfreiheit des Kapitals zu erhöhen und die Transnationalisierung der Produktions- und Distributionsstrukturen zu unterstützen; konkret dürfte der Beginn der Uruguay-Runde des GATT im September 1986 die Diskussionen stimuliert haben; und personell erwies sich Außenminister und ÖVP-Obmann Mock als jener österreichische Politiker, der –

---

[945] Die letzte mir vorliegende Äußerung zum Gemeinsamen Fonds stammt von Peter Jankowitsch aus dem Jahr 1986 – darin drückte einmal mehr ein österreichischer Außenminister die Hoffnung aus, der Fonds möge Realität werden (NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11766).

[946] Als Ziele des Abkommens wurden sowohl die »Versorgungssicherung« (Hans Wolfmayr, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/73, 24.6.1992, S. 8053) als auch stabilere Erzeugerpreise (u.a. Helmut Haigermoser, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/166, 25.5.1994, S. 19355) genannt.

[947] Vgl. u.a. Lanc, Erklärung vor der 6. Welthandelskonferenz, S. 266. Auch Hilmar Kabas sprach sich kurz nach dem Regierungseintritt seiner Freiheitlichen Partei dafür aus, »dem Protektionismus Einhalt zu gebieten« – »ein nach wie vor leider nur frommer Wunsch«, wie er bedauernd feststellte (NR-Protokolle, XVIII.GGP/18, 10.11.1983, S. 1440).

[948] Lanc, Erklärung vor der 6. Welthandelskonferenz, S. 266. Die gleiche Forderung findet sich auch in Kreisky, Botschaft an die Teilnehmer der Konferenz von Cancun, S. 358.

[949] Lanc, Erklärung vor der 6. Welthandelskonferenz, S. 266. Ähnlich äußerte sich Außenminister Gratz wenige Jahre später und stellte überdies einen Zusammenhang zur Verschuldungskrise her: »Wenn wir unsere Märkte den Produkten aus Entwicklungsländern verschließen, während wir diese gleichzeitig drängen, mehr Geld durch höhere Exporte zu verdienen, wäre dies ein Widerspruch in sich selbst.« (Leopold Gratz: Erklärung vor der 40.

zurückgehend bis ins Jahr 1980 (siehe S. 176) – am vehementesten für die Entgrenzung des Weltmarkts eintrat. »Austria is committed to far-reaching trade liberalization«, erklärte Mock 1988 vor der UN-Generalversammlung, »because it believes that this will contribute to stable growth and prosperity among nations.«[950] Diese Handelsliberalisierung müsse auch von den OECD-Staaten praktiziert werden, selbst wenn die damit verbundenen Anpassungen »schmerzlich«[951] seien – »um ein Mehr an Marktöffnung kommen wir nicht herum.«[952]

Abgesehen von Mock hielten sich der Enthusiasmus für einen freien Welthandel und der Glaube an dessen entwicklungspolitische Segnungen in Grenzen. Zwar wurden im internationalen Gleichklang weitere Deregulierungsschritte gesetzt, doch man verzichtete weitgehend auf deren ideologische Überhöhung. Vereinzelte Stimmen, vor allem aus der ÖVP, priesen die 1989 durchgeführten Zollsenkungen als »wirkungsvollste Form einer Entwicklungshilfepolitik«[953] und postulierten einen engen Zusammenhang zwischen Freihandel und weltweit steigendem Wohlstand[954]. Diesen Äußerungen stand eine Reihe deutlich skeptischerer Auffassungen gegenüber. Marijana Grandits wies etwa anlässlich des Abschlusses der GATT-Verhandlungen 1994 darauf hin, dass zahlreiche Staaten (vor allem in Afrika) und große gesellschaftliche Gruppen (vor allem Landlose und Kleinbauern) zu den Opfern eines liberalisierten Welthandels zählen würden.[955] Selbst Außenminister Mock musste einräumen, dass es neben Gewinnern auch Verlierer gebe.[956] Um die Zahl dieser Verlierer möglichst gering zu halten, forderte man speziell von grüner, sozialdemokratischer und freiheitlicher Seite »politische Offensiven zur Regulierung eines sich entfesselnden

---

Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26. September 1985. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 2. Wien: Böhlau 1985, S. 307.)

[950] Alois Mock: Erklärung vor der 44. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 25. September 1989. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 6. Wien: Böhlau 1989, S. 322.

[951] Mock, Weltwirtschaftlicher Strukturwandel, S. 5.

[952] Mock, Hilfe zur Selbsthilfe, S. 11. Gleichzeitig versicherte er »unsere Bereitschaft zu weitergehenden tarifarischen Schritten« (Alois Mock: Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel. Vortrag, gehalten am 2. Dezember 1988 in Wien. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 393).

[953] Gottfried Feurstein, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/101, 27.4.1989, S. 11829. Ähnlich die Auffassung Brigitte Ederers, wonach die Öffnung der Märkte der Industrieländer für Produkte aus der Dritten Welt »zehnmal mehr Förderung« bedeuten würde, »als unsere traditionelle Entwicklungshilfe ausmacht« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9203).

[954] Vgl. Ingrid Tichy-Schreder, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/171, 12.7.1994, S. 20251 und Wolfgang Schüssel, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/171, 12.7.1994, S. 20264. Die gleiche Position vertrat auch der Sozialdemokrat Heindl: »Die Geschichte zeigt uns, daß überall dort, wo sich freier Handel entwickelt hat beziehungsweise weiterentwickelt, auch Wohlstand, soziale Sicherheit und Frieden als fruchtbare Synergieeffekte mitaufgetreten sind.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/171, 12.7.1994, S. 20256)

[955] NR-Protokolle, XVIII.GGP/171, 12.7.1994, S. 20253.

[956] Mock, Weltwirtschaftlicher Strukturwandel, S. 2 f.

Marktes«[957] und trat für verbindliche internationale Mindeststandards bei den Produktionsbedingungen ein, etwa ein Verbot der Kinderarbeit und das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation,[958] aber auch Maßnahmen zum Umweltschutz.[959]

Trotz aller Einwände wurde das Ziel des Freihandels als weltwirtschaftliches Organisationsprinzip von keiner Partei grundlegend in Frage gestellt. Deutlich äußerte sich dies anlässlich der Ratifizierung des GATT-Vertrags 1994 (der gleichzeitig zur Gründung der WTO überleitete), bei der alle Parteien ein Bekenntnis zu einer umfassenden Öffnung der nationalen Märkte ablegten – auch jene an den (nicht allzu entlegenen) Rändern des politischen Spektrums, nämlich Grüne und FPÖ[960], von denen Anfang der 1990er Jahre in Teilbereichen massiver Widerstand gegen eine Handelsliberalisierung ausgegangen war.

Erstmals äußerten sich diese Tendenzen 1989 anlässlich der Novellierung des Präferenzzollgesetzes, die eine Senkung von Importzöllen vorsah, unter anderem für Tropenhölzer. Unter Hinweis auf die Abholzung der Regenwälder traten Freiheitliche und Grüne[961] gegen die geplante Zollsenkung ein. Die Freiheitlichen brachten darüber hinaus einen Entschließungsantrag ein, mit dem die staatliche Verwaltung verpflichtet werden sollte, »die Neubeschaffung tropischer Edelhölzer und deren Verarbeitungsprodukte«[962] fortan zu unterlassen. Der FPÖ-Abgeordnete Muhrer verlangte ein Importverbot »zugunsten unserer heimischen Holzarten«[963]. Die Einfuhr von Tropenholz avancierte schließlich zu Beginn der 1990er Jahre zu einem zentralen Thema der Handels- und Zollpolitik. 1990 forderte ein von allen Parlamentsparteien unterstützter Entschließungsantrag des Umweltausschusses die

---

[957] Sonja Puntscher-Riekmann, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/171, 12.7.1994, S. 20262.

[958] Vgl. ebda. sowie Helmut Dietachmayr, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/171, 12.7.1994, S. 20268 und Verzetnitsch, Nord-Süd-Konfrontation, S. 95. Auch Wirtschaftsminister Schüssel bedauerte das Fehlen sozialer Mindeststandards und versprach, sich auf internationaler Ebene – innerhalb der ILO – dafür einzusetzen (NR-Protokolle, XVIII.GGP/171, 12.7.1994, S. 20264).

[959] Die FPÖ brachte in der ersten Hälfte der 1990er Jahre im Nationalrat zwei Entschließungsanträge zu diesem Problembereich ein. Im ersten wurde die Bundesregierung aufgefordert, bei ihrer Zoll- und Handelspolitik »die Erkenntnisse der IIASA-Studie [...] ›Trade and Environment‹ zu berücksichtigen, um [...] ökologisches und soziales Dumping zu vermeiden.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/77, 10.7.1992, S. 8581.) Im zweiten verlangte man von der Regierung, »den Handel mit Produkten aus raubbautreibenden Staaten und Regionen nicht länger zu begünstigen.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/172, 14.7.1994, S. 20526.) Beide Entschließungsanträge fanden keine Mehrheit.

[960] Einzelne Abgeordnete der FPÖ wie Gerulf Murer stimmten allerdings gegen den GATT-Vertrag.

[961] Vgl. Helga Erlinger, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/101, 27.4.1989, S. 11828. Eine abweichende Position innerhalb der Grünen nahm Andreas Wabl ein, der darauf hinwies, dass im Grund genommen auch Japan entsprechende Importrestriktionen gegenüber Westeuropa verhängen könne – Begründung: »die Nordsee haben sie ruiniert, den Atlantik haben sie kaputtgemacht, sie sind dabei, ihre Flüsse völlig zu ruinieren.« (NR-Protokolle, XVII.GGP/101, 27.4.1989, S. 11837.)

[962] NR-Protokolle, XVII.GGP/101, 27.4.1989, S. 11836.

Bundesregierung auf, Tropenholzimporte aus Ländern zu verbieten, in denen keine nachhaltige Waldbewirtschaftung existiere, und zugleich Projekte zu finanzieren, die eine solche unterstützen.[964] Angesichts einer großangelegten Kampagne von Dritte-Welt- und Umweltschutz-NGOs erfolgte am 5. Juni 1992 der nächste Schritt: Der Nationalrat beschloss eine Kennzeichnungspflicht für Tropenholz und Tropenholzprodukte sowie eine Erhöhung des Zollsatzes auf 70 Prozent[965] bei einem Import dieser Produkte – Bestimmungen, die insbesondere der FPÖ zu wenig weit gingen.[966] Auch die Grünen sahen in dem Gesetz nur einen – begrüßenswerten – Zwischenschritt zu einem völligen Importverbot.[967] Begründet wurde die Initiative nicht nur mit ökologischen Erwägungen, sondern auch mit dem Schutz der in den Regenwäldern lebenden indigenen Völker, deren Lebensraum man gegen die Interessen der Holzhändler und Regierungen verteidigen wolle.[968] Es waren dann genau diese Regierungen, namentlich jene Malaysias und Indonesiens, die unter Androhung von Retorsionsmaßnahmen und im Verein mit der Bundeswirtschaftskammer[969] nur wenige Monate später, im Dezember 1992, eine Novellierung des Gesetzes erzwangen. Die Zollerhöhung wurde zurückgenommen, und man beschränkte sich auf eine Kennzeichnungspflicht für Tropenholz. In allen Parteien – mit Ausnahme der Grünen – fanden sich nun Politiker, die »unilaterale und diskriminierende Maßnahmen gegen Entwicklungsländer für keinen zielführenden Weg zum Schutz der tropischen Regenwälder«[970] hielten. Bundeskanzler Vranitzky war nicht der einzige, der darauf hinwies, dass der österreichische Alleingang »die Exporttätigkeit heimischer Unternehmungen in den ASEAN-Raum

---

[963] Ebda. An die Regierungsparteien gerichtet fuhr Muhrer fort: »Sie handeln dann vielleicht ein bißchen heimatlicher, wenn Sie auf solchen Sesseln sitzen [...].« (Ebda.)

[964] 1461 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode.

[965] Gleichzeitig waren allerdings kompensatorische Zollsenkungen bei anderen Produkten vorgesehen.

[966] In einem Abänderungsantrag zum Tropenholzgesetz verlangte die FPÖ ein Importverbot für Tropenholz aus jenen Ländern, die »ihre Primärwälder in der Ausdehnung von 1980 nicht erhalten haben oder die nicht bereit sind, der Republik Österreich gegenüber eine verpflichtende Erklärung abzugeben, einer weiteren Zerstörung ihrer Primärwälder längstens innerhalb eines Jahres ab Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes Einhalt zu gebieten« (Gerulf Muhrer, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/72, 5.6.1992, S. 7892).

[967] Vgl. Madeleine Petrovic und Marijana Grandits, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/72, 5.6.1992, S. 7917 bzw. 7899.

[968] Vgl. Günter Dietrich, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/72, 5.6.1992, S. 7904 bzw. Marijana Grandits, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/72, 5.6.1992, S. 7899.

[969] Vgl. Tropenholzgesetz – Solange es nichts kostet. [Stellungnahme von Günter Dietrich] In: International, Jg. 1992, H. 6, S. 11.

[970] Brigitte Ederer: Zu guter Letzt. In: Entwicklung und Umwelt – Österreichische Beiträge für eine lebenswerte Welt. Gesamtösterreichische Entwicklungskonferenz, 20.–21. November 1992, hrsg. vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik. Wien: ÖIE 1993, S. 75.

beeinträchtigen könnte«[971]. Nicht das Prinzip des Freihandels feierte hier also einen Triumph, wohl auch nicht das neu gewonnene Vertrauen in die malaysische Umweltpolitik,[972] sondern die schlichte Erkenntnis, dass die Interessen der österreichischen Exportwirtschaft im Konfliktfall schwerer wogen als die hinter dem ökologischen Protektionismus stehenden Umwelt-, Menschenrechts- und Wirtschaftsinteressen. Der weiterhin andauernde Druck einiger südostasiatischer Staaten führte schließlich im März 1993 dazu, dass auch die Kennzeichnungspflicht fallen gelassen wurde.[973] Erneut prallten im Nationalrat die bereits bekannten Positionen aufeinander: Wirtschaftsminister Schüssel sah mit der Aufhebung der Kennzeichnungspflicht »eine ganze Reihe von schweren wirtschaftlichen Schäden für Österreich«[974] abgewendet, zugleich wandte sich Bundeskanzler Vranitzky dagegen, »mit fundamentalistischem Eifer andere Staaten dieser Welt glauben machen zu wollen, daß wir ihnen unsere Muster aufzwingen können«[975]. Bei den Gegnern einer Aufhebung[976] mischten sich wie schon in den Jahren zuvor das Engagement für Umweltschutz und für die in den Regenwäldern lebenden indigenen Völker mit dem Engagement für die österreichischen Holzproduzenten[977].

Ganz ähnliche politische Konfigurationen zeigten sich, als 1992 im Nationalrat zwei Freihandelsabkommen[978] mit der Türkei ratifiziert werden sollten. Besonders umstritten war das Abkommen für den Agrarbereich, in dem der grüne Abgeordnete Wabl nicht weniger als den

---

[971] NR-Protokolle, XVIII.GGP/90, 1.12.1992, S. 10087. Konkret genannt wurden Großaufträge an die Firmen Vamed und Emco, die den malaysischen Retorsionsmaßnahmen zum Opfer zu fallen zu drohten (vgl. NR-Protokolle, XVIII.GGP/90, 1.12.1992, S. 10095).

[972] Vgl. u.a. Hans Schöll, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/90, 1.12.1992, S. 10110.

[973] Übrig blieben ein Regenwald-Schwerpunkt im Bereich der Entwicklungshilfe sowie ein Tropenholzbeirat, der sich jahrelang erfolglos damit beschäftigte, ein Gütesiegel für Tropenholz aus nachhaltiger Bewirtschaftung einzuführen.

[974] NR-Protokolle, XVIII.GGP/108, 12.3.1993, S. 12770 (ganz ähnlich Peter Jankowitsch, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/108, 12.3.1993, S. 12737). Der ÖVP-Abgeordnete Bartenstein wusste von österreichischen Exportvorhaben im Gesamtwert von über drei Milliarden Schilling, die von indonesischer Seite mit Aufhebung der Kennzeichnungspflicht nicht länger blockiert würden (vgl. NR-Protokolle, XVIII.GGP/108, 12.3.1993, S. 12748). Verkehrs- und Verstaatlichtenminister Klima bezifferte den Wert der »aktuellen aussichtsreichen Projekte« von VOEST, Elin und Waagner-Biro in Indonesien auf 4,1 Milliarden Schilling – der »ASEAN-Raum (insbesondere Indonesien) ist ein Marktschwerpunkt der Austrian Industries Technologies-Gesellschaften geworden.« (II-9847 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 18. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 12.5.1993 [4425/AB]).

[975] NR-Protokolle, XVIII.GGP/108, 12.3.1993, S. 12659.

[976] Unter diesen befanden sich nicht nur die Abgeordneten der Grünen, sondern – gegen die Linie ihrer Parteien – auch der SPÖ-Abgeordnete Dietrich und der ÖVP-Abgeordnete Steinbauer; auch die Umweltministerin Rauch-Kallat fand die Entscheidung »traurig« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/108, 12.3.1993, S. 12753).

[977] Madeleine Petrovic in Richtung Regierungsparteien: »So wie Sie die österreichische Holzwirtschaft explizit von den Ausschußberatungen ausgeschlossen haben, so haben Sie natürlich auch die Interessen der dort arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ganz einfach preisgegeben.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/108, 12.3.1993, S. 12679 f.)

[978] 625 und 627 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 18. Gesetzgebungsperiode.

»Untergang der Bauern in Österreich«[979] erblickte. Empört zeigten sich Grüne und FPÖ nicht nur über die Menschenrechtssituation in der Türkei[980], sondern auch über die Produktionsbedingungen: von der Kinderarbeit über patriarchale Strukturen bis zu fehlenden Umweltauflagen.[981] »Die türkische Landwirtschaft ist das Inferno«, resümierte der grüne Abgeordnete Renoldner, »das Desperado [sic], das absolute Zentrum einer destruktiven und furchtbaren, nicht europareifen Landwirtschaft, bei der überhaupt keine ökologischen Grundsätze gelten.«[982] Wie bereits im Fall des Tropenholzes überschnitten sich auch hier ökologische und humanitäre Motive mit deutlich prosaischeren, nämlich dem Schutz partikularer österreichischer Wirtschaftsinteressen, hier: des Agrarsektors. Keine der diversen Argumentationslinien korrelierte auffallend mit der Zugehörigkeit zu FPÖ oder Grünen – der neue soziale und ökologische Protektionismus fand in beiden Parteien ebenso seine Verfechter wie der alte ökonomische. Die sozialdemokratischen und konservativen Unterstützer der fraglichen Freihandelsabkommen hielten sich hingegen weitgehend bedeckt, verwiesen weder auf nationale Interessen noch auf internationale Verpflichtungen oder entwicklungspolitische Effekte. Man ratifizierte die Abkommen, aber verzichtete auf eine Begründung.

Der dritte exogene Entwicklungsfaktor, der neben Rohstoffpreisen und Handelspolitik besondere Beachtung fand, war die Verschuldung – hierbei handelte es sich, in der entwicklungspolitischen Debatte wie in der ökonomischen Realität, um die traurigen Reste des bis in die 1970er Jahre als zentralen Entwicklungsmotor eingestuften Kapitaltransfers. Lange bevor Mexiko und Brasilien im Jahr 1982 ihre Zahlungsunfähigkeit erklärten und damit die Schuldenkrise der Dritten Welt manifest werden ließen, hatte man von seiten der österreichischen Politik die rapide wachsenden Außenstände registriert (siehe S. 188) und zeigte sich über die

---

[979] NR-Protokolle, XVIII.GGP/77, 10.7.1992, S. 8583. Ganz ähnlich die Argumentation der FPÖ, die das anstehende Freihandelsabkommen in eine Reihe ähnlicher Verträge stellte, die allesamt dazu geführt hätten, »daß sich die agrarischen Außenhandelsbilanzdefizite auf 18 Milliarden erhöht haben, infolgedessen mußten Zehntausende Bauern von ihren Höfen in Österreich gehen.« (Gerulf Murer, in: ebda., S. 8580.)

[980] Jörg Haider etwa fand es »höchst seltsam«, »einem Land Zollpräferenzen einzuräumen, das zweifelsohne immer wieder als jenes Land, das die Menschenrechte mit Füßen tritt, am Pranger steht« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/77, 10.7.1992, S. 8585). Auch Madeleine Petrovic ging auf die staatliche Repression in der Türkei ein (NR-Protokolle, XVIII.GGP/77, 10.7.1992, S. 8578).

[981] Anna Elisabeth Aumayr: »In der Türkei gibt es so gut wie keine Umweltgesetze, keine Umweltauflagen, keine Hygienebestimmungen. In der Türkei gibt es Kinderarbeit. In der Türkei gibt es auch keine Gleichberechtigung. Da sitzt der Mann auf dem Esel, und die Frau muß den Esel führen. (*Heiterkeit bei ÖVP und SPÖ.*) Und aus einem solchen Land wollen wir Agrarprodukte importieren? – Nein!« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/77, 10.7.1993, S. 8582.)

[982] NR-Protokolle, XVIII.GGP/77, 10.7.1992, S. 8587 f.

»gigantische Schuldenverflechtung zwischen dem armen Süden und dem reichen Norden«[983] besorgt. Parallel zur realen Entwicklung nahm das Krisenbewusstsein in den Jahren 1982/83 merklich zu: »Die Gefahr des Zusammenbruchs des internationalen Finanzierungssystems ist real«, meinte Staatssekretär Lacina und diagnostizierte eine »Periode der Nervosität, der totalen Ratlosigkeit vor allem in den Finanzierungsinstitutionen«[984]. Stand unter dem unmittelbaren Eindruck der Krise die Angst vor dem Zusammenbruch der Finanzmärkte im Mittelpunkt, wandte man sich, als diese Gefahr gebannt schien, den wirtschaftlichen Folgeerscheinungen in der Peripherie zu, nicht zuletzt der Verschlechterung der Lebensverhältnisse.[985] Hinter dem Begriff Schuldenkrise, so Bundeskanzler Sinowatz, verberge sich »eine besonders bittere Form der Abhängigkeit«, die den Staat seiner ökonomischen Souveränität entkleide und dazu führe, dass »die Menschen eines Landes die Früchte ihrer Arbeit nicht mehr genießen könnten.«[986] Freda Meissner-Blau sah in der Verschuldung »wahrscheinlich die schlimmste und strangulierendste Entwicklungsblockade«[987]. Gleichzeitig beobachtete man besorgt die Rückwirkungen auf den Welthandel im Allgemeinen und die österreichische Exportwirtschaft im Besonderen, der durch die ausbleibende Nachfrage seitens der hochverschuldeten Länder starke Einbußen drohten.[988]

Zur Bewältigung der Schuldenkrise wurde von sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern eine Senkung der Zinssätze ebenso angeregt wie eine Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten im Rahmen des IWF[989]. Weitgehend einig war man sich in dieser Phase, Mitte der 1980er Jahre, dass man die Lösung des Problems nicht den Banken allein überlassen dürfe[990] und sich die Regierungen – auch finanziell – engagieren müssten.[991] Andernfalls drohten, so die

---

[983] Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2343 f.

[984] Ferdinand Lacina: Für einen partnerschaftlichen Dialog. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1983, H. 1, S. 8.

[985] Vgl. Leopold Gratz: Erklärung vor der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. Oktober 1984. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 1. Wien: Böhlau 1984, S. 2 sowie Steinbauer, Die Notwendigkeit des Teilens, S. 6.

[986] Eröffnungsansprache der internationalen Konferenz des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen, 7.10.1985, zit. nach Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 2. Wien: Böhlau 1985, S. 261.

[987] NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 33.

[988] Vgl. Lanc, Sicherheit in einer unsicheren Welt, S. 4 sowie Jankowitsch, Introduction, S. 5.

[989] Lanc, Erklärung vor der 6. Welthandelskonferenz, S. 264 u. 268.

[990] Vgl. u.a. Gratz, Erklärung vor der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 307.

[991] »Wenn sich nicht die Regierungen zur Mitverantwortung bekennen – und Mitverantwortung heißt auch finanzielle Mitverantwortung –, dann wird das Problem unlösbar sein.« (Leopold Gratz: Internationale Gegebenheiten – müssen wir sie hinnehmen oder können wir sie gestalten? In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 34, 1985, H. 3, S. 12.)

Befürchtung, gravierende soziale und politische Turbulenzen.[992] Die Aktivitäten von Weltbank und IWF wurden nur am Rande registriert bzw. kommentiert: Während die grüne Abgeordnete Meissner-Blau speziell dem IWF » eine unheilvolle Rolle« attestierte[993], waren die beiden Bretton-Woods-Institutionen für Außenminister Mock ein »uneigennütziger und objektiver Berater bei der Formulierung der erforderlichen nationalen Wirtschaftspolitik«[994]. Die sozialen Kosten der Strukturanpassungsprogramme sollten allerdings gewisse Grenzen nicht überschreiten, forderte auch Mock[995]. »Im Sinne einer möglichst solidarischen Lösung von echten Notfallsituationen«[996] dachte er 1987 sogar daran, »den Allerschwächsten vielleicht etwas zu erlassen«[997] – wiewohl »unsere Interessen als Gläubigerland nicht ganz vernachlässigt werden dürfen«[998]. Für partielle Schuldenstreichungen trat mehrfach[999] auch Finanzminister Lacina ein, der in diesem Zusammenhang den Brady-Plan ausdrücklich begrüßte, allerdings zusätzliche Maßnahmen wie eine Repatriierung von Fluchtkapital oder den Abbau des Protektionismus der Zentren für nötig hielt, um das Schuldenproblem dauerhaft zu überwinden.[1000] Österreich war sowohl am Toronto-Abkommen 1988 beteiligt, das vor allem afrikanischen Ländern erhebliche Rückzahlungserleichterungen bot,[1001] als auch an den Vereinbarungen des Pariser Clubs, auf deren Grundlage zwischen 1990 und 1994 Schulden im Gesamtausmaß von 10,4 Milliarden Schilling gestrichen wurden (der Löwenanteil daran betraf allerdings Polen, dem 9,5 Milliarden erlassen wurden).[1002] Obwohl die Situation in vielen Ländern prekär blieb, ver-

---

[992] Peter Jankowitsch erinnerte insbesondere an Lateinamerika, wo die Menschen das Vertrauen in die neu gewonnene Demokratie verlieren würden, würde man ihr Geschick »ganz einfach in die Hände des internationalen Bankenapparates [...] legen« (NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11766). Ähnlich Heribert Steinbauer: »Wer technische Wirtschaftspolitik ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen betreibt, darf sich nicht wundern, wenn er die Anstiftung bis zur Verzweiflung vorgeworfen bekommt.« (Steinbauer, Die Notwendigkeit des Teilens, S. 6.)

[993] NR-Protokolle, XVII.GGP/63, 25.5.1988, S. 6987.

[994] Mock, Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Entwicklungszusammenarbeit, S. 5.

[995] Mock, Rede vor der 45. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 12.

[996] Alois Mock: Hilfe zur Selbsthilfe – Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungshilfepolitik. In: Entwicklungshilfe – Hilfe zur Selbsthilfe, S. 11.

[997] Mock, Kontinuität und neue Akzente, S. 10.

[998] Mock, Hilfe zur Selbsthilfe, S. 11.

[999] Erstmals vertrat er diese Position 1983 (vgl. Lacina, Für einen partnerschaftlichen Dialog, S. 8). Auch der zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als Bundeskanzler amtierende Bruno Kreisky meinte, dass »the industrial countries will have to write off a good deal of that money« (Kreisky, McDougall Memorial Lecture, S. 5).

[1000] Ferdinand Lacina: Österreich und die Schulden der Entwicklungsländer. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1989, H. 3/4, S. 34.

[1001] Vgl. ebda.

[1002] Vgl. Höll, Entwicklungspolitik, S. 779

schwand das Thema Verschuldung, von wenigen Ausnahmen abgesehen,[1003] mit Beginn der 1990er Jahre aus der politischen Debatte.

Eine völlig untergeordnete Rolle spielte – wie in den 1970er Jahren – die Frage des Technologietransfers. In Abständen von mehreren Jahren tauchten einzelne Absichtserklärungen und Vorschläge auf, die auf einen besseren Zugang peripherer Staaten zu technischem Wissen abzielten. So trat Staatssekretärin Ederer für »den kostenlosen Transfer umweltrelevanter Technologien«[1004] ein und Bundeskanzler Vranitzky für einen Technologiefonds, mit dem nützliche technologische Entwicklungen weltweit zugänglich gemacht werden sollten.[1005] Keiner dieser seltenen Vorstöße wurde jemals wiederholt, geschweige denn systematisiert und operationalisiert.

Wie bereits am Beispiel Tropenholz gezeigt, spielten Umweltfragen in der entwicklungspolitischen Diskussion eine im Lauf der Jahre zunehmend prominente Rolle. Beließ man es in den 1980er Jahren bei sporadischen Hinweisen auf die sich mehrenden Umweltprobleme (genannt wurden – meist im Rahmen internationaler Konferenzen – Entwaldung, Desertifikation[1006] sowie der Treibhauseffekt[1007]). Gegen Ende des Jahrzehnts gewannen diese Wortmeldungen an Dringlichkeit, mit Beginn der 1990er Jahre dann auch an Häufigkeit. Allerdings fokussierten die Debatten über den Schutz der Regenwälder die Aufmerksamkeit auf Fragen des Klima- und des Artenschutzes, andere ökologische Krisenphänomene blieben ausgeblendet. Eine systematische Auseinandersetzung mit der Umweltsituation in der Dritten Welt fehlte ebenso wie eine Erörterung der zugrundeliegenden Mechanismen. Die Tropenholz-Diskussion hatte zwar zu einer thematischen Verengung der Umweltproblematik beigetragen, diese allerdings nicht externalisiert in dem Sinne, sie weitgehend oder gar ausschließlich in der Peripherie zu verorten. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, »daß Umweltzerstörung, Rohstoff- und Energieverschwendung nach wie vor zum überwiegenden Teil in den Industrieländern stattfindet.«[1008]

Im Gegensatz zur meist eher kursorischen Abhandlung der Umweltprobleme erwiesen sich die Vorschläge zu deren Behebung als deutlich präziser und elaborierter. Außenminister

---

[1003] Vgl. Marijana Grandits, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9191.
[1004] Ederer, Umwelt und Entwicklung, S. 16.
[1005] Vranitzky, Introduction, S. 9.
[1006] Gratz, Erklärung vor der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 308.
[1007] Mock, Erklärung vor der 43. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 353.

Mock trat vor der UN-Generalversammlung 1989 sowohl für die Verabschiedung einer Internationalen Umwelt-Charta wie auch – analog zu den UN-»Blauhelmen« – für den Einsatz von »UN-Grünhelmen« zur Bekämpfung ökologischer Krisen ein.[1009] Andere Politiker wiederum, unter ihnen Bundeskanzler Vranitzky, betrachteten eine weitgehende Entschuldung der Dritten Welt als Voraussetzung für eine effiziente Umweltpolitik.[1010] In eine ähnliche Richtung zielten Vorschläge, Kompensationszahlungen an jene Länder der Dritten Welt zu leisten, deren Politik – etwa durch den Verzicht auf umweltschädigende Wirtschaftsprojekte – das globale Ökosystem unterstütze.[1011]

Während das Interesse an ökologischen Fragen ganz dem globalen Trend entsprach, blieb ein weiteres großes Thema der internationalen entwicklungspolitischen Debatte weitgehend marginalisiert: die Rolle der Frauen in der Dritten Welt. Zwar finden sich aus allen Parteien Wortmeldungen, in denen die besondere Vulnerabilität, die besondere Belastung und die besondere Leistung der Frauen innerhalb des sozioökonomischen Systems der Peripherie beiläufig erwähnt wurden, doch lediglich die SPÖ wies mit Johanna Dohnal und Waltraud Horvath zwei Politikerinnen auf, die diesem Bereich etwas mehr als einen gelegentlichen Halbsatz widmeten.

Versucht man retrospektiv, aus den geschilderten entwicklungspolitischen Puzzle-Teilen eine entwicklungspolitische Gesamtstrategie der 1980er und 1990er Jahre abzuleiten, so lässt sich als Generalnenner die Integration der Peripherie in eine zunehmend entgrenzte kapitalistische Weltwirtschaft ausmachen, mit einem hohen Maß an innerstaatlichen Adaptionen sowie einem geringen Maß an supranationaler Regulation und Redistribution zu Gunsten der Dritten Welt. So wenig es den Beteiligten gelang, die verschiedenen Elemente in ein kohärentes Konzept zu bringen, so wenig verfügten sie über konkrete Vorstellungen, wohin die Reise gehen sollte, welche sozioökonomischen Strukturen als Folge der propagierten Maßnahmen entstehen könnten oder sollten. Deutlich zeigte sich nur, dass der Entwicklungsoptimismus der frü-

---

[1008] Ederer, Umwelt und Entwicklung, S. 15. Ähnlich auch Monika Langthaler, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/11, 16.1.1991, S. 668 sowie Gerhart Bruckmann, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/72, 5.6.1992, S. 7896.

[1009] Mock, Erklärung vor der 44. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 320. Darüber hinaus überreichte Mock dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, ein Memorandum, in dem er seinen Vorschlag präzisierte (vgl. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 6. Wien: Böhlau 1989, S. 284).

[1010] Vgl. Franz Vranitzky, in: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 7. Wien: Böhlau 1990, S. 157.

[1011] Vgl. Ederer, Umwelt und Entwicklung, S. 16; Gerulf Murer, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/151, 4.7.1990, S. 17525; Marijana Grandits, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/72, 5.6.1992, S. 7901.

hen Jahre vollständig verflogen war[1012] und ein zügiges Erreichen des westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells zunehmend als illusorisch betrachtet wurde. Wendelin Ettmayer erinnerte an eine Prognose Kreiskys aus den 1960er Jahren, wonach die Dritte Welt bei einem Wirtschaftswachstum von jährlich fünf Prozent den westeuropäischen Lebensstandard innerhalb von achtzig Jahren erreicht haben würde. »Heute müssen wir zur Kenntnis nehmen,« so Ettmayers ernüchterte Bilanz, »daß selbst bei einer guten, sogar optimalen Entwicklung der Dritten Welt die Diskrepanzen, die Unterschiede noch lange erhalten bleiben werden.«[1013]

Wie bereits Ende der 1970er Jahre gab es auch in der folgenden Dekade Positionen, die eine prinzipielle Unüberbrückbarkeit dieser Unterschiede aus ökologischen Gründen proklamierten.[1014] Und es gab vereinzelte Stimmen, die im Namen einer selbstbestimmten Entwicklung vor einer paternalistischen Übertragung des westlichen Modells warnten.[1015] Am optimistischsten und zugleich durchaus eurozentrisch definierte Peter Jankowitsch Entwicklung als »Heranführen aller Menschen dieser Welt [...] an ein Maß an Lebensqualität und Überlebenschance, wie es in unseren Gesellschaften längst selbstverständlich ist«[1016]. Begriffe wie Fortschritt und Wachstum waren keineswegs aus dem Vokabular verschwunden,[1017] dennoch blieben apodiktische Feststellungen wie »Entwicklung bedeutet Wachstumsprozeß«[1018] die Aus-

---

[1012] Bereits aus zeitgenössischer Sicht diagnostizierte Jankowitsch für die 1980er Jahre einen generellen Entwicklungspessimismus und bedauerte, dass einzig die Katastrophenhilfe noch gesellschaftsfähig sei (Jankowitsch, Das Prinzip Entwicklungshilfe, S. 51).

[1013] NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1456.

[1014] »Sollten wir nur annähernd diesen Standard an Zivilisation, an Technik, an Gesellschaftsstruktur in andere Länder exportieren wollen, dann bricht innerhalb kürzester Zeit die Ökologie dieser Erde zusammen. Ich will überhaupt nicht ausmalen, was es heißt, würden nur annähernd so viele Menschen prozentuell ein Auto besitzen, wie dies in Österreich der Fall ist. Ich will überhaupt nicht ausmalen, würden dem Prozentsatz nach die Menschen in den anderen Ländern nur annähernd so viel Energie verbrauchen, wie wir es tun. Und ich will auch nicht ausmalen, was es heißt, wenn in allen Ländern dieser Erde genau derselbe Umgang mit der Umwelt passiert wie in unserem Land Österreich oder wie in Europa und Amerika.« (Andreas Wabl, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/75, 19.10.1988, S. 8569.)

[1015] »Das war die spätkoloniale Vorstellung, daß alles, was bei uns gut ist, auch für sie gut sei, daß unsere Industriekultur 1 : 1 zu übertragen wäre und man das nur vorgeben müsse.« (Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/150, 20.1.1994, S. 17372.) In ähnlichem Sinn auch Wendelin Ettmayer, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1456 sowie Johanna Dohnal: Uns eint mehr als uns trennt ... In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1985, H. 7, S. 10.

[1016] NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 8.

[1017] Vgl. u.a. Brigitte Ederer: »Für mich ist die Alternative zu einem blinden Fortschrittsglauben nicht der wirtschaftliche und gesellschaftliche Rückschritt, sondern ein human, sozial und ökologisch geprägter Fortschritt, der aber ohne Wachstum und ohne neue Technologien nicht erreicht werden kann.« (Ederer, Umwelt und Entwicklung, S. 16.)

[1018] Fritz Hochmair, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1447.

nahme – die Einschränkung »Wachstum der Wirtschaft und eine Steigerung des Wohlstandes unter Berücksichtigung der ökologischen Gegebenheiten«[1019] wurde zur Regel.

Neben diesem Ziel eines unter Ökologie-Vorbehalt stehenden Wachstums verlor man die Frage der Distribution der solcherart gesteigerten Produktion nicht völlig aus den Augen: Sehr gern nutzte man dabei den semantischen Spielraum, den die Kategorie Gerechtigkeit eröffnete, egal ob es sich um die anzustrebende »soziale Gerechtigkeit«[1020] oder um die »gerechte Weltwirtschaftsordnung«[1021] handelte; deutlich verbindlicher waren da die Befreiung der »Menschen in den Entwicklungsländern von Armut, Hunger und Krankheit«[1022] und eine ganze Reihe äquivalenter Formulierungen, die allesamt und oft explizit auf die nach wie vor einflußreiche Grundbedürfnisstrategie verwiesen.

[1019] Jankowitsch, Das Prinzip Entwicklungshilfe, S. 53.
[1020] Mock, Weltwirtschaftlicher Strukturwandel, S. 7.
[1021] Verzetnitsch, Nord-Süd-Konfrontation, S. 95.
[1022] Gratz, Erklärung vor der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 307.

4 Entwicklungshilfe

Haben wir uns im vorangegangenen Abschnitt mit entwicklungstheoretischen Versatzstücken innerhalb des politischen Diskurses beschäftigt, so ist es nun an der Zeit, die Aufmerksamkeit auf die praxisorientierten Aspekte zu richten. Auf jenen Bereich also, der unter die tendenziell euphemistischen Begriffe Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungszusammenarbeit zu subsumieren ist.

Österreich selbst erhielt in den Jahren nach 1945 massive ausländische Wirtschaftshilfe aus den Mitteln des European Recovery Program (Marshall-Plan) sowie hohe Kredite seitens der Weltbank – umfangreiche Kapitaltransfers, die allerdings im (mittel- und west)europäischen Kontext nicht als Entwicklungshilfe bezeichnet wurden.[1023] Ende der 1950er Jahre begann sich die Rolle Österreichs zu verändern, das Empfänger- wurde allmählich zum Geberland.[1024] Eine Pionierfunktion kam dabei der katholischen Kirche zu, die ab 1958 umfangreiche Hilfsaktionen zu Gunsten der Hungernden in der Dritten Welt organisierte[1025]. Ebenfalls in diesem Zeitraum, nämlich für die Jahre 1956–1959, wurden erstmals Geldmittel als öffentliche Entwicklungshilfe ausgewiesen (es handelte sich dabei um bi- und multilaterale Finanzhilfe).[1026] In die zweite Hälfte der 1950er Jahre fielen dann auch jene ersten, verstreuten Äußerungen österreichischer Politiker, in denen der Bereich Entwicklungshilfe thematisiert wurde. Die Diskussionen nahmen im Lauf der Jahrzehnte an Umfang und Intensität zu, kreisten allerdings über Jahrzehnte hinweg mit beachtlicher Konstanz um einige wenige zentrale Achsen. Um diese geht es in den folgenden Abschnitten.

[1023] Anders die Sprachregelung für Südwest- und Südosteuropa – Wirtschaftshilfe für Griechenland, Zypern, Spanien, Jugoslawien und die Türkei galt bis in die 1970er Jahre als Entwicklungshilfe (im Fall der Türkei bis heute). Erst mit dem EU-Beitritt einiger dieser Staaten erhielten die entsprechenden Finanztransfers einen wohlklingenderen Namen.

[1024] Dennoch konnte das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung noch zu Beginn der 1960er Jahre in einer Studie feststellen, dass »Österreich bisher weit mehr entwicklungsfördernde Anleihen empfing (ERP-Hilfe, Weltbankkredite) als gewährte.« (Probleme der Entwicklungshilfe. In: Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 34, 1961, Beilage 67, S. 14.)

[1025] Vgl. Martin Jäggle: Entwicklungspolitik der Katholischen Kirche in Österreich. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, hrsg. von Andreas Khol und Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1981, S. 339.

[1026] Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 127, 167 u. 168.

4.1 Motivforschung

4.1.1 Die 1950er und 1960er Jahre[1027]

Von Anfang an widmete sich die Debatte zu einem wesentlichen Teil der Frage, aus welchen Gründen Entwicklungshilfe zu gewähren sei. Bei den Antworten, die gegeben wurden, mag es sich häufig um primär publikumsorientierte Rhetorik gehandelt haben. Dennoch zeigt sich ein Bündel von Begründungen – Antikommunismus, außenpolitische Rücksichten, ökonomisches Kalkül, humanitäre Motive –, die die prinzipielle Entscheidung für Entwicklungshilfe ebenso nachvollziehbar erscheinen lassen wie Aspekte ihrer Durchführung. Die Vielfältigkeit der Motive erklärt aber auch, warum man sich quer durch alle Parteien und Interessensgruppen für diese Form des Ressourcentransfers erwärmen konnte.

In den – wenigen – Äußerungen aus den 1950er Jahren erwies sich der weltpolitische Kontext als bestimmend: die Dekolonisierung in Asien und Afrika unter den Bedingungen des Kalten Kriegs. »Die freie Welt«, schrieb Karl Czernetz 1959, »muß diesen jungen Völkern – besonders den Indern – beweisen, daß es einen anderen Weg zum industriellen Aufbau, zur Hebung des Volkswohlstandes [...] gibt als die Unterwerfung unter den Sowjetimperialismus.«[1028] Den Beweisnotstand erkannte auch Bruno Kreisky: »Wir müssen den Menschen in Asien den Beweis erbringen, daß man mit den Demokratien gute Freundschaft halten kann und daß die Demokratien bereit sind, einen Teil ihrer überreichen Produktion an die Völker Asiens und Afrikas abzutreten, ohne daran politische Bedingungen zu knüpfen.«[1029] Wenig später sprach er dann vom »Zustand der kompetitiven Koexistenz«[1030] mit den realsozialistischen Staaten und verwies auf deren Leistungen zu Gunsten der Entwicklungsländer (Entsendung von Experten, Gewährung günstiger Kredite). Es gelte für den Westen, so Karl Czernetz, durch Wirtschaftshilfe »ein neues Verhältnis der Partnerschaft mit den Völkern des Orients herzustellen«[1031], die durch den Kolonialismus bedingten »Ressentiments zu überwinden«[1032]

[1027] Überarbeitete Ausschnitte dieses (und einiger folgender Kapitel) erschienen unter dem Titel »Die Anfänge – vom Empfänger- zum Geberland. Archäologische Untersuchungen zur österreichischen Entwicklungshilfe« in: Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster, hrsg. von Bea de Abreu Fialho Gomes, Irmi Hanak und Walter Schicho. Wien: Mandelbaum 2003, S. 27–45.

[1028] Czernetz, Karl: Weltpolitik 1959. In: Die Zukunft, 1959, H. 2, S. 38.

[1029] Kreisky, Demokratie und Diplomatie, S. 67.

[1030] Bruno Kreisky: Zur Situation der österreichischen Außenpolitik. Rede vor dem Internationalen Diplomaten-Seminar, Schloß Kleßheim, 15. August 1959. In: Ders., Reden, Bd. 1, S. 103.

[1031] Czernetz, Weltpolitik 1959, S. 38.

[1032] Czernetz, Umwälzung der Weltpolitik, S. 332. Auch der SPÖ-Abgeordnete Peter Strasser betonte die Funktion der Entwicklungshilfe, »das große Mißtrauen, das heute zwischen der unterentwickelten Welt und den westlichen Ländern besteht, zu beseitigen.« (NR-Protokolle, VIII.GGP/69, 3.12.1958, S. 3159)

und »die Freiheit der Völker [zu] sichern«[1033]. Dies alles gereiche beiden Seiten zum Vorteil: »Europa hat das größte Interesse, mit den orientalischen Völkern enge wirtschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten. Die orientalischen Völker brauchen die wirtschaftliche Hilfe des Westens, wenn sie nicht in ihrer Armut und Rückständigkeit verkommen wollen.«[1034]

Die Entwicklungshilfe wurde in diesen ersten Jahren von allen Parlamentsparteien[1035] prinzipiell befürwortet, in erster Linie mit geopolitischen Argumenten. Nationale politische bzw. ökonomische Interessen wurden zunächst ebenso selten[1036] ins Treffen geführt wie moralische Prinzipien. Dies lag wohl daran, dass die Aufgabe, die neuen Staaten der Peripherie über finanzielle Patronage-Beziehungen im kapitalistischen Weltsystem zu halten, zunächst den USA[1037] und den westeuropäischen Kolonialmächten oblag und man sich aus österreichischer Sicht damit begnügen konnte, Entwicklungshilfe als weltpolitisches Phänomen aus der Distanz zu kommentieren.

Erst mit dem Aufbau einer österreichischen Entwicklungshilfe-Politik ab Beginn der 1960er Jahre konkretisierten sich die Begründungen und bewegten sich fortan stärker auf der Ebene nationalstaatlicher Interessen und/oder moralischer Verpflichtung (ohne deshalb das ideologische Koordinatensystem des Kalten Kriegs zu verlassen). Auf dem Weg dorthin rekurrierten Politiker zuweilen auf die Erfahrung mit den wirtschaftlichen Hilfsleistungen im Zuge des Marshall-Plans: einerseits als Modell für andere Kontinente wie Afrika,[1038] andererseits als Verpflichtung für eigenes Handeln. Der FPÖ-Abgeordnete Kos wollte mit den österreichischen Entwicklungshilfebeiträgen »der westlichen Welt einen kleinen Teil des Dankes abstatten für all das, was uns selbst in den schweren ersten Nachkriegsjahren zuteil geworden ist«[1039]. Bereits 1958 hatte sich der Sozialdemokrat Strasser gefragt, »ob wir das Recht haben, nachdem wir so selbstverständlich fremde Hilfe in Anspruch genommen haben, zu übersehen, daß es heute in der Welt noch so ist, daß 60 Prozent der Menschheit, 1½ Milliarden Men-

---

[1033] Karl Czernetz: Die Internationale zur Weltlage. In: Die Zukunft, 1957, H. 5/6, S. 137.

[1034] Czernetz, Umwälzung der Weltpolitik, S. 332.

[1035] Mit Ausnahme der KPÖ, die allerdings nur bis 1959 im Nationalrat vertreten war. Von ihr ist in den ausgewerteten Quellen bis zu diesem Zeitpunkt keine einschlägige Meinungsäußerung, weder positiv noch negativ, überliefert.

[1036] Einzig Kreisky wies bereits 1959 darauf hin, dass sich die internationale Reputation von Kleinstaaten auf diesem Weg verbessern lasse (vgl. Kreisky, Zur Situation der österreichischen Außenpolitik, S. 103).

[1037] So auch die Perzeption von Lujo Toncic-Sorinj (NR-Protokolle, IX.GGP/14, 2.12.1959, S. 364).

[1038] Entsprechende Vorstellungen finden sich bei Toncic-Sorinj (NR-Protokolle, VIII.GGP/69, 3.12.1958, S. 3140) und Wilfried Gredler (NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960).

[1039] So der FPÖ-Abgeordnete Wilhelm Kos (NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2041).

schen, in den unterentwickelten Gebieten buchstäblich verhungern [...].«[1040] Diese ungewöhnlich scharfe Selbstwahrnehmung signalisiert zugleich ein neues Bewusstsein der wachsenden materiellen Handlungsspielräume und damit der sich verändernden Rolle Österreichs.

Damit einher ging die Einsicht, dass die Zugehörigkeit Österreichs zum kapitalistischen Teil Europas eine Beteiligung an den Entwicklungshilfe-Aufwendungen des Westens erforderlich machte. Diese lag ganz im Interesse der USA, die seit Ende der 1950er Jahre die anderen westlichen Staaten zu koordinierten gemeinsamen Anstrengungen auf diesem Gebiet anhielten[1041] und die im Fall Österreich auch zu den materiellen Voraussetzungen beitrugen, indem sie die Verwendung von Mitteln aus dem ERP-Fonds für Zwecke der Entwicklungshilfe sicherstellten.[1042] In einer parlamentarischen Anfrage[1043] Peter Strassers – der ersten zum Thema Entwicklungshilfe überhaupt – und ihrer Beantwortung[1044] durch Außenminister Kreisky Anfang 1960 wurden Initiativen des Europarats in Richtung einer »gemeinsamen europäischen Aktion zugunsten der in Entwicklung befindlichen Länder und Regionen«[1045] propagiert, die sich mit der wenige Monate zuvor von Kreisky geäußerten Absicht deckten, Österreich werde, »unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten, auch an europäischen Aktionen für Länder auf anderen Kontinenten mitwirken«[1046]. Deutlich verbindlicher als Deklarationen des Europarats war die Mitgliedschaft in der OECD, die Österreich formell zur Leistung von Entwicklungshilfe verpflichtete.[1047] Gleichzeitig wurde Österreich durch die

---

[1040] NR-Protokolle, VIII.GGP/69, 3.12.1958, S. 3158.

[1041] Vgl. White, Politics of Foreign Aid, S. 216.

[1042] Im »Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die ERP-Counterpart-Regelung«, das am 29.3.1961 unterzeichnet wurde und am 12.7.1962 in Kraft trat, hieß es unter »Artikel III – Hilfe an minderentwickelte Länder«: »Um eine größere Mitwirkung Österreichs an der Hilfeleistung für Entwicklungsländer zu erleichtern und gleichzeitig den Export nach diesen Ländern zu fördern, besteht Einverständnis, daß [...] auch Counterpart-Mittel für eine solche Hilfeleistung, einschließlich zum Beispiel für technische Hilfe, langfristige Exportfinanzierung sowie Investitions- und Ausfuhr-Kreditprogramme zur Verfügung gestellt werden können.« (BGBl. Nr. 206/1962.) In die nationale Gesetzgebung übernommen wurde diese Vereinbarung zwischen Österreich und den USA mit dem ERP-Fonds-Gesetz vom 13.6.1962, in dem festgeschrieben wurde, dass der ERP-Fonds neben anderen Daseinszwecken der »wirtschaftlichen Förderung von Entwicklungsländern und der österreichischen Ausfuhr nach solchen Ländern« diene (BGBl. Nr. 207/1962).

[1043] Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz, 36/J, 28.10.1959.

[1044] Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz, 49/AB, 26.1.1960.

[1045] Ebda.

[1046] Kreisky, Zur Situation der österreichischen Außenpolitik, S. 103.

[1047] Im »Übereinkommen über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung«, das von Österreich am 27.9.1961 ratifiziert wurde, verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, »einzeln sowie gemeinsam [...] durch geeignete Mittel, insbesondere durch Zufuhr von Kapital in die Mitglied- und Nichtmitgliedstaaten, die in wirtschaftlicher Entwicklung begriffen sind, zu deren wirtschaftlicher Entwicklung beizutragen und dabei zu berücksichtigen, daß es für die Volkswirtschaften dieser Staaten wichtig ist, technische Hilfe zu erhalten und wachsende Ausfuhrmärkte zu gewinnen.« (BGBl. Nr. 248/1961.)

Aufnahme in die UNO sowie durch den Beitritt zu Finanzinstitutionen wie der IFC (International Finance Corporation) zunehmend als Geberland in die multilaterale Entwicklungshilfe einbezogen. Niemand brachte die um 1960 feststellbaren Veränderungen – das mit der ökonomischen Prosperität gewandelte österreichische Selbstverständnis, neue externe Reglementierungen staatlichen Handelns – in so komprimierter Form zum Ausdruck wie Karl Czernetz: »[...] wir werden uns langsam mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß wir Österreicher nicht dauernd in der Welt mit dem Bettelhut herumgehen und sagen können: Wir sind die Ärmsten, wir sind die armen Teufel, denen man was geben muß. – Wir sind bereits so weit, daß wir im Rahmen der OECD, der neuen Entwicklungshilfsorganisation, werden zahlen müssen.«[1048]

Was Ende der 1950er Jahre noch abstraktes antikommunistisches Bekenntnis gewesen war, wurde zu Beginn der 1960er Jahre mit der systematischen Leistung von Entwicklungshilfe konkreter Zahlungszweck: »Unseren Teil dazu beizutragen, daß diese Welt von morgen eine Welt der Freiheit ist«[1049], so der FPÖ-Abgeordnete Mahnert 1963. Wiederholt wurde in den 1960er Jahren quer duch alle Parlamentsparteien damit argumentiert, die Armut in den Staaten der Peripherie sei ein »Nährboden für totalitäre Ideologien«[1050] und der »wachsende Einfluß des Kommunismus in Asien könne von den westlichen Nationen nur damit aufgehalten werden, daß jedes Kind auf diesem Kontinent seinen Hunger stillen«[1051] könne.

Die systemstabilisierende Funktion von Entwicklungshilfe wurde allerdings nicht nur im Rahmen des Ost-West-Konflikts thematisiert, sondern auch in einem umfassenderen Sinne. Aus einer solchen Sichtweise gingen von den sozioökonomischen Verhältnisse in der Dritten Welt globale Gefahren aus, seien es Seuchen,[1052] seien es internationale Konflikte[1053]. In diesem

---

Die Evaluierung der Entwicklungshilfe durch das in der OECD angesiedelte DAC (Development Assistance Committee) dient bis heute unter anderem dem Zweck, dieser (Selbst-)Verpflichtung Nachdruck zu verleihen.

[1048] NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2195.

[1049] NR-Protokolle, X.GGP/14, 19.4.1963, S. 753. Und Mahnert weiter: »Ob im Wettstreit um wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit Afrika Europa oder die Sowjetunion erfolgreicher sein wird, kann das Schicksal der Welt entscheiden.« (Ebda.)

[1050] Carl H. Bobleter: Österreich vor der Aufgabe der Entwicklungshilfe. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 22, 1966, H. 7/8, S. 65.

[1051] Bruno Kreisky am 8.1.1966, zit. nach Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 6, 1966/1, S. 54.

[1052] So Karl Czernetz 1967 (NR-Protokolle, XI.GGP/78, 7.12.1967, S. 6335).

[1053] Vgl. Kurt Fiedler, der von der politischen Notwendigkeit der Entwicklungshilfe spricht, um »Spannungen zwischen den Völkern« abzubauen und den Weltfrieden zu erhalten (NR-Protokolle, XI.GGP/33, 30.11.1966, S. 2445). Ähnlich auch eine Äußerung Hertha Firnbergs aus dem Jahr 1964, für die »der Abbau der Diskrepanz zwischen armen und reichen Völkern [...] die Voraussetzung für die Befriedung der Welt« darstellte (NR-Protokolle, X.GGP/61, 27.11.1964, S. 3248). In eine ähnliche, möglicherweise noch existenziellere Richtung zielte bereits eine Äußerung Kreiskys aus dem Jahr 1963, der die Notwendigkeit von Entwicklungshilfe damit begrün-

Zusammenhang tauchten in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre erstmals Ängste vor einer drohenden Konfrontation zwischen Peripherie und Zentrum auf. Bei seiner entsprechenden Wortmeldung aus dem Jahr 1966 (die vorerst eine Einzelmeinung blieb) ging Karl Czernetz so weit, eine Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Staatenblock im Bereich der Entwicklungshilfe ins Auge zu fassen, um »einen katastrophalen Zusammenstoß zwischen den reichen Industrieländern und den armen Habenichtsen dieser Welt« zu verhindern.[1054] Einige Jahre später, an der Schwelle zu den 1970er Jahren, äußerte sich niemand Geringerer als der damalige Außenminister Waldheim im gleichen Sinne, verwies auf die »großen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den Industrieländern der nördlichen und den Entwicklungsländern der südlichen Hemisphäre« und betonte die »Bedeutung der Entwicklungshilfe als Instrument der Verringerung dieser Spannungen«[1055].

Wie bereits angedeutet, entwickelten sich in den 1960er Jahren zwei neue, stark voneinander divergierende Argumentationslinien, die zunehmend die Rhetorik des Kalten Kriegs in den Hintergrund treten ließen. Die eine knüpfte an christliche bzw. sozialdemokratische Traditionen an, berief sich etwa in Person des ÖVP-Abgeordneten Weiß auf »die außerordentlich vorbildliche Arbeit, die seit vielen Jahren, ja seit Jahrzehnten die christlichen Missionen [...] geleistet haben«[1056], und ließ Peter Strasser eine »Renaissance internationaler sozialistischer Solidarität«[1057] beschwören. Daneben wurde aber auch vereinzelt, parallel zu analogen Entwicklungen auf nationalstaatlicher Ebene, Entwicklungshilfe als globale Sozialpolitik betrachtet und befürwortet.[1058] Speziell die erste Hälfte der 1960er Jahre erlebte eine beträchtliche Zahl moralischer Appelle, die zwar von Politikern der SPÖ besonders kultiviert, aber keineswegs monopolisiert wurden. Entwicklungshilfe sei »eine Pflicht der Menschlichkeit«[1059] (Hertha Firnberg), »eine Solidaritätsverpflichtung der Menschheit«[1060]

---

dete, dass »wir sonst in dem furchtbaren Elend, das es auf fremden Kontinenten gibt, ertrinken würden und weil wir unseres Wohlstandes nicht lange sehr froh wären« (NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2074).

[1054] Czernetz, Die Verantwortung Europas, S. 4. Ein weiteres Mal griff Czernetz diese Idee 1974 auf – im Zuge der Entspannungspolitik redete er »gemeinsamen Prioritätenplänen für die Entwicklungshilfe von West und Ost« das Wort (NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11046 f.).

[1055] Kurt Waldheim: Österreich – ein Friedensfaktor der Weltpolitik. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 25, 1969, H. 4/5, S. 25.

[1056] NR-Protokolle, IX.GGP/84, 5.12.1961, S. 3596.

[1057] Strasser, Hilfe zur Selbsthilfe, S. 66.

[1058] Eine »echte Sozialpolitik kann nur darin bestehen, auch die Not jener Mitmenschen zu sehen, die durch Grenzen von uns getrennt sind«, stellte der ÖVP-Abgeordnete Neumann 1968 fest (NR-Protokolle, XI.GGP/116, 26.11.1968, S. 9329.)

[1059] NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2065.

[1060] NR-Protokolle, XI.GGP/120, 4.12.1968, S. 9913.

(ebenfalls Firnberg), »eine humanitäre Aufgabe«[1061] (Bundeskanzler Josef Klaus), »eine echte humanitäre Aufgabe«[1062] (Wilhelm Kos), »ein Gebot der christlichen Caritas"[1063] (Carl Bobleter) bzw. »der internationalen Caritas«[1064] (Bruno Kreisky). Auch Dankbarkeit wurde in diesem Zusammenhang eine Kategorie, auf recht eigentümliche Weise: Den »Völkern Afrikas und Asiens« zu helfen sei »nur eine Abgeltung dessen, was wir von dort empfangen haben.«[1065] Doch Kreisky meinte nicht etwa die materiellen Werte, die sich die Metropolen im Zuge des Kolonialismus angeeignet hatten, er meinte immaterielle, seien doch »in Asien und Afrika die Urströme unserer Kultur entsprungen«[1066]. Zwar thematisierte er an anderer Stelle den Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Entwicklungshilfe, wies darauf hin, dass diese für die ehemaligen Subjekte kolonialer Herrschaft nicht mehr als eine selbstverständliche Reparationsleistung darstelle, gab aber zugleich zu erkennen, dass er diese Auffassung lediglich referierte und nicht notwendigerweise teilte.[1067] Den unmittelbaren Zusammenhang zwischen kolonialer Vergangenheit und aktueller Entwicklungshilfe bestritt Kreisky einige Jahre später (1964) explizit, aus Gründen finanzieller Diskontinuität. Die »thesaurierten Schätze kolonialer Vergangenheit«, meinte er, »sind untergegangen in zwei Kriegen. Die Gelder, die die Staaten zur Verfügung stellen, stammen in der Regel aus dem Konsumverzicht ihrer Bürger.«[1068]

Die moralische Begründung von Entwicklungshilfe stand (und steht bis heute) neben einer deutlich anders gearteten, nämlich jener, die nationale Wirtschaftsinteressen in den Vordergrund rückte. Oft wurden beide Motive in einem Atemzug genannt. Glaubten Politiker an die Vereinbarkeit von humanitär bestimmter Generosität und wirtschaftlichem Eigeninteresse? Taten sie es, um innen- wie außenpolitisch unterschiedlichste Interessengruppen für diesen Politikbereich zu gewinnen?[1069] Oder war es die schizophrene Haltung prinzipiell ehrbarer

---

[1061] Klaus, Rede vor der XX. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 376.

[1062] NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2041.

[1063] Bobleter, Österreich vor der Aufgabe der Entwicklungshilfe, S. 65.

[1064] Bruno Kreisky: Rede anläßlich der Europäischen Woche des Kampfes gegen den Hunger, 9. November 1964. In: Ders., Reden, Bd. 1, S. 553.

[1065] Bruno Kreisky: Die Fragen der Entwicklungshilfe und die Außenpolitik. Rede vor dem 7. Internationalen Diplomaten-Seminar, Schloß Kleßheim, 27. Juli 1964. In: Ders., Reden, Bd. 1, S. 524.

[1066] Ebda, S. 527.

[1067] Vgl. Kreisky, Muß sich Österreich an der Entwicklungshilfe beteiligen?, S. 291.

[1068] Bruno Kreisky: Österreich auf der Welthandelskonferenz. In: Die Zukunft, 1964, H. 8, S. 5.

[1069] Es handelte sich dabei keineswegs um ein österreichisches Spezifikum. Gilbert Rist hielt diesen, seiner Ansicht nach unlösbaren, Widerspruch, »this yoking together of solidarity and self-interest«, für ein zentrales Element des entwicklungspolitischen Diskurses, »as a way of convincing both those who emphasized the ›humanitarian imperative‹ and those who focused on national interests.« (Rist, History of development, S. 91.)

Menschen, die als politische Funktionäre die nationalen Kapitalinteressen mit ihren ethischen Überzeugungen in Einklang zu bringen versuchten? Waren die beiden Orientierungen möglicherweise tatsächlich vereinbar? Oder handelte es sich schlicht um die hypokritische Verbrämung prosaischer Interessen? Wir ahnen die Antwort, können sie aber mit den verfügbaren Quellen nicht belegen. Und wir wissen auch nicht, was Kreisky genau meinte, als er im Parlament sagte, »daß die Entwicklungshilfe der demokratischen Welt nur dann Erfolg haben wird, wenn wir in der Lage sind, alle moralischen Kräfte zu mobilisieren, die es heute im Bereich der Religion, aber auch der Demokratie gibt. (Beifall bei SPÖ und ÖVP)«[1070]. Glaubte Kreisky, mit Hilfe dieser »moralischen Kräfte« jene politische Unterstützung zu erhalten, die er für unerlässlich hielt, um die erforderlichen Mittel für weniger moralische Zwecke aufzubringen? Oder hielt er Moral für ein zivilisierendes Element, das der Verfolgung politischer und ökonomischer Eigeninteressen entgegenwirkte und auf diese Weise den Erfolg von Entwicklungshilfe – im Sinne einer Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage in den Staaten des Südens – wahrscheinlicher machte? Wir wissen es nicht und müssen uns darauf beschränken, das Nebeneinander unterschiedlicher Motive, zumindest proklamierter Motive, zu konstatieren.

Jene Argumentationslinie, die den durch Entwicklungshilfe für Österreich erreichbaren ökonomischen Nutzen betonte, verwies zunächst darauf, dass sich österreichischen Unternehmen auf diesem Weg eine Fülle lukrativer Wirtschaftskontakte erschließen würde, insbesondere in fernerer Zukunft – die Staaten der Dritten Welt »werden die Handelspartner unserer Kinder sein«[1071]. Im Mittelpunkt stand die Auffassung, dass Österreich angesichts seines relativ kleinen Binnenmarkts genötigt sei,[1072] sich auch in der Dritten Welt Absatzmärkte zu erschließen. »Nur durch verstärkte Leistungen« auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, so Carl Bobleter 1964, werde es »Österreich gelingen, auf den großen Zukunftsmärkten der Entwicklungsländer jene Voraussetzungen zu schaffen, die dort einen wachsenden Absatz österreichischer Waren gewährleisten können.«[1073] Sein Parteikollege Neumann formulierte es 1968 im Wortlaut anders, in der Substanz gleich: Die Entwicklungshilfeleistungen seien »eine Art von Pflege eines Marktes, der für uns vielleicht schon morgen von allergrößter Bedeutung und

---

[1070] NR-Protokolle, IX.GGP/84, 5.12.1961, S. 3601

[1071] Ludwig Weiß: Entwicklungshilfe verlangt Opfer. In: Die Zukunft, 1962, H. 3, S. 67.

[1072] »Die Konsumkraft eines Volkes von sieben Millionen [...] ist irgendwie begrenzt« (Kreisky, Muß sich Österreich an der Entwicklungshilfe beteiligen?, S. 293).

[1073] Carl Bobleter, zit. nach Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 4, 1964/6, S. 369.

von Vorteil sein kann.«[1074] Hertha Firnberg beklagte die unausgewogene Außenhandelsstruktur Österreichs, »die starke regionale Konzentration unseres Exportes« sowie damit verbunden den Umstand, dass »nur ein Achtel unseres Exportes nach Übersee«[1075] gehe. »In den Entwicklungsgebieten« sah Firnberg »große Hoffnungsgebiete für unsere Exportwirtschaft«, und sie würdigte ausdrücklich die Exportförderungsmaßnahmen, die von der Bundesregierung 1964 beschlossen worden waren und nach OECD-Kriterien als Entwicklungshilfe gelten konnten. Im Zentrum standen zwei Gremien, die über die Vergabe von Exportkrediten zu Sonderkonditionen entschieden, das Interministerielle Komitee für Starthilfe-Kredite[1076] sowie das Entwicklungshilfe-Export-Komitee[1077]. Österreich hatte also zu einem relativ frühen Zeitpunkt eine wohlfunktionierende Infrastruktur im Bereich der als Entwicklungshilfe deklarierbaren Exportförderung – eine Schwerpunktsetzung, die von Außenminister Kreisky auf einer Rede in Dallas 1965 explizit befürwortet wurde. Direkte Zuschüsse bezeichnete er als »especially unpopular. We have therefore shifted the emphasis largely towards the system of credits.«[1078] Kreisky versicherte allerdings, dass aufgrund der fortlaufenden Geldentwertung und des niedrigen Zinsfußes »deliveries on credit amount actually to outright gifts to the extent of approximately fifty per cent.«[1079]

[1074] NR-Protokolle, XI.GGP/116, 26.11.1968, S. 9331. Und er führt ein konkretes Beispiel an: »Schon jetzt haben österreichische Firmen beispielsweise für die von der IDA [International Development Organization] finanzierten Projekte ungefähr in der gleichen Höhe Aufträge erhalten, als unsere Beiträge zur IDA ausmachen.« (Ebda.)
Ganz ähnlich äußerte sich bereits 1964 Außenminister Kreisky: »Man muß sich auch in einer Zeit der extremen Prosperität um potentielle Märkte kümmern, auch in Ländern, die im Augenblick nicht sehr solvent erscheinen. Es wird daher auch für Österreich klug sein, sich [...] um die Märkte in den Entwicklungsländern zu kümmern und hiefür Kapital und Menschen in einem uns angemessenen Umfang bereitzustellen.« (Kreisky, Die Fragen der Entwicklungshilfe, S. 523 f.)

[1075] NR-Protokolle, X.GGP/61, 27.11.1964, S. 3250. Vier Jahre später äußerte sich Firnberg ganz ähnlich: »Wir könnten [dank bilateraler Entwicklungshilfe] unsere Außenhandelsbeziehungen ausweiten, wir könnten Märkte erschließen, wir könnten eine bessere Streuung unseres Außenhandels erreichen«. (NR-Protokolle, XI.GGP/120, 4.12.1968, S. 9915)

[1076] Dabei handelte es sich um »Kredite für Vorhaben [...], welche die Erschließung oder Erhaltung von Märkten in Entwicklungsländern zum Ziele haben, insbesondere die Errichtung von Niederlassungen, Servicestationen, Reparaturwerkstätten, Assembling österreichischer Produkte oder industrielle Beratungsarbeiten, soweit diesen exportfördernder Charakter zukommt.« (Bundeskammer für gewerbliche Wirtschaft: Merkblatt für die Inanspruchnahme von Krediten für Vorhaben österreichischer Unternehmen in außereuropäischen Entwicklungsländern, zit. nach Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 590.) Im Komitee selbst saßen Vertreter des Finanz-, Außen- und Handelsministeriums, des Bundeskanzleramtes sowie der Bundeswirtschaftskammer.

[1077] Dieses – aus Vertretern des Finanz-, Außen- und Handelsministeriums sowie des Bundeskanzleramtes bestehende – Komitee genehmigte begünstigte Exportkredite durch die Österreichische Kontrollbank im Zuge des so genannten Refinanzierungsverfahrens II, mit denen vor allem Investitionsgüterexporte finanziert werden sollten (vgl. Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 369, 376–381).

[1078] Kreisky, Foreign Policy in the Affluent Society, S. 656. Bei wem diese Zuschüsse unpopulär seien, sprach er nicht aus. Zu vermuten steht, dass er die österreichische Öffentlichkeit bzw. Wählerschaft meinte.

[1079] Ebda.

Über den Bereich der Exportkredite hinaus wurde im Rahmen der Entwicklungshilfe Absatzförderung betrieben, indem man die Vergabe von Projektgeldern an den Kauf von Waren im Geberland band.[1080] Obwohl Österreich traditionellerweise zu den Geberländern mit dem höchsten Anteil an solcherart gebundener Entwicklungshilfe zählte,[1081] konnte es in Einzelfällen vorkommen, dass von politischer Seite ein zu geringer Bindungsgrad kritisiert wurde. Hertha Firnberg monierte, dass nach ihren Informationen »bei österreichischen Leistungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe in Indien, bei Bauten der Grundsatz ›Kauft österreichische Waren!‹ überhaupt nicht berücksichtigt wurde«[1082].

Nicht immer beschränkten sich Politiker auf bloßen Lobbyismus für die österreichische Exportindustrie. Insbesondere Kreisky rückte Entwicklungshilfe in den größeren Kontext einer keynesianisch inspirierten Wirtschaftspolitik – als Instrument, um mit Hilfe staatlich induzierter Nachfrage zyklische Wirtschaftskrisen zu entschärfen: »[...] wollen wir verhindern, daß es wieder durch die so genannte Überproduktion [...] Arbeitslose gibt, dann werden wir auch in Österreich bereit sein müssen, einen Teil unserer Produktion den neuen Völkern zur Verfügung zu stellen, auch dann, wenn durchaus nach herkömmlicher Art von Rentabilität keine Rede sein kann.«[1083] Als Beweis für die Gangbarkeit dieses Wegs führte Kreisky die umfangreichen Warenlieferungen an die UdSSR im Gefolge des Staatsvertrags an, mit denen Tausende von Arbeitsplätzen in den ehemaligen USIA-Betrieben erhalten werden konnten.[1084] Den Entwicklungsländern seien Warenlisten vorzulegen, aus denen sie auswählen könnten. Bei der Zusammenstellung der Listen sei darauf zu achten, dass nicht nur klassische Exportwaren und schwer verkäufliche Überschussprodukte berücksichtigt würden, sondern dass das Sortiment »auch unserer entwicklungsfähigen Industrie Investitionsmöglichkeiten erlaubt«.[1085] Dabei könne es sich allerdings nur um eine temporäre Maßnahme handeln, Ziel bleibe es, die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, »allmählich unsere Waren nach normalen kommerziellen Gesichtspunkten zu beziehen. Es ist dies eine Art von internationaler Investitionspolitik, die uns Österreicher interessieren muß, wollen wir die Zukunft unserer

---

[1080] Eine Praxis, die vielfach kritisiert wurde, weil sie das Empfängerland daran hinderte, unter einen breiten Palette entsprechender Produkte das geeignetste und kostengünstigste zu erwerben.

[1081] Vgl. Peter Hjertholm/Howard White: Foreign aid in historical perspective. Background and trends. In: Foreign aid and development. Lessons learnt and directions for the future, hrsg. von Finn Tarp. London, New York: Routledge 2000, S. 96.

[1082] NR-Protokolle, XI.GGP/120, 4.12.1968, S. 9914.

[1083] Kreisky, Die Rolle Österreichs, S. 354.

[1084] Vgl. ebda.

[1085] Kreisky, Die Fragen der Entwicklungshilfe, S. 524.

Wirtschaft sichern [...].«[1086] Dass diese Art ökonomischen Denkens keineswegs auf Sozialdemokraten beschränkt war, zeigt eine ähnlich gelagerte Bemerkung von Bundeskanzler Klaus, der Entwicklungshilfe als »Forderung wirtschaftlicher Klugheit, um das Problem der Überproduktion und der mangelhaften Güterverteilung zu lösen,«[1087] bezeichnete.

Als Vertreter österreichischer Kapitalinteressen traten in den 1960er Jahren insbesondere Politiker der beiden Großparteien hervor (die zugleich, mit Ausnahme des vierjährigen Oppositionsdaseins der SPÖ, in diesem Jahrzehnt die Regierung stellten). Für die FPÖ sind im Quellenkorpus keine einschlägigen Äußerungen überliefert. Kapitalinteressen hieß angesichts der österreichischen Wirtschaftsstruktur: Exportinteressen. Es ging in den 1960er Jahren beispielsweise nicht um Produktionsanlagen österreichischer Konzerne in der Dritten Welt, es ging auch so gut wie nie um den Zugang zu Rohstoffen – im Mittelpunkt stand stets die Forcierung der Ausfuhr von Waren, insbesondere von Industrieprodukten. Und im Unterschied zur moralischen Argumentationslinie, die keinerlei Äquivalent in der materiellen Struktur der österreichischen Entwicklungshilfe hatte, drückten sich die Schwerpunkte des ökonomischen Diskurses in den Institutionen der Entwicklungshilfe-Administration ebenso aus wie in der Verteilung der Mittel (etwa im hohen Anteil der Exportkredite an der gesamten Entwicklungshilfe) und nicht zuletzt in dem Umstand, dass in etlichen Fällen österreichische Unternehmen als Träger von Entwicklungshilfeprojekten fungierten.

Um österreichische Eigeninteressen ging es bei der Entwicklungshilfe auch in einem nichtökonomischen Sinne. Die exponierte Situation eines militärisch neutralen Kleinstaates zwischen den beiden Machtblöcken und die Unterstützung, die man sich für österreichische Anliegen in der UNO erhoffte (etwa in Sachen Südtirol), ließen österreichische Politiker auch in der Dritten Welt nach potenziellen Bündnispartnern Ausschau halten. Eines der Mittel lag auf der Hand, zumindest für Außenminister Kreisky: »Ein kleines Land, das in der Entwicklungshilfe maßgebend mitwirkt, schafft sich sehr viele Freunde.«[1088] Eine Sichtweise, die auch in der ÖVP geteilt wurde: »Sie [die Entwicklungsländer] werden auch einmal unsere politischen Freunde sein. Diese politische Freundschaft müssen wir heute anknüpfen.«[1089] Diese außenpolitischen Interessen Österreichs wurden bei der Genehmigung von Entwicklungshilfe-

---

[1086] Kreisky, Die Rolle Österreichs, S. 355.
[1087] Klaus, Rede vor der XX. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 375 f.
[1088] NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2077.
[1089] Weiß, Entwicklungshilfe verlangt Opfer, S. 67.

Leistungen durch das Interministerielle Komitee für die Förderung der Entwicklungsländer (IKFE) Mitte der 1960er Jahre ebenso berücksichtigt wie die ökonomischen: Neben anderen, das jeweilige Empfängerland betreffenden, Kriterien spielte es nämlich eine Rolle, ob die anstehende Maßnahme »Österreich auch nach außen einen sichtbaren Erfolg bringen« würde und ob im Fall der technischen Hilfe »diese für die Vorbereitung und Erschließung von Märkten für die österreichische Wirtschaft von großer Bedeutung sein kann.«[1090]

Nach einer ersten Welle bedingungsloser, wenn auch unterschiedlich argumentierter Befürwortung von Entwicklungshilfe zu Beginn der 1960er Jahre tauchten bald darauf Vorbehalte auf. Geschichten wurden im Nationalrat kolportiert von hochwertigen elektronischen Geräten, die im Rahmen der Entwicklungshilfe geliefert worden seien, für die es dann allerdings im betreffenden afrikanischen Staat keinen Stromanschluss gegeben habe; das Protokoll vermerkt Heiterkeit unter den Abgeordneten.[1091] Außenminister Kreisky relativierte derlei zunächst, auch unter Verweis auf ähnliche Vorkommnisse im Österreich der unmittelbaren Nachkriegszeit.[1092] Wenig später war allerdings die Reihe an ihm, davon zu berichten, dass wiederholt Entwicklungshilfegelder für Dinge wie Luxuslimousinen und den Bau von Präsidentenpalästen verwendet worden seien.[1093] In allen Parlamentsparteien zeigte sich ab 1963 in Sachen Entwicklungshilfe »eine gewisse Ernüchterung« (Kos, FPÖ) [1094]; »die große Begeisterung« sei »sehr abgeflaut« (Toncic-Sorinj, ÖVP)[1095], was auch Hertha Firnberg so empfand: »Wir haben die emotionelle, die enthusiastische Phase der Entwicklungshilfe hinter uns«[1096] – zumal »die Beispiele, die über Mißbräuche mit Entwicklungshilfe angeführt werden,

---

[1090] Vgl. Othmar Huber: Österreichs Beitrag zur Entwicklungshilfe (II). In: Österreichische Monatshefte, Jg. 23, 1967/2, S. 29. Ganz ähnliche Formulierungen finden sich im »Memorandum betreffend die österreichische Entwicklungshilfe«, einem Grundsatzdokument, das die österreichische Bundesregierung 1965 dem DAC übermittelte. Allerdings ist darin nicht von der »Erschließung von Märkten« die Rede, sondern lediglich davon, die »bestehenden Exportförderungseinrichtungen« auszubauen und »eine gesunde Basis für den kommerziellen Warenaustausch mit den Entwicklungsländern [zu] schaffen.« (Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 26.)

[1091] Kolporteur der Anekdote war Barthold Stürgkh (ÖVP), NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2073.

[1092] »Verglichen mit dem ungeheuren Volumen dieser Entwicklungshilfe in der Höhe von Milliarden, die hinübergehen, sind das doch Details. Ich bitte Sie, ein bißchen mehr Toleranz zu üben! Was ist denn nicht alles in den ersten Tagen, in den ersten Monaten und in den ersten Jahren nach dem Krieg auch bei uns passiert an Mißbräuchen und an Unfug, und wie rasch ist es doch dann gelungen, das alles wieder in Ordnung zu bringen!« (NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2074)

[1093] »Indeed, funds meant for development have, on several occasions, been squandered for unproductive purposes, such as the erection of Presidential palaces or the purchases of luxury automobiles for the high and mighty. Moreover, such funds are often utilized to cover budget deficits.« (Kreisky, Foreign Policy, S. 657.)

[1094] NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2038.

[1095] NR-Protokolle, X.GGP/61, 27.11.1964, S. 3226.

[1096] NR-Protokolle, X.GGP/61, 27.11.1964, S. 3251.

[...] nicht zu bestreiten«[1097] seien. Diese letztlich nicht allzu zahlreichen Äußerungen blieben den oben dokumentierten Bekenntnissen zu finanziellen Transferleistungen an Dritte-Welt-Staaten untergeordnet, begründeten aber dennoch einen neuen Argumentationsstrang, in dem fortan eine kritische Reflexion der Entwicklungshilfe-Praxis ebenso ihren Platz finden konnte wie nationaler Egoismus und eurozentrischer Dünkel.

4.1.2 Von Anfang der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre

Wir haben festgestellt, dass die unter dem Titel der Entwicklungshilfe erfolgten Finanztransfers aus den kapitalistischen Zentren in die Peripherie dazu beitragen sollten, eine weitere Ausdehnung der sowjetischen Einflusssphäre in der Dritten Welt zu verhindern. Mit Beginn der Entspannungspolitik verlor diese Zielsetzung, die zunächst von allen österreichischen Parlamentsparteien (mit Ausnahme der KPÖ) geteilt worden war, rapide an Bedeutung – so rapide und gründlich, dass sich für die gesamten 1970er Jahre im Quellenmaterial keine einzige Äußerung findet, in der Entwicklungshilfe als antisowjetisches Instrument befürwortet worden wäre.

Die Absicherung des kapitalistischen Weltsystems wurde allerdings keineswegs aus den Augen verloren, nur richtete sich die Aufmerksamkeit nicht Richtung Osten, sondern Richtung Süden. Die bereits in den 1960er Jahren leise artikulierten Ängste, dass eine Auseinandersetzung zwischen Zentrum und Peripherie das Gesamtsystem destabilisieren könnte, nahmen in den 1970er Jahren – wiederum quer durch alle Parlamentsparteien – an Intensität zu.[1098] Die ökonomischen Disparitäten zwischen Norden und Süden könnten, so die Befürchtung, in einen gewaltförmigen Konflikt münden – wenn man nicht mittels Entwicklungshilfe einen gewissen Ausgleich schaffe und somit deeskalierend wirke. Diese sei daher, so der ÖVP-Abgeordnete Kaufmann, nicht nur »ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch der Vernunft«, weil »sich die Entrechteten und wirtschaftlich Unterdrückten von heute, wenn wir ihnen nicht helfen, eines Tages mit Gewalt das zu holen versuchen werden, was ihnen der satte Teil der Welt nicht freiwilllig gegeben hat.«[1099] »Mit der Entwicklungshilfe von heute entrichten wir die Risikoprämie für die Sicherheit von morgen«[1100], brachte Franz Karasek diese Sichtweise

---

[1097] NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2066. Ähnlich auch Lujo Toncic-Sorinj, in: NR-Protokolle, X.GGP/61, 27.11.1963, S. 3226.

[1098] Es lässt sich allerdings keine Parallelität zur Dynamik des Nord-Süd-Konflikts herstellen – während dieser seinen Höhepunkt Mitte der 1970er Jahre erlebte, verteilen sich die entsprechenden politischen Äußerungen relativ gleichmäßig über das gesamte Jahrzehnt.

[1099] NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4557.

[1100] NR-Protokolle, XII.GGP/25, 14.12.1970, S. 2049.

auf den Punkt. Eine ganze Reihe von Politikern schloss sich – in weniger bildhaften Formulierungen – an, bezeichnete die Entwicklungshilfe (teilweise auch andere entwicklungspolitische Maßnahmen) als Garantie für den Weltfrieden[1101] und betrachtete sie überdies als Möglichkeit, schweren politischen und sozialen Konflikten innerhalb der Peripherie (mit Rückwirkungen auf die Zentren)[1102] entgegenzuwirken.

Eigeninteressen in diesem systemischen Kontext spielten allerdings bei der Begründung von Entwicklungshilfe eine untergeordnete Rolle gegenüber partikularen, nationalen Eigeninteressen. Wie bereits in den 1960er Jahren wurden diese über außenpolitische und – deutlich stärker – ökonomische Ziele definiert. Der ÖVP-Abgeordnete Karasek bezeichnete »die Entwicklungshilfe als eine vierte Dimension der Außenpolitik«[1103]. In pejorativer Form, aber vermutlich ähnlicher Intention sprach sein Parteikollege Kaufmann in diesem Zusammenhang von »Pflichtübungen, denen sich die Regierung eines zivilisierten Industriestaates nicht entziehen kann; schon um des allgemeinen internationalen Ansehens willen und auch zur moralischen Beruhigung«[1104]. Das wiederholt proklamierte Ziel der »Profilierung eines Kleinstaates in den Entwicklungsländern«[1105] bzw. der »Achtung eines Staates in der Staatenwelt«[1106], das von Oppositions- wie Regierungsvertretern gleichermaßen[1107] proklamiert wurde, blieb jedoch eher vage.

In einer umfassenderen Sichtweise, die den Funktionen staatlichen Handelns besser entsprach, stand Entwicklungshilfe »im Zusammenhang mit unseren gesamten Außenbeziehungen«[1108] und wurde daher als »ebenso wirtschaftspolitisches wie

---

[1101] Beispielsweise Außenminister Kirchschläger, in: NR-Protokolle, XII.GGP/25, 14.12.1970, S. 2070; Hans Kerstnig (SPÖ), der andernfalls den »Aufstand der zurückgebliebenen Völker« kommen sah, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11043; Peter, Anmerkungen zur österreichischen Außenpolitik, S. 66; Josef Höchtl, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1442.

[1102] So etwa Karl Czernetz, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11048, oder Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1430.

[1103] NR-Protokolle, XII.GGP/25, 14.12.1970, S. 2048.

[1104] NR-Protokolle, XIII.GGP/52, 5.12.1972, S. 4488 f.

[1105] Hans Hesele, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4554.

[1106] Felix Ermacora, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/10, 9.12.1971, S. 627.

[1107] Naturgemäß sah der ÖVP-Abgeordnete Ermacora in erster Linie den Mangel, konkret die »mangelnde Präsenz« (ebda.), der SPÖ-Abgeordnete Hatzl hingegen das seiner Ansicht nach Erreichte, nämlich »daß wir einen guten Namen in der Welt haben infolge all der Leistungen, die wir als Österreicher vollbringen.« (NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4561)

[1108] Paul Kaufmann, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/52, 5.12.1972, S. 4491; Kaufmann wollte die Leistung von Entwicklungshilfe in ein Maßnahmenpaket einbetten, das Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen in der Dritten Welt erleichtern sollte, u.a. mit Hilfe von Steuerbefreiungen und dem Abschluss von Investitionsschutzabkommen mit Staaten des Südens (vgl. ebda.).

außenpolitisches Problem«[1109] betrachtet. Die wirtschaftspolitischen Intentionen wichen in den 1970er Jahren von jenen des vorangegangenen Jahrzehnts nicht merklich ab, lediglich die Sprache hatte sich ein wenig verändert. An die Stelle der Offenheit, mit der österreichische Exportinteressen früher geäußert worden waren, traten Formulierungen, in denen der gegenseitige Nutzen einer Entwicklungshilfe-induzierten ökonomischen Kooperation und ihr partnerschaftlicher Charakter betont wurden. Eine »echte Partnerschaftsleistung« müsse Entwicklungshilfe sein, wobei »die Verstärkung der kulturellen und der wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich im Auge [zu] behalten«[1110] seien. Die »Partner der Zukunft auch für die Industrieländer«[1111] bzw. »die Handelspartner von morgen«[1112] wüchsen in der Dritten Welt heran. Man solle davon absehen, die Bereitstellung finanzieller Mittel an den Kauf österreichischer Produkte zu binden, forderte der sozialdemokratische Abgeordnete Kerstnig, denn derartige Abnahmeverpflichtungen würden als »Folge dieser Partnerschaft« von den Entwicklungsländern »gewöhnlich freiwillig übernommen werden«[1113]. Allerdings scheint man dieser Freiwilligkeit in der Praxis nicht recht getraut zu haben, denn nahezu die gesamte bilaterale staatliche Entwicklungshilfe war in den 1970er Jahren an den Kauf österreichischer Waren und Dienstleistungen gebunden.[1114] Dieser Umstand sowie der im Vergleich zu den anderen DAC-Staaten überdurchschnittlich hohe Anteil der Exportkredite[1115] an der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe beweisen, dass Exportinteressen ein bestimmendes Moment bei der Allokation der Mittel darstellten. Dies wurde von einigen Politikern, die sich nicht an die euphemistische Sprachregelung hielten, auch durchaus eingestanden – etwa von Otto Kranzlmayr, der bilaterale Entwicklungshilfe als »Marktpflege«[1116] bezeichnete, von Josef Taus, der via Entwicklungshilfe »einfach auch Märkte mit sichern«[1117] wollte, von Johann Hatzl, dem es um »die Arbeitsplätze von morgen«[1118] zu tun war, oder von Heribert

---

[1109] Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/10, 9.12.1971, S. 609; vgl. auch u.a. Taus, Die außenpolitischen Vorstellungen, S. 18.

[1110] Friedrich König, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/9, 7.12.1971, S. 518.

[1111] Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2343.

[1112] Fritz Prechtl, in: NR-Protokolle, XV.GGP/95, 9.12.1981, S. 9535.

[1113] NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11043.

[1114] Vgl. Kramer, Österreich und die dritte Welt, S. 327 sowie Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 109.

[1115] Vgl. Kunibert Raffer: Österreichs Entwicklungshilfe: Ein trauriges Kapitel. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 12. Wien: Böhlau 1995, S. 23.

[1116] NR-Protokolle, XII.GGP/30, 14.1.1971, S. 2526.

[1117] NR-Protokolle, XIV.GGP/63, 1.7.1977, S. 6082. Ganz ähnlich der Sozialdemokrat Ewald Nowotny wenige Jahre später: »Zweifellos ist es für Österreich auch sehr wichtig, sich die kommenden Märkte der Entwicklungsländer zu sichern, hier Kenntnisse, Erfahrungen zu erwerben.« (NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2359.)

[1118] NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4559.

Steinbauer, der den »Aspekt heimischer Arbeitsplätze in der exportorientierten Industrie«[1119] hervorhob. Wie eng staatliche Stellen und die Vertreter des verstaatlichten wie privaten Kapitals zusammenarbeiteten, zeigte sich unter anderem anlässlich eines Treffens, auf dem österreichische Großbanken und die ÖIAG unter Vorsitz von Staatssekretär Veselsky die Gründung einer Gesellschaft für land- und forstwirtschaftliche Entwicklungshilfe-Projekte, AGROPLAN, beschlossen. Unter die Ziele der AGROPLAN reihte Veselsky die »Erschließung neuer Absatzmärkte für österreichische Waren« ebenso wie die »Entwicklung einander ergänzender Wirtschaftsstrukturen zum beiderseitigen Vorteil«[1120]. Trotz dieser den österreichischen Exporteuren gegenüber sehr entgegenkommenden Haltung scheinen diese gelegentlich derart weitreichende Ansprüche gestellt zu haben, dass sie von der Ministerialbürokratie angesichts der OECD-Kriterien für Entwicklungshilfe nicht in vollem Umfang erfüllt werden konnten.[1121]

Darüber, dass sich Entwicklungshilfe und österreichische Wirtschaftsinteressen miteinander vereinbaren ließen, bestand ein parteiübergreifender Konsens, unabhängig von der aktuellen ökonomischen Lage (die Weltwirtschaftskrise 1973/74 bildete diesbezüglich keine Zäsur). Dieser Konsens wurde 1980 erstmals gestört, als Friedhelm Frischenschlager konstatierte, dass etwa 70 Prozent der österreichischen Entwicklungshilfe-Mittel »klipp und klar aus österreichischen Eigeninteressen ausgegeben werden«[1122], und für eine klare Trennung von Exportförderung und Entwicklungshilfe eintrat[1123] – mit der Begründung, die Verfolgung nationaler Interessen bei gleichzeitiger Proklamierung philanthropischer Motive schade der internationalen Glaubwürdigkeit Österreichs.[1124]

[1119] NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4548.

[1120] Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 17, 1977, H. 3/4, S. 167.

[1121] In diese Richtung weist eine Bemerkung von Staatssekretär Nußbaumer, der darauf aufmerksam machte, dass bei den so genannten Rahmen-II-Krediten gemäß OECD gewisse entwicklungspolitische Kriterien einzuhalten seien, um als öffentliche Entwicklungshilfe anerkannt zu werden. Daher könne »es nicht so sein [...], wie es seitens mancher Exponenten der Exportinteressenten betont wird, daß im Rahmen aller Arten der Exportförderung Entwicklungshilfegesichtspunkte keine Rolle spielen dürfen. Auch solche Äußerungen finden sich in den Protokollen des [Entwicklungshilfe-]Beirats, allerdings nicht in den Äußerungen seitens der Exponenten des Bundeskanzleramtes.« (NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2362.) In derselben Parlamentssitzung gestand Nußbaumers Amtsvorgänger Veselsky allerdings ein, dass die Situation rund um die Exportkredite – die sich just um das Jahr 1980 herum, nämlich zwischen 1979 und 1982, versiebzehnfacht hatten – »unbefriedigend« und nicht OECD-konform sei (ebda., S. 2352). Nicht zuletzt aufgrund dieser Unzulänglichkeiten mussten die von Österreich zu Beginn der 1980er Jahre vorgelegten Entwicklungshilfe-Zahlen nachträglich nach unten korrigiert werden (vgl. Raffer, Österreichs Entwicklungshilfe, S. 25).

[1122] NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2353.

[1123] »Entwicklungshilfe hat Entwicklungshilfe zu sein und ist keine Frage der Außenwirtschaftspolitik. Das ist ein anderer Topf, die Exportförderung brauchen wir genauso, aber es ist eben keine Entwicklungshilfe.« (NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2354.)

[1124] Vgl. ebda.

In der Regel nahm man es weniger genau und war bemüht, die Vereinbarkeit von entwicklungspolitischen Zielen und nationalen Wirtschaftsinteressen, von Altruismus und Geschäft zu behaupten.[1125] Moralische Begründungen für die Leistung von Entwicklungshilfe (meist mit ökonomischen oder politischen verschränkt) finden sich in den 1970er Jahren eher selten, wobei sie in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nahezu völlig verschwinden. Dies lässt sich möglicherweise mit dem eskalierenden Nord-Süd-Konflikt erklären, der die Staaten der Dritten Welt zunehmend als selbstbewusste politische Akteure erscheinen ließ und nicht als hilflose Objekte einer Fürsorge, zu der man mit moralischen Appellen aufrufen musste. Außerdem könnte der zunehmend in der Öffentlichkeit diskutierte Widerspruch zwischen hehren Idealen und prosaischer Wirklichkeit von Entwicklungshilfe die Neigung zu moralischem Pathos verringert haben.

Dennoch konnte nicht völlig darauf verzichtet werden, Entwicklungshilfe als »humanitäre Aufgabe«[1126] darzustellen – weder gegenüber den Staaten der Dritten Welt noch gegenüber Teilen der österreichischen Bevölkerung. Vermutlich verfolgten Politiker nicht notwendigerweise bewusst einen legitimatorischen Zweck, wenn Entwicklungshilfe je nach Parteizugehörigkeit als »christlicher Auftrag«[1127] bzw. »Instrument weltweiter Solidarität«[1128] bezeichnet wurde oder wenn aus der Nachkriegshilfe für Österreich die »moralische Verpflichtung« abgeleitet wurde, »anderen zu helfen«[1129]. So subjektiv aufrichtig derartige Bekundungen auch gemeint gewesen sein mögen, ihre objektive Funktion bestand nicht zuletzt darin, eine breite öffentliche Unterstützung für wirtschaftspolitische Aktivitäten zu gewährleisten, bei denen es weniger um einen christlichen Auftrag als um volle Auftragsbücher ging.

4.1.3 Von Beginn der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre

Auf den ersten Blick brachten die 1980er und 1990er Jahre wenig Veränderungen. Der markanteste Unterschied gegenüber den vorangegangenen Jahrzehnten lag in einer bemerkenswerten Absenz: Die Frage nach dem Warum wurde seit Ende der 1980er Jahre kaum noch gestellt. Das mag damit zusammenhängen, dass man die Entwicklungshilfe zu diesem Zeitpunkt

---

[1125] »Wenn daher auch die Motive für die Entwicklungshilfe meistens uneigennütziger Natur sind, gilt es dennoch hiebei zu bedenken, daß selbst eigennützige Hilfe für die Entwicklungsländer von großem Wert sein kann.« (Taus, Außenpolitische Vorstellungen, S. 45.)

[1126] Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4548 sowie Josef Höchtl, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/105, 19.10.1978, S. 10378; für Hans Hesele bedeutete Entwicklungshilfe »eine internationale humanitäre und auch letztlich politische Verpflichtung.« (NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4549.)

[1127] Paul Kaufmann, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/52, 5.12.1972, S. 4492.

[1128] Peter Schieder, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/53, 6.12.1972, S. 4626.

[1129] Paul Kaufmann, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/67, 21.3.1973, S. 6327.

als hinreichend legitimierten und akzeptierten Politikbereich auffasste, es könnte aber auch daran liegen, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion, der Zerfall Jugoslawiens und die Annäherung Österreichs an die Europäische Union grundlegende Fragen der Nord-Süd-Beziehungen völlig in den Hintergrund drängten. Insbesondere das ab 1989 völlige Verschwinden der moralischen wie auch der ökonomischen Begründung von Entwicklungshilfe korrespondiert mit der Orientierung der humanitären Aufmerksamkeit auf die jugoslawische Tragödie und der wirtschaftlichen Interessen auf die EU. Gleichzeitig – und auch dies mag als Erklärung dienen – erfuhr die entwicklungspolitische Auseinandersetzung im Lauf der Zeit eine zunehmende Spezialisierung, der entwicklungspolitische Experte beerbte den außenpolitischen Allrounder, an die Stelle von Grundsatz- traten Detailfragen, statt über Motive und Prinzipien diskutierte man über operative Ziele und administrative Strukturen.

In den 1980er Jahren stoßen wir allerdings noch, wie eingangs angedeutet, auf die gesamte, uns mittlerweile vertraute Palette von Motiven. Der Großteil der Wortmeldungen beschränkte sich auf die Jahre 1986 bis 1988, eine Phase vielfältiger Initiativen rund um den Amtsantritt von Außenminister Mock, die das Ziel einer quantitativen und qualitativen Verbesserung der österreichischen Entwicklungshilfe für sich beanspruchten. Die unterschiedlichen Erklärungen, warum Entwicklungshilfe zu leisten sei, diente bei diesen Vorstößen als legitimatorische Flankendeckung.

Als durchaus populärer Topos erwies sich nach wie vor die Moral. Entwicklungshilfe, so Außenminister Gratz, sei eine »moralische Notwendigkeit« und »der Testfall für die Echtheit aller großen Worte über internationale Solidarität«[1130] – eine Haltung, die vom Grünen Andreas Wabl prinzipiell geteilt wurde, der die moralische Argumentation aber zuspitzte und Entwicklungshilfe nicht als Geschenk verstanden wissen wollte, sondern als »ethisch-moralische Verpflichtung« zur »Rückgabe von geraubten Ressourcen«[1131]. Deutlich moderater gaben sich ÖVP-Politiker wie Christof Zernatto, doch auch er sprach von einer »humanitäre[n] Verpflichtung gegenüber den ärmsten Ländern« und erinnerte an die »Zeit der Not«, als Österreich »selbst Adressat von Entwicklungshilfeleistungen war«[1132]. Selbst in Abwägung der unterschiedlichen Motive räumte man dem »Prinzip der Solidarität Vorrang« ein, »und zwar

[1130] NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11776.
[1131] NR-Protokolle, XVII.GGP/75, 19.10.1988, S. 8570.
[1132] NR-Protokolle, XVII.GGP/40, 27.11.1987, S. 4557.

ganz eindeutig Vorrang vor Fragen der Außenpolitik und der Wirtschaftspolitik«[1133]. Diese Position wurde zeitweilig auch von Andreas Khol geteilt, der Entwicklungshilfe als »vordringlich aus moralischen Gründen geboten«[1134] ansah.

Ansonsten propagierte man eher ein ausgewogenes Verhältnis zwischen moralischen Werten und österreichischen Staats- und Kapitalinteressen – nicht zuletzt Andreas Khol, der es zwar für »falsch« hielt, »Entwicklungshilfe primär als Exportförderung zu verstehen«. »Aber«, so Khol weiter, »ich nehme nicht an, daß Monsignore Ungar[1135] [...] meint, daß wirtschaftliche Interessen keine Rolle spielen dürften. Man muß die Leute dort abholen, wo sie sind.« Daher wolle er »eine Mischung von Wirtschaft und Partnerschaft (ist gleich Solidarität). Beides ist vereinbar.«[1136] Ein wiederum etwas anderes Mischungsverhältnis der Motivlagen diagnostizierte Außenminister Mock, für den »die Entwicklungszusammenarbeit in erster Linie ein Gebot ökonomischer Rationalität« darstellte. »Idealismus, Humanität und Nächstenliebe sind dann jene Motoren, die bei der Umsetzung dieser Erkenntnis in bestmögliche Erfolge helfen können.«[1137] In seltener Offenheit schließlich bekannte sich der SPÖ-Abgeordnete Hochmair zur Situationsabhängigkeit politischer Rhetorik: »Das Lebensniveau anderer Länder zu heben, ist nicht nur christliches und moralisches Gebot – das sage ich dann, wenn ich im Kreise der Kirche darüber spreche –, und ich sage dann im Anschluß daran, daß es auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft ist, wenn ich im Kreise von Wirtschaftern über Entwicklungshilfe rede. Wir sind ein Exportland und könnten es uns gar nicht leisten, abseits zu stehen, denn wir würden mit diesen Maßnahmen jetzige und zukünftige Märkte gefährden.«[1138]

Dieser Argumentation konnten, wie schon in den Jahrzehnten zuvor, auch Politiker von ÖVP und FPÖ einiges abgewinnen. Lediglich die Grünen waren anderer Meinung und fielen damit wohl in jene Kategorie »zu große ›Keuschheit‹«, vor der Norbert Gugerbauer warnte und zugleich die Bundesregierung aufforderte, sich nicht zu »scheuen, auch die Exportförderungskredite als einen nützlichen Beitrag von Entwicklungshilfe zu werten.«[1139] Außenminister

---

[1133] Günter Dietrich, in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 62.

[1134] Andreas Khol: Internationale Splitter. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 44, 1988, H. 3, S. 26 f.

[1135] Präsident der österreichischen Caritas von 1964 bis 1991.

[1136] Andreas Khol: »Wo gehobelt wird, fallen Späne« [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1988, H. 3, S. 12.

[1137] Mock, Weltwirtschaftlicher Strukturwandel, S. 3.

[1138] NR-Protokolle, XVI.GGP/1445, 10.11.1983, S. 1445.

[1139] NR-Protokolle, XVII.GGP/75, 19.10.1988, S. 8565 f.; und Gugerbauer weiter: »[...] es ist kein schlechter Beitrag für die österreichische Industrie und für die Arbeitsplätze in diesem Land, wenn Entwicklungshilfe auch in den Dienst der eigenen Volkswirtschaft gestellt wird.« (Ebda., S. 8566)

Mock stimmte in seiner Replik zu, dass Exportförderung »ein nützliches Mittel« sei, betonte aber, dass »ein entsprechender Anteil, ein Grant-Anteil«[1140], vonnöten sei. Ganz allgemein trat er »für eine verstärkte Einbindung der Wirtschaft in die Entwicklungshilfe«[1141] ein und erhielt dabei schließlich offene Unterstützung von sozialdemokratischer Seite[1142]. In die gleiche Richtung zielte Wendelin Ettmayer, dem »bei der Vergabe der [Entwicklungshilfe-]Mittel [...] eine bessere Kooperation mit der Wirtschaft notwendig« erschien, der aber zugleich, um entwicklungspolitischen Zielen zu entsprechen, eine »Verbilligung der Exportkredite«[1143] befürwortete. Diese angestrebte »Verbilligung« dürfte allerdings nicht nur altruistische Gründe gehabt haben. Vielmehr erwiesen sich die von Österreich angebotenen Kreditkonditionen im internationalen Vergleich[1144] als derart ungünstig, dass sich österreichische Exporteure gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligt fühlten.[1145]

Wenig Freude hatte das österreichische Kapital, repräsentiert durch die Bundeswirtschaftskammer, auch mit Entwicklungshilfe an LLDCs und bevorzugte stattdessen »die Zusammenarbeit mit bereits avancierteren Ländern«[1146] – eine Präferenz, die insbesondere ÖVP-Politiker wie Andreas Khol und Alois Mock in den Rang eines neuen programmatischen Schwerpunkts der österreichischen Entwicklungshilfe erhoben (mehr dazu auf S. 294).

Neben dem – zum Teil ebenfalls mit ökonomischen Argumenten – angestrebten Ausbau der bilateren Hilfe zeigte sich Außenminister Mock bemüht, das multilaterale Engagement Österreichs »noch stärker als bisher« zum Vorteil des heimischen Kapitals zu gestalten und dafür

---

[1140] Ebda., S. 8568.

[1141] Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 6. Wien: Böhlau 1989, S. 303.

[1142] »Wenn die Privatwirtschaft des Geberlandes verstärkt in die Entwicklungshilfe eingebunden wird, indem sie eingeladen wird, vernetzte Projekte zu entwickeln, wird ein mächtiges Leistungspotential aktiviert«. (Kurt Heindl, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/171, 12.7.1994, S. 20258.) Heindl meinte darüber hinaus, in Sachen Entwicklungshilfe müsse »in Zukunft viel mehr in marktwirtschaftlichen und – ich betone es – gewinnorientierten Maßstäben gedacht werden.« (Ebda.)

[1143] Ettmayer, Entwicklungshilfe, S. 32.

[1144] Das Zuschusselement lag Mitte der 1980er Jahre lediglich knapp über jenen 25 Prozent, die das DAC als Minimum betrachtete, um einen Kredit als öffentliche Entwicklungshilfe ausweisen zu können (vgl. Victor Sertic: Analyse und Bilanz eines Jahrzehnts österreichischer Entwicklungshilfepolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988, hrsg. von Andreas Khol, Günther Ofner, Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; R. Oldenbourg Verlag 1989, S. 145). Für die Jahre 1981 bis 1983 lag der Zinssatz derartiger Kredite im österreichischen Durchschnitt bei 5,1 Prozent, das DAC-Mittel bei 2,7 Prozent, die Laufzeit betrug 13,9 Jahre im österreichischen und 29 Jahre im DAC-Schnitt, das Zuschusselement 33,7 Prozent (Österreich) bzw. 57 Prozent (DAC). (Vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 92.)

[1145] In einer von den Sozialpartnern erstellten Studie hieß es dazu: »Hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeiten sehen sich österreichische Unternehmen gegenüber ausländischen Anbietern benachteiligt, da auch die Konditionen bei Rahmen-II-Krediten der Österreichischen Kontrollbank hinsichtlich der Zinsen und Laufzeiten von Konkurrenten aus OECD-Ländern vielfach unterboten werden.« (Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen: Entwicklungspolitik. Wien: Eigenverlag 1988, S. 17.)

zu sorgen, »daß ein zumindest relativer Rückfluß dieser Mittel in der Form von Aufträgen an österreichische Firmen erfolgt«[1147]. Diese Bestrebungen sollten eine Konstellation weiter verbessern, in der gemäß einer Studie der Sozialpartner bereits 70 bis 75 Prozent[1148] der als öffentliche Entwicklungshilfe ausgewiesenen Mittel direkt der österreichischen Wirtschaft zugute kamen; im Fall der multilateralen Entwicklungshilfe flossen – je nach Organisation – bis zu knapp 100 Prozent[1149] der eingezahlten Beiträge in Form von Aufträgen nach Österreich zurück. Insgesamt beschränkten sich die mit der Entwicklungshilfe verbundenen ökonomischen Ziele – wie in den vorangegangenen Jahrzehnten – auf eine Ankurbelung der Exporte bzw. auf eine »langfristige Marktsicherung«[1150], während Maßnahmen zur Rohstoffsicherung oder zur Begünstigung österreichischer Direktinvestitionen in der öffentlichen Debatte nicht erwähnt wurden.

Zugleich gab es von seiten der Grünen, aber auch vom linken Flügel der etablierten Parteien[1151] immer wieder Kritik an der Verquickung von Wirtschaftsinteressen und Entwicklungshilfe – eine Symbiose, die wahlweise als »heuchlerisch«[1152], »verhängnisvoll«[1153], »reiner Zynismus«[1154] oder als Versuch bezeichnet wurde, »mit dem Hunger und der Unterentwicklung Geschäfte zu machen«[1155].

Die nationalen Interessen erschöpften sich keineswegs im ökonomischen Bereich, sondern betrafen nach wie vor auch die Position Österreichs im Staatensystem. Auf einer allgemeinen Ebene ging es darum, dass »unsere beschämende Rolle in der Entwicklungspolitik unserem

---

[1146] Karl Haas: Entwicklungspolitische Vorstellungen der Bundeswirtschaftskammer. In: Entwicklungshilfe – Hilfe zur Selbsthilfe, S. 35.

[1147] Mock, Hilfe zur Selbsthilfe, S. 11.

[1148] Vgl. Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Entwicklungspolitik, S. 142.

[1149] »Im Fall des UNDP liegt die Procurement-Rate [...] sicherlich bei durchschnittlich etwa 80 Prozent, für die FAO und die UNICEF dürften die Raten bei nahezu 100 Prozent liegen.« (Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 82.)

[1150] Ewald Nowotny: Finanzierungsplan zur Erreichung des 0,7-Prozent-Zieles. In: Entwicklungshilfe – Schlußlicht Österreich? 2. Entwicklungspolitische Enquete der Arbeitsgemeinschaft Österreich – Dritte Welt der SPÖ, 23. Mai 1986. Wien: Eigenverlag 1986, S. 19.

[1151] Innerhalb der SPÖ waren dies im konkreten Fall Johanna Dohnal und Waltraud Horvath und innerhalb der FPÖ Friedhelm Frischenschlager; von seiten der ÖVP sind keine entsprechenden Äußerungen überliefert.

[1152] Friedhelm Frischenschlager, in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 31.

[1153] Johanna Dohnal: Nairobi Streiflichter. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1985, H. 5, S. 41.

[1154] Freda Meissner-Blau, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/11, 25.3.1987, S. 1192.

[1155] Peter Pilz, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/120, 29.11.1989, S. 14213.

Renommee im Ausland schadet«[1156] bzw., ins Positive gewendet, dass »eine verstärkte Leistungsbereitschaft gegenüber der Dritten und Vierten Welt [...] das Österreich-Bild im positiven Sinne ergänzen und abrunden«[1157] könnte. Hinter den wiederholten Hinweisen auf Ansehen bzw. »Glaubwürdigkeit Österreichs [...] gegenüber Entwicklungs- und Industrieländern«[1158] verbargen sich strukturelle Zwänge, die aus der informellen Einbindung Österreichs in den westlichen Block resultierten. Auch und gerade in den letzten Jahren des Kalten Kriegs wurde es seitens der anderen OECD-Staaten offenbar nicht sonderlich geschätzt, dass die Aufwendungen Österreichs stets deutlich unter dem DAC-Schnitt lagen. So hielt es schließlich Außenminister Gratz für »notwendig, den anderen Industrieländern zu zeigen, daß wir unseren Anteil zu tragen bereit sind.«[1159] Kurz darauf wurde sein Nachfolger, Peter Jankowitsch, noch deutlicher: »Immer stärker drängen auch andere Industriestaaten Österreich zu mehr Solidarität – auch im westlichen ›burden sharing‹.«[1160] Nach dem Ende des Kalten Kriegs diente dann der bevorstehende Beitritt zur Europäischen Union als Argument dafür, warum Österreich in Sachen Entwicklungshilfe nicht hinter den anderen westeuropäischen Staaten zurückstehen dürfe.[1161]

Die letzten Jahre des Kalten Kriegs führten auch zu einer gewissen Renaissance antikommunistischer Argumentationsmuster – diesmal allerdings nicht mehr quer durch alle Parteien und nicht mehr als programmatisches Prinzip, sondern anlassbezogen. Solche Anlässe stellten die österreichischen Entwicklungshilfeleistungen an Kuba[1162] und Nicaragua dar, die insbesondere von seiten der ÖVP aus politischen Gründen heftig kritisiert wurden (mehr dazu auf S. 291). Stattdessen betonte man die Bedeutung der Entwicklungshilfe für den Aufbau und die Stabilisierung parlamentarisch-demokratischer Staaten, ohne dies jedoch – im Unterschied zu den 1960er Jahren – explizit als strategische Maßnahme im Rahmen der Blockkonfrontation auszuweisen.

[1156] Freda Meissner-Blau, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/11, 25.3.1987, S. 1192; nahezu wortidentisch äußerte sich in derselben Parlamentssitzung Ludwig Steiner (ebda.).

[1157] Mock, Hilfe zur Selbsthilfe, S. 13.

[1158] Peter Jankowitsch, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/11, 25.3.1987, S. 1198.

[1159] NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11776.

[1160] Jankowitsch, Von der Unentrinnbarkeit der Außenpolitik, S. 350.

[1161] Als einer der ersten forderte in diesem Kontext Andreas Khol eine Verdoppelung der Entwicklungshilfe (Khol, »Wo gehobelt wird«, S. 12); Staatssekretärin Ederer ging davon aus, dass Österreich »in der EG sicherlich wesentlich stärker in der Frage der Finanzierung von Entwicklungsprogrammen herangezogen werden« würde (Brigitte Ederer: »Keine Abwertung«. In: Südwind, 1992, H. 5, S. 5).

[1162] Dabei handelte es sich um einen Kredit in Höhe von 27 Millionen Schilling zum Ankauf von Pumpen (vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 182).

Die als »kommunistisch« oder »totalitär« etikettierten Staaten in der Dritten Welt wurden allerdings selbst von ÖVP-Politikern nicht länger als Teil einer globalen Bedrohung für das kapitalistische System wahrgenommen, sondern lediglich als intern repressive Regime und regionale Unruheherde, die nicht zu alimentieren seien. Auch der Nord-Süd-Konflikt erschien nicht länger als bedrohlich – die Gefahr für die Stabilität des Gesamtsystems ging demnach nicht mehr von der Dritten Welt als politischem Akteur aus, sondern von den dort existierenden Verhältnissen. Folgerichtig sollte Entwicklungshilfe nicht mehr – wie in den 1970er Jahren – dazu dienen, dem drohenden Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie vorzubeugen, sondern die verschiedenen Gefahrenherde in letzterer zu entschärfen. In der Dritten Welt bestünde die »Gefahr sozialer Explosionen und politischer Unruhe«[1163], und so sei die Leistung von Entwicklungshilfe – dahingehend herrschte weitgehende Übereinstimmung zwischen den Parlamentsparteien – »ureigenstes sicherheitspolitisches Interesse«[1164] und »ein Beitrag zur Erreichung politischer Stabilität«[1165]. In den 1990er Jahren tauchten dann, wenn auch nur in geringer Zahl, neue Bedrohungsbilder auf, die ebenfalls davon ausgingen, dass die Verelendungsprozesse in der Dritten Welt Rückwirkungen auf Österreich haben würden. Die drei Phänomene, die in diesem Zusammenhang genannt wurden, waren Umweltprobleme, Drogenhandel[1166] und Migration[1167] – und allen drei Phänomenen sollte mit Entwicklungshilfe zu Leibe gerückt werden.[1168]

[1163] Alois Mock: Perspektiven der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Vortrag vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen und der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen am 20. Februar 1995. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 11. Wien: Böhlau 1994, S. 146.

[1164] Friedhelm Frischenschlager, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 14.10.1992, S. 9168. Dem entsprach die Auffassung von Hilmar Kabas, dass »kein Teil [der Welt] auf Dauer in Frieden und Wohlstand leben kann, solange ein so großer Teil der Menschheit in größter Armut und bitterster Not lebt.« (NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1440.)

[1165] Christof Zernatto, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/40, 27.11.1987, S. 4556; ähnlich auch Waltraud Horvath, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/117, 9.11.1989, S. 13900.

[1166] Vgl. Brigitte Ederer, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9202.

[1167] Josef Cap befürchtete, »daß es [...] zu Wanderungsströmen von Süd nach Nord kommen wird, was die Problematik dann viel unmittelbarer vor unseren Haustüren deponieren würde. Ich glaube daher, daß wir gut beraten sind, bei allem mitzuwirken, was dazu beiträgt, daß es in diesen Gebieten zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung und zu einem Ausbau der Infrastrukturen kommt und daß es dazu kommt, daß die Menschen in diesen Ländern der Dritten Welt eine qualitative und quantitative Lebensperspektive sehen, die es ermöglicht, daß sie dort bleiben und am Aufbau und an der Beseitigung der Schäden der kolonialistischen Ausbeutung durch die sich entwickelnden Industrieländer mitwirken, um das zu überwinden.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/92, 3.12.1992, S. 10435.)

[1168] So meinte etwa die für Entwicklungshilfe zuständige Staatsekretärin Ederer: »Armutsbekämpfung in Afrika bedeutet daher auch eine Reduzierung der Wanderungsbewegungen und damit des Migrationsdrucks auf Europa.« (Brigitte Ederer: Vision Europa. Entwicklungszusammenarbeit und Europapolitik: Eine gute Ergänzung! In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1993, H. 2/3, S. 5.)

4.2 Die Rolle der Öffentlichkeit

Wie der vorhergehende Abschnitt zeigt, wurde ein erstaunlich hoher rhetorischer Aufwand betrieben, um Sinn und Zweck eines marginalen Politikbereichs, wie ihn die Entwicklungshilfe darstellte, zu argumentieren. Insbesondere für die Frühphase fällt ins Auge, dass man auf die Begründung von Entwicklungshilfe wesentlich mehr intellektuelle Energie verwendete als auf die Formulierung von konkreten Konzepten und Zielen. Der Legitimationsdruck, unter dem finanzielle Transferleistungen an außereuropäische Empfänger standen, wurde bereits Ende der 1950er Jahre von Politikern thematisiert. Dabei spielte es eine wichtige Rolle, dass zu jener Zeit die Not der unmittelbaren Nachkriegsjahre im allgemeinen Bewusstsein noch präsent war und in bestimmten Bereichen, etwa beim Wohnraum, in Österreich noch spürbare Versorgungsengpässe bestanden. »Kann ein solches Land also 15 Jahre nach dem Krieg, in dem es sehr hergenommen wurde, sich überhaupt den Luxus leisten, sich an einer Aktion für andere hungernde Staaten zu beteiligen?«[1169], fragte Bruno Kreisky 1961 und bewies damit, dass selbst die Ernährungssituation als prinzipiell ähnlich angesehen wurde. Insbesondere sozialdemokratische Politiker sorgten sich um die politische Durchsetzbarkeit von Entwicklungshilfe und wollten deren Akzeptanz unter anderem durch Informationsveranstaltungen[1170] steigern. »Es wird sehr viel Überzeugungskraft bedürfen«, so Kreisky 1958, um »den Menschen in den demokratischen Staaten begreiflich zu machen, daß sie auf einen Teil ihrer Konsummöglichkeiten zugunsten jener Völker verzichten müssen, die heute nicht in der Lage sind, Waren, die sie dringend benötigen, zu kaufen.«[1171] Für Hertha Firnberg hing das Ausmaß der Entwicklungshilfe »letzten Endes von der humanitären Einstellung der öffentlichen Meinung ab. Nur wenn die Bevölkerung selbst bereit und überzeugt ist, daß Entwicklungshilfe notwendig ist, können die Regierungen wirklich echte Hilfe leisten.«[1172]

Die breite Palette von Begründungen, von der geopolitischen über die ökonomische bis hin zur moralischen, entsprach nicht nur der ideologischen Gemengelage innerhalb der politischen Parteien, sondern diente auch der gleichzeitigen Mobilisierung unterschiedlicher sozialer Gruppen mit unterschiedlichen Interessen, von kirchlichen Kreisen bis hin zur

---

[1169] Kreisky, Muß sich Österreich an der Entwicklungshilfe beteiligen?, S. 288.

[1170] Bereits damals diente Skandinavien als Vorbild, im konkreten Fall ein norwegischer Propagandazug, vgl. NR-Protokolle, VIII.GGP/69, 3.12.1958, S. 3159.

[1171] Kreisky, Demokratie und Diplomatie, S. 66.

[1172] NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2066.

Exportwirtschaft.[1173] Parallel dazu wurden in den 1960er Jahren von staatlicher Seite eine Reihe neugegründeter Organisationen gefördert, die in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen Informationsarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik leisteten. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang das Wiener Institut für Entwicklungsfragen, das Institut für Bildungs- und Entwicklungsforschung sowie die Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe. Nicht zuletzt diese organisatorische Infrastruktur meinte Außenminister Toncic-Sorinj, als er 1966 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen die bewusstseinsbildenden Maßnahmen der österreichischen Regierung herausstrich: »Wir haben echtes Verständnis, Interesse und ein Gefühl der Verantwortung gegenüber den Problemen der Entwicklungsländer geweckt, welches für eine demokratische Regierung unerläßlich ist, um die notwendigen legislativen Maßnahmen und praktischen Schritte einleiten zu können. [...] Die Diskussionen betreffend die gegenwärtige Lage und Erfordernisse der Entwicklungsländer sind nun nicht mehr auf einen kleinen Kreis von Regierungsbeamten oder Personen mit spezieller Verantwortung auf diesen Sektor beschränkt, sondern finden heute auch auf akademischem Boden sowie in Kreisen der Wirtschaft und des Handels statt.«[1174]

Allzu intensiv dürften diese Diskussionen nicht ausgefallen, denn Toncic-Sorinjs Parteikollege Kaufmann attestierte der österreichischen Öffentlichkeit zu Beginn der 1970er Jahre in Sachen Entwicklungshilfe generell ein fehlendes Problembewusstsein[1175] und war damit der erste einer ganzen Reihe von Politikern, die sich mit der Haltung von Medien und Bevölkerung auseinandersetzte. Abgesehen von der Jugend, deren Interesse für entwicklungspolitische Fragen wiederholt anerkennend erwähnt wurde,[1176] fielen die Befunde eher negativ aus. »Die Entwicklungshilfe ist ganz allgemein in Österreich nicht populär«[1177], konstatierte Friedrich Peter 1972. Wenig später gelangte Kaufmann zur gleichen Einschätzung und lieferte auch eine Begründung: »Was braucht man – so denkt der kleine Mann – angeblich notleidende Völker zu unterstützen, wenn man doch genug Sorgefälle im eigenen Land hat und wenn diese notleidenden Völker ihr Geld in Luxus, in Rüstungen und

---

[1173] Vgl. Michael Obrovsky: Zum Begriff Entwicklungshilfe oder: Wenn zwei das gleiche sagen, meinen sie noch lange nicht dasselbe. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 5, 1989, H. 3, S. 20.

[1174] Lujo Toncic-Sorinj: Rede in der Generaldebatte der XXI. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 5. Oktober 1966. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 6, 1966, H. 5, S. 410 f.

[1175] NR-Protokolle, XIII.GGP/52, 4.12.1972, S. 4489.

[1176] U.a. Rudolf Kirchschläger, in: NR-Protokolle, XII.GGP/25, 15.12.1970, S. 2087; Paul Kaufmann, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4557; Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2343.

militärische Waffen stecken?«[1178] Den Parteienkonsens in dieser Frage komplettierte Kreisky, der auf dem SPÖ-Parteitag 1972 bedauerte, dass »die Idee der Entwicklungshilfe [...] noch einen relativ schwachen Widerhall«[1179] finde. Als Ursache für diesen Bewusstseinsstand orteten SPÖ-Politiker einerseits die fehlende Kolonialvergangenheit Österreichs und das damit geringere Verständnis für die außereuropäische Welt[1180], andererseits die weitgehende Vernachlässigung[1181], aber auch punktuelle Skandalisierung[1182] des Themenbereichs Entwicklungshilfe durch die Presse. Die ÖVP wiederum kritisierte in den 1970er Jahren wiederholt die Regierung, weil diese die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Bildungsarbeit in den Schulen vernachlässigt habe[1183] und verlangte »verstärkte Akzente in der Information einer diesen Fragen noch immer skeptisch gegenüberstehenden österreichischen Öffentlichkeit«[1184].

Dies deckte sich durchaus mit den Ambitionen sozialdemokratischer Politiker wie Peter Schieder, der es als »die große Erziehungsfrage in unserer Demokratie« betrachtete, »die Menschen in Österreich zu einem Konsumverzicht für das Leben der Menschen in anderen Staaten zu bringen.«[1185] Immer wieder wurde die Jugend als Hauptadressat derartiger Aufklärungsbemühungen genannt,[1186] und folgerichtig sollte sich die Öffentlichkeitsarbeit nicht nur auf die Medien konzentrieren, sondern auch auf Schulen und Hochschulen.[1187] 1979 ließ man dann den Absichtserklärungen Taten folgen und gründete mit dem Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE) jene Organisation, der es in den folgenden Jahren mit einem österreichweiten Netz von Regionalstellen gelang, eine breitere Öffentlichkeit für entwicklungspolitische Themen zu interessieren.

[1177] NR-Protokolle, XIII.GGP/53, 6.12.1972, S. 4570. In einem gewissen Widerspruch dazu stand allerdings Peters Feststellung: »Wir erleben heute bei den Vorträgen über Entwicklungshilfe in unserem Land, welchen Interesses sie sich erfreuen und wie groß vor allem der Zustrom der Jugend bei diesen Veranstaltungen ist.« (Ebda.)

[1178] NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11044. Ähnlich die Vermutung des Sozialdemokraten Hesele, »daß unsere Entwicklungshilfe von der Bevölkerung doch nur als eine Belastung empfunden wird.« (NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4552.)

[1179] Kreisky, Rede auf dem Parteitag der SPÖ, Villach, 18. April 1972, S. 216.

[1180] Hans Hesele, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4552.

[1181] Ernst Eugen Veselsky, in: NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2349.

[1182] Johann Hatzl, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4560.

[1183] Paul Kaufmann, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/52, 4.12.1972, S. 4489 sowie XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4557.

[1184] Alois Mock, in: NR-Protokolle, XII.GGP/25, 15.12.1970, S. 2081.

[1185] NR-Protokolle, XII.GGP/25, 14.12.1970, S. 2064; ähnlich äußerte sich Schieder zwei Jahre später (NR-Protokolle, XIII.GGP/53, 6.12.1972, S. 4626).

[1186] U.a. von Bruno Kreisky, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/67, 21.3.1973, S. 6329.

[1187] Veselsky, Zur Nord-Süd-Problematik, S. 21.

Gleichzeitig war die sozialdemokratische Regierung bemüht, in Sachen Entwicklungshilfe größere Transparenz walten zu lassen. Die im Entwicklungshilfe-Gesetz des Jahres 1974[1188] festgeschriebenen Bestimmungen, wonach alljährlich ein Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungshilfe zu erstellen bzw. fortzuschreiben sowie alle drei Jahre dem Nationalrat ein Entwicklungshilfe-Bericht vorzulegen sei, eröffneten erstmals die Möglichkeit, diesen Politikbereich auf substantieller inhaltlicher Grundlage zu analysieren und zu diskutieren. Allerdings hatte die Offenheit gewisse Grenzen, betraf aggregierte Daten, Programmatik und Organisationsfragen, nicht aber die Evaluation konkreter Entwicklungshilfe-Projekte.[1189] Erst Anfang der 1990er Jahre wurde – wiederum von sozialdemokratischer Seite – ein neuer Vorstoß in Richtung einer transparenteren Informationspolitik unternommen, als der zuständige Staatssekretär Jankowitsch für »die Abschaffung der ganz überflüssigen Geheimhaltungspflicht«[1190] des Entwicklungshilfe-Beirats eintrat.

Wie mehrere zwischen 1974 und 1992 durchgeführte Meinungsumfragen zeigten (vgl. Abbildung 1), stieg die Zustimmung zur Leistung von Entwicklungshilfe bis 1988 deutlich an – nicht zuletzt ein Erfolg der seit den 1970er Jahren intensivierten und professionalisierten Öffentlichkeitsarbeit. Diese Umfrageergebnisse wurden von Politikern jedoch nur in Einzelfällen zur Kenntnis genommen;[1191] mehrheitlich gingen sie weiterhin davon aus, dass ihre Wähler staatlichen Leistungen zu Gunsten der Dritten Welt skeptisch gegenüberstünden. In Sachen Entwicklungshilfe, meinte Heinz Fischer 1983, »steht der moralische Anspruch und die intellektuelle Einsicht mit den Ergebnissen von Meinungsumfragen und Ausführungen der auflagenstärksten Zeitungen nicht im Einklang.«[1192] Auch die Vertreter anderer Parteien bedauerten den Umstand, dass die Entwicklungspolitik lediglich »das Anliegen einiger weniger«[1193] sei, ein »ungeliebtes Thema«[1194], hinter dem »der

---

[1188] Bundesgesetz vom 10.7.1974 über die Hilfe an Entwicklungsländer (Entwicklungshilfegesetz), BGBl. Nr. 474/1974.

[1189] Vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 41.

[1190] Peter Jankowitsch: Das Ende ist der Anfang. Statement beim Schlußplenum der Gesamtösterreichischen Entwicklungskonferenz 1991 am 19. Oktober 1991 im Haydn-Saal des Schlosses Esterházy. In: Gesamtösterreichischen Entwicklungskonferenz 1991. Dokumentation einer Begegnung, hrsg. vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik. Wien: ÖIE 1992, S. 57.

[1191] Bereits 1978 von Josef Höchtl (NR-Protokolle, XIV.GGP/105, 19.10.1978, S. 10379), 1988 von Günter Dietrich (NR-Protokolle, XVII.GGP/63, 25.5.1988, S. 7053).

[1192] Fischer, Grenzen eines Kleinstaates, S. 9.

[1193] Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11759.

[1194] Friedhelm Frischenschlager, in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 30.

durchschnittssatte Österreicher [...] ›geschenktes Geld an die Bloßfüßigen‹«[1195] vermute. Diese vermeintlich ablehnende Haltung weiter Teile der Bevölkerung diente sozialdemokratischen Politikern als Begründung dafür, warum die Regierung nur relativ geringe Budgetmittel für Zwecke der Entwicklungshilfe aufwenden könne. »Man kann ja in der politischen Wirklichkeit [...] nicht wesentlich über das hinausgehen, was akzeptiert wird von denen, die einen gewählt haben und wieder wählen sollen«[1196], erklärte Außenminister Lanc. Peter Jankowitsch wiederum hielt »einen viel breiteren nationalen Konsens«[1197] für nötig, am besten von den Sozialpartnern getragen, um der Entwicklungshilfe bei den alljährlichen budgetären Verteilungskämpfen ein größeres Gewicht zu verleihen.

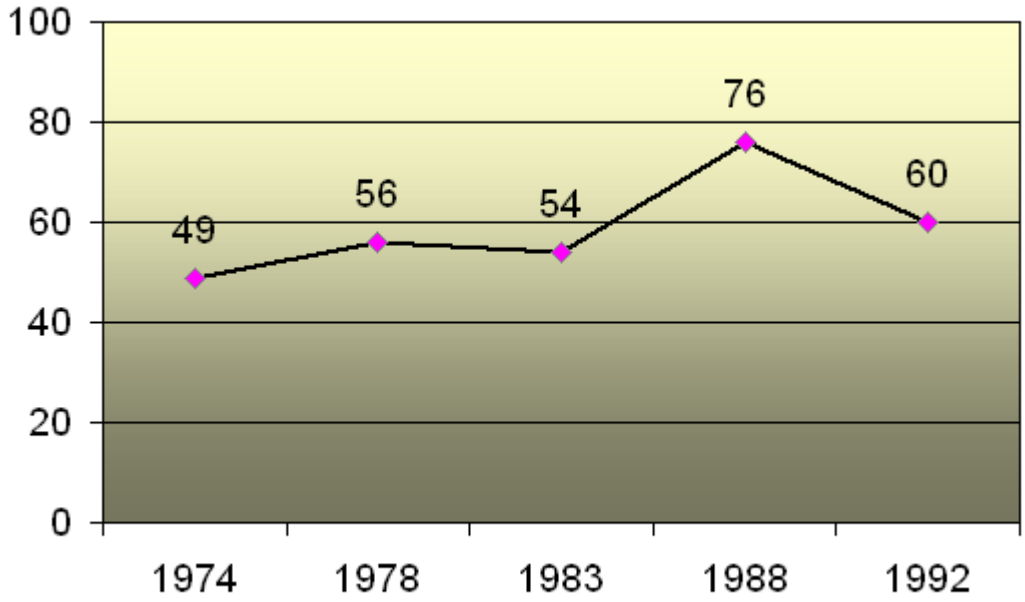


Abbildung 1: Befürwortung der österreichischen Entwicklungshilfe[1198] in %

Vereinzelt wurden bis in die 1980er Jahre Vorschläge unterbreitet, wie man eine stärkere öffentliche Unterstützung für die Entwicklungshilfe sicherstellen könne. Die Präferenzen der ÖVP für die bilaterale Entwicklungshilfe drückte sich auch in diesem Zusammenhang aus – von der umfassenden »Informationen über ein sogenanntes Partnerland«[1199] erwartete man sich

[1195] Khol, »Wo gehobelt wird«, S. 12.

[1196] Erwin Lanc: »Österreich hat ein besonders enges Verhältnis zu den Signatarmächten des Staatsvertrages, unbeschadet ihres politischen Systems«. Gespräch mit Außenminister Erwin Lanc. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1984, H. 3, S. 6.

[1197] NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11765.

[1198] Zahlen aus Erich Andrlik/Manuela Delpos /Nikos Tzaferis: Die Einstellung der ÖsterreichInnen zur Entwicklungshilfe. Wien: VIDC 1993, S. 19.

[1199] Josef Höchtl, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11772.

eine erhöhte Bereitschaft, »Opfer zu bringen, um anderen zu helfen.«[1200] Nach Übernahme des Außenministeriums durch die ÖVP im Jahr 1987 konkretisierten sich diese Vorstellungen. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand dabei der ÖIE, den Außenminister Mock »einer Prüfung des Inhaltes und der Effizienz der geförderten Aktivität«[1201] unterzog. Einerseits ging es Mock und anderen ÖVP-Politikern darum, die für Öffentlichkeitsarbeit aufgewendeten Mittel zu reduzieren,[1202] andererseits sollte eine inhaltliche Neupositionierung erfolgen. Bereits 1984, also noch als Abgeordneter der Opposition, hatte Ludwig Steiner – ohne den ÖIE namentlich zu erwähnen – die Politisierung der entwicklungspolitischen Informationstätigkeit kritisiert[1203]. Ganz in dieser Tradition sollte nach den Vorstellungen Mocks die Arbeit des ÖIE »die Form einer faktenbezogenen Darstellung der Entwicklungszusammenarbeit« annehmen und »die Öffentlichkeit über erfolgreiche Projekte im Feld und deren praktische Wirksamkeit«[1204] informieren. Implizit sollte damit allgemein (entwicklungs)politischen oder regierungskritischen Kampagnen[1205] ein Riegel vorgeschoben und die Organisation im Wesentlichen auf die Aufgaben einer PR-Agentur für die österreichische Entwicklungshilfe beschränkt werden. »Es liegt Österreich an einer sachgerechten Informationspolitik, nur darf sie weder verschwenderisch noch polemisch sein«[1206], fasste Andreas Khol die in der ÖVP dominierende Position zusammen. Die Umstellung der Subventionspraxis von der Globalfinanzierung des ÖIE auf die Förderung einzelner, vom Außenministerium zu genehmigender Projekte sollte die inhaltliche Neuorientierung sicherstellen – ein Ziel, das sich angesichts heftiger Proteste seitens des Koalitionspartners SPÖ[1207] sowie entwicklungspolitischer NGOs (und nicht zuletzt

---

[1200] Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XV.GGP/133, 1.12.1982, S. 13520. Steiners Vorstellungen deckten sich weitgehend mit jenen Höchtls: »Wir brauchen mehr Verständnis in unserer Bevölkerung für die Nöte dieser unterentwickelten Welt, und ich glaube, daß es auch sehr gut ist, wenn wir durch eine direkte Partnerschaft, durch ein direktes Kennenlernen auch diese Länder, denen wir Hilfe leisten wollen, sehen« (ebda.).

[1201] 2269/AB, II-5068 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, 1.8.1988.

[1202] NR-Protokolle, XVII.GGP/76, 20.10.1988, S. 8654.

[1203] Oft erweckten »Publikationen der österreichischen Entwicklungshilfe-Organisationen« den Eindruck, so Steiner, »als wäre es ihre Hauptaufgabe, bestimmte Ideologien zu vertreten und politischen Einfluß auszuüben.« Stattdessen wünschte er sich eine Öffentlichkeitsarbeit nach der Art des Roten Kreuzes (NR-Protokolle, XVI.GGP/71, 11.12.1984, S. 6245). Bereits 1983 hatte sich Steiner in einer parlamentarischen Anfrage nach der Höhe der staatlichen Subventionen an den ÖIE erkundigt (74/J, II-110 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 16. Gesetzgebungsperiode, 5.7.1983).

[1204] 2269/AB, II-5068 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, 1.8.1988.

[1205] Den Mock'schen Vorgaben hätten weder die Kampagnen gegen die südafrikanische Apartheid-Politik noch die Kritik an Quantität und Qualität der österreichischen Entwicklungshilfe oder an österreichischen Waffenexporten entsprochen (allesamt Aktivitäten, die der ÖIE zu Zeiten der SPÖ- oder SPÖ/FPÖ-Regierung gesetzt hatte).

[1206] Andreas Khol: Internationale Splitter. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 44, 1988/6, S. 34.

[1207] U.a. Günter Dietrich, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/63, 25.5.1988, S. 7052 f.

aufgrund der 1990 erfolgenden Rückkehr des ÖIE in den sozialdemokratischen Kompetenzbereich) nicht im vollen Ausmaß realisieren ließ.

Die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre geführte Auseinandersetzung um den ÖIE markierte den vorläufigen Endpunkt der Debatten um Sinn und Form entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit. Obwohl die Zustimmung zur Leistung von Entwicklungshilfe seit Ende der 1980er Jahre signifikant zurückging (vgl. Abbildung 1), wurde der Bewusstseinsstand der Bevölkerung fortan nicht mehr thematisiert (parallel zur Frage entwicklungspolitischer Motive, vgl. S. 232). Ob dies am allgemeinen Bedeutungsverlust entwicklungspolitischer Fragen in den 1990er Jahren lag oder ob man angesichts generell zunehmender ethnozentrischer Einstellungen[1208] resignierte, vermag hier nicht beantwortet zu werden.

4.3 Organisationsfragen

Seit es staatliche österreichische Entwicklungshilfe gibt, gibt es Klagen über unklare Kompetenzen, mangelnde Koordination und fehlende Konzepte. Unterschiedlichste Maßnahmenbereiche – von zinsengestützten Exportkrediten über Beiträge zu internationalen Organisationen, von Studienkosten für Studierende aus der Dritten Welt bis hin zu Projekten im Rahmen der bilateralen technischen Hilfe – führten dazu, dass das, was unter der Bezeichnung Entwicklungshilfe zusammengefasst wurde, in die Zuständigkeit einer ganzen Reihe von Ministerien fiel. Eine Aufstellung für die Jahre 1963 bis 1970 zeigt, dass mit Ausnahme von Justiz- und Verteidigungsministerium sämtliche Ministerien mit Maßnahmen der Entwicklungshilfe befasst waren.[1209] Dieses zunächst völlig ungeregelte Nebeneinander stieß von Anfang an auf Skepsis. Bereits 1961 forderte der ÖVP-Abgeordnete Weiß »eine Koordinierung der gesamten Entwicklungshilfe«[1210], einschließlich ihres nichtstaatlichen Bereichs. Als nachahmenswertes Beispiel nannte Weiß die BRD, [1211] wo im selben Jahr 1961 das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit eingerichtet wurde. In Österreich sollte es noch einige Zeit dauern, bis man mit Ministerratsbeschluss vom 21.5.1963 ein erstes Koordinationsgremium schuf, das »Interministerielle Komitee zur Förderung der

---

[1208] Vgl. Heinz Holley/Alfred Grausgruber: Eigennutz und Solidarität? Empirische Befunde zum Bewußtsein über Entwicklungshilfe in der österreichischen Bevölkerung. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 13, 1997, H. 1, S. 13.

[1209] Vgl. Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 363.

[1210] NR-Protokolle, IX.GGP/84, 5.12.1961, S. 3595.

[1211] Ebda. Allerdings scheint Weiß die Gründung des Ministeriums nicht registriert zu haben, nannte er doch als Vorbild ein interministerielles Komitee der bundesdeutschen Regierung.

Entwicklungsländer« (IKFE). Die Hauptaufgabe des IKFE bestand darin, alle geplanten Projekte der staatlichen bilateralen technischen Hilfe zu begutachten.

In der ersten Hälfte der 1960er Jahre wurden nicht nur im staatlich-administrativen Bereich erste Weichen gestellt, man bemühte sich auch, die organisatorische Basis zu verbreitern. Eine wesentliche Rolle spielten dabei staatliche Entwicklungshilfe-Gelder, mit denen man einschlägige Aktivitäten nichtstaatlicher Organisationen finanzierte. So wurden die 1960er Jahre zur Gründerzeit, die Palette der neu entstehenden NGOs reichte vom Wiener Institut für Entwicklungsfragen über das Österreichische Lateinamerika-Institut bis hin zum Österreichischen Institut für Entwicklungshilfe und Technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, einer Gemeinschaftsgründung von Gewerkschaftsbund und Industriellenvereinigung. In Verbindung mit einer Reihe äußerst einflussreicher Organisationen aus dem katholischen Bereich bildete sich auf diese Weise in den 1960er Jahren ein bis heute bestehendes Strukturmerkmal der österreichischen Entwicklungshilfe-Politik heraus: Sowohl die bilaterale technische Hilfe als auch die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich wurden (und werden) zum überwiegenden Teil von NGOs geleistet, der Staat tritt in diesen Bereichen lediglich als Finanzier in Erscheinung.[1212]

Andere Initiativen dieser frühen Jahre wurden nur ansatzweise realisiert, beispielsweise die Idee eines österreichischen Friedenscorps nach US-Vorbild.[1213] Die zunehmende Zahl der mit Entwicklungshilfe befassten Institutionen und die offenbar unzureichende Abstimmung ihrer Aktivitäten ließen auch nach Einrichtung des IKFE bei Regierung wie Opposition »ein koordinierendes Konzept«[1214] wünschenswert erscheinen, das auch »ein gesamteuropäisches Konzept«[1215] sein durfte. Nicht allzu viel scheint geschehen zu sein, denn einige Jahre später, 1968, fragte Hertha Firnberg erneut: »Wo bleibt die Koordinierung [...]?«[1216] Und regte zugleich die Bündelung der Kompetenzen durch eine zentrale, im Außenministerium zu schaffende Stelle an.[1217] Außenminister Waldheim versprach, man werde sich »bemühen, eine entsprechende,

---

[1212] Diese Konstellation führt dazu, dass die Möglichkeiten des Staates, eine langfristige Kontinuität und Planung sicherzustellen, äußerst beschränkt sind (vgl. Raffer, Österreichs Entwicklungshilfe, S. 35 f.).

[1213] Die Idee wurde sowohl von SPÖ (in Person von Hertha Firnberg, vgl. NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2066) als auch von ÖVP ventiliert (durch Josef Klaus, vgl. Othmar Huber: Österreichs Beitrag zur Entwicklungshilfe [III]. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 23, 1967/3, S. 29). Der daraufhin vom Bundesjugendring gegründete Österreichische Jugendrat für Entwicklungshilfe führte allerdings ein Schattendasein.

[1214] Wilhelm Kos, in NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2040; ganz ähnlich Bruno Kreisky in ebda, S. 2077.

[1215] Klaus Mahnert, in: NR-Protokolle, X.GGP/14, 19.4.1963, S. 753.

[1216] NR-Protokolle, XI.GGP/120, 4.12.1968, S. 9916.

[1217] Ebda.

unbedingt notwendige Koordinierung zu erzielen«[1218], und bestätigte damit indirekt die Unzukömmlichkeiten.

Nach dem Amtsantritt der Regierung Kreisky wurde die Reorganisation der administrativen Strukturen unverzüglich in Angriff genommen – in den Jahren bis 1974 wurden Grundlagen geschaffen, die zum Teil für Jahrzehnte maßgeblich blieben. Nachdem bereits im November 1970 mit dem Ministerkomitee für Entwicklungshilfe ein schlankeres Koordinationsgremium[1219] an die Seite des IKFE getreten war, wurden beide Komitees im Jahr 1973 obsolet. Der von der ÖVP konstatierte »Wirrwarr an Kompetenzen«[1220] und die analog dazu von Kreisky entwickelte Einsicht in die »Notwendigkeit der möglichsten Konzentration von Entwicklungshilfekompetenz«[1221] führten dazu, dass Entwicklungshilfe-Angelegenheiten mit dem Bundesministeriengesetz vom 22.7.1973[1222] dem Bundeskanzleramt unterstellt wurden, wenn auch nicht vollständig.[1223] Unterdessen sollte eine im Juni 1971 abgehaltene »Enquete Entwicklungshilfe«, an der 39 einschlägig tätige Institutionen und Organisationen teilnahmen (vom Afro-Asiatischen Institut Graz bis zum Wiener Institut für Entwicklungsfragen), nach den Wünschen Kreiskys »Inventur« machen und »die Möglichkeiten, die von diesen Organisationen gesehen werden«[1224], ausloten. Eine zentrale Forderung dieser Enquete, die Ausarbeitung eines Entwicklungshilfe-Gesetzes,[1225] wurde mit dem einstimmig beschlossenen »Bundesgesetz vom 10. Juli 1974 über die Hilfe an Entwicklungsländer«[1226] erfüllt. Hauptsächlich ging es in dem Gesetz um die Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und nichtstaatlichen Entwicklungshilfe-Organisationen, insbesondere um die Modalitäten der

---

[1218] NR-Protokolle, XI.GGP/120, 4.12.1968, S. 9929.

[1219] In diesem Komitee waren Bundeskanzleramt, Landwirtschafts-, Finanz-, Außen-, Unterrichts-, Sozial- und Wissenschaftsministerium vertreten (vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 35).

[1220] Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/10, 9.12.1971, S. 610.

[1221] Anfragebeantwortung vom 15.5.1972 (355/AB, II-861 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 13. Gesetzgebungsperiode).

[1222] BGBl. Nr. 389/1973. Die administrativen Veränderungen innerhalb des Bundeskanzleramts, insbesondere die Schaffung einer »Gruppe Entwicklungshilfe« sind beschrieben in: Georg Zuk: Reorganisation der österreichischen Entwicklungshilfe. In: Internationale Entwicklung, 1975, H. 2, S. 60–61.

[1223] So blieben etwa UNO-Angelegenheiten im Zuständigkeitsbereich des Außenministeriums, für die internationalen Finanzinstitutionen war weiterhin das Finanzministerium verantwortlich (vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 36). Die FPÖ hätte es bevorzugt, wenn die Entwicklungshilfe dem Außenministerium zugeordnet worden wäre (vgl. Friedrich Peter, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/123, 4.12.1974, S. 12036).

[1224] NR-Protokolle, XII.GGP/21, 2.12.1970, S. 1546. Die Enquete wurde auch von der ÖVP begrüßt (vgl. NR-Protokolle, XII.GGP/25, 14.12.1970, S. 2049).

[1225] Der von der Enquete ausgearbeitete Text findet sich in: Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 604 ff.

[1226] BGBl. Nr. 474/1974. Dieses Gesetz wurde erst 2002 durch das »Bundesgesetz über die

Mittelvergabe; gleichzeitig sollte durch die verpflichtende Erstellung von Dreijahresprogrammen die Planung verbessert werden. Die ebenfalls im Gesetz festgeschriebene Einrichtung eines Entwicklungshilfe-Beirats institutionalisierte den Informationsaustausch zwischen staatlichem und nichtstaatlichem Sektor und sollte angesichts einer Zahl von über 50 Entwicklungshilfe-Organisationen »zu einer besseren Koordination und Kooperation und damit hoffentlich zu einer Einsparung von Verwaltungskosten und einem möglichst ökonomischen Einsatz der Entwicklungshelfer [...] führen«[1227].

Weitergehende, von der ÖVP – ohne großen Nachdruck – ins Spiel gebrachte Ideen zur Reorganisation der Entwicklungshilfe wurden nicht realisiert, etwa ein »Entwicklungshilfesteuergesetz, das die Unternehmer ermuntert, entwicklungsfördernde Investitionen in Entwicklungsländern zu tätigen«[1228]; auch der Vorschlag einer »bessere[n] Projektprüfung«[1229] stieß auf wenig Resonanz. Hingegen wurde ein von der ÖVP bereits Ende der 1970er Jahre gefordertes Gesetz, mit dem Entwicklungshelfer sozialrechtlich abgesichert werden sollten,[1230] schließlich 1983 mit den Stimmen aller drei Parlamentsparteien beschlossen.[1231] Ein weiteres, die Finanzierung der Entwicklungshilfe betreffendes, Gesetzesvorhaben blieb in den 1980er Jahren hingegen im Ansatz stecken. Die bereits zehn Jahre zuvor von der ÖVP en passant in die Diskussion geworfene Idee eines Entwicklungshilfe-Fonds[1232] wurde von der SPÖ-FPÖ-Regierung aufgegriffen, und 1984 berichtete Staatssekretär Lacina über einen entsprechenden Gesetzesentwurf, der im Herbst desselben Jahres im Parlament verhandelt werden sollte.[1233] Es

---

Entwicklungszusammenarbeit« (BGBl. Nr. 49/2002) abgelöst, das am 28.2.2002 im Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ beschlossen wurde (NR-Protokolle, XXI.GGP/95, 28.2.2002, S. 156).

[1227] Hans Kerstnig, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11042.

[1228] Helmut Frauscher, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/9, 7.12.1971, S. 515.

[1229] Paul Kaufmann, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/52, 5.12.1972, S. 4491.

[1230] Vgl. Josef Höchtl, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/105, 19.10.1978, S. 10379; gewisse Forderungen von Josef Taus, etwa eine Beschäftigungsgarantie für Rückkehrer oder eine Höherbewertung des Entwicklungshilfe-Einsatzes bei den Anrechnungszeiten für die Pensionsversicherung, gingen über die letztlich im Gesetz verankerten Bestimmungen deutlich hinaus (vgl. NR-Protokolle, XIV.GGP/63, 1.7.1977, S. 6082).

[1231] Bundesgesetz vom 10. November 1983 über den Personaleinsatz im Rahmen der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern (Entwicklungshelfergesetz), BGBl. Nr. 574/1983. In diesem Gesetz wurden u.a. gewisse dienstrechtliche Mindeststandards, die Verpflichtung der Entsendeorganisation, den Entwicklungshelfer und seine Angehörigen zu versichern, die Erstattung von Reisekosten sowie die Befreiung vom Wehr- bzw. Zivildienst festgelegt.

[1232] Vgl. Paul Kaufmann, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11044.

[1233] NR-Protokolle, XVI.GGP/52, 27.6.1984, S. 4437. Geplant war eine »Österreichische Entwicklungsfonds GmbH« im Eigentum des Staates, die Projekte nicht nur finanzieren, sondern auch abwickeln und evaluieren sollte. Die erforderlichen Mittel sollten in einer jährlichen Höhe von 500 Millionen Schilling auf dem Kapitalmarkt aufgenommen, aus dem Budget lediglich die erforderlichen Stützungen aufgebracht werden (vgl. Lieb-

blieb bei der Absicht, weshalb ÖVP[1234] und SPÖ[1235] vier Jahre später einen weiteren und vorerst letzten, ebenfalls vergeblichen, Vorstoß in diese Richtung unternahmen.

Fortan ging es in der politischen Debatte nicht mehr um große legislative Würfe, sondern um Ausbau und effizientere Gestaltung der bestehenden Strukturen. Die Trägheit der Verhältnisse zeigte sich unter anderem darin, dass manche Kritikpunkte über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg immer wieder aufs Tapet gebracht wurden. Trotz Neuordnung der Zuständigkeiten 1973 und trotz mehrfachen Verschiebens der Entwicklungshilfe-Agenden zwischen Bundeskanzleramt und Außenministerium[1236] bildete in einschlägigen Diskussionen die Klage über »aufgesplitterte Kompetenzen«[1237] quer durch die Jahre und Parteien eines der Leitmotive. Während sich in diesem Bereich die Lösungsvorschläge auf das Déjà-vu-Erlebnis »interministerielles Koordinationskomitee«[1238] beschränkten, wurden seit Mitte der 1980er Jahre vor allem »Verbesserungen im österreichischen Entwicklungshilfe-Management«[1239] forciert (etwa durch eine wirkungsvollere begleitende Kontrolle und eine systematische Evaluierung)[1240], deren Ergebnisse in den 1990er Jahren sichtbar wurden.[1241] Parallel zur Effektivierung

---

mann: Handbuch der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, S. 60 sowie Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 39).

[1234] Vgl. Felix Ermacora, in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 37.

[1235] Nach den Vorstellungen Peter Jankowitschs sollten die »Entwicklungshilfe-Finanzkredite nicht an den Bundeshaushalt zurückfallen, sondern in den Kredittopf der Entwicklungshilfe zurückfließen, sodaß ähnlich wie zum Beispiel in Dänemark eine Art Revolving Fund nach dem Muster des ERP-Fonds entstehen kann.« (NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 11.)

[1236] Die federführende Rolle in Entwicklungshilfe-Angelegenheiten kam bis Ende 1984 dem Bundeskanzleramt zu, wurde dann vom Außenministerium übernommen, fiel 1990 an das Bundeskanzleramt zurück, um 1994 wieder dem Außenministerium zugeordnet zu werden.

[1237] Günter Dietrich: Strukturprobleme der Entwicklungshilfeverwaltung. In: Österreichische Entwicklungshilfe, wohin? Enquete der SPÖ, Wien, 24. April 1990. Wien: Dr. Karl Renner-Institut 1990, S. 33. Andere, nahezu identische Wortmeldungen reichen von Heribert Steinbauer (NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2345) bis Marijana Grandits (NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9193). Die gleiche Kritik an der Kompetenzverteilung wurde auch in wissenschaftlichen Analysen der österreichischen Entwicklungshilfe-Politik erhoben (vgl. Helmuth Hartmeyer: Einmal Hochschaubahn und zurück. Wandlungen innerhalb der österreichischen EZA unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen und Perspektiven der österreichischen Nichtregierungsorganisationen. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. XIV, 1998, H. 1, S. 28 und Michael Obrovsky: Struktur Anpassung. Zu den politischen und administrativen Rahmenbedingungen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. In: ZusammenArbeit. Konturen der österreichischen Entwicklungspolitik 2, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit. Linz; Wien: Sandkorn; Südwind 1993, S. 90).

[1238] Jankowitsch, Ins Zentrum der Politik, S. 18.

[1239] Günter Dietrich, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/18, 13.3.1991, S. 1361. In ähnlicher Weise äußerten sich eine ganze Reihe von Politikern der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP; den Bemühungen war die Kritik der OECD an der unzureichenden Management-Kapazität Österreichs vorausgegangen.

[1240] Vgl. u.a. Mock, Weltwirtschaftlicher Strukturwandel, S. 9.

[1241] Otmar Höll verweist auf eine ganze Reihe von Fortschritten in der Organisationsentwicklung, u.a. die Optimierung der administrativen Prozesse sowie eine verbesserte Arbeitsteilung (vgl. Höll, Entwicklungspolitik, S. 784).

der Abläufe erfolgte der Aufbau administrativer Strukturen in den wichtigsten Empfängerländern. Ab 1986 wurden so genannte Entwicklungshilfe-Attachés entsandt, die vor Ort und damit rasch »Projektverzögerungen, Fehlentwicklungen, Abwicklungsprobleme usw.«[1242] verhindern sollten und eine wesentliche personelle Voraussetzung für die Implementierung der seit Ende der 1980er erstellten Länderprogramme bildeten.

Mit dieser und anderen Maßnahmen verschärfte sich allerdings ein Interessenskonflikt, der in der Struktur der österreichischen Entwicklungshilfe-Politik angelegt war und ist.[1243] Der bereits erwähnte Umstand, dass die bilaterale technische Hilfe nicht über staatliche Einrichtungen, sondern über eine Vielzahl von NGOs (und in abnehmendem Maß über Firmen) abgewickelt wurde, führte zu einem Spannungsverhältnis zwischen Eigeninitiative und Eigeninteressen dieser Organisationen einerseits und den speziell in den 1980er Jahre immer lauter werdenden Forderungen[1244] nach verstärkter Koordination und Planung durch staatliche Instanzen andererseits. Nachdem sich das Verhältnis zwischen Staat und NGOs bis Mitte der 1970er Jahre völlig friktionsfrei gestaltet hatte, kam es 1977 zu ersten, allerdings ephemeren, Misstönen. Während in der SPÖ darüber nachgedacht wurde, durch verschiedene Maßnahmen[1245] den administrativen Aufwand der NGOs zu senken, erblickte die ÖVP darin die Absicht, »die Vielfalt dieser Organisationen einzugrenzen und zu zerstören«[1246] – ein Verdacht, der von sozialdemokratischer Seite zurückgewiesen wurde[1247] und sich in der Praxis nicht bestätigte.

Zehn Jahre später hatte sich die Konstellation umgekehrt: Mit dem neuen, konservativen Außenminister Mock hatte ein Politiker die Entwicklungshilfe-Agenden übernommen, bei dem das strukturelle Ziel einer Stärkung der staatlichen Lenkungsfunktionen vom ideologischen Konflikt mit einer zunehmend breiter gewordenen NGO-Szene überlagert wurde, die, obwohl

---

[1242] Leopold Gratz, in: II-4276 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 16. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 26.5.1986 (1963/AB).

[1243] Durch den schrittweisen Aufbau staatlicher Koordinationsbüros in den Schwerpunktländern sahen die NGOs »ihre Rolle als Mittler zwischen den Partnern im Süden und ihrer eigenen Klientel in Österreich zunehmend in Frage gestellt« (Hartmeyer, Hochschaubahn, S. 30).

[1244] Diese Forderungen wurden nicht nur von österreichischen Politikern und entwicklungspolitischen Experten erhoben, sondern auch vom DAC (vgl. Obrovsky, Struktur Anpassung, S. 85).

[1245] Johann Hatzl nannte u.a. eine räumliche Zusammenlegung der Organisationen, eine einheitliche Stipendienvergabe sowie die Zusammenfassung von Dokumentations- und Informationsstellen (NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4561).

[1246] Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4547. Josef Höchtl vermutete sogar, »daß man ganz einfach diesen Entwicklungshilfeorganisationen in privater Hand den Garaus machen möchte« (NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4564).

[1247] Hans Hesele beteuerte, es habe »niemand daran gedacht, die Autonomie und die Vielfalt dieser Institutionen auch nur anzutasten.« (NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4553.)

nach wie vor kirchlich beeinflusst, im Zuge des *tiers-mondisme* der 1970er und 1980er Jahre deutlich andere politische Präferenzen entwickelt hatte als die ÖVP. Ganz im Gegensatz zum internationalen Trend, der seit den 1980er Jahren zu einer deutlichen Aufwertung der NGOs führte,[1248] kam es in Österreich zu einer eindeutigen Verschlechterung im Verhältnis zwischen Außenministerium und nichtstaatlichen Organisationen. Dies drückte sich nicht nur auf atmosphärischer Ebene aus,[1249] sondern führte unter Schlagworten wie »hohe Effizienz des Mitteleinsatzes« und »weitestgehende Verwendung der Mittel in den Entwicklungsländern selbst«[1250] zu strengeren Auflagen bei der Vergabe staatlicher Gelder[1251] sowie zu massiven Subventionskürzungen bei Organisationen, die in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit tätig waren[1252] (siehe dazu auch S. 243). Mehrere SPÖ-Abgeordnete stellten sich in dieser Auseinandersetzung auf die Seite der NGOs, würdigten ihre »wertvolle entwicklungspolitische Arbeit«[1253], sprachen von einer »Kampagne gegen die österreichischen Entwicklungshilfeorganisationen«[1254] sowie von »Willkürentscheidungen und politischem Druck«[1255]. Eine der Reaktionen der NGOs bestand in der Gründung der ArbeitsGemeinschaft EntwicklungsZusammenarbeit (AGEZ) im Jahr 1988, um die gemeinsamen Interessen gegenüber der Regierung besser vertreten zu können. Mittlerweile hatte sich die Palette von Organisationen erweitert – das Quasi-Monopol der großen, aus dem katholischen Bereich stammenden NGOs war aufgebrochen worden, an ihre Seite traten in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren Neugründungen wie die adc (Austrian Development Cooperation, im Naheverhältnis zur Bundeswirtschaftskammer), das Nord-Süd-Institut (im Naheverhältnis zur SPÖ) sowie internationale Hilfsorganisationen wie Humana und CARE.

Mit der Verschiebung der Entwicklungshilfe-Kompetenzen ins Bundeskanzleramt 1990 entspannte sich das Verhältnis zwischen Regierung und entwicklungspolitisch tätigen Organisationen. Der zuständige Staatssekretär Jankowitsch hatte bereits 1987 – damals als Nationalratsabgeordneter – »zu einem großen Dialog [...] zwischen Politik, Sozialpartnern, Entwick-

---

[1248] Vgl. Raffer/Singer, Foreign Aid Business, S. 140.

[1249] Hartmeyer spricht davon, dass unter Mock »der entwicklungspolitische Dialog mit den aktiven Kräften in der Dritte-Welt-Bewegung und den Kirchen eingestellt« wurde; Ausdruck dieser Situation sei etwa das Versäumnis des Außenministers gewesen, den Entwicklungshilfe-Beirat zu den drei gesetzlich vorgeschriebenen Sitzungen pro Jahr einzuberufen (Hartmeyer, Hochschaubahn, S. 25).

[1250] Mock, Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel, S. 393.

[1251] Vgl. Höll, Entwicklungspolitik, S. 783.

[1252] Vgl. Hartmeyer, Hochschaubahn, S. 25.

[1253] Waltraud Horvath, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/63, 25.5.1988, S. 7047.

[1254] Ebda.

[1255] Dietrich, Strukturprobleme, S. 36.

lungshilfeorganisationen« aufgerufen, »um eine neue Basis zu schaffen für die österreichische Entwicklungshilfe«[1256]. Ausdruck dieser konsensual orientierten Politikauffassung war die von Jankowitsch 1991 einberufene Entwicklungskonferenz in Eisenstadt, die dem Dialog zwischen NGOs und Regierung dienen sollte. Auf dieser Konferenz stellte Jankowitsch nicht nur eine Aufwertung des Entwicklungshilfe-Beirats in Aussicht[1257], sondern betonte auch die »Redimensionierung der Rolle von öffentlichem Sektor und Staat«[1258] und in diesem Zusammenhang die Bedeutung der NGOs. Da Jankowitsch jedoch keineswegs auf eine zentrale Koordinierung zu verzichten gewillt war, wurde angesichts der in den 1990er Jahren gängigen Vorliebe für den schlanken Staat die Idee einer aus der öffentlichen Verwaltung ausgegliederten »bundesnahe[n] Agentur« geboren, der »die Vorbereitung und Planung von Programmen und Projekten, kaufmännische und technische Evaluierung, Auftragsvergabe und Personalmanagement sowie der Aufbau eines Koordinatorennetzes in den Schwerpunktländern«[1259] obliegen solle. Die wieder aufflammenden Befürchtungen der NGOs[1260] hinsichtlich übermäßiger staatlicher Einflußnahme – wenn auch in parastaatlichem Gewande – erwiesen sich insofern als unbegründet, als das geplante neue Entwicklungshilfegesetz[1261], das dieser und anderen Neuerungen als Grundlage dienen sollte, zwar mehrfach angekündigt,[1262] aber angesichts des nahenden EU-Beitritts dann doch nicht mehr realisiert wurde.[1263]

Eine über den gesamten Untersuchungszeitraum sich hinziehende Konstante in den Debatten über Entwicklungshilfe bildete die Frage, ob sie besser multi- oder bilateral abzuwickeln sei. Mit Ausnahme von Bruno Kreisky, der sich für »eine gemeinsame, organisierte Anstrengung

---

[1256] NR-Protokolle, XVII.GGP/40, 27.11.1987, S. 4550.

[1257] Peter Jankowitsch: Das Ende ist der Anfang. Statement beim Schlußplenum der Gesamtösterreichischen Entwicklungskonferenz 1991 am 19. Oktober 1991 im Haydn-Saal des Schlosses Esterházy. In: Gesamtösterreichische Entwicklungskonferenz 1991. Dokumentation einer Begegnung, hrsg. vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik. Wien: ÖIE 1992, S. 57.

[1258] Jankowitsch, Ins Zentrum der Politik, S. 12.

[1259] Ebda., S. 18.

[1260] Diese wurden vom ÖVP-Abgeordneten Heribert Steinbauer geteilt; vgl. Heribert Steinbauer: »Den Dialog vorantreiben«. In: Südwind, 1991, H. 11, S. 38.

[1261] In Bezug auf die NGOs sollte das Gesetz nach Auffassung der SPÖ »die Rolle der Entwicklungsorganisationen als wesentliche Träger der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit [...] klar und unmißverständlich« festschreiben (Günter Dietrich, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9196). Darüber hinaus versprachen sowohl Peter Jankowitsch als auch seine Nachfolgerin im Staatssekretariat, Ederer, die Einbeziehung der NGOs in die Begutachtung des Gesetzes (Jankowitsch, Das Ende ist der Anfang, S. 56; Ederer, Umwelt und Entwicklung, S. 14).

[1262] In einem Interview nannte Staatssekretärin Ederer es als Ziel, »das Gesetz noch im ersten Halbjahr 1992 über die Bühne zu bringen.« (Ederer, »Keine Abwertung«, S. 4.)

[1263] Einer der Hauptgründe lag darin, dass das neue Gesetz unmittelbar nach dem EU-Beitritt über weite Strecken hätte novelliert werden müssen (vgl. Obrovsky, Struktur Anpassung, S. 89).

der europäischen Industrieländer«[1264] und für ein »realistic global program of purposeful and co-ordinated action« im Rahmen der OECD[1265] einsetzte, tendierten die Meinungen in den 1960er Jahren eher in Richtung Bilateralismus. Die Beitragszahlungen für internationale Entwicklungsagenturen und Finanzinstitutionen wurden zwar akzeptiert, aber man kritisierte in SPÖ wie ÖVP ihre Anonymität, die es verhindere, dass Österreich »auch als Land stärker in Erscheinung«[1266] trete. Dies – »eine unmittelbare Hilfe von Staat zu Staat«[1267] – sei aber notwendig, um die für Österreich wünschenswerte »politische Freundschaft«[1268] mit den Staaten der Dritten Welt zu begründen. Der mit bilateraler Hilfe einhergehende Einfluss auf das Empfängerland engte dessen Handlungsspielraum ein und erleichterte zugleich die Durchsetzung jener außenpolitischen und ökonomischen Ziele, die mit der Gewährung von Entwicklungshilfe verbunden waren.[1269] Relativ unverblümt formulierte dies der ÖVP-Staatssekretär im Außenministerium, Carl Bobleter, 1966: Die bilaterale Entwicklungshilfe sei zu bevorzugen, »da sie dem Geberland die Möglichkeit gibt, eine verstärkte Kontrolle über die Verwendung der Hilfeleistungen zu behalten, sie erzielt aber auch eine gewisse Werbewirkung für den Geber selbst.«[1270] Obwohl man sich dessen bewusst war, dass multilaterale Entwicklungshilfe den Wirtschaftsinteressen eines Kleinstaats nicht notwendigerweise zuwiderlief,[1271] hielt man bilaterale Transaktionen für vorteilhafter. Dies hinderte die österreichische Regierung nicht daran, sich in trilateralen Formen der Entwicklungshilfe zu versuchen: Mit der Schweiz wurde im August 1967 ein Abkommen

---

[1264] Kreisky, Österreich auf der Welthandelskonferenz, S. 6. Und er fügte hinzu: »Österreich wäre jedenfalls bereit, sich an einer solchen Initiative zu beteiligen, die es dank einer besseren Zusammenarbeit Ländern wie Österreich erlauben würde, in einem größeren Ausmaß an den Investitionsprogrammen der Entwicklungsländer teilzunehmen.« (Ebda.)

[1265] Kreisky, Foreign Policy in the Affluent Society, S. 658.

[1266] Hertha Firnberg, in: NR-Protokolle, X.GGP/61, 27.11.1964, S. 3249.

[1267] Weiß, Entwicklungshilfe verlangt Opfer, S. 67.

[1268] Ebda.

[1269] Vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 76.
Diese Einschätzung entspricht auch einem Grundsatzpapier der ÖVP zur Entwicklungspolitik aus dem Jahr 1963. Darin heißt es: »Auch Erschließung neuer Exportmärkte und Wahrung außenpolitischer Belange Österreichs können im Rahmen bilateraler Hilfe eher durchgeführt werden als auf multilateraler Basis«. (Grundsätze der ÖVP für die Entwicklungspolitik, S. 3, zit. nach Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 508.)

[1270] Bobleter, Österreich vor der Aufgabe der Entwicklungshilfe, S. 66.

[1271] Vom Beitritt Österreichs zur Asiatischen Entwicklungsbank erwartete sich der ÖVP-Abgeordnete Grundemann-Falkenberg 1966 »erhebliche wirtschaftliche Vorteile [...]. Es ist auch damit zu rechnen, daß österreichische Unternehmungen bei der Vergabe von Aufträgen für die von der Bank finanzierten Projekte besondere Berücksichtigung finden werden.« (NR-Protokolle, XI.GGP/22, 13.7.1966, S. 1662.) Und er sollte Recht behalten – Helmut Kramer zitiert einen Bericht aus der »Presse« vom 1.3.1978, wonach Österreich seit seinem Beitritt 130 Millionen Schilling eingezahlt habe, während im Gegenzug von der Bank Aufträge an österreichische Unternehmen im Wert von knapp 500 Millionen Schilling vergeben worden seien (vgl. Helmut Kramer: Österreich und die dritte Welt. Am Beispiel Entwicklungshilfe. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 7, 1978, H. 3, S. 338, Fußnote 26).

geschlossen, das im Rahmen einer gemeinsamen »Kommission für Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern« eine Zusammenarbeit bei Projekten sowie einen regelmäßigen Informationsaustausch ermöglichen sollte.[1272] Trotz aller Bekenntnisse zur bilateralen Entwicklungshilfe stieg der multilaterale Anteil an den österreichischen Gesamtleistungen in den ersten beiden Jahren der ÖVP-Alleinregierung markant an (vgl. Abbildung 2) – ein Umstand, der zu diesem Zeitpunkt von der SPÖ nicht sonderlich goutiert wurde. Firnberg kritisierte die Kürzung der bilateralen Entwicklungshilfe und bedauerte, »daß Österreich bei multilateralen Projekten zuwenig in Erscheinung tritt«.[1273]

Die Diskussionen rund um die Frage bi- versus multilateral setzten sich in den 1970er Jahren unvermindert fort, allerdings entwickelten sich etwas klarere Fronten. Während die SPÖ (wie auch der eine UN-Karriere anstrebende ehemalige ÖVP-Außenminister Waldheim[1274]) deutliche Präferenzen für multilaterale Formen von Entwicklungshilfe zeigte, gab die in die Opposition gedrängte und damit den Sachzwängen internationaler Politik enthobene ÖVP eher bilateralen Varianten den Vorzug. Man könne, so die Begründung, »die Entwicklungshilfe nicht als Instrument einer gezielten Außen- und Wirtschaftspolitik einsetzen, wenn die Mittel in den großen Topf der multilateralen Hilfe fließen.«[1275] Zugleich kritisierte der ÖVP-Abgeordnete Krainer eine zentrale multilaterale Institution wie die FAO als »bürokratische Mammutorganisation«[1276] (lobte jedoch im selben Atemzug Weltbank und IDA und trat dafür ein, Mittel in deren Richtung umzuschichten). Demgegenüber vertraten sozialdemokratische Politiker wie Bundeskanzler Kreisky die »Auffassung, daß für kleine Staaten [...] eine stärkere Beteiligung an einer multilateralen Entwicklungshilfe die zweckmäßigste Form wäre.«[1277] Von internationalen Anstrengungen versprach man sich eine effizientere Verwaltung und Verwendung der Finanzmittel und zeigte sich daher bereit, den Anteil der multilateralen Hilfe an der gesamten öffentlichen Hilfe deutlich zu erhöhen.[1278] An dieser

---

[1272] Vgl. Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 7, 1967, H. 4/5, S. 306.

[1273] NR-Protokolle, XI.GGP/120, 4.12.1968, S. 9915.

[1274] Waldheim zeigte sich insbesondere stolz auf die zwischen 1967 und 1969 erfolgte Verdoppelung der multilateralen Entwicklungshilfe Österreichs. Deren Vorteile sah er insbesondere darin, dass sich ein kleines Land wie Österreich auf diese Weise aufwändige administrative Strukturen erspare und dadurch seinen »Beitrag zur Entwicklungshilfe mit größerem Wirkungsgrad« einzusetzen vermöge (Waldheim, Der österreichische Weg, S. 219).

[1275] Franz Karasek, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/10, 9.12.1971, S. 610.

[1276] NR-Protokolle, XII.GGP/21, 2.12.1970, S. 1497.

[1277] NR-Protokolle, XII.GGP/30, 14.1.1971, S. 2527.

[1278] Peter Schieder, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/26, 15.3.1972, S. 2050. Die von Peter Schieder ins Spiel gebrachte Verdoppelung auf 20 Prozent der Gesamt-ODA zwischen 1972 und 1975 scheint auf einem Irrtum ba-

Haltung änderte sich auch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wenig (obwohl sich gerade in diesen Jahren der Anteil der multilateralen Leistungen auf einem deutlich niedrigeren Niveau einzupendeln begann als jener der bilateralen Hilfe[1279], vgl. Abbildung 2). Nach wie vor ging man auf sozialdemokratischer Seite davon aus, dass die sozioökonomische Situation in der Dritten Welt »nur multilateral durch Zusammenarbeit aller Staaten«[1280] verbessert werden könne und dass zu diesem Zweck höhere Aufwendungen erforderlich seien.[1281] Überdies verband man mit multilateralen Vereinbarungen und Verpflichtungen die Hoffnung, dass Entwicklungshilfe auf diese Weise politisch leichter durchsetzbar wäre.[1282] Dennoch soll hier nicht der Eindruck entstehen, die Sozialdemokraten hätten sich im Lauf der 1970er Jahre zu überzeugten »Multilateralisten« gewandelt – die politischen und ökonomischen Möglichkeiten bilateraler Entwicklungshilfe verloren sie keineswegs aus dem Blick.[1283] Die konkreten Zahlen sprechen ohnehin eine klare Sprache:

---

siert zu haben, da die multilaterale Entwicklungshilfe seit 1968 deutlich über diesem Wert lag (vgl. Abbildung 2).

[1279] Der auffällig hohe multilaterale Anteil 1979 beruht vor allem auf IDA-Beiträgen (vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 84).

[1280] Hans Hesele, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/63, 1.7.1977, S. 6134.

[1281] Hans Hesele, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4551.

[1282] »Vielleicht verlangen wir sogar deshalb diesen großen multinationalen Beitrag [in Form eines Marshall-Plans für die Dritte Welt, Anm. G.H.], weil es für uns politisch leichter sein wird, den daraus sich ergebenden Betrag Österreichs aufzubringen.« (Kreisky, Weltwirtschaft in den achtziger Jahren, S. 900.)

[1283] Kreisky etwa relativierte sein oben zitiertes (Fußnote 1277) Eintreten für multilaterale Entwicklungshilfe mit dem nächsten Satz: »Ich verstehe aber, daß man aus Gründen neu herzustellender wirtschaftlicher Kontakte auch der bilateralen Entwicklungshilfe – die dann aber sehr viel stärker wirtschaftlich orientiert sein und weniger solidarischen oder karitativen Zielen dienen muß – den Vorrang geben müßte.« (NR-Protokolle, XII.GGP/30, 14.1.1971, S. 2527.) Und Hans Hesele meinte, »ein Kleinstaat« könne »sich in der dritten [sic] Welt nur durch die bilaterale Entwicklungshilfe profilieren« (NR-Protokolle, XIV.GGP/63, 1.7.1977, S. 6135).

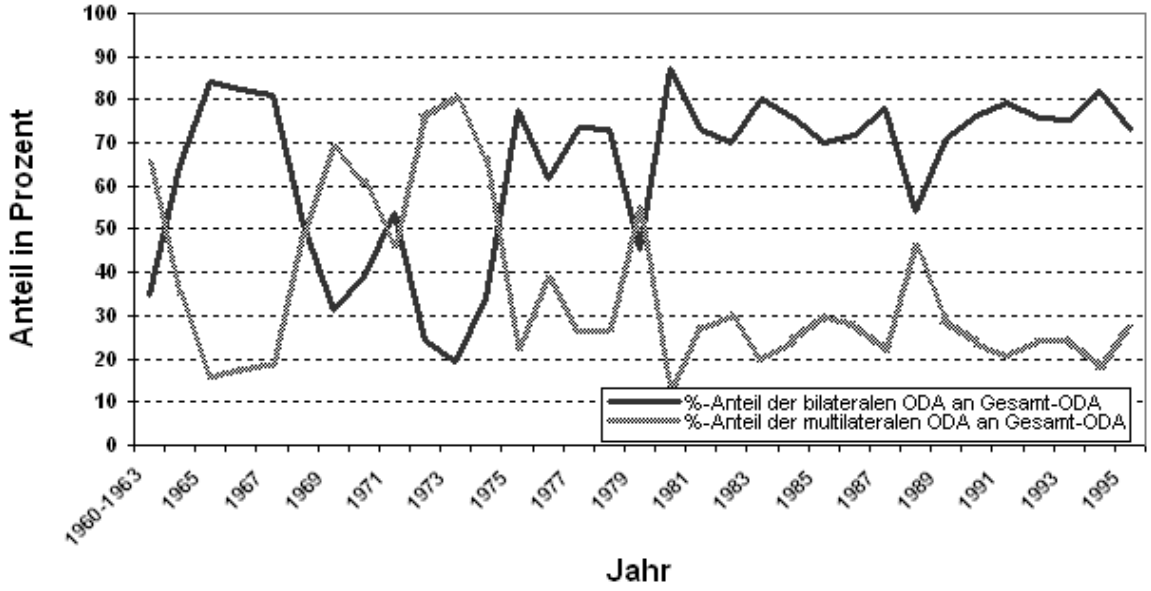


Abbildung 2: Prozentanteil der bi- bzw. multilateralen Leistungen an der gesamten staatlichen Entwicklungshilfe[1284]

In den 1980er Jahre änderte sich an den Grundpositionen zunächst nichts: Der sozialdemokratische Außenminister Lanc befürwortete 1983 »eine Stärkung der finanziellen Basis der multilateralen Entwicklungsinstitutionen«, da sie »eine zentrale Rolle bei der Unterstützung der Entwicklungsländer in ihren Anpassungsbemühungen haben.«[1285] Auch sein Nachfolger, Leopold Gratz, trat für eine »Internationalisierung der Entwicklungshilfe«[1286] ein. Seiner Meinung nach ging »die Tendenz [...] nicht nur langfristig, sondern bereits mittelfristig zur gemeinsamen Hilfe.«[1287] Im Gegensatz dazu meinte Friedhelm Frischenschlager (noch als Oppositionspolitiker), Entwicklungshilfe solle »verstärkt bilateral«[1288] sein. Die ÖVP wiederum forderte – ebenfalls noch in Opposition – angesichts »des Vertrauensschwundes in multilaterale Organisationen«[1289], die »einen großen Teil von Mitteln für Administration, zum Teil auch für Fehlinvestitionen verschlingen«[1290], »vor allem die bilaterale Hilfe stärker auszubauen.«[1291] Nach dem Eintritt der ÖVP in die Regierung wurde diese Ausweitung der bilatera-

---

[1284] Quellen: Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 122; Höll, Österreichs Entwicklungshilfe, S. 47 u. S. 56; ÖFSE: Berichte, Analysen, Informationen, Jg. 1984–1996.

[1285] Lanc, Erklärung vor der 6. Welthandelskonferenz, S. 267. Als Beleg dafür, dass es Österreich mit dieser Stärkung ernst meine, nannte Lanc den österreichischen Beitrag zur »kürzlich erfolgten Kapitalerhöhung der Weltbank« (ebda.).

[1286] Leopold Gratz: EPN-Gespräch. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1985, H. 5, S. 14.

[1287] Ebda.

[1288] Frischenschlager, Brot – Freiheit – Friede, S. 14.

[1289] Mock, Außenpolitische Erklärung 1985, S. 289.

[1290] Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XV.GGP/133, 1.12.1982, S. 13520.

[1291] Mock, Außenpolitische Erklärung 1985, S. 289.

len Hilfe zwar zunächst weiterhin vertreten[1292], zugleich räumte Außenminister Mock allerdings das Interesse Österreichs »als nicht besonders großer Staat [...] an der Stärkung [...] internationaler Organisationen«[1293] ein. Das bereits 1985 mit der Weltbank abgeschlossene und mehrfach verlängerte Kofinanzierungsabkommen spielte auch unter Mock eine – vor allem quantitativ – derart bedeutende Rolle, dass sich sein unmittelbarer Amtsvorgänger Jankowitsch veranlasst sah, von einer »zumindest zeitweise übermäßige[n] Konzentration auf die Kofinanzierung von Großprojekten mit der Weltbank«[1294] zu sprechen. Als die Entwicklungshilfe-Agenden jedoch wieder in Händen der SPÖ lagen, hielt die zuständige Staatssekretärin Ederer die Weltbank-Kofinanzierungsprojekte »für einen sinnvollen Weg« und beabsichtigte, »multilaterale Hilfe auszubauen«[1295]. Zwar war sie in der Bewertung der Weltbank, die »nicht immer die glücklichsten Projekte ausgearbeitet hat«[1296], skeptischer als etwa der FPÖ-Abgeordnete Gugerbauer[1297], meinte aber, dass diese Finanzinstitution »in den letzten Jahren [...] sehr stark umgedacht«[1298] habe. Von seiten der Grünen, die multilateraler Entwicklungshilfe prinzipiell überaus positiv gegenüberstanden[1299], kam zwar die heftigste Kritik an den Projekten der Weltbank – dennoch sei es »richtig [...], die Beiträge zu diesen internationalen Organisationen und Institutionen zu leisten«[1300]. Österreich solle sich allerdings in Weltbank und IWF dafür einsetzen, daß anstelle zerstörerischer Großprojekte andere Prioritäten gesetzt würden. Da eine derartige Forderung angesichts der realen Machtverhältnisse in den internationalen Finanzinstitutionen ausschließlich symbolischen Charakter hatte, lässt sich feststellen, dass die Beteiligung Österreichs an der multilateralen

---

[1292] Mock, Hilfe für die Ärmsten. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1987, H. 3, S. 21. Diese Position deckte sich mit den Vorstellungen der Sozialpartner, die in ihrer Studie aus dem Jahr 1988 den »Stellenwert der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit [...] höher angesetzt« wissen wollten »als bisher«. Denn eine Entwicklungszusammenarbeit, »die den nationalen Charakter österreichischer Leistungen direkt herauszustellen vermag«, käme »sowohl dem Österreichbild als auch den wirtschaftlichen Interessen Österreichs in den Entwicklungsländern zugute« (Beirat, Entwicklungspolitik, S. 29).

[1293] Ebda.

[1294] Jankowitsch, Einleitende Bemerkungen, S. 8.

[1295] NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9203.

[1296] Ebda.

[1297] Dieser sprach Ende der 1980er Jahre davon, »daß es eine Reihe von sehr positiven Beispielen gibt, wo die Weltbank durch eine begleitende Kontrolle dafür gesorgt hat, daß Entwicklungshilfeprojekte realisiert werden, die betriebs- und auch volkswirtschaftlich im Interesse der betroffenen Länder liegen.« (NR-Protokolle, XVII.GGP/75, 19.10.1988, S. 8566.)

[1298] NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9203.

[1299] Diese sei »ein äußerst wesentlicher, eminent wichtiger Teil der österreichischen Außenpolitik«, und Österreich solle sein »Engagement weiterhin ausweiten und auch intensivieren« (Marijana Grandits, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/142, 3.12.1993, S. 16555).

[1300] Ebda.

Entwicklungshilfe von keiner der im Parlament vertretenen Parteien – trotz unterschiedlicher und schwankender Begeisterung – ernsthaft in Frage gestellt wurde.

4.4 Quantitäten

Kurz nachdem sich Ende der 1950er Jahre die österreichische Politik bereitgefunden hatte, Entwicklungshilfe zu leisten, setzten die Diskussionen um den wünschenswerten bzw. den erforderlichen Zahlungsumfang ein. 1960 hatte die UN-Generalversammlung den Staaten des Nordens nahegelegt, im Zuge der ersten Entwicklungsdekade jedes Jahr 1 Prozent ihres Bruttonationalprodukts den Staaten des Südens (auch in Form privater Kredite und Investitionen) zur Verfügung zu stellen – eine Forderung, die auf der UNCTAD 1964 wiederholt und dahingehend präzisiert wurde, dass innerhalb dieser Transferzahlungen die öffentliche Entwicklungshilfe einen Wert von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts ausmachen sollte.[1301]

Von ähnlichen Dimensionen ging der ÖVP-Abgeordnete Ludwig Weiß aus, als er 1961 erklärte, »letzten Endes müßten alle industrialisierten Staaten ungefähr 1 Prozent ihres Volkseinkommens für die Entwicklungshilfe bereitstellen.«[1302] Allerdings ließ die unmittelbar folgende Einschränkung dieses deklarierte Muss (bzw. Müsste) zur bloßen Absichtserklärung werden: »Ich glaube nicht, daß das in absehbarer Zeit möglich sein wird, aber ich glaube doch, daß wir die derzeitigen Beiträge wesentlich steigern müßten.«[1303] Wir begegnen hier einer Argumentationslinie, die in den folgenden Jahrzehnten mit geringer Variationsbreite immer wieder leitmotivisch benutzt wird: Der gute Wille wird herausgestrichen, es folgen das Bedauern über die leeren Kassen und die Vertröstung auf ein unverbindliches Später. Karl Czernetz ging noch über Weiß hinaus, als er bereits 1959 und 1960 2 Prozent des Bruttonationalprodukts für notwendig hielt, um das Elend zu überwinden[1304] und »die Bevölkerungslawine zu überholen«[1305]. Während er zu diesem Zweck im internationalen Kontext auf Abrüstungsmaßnahmen, im österreichischen Kontext auf ein »Schwinden der Reparationskosten«[1306] hoffte, blieb er, was Österreich betraf, insgesamt dennoch skeptisch: »Wir werden nicht leicht imstande sein, ein Prozent unseres Bruttonationaleinkommens

---

[1301] Vgl. Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 102 ff.
[1302] NR-Protokolle, IX.GGP/84, 5.12.1961, S. 3595.
[1303] Ebda.
[1304] NR-Protokolle, IX.GGP/14, 2.12.1959, S. 373.
[1305] NR-Protokolle, IX.GGP/51, 6.12.1960, S. 2195.
[1306] Ebda.

herzugeben, von zwei Prozent gar nicht zu reden.«[1307] In den 1960er Jahren blieben denn auch die österreichischen Nettoleistungen und insbesondere die öffentliche Entwicklungshilfe deutlich unter den von der UNCTAD und anderen internationalen Organisationen proklamierten Zielgrößen (vgl. Abbildung 3). Dies hinderte jedoch Außenminister Kreisky nicht daran, im Jahr 1964 zu erklären, »daß es ohne die geringsten Schwierigkeiten möglich sein müßte, mindestens 1 Prozent unseres Nationaleinkommens für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, wobei ich natürlich vorwiegend an die Hilfe in Form langfristiger und niedrig verzinslicher Kredite denke.«[1308]

Parallel zur Stagnation der – insbesondere öffentlichen – Entwicklungshilfeleistungen (gemessen als Prozentsatz am BNP) ab 1966, also zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung, wurde es leise um die erwähnten Richtwerte. Staatssekretär Bobleter nannte das geforderte eine Prozent des BNP 1966 »ein ehrgeiziges Ziel, das bisher noch seiner Verwirklichung harrt.«[1309] Auch von seiten der Opposition hielt man sich bedeckt, lediglich die SPÖ-Abgeordnete Firnberg bedauerte 1968 den relativen Rückgang der Entwicklungshilfe.[1310] Bundeskanzler Klaus wiederum griff auf das Leitmotiv der unzureichenden Mittel Österreichs zurück: »Daß wir – selbst kapitalarm – keine reichen Geschenke austeilen und langfristige Riesenkredite gewähren können, wird jeder verstehen.« Bei anhaltend guter Wirtschaftsentwicklung jedoch würde er »es jederzeit als Regierungschef befürworten und anstreben, daß auch der österreichische Anteil an der gemeinsamen Leistung der Industrieländer [...] für die Überwindung des Gefälles zu den Entwicklungsländern immer größer und immer wirksamer werde.«[1311]

[1307] NR-Protokolle, IX.GGP/14, 2.12.1959, S. 373.

[1308] Kreisky, Fragen der Entwicklungshilfe, S. 524.
Kreiskys Spezifizierung, »daß Budget- oder ERP-Mittel lediglich in dem Maße zur Verfügung gestellt werden sollten, als sie zur Herabsetzung des Zinsfußes auf das heute für solche Transaktionen international übliche Niveau notwendig sind« (ebda, S. 525), verweist bereits darauf, dass nur ein geringer Teil der als öffentliche Entwicklungshilfe deklarierbaren Kapitaltransfers tatsächlich aus staatlichen Mitteln stammte, während der überwiegende Teil – zwischen 1964 und 1969 zwischen 75 und 90 Prozent der gesamten österreichischen Entwicklungshilfe (vgl. Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 109) – auf dem Kapitalmarkt aufgebracht wurde.

[1309] Bobleter, Österreich vor der Aufgabe der Entwicklungshilfe, S. 66.

[1310] Hertha Firnberg: »Warum ist das so, warum nimmt unsere Entwicklungshilfe den Verlauf, der genau unerwünscht ist, warum geschieht das Gegenteil von dem, was angestrebt wird?« (NR-Protokolle, XI.GGP/120, 4.12.1968, S. 9915)

[1311] Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 9, 1969/4, S. 298.

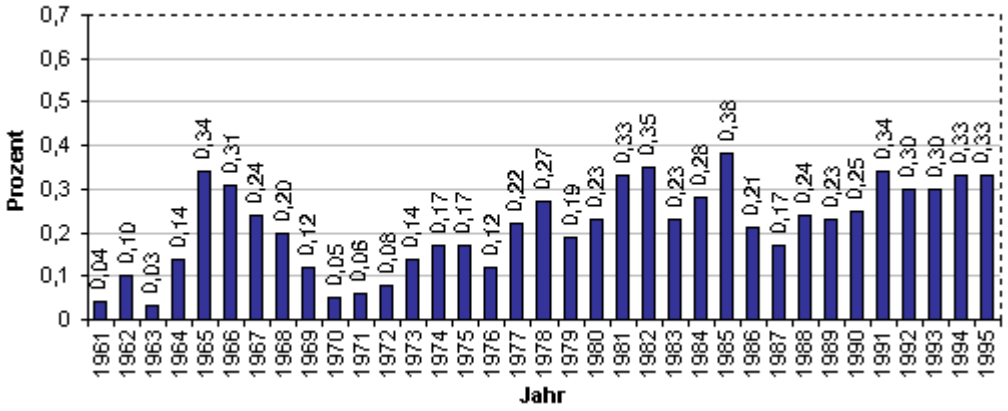


Abbildung 3: Öffentliche Netto-Entwicklungshilfeleistungen Österreichs in % des BNP seit 1961[1312]

Für die zweite Entwicklungsdekade hatte sich der Richtwert für die öffentliche Entwicklungshilfe im Vergleich zur UNCTAD 1964 nicht verändert: Die UN-Generalversammlung beschloss ein Ziel von 0,7 Prozent des BNP, das von den Staaten des Nordens bis 1975 erreicht werden sollte. Zusammen mit der privaten Entwicklungshilfe sollte der Anteil am BNP mindestens 1 Prozent betragen.[1313] Der österreichische UN-Vertreter votierte für dieses Ziel, und auch der neue österreichische Außenminister, Rudolf Kirchschläger, bekannte sich in einer Rede vor der UN-Generalversammlung dazu:[1314] »Österreich wird alle Anstrengungen unternehmen, um seinen Beitrag zu den Zielen dieser Dekade zu leisten, und wird im Rahmen seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten insbesondere bemüht sein, im Laufe dieser Dekade ein Entwicklungshilfevolumen von 1 Prozent seines Bruttonationalproduktes zu erreichen.«[1315] Bundeskanzler Kreisky, im Parlament auf diese Absichtserklärung angesprochen, bekräftigte die Entschlossenheit der Bundesregierung: »Es kann keine Frage sein, daß ein Staat wie Österreich, der es mit seinen internationalen Verpflichtungen sehr ernst nimmt, in einem Zeitraum, der vor Ablauf dieser zehn Jahre liegt, diesen in Übereinstimmung mit allen Staaten festgestellten Prozentsatz erreichen muß.«[1316] Die oppositionelle ÖVP verabsäumte es nicht, postwendend darauf hinzuweisen, dass Österreich mit seinen staatlichen Entwicklungshilfe-Leistungen (gemessen am BNP) »an letzter Stelle aller DAC-Geberländer« liege, »und das

[1312] Zahlen bis 1969 aus Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 641, von 1970 bis 1983 aus Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 44, 54 u. 55, von 1984 bis 1995 aus Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, hg. von ÖFSE, Jg. 1988, 1992 u. 1996.

[1313] Vgl. Adams, Worlds apart, S. 97.

[1314] Die Grundlage bildete ein entsprechender Ministerratsbeschluss vom 8.11.1970.

[1315] Rudolf Kirchschläger: Erklärung in der Generaldebatte der XXV. Generalversammlung der Vereinten Nationen, am 30. September 1970. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 10, 1970, H. 5, S. 345.

[1316] NR-Protokolle, XII.GGP/30, 14.1.1971, S. 2527.

mit weitem Abstand«[1317]. In derselben Parlamentsdebatte relativierte Kreisky die Zusage gegenüber der UNO in bewährter Manier und bedauerte es »zutiefst [...], daß unsere budgetäre Situation es nicht erlaubt, jenen Beitrag zu leisten, der ohne Zweifel unserer Wohlstandsentwicklung angemessen wäre.«[1318] Als Begründungen, warum Österreich keine höheren Beträge zur Verfügung stelle, nannten SPÖ-Politiker im Lauf der 1970er Jahre den fehlenden politischen Druck seitens der Öffentlichkeit[1319], die gestiegenen Energiepreise,[1320] die Entwicklung der Binnenwirtschaft[1321] sowie – noch im Jahr 1980 – die enormen Leistungen, die Österreich als Folge des Kriegs zu Gunsten anderer Länder habe erbringen müssen[1322]. Ansonsten mischten sich in den 1970er Jahren auf sozialdemokratischer Seite Absichtserklärungen mit Erfolgsmeldungen über erzielte Steigerungen[1323] und schließlich, nach einem Jahrzehnt an der Macht, mit der zerknirschten Einsicht, »daß Österreich, was seinen Beitrag zur Entwicklungshilfe betrifft, keine sehr gute Note verdient.«[1324] Diese Auffassung wurde naturgemäß von der ÖVP geteilt, wobei man sich immer weniger darauf beschränkte, nur das geringe quantitative Ausmaß der öffentlichen Entwicklungshilfe zu kritisieren, und vermehrt die Qualität ins Visier nahm: »Die verhältnismäßig harten Bedingungen, zu denen Österreich Entwicklungshilfe gibt.«[1325]

[1317] Helmut Frauscher, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/9, 7.12.1971, S. 513.

[1318] NR-Protokolle, XIII.GGP/9, 7.12.1971, S. 524. Weiter führte er aus (nicht ohne unfreiwillige Komik und Freud'sche Fehlleistung): »Was nun die Frage betrifft, inwieweit ich bereit bin, der seinerzeitigen Erklärung der Bundesregierung Rechnung zu tragen, wonach 1 Prozent des Bruttonationalproduktes der Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen wäre, hievon 0,3 [sic] Prozent aus öffentlichen Mitteln, habe ich in der Regierungserklärung ausdrücklich gesagt, daß ich glaube, daß es außerordentlich schwer sein wird, diese Zusage, die ich nie gemacht habe, einzuhalten.« (Ebda., S. 523.) Tatsächlich hatte Kreisky in der Regierungserklärung darauf hingewiesen, dass zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels 3,5 Milliarden Schilling erforderlich seien, und hielt es für »ein Gebot der Ehrlichkeit festzustellen, daß derartige Beträge sich für geraume Zeit nicht ohne weiteres zur Verfügung stellen lassen werden.« (NR-Protokolle, XIII.GGP/2, 5.11.1971, S. 29.)

[1319] Ebda., S. 524; ähnlich Veselsky, fast ein Jahrzehnt später (vgl. NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2352).

[1320] Vgl. Kreisky, Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 11. November 1974, S. 367.

[1321] »Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1975 hat bekanntlich auch eine besondere Investitionsmaßnahme des ERP-Fonds notwendig gemacht, weswegen eine Kürzung der Zuteilung für Zwecke der Entwicklungshilfe sich als notwendig erwies.« (Bruno Kreisky, in: II-455 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 14. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 28.4.1976 [244/AB].)

[1322] » Wir hatten auch große Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag, die man nicht übersehen darf. Der Staatsvertrag hat uns ungefähr 400 Millionen Dollar gekostet. Wenn ich jetzt noch all die Schäden nehme, die gutzumachen waren, so sind das nach meiner Schätzung mindestens eine Milliarde Dollar, die wir zugunsten anderer Länder investieren mußten, und dazu kamen dann noch die Rückstellungen.« (Kreisky, Über Österreich und die Welt, S. 24.) Ganz ähnlich Kreiskys Argumentation in: NR-Protokolle, XIV.GGP/91, 19.4.1978, S. 8731.

[1323] Anlässlich des Budgets 1973 freute sich Staatssekretär Veselsky »über die gewaltigste Ausweitung der Mittel für Entwicklungshilfe, die wir bisher durchsetzen konnten« (NR-Protokolle, XIII.GGP/52, 5.12.1972, S. 4471).

[1324] Kreisky, Weltwirtschaft in den achtziger Jahren, S. 900.

[1325] Paul Kaufmann, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4556; ähnlich auch Heribert Szeinbauer, in: ebda., S. 4545.

Die 1980er Jahre begannen wie die 1970er Jahre: Mit dem Versprechen der österreichischen Regierung auf der 11. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen 1980, bis zum Ende des Jahrzehnts die öffentliche Entwicklungshilfe auf einen Anteil von 0,7 Prozent am BNP zu erhöhen[1326] – und zwar ohne Wenn und Aber: »Bisher sagten wir: Wir werden 0,7 Prozent unseres Sozialproduktes [sic] bis Ende des Jahrzehnts für Entwicklungspolitik aufwenden, wenn wir genug Geld haben. – Wir hatten noch nie Geld für solche Dinge. Jetzt sagen wir das ohne diesen Budgetvorbehalt.«[1327] Dieses 0,7-Prozent-Ziel wurde von der ÖVP geteilt[1328], und man verlangte ein tragfähiges Finanzierungskonzept[1329]. 1984 dann der obligatorische Rückzieher: Es werde »größter Anstrengungen bedürfen«, das Ziel zu erreichen, wobei dies »letzten Endes auch von der budgetpolitischen Lage abhängen«[1330] werde, erklärte Staatssekretär Lacina. Auch der ÖVP-Abgeordnete Steiner hielt zu diesem Zeitpunkt die erforderliche jährliche Erhöhung der Entwicklungshilfe um 2,8 Milliarden Schilling bereits für »eine gigantische, kaum je erreichbare oder denkbare Summe«[1331]. In den folgenden Jahren bekannte man sich zwar – inklusive FPÖ[1332] – weiterhin zum 0,7-Prozent-Ziel, dennoch wurden die Ambitionen ab 1985 merklich zurückgeschraubt, und man steckte sich »für die allernächste Zeit als konkretes Ziel die Erreichung des OECD-Leistungsdurchschnitts«[1333]. Diese partielle Neuorientierung auf den OECD-Durchschnitt spiegelte sich dann auch in einem Entschließungsantrag wider, der im März 1986 von den damaligen drei Parlamentsparteien einstimmig angenommen wurde. Darin ersuchte der Nationalrat die Bundesregierung, »ihre Bemühungen im Hinblick auf die Erreichung des Zieles, der öffentlichen Hilfe 0,7 Prozent des österreichischen Bruttonationalproduktes zu widmen, durch eine weitere Steigerung der Leistung der österreichischen Entwicklungshilfe – unter besonderer Berücksichtigung der Qualität – insbesondere im Bereich der bilateralen technischen Hilfe sowie der Finanzhilfe

---

[1326] Vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 780; dazu auch Herbert Salcher: »Statt Waffen nützliche Güter in die Dritte Welt«. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1982, H. 3, S. 7. Das 0,7-Prozent-Ziel wurde von Bundeskanzler Sinowatz in seiner Regierungserklärung im Mai 1983 bestätigt (vgl. NR-Protokolle, XVI.GGP/2, 31.5.1983, S. 28).

[1327] Ernst Eugen Veselsky, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1438.

[1328] Heribert Steinbauer: »Ich glaube, daß man [...] nicht hinter die Verpflichtung der 0,7% zurücktreten kann und darf.« (Steinbauer, Der Gedanke der Hilfe, S. 11.)

[1329] Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1433.

[1330] NR-Protokolle, XVI.GGP/52, 27.6.1984, S. 4436.

[1331] NR-Protokolle, XVI.GGP/71, 11.12.1984, S. 6245.

[1332] Fritz Probst: »Wir fordern daher, daß Österreich seine Absicht, 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes [sic] für Entwicklungshilfe aufzuwenden, ehestmöglich erfüllt.« (NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11770.)

[1333] Leopold Gratz, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11776. Auch Heribert Steinbauer erklärte nun, er »würde lieber [...] als Ziel weniger als die 0,7 anvisieren«, nämlich die »vielleicht etwas realistischeren 0,36 des OECD-Durchschnitts.« (Ebda., S. 11761.)

fortzusetzen und dabei kurzfristig zumindest jene Leistung zu erbringen, die dem Durchschnitt der DAC-Staaten entspricht.«[1334]

Auch wenn alle Zahlenangaben zur öffentlichen Entwicklungshilfe nur bedingt aussagekräftig und speziell über einen längeren Zeitraum hinweg nicht vergleichbar[1335] sind, lässt sich feststellen, dass das quantitative Niveau der österreichischen Leistungen (auch relativ zum BNP) in den 1980er Jahren merklich höher lag als in den 1970er Jahren (vgl. Abbildung 3). Die 0,7 Prozent blieben allerdings eine unerreichte Zielgröße, und nur mit Hilfe statistischer Ausreißer (die auf bi- bzw. multilaterale Großkredite zurückzuführen waren) gelangte man in einzelnen Jahren in die Nähe des DAC-Durchschnitts. Das habituelle Verfehlen quantitativer Richtwerte, verbunden mit wachsender Kritik seitens der OECD (aber auch der entwicklungspolitisch interessierten Öffentlichkeit in Österreich) an der Qualität der österreichischen Leistungen führte unter den Bedingungen eines wachsenden staatlichen Budgetdefizits zu Bemühungen, zumindest im qualitativen Bereich die gröbsten Unzulänglichkeiten zu beseitigen – insbesondere sollten eine »Reduzierung des Exportkreditanteils«[1336] sowie eine Erhöhung des Geschenkanteils dazu führen, »den Vorwurf, wir hätten die härtesten Konditionen der OECD-Länder, langsam wegzukriegen«[1337].

Der Amtsantritt der großen Koalition aus SPÖ und ÖVP im Jänner 1987 änderte an den grundlegenden Tendenzen nichts, intensivierte aber die Diskussionen über eine Erhöhung der Entwicklungshilfe. Auch als Regierungspartei trat die ÖVP dafür ein, nach einer ersten Phase der Budgetsanierung die Mittel deutlich auszuweiten – im Zeichen der Wende »muß es mehr Geld geben«[1338], meinte Andreas Khol. Das bereits unter Außenminister Gratz proklamierte Ziel, primär den OECD-Durchschnitt anzustreben und erst dann das 0,7-Prozent-Ziel, wurde von Außenminister Mock übernommen, »und zwar gestützt auf einen breiten innerösterreichi-

---

[1334] NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11767.

[1335] Schuld daran sind gravierende Veränderungen in der Berechnung der Entwicklungshilfe: Das scheinbare Absinken der Leistungen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre beruht z.B. darauf, dass nunmehr Exportkredite nicht mehr als Entwicklungshilfe ausgewiesen wurden, bei denen dies zuvor noch der Fall gewesen wäre; die Steigerungen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wiederum beruhten u.a. darauf, dass das DAC Posten wie indirekte Studienplatz- oder Verwaltungskosten in der Entwicklungshilfe-Bilanz akzeptierte (vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 51).

[1336] Außenminister Leopold Gratz, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11776 – Gratz betonte allerdings im selben Atemzug, für wie »wertvoll« er das Exportkreditsystem halte; man müsse aber zumindest das Zuschusselement deutlich erhöhen (ebda.).

[1337] Heribert Steinbauer, in: Ebda., S. 11762 – Steinbauer wies darauf hin, dass der Geschenkanteil der österreichischen Entwicklungshilfe bei 60 Prozent liege, jener der OECD-Staaten bei 91 Prozent (vgl. ebda.).

[1338] Andreas Khol: Entwicklungshilfepolitik – eine traurige Bilanz. In: Entwicklungshilfe – Hilfe zur Selbsthilfe. Tagungsbericht, hrsg. von der Politischen Akademie der ÖVP. Wien: Eigenverlag 1987, S. 5.

schen Konsens«[1339]. Dieser Konsens drückte sich in einem von der SPÖ eingebrachten Entschließungsantrag aus, der nach gewissen Modifikationen am 19.10.1988 die Zustimmung aller Parlamentsparteien fand. Damit wurde ein Stufenplan beschlossen, mit dessen Hilfe man bis zum Jahr 1993 die durchschnittliche Quantität und Qualität der von den OECD-Staaten geleisteten Entwicklungshilfe erreichen wollte, wobei das 0,7-Prozent-Ziel »nicht außer acht gelassen«[1340] werden sollte. Als Sofortmaßnahme sollten überdies für das Jahr 1989 zusätzlich 500 Millionen Schilling insbesondere für die bilaterale technische Hilfe zur Verfügung gestellt werden.[1341]

Rund um das Jahr 1990 verschwand das 0,7-Prozent-Ziel aus den entwicklungspolitischen Debatten, wo es zwei Jahrzehnte lang einen prominenten Platz eingenommen hatte. Als erste Partei brach die ÖVP das Tabu und zweifelte die Erreichbarkeit der 0,7 Prozent an[1342], während SPÖ[1343], Grüne[1344] und FPÖ[1345] an diesem Ziel noch ein wenig länger festhielten. Noch 1992 brachte die FPÖ im Zusammenhang mit Maßnahmen zum Schutz des Regenwalds im Nationalrat einen Entschließungsantrag ein, in dem eine Steigerung der »staatlichen Finanzmittel für die Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern der dritten [sic] Welt [...] kurzfristig auf 0,7 Prozent und längerfristig auf 1,5 Prozent des Bruttosozialproduktes«[1346] gefordert wurde.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre dominierten noch die Klagen darüber, dass Österreich mit seinen Entwicklungshilfe-Aufwendungen an der letzten Stelle der OECD-Länder stehe,

---

[1339] Mock, Hilfe zur Selbsthilfe, S. 13.

[1340] Günter Dietrich, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/75, 19.10.1988, S. 8560.

[1341] Vgl. ebda. In der Realität, so kurz darauf die sozialdemokratische Abgeordnete Horvath, flössen diese 500 Millionen allerdings zu einem Großteil der Weltbank zu, lediglich 20 Millionen kämen der bilateralen technischen Hilfe zugute (NR-Protokolle, XVII.GGP/83, 1.12.1988, S. 9536).

[1342] Heribert Steinbauer: »[...] wir sind weit entfernt von dem offiziellen Ziel der 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts, über das man einmal ehrlich diskutieren sollte, nämlich darüber, ob es überhaupt noch erreichbar ist.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/18, 13.2.1991, S. 1358.) Bereits 1988 meinte er, die 0,7 Prozent stünden »halt in Wahrheit sehr in Frage« (NR-Protokolle, XVII.GGP/75, 19.10.1988, S. 8578).

[1343] Waltraud Horvath: » Es wäre auch nicht schlecht, wenn wir die 0,7 Prozent tatsächlich erfüllten und das nicht als Ziel praktisch abhakten und vergessen. 0,7 Prozent sind wahrlich nicht viel, wir könnten auch darüber gehen.« (NR-Protokolle, XVII.GGP/151, 4.7.1990, S. 17393). Die letzte im Quellenmaterial überlieferte Äußerung eines sozialdemokratischen Politikers, in der die 0,7 Prozent als Ziel deklariert wurden, stammt von Fritz Verzetnitsch (Verzetnitsch, Nord-Süd-Konfrontation, S. 97).

[1344] Marijana Grandits erinnerte an die Entschließungen des Nationalrats aus den Jahren 1986 und 1988, in denen die Anhebung der Entwicklungshilfe »auf 0,7 Prozent gefordert wird und kurzfristig wenigstens auf den Durchschnitt der Industrieländer, auf 0,35 Prozent. Österreich hatte im Jahr 1990 einen Anteil von 0,25 Prozent. Diese Schande wird auch in diesem Budget nicht korrigiert.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/49, 5.12.1991, S. 4968.)

[1345] Klara Motter forderte 1989: »[...] wir sollten endlich, wie es seit langem beabsichtigt ist, die 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe aufwenden.« (NR-Protokolle, XVII.GGP/117, 9.11.1989, S. 13897 f.)

[1346] NR-Protokolle, XVIII.GGP/72, 5.6.1992, S. 7898.

dass weder Quantität noch Qualität »dem europäischen Standard«[1347] entsprechen. 1988 mochte Peter Jankowitsch »das quantitative Ausmaß unserer öffentlichen Entwicklungshilfe nur mehr mit dem Terminus ›Desaster‹ zu beschreiben«[1348], beklagte den hohen Anteil an Exportkrediten und ein »›stiefmütterliches‹ Dasein«[1349] der bilateralen technischen Hilfe. Waltraud Horvath hielt das Ausmaß der österreichischen Entwicklungshilfe noch zwei Jahre später »für blamabel, für eine Schande«[1350]. Ähnlich die Wortwahl der Grünen – für Freda Meissner-Blau war »unsere Entwicklungshilfe [...] die schäbigste und niedrigste der ganzen westlichen Welt«[1351]. Einen – singulären – Kontrapunkt zu dieser reichen Tradition der Selbstbezichtigung steuerte der freiheitliche Abgeordnete Gudenus bei, der im selben Jahr, als die FPÖ die Entwicklungshilfe auf 1,5 Prozent des BNP steigern wollte, meinte: »Ich verstehe das Lamento über die zu geringe Entwicklungshilfe wirklich nicht. [...] Also unser 0,35-Prozent-Anteil an der Entwicklungshilfe [sic] mag jenen, die sie zu Lasten der österreichischen Steuerzahler ausgeben und in entwicklungswürdige Länder, so hoffe ich, weitergeben, zuwenig erscheinen, aber für uns Steuerzahler und die, die sie hier vertreten, ist das durchaus ein sehr ansprechbarer [sic] Betrag.«[1352]

Zu Beginn der 1990er Jahre zeichnete sich ab, dass die erhöhten Budgetmittel den gewünschten Effekt hatten und Österreich sich tatsächlich dem DAC-Durchschnitt annäherte (um ihn 1994 erstmals zu überschreiten) – eine Tendenz, die nicht zuletzt dadurch begünstigt wurde, dass die Entwicklungshilfe-Leistungen der meisten DAC-Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges merklich sanken.[1353] Zugleich verbesserte sich die Qualität (gemessen an Indikatoren wie Bindungsgrad und Zuschusselement)[1354] der österreichischen Entwicklungshilfe. Zwar war

---

[1347] Heinrich Neisser, in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 30.

[1347] Khol, »Wo gehobelt wird«, S. 4.

[1348] Peter Jankowitsch: Das Prinzip Entwicklungshilfe. Die Reform der Entwicklungshilfepolitik und Entwicklungshilfe in Österreich. In: Die Zukunft, 1988, H. 9, S. 53.

[1349] Ebda.

[1350] NR-Protokolle, XVII.GGP/151, 4.7.1990, S. 17393.

[1351] NR-Protokolle, XVII.GGP/63, 25.5.1988, S. 6988 f. Noch 1992 waren Ausmaß und Art der österreichischen Entwicklungshilfe für Marijana Grandits »skandalös« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9191).

[1352] NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9206 f.

[1353] Vgl. Raffer/Singer, Foreign Aid Business, S. 79. Eine Rolle spielte auch die kreative Buchführung der österreichischen Entwicklungshilfe-Verwaltung, die u.a. Ausgabeposten wie die Betreuung von Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien in die Bilanz aufnahm (vgl. Raffer, Österreichs Entwicklungshilfe, S. 22).

[1354] Vgl. Höll, Entwicklungspolitik, S. 782. Dennoch gelangten Wissenschaftler wie Kunibert Raffer Mitte der 1990er Jahre zu eher skeptischen Gesamteinschätzungen, bezeichneten Österreich als »Paradebeispiel für den offenbar bewußten [...] Abtausch Quantität-Qualität« und erblickten das Hauptproblem »in einem international gesehen besonders geringen Anteil der tatsächlich planbaren Aktivitäten und in einem im Vergleich zu anderen DAC-Mitgliedern unüblichen Ausnutzen von Randbereichen, die gerade noch als offizielle Entwicklungshilfe

man sich innerhalb der Regierungsparteien bewusst, dass man »noch weit von dem entfernt« sei, »was andere Länder zusammengebracht haben«[1355], doch man war sich der »Verbesserung«[1356] bewusst, sah »einen großen Fortschritt«[1357] und empfand sogar »Stolz«[1358].

Während sich die zuständige Staatssekretärin Ederer für die weitere Zukunft damit begnügte, »einen Wert um die 0,3 Prozent zu halten«[1359], warf allmählich der nahende EU-Beitritt seine Schatten voraus und ließ einigen Politikern eine Neuadjustierung angezeigt erscheinen. An die Stelle des OECD-Durchschnitts werde wohl der etwas höhere EU-Durchschnitt (ca. 0,5 Prozent des BNP) als Richtwert treten müssen, meinte Heribert Steinbauer.[1360] Auch in anderer Hinsicht sorgte der EU-Beitritt für Diskussionen, nämlich in der Frage, ob die österreichischen Beiträge zur EU-Entwicklungshilfe – die Bundeskanzler Vranitzky mit ca. 800 Millionen Schilling pro Jahr bezifferte[1361] – auf Kosten der bilateralen Leistungen gehen würden. Brigitte Ederer meinte 1993, dass dem nicht so sein würde[1362] – ein Irrtum, wie sich nach dem Beitritt herausstellen sollte.[1363]

4.5 Ziele und Schwerpunkte

Welche Resultate sollten nun mit diesen Finanzmitteln erreicht werden? Die für Österreich maßgeblichen Effekte – Exportförderung, Stabilisierung des internationalen Systems – wurden bereits weiter oben referiert. Doch wie verhielt es sich mit den Empfängerstaaten, die ja allen Beteuerungen zufolge im Mittelpunkt der Bemühungen standen?

---

ausgewiesen werden können.« (Raffer, Österreichs Entwicklungshilfe, S. 22; ganz ähnlich auch Hartmeyer, Hochschaubahn, S. 28.)

[1355] Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XVIII/18, 13.3.1991, S. 1358.

[1356] Franz Vranitzky, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/81, 23.9.1992, S. 8997.

[1357] Andreas Khol, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/151, 4.7.1990, S. 17368.

[1358] Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/151, 4.7.1990, S. 17392.

[1359] Ederer, Vision Europa, S. 6.

[1360] NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9200. Die Orientierung am EG-Durchschnitt hatte bereits Ende der 1980er Jahre Außenminister Mock eingemahnt, vgl. II-3837 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 21.4.1988 (1657/AB).

[1361] II-13906 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 18. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 7.6.1994 (6323/AB). Staatssekretärin Ederer war ein Jahr zuvor von jährlichen Zahlungen in Höhe von 1 Milliarde Schilling ausgegangen (Ederer, Vision Europa, S. 6).

[1362] »Fest steht, daß wir in die EG-Töpfe einzahlen müssen. Das wird ungefähr eine Milliarde Schilling ausmachen und es wird in Zukunft darum gehen, ob wir das vom derzeitigen EZA-Budget abziehen oder nicht. Ich gehe davon aus, daß wir es nicht abziehen.« (Ebda., S. 6.)

[1363] »Der Etat für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wurde von etwa 1,1 Milliarden Schilling 1994 auf 680 Millionen für 1995 gekürzt. Dieser drastische Schnitt brachte die Aktivitäten im Rahmen der bilateralen technischen Hilfe praktisch zum Stillstand.« (Raffer, Österreichs Entwicklungshilfe, S. 43.)

4.5.1 Die 1960er Jahre

Die 1950er Jahre nutzte man dazu, sich mit der Idee der Entwicklungshilfe anzufreunden. Die ersten konzeptionellen Überlegungen stellte man dann in den 1960er Jahren an, wobei die proklamierten Entwicklungsziele in dieser Phase auffallend vage und eindimensional blieben. Unumstritten im Mittelpunkt stand mit der Bekämpfung des Hungers jenes Symptom, das auch im österreichischen historischen Gedächtnis aufs engste mit Verelendungsprozessen verknüpft war. »Das erste ist, daß die Menschen satt werden können«, denn »mit hungernden Menschen können wir keine Kulturleistungen in der Welt vollbringen«[1364], so Ludwig Weiß. Für Hertha Firnberg bedeutete Entwicklungshilfe »Kampf gegen Hunger, gegen Krankheit, gegen frühen Tod«[1365], für Bundeskanzler Klaus »Bekämpfung von Armut, Krankheit und Ungewißheit«[1366], lediglich Karl Czernetz steckte mit »der Hebung des Lebensstandards und des Kulturniveaus«[1367] die Ziele etwas höher. Eine Konkretisierung und Operationalisierung dieser allgemeinen Zielsetzung unterblieben in der Regel. Lediglich Kreisky sah, wie bereits erwähnt (vgl. S. 167), in Produktion und Einsatz von Düngemitteln jenes Mittel, um »zu verhindern, daß es auf unserem Planeten hungernde Kinder gibt.«[1368]

Bei der Analyse der grundsätzlichen entwicklungspolitischen Positionen (vgl. Seite 162 ff.) haben wir – trotz der kleinen Zahl und großen Heterogenität entsprechender Äußerungen – festgestellt, dass in den 1950er und 1960er Jahren österreichische Politiker in Richtung eines massiven Kapitaltransfers und einer forcierten Industrialisierung tendierten. Zugleich definierten sie, wie oben gezeigt, als unmittelbares Ziel von Entwicklungshilfe die Bekämpfung des Hungers. Wurden schon diese drei entwicklungspolitischen Instrumente bzw. Zielsetzungen zu keiner kohärenten Strategie verbunden (die erwähnten agroindustriellen Wunschvorstellungen verdienen diese Bezeichnung nicht), so vertieft sich der Eindruck konzeptioneller Inkohärenz angesichts des Umstands, dass es sich bei jenem nahezu unisono zum Schwerpunkt der österreichischen Entwicklungshilfe erklärten Bereich um den Bildungssektor handelte. Bei den meisten dieser Plädoyers für Bildungsmaßnahmen fehlte eine erkennbare Rückbindung an entwicklungspolitische Diagnosen und Konzepte (auch wenn, wie auf S. 164 angesprochen, in einigen wenigen Äußerungen Analphabetismus, fehlende Arbeitsmoral und

---

[1364] NR-Protokolle, IX.GGP/84, 5.12.1961, S. 3594. Auch für Karl Czernetz galt es, Rückständigkeit und Hunger zu überwinden (ebda., S. 3590).
[1365] NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2065.
[1366] Klaus, Rede vor der XX. Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. 376.
[1367] Czernetz, Die Internationale zur Weltlage, S. 137.
[1368] Kreisky, Rede anläßlich der Europäischen Woche des Kampfes gegen den Hunger, S. 553.

Fachbildung beklagt wurden). Hertha Firnberg begnügte sich mit der Feststellung, Schulung sei die beste und für einen relativ finanzschwachen Kleinstaat wie Österreich die angemessenste Form der Entwicklungshilfe.[1369]

Ausbildung wurde sehr breit und vielfältig interpretiert, von Grund-, Fach- und Berufsschulen bis hin zu Gymnasien und Hochschulen,[1370] ging es doch um die »Heranbildung von Gelehrten, Technikern, Ärzten, Werkmeistern, Lehrern und Fachleuten aller Art«[1371], »um die Vermittlung von ›know how‹ und um technischen Beistand.«[1372] Differenzen bestanden hinsichtlich der Frage, ob die Ausbildung in Österreich oder in den Herkunftsländern erfolgen solle. Während es Ludwig Weiß 1961 für »zweckmäßiger« hielt, »anstatt in den Entwicklungsländern Universitäten zu gründen, Studenten aus den Entwicklungsländern nach Österreich kommen zu lassen und hier ihren Aufenthalt aus der Entwicklungshilfe zu finanzieren«[1373], hielt es Kreisky für »gar nicht gut, daß wir diese jungen Menschen in ein Milieu verpflanzen, das ihnen fremd und so ganz anders ist und daß wir sie dann zurückschicken und sie einer Nostalgie aussetzen, die sie nicht nur unglücklich, sondern auch für ihre Aufgaben unbrauchbar macht.«[1374] Hertha Firnberg argumentierte auf einer allgemeineren Ebene und wies auf die Gefahr eines *brain drain* zu Ungunsten der Dritten Welt hin, trat aber dennoch für Ausbildungsplätze in Österreich ein.[1375] Wie sehr dieser in der politischen Diskussion stets in den Mittelpunkt gerückte Schwerpunkt Ausbildungshilfe[1376] der entwicklungspolitischen Praxis entsprach, lässt sich auf Grund des zur Verfügung stehenden

---

[1369] NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2067.

[1370] Vgl. u.a. Weiß, Entwicklungshilfe verlangt Opfer, S. 67.

[1371] Kreisky, Die Rolle Österreichs, S. 356.

[1372] Außenminister Waldheim nach seiner Rückkehr von der UNCTAD am 16.2.1968 in einem Pressegespräch. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 8, 1968, H. 1, S. 39.

[1373] NR-Protokolle, IX.GGP/84, 5.12.1961, S. 3595. Sein Parteikollege Neumann ergänzte diese Schwerpunktsetzung einige Jahre später um Verhaltensmaßregeln für die angehenden Akademiker: »Der österreichische Steuerzahler braucht für diese große Mithilfe vor allem beim Studium ausländischer Studenten an österreichischen Universitäten sicher keinen Dank. Er erwartet aber [...], daß seine Gesellschaftsordnung, seine Lebensauffassung von diesen ausländischen Studenten auch volle Beachtung und volle Respektierung findet.« (NR-Protokolle, XI.GGP/116, 26.11.1968, S. 9331.)

[1374] Kreisky, Die Fragen der Entwicklungshilfe, S. 526. In ganz ähnlicher Richtung hatte sich Kreisky bereits in einer Rede auf der Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Salzburg am 1. Juli 1962 geäußert (in: Ders., Reden, Bd. 1, S. 361). Bei einer anderen Gelegenheit gab sich Kreisky hingegen überzeugt, dass »jeder fleißige Student aus den Entwicklungsländern, der hier in Wien oder Graz seine Ausbildung erfährt, [...] in seiner Heimat wertvollste Hilfe leisten« werde. (Kreisky, Die Rolle Österreichs, S. 356.)

[1375] NR-Protokolle, XI.GGP/120, 4.12.1968, S. 9918.

[1376] Auch in regierungsamtlichen Dokumenten wurde Ausbildungshilfe wiederholt als Schwerpunkt hervorgehoben, etwa im »Memorandum betreffend die österreichische Entwicklungshilfe« an die OECD aus dem Jahr 1965: »Die technische Hilfe soll [...] in erster Linie auf die Heranbildung einer mittleren Führungsschicht abzielen, die einmal für die beschleunigte Entwicklung des Landes zu sorgen haben wird; diese Ausbildung soll

Datenmaterials nicht exakt beziffern. Der relativ hohe Anteil, den die Aufwendungen für Studierende aus der Dritten Welt in Österreich sowie diverse Schulprojekte (u.a. in der Türkei, im Iran, in Guatemala und Afghanistan)[1377] innerhalb der bilateralen technischen Hilfe ausmachten, lässt innerhalb dieses Bereichs der Entwicklungshilfe keinen eklatatanten Widerspruch zwischen verbalem Anspruch und konkreter Umsetzung erkennen. Nimmt man jedoch die gesamten unter dem Titel öffentliche Entwicklungshilfe zusammengefassten – und von Exportkrediten dominierten – Finanzflüsse als Bezugsgröße, so entfiel lediglich ein geringer Teil der Mittel auf Bildungsmaßnahmen.

Ausbildungsziele wurden in der Regel ebensowenig thematisiert wie eine Koppelung von Ausbildungshilfe mit anderen Bereichen und Projekten der österreichischen Entwicklungshilfe. Wurden solche angesprochen, dann en passant und ohne erkennbare Einbettung in eine umfassendere entwicklungspolitische Strategie. Eine »Phase der Improvisation«, die Bodemer der bundesdeutschen Entwicklungspolitik für die 1950er und 1960er Jahre attestierte[1378], lässt sich in diesem Zeitraum auch für Österreich feststellen. Symptomatisch für das entwicklungspolitische Denken jener Zeit und daher an dieser Stelle zu erwähnen sind jene wenigen konkreten Projekte und Sektoren, die von Politikern als exemplarisch gewürdigt wurden: Die Erkundung von Bodenschätzen und der Ausbau der »Grundindustrien« generell,[1379] in Tunesien die »aviochemische Unkraut- und Schädlingsbekämpfung vom Flugzeug aus«[1380] und in Pakistan eine Schischule – ein derart »vorbildliches Projekt«[1381], dass Hertha Firnberg es ein Jahr später gleich noch einmal und ausführlicher schilderte.[1382]

Eine Reflexion entwicklungspolitischen Handelns fand in diesen frühen Jahren allem Anschein nach so gut wie nicht statt, die kulturellen und sozioökonomischen (geschweige denn die ökologischen) Konsequenzen von Entwicklungshilfe wurden ebenso wenig thematisiert wie Probleme des Paternalismus und Eurozentrismus. Eine der ganz seltenen Ausnahmen, die

---

nach Möglichkeit in den Entwicklungsländern selbst erfolgen.« (Zit. nach Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 26.)

[1377] Vgl. ebda., S. 292 ff.

[1378] Bodemer, Programmentwicklung, S. 280.

[1379] Hertha Firnberg, in: NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2068.

[1380] Abermals Hertha Firnberg, in: NR-Protokolle, XI.GGP/120, 4.12.1968, S. 9917.

[1381] NR-Protokolle, X.GGP/38, 10.12.1963, S. 2067.

[1382] Vgl. NR-Protokolle, X.GGP/61, 27.11.1964, S. 3250. Eineinhalb Jahrzehnte später diente dasselbe Projekt in einer Analyse der österreichischen Entwicklungshilfepolitik erneut als Beispiel, diesmal allerdings unter der Perspektive, »daß die Errichtung von Wintersportzentren (z.B. in Pakistan) [...] nicht der richtige Ansatz sein kann, solange die armen Landsleute der Wintersportler auf den Straßen verhungern« (Helmut Ornauer: Zur österreichischen Entwicklungshilfe und Entwicklungshilfepolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik

sich dem Themenkreis auf grundsätzlichere Weise näherten, war Karl Czernetz, der es bereits zu einem frühen Zeitpunkt, 1957, für »falsch« hielt, die Hilfe »als Gnadengeschenk der reichen westlichen Völker anzusehen. Jede Hilfe in der Form des Almosens ist demütigend, sie schadet ebensoviel wie sie nützt, sie verletzt, sie verärgert die Menschen, denen sie helfen soll, sie führt nie zur Dankbarkeit, sondern nur zur Verbitterung und schließlich zur Feindseligkeit.«[1383]

Unter geographischen Gesichtspunkten lässt sich feststellen, dass bei allen Diskussionen rund um die Vergabe von Entwicklungshilfe in den 1950er und frühen 1960er Jahren mit Asien jener Kontinent im Mittelpunkt stand, der zu jener Zeit für die kapitalistisch-realsozialistische Systemkonkurrenz besonders bedeutsam war. Gegen Ende der 1950er Jahre trat dann Afrika angesichts seiner Dekolonisierung zunehmend stärker ins Blickfeld, während Entwicklungshilfe für Lateinamerika erst im Lauf der 1960er Jahre zum Thema wurde – eine Abfolge, die sich im Wesentlichen nicht nur mit der tatsächlichen kontinentalen Verteilung der österreichischen Entwicklungshilfemittel deckte, sondern auch mit dem Verlaufsmuster in der Bundesrepublik Deutschland: Lateinamerika galt auch dort als natürliche Einflusszone der USA und blieb bis in die 1960er Jahre »– nicht zuletzt wegen seines relativ fortgeschrittenen Entwicklungsstands – weitgehend außerhalb des Aufmerksamkeitsradius der bundesrepublikanischen Entwicklungspolitik.«[1384]

Was die regionale Schwerpunktbildung betraf, hatte Außenminister Kreisky bereits 1964 vorgeschlagen, die österreichische Entwicklungshilfe solle »dort in erster Linie geleistet werden, wo es Menschen gibt, die zu unserem Land bereits in einem Nahverhältnis stehen«, und meinte damit die »Staaten des Nahen und Mittleren Ostens«, aus denen »Tausende Studenten« an österreichischen Hochschulen ausgebildet würden. »Ich will damit nicht sagen, daß wir dort, wo wir heute schon tätig sind, etwa in Indien, oder in manchen Staaten Afrikas, nicht weiter tätig sein, daß wir nicht auch an eine gewisse Streuung denken sollen, aber ich glaube, daß es unsere Hauptaufgabe ist, uns vor allem auf den Kreis jener Länder zu konzentrieren, von denen ich vorher gesprochen habe. Dazu kommt noch, daß uns mit diesen

---

1978, hrsg. von Andreas Khol und Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1979, S. 339).

[1383] Und weiter: »Die Sozialisten betrachten die Wirtschaftshilfe als eine gegenseitige. Die Hilfe der industriell hochentwickelten Staaten des Westens für die in Entwicklung befindlichen Wirtschaften der Völker des Ostens nützt beiden Teilen. Es ist daher kein Geschenk und keine Gnade, sondern eine gegenseitige Hilfe, die in Gegenseitigkeitsverträgen auf der Basis der Gleichberechtigung und Freiwilligkeit festgelegt werden soll. Wirtschaftliche Hilfe dieser Art darf nicht zu neuer Ausbeutung und Unterdrückung führen.« (Czernetz, Die Internationale zur Weltlage, S. 137.)

Ländern oft auch alte und gute politische Beziehungen verbinden.«[1385] Es blieb beim Vorschlag (der nie wieder aufgegriffen wurde), es blieb bei der Streuung. Hertha Firnberg befürwortete daher im Jahr 1968 die Konzentration der Entwicklungshilfe auf je einen Staat in Asien, Afrika und Lateinamerika als regionalen Schwerpunkt.[1386] Auch Außenminister Waldheim versicherte 1969 sein Bestreben, »durch die Bildung sachlicher und regionaler Schwerpunkte mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ein Maximum an Entwicklungseffekt zu erzielen.«[1387]

In den 1960er Jahren jedenfalls blieb diese wiederholt eingemahnte Schwerpunktbildung aus. In mehrere Dutzend Staaten der Dritten Welt floss in diesem Jahrzehnt bilaterale staatliche Entwicklungshilfe. Selbst wenn man den Bereich der Finanzhilfe (im Wesentlichen Export- und so genannte Entwicklungskredite) ausnimmt, verzeichnen Eder und Krobath in ihren Listen insgesamt 45 Länder, die von Österreich Mittel aus dem Titel der bilateralen öffentlichen Hilfe erhielten.[1388] Die jeweils 14 quantitativ bedeutendsten Empfängerländer finden sich im Folgenden dargestellt (siehe Abbildung 4 und Abbildung 5). Weder im Fall der bilateralen Gesamthilfe noch im Fall der bilateralen technischen Hilfe ist ein klares Muster zu erkennen. Zwar sind bei der technischen Hilfe (Abbildung 5) Staaten mit sehr niedrigem Pro-Kopf-Einkommen etwas stärker vertreten, von einer Konzentration auf diese Ländergruppe kann dennoch nicht gesprochen werden.

[1384] Bodemer, Programmentwicklung, S. 283.
[1385] Kreisky, Die Fragen der Entwicklungshilfe, S. 525.
[1386] NR-Protokolle, XI.GGP/120, 4.12.1968, S. 9917.
[1387] Kurt Waldheim: Österreich – ein Friedensfaktor der Weltpolitik. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 25, 1969, H. 4/5, S. 25.
[1388] Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 274–290.

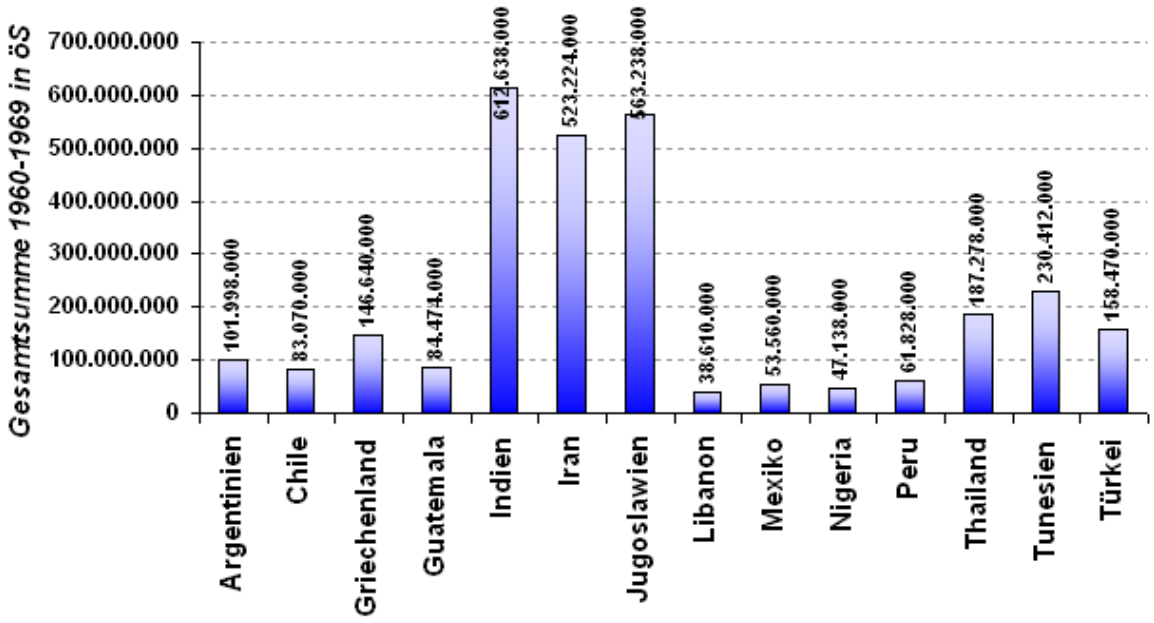


Abbildung 4: Die wichtigsten Empfängerländer bilateraler öffentlicher Entwicklungshilfe Österreichs, 1960–1969[1389]

Auffallend ist weiters, dass sich die weiter oben dargestellte antikommunistische Motivation der Entwicklungshilfe in der Auswahl der Empfängerländer niederschlug. Eindeutig prowestliche Staaten wie zu jener Zeit der Iran, die Türkei, Guatemala und Thailand zählten zu den Hauptempfängern der staatlichen Transferzahlungen. Dazu kamen führende Vertreter der Blockfreienbewegung (Mexiko, Indien, in geringem Maße sogar das nasseristische Ägypten), die zum Teil sogar sozialistisch, aber antisowjetisch orientiert waren (Jugoslawien, Tansania). Zum sowjetischen Einflußbereich zählende Staaten wie Nordvietnam, Nordkorea und Kuba erhielten ebenso keinerlei Art von Entwicklungshilfe wie die Volksrepublik China – ganz im Gegensatz zu prowestlichen »Frontstaaten« im Kalten Krieg wie Taiwan und Südkorea sowie Gebieten wie der damals noch portugiesischen Kolonie Mocambique oder dem franquistischen Spanien, die allesamt bilaterale technische Hilfe aus staatlichen Geldern erhielten (wenn auch in nicht allzu bedeutenden Quantitäten).

[1389] Es handelt sich dabei sowohl um technische als auch um Finanzhilfe. Zahlen aus Eder/Krobath, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 206–207.

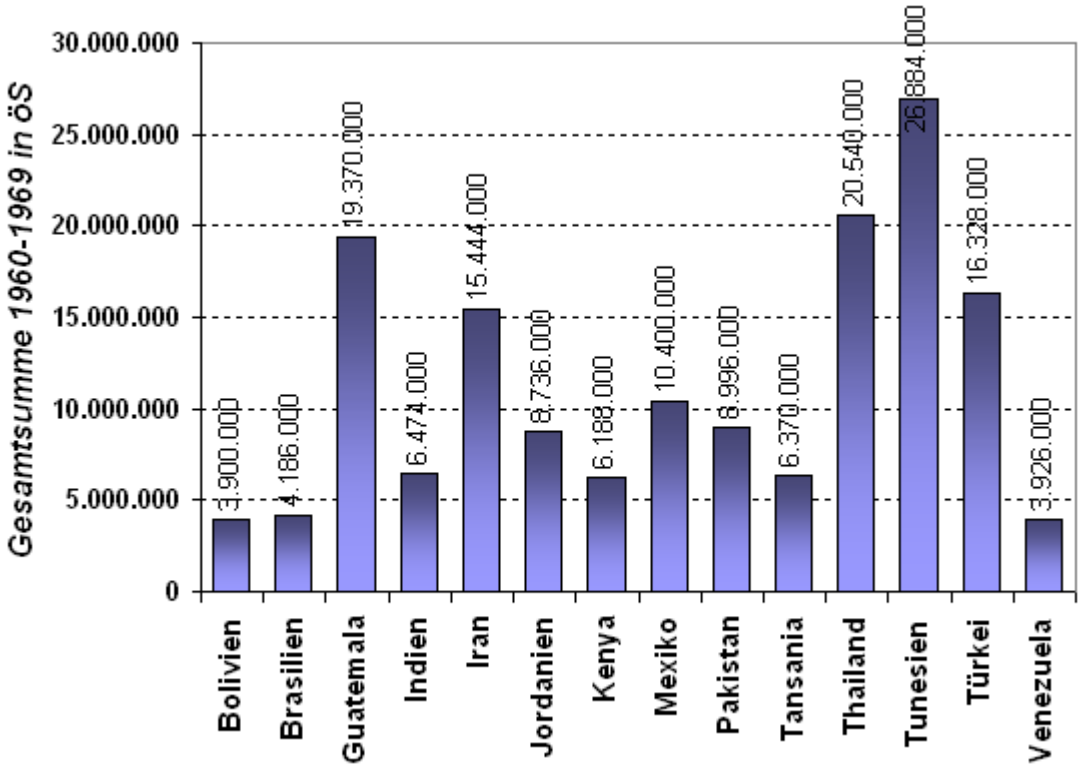


Abbildung 5: Die wichtigsten Empfängerländer bilateraler technischer Entwicklungshilfe aus öffentlichen Mitteln der Republik Österreich, 1960–1969[1390]

4.5.2 Von Anfang der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre

Auf der Makroebene blieben in den 1970er Jahren Wirtschaftswachstum und Industrialisierung oberstes Ziel, wenn auch soziale (Grundbedürfnisorientierung) und ökologische Faktoren (»Grenzen des Wachstums«) die entwicklungspolitische Programmatik um neue Nuancen bereicherten (siehe S. 190 ff.). Dabei handelte es sich allerdings – wie bei Kreiskys »Marshall-Plan für die Dritte Welt« – um prinzipielle Überlegungen, die von der realen österreichischen Entwicklungshilfe abstrahierten.

Was diese konkret in den Empfängerländern bewirken sollte, darüber verlor man wenig Worte. Ein Eindruck von Beliebigkeit, von – im wahrsten Sinn des Wortes – Ziellosigkeit macht sich breit, wenn man die politischen Aussagen der 1970er Jahre durchforstet. Symptomatisch für diese programmatische Leere war das Entwicklungshilfe-Gesetz des Jahres 1974, in dem man sich darauf beschränkte, Entwicklungshilfe als »alle Maßnahmen und Leistungen« zu definieren, »die der Vermittlung von Wissen und Können sowie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer dienen«[1391] – womit zwar die Frage nach

[1390] Zahlen aus ebda., S. 275–290.
[1391] BGBl. Nr. 474/1974.

dem Was in vagster Form geklärt wurde, die Frage nach dem Wohin jedoch völlig offen blieb. In der Parlamentsdebatte, in der das geplante Gesetz diskutiert wurde, wagte man sich etwas weiter vor als im Gesetzestext selbst. Entwicklungshilfe, so der SPÖ-Abgeordnete Kerstnig, sollte »den Entwicklungsländern und ihren Völkern die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Entfaltung, zum geistigen Wachstum und zum kulturellen Aufstieg bieten«[1392], sollte »einem immerwährenden Gesundungsprozeß der wirtschaftlichen und sozialen Struktur dieser Länder«[1393] dienen sowie »mit dem Ziel einer internationalen Arbeitsteilung eine weltweite Ausschöpfung der Ressourcen dieser Erde zur Hebung des Lebensstandards der Menschen aller Völker und Regionen ermöglichen«[1394]. Dieser letzte Punkt, der zugleich indirekt auf ökonomische Eigeninteressen Österreichs verwies, wurde auch von Bruno Kreisky ins Spiel gebracht, der es als wesentliche Zielsetzung betrachtete, »den Entwicklungsländern zu helfen, im Rahmen einer erweiterten Arbeitsteilung und einer Intensivierung der Welthandelsbeziehungen zu gleichwertigen Partnern der heutigen Industrieländer zu werden.«[1395] Diese verstreuten Äußerungen sind allerdings derart unbestimmt, dass es schlechterdings unmöglich gewesen sein dürfte, die Praxis der Entwicklungshilfe an derartigen Vorgaben auszurichten oder zu messen. Etwas konkreter wurden lediglich Staatssekretär Veselsky, der die österreichische Entwicklungshilfe-Politik als »Beitrag zur Bekämpfung der weltweiten Arbeitslosigkeit«[1396] verstanden wissen wollte (und damit nicht nur österreichische Arbeitsplätze meinte), sowie der ÖVP-Abgeordnete Höchtl, der die Befriedigung der Grundbedürfnisse als primäre Aufgabe bezeichnete[1397]. Insgesamt brachte das öffentliche Nachdenken über Entwicklungshilfe in programmatischer Hinsicht wenig Konkreteres hervor als bereits in den 1960er Jahren verbreitete Topoi wie die »Behebung von Hunger und Not«[1398] bzw. die »Überwindung der Not in allen ihren

---

[1392] NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11040.

[1393] Ebda., S. 11043.

[1394] Ebda.

[1395] II-861 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 13. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 15.5.1972 (355/AB).
Ganz ähnlich Josef Taus fünf Jahre später, der die Entwicklungsländer in die Lage versetzen wollte, »als gleichberechtigte Partner gegenüber den Industrienationen aufzutreten.« (Taus, Die außenpolitischen Vorstellungen, S. 18.)

[1396] Veselsky, Politik der Partnerschaft, S. 27.

[1397] Vgl. NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4563. In diesem Zusammenhang krisierte Höchtl die Finanzierung einer Musikschule auf Malta ebenso wie das bereits erwähnte Schizentrum in Pakistan (vgl. ebda., S. 4564).

[1398] Kreisky, Rede auf der Konferenz der Accion Democratica, S. 594.

Erscheinungsformen, Analphabetismus, Unterernährung, Beseitigung unterentwickelter Wirtschaftsstrukturen«[1399].

Vielleicht lag dieses Defizit in der übermächtigen Realität einer Entwicklungshilfe begründet, deren höchst disparate Bestandteile (bei überdies sehr geringem Umfang) es als frivol erscheinen lassen mochten, einen gemeinsamen Nenner zu suchen und allgemeine Ziele zu formulieren; zugleich hätte eine derartige Festlegung eine Einengung jenes Handlungsspielraums bedeutet, auf den man aus außenpolitischen und ökonomischen Gründen wohl nur ungern verzichtete. Vielleicht lag es aber auch daran, dass speziell einige Sozialdemokraten die Entwicklungshilfe »in eine allgemeine internationale Krise gekommen«[1400] sahen und ihr lediglich einen »stark homöopathischen Charakter«[1401] attestierten. Stattdessen richteten sie ihre politische und intellektuelle Energie eher auf große, multilaterale Anstrengungen wie die Neue Internationale Wirtschaftsordnung oder den »Marshall-Plan für die Dritte Welt«. »Was wir brauchen,« erklärte der zuständige Staatssekretär Veselsky, »ist eigentlich nicht eine Verteilung von Almosen, sondern die Entwicklung einer neuen partnerschaftlichen Kooperationsbasis, einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung.«[1402]

Ins Positive gewendet, könnte man das Fehlen weitreichender Konzepte als Verzicht auf paternalistische Beeinflussungsversuche verstehen – eine Grundhaltung, die sich angesichts der globalen Konstellation der 1970er Jahre, der Emanzipationsbestrebungen der Dritten Welt, durchaus empfahl. Tatsächlich wurde in der politischen Debatte die Autonomie und Gleichrangigkeit der peripheren Staaten deutlich stärker herausgestrichen als in den Jahren zuvor. Jenes Schlagwort, das die damit verbundene Beschränkung der eigenen Rolle am besten ausdrückte, war die Anfang der 1970er Jahre erstmals in der entwicklungspolitischen Rhetorik auftauchende »Hilfe zur Selbsthilfe«[1403]. Entwicklungshilfe müsse eine »echte Partnerschaftsleistung«[1404] sein, und man solle sich damit abfinden, dass die Staaten der

---

[1399] Karasek, Für eine engagierte Neutralitätspolitik, S. 38.

[1400] Ernst Eugen Veselsky, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11051. Als Begründung für seinen Pessimismus führte er die »Grenzen des Wachstums«, »Energieverknappung« und eine Vertiefung des Wohlstandsgefälles an (ebda.).

[1401] Kreisky, Rede auf der Konferenz der Accion Democratica, S. 594.

[1402] NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11051. Diese Position vertrat Veselsky auch noch Anfang der 1980er Jahre, als er vor dem Glauben warnte, »daß es, wenn man Brosamen von 0,7 Prozent des BIP an Hilfeleistungen den Armen der Welt ausstreut, keine Armut mehr geben wird. Wichtiger ist es, eine neue Form des partnerschaftlichen, des gerechten Miteinanderlebens zu ermöglichen, und das bedeutet eine neue Weltwirtschaftsordnung.« (NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1437.)

[1403] Fritz König, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/9, 7.12.1971, S. 518.

[1404] Ebda.

Dritten Welt »andere Vorstellungen von den Prioritäten«[1405] der Entwicklungshilfe hätten. Wiederholt wurde das Ideal der Partnerschaftlichkeit beschworen und versichert, dass Entwicklungshilfe »kein Instrument der internationalen Beeinflussung«[1406] sei, sondern nach Möglichkeit »die Entwicklung der eigenen Lebensfähigkeit und Lebensmöglichkeiten sowie die Souveränität fördert«[1407]. Nur in Ausnahmefällen wurde die Gewährung von Entwicklungshilfe – auch dies »im Sinne einer echten Partnerschaft«[1408] – mit der Erwartung an das Empfängerland verknüpft, »Strukturreformen durchzusetzen«[1409]. Den vorläufigen und bis heute gültigen terminologischen Endpunkt des Partnerschafts-Diskurses bildete der Begriff »Entwicklungszusammenarbeit«, der seit Ende der 1970er Jahre[1410] zu einem zentralen Bestandteil des entwicklungspolitischen Vokabulars wurde.

Konkreter und ausführlicher als die allgemeinen Ziele diskutierte man die Schwerpunkte der Entwicklungshilfe. Prinzipiell war man sich darüber einig, dass die »Gießkannenmethode«[1411] (auch als »Gießkannenprinzip« zum traditionellen Inventar entwicklungspolitischer Debatten zählend), von Übel, und die Festlegung sachlicher und geographischer Schwerpunkte vonnöten sei, um effiziente und langfristige Maßnahmen setzen zu können.[1412] In sachlicher Hinsicht schloss man bruchlos an die 1960er Jahre an und stellte weiterhin die Ausbildungshilfe in den Mittelpunkt.[1413] Allerdings spielte nunmehr die universitäre Ausbildung in den Überlegungen eine deutlich geringere Rolle. Zwar unterstrich Außenminister Bielka die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für den Entwicklungsprozess und versprach daher die Förderung von Forschungseinrichtungen in der Dritten Welt. In personeller Hinsicht erblickte er jedoch das Problem nicht in einem Mangel an Akademikern, sondern im »Fehlen von Technikern der mittleren Ebene«[1414], weshalb Österreich die Errichtung technischer Gewerbeschule

---

[1405] Bruno Kreisky, in: NR-Protokolle, XII.GGP/21, 2.12.1970, S. 1546.

[1406] Kreisky, Rede auf dem Parteitag der SPÖ, Villach, 18. April 1972, S. 216.

[1407] Firnberg, Entwicklungspolitik und Universitäten, S. 38.

[1408] Hans Hesele, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4554.

[1409] Ebda.

[1410] In den untersuchten Quellen taucht der Begriff erstmals 1979 auf (vgl. Nußbaumer, Die österreichische Entwicklungspolitik, S. 121). Stellvertretend für viele ähnliche Äußerungen sei hier Veselsky zitiert: »Es ist [in den letzten Jahren] viel klarer geworden, daß die Dritte Welt nicht Almosen verlangt, nicht Geschenke, nicht Caritas, sondern Anerkennung als Menschen, Anerkennung als Partner, eine partnerschaftliche Zusammenarbeit. Von ihrem Standpunkt ist es also sicherlich etwas obsolet, daß wir im Parlament in Österreich, das diesen Anliegen positiver gegenübersteht als andere Industriestaaten [...], auch noch immer von Entwicklungs h i l f e reden, wo es doch um Zusammenarbeit geht [...].« (NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2349.)

[1411] Ernst Eugen Veselsky, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11052.

[1412] Vgl. u.a. Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4546.

[1413] U.a. Paul Kaufmann, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/52, 5.12.1972, S. 4490.

[1414] Bielka, Erklärung vor der Siebenten Sondertagung, S. 303.

unterstütze – ein Schwerpunkt, der wenig später von Staatssekretär Nußbaumer um »landwirtschaftliche Schulprojekte«[1415] ergänzt wurde. Zu zentralen Figuren innerhalb der von allen Parlamentsparteien befürworteten »geistigen Entwicklungshilfe«[1416] avancierten die Entwicklungshelfer, deren Anstrengungen und Leistungen in den 1970er Jahren mehrfach gewürdigt wurden.[1417] In seltenen Fällen nahm das Lob des Entwicklungshelfers eindeutig paternalistische Züge an – nicht nur, »daß die Menschen in diesen Ländern keine Ahnung von modernen Wirtschaftsproblemen haben«[1418]: »Den Frauen, den Müttern in diesen Gebieten muß oft erst gelehrt werden, wie sie mit den Nahrungsmitteln umgehen müssen, um den Nährwert entsprechend erhalten zu können. Das muß man diesen Leuten erst beibringen.«[1419] Aber immerhin: »Mir wurde gesagt, daß die Eingeborenen sehr bemüht sind zu lernen.«[1420]

Eine wesentliche Akzentverschiebung wurde Mitte der 1970er Jahre sichtbar, als die Landwirtschaft ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte. Die angestrebte Steigerung der Nahrungsmittelproduktion sollte auf mehreren Ebenen erreicht werden, von verbesserter Ausbildung über neue Organisationsformen (Genossenschaftswesen) bis hin zum Einsatz von Kunstdünger, neuen Tierrassen und verbesserten Zuchtmethoden.[1421] Besonders erfreut zeigte man sich über ein Tierzucht-Abkommen zwischen Österreich und Tunesien, das durch den Export österreichischer Zuchtstiere Quantität und Qualität des tunesischen Viehbestands erhöhen sollte[1422] – wie überhaupt die Viehzucht besondere Wertschätzung genoss, sei es als »Beitrag zur Schließung der Welt-Eiweißlücke in den Entwicklungsländern«[1423], sei es aus niedrigeren Beweggründen[1424]. Der Einzige, der hinsichtlich des Agrarschwerpunkts gewisse Bedenken anmeldete, war Staatssekretär Nußbaumer. Er wies darauf hin, dass es Österreich

---

[1415] NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2361.

[1416] Friedhelm Frischenschlager, in: NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2356.

[1417] Vgl. u.a. Josef Krainer, in: NR-Protokolle, XII.GGP/21, 2.12.1970, S. 1499.

[1418] Jakob Brandstätter, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11049.

[1419] Ebda., S. 11050.

[1420] Ebda.

[1421] Vgl. u.a. ebda., S. 11049.

[1422] Michael Maderthaner, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/136, 19.2.1975, S. 13295.

[1423] Veselsky, Politik der Partnerschaft, S. 28.

[1424] Mit dem österreichisch-tunesischen Zucht-Abkommen sollte beispielsweise »rasch ein neues Verbreitungsgebiet der Braunviehrasse« geschaffen werden, »wodurch wieder für die Zukunft ein Absatzmarkt für den österreichischen Zuchtviehexport besteht.« (Michael Maderthaner, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/136, 19.2.1975, S. 13295.) In einem Pressegespräch im November 1975 nannte Staatssekretär Veselsky das österreichische Rinderzuchtprogramm als Beispiel für »partnerschaftliche Entwicklungshilfe«, machte aber kein Hehl daraus, dass der Ausgangspunkt die Absatzkrise bei heimischen Zuchtrindern gewesen sei. Daraufhin seien Algerien, Tunesien und Ghana Zuchtrinder sowie kostenloses Fachpersonal zur Etablierung einer lokalen Rinderzucht angeboten worden. Auf diese Weise entstünden »für beide Partner des Projekts bleibende Vorteile.« (Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 15, 1975, H. 6, S. 366.)

im Bereich der tropischen Landwirtschaft an Kompetenz mangle – zu einem Zeitpunkt (Anfang 1980), als die Erfahrungen mit teuren und oft erfolglosen Musterfarmen dazu führten, dass von österreichischer Seite zunehmend Kleinprojekte unterstützt wurden.[1425] In den absoluten Zahlen der bilateralen Entwicklungshilfe schlug sich der neue Schwerpunkt Landwirtschaft erst in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nieder, wobei er lediglich im Jahr 1978 anteilsmäßig die erste Stelle einnahm; auch die Ausbildungshilfe vor Ort (also ohne Studienplatzkosten in Österreich) nahm bei weitem nicht jene dominante Position ein, wie dies angesichts der politischen Debatte zu erwarten gewesen wäre.[1426]

Über die geographischen Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungshilfe wurde erst ab Mitte der 1970er Jahre rege diskutiert. Ein punktueller Vorstoß erfolgte im Jänner 1973, als Außenminister Kirchschläger die österreichische Bereitschaft bekundete, »am Wiederaufbau Vietnams«[1427] mitzuwirken. Eine Woche später schlug Kreisky die Gründung eines österreichischen Nationalkomitees vor, das »den Menschen beider Vietnam«[1428] helfen solle. Dieses Nationalkomitee solle in erster Linie von Jugendorganisationen gebildet werden, die von ihnen aufgebrachten Beträge würde dann die Bundesregierung verdreifachen.[1429] »Es wird sich hier um eine Hilfsaktion handeln, die größer ist als irgendeine Hilfsaktion, die seitens Österreichs in der Vergangenheit erfolgt ist«[1430], erklärte Kreisky im Nationalrat. Auch die ÖVP befürwortete Hilfsmaßnahmen für Süd- und Nord-Vietnam (und versuchte sie mit den Exportinteressen der österreichischen Agrarwirtschaft zu verknüpfen)[1431]. Einwände des FPÖ-Abgeordneten Broesigke, der auf die andauernden Kriegshandlungen hinwies, sowie des SPÖ-Abgeordneten Lanc[1432] scheinen wenig gefruchtet zu haben, denn bis Sommer 1974 wur-

---

[1425] Vgl. Anselm Skuhra: Das österreichische Entwicklungshilfe-Programm – Ziele, Änderungen und ihre Ursachen. In: Dritte Welt in Forschung und Politik, hrsg. von Franz Kolland [u.a.]. Wien: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik 1984, S. 33.

[1426] Vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 67 u. 68.

[1427] Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 13, 1973, H. 1, S. 38.

[1428] Ebda., S. 39.

[1429] Vgl. Bruno Kreisky, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/67, 21.3.1973, S. 6323.

[1430] Ebda., S. 6324.

[1431] »Ich bitte, [...] so viel Trockenmilch nach Vietnam zu liefern, daß der Überschuß dieses wertvollen Volksnahrungsmittels für Österreich beseitigt und gleichzeitig die verfügte Erhöhung des Milchkrisengroschens als Absatzförderungsbeitrag rückgängig gemacht und dadurch unseren notleidenden Milchbauern gleichzeitig geholfen werden kann. (Beifall bei der ÖVP.)« (Herbert Stohs, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/67, 21.3.1973, S. 6323.) Diesen Exportambitionen trat allerdings Kreisky deutlich entgegen, einerseits aus prinzipiellen Gründen, da »es sich um einen Akt der internationalen Caritas handelt«, andererseits unter Berufung auf die FAO, die vor der Verwendung von Milchpulver in asiatischen Ländern gewarnt habe (ebda., S. 6329).

[1432] »Soll man vielleicht gar dem korrupten, halbfaschistischen Regime Thieu in der Republik Südvietnam etwas geben? Und mit welchen Verwendungsgarantien? Nimmt die Demokratische Republik Vietnam überhaupt Hilfe an? [...] Hilfe an wen, durch wen, für wen? Dieser Problemkreis ist weder für bilaterale noch für multilaterale Hilfe geklärt.« (NR-Protokolle, XIII.GGP/67, 21.3.1973, S. 6325.)

den insgesamt 25 Millionen Schilling aufgebracht.[1433] Angesichts des sich immer deutlicher abzeichnenden Sieges der Kommunisten in Südvietnam scheint allerdings die Bereitschaft der österreichischen Politiker, sich am Wiederaufbau Vietnams zu beteiligen, rasch nachgelassen zu haben – im Quellenkorpus finden sich jedenfalls keine weiteren Äußerungen in diese Richtung.[1434]

Weniger anlassbezogen erfolgten dann die Diskussionen darüber, auf wie viele und welche Länder die österreichische Entwicklungshilfe einzugrenzen sei. Während Kreisky zwischendurch für eine relativ große Zahl von Empfängerländern plädierte[1435], ging die Tendenz ganz eindeutig in Richtung einer restriktiven Auswahl – bis hin zu Vorschlägen, die Entwicklungshilfe auf ein einziges Land zu fokussieren und diesem so »den industriellen Durchbruch«[1436] zu ermöglichen. Im November 1974 berichtete Staatsekretär Veselsky von Bemühungen, die Entwicklungshilfe auf etwa zehn Schwerpunktländer zu konzentrieren,[1437] 1975 zählte Kreisky einige auf: »Maghrebländer ohne Libyen, einige Länder südlich der Sahara, wie z.B. Kenia und Sambia, aber auch Senegal und Obervolta sowie in Südostasien Indonesien, Malaysia, Indien und Pakistan«[1438]. Zwar meinte der SPÖ-Abgeordnete Hatzl, es habe »eine Konzentration der Entwicklungshilfe auf wenige Staaten gegeben«[1439], doch die Praxis widerlegte ihn: Allein in Afrika erhielten zwischen 1976 und 1981 46 Staaten bilaterale österreichische Entwicklungshilfe, eine größere Zahl als in den Jahren 1970 bis 1974.[1440] Anfang der 1980er Jahre wurden dann neue konzeptionelle Anläufe gestartet: Die Schwerpunktländer, die Staatssekretär Nußbaumer nun ins Spiel brachte, unterschieden sich deutlich von jenen, die Kreisky einige Jahre zuvor erwähnt hatte. Sie umfassten – alle nicht namentlich genannt – einige zentralafrikanische Länder, einige kleinere Länder in Asien sowie eine »ganz kleine Gruppe von Andenstaaten«[1441].

[1433] Vgl. Hans Kerstnig, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11041.

[1434] Allerdings sind für die Jahre 1975 und 1976 Entwicklungshilfeleistungen im Wert von 625.000 bzw. 110.500 Schilling ausgewiesen (vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 176).

[1435] Vgl. NR-Protokolle, XIV.GGP/91, 19.4.1978, S. 8731. Begründet wurde dies damit, »daß einzelne Projekte über ihre zahlenmäßige Bedeutung hinaus einen sehr erzieherischen Effekt haben und einen nützlichen wirtschaftlichen Sekundäreffekt erzielen.« (Ebda.)

[1436] Karl Czernetz, in: NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11047.

[1437] Vgl. Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 14, 1974, H. 6, S. 353.

[1438] II-455 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 14. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 28.4.1976 (244/AB).

[1439] NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4558.

[1440] Vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 73.

[1441] NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2361.

Das politische System der Empfängerländer spielte in den 1970er Jahren – zumindest verbal – eine völlig untergeordnete Rolle, lediglich Außenminister Pahr bekannte sich dazu, »daß Staaten, die beharrlich Menschenrechte verletzen, keine Hilfe erhalten sollen.«[1442] Eine Liste jener Länder, in denen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre Entwicklungshilfeprojekte durchgeführt wurden, weist allerdings Staaten wie Indonesien, Irak und die Philippinen aus.[1443] Die antikommunistische Vergabepraxis setzte sich in den 1970er Jahren fort – von wenigen Ausnahmen abgesehen, floss keine Entwicklungshilfe an prosowjetisch ausgerichtete Staaten.[1444]

Einig waren sich Regierung und Opposition darin, dass »in höherem Maß als bisher den wirtschaftlich schwächsten und von den Krisenerscheinungen der letzten Zeit besonders betroffenen Ländern [MSACs]«[1445] geholfen werden müsse – ein Ziel, das sowohl von Bundeskanzler Kreisky als auch von Staatssekretär Nußbaumer bestätigt wurde.[1446] Allerdings erwies sich auch in diesem Fall, dass Programmatik und Realität deutlich auseinanderklafften, denn 1977/78 flossen lediglich 2 Prozent der bilateralen Entwicklungshilfe an die LLDCs.[1447]

4.5.3 Von Anfang der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre

Wie bereits weiter oben erwähnt, wurden die Diskussionen über Entwicklungshilfe in den 1980er Jahren inhaltlich zunehmend profunder und detaillierter. Professionalisierung und Spezialisierung hielten auch in diesem Politikbereich Einzug, die entwicklungspolitischen Sprecher der jeweiligen Parteien drängten die außenpolitischen Generalisten zunehmend an den Rand. Diese Veränderungen (möglicherweise in Verbindung mit einem allgemein höheren Informationsstand in Sachen Dritte Welt) führten dazu, dass in den 1980er Jahren die Prinzipien, Ziele und Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungshilfe-Politik deutlich prägnanter und umfassender formuliert wurden als in den Jahrzehnten zuvor.

[1442] NR-Protokolle, XIV.GGP/70, 17.11.1977, S. 6667. Es handelte sich allerdings um die einzige Äußerung dieser Art aus den 1970er Jahren, und auch diese erfolgte erst auf eine Anfrage Tassilo Broesigkes, ob der »Marshall-Plan für die Dritte Welt« auch Staaten wie Uganda einschließen solle. Pahr relativierte seinen Standpunkt auch dahingehend, dass der »Marshall-Plan für die Dritte Welt« nicht für Staaten, sondern für ganze Regionen vorgesehen sei (vgl. ebda.).

[1443] Vgl. Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 166 ff.

[1444] Vgl. ebda.

[1445] Bielka, Erklärung vor der Siebenten Sondertagung, S. 302 f. Ebenso Heribert Steinbauer, der diesbezügliche Versäumnisse in der Entwicklungshilfe-Politik monierte (vgl. NR-Protokolle, XIV.GGP/47, 2.2.1977, S. 4547).

[1446] Vgl. II-4994 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 13. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 3.9.1975 bzw. Nußbaumer, Die österreichische Entwicklungspolitik, S. 121.

[1447] Vgl. Sertic, Analyse und Bilanz, S. 149.

Nach wie vor schenkte man der unmittelbaren Bekämpfung des Hungers ein gewisses Maß an Aufmerksamkeit[1448], doch in der Regel blieb dieses punktuelle Ziel eingebettet in umfassendere Konzepte zur »Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse«[1449]. Gleichgültig, ob man »die Verbesserung der Basisversorgung«[1450], die »Hilfe zur Selbsthilfe für die Ärmsten der Armen«[1451] oder »Befriedigung der Grundbedürfnisse der breiten Bevölkerungsmassen«[1452] anstrebte – mit einigen Jahren Verspätung war die die *basic needs*-Strategie zu einem festen Bestandteil der österreichischen Entwicklungshilfe-Programmatik geworden, über alle Parteigrenzen hinweg. Prinzipiell änderte sich daran auch in den 1990er Jahren nichts, lediglich terminologisch kam es – der internationalen Diskussion folgend – zu einer Erweiterung in Richtung »Armutsverminderung«[1453] bzw. »direkte Armutsbekämpfung«[1454] (wobei diese Begriffe weitgehend synonym mit der weiterhin als Ziel proklamierten Befriedigung der Grundbedürfnisse[1455] verwendet wurden). Das Motto »Hilfe zur Selbsthilfe« wurde seit Anfang der 1980er Jahre noch deutlich stärker strapaziert als in den 1970er Jahren (erneut: quer durch alle Parteien), eine eigenartige Ambivalenz signalisierend: Einerseits als Absage an paternalistische Entwicklungspläne des Nordens, andererseits – analog zur entsolidarisierenden Ideologie des individuellen Aufstiegs durch eigene »Tüchtigkeit« – als Delegierung der Verantwortung für Scheitern oder Gelingen von Entwicklungsprojekten an die Empfängerländer, unter Ausklammerung weltwirtschaftlicher oder vom Geberland gesetzter Rahmenbedingungen. »Selbsthilfe« wurde allerdings keineswegs im Sinn der in den 1970er Jahren propagierten Konzepte des *de-linking*, der autozentrierten Entwicklung, verstanden, sondern ergänzt durch das oft beschworene Prinzip der »Partnerschaft«, mit dem »Ziel möglichst enger und harmonischer Beziehungen zwischen

---

[1448] »Solang Hunger und Elend in diesem Ausmaß vorhanden sind, hat nach meinem Dafürhalten die Hilfe immer noch höchste Priorität zu haben und erst dann all das, was man an politischen Maßnahmen unter dem Begriff ›Entwicklungspolitik‹ zusammenfassen könnte. Solang Menschen verhungern, solang Menschen täglich sterben, ist die Aufforderung zu helfen die erste und dringlichste Aufforderung.« (Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1432.)

[1449] Fritz Hochmair, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1446.

[1450] Frischenschlager, Für eine Außenpolitik im Sinne der Freiheit, S. 65.

[1451] Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/71, 11.12.1984, S. 6244.

[1452] Jankowitsch, Das Prinzip Entwicklungshilfe, S. 53.

[1453] Mock, Perspektiven, S. 151.

[1454] Brigitte Ederer: Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 10, 1994, H. 1, S. 11. Im zitierten Aufsatz von Brigitte Ederer erfolgte sogar eine Verknüpfung mit der Menschenrechtsdebatte: »Wenn Hunger und extreme Armut die verbreitetsten Menschenrechtsverletzungen in der Dritten Welt darstellen, so muß eine menschenrechtsorientierte Entwicklungszusammenarbeit hier ihr wichtigstes Aufgabenfeld sehen.« (Ebda.)

[1455] U.a. ebda.

Geber- und Nehmerländern«[1456]. Damit war im ideologischen Bereich jene Mischung aus Exklusion und Inklusion komplettiert, die das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie prägt und dem Kapital die größtmögliche Bewegungsfreiheit bei geringstmöglichen Kosten verschafft.

Diese Dichotomie setzte sich fort, wenn es um Inhalt und Richtung der angestrebten Entwicklung ging: Wiederholt – und parteiübergreifend – versicherte man, dass »Entwicklungszusammenarbeit [...] nicht paternalistisch auftreten, [...] nicht von außen her Modelle aufoktroyieren«[1457] dürfe, »daß wir die Menschen nicht dadurch glücklicher machen, indem wir sie so machen, wie wir sind, sondern indem wir ihnen helfen, so sein zu können, wie sie es sich erträumen und wie es in ihrem Lebensbereich mit ihrer Kultur und in ihren geographischen Breiten üblich ist.«[1458] Inwieweit die österreichische Entwicklungshilfe der Realisierung von Träumen diente, kann hier leider nicht festgestellt werden. Doch bereits auf der Diskursebene klang die Brüchigkeit dieses Selbstbestimmungskonzepts durch: Einmal mehr im Namen der Partnerschaft sollte versucht werden, »unsere Erfahrungen im wirtschaftlichen Bereich, [...] unsere Erfahrungen im Bildungsbereich«[1459] einem Staat der Dritten Welt zur Verfügung zu stellen; der FPÖ-Abgeordnete Frischenschlager erkor gar »den Transfer unseres gesellschaftlichen und politischen Lebens in die Länder der Dritten Welt zum Ziel«[1460] und sein Parteikollege Gudenus betrachtete Entwicklungshilfe als »Anleitung zur Selbsthilfe«[1461]. »Diese Länder«, meinte er, »sollen im Rahmen ihrer Traditionen angehalten werden, das Beste für ihre Bevölkerung zu machen.«[1462] Peter Jankowitsch überlegte 1992 anlässlich des 500-Jahr-Jubiläums der »Entdeckung« Amerikas »einen neuen Aufbruch [...], der vielleicht nicht weniger bedeutend sein wird als der des Kolumbus, in Richtung Demokratie, Menschenrechte, in

---

[1456] Alois Mock, in: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 321.

[1457] Ederer, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte, S. 12.

[1458] Othmar Karas, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/75, 19.10.1988, S. 8582. Nicht anders äußerte sich die FPÖ-Abgeordnete Klara Motter: Es könne »doch nur darum gehen, Ländern, die in Not sind, Ländern, die noch keinen Lebensstandard der sogenannten Ersten Welt erreicht haben, unter Wahrung ihrer kulturellen Eigenheit, unter Rücksichtnahme auf ihre Selbstachtung, unter Beachtung und Respekt vor deren Tradition, Sitte und Überlieferung zu helfen, sich selber weiterzuentwickeln. Wohin und wie weit die sogenannte Entwicklung aber gehen soll, sollte den Völkern zur eigenen Entscheidung überlassen bleiben.« (NR-Protokolle, XVII.GGP/117, 9.11.1989, S. 13898.)

[1459] Josef Höchtl, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11772. Bereits 1984 hatte Alois Mock »unsere gesellschaftlichen Erfahrungen als Möglichkeit der Problemlösung in Ländern der Dritten Welt« angeboten und gemeint, es »sollte auch in den Entwicklungsländern darum gehen, die Chancen einer sozialen Marktwirtschaft zu nutzen.« (Mock, Außenpolitische Erklärung 1984, S. 251.)

[1460] Frischenschlager, Brot – Freiheit – Friede, S. 13.

[1461] NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9207.

[1462] Ebda.

Richtung all derer, die sie heute noch entbehren müssen.«[1463] Durch »die Verbreitung dessen, was wir hier im Westen besitzen an Werten der Demokratie, der Menschenrechte, auch des Humanismus«, wollte Jankowitsch »nach dieser besseren Welt [...] suchen«[1464]. Dem Widerspruch zwischen diesem missionarischen Gestus eines Menschenrechts-Konquistadors und der wiederholt beschworenen Selbstbestimmung der Dritten Welt begegnete er (und nicht nur er) mit dem Hinweis auf die Universalität der Menschenrechte,[1465] womit man, so die Annahme, nur zum Durchbruch verhelfe, was allen Gesellschaften naturrechtlich eingeschrieben sei.[1466]

Als neben der Grundbedürfnisstrategie zweite Leitlinie der österreichischen Entwicklungshilfe-Politik kristallisierte sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre – also etwas später als im Rahmen der allgemeinen entwicklungspolitischen Diskussion – der Umweltschutz heraus,[1467] den etwa Bundeskanzler Vranitzky 1992 im damals geplanten neuen Entwicklungshilfegesetz verankert wissen wollte[1468] und dem auch der zuständige Staatssekretär Jankowitsch besondere Priorität einräumte[1469]. Auch in jenen seltenen Fällen, in denen Wachstum und Industrialisierung als Ziele in den Vordergrund gestellt wurden, geschah dies in der Regel nicht mehr ohne den Zusatz »unter Berücksichtigung ökologischer Gegebenheiten«[1470]. Die zentralen Tendenzen der Entwicklungshilfe-Programmatik seit Mitte der 1980er Jahre fasste eine Formulierung von Jankowitschs Nachfolgerin, Brigitte Ederer, zusammen: Sie redete »einer selbstbestimmten, tragfähigen und dauerhaften Entwicklung« das Wort, »die ökonomisches Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit verbindet«[1471].

[1463] NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 14.10.1992, S. 9163.

[1464] Ebda.

[1465] Vgl. u.a. Peter Jankowitsch: Menschenrechte – Wunsch und Wirklichkeit. Das Dilemma der Vereinten Nationen. In: Die Zukunft, 1993, H. 8, S. 18 sowie ders., Demokratie, Menschenrechte, Entwicklungshilfe, S. 24.

[1466] Als Mittel zu diesem Zweck erwies sich insbesondere die politische Konditionalität von Entwicklungshilfe – siehe dazu S. 288 f.

[1467] Vgl. u.a. Heinrich Neisser, der 1988 verlangte, »im Interesse einer dauerhaften Entwicklung Umweltprobleme stärker zu berücksichtigen.« (NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 4.)

[1468] Vgl. NR-Protokolle, XVIII.GGP/81, 23.9.1992, S. 8996.

[1469] »Der Schutz der Umwelt, die Erhaltung der Artenvielfalt, die Rehabilitierung bereits geschädigter natürlicher Ressourcen wie Böden oder Wälder ist ebenfalls eine der zentralen zukünftigen Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit.« (Jankowitsch, Ins Zentrum der Politik, S. 18.)

[1470] Peter Jankowitsch, in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 10.

[1471] Ederer, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte, S. 12.

Ebenfalls in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre begannen sich Teile des politischen Spektrums mit der Rolle von Frauen in peripheren Gesellschaften auseinanderzusetzen und traten für deren gezielte Förderung im Rahmen der Entwicklungshilfe ein. Ursache für diese Haltung war nicht nur die Annahme, dass Frauen von Verelendungsprozessen – Stichwort: »Feminisierung der Armut«[1472] – überdurchschnittlich stark betroffen waren, sondern man erwartete sich auch, dass die Effizienz von Entwicklungsprojekten durch die Einbindung der Frauen gesteigert würde, »insbesondere im Bereich der Gesundheit, im Bereich der Landwirtschaft, im Bereich der Familienplanung.«[1473] Insbesondere sozialdemokratische Politikerinnen erwiesen sich als treibende Kraft und hielten es beispielsweise für »völlig unakzeptabel, daß in den Perspektiven der österreichischen Entwicklungshilfepolitik dieser Frauenschwerpunkt [...] überhaupt nicht mehr erwähnt ist«[1474]. Waltraud Horvath richtete 1988 eine schriftliche Anfrage an Außenminister Mock, in der sie Aufklärung über die Ablehnung eines Frauenprojekts in Kolumbien sowie den Stellenwert der Frauen in der Entwicklungshilfe-Praxis verlangte.[1475] Außenminister Mock gestand ein, dass es derzeit nur ein explizites Frauenprojekt gebe[1476], wies aber darauf hin, dass mehrere Projekte, etwa im Gesundheitsbereich und bei der Trinkwasserversorgung, für Frauen besondere Relevanz besäßen.[1477] Bei einigen ihrer männlichen Kollegen stießen die Initiativen der sozialdemokratischen Mandatarinnen zunächst auf Unverständnis[1478] oder gar Zynismus[1479],

---

[1472] Dohnal, Nairobi Streiflichter, S. 41 sowie Irmtraut Karlsson, in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 29.

[1473] Elisabeth Hlavac, in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 54.

[1474] Irmtraut Karlsson, in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 29.

[1475] II-3445 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, Anfrage vom 11.3.1988 (1842/J).

[1476] *Boca de Sábalos* in Nicaragua (II-4146 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 10.5.1988 [1855/AB])

[1477] Ebda.

[1478] Friedhelm Frischenschlager meinte in einer Replik auf Irmtraut Karlsson: »[...] die Frage, ob das eine Frauenfrage ist oder nicht, halte ich eigentlich für lächerlich. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das man nicht zuordnen kann, weder ideologisch noch parteipolitisch, noch soziologisch.« (NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 30 f.)

[1479] Andreas Khol: »Wir haben in der letzten Zeit Anfragen wegen Frauenproblemen in Kolumbien an den Außenminister erhalten. Darin wird der Außenminister von der linken Seite des Hauses kritisiert: er habe sich nicht genug um Frauen in Kolumbien und die betreffenden Entwicklungsprojekte gekümmert. Als ich die Seite 340 des Außenpolitischen Berichtes las, wonach der Außenminister sich um die Probleme der Ehefrauen und Kinder unserer Diplomaten kümmert, habe ich mir gedacht: Warum denn in die Ferne schweifen, liegt das Gute doch so nah! Wenn Sie dort lesen, welche Probleme es im diplomatischen Dienst mit den Familienangehörigen gibt, die oft aus ihrer Berufskarriere ausscheiden müssen, die auch selber Probleme haben, weil sie sehr viel im

doch relativ bald machten sich auch in den anderen Parteien vereinzelte Stimmen bemerkbar,[1480] die für eine besondere Berücksichtigung von Frauen im Rahmen der Entwicklungshilfe eintraten. Dennoch blieben die auf internationaler Ebene breit diskutierten *gender*-Aspekte in der österreichischen Debatte marginalisiert – eine Konstellation, die nicht auf den politischen Diskurs beschränkt blieb, sondern sich in der Entwicklungshilfe-Praxis[1481] fortsetzte.

Was die sektoralen Prioritäten der österreichischen Entwicklungshilfe-Politik betrifft, so gab es gegenüber den späten 1970er Jahren keine prinzipiellen Veränderungen. Mit keinem einzigen der von Bruno Kreisky 1981 im Rahmen einer parlamentarischen Anfragebeantwortung genannten vier Schwerpunkte – »a) Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung [...]; b) Erschließung und Nutzung von natürlichen Rohstoffen und Energiequellen; c) Schulungs- und Ausbildungsprojekte; d) Infrastrukturprojekte«[1482] – wurde konzeptionelles Neuland betreten. Die Exploration von Rohstoffen war bereits in den 1970er Jahren, allerdings nur en passant, erwähnt worden,[1483] blieb aber weiterhin ein Randbereich. Die von Kreisky erwähnten Infrastrukturprojekte sind im Zusammenhang mit seinem Marshall-Plan-Konzept zu sehen, wurden als Schwerpunkt der Entwicklungshilfe allerdings auch von Abgeordneten der ÖVP befürwortet.[1484] Landwirtschaft und Bildung figurierten seit den 1970er Jahren als die beiden zentralen programmatischen Achsen der österreichischen Entwicklungshilfe und blieben dies bis zum Ende des Untersuchungszeitraums. Sie tauchten daher auch an der Spitze jener Prioritätenliste auf, die von Außenminister Gratz 1985 lanciert wurde. Daneben nannte er das Gesundheitswesen, insbesondere »Kleinspitäler und Ambulatorien«, sowie aus

---

diplomatischen Dienst unbezahlt mitarbeiten müssen, so muß ich feststellen: Kaum eine andere Berufsgruppe würde es sich bieten lassen, daß schon von vornherein davon ausgegangen wird, daß Frauen vorhanden sind, die repräsentieren, die für Amtsgäste kochen [...]«. (NR-Protokolle, XVII.GGP/63, 25.5.1988, S. 7021.) Abgesehen von der unangemessenen Parallelisierung der Lage kolumbianischer Frauen mit jener der Frauen österreichischer Diplomaten ging Khol offenbar davon aus, dass das gehobene Botschaftspersonal prinzipiell männlich sei.

[1480] »[...] die Wirkung von manchen Entwicklungshilfeprojekten«, kritisierte etwa Helene Partik-Pablé, »wird geschlechtsspezifisch überhaupt nicht durchleuchtet, ob sich diese Projekte nicht nachteilig auf diejenigen auswirken, denen sie eigentlich nützen sollten.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9197.) Heribert Steinbauer gestand zu, »daß die Rolle der Frau ein Problem ist, wo wir mehr Projekte unterstützen würden, denn den Frauen geht es in der Dritten Welt zu einem großen Teil schlecht« (NR-Protokolle, XVII.GGP/117, 9.11.1989, S. 13897).

[1481] Vgl. dazu Ilse Hanak: Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit und das Empowerment von Frauen. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 14, 1998, H. 1, S. 64.

[1482] II-2246 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 15. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 9.4.1981 (972/AB).

[1483] Vgl. Bruno Kreisky, in: II-455 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 14. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 28.4.1976 (244/AB).

dem Infrastrukturbereich die Energieversorgung durch Kleinkraftwerke.[1485] Bei anderer Gelegenheit erwähnte Gratz neben Landwirtschaft und Bildung die »Vorsorgemedizin«, die »Schaffung von Wasserbehältern« sowie »Rehabilitationsmaßnahmen in bestehenden Betrieben« als vordringliche Aufgaben der österreichischen Entwicklungshilfe.[1486] Der ÖVP-Vorsitzende Mock äußerte in seiner »Außenpolitischen Erklärung« die gleichen Präferenzen: Landwirtschaft, Gesundheitswesen und Bildung, wobei er letzteren Bereich so wie Gratz als »Berufsausbildung«[1487] definierte. Gleichzeitig sprach er sich für den verstärkten Einsatz von Entwicklungshelfern aus.[1488] Als Außenminister Jankowitsch 1986 den von seinem Amtsvorgänger genannten Schwerpunkten noch die »Förderung von Handwerk und Kleinindustrie«[1489] hinzufügte, drohte der Prioritätenkatalog endgültig in die weitgehende Beliebigkeit abzugleiten (und stand in deutlichem Kontrast zur Beschränktheit der Mittel). Jankowitschs Nachfolger, Alois Mock, verfolgte ein ähnliches – und ähnlich breites – Programm: »berufsbildende Schulen, Landwirtschaft, Viehzucht, Bewässerung, Kleinkraftwerke, Infrastruktur«[1490]. Die Kontinuität bestand weiter, nachdem 1991 wieder Peter Jankowitsch als Staatssekretär die Entwicklungshilfe-Agenden übernommen hatte: »ländliche Entwicklung«, »Basisgesundheitswesen, Erziehung und Ausbildung« sowie im Bereich der Infrastruktur der »dezentralisierte Ausbau der Wasserkraft«[1491], »Wasserversorgung, Transportwesen, Forstwirtschaft im Gebirge«[1492] lauteten die deklarierten Präferenzen. Der Zusatz »und vieles mehr«[1493] bestätigte allerdings den Verdacht entwicklungspolitischer Experten, dass allen Bemühungen und Erklärungen zum Trotz »eine sektorielle Schwerpunktsetzung überhaupt nicht statt[findet]«[1494].

Wie bereits erwähnt, wies die programmatische Entwicklung immerhin zwei deutlich erkennbare Konstanten auf: den Bildungssektor sowie die Landwirtschaft. Im Bereich der Bildung räumte man – obwohl die anteiligen Studienplatzkosten nach wie vor einen beträchtlichen

---

[1484] Heribert Steinbauer nannte »den Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur« als wünschenswerte Priorität (Steinbauer, Der Gedanke der Hilfe, S. 12), ebenso Alois Mock (Mock, Außenpolitische Erklärung 1984, S. 251).

[1485] NR-Protokolle, XVI.GGP/108, 24.10.1985, S. 9312.

[1486] Pressegespräch am 18.4.1985, in: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 2. Wien: Böhlau 1985, S. 221.

[1487] Alois Mock, Außenpolitische Erklärung 1985, S. 289.

[1488] Vgl. ebda.

[1489] Jankowitsch, Von der Unentrinnbarkeit der Außenpolitik, S. 350.

[1490] Mock, Weltwirtschaftlicher Strukturwandel, S. 10.

[1491] Jankowitsch, Ins Zentrum der Politik, S. 16.

[1492] Ebda., S. 17.

[1493] Ebda.

[1494] Raffer, Ein trauriges Kapitel, S. 40.

Teil der staatlichen Entwicklungshilfe ausmachten – der universitären Ausbildung einen deutlich geringeren Stellenwert ein als etwa in den 1960er Jahren. Stattdessen rückten gewerbliche und landwirtschaftliche Berufsschulen in den Mittelpunkt des Interesses.[1495] Daneben äußerten sich vor allem Politiker von ÖVP[1496] und FPÖ[1497] in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre anerkennend über die österreichische Schule in Guatemala (aber auch jene in Istanbul[1498]) und befürworteten sie als Instrument einer kurzzeitig propagierten »Mittelschichten-Entwicklung«[1499] (die mit der programmatisch hegemonialen Grundbedürfnisorientierung nicht in Einklang stand).

Im landwirtschaftlichen Bereich lässt sich eine deutliche Abkehr von den agroindustriellen Konzepten der frühen Jahre erkennen. Die Problematik exportorientierter Monokulturen wurde ebenso herausgestrichen[1500] wie jene kostspieliger Großprojekte[1501] und später, in den 1990er Jahren, jene der Gentechnologie[1502]. Wenn auch nur in Form verstreuter Einzelmeinungen, so zeigten sich doch Tendenzen in Richtung binnenmarktorientierter Produktion von Grundnahrungsmitteln[1503], angepasster Technologie (auch für den gewerblichen Bereich)[1504] sowie einer nachhaltigen Bewirtschaftung[1505]. Gleichzeitig legte man größeres Augenmerk auf die soziale Organisation der Produktion: »Eine neue Agrargenossenschaft, die ein Entwicklungshelfer mitinitiiert, ist sicherlich eine wirkungsvollere Hilfe als eine noch so moderne und kostspielige Konservenfabrik.«[1506] Ein erhöhtes Problembewusstsein zeigte sich auch im Bereich der Katastrophenhilfe, die wiederholt als wesentliches Element der österreichischen

---

[1495] Neben den bereits zitierten Alois Mock und Leopold Gratz u.a. Hilmar Kabas, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1439 sowie Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/11, 25.3.1987, S. 1200.

[1496] Vgl. u.a. Khol, »Wo gehobelt wird, fallen Späne«, S. 12; Josef Höchtl, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/72, 27.9.1988, S. 8308; Heribert Steinbaur, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11762 – für Steinbauer hatte sich die Schule zwar »bewährt« und war »ein leuchtender Punkt Österreichs«, dennoch räumte er ein, dass man über die diversen Kritikpunkte diskutieren könne (ebda.).

[1497] Herbert Haupt: »Die österreichische Schule in Guatemala ist ein guter Beitrag zur Ausbildung eines hoffentlich immer stärker werdenden Mittelstandes in Guatemala, sie ist aber ganz sicher kein Beitrag zu einer effizienten Entwicklung für die ärmsten und armen Schichten der Indios und der Ureinwohner dieses Staates.« (NR-Protokolle, XVII.GGP/72, 27.9.1988, S. 8310.)

[1498] Vgl. Friedrich König, in: II-4490 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 16. Gesetzgebungsperiode, Anfrage vom 21.5.1986 (2104/J).

[1499] Khol, »Wo gehobelt wird, fallen Späne«, S. 12.

[1500] Vgl. Jakob Brandstätter, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1448.

[1501] Vgl. ebda. sowie Albrecht K. Konecny, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1452.

[1502] Vgl. Ederer, Zu guter Letzt, S. 74.

[1503] Vgl. Günter Dietrich, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/18, 13.3.1991, S. 1360.

[1504] Vgl. Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11762.

[1505] Vgl. Ederer, Zu guter Letzt, S. 74.

[1506] Albrecht K. Konecny, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1452.

Entwicklungshilfe-Politik erwähnt wurde.[1507] Bundeskanzler Sinowatz versicherte, dass Österreich im Zuge von Nahrungsmittellieferungen keineswegs die eigene Überschussproduktion absetze, sondern dass das benötigte Getreide vorzugsweise in der Dritten Welt aufgekauft werde und man bestrebt sei, im betroffenen Land »die Agrarpreise nicht verfallen zu lassen und die landwirtschaftliche Nahrungsmittelproduktion zu steigern«[1508].

Ganz im Einklang mit den übergeordneten Zielsetzungen forcierte man schließlich in den 1990er Jahren Projekte im Umweltbereich. Brigitte Ederer freute sich 1992 über insgesamt 29 mit Entwicklungshilfe-Geldern finanzierte Umweltschutzprojekte.[1509] Im gleichen Jahr erreichte die Debatte um Importrestriktionen für Tropenhölzer ihren Höhepunkt und löste ein verstärktes Interesse an konkreten Projekten zum Schutz der Regenwälder aus. Als die Restriktionen auf Druck der holzexportierenden Länder sowie der holzimportierenden Industrie aufgehoben wurden, stellte Bundeskanzler Vranitzky quasi als Kompensationsleistung 200 Millionen Schilling für Maßnahmen »zur ökologisch angepaßten Bewirtschaftung von tropischen Regenwäldern«[1510] in Aussicht – die bis dahin größten Aufwendungen für Umweltschutzprojekte in der Dritten Welt.

Während es in den 1970er Jahre allgemeiner Konsens war, Entwicklungshilfe ohne politische Auflagen zu leisten, änderte sich dies im Lauf der 1980er Jahre ganz markant – zumindest auf der Ebene politischer Rhetorik. Für einen Teil der peripheren Staaten hatte bereits die antikommunistische Vergabepraxis der 1960er und 1970er Jahren den Zusammenhang zwischen politischem System und der Gewährung von Entwicklungshilfe hergestellt. Mit dem Machtverlust der Dritten Welt trat nun aber der Fall ein, dass auch prowestlich orientierte Staaten ihre nationale Souveränität zunehmend in Frage gestellt sahen, wenn sie Entwicklungshilfe-Leistungen in Anspruch nahmen. In der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts finden sich nur vereinzelte Stimmen wie jene des sozialdemokratischen Abgeordneten Prechtl, für den politische Stabilität und die Einleitung eines demokratischen Entwicklungsprozesses zu den

---

[1507] U.a. von Außenminister Mock (Mock, Hilfe zur Selbsthilfe, S. 12) sowie Friedhelm Frischenschlager (NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 31).

[1508] II-2778 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 16. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 12.6.1985 (1227/AB).

[1509] Ederer, Umwelt und Entwicklung, S. 14.

[1510] II-9850 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 18. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 12.5.1993 (4428/AB).

Zielen von Entwicklungshilfe zählten;[1511] oder wie jene des freiheitlichen Abgeordneten Frischenschlager, für den Entwicklungshilfe im Dienst »der gesellschaftlichen und politischen Freiheit«[1512] stehen sollte, und seiner Parteikollegin Partik-Pablé, die es nicht »hinnehmen« wollte, »Entwicklungshilfe zu leisten, ohne sie mit der Einhaltung der elementarsten Menschenrechte in Verbindung zu setzen.«[1513] Im letzten Drittel der 1980er Jahre wurde das bis dahin weitgehend akzeptierte Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten – noch 1985 hielt es Außenminister Gratz für »gefährlich [...], Entwicklungshilfe entweder als Rute oder als Belohnung zu verwenden«[1514] – innerhalb kürzester Zeit aufgegeben. An seine Stelle trat die »politische Konditionalität« von Entwicklungshilfe.

Die Ziele, die man auf diese Weise anzustreben beanspruchte, blieben bis zum Ende des Untersuchungszeitraums weitgehend konstant und umfassten im Wesentlichen die Durchsetzung von Menschenrechten (verstanden als bürgerliche Freiheitsrechte), Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Den Auftakt machte Außenminister Mock, der 1987 kurz nach seinem Amtsantritt erklärte, dass bei der Gewährung staatlicher Entwicklungshilfe im Fall jener Empfängerländer »Zurückhaltung« zu üben sei, »in denen ein unübersehbares Demokratiedefizit herrscht und die Bilanz im Bereich der Menschenrechte überwiegend negativ ist.«[1515] Andreas Khol meinte auf der gleichen Tagung, man könne zwar »Entwicklungshilfe nicht nur an Demokratien leisten, [...] aber man kann mit Entwicklungshilfe die Systemfrage verbinden und Entwicklungen in Richtung von Beobachtung [sic] der Menschenrechte, der politischen Freiheiten und auch der schrittweisen Entwicklung hin zur Demokratie verbinden«[1516] – lediglich »bei

---

[1511] Prechtl verstand in diesem Zusammenhang das österreichische Engagement als Gegenpol zu jenem beider Supermächte, das lediglich »aus machtpolitischen Gründen« erfolge (NR-Protokolle, XV.GGP/95, 9.12.1981, S. 9535)

[1512] Frischenschlager, Für eine Außenpolitik im Sinne der Freiheit, S. 65. Zugleich betonte er allerdings die »Achtung der Selbstbestimmung [...] und die Freiheit zur eigenen kulturellen Entwicklung« (ebda.).

[1513] NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1450.

[1514] NR-Protokolle, XVI.GGP/108, 24.10.1985, S. 9318. Reste dieser Haltung finden sich bei einzelnen Abgeordneten noch etwas länger, etwa beim Sozialdemokraten Ernst Nedwed, der »immer davon ausgegangen« sei, dass Entwicklungshilfe »ohne politische Bedingungen gegeben wird« (NR-Protokolle, XVII.GGP/11, 25.3.1987, S. 1230).

[1515] Mock, Hilfe zur Selbsthilfe, S. 12. Als weitere mögliche Ausschlussgründe nannte er: »Dem neutralen Österreich steht es sicherlich schlecht an, seine staatliche Hilfe zugunsten staatlicher oder quasistaatlicher Einrichtungen in Ländern zu mobilisieren, in denen schwere politische Spannungen herrschen oder der Ost-West-Konflikt auf dem Niveau von Stellvertretern ausgetragen wird.« (Ebda.) Bereits ein Jahr zuvor, 1986, hatte er die positive Diskriminierung jener Länder verlangt, »die um die Beachtung der Menschenrechte und die Entwicklung der Demokratie besonders bemüht sind« (Alois Mock: Außenpolitische Erklärung vom 21. April 1986. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 3. Wien: Böhlau 1986, S. 304.)

[1516] Khol, Entwicklungshilfepolitik – eine traurige Bilanz, S. 4.

Katastrophen- und Hungerhilfe [...] sollte man ideologische Kriterien nicht anwenden«[1517]. Im selben Jahr 1987 freundete sich der SPÖ-Abgeordnete Hesele mit der Idee an, »in unseren Entwicklungshilfeverträgen [...] mit Regierungen [...] die Menschenrechtsklausel unterzubringen«[1518]. Bald darauf trat der SPÖ-Abgeordnete Jankowitsch dafür ein, dass die »Gebergemeinschaft« im Fall »systematische[r] Menschenrechtsverletzungen [...] der Regierung des Empfängerlandes klar und unmißverständlich den Entzug von Hilfeleistungen androhen beziehungsweise diese überhaupt einstellen«[1519] müsse. Zwar wies er auf die Gefahr hin, »daß ›politische Konditionalität‹ [...] in die Nähe neokolonialer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Empfängerlandes« geraten könne, und wandte sich dagegen, eine bestimmte Form der Demokratie zu oktroyieren.[1520] Diese selbst stellte er jedoch außer Frage und nannte als zu beachtende Grundprinzipien die »Achtung der Menschenrechte, verfassungsmäßige Regierung und Rechtsstaatlichkeit, Abkehr von willkürlicher Staatsgewalt und Rechenschaftslegung gegenüber dem Volke und seinen frei gewählten Vertretern.«[1521] Außerdem befürwortete er eine verstärkte Hilfe an jene Staaten, die nur einen geringen Teil ihres Budgets für Militärausgaben aufwendeten.[1522] Diese Position bekräftigte er 1991 als Staatssekretär: »Wir werden in Zukunft Entwicklungsländer nicht mehr unterstützen können, die durch die Höhe ihrer Militärausgaben bzw. den Grad der Militarisierung ihrer politischen Systeme eine unakzeptable Form der Prioritätensetzung bei ihrer Ausgabenpolitik zeigen.«[1523] Auch in anderen Bereichen – »Respekt für Menschenrechte und Grundfreiheiten«, »Effizienz der öffentlichen Verwaltung«[1524] – wolle man »strenge Maßstäbe anlegen«[1525]. Einzelne

---

[1517] Andreas Khol, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/17, 14.5.1987, S. 1998.

[1518] NR-Protokolle, XVII.GGP/17, 14.5.1987, S. 2001 (das stenographische Protokoll verzeichnet an dieser Stelle Beifall des Abgeordneten Khol).

[1519] Jankowitsch, Demokratie, Menschenrechte, Entwicklungshilfe, S. 24.

[1520] Ein Mehrparteiensystem betrachtete er explizit nicht als Conditio sine qua non und meinte weiter: »Die Art und Form der Demokratie muß den demokratischen Reformkräften eines jeden Landes überlassen bleiben.« (Ebda., S. 24.) Eine ähnliche Zurückhaltung zeigte auch Heribert Steinbauer: »Ich will nicht klug über Tausende von Kilometern anderen Gesellschaften sagen, was richtig und was falsch ist, aber gewisse Grundforderungen, was Freiheit, Menschenrechte betrifft, wird es wohl zu sagen gelten«. (NR-Protokolle, XVII.GGP/120, 29.11.1989, S. 14217.)

[1521] Jankowitsch, Demokratie, S. 23.

[1522] Jankowitsch nannte dabei die von der »Unabhängigen Gruppe für Finanzströme in Entwicklungsländer« unter Vorsitz von Helmut Schmidt empfohlene Marke von 2 Prozent des Bruttosozialprodukts als Obergrenze. Bereits 1983 hatte Frischenschlager gefordert, dass »Entwicklungshilfe nicht zur Unterstützung der Rüstungsexpansion in den Entwicklungsländern führen« dürfe (Frischenschlager, Für eine Außenpolitik im Sinne der Freiheit, S. 65).

[1523] Jankowitsch, Ins Zentrum der Politik, S. 17.

[1524] Ebda.

[1525] Ebda. In der Substanz gleich, in der Wortwahl deftiger äußerte sich der freiheitliche Abgeordnete Gudenus, der sich gegen den Missbrauch der Entwicklungshilfe für die »Fütterung aufgeblähter Staatsapparate und übergroßer militärischer Einrichtungen« aussprach (NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9207).

ephemere Vorstöße der freiheitlichen Opposition, die Vergabe von Entwicklungshilfe an wirtschafts- und umweltpolitische Vorleistungen zu knüpfen, blieben ohne Resonanz.[1526]

In den 1990er Jahren änderte sich an den grundlegenden Positionen nur wenig. Im geplanten neuen Entwicklungshilfegesetz sollte nach den Aussagen Bundeskanzler Vranitzkys neben Armutsbekämpfung und Umweltschutz die »Förderung von Demokratie und Menschenrechten«[1527] als drittes Grundprinzip festgeschrieben werden. Gleichzeitig sollten laut Staatssekretärin Ederer »positive Maßnahmen zur Förderung von Demokratie, Partizipation und rechtsstaatlicher Strukturen« wie die Vorbereitung von Wahlen, Rechtshilfeprogramme oder die Unterstützung von Gewerkschaften und Basisorganisationen finanziert[1528] sowie »eine ständige Dokumentation über die Menschenrechtslage in den Partnerländern«[1529] realisiert werden.

Andererseits wurden Jankowitschs »strenge Maßstäbe« im Ernstfall dann doch sehr großzügig ausgelegt, bzw. man verzichtete auf Sanktionen. Ausdrücklich wandte sich Ederer dagegen, Entwicklungshilfe im Fall von Menschenrechtsverletzungen einzustellen, da »ein Stoppen die Situation der Menschen dort noch verschlechtern würde.«[1530] Zwei Jahre später konnte sie sich allerdings in Extremfällen die »Einschränkung oder Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit«[1531] vorstellen, erinnerte aber daran, dass »Hunger und Armut in sich eine systematische und strukturell bedingte Menschenrechtsverletzung darstellen«[1532]. Ähnlich flexibel zeigte sich Bundeskanzler Vranitzky, als er, angesprochen auf die Menschenrechtssituation in Indonesien bzw. im okkupierten Osttimor, die Überwindung der Armut als Voraussetzung für die Einhaltung der Menschenrechte bezeichnete und auf diese Weise die österreichischen Entwicklungshilfeleistungen an Indonesien rechtfertigte[1533] (bei

---

[1526] Friedhelm Frischenschlager nannte ein »Minimum an sinnvoller Wirtschaftsorganisation« als Voraussetzung für Entwicklungshilfe-Leistungen (NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 32), und in einem (von der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnten) Entschließungsantrag, den die FPÖ im Rahmen der Tropenholzdebatten Anfang der 1990er Jahre einbrachte, hieß es unter Punkt 4: »Österreich stellt für alle Länder, die durch Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbauten oder Dammprojekte ihre Primärwälder als Lebensraum für die indigene Bevölkerung irreparabel zerstören, jede Art der Entwicklungshilfe ein.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/72, 5.6.1992, S. 7898.)

[1527] NR-Protokolle, XVIII.GGP/81, 23.9.1992, S. 8996.

[1528] Ederer, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte, S. 11.

[1529] Ederer, Umwelt und Entwicklung, S. 13.

[1530] NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9203.

[1531] Ederer, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte, S. 11.

[1532] Ebda., S. 8.

[1533] »Ich komme aber nicht darum herum, anzumerken, daß berücksichtigt werden muß, daß es sich bei fast allen Partnerländern um Übergangsgesellschaften auf dem Weg zur Demokratie handelt und daß die Durchsetzung

dieser Gelegenheit war es argumentativ von Vorteil, dass Sozialdemokraten tendenziell ein umfassenderes Menschenrechtskonzept vertraten als bürgerliche Politiker, die wirtschaftliche und soziale Menschenrechte in der Regel ausblendeten und bürgerliche Freiheitsrechte meinten, wenn sie von Menschenrechten redeten).

Das Prinzip der politischen Konditionalität *avant la lettre*, der Antikommunismus, manifestierte sich bereits in den frühen 1980er Jahren. Ursache war das Ende der Entspannungspolitik, Auslöser primär ein Entwicklungskredit in Höhe von 27 Millionen Schilling, der 1980 an Kuba vergeben wurde[1534]. Österreich stellte außerdem in der ersten Hälfte der 1980er Jahre den ehemaligen portugiesischen Kolonien Moçambique, Angola, Kap Verde (allesamt von nominell marxistischen Einheitsparteien regiert) und schließlich in relativ hohem Ausmaß dem sandinistischen Nicaragua Entwicklungshilfe-Mittel zur Verfügung.

In dieser Situation verfocht die ÖVP die harte, US-amerikanische Linie im Umgang mit tendenziell antikapitalistischen Staaten und führte eine jahrelange Kampagne gegen die Sozialdemokratie, die in diesen wenigen Jahren erstmals den außenpolitischen und -wirtschaftlichen Handlungsspielraum des österreichischen Staates jenseits der Logik der Blockkonfrontation partiell zu erweitern versuchte. Auf parlamentarischer Ebene machte die ÖVP 1981 mit einer schriftlichen Anfrage der beiden Abgeordneten Steinbauer und Ermacora den Anfang, in der diese verlangten, »die wenigen Mittel an Entwicklungshilfe nicht für Kuba, sondern für die Opfer der militärischen Intervention Kubas«[1535] einzusetzen. »Man möge«, so Steinbauer »nicht nach Beschlüssen der Sozialistischen Internationale die österreichische Entwicklungshilfe ausrichten [...] und [...] Militärstaaten – wie zum Beispiel Kuba – nicht weiter mit unserem Geld unterstützen.«[1536] Kritik übte Steinbauer darüber hinaus an der Entwicklungshilfe für Moçambique, Angola, Äthiopien, den Iran (obwohl es sich hierbei im Wesentlichen um die anteiligen Studienplatzkosten für iranische Studenten

---

insbesondere wirtschaftlicher und sozialer Menschenrechte nur möglich sein wird, wenn es gelingt, die dort herrschende Armut zu überwinden. Das heißt, es ist ein zweifacher Weg einzuschlagen: auf der einen Seite zu thematisieren und unter Umständen die Beziehungen ruhen zu lassen, auf der anderen Seite aber gerade durch die Bekämpfung der Armut die wesentlichen Voraussetzungen für die Einhaltung der Menschenrechte zu schaffen.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/81, 23.9.1992, S. 8996.)

[1534] Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 182.

[1535] II-2995 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 15. Gesetzgebungsperiode, Anfrage vom 12.11.1981 (1484/J).

[1536] NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1434. Ludwig Steiner bezeichnete die österreichische Entwicklungshilfe für Kuba als »Unterstützung bei der ideologischen und militärischen Aggressionspolitik dieses Staates« (II-3503 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 15. Gesetzgebungsperiode, Anfrage vom 19.2.1982 [1701/J]).

handelte) sowie Kap Verde, wo »eine blank marxistisch-kommunistische Regierung«[1537] an der Macht sei. Dass die Kritik der ÖVP weniger mit tatsächlichen Menschenrechtsverletzungen zu tun hatte als vielmehr mit der antiwestlichen Ausrichtung der genannten Staaten, erschließt sich erst aus der Liste jener Staaten, die zu jener Zeit ebenfalls österreichische Entwicklungshilfe erhielten, in denen ebenfalls schwere Menschenrechtsverletzungen begangen wurden, die aber von ÖVP-Abgeordneten in diesem Zusammenhang nicht erwähnt wurden. Zu diesen Staaten zählten Pakistan, Guatemala, Bolivien, Kenia und Indonesien.

Während die österreichische Entwicklungshilfe an Kuba Episode blieb und nach dem erwähnten Entwicklungskredit nicht weitergeführt wurde, ließ sich die Sozialdemokratie von der Unterstützung der sandinistischen Regierung nicht abbringen. Im Lauf der 1980er Jahre wurden die institutionellen Grundlagen der Entwicklungshilfe sogar schrittweise ausgebaut, insbesondere durch den Abschluss eines Abkommens über technische Zusammenarbeit zwischen Österreich und Nicaragua sowie die Entsendung eines Entwicklungshilfe-Attachés nach Managua (beides 1986). Umso heftiger gestalteten sich die Angriffe der ÖVP. »Hier wird Geld in einen marxistischen Experimentierstaat totalitären Zustands hineingepumpt«[1538], behauptete Heribert Steinbauer bereits 1981, und Andreas Khol vermutete, dass die österreichische Entwicklungshilfe an Nicaragua »ausschließlich aus Gründen ideologischer Natur« geleistet werde, »obwohl dieses Land immer stärker in den Marxismus-Leninismus und damit in die Diktatur zu versinken droht.«[1539] Die meisten sozialdemokratischen Politiker, die ihre Haltung wiederholt als »kritische Solidarität«[1540] definierten, verwiesen zum einen auf die durch die Contras herbeigeführte Ausnahmesituation und begründeten zum anderen die Entwicklungshilfe-Leistungen damit, dass man das Land nicht fallen lassen und damit in die Arme der Sowjetunion treiben wolle.[1541] Die Amtsübernahme durch Alois Mock sowie die von

---

[1537] NR-Protokolle, XV.GGP/118, 16.6.1982, S. 11890.

[1538] NR-Protokolle, XV.GGP/93, 2.12.1981, S. 9292. In den folgenden Jahren entwickelte Steinbauer deutlich differenziertere Ansichten und attestierte etwa dem scheidenden Außenminister Gratz, dieser habe »in manchen der umstrittenen Punkte der Entwicklungshilfepolitik eine Mitte gefunden zwischen den Forderungen der Rechten und den Forderungen der Linken – jeweils eine Seite wollte Nicaragua auf seine Weise glücklich machen –, eine Mitte gefunden, von der ich mit Ausnahmen finde, man kann und konnte sie akzeptieren [...].« (NR-Protokolle, XVI.GGP/144, 11.6.1986, S. 12631.)

[1539] NR-Protokolle, XVI.GGP/8, 6.7.1983, S. 449.

[1540] Fritz Marsch, in: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 3. Wien: Böhlau 1986, S. 267; ebenso Peter Jankowitsch, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/123, 16.12.1985, S. 10975.

[1541] Vgl. u.a. Albrecht K. Konecny, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/108, 24.10.1985, S. 9319. Derartige Überlegungen standen bereits am Anfang des österreichischen Engagements für Nicaragua, als Staatssekretär Nussbaumer 1979 auf der Ministertagung des DAC für verstärkte Hilfsleistungen an Nicaragua plädierte (vgl. Jankowitsch, Österreichs Stellung, S. 880).

ihm in Auftrag gegebene »Neubewertung der österreichischen Entwicklungshilfe«[1542] ließen zunächst eine drastische Reduktion der Leistungen für Nicaragua erwarten.[1543] Doch ein Zusammentreffen unterschiedlicher Faktoren – die neue sowjetische Außenpolitik, neue Friedensinitiativen in Zentralamerika, aber auch der Druck des sozialdemokratischen Koalitionspartners und der entwicklungspolitischen Öffentlichkeit in Österreich (inklusive der in Nicaragua tätigen Entwicklungshilfe-Organisationen) – führte schließlich dazu, dass die bilaterale technische Hilfe an Nicaragua nicht reduziert wurde, sondern sogar anstieg.

Abgesehen vom großen Streitfall Nicaragua überwog in den 1980er Jahren parteiübergreifende Übereinstimmung, was die geographischen Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungshilfe betraf. Erneut bekräftigte man die Notwendigkeit, die Zahl der Empfängerländer deutlich zu reduzieren. Heribert Steinbauer konnte sich beispielsweise vorstellen, »80 Prozent der Mittel auf zwei, drei Länder«[1544] zu konzentrieren. Des Weiteren wurde von (fast) allen Seiten, speziell ab Mitte der 1980er Jahre, die besondere Berücksichtigung der *least developed countries* (LLDCs) gefordert.[1545] Einen Impuls erhielten diese Bestrebungen durch die Pariser UN-Konferenz des Jahres 1981, in der vereinbart wurde, Entwicklungshilfe im Ausmaß von 0,15 Prozent des BIP an diese Ländergruppe zu leisten – Österreich lag zu diesem Zeitpunkt mit einem Anteil von ca. 0,03 Prozent weit unterhalb des geforderten Wertes.[1546] Finanzminister Salcher versprach, sich dafür einzusetzen, dass von seiten der internationalen Finanzinstitutionen den LLDCs mehr Geld zur Verfügung gestellt werden solle.[1547] Einige Jahre später kündigte Außenminister Gratz auch für den Bereich der bilateralen Hilfe an, diese »auf jene Länder und Regionen [zu] konzentrieren, die am wenigsten entwickelt sind.«[1548]

[1542] Mock, Hilfe zur Selbsthilfe, S. 12.

[1543] Mock selbst hatte noch 1986 geschrieben: »Die EDU-Parteien wurden aufgefordert, in ihren Regierungen und Parlamenten darauf hinzuwirken, daß die Entwicklungshilfe für Mittelamerika ausschließlich in solche Länder gegeben werde, welche demokratisch regiert sind oder sich auf dem Weg zur Demokratie befinden. Insbesondere wurde empfohlen, die Entwicklungshilfe an Nicaragua zu überprüfen und dafür die Unterstützung Costa Ricas wieder aufzunehmen.« (Alois Mock: Costa Rica: Die Sicht der EDU. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 42, 1986, H. 2, S. 32.)

[1544] NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2348. An anderer Stelle sprach er sich für die »Konzentration von zwei Dritteln der öffentlichen Mittel auf 3–4 Partnerländer« aus (Steinbauer, Punktation Entwicklungspolitik, S. 19).

[1545] Besonders früh und besonders markant meldete sich in dieser Frage Heribert Steinbauer zu Wort, u.a. in: NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2348 sowie NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1433.

[1546] Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 74.

[1547] Salcher, »Statt Waffen nützliche Güter«, S. 6.

[1548] Gratz, EPN-Gespräch, S. 12.

Während Steinbauer noch kritisierte, dass derartigen Absichtserklärungen keine Taten folgten,[1549] vollzogen seine Parteikollegen Khol und – in abgeschwächter Form – Mock einen bemerkenswerten programmatischen Schwenk. Fernab der Realität lastete Andreas Khol der Sozialdemokratie an, »dass die österreichische bilaterale Entwicklungshilfe [...] einseitig auf die am wenigsten entwickelten Länder konzentriert [ist], unter systematischer Vernachlässigung der sogenannten Schwellenländer«[1550]. In der Folge relativierte er diese Position zwar und verlangte eine Verdoppelung der Mittel für die LLDCs, das Ziel blieb jedoch »eine Mischung in der Entwicklungszusammenarbeit [...] zwischen Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder und Hilfe für die Schwellenländer«[1551]. Für eine derartige Doppelstrategie trat auch Außenminister Mock in einem Interview unmittelbar nach seinem Amtsantritt ein, nahm allerdings eine Gewichtung vor: Er werde »versuchen, auch verstärkt in Schwellenländer zu gehen. [...] Aber im Zweifelsfall ist den Schwächsten prioritär zu helfen.«[1552] Die Begründung dafür, warum man sich verstärkt in Richtung NICs orientieren solle, lieferte Mock gleich mit: »Denn wenn diese Länder die Schwelle der Eigenversorgung erreichen, dann sind sie natürlich auch viel wertvollere Handelspartner.«[1553] Heftige Kritik ernteten Khol und Mock aus der eigenen Partei – Heribert Steinbauer: »[...] wir sollten auch den Rechten abverlangen, das Wort ›Schwellenländer‹ beim gegenwärtigen Zustand nicht mehr in den Mund zu nehmen. [...] Wir sollten jetzt einmal bei den Ärmsten aufholen.«[1554] Tatsächlich blieb der Vorstoß in Richtung Schwellenländer auf programmatischer Ebene Episode (in der Praxis hatten sie ohnehin seit jeher einen beträchtlichen Teil der bilateralen Entwicklungshilfe absorbiert), und bereits 1989 freuten sich sowohl Steinbauer als auch Mock über einen deutlichen Anstieg der Entwicklungshilfe-Leistungen zu Gunsten der LLDCs,[1555] während den Grünen und der SPÖ dieser Anteil noch immer zu gering war.[1556]

[1549] Vgl. NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11762.

[1550] Khol, Entwicklungshilfepolitik – eine traurige Bilanz, S. 3.

[1551] NR-Protokolle, XVII.GGP/63, 25.5.1988, S. 7025.

[1552] Mock, Kontinuität und neue Akzente, S. 9.

[1553] Ebda. Ähnlich äußerte sich Andreas Khol: »Wir können langfristig auch nicht auf diese Wirtschaftskontakte im Interesse der Entwicklung dieser Länder verzichten.« (NR-Protokolle, XVII.GGP/75, 19.10.1988, S. 8564.) Mock und Khol befanden sich damit nicht nur in Übereinstimmung mit der Bundeswirtschaftskammer (siehe S. 234), sondern auch mit den Ergebnissen einer Umfrage, die vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen unter österreichischen Unternehmen durchgeführt worden war. Die meisten der befragten Firmen waren darin einig, »daß die Schwerpunkte nicht in den ärmsten, sondern in Ländern gesetzt werden sollten, wo gewisse Grundstrukturen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit vorlägen.« (Beirat, Entwicklungspolitik, S. 18.)

[1554] NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 60 f.

[1555] Vgl. NR-Protokolle, XVII.GGP/117, 9.11.1989, S. 13896 bzw. NR-Protokolle, XVII.GGP/120, 29.11.1989, S. 14231.

[1556] Vgl. NR-Protokolle, XVII.GGP/117, 9.11.1989, S. 13892 bzw. 13900.

In geographischer Hinsicht lagen in den 1980er Jahren die Präferenzen eindeutig auf dem afrikanischen Kontinent, und da wiederum bei den LLDCs. »Österreich plant, seine Entwicklungshilfe für Afrika, insbesondere die ärmsten Länder dieser Region, wesentlich zu erhöhen«[1557], versicherte Bundeskanzler Sinowatz 1984. Konkretisiert wurde diese Vorgabe im Jahr darauf von Außenminister Gratz, dem »die ärmsten Länder vor allem Afrikas: Obervolta, Ruanda, Burundi, Sudan, Äthiopien, Mosambik«[1558] als Schwerpunktländer galten. Soweit es die bilaterale technische Hilfe (und nicht die Finanzhilfe) betraf, bedeutete der Schwerpunkt Afrika weniger ein Zukunftsversprechen als die Beschreibung des Ist-Zustands – der mit Abstand größte Teil dieser Entwicklungshilfe-Leistungen floss nach Afrika (vgl. Abbildung 6), und bereits in der ersten Hälfte der 1980er Jahre zählten LLDCs wie Kap Verde und Tansania zu den bedeutendsten Empfängerstaaten. Die Konzentration auf das subsaharische Afrika wurde von der FPÖ ebenso unterstützt[1559] wie 1987 von Außenminister Mock, der das »Ziel einer besonderen Hilfe für die ärmsten Staaten Afrikas« bekräftigte und in diesem Zusammenhang das südliche Afrika (SADCC-Staaten) und Kap Verde nannte.[1560] In den folgenden Jahren gab es im Rahmen dieses Konsenses lediglich noch Versuche, die eine oder andere Region, das eine oder andere Land zu forcieren. Hier stechen insbesondere die Versuche sozialdemokratischer Abgeordneter ins Auge, das südliche Afrika als Schwerpunktregion zu etablieren und das gerade unabhängig gewordene Namibia in den Kreis der Empfängerländer aufzunehmen – letztlich mit Erfolg.[1561]

[1557] II-1290 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 16. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 17.4.1984 (505/AB). Die Außenminister Gratz und Jankowitsch bekräftigten diese Schwerpunktsetzung in den Folgejahren (vgl. NR-Protokolle, XVI.GGP/108, 24.10.1985, S. 9312 bzw. Jankowitsch, Von der Unentrinnbarkeit der Außenpolitik, S. 350).

[1558] Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 2. Wien: Böhlau 1985, S. 221.

[1559] Vgl. Fritz Probst, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11769.

[1560] Mock, Hilfe für die Ärmsten, S. 20.

[1561] Vgl. u.a. Waltraud Horvath, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/92, 3.12.1992, S. 10411.

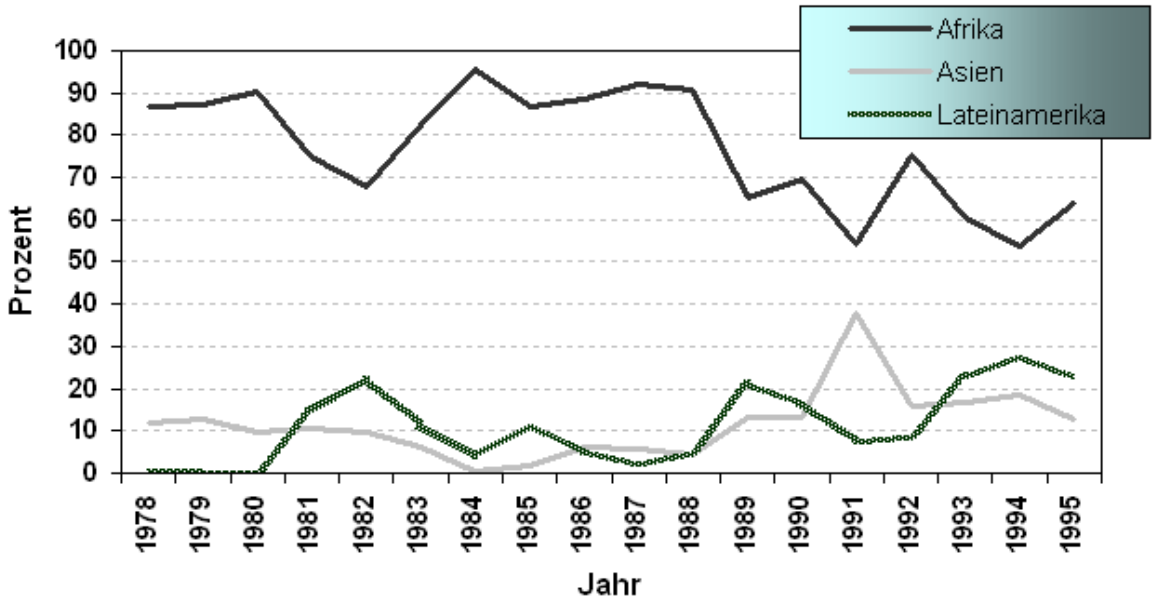


Abbildung 6: Prozentuelle Aufteilung der bilateralen technischen Hilfe nach Kontinenten[1562]

Analog zur Lobby-Tätigkeit der SPÖ zu Gunsten Namibias hatte sich die ÖVP bereits Mitte der 1980er Jahre für einige zentralamerikanische Staaten eingesetzt, die sie als positive Gegenmodelle zum vermeintlich totalitären Regime in Nicaragua unterstützt wissen wollte. Insbesondere El Salvador (nach dem Wahlsieg Napoleon Duartes 1984) und Costa Rica sollten nach dem Willen konservativer Politiker verstärkt gefördert werden.[1563] Die SPÖ verhielt sich wohlwollend bis reserviert[1564], betonte aber, dass neue Projekte nicht – wie von der ÖVP gefordert – zu Lasten der Hilfe an Nicaragua gehen dürften.[1565] Nach der Übernahme des Außenministeriums durch Alois Mock wurde letztlich eine konsensuale Linie verfolgt, in der neben Nicaragua zunächst Costa Rica zu einem wichtigen Empfängerland wurde. In den 1990er Jahren wurden dann auch El Salvador und Guatemala in das Schwerpunktprogramm der österreichischen Entwicklungshilfe aufgenommen. Die Auseinandersetzungen um Nicaragua verstellten den Beteiligten allerdings die Sicht auf eine bedeutende geographische Verschiebung: Asien, das in den 1960er Jahren noch eine ganz wesentliche Rolle gespielt hatte,

---

[1562] Quellen: Höll, Österreichische Entwicklungshilfe, S. 75; Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, hg. von ÖFSE, Jg. 1988, 1992 u. 1996. (Berücksichtigt werden konnte lediglich jener Teil der Leistungen, der einem bestimmten Land zugeordnet werden kann.)

[1563] Andreas Khol (als einer von mehreren): »Wird endlich auch El Salvador in die österreichische Entwicklungshilfe einbezogen? Herr Minister, öffnen Sie bitte das zweite geschlossene Auge, sonst bleiben Sie in Mittelamerika einäugig!« (NR-Protokolle, XVI.GGP/71, 11.12.1984, S. 6271.)

[1564] Vgl. u.a. Außenminister Gratz, der einerseits ein Kleinkraftwerkprojekt in Costa Rica befürwortete (NR-Protokolle, XVI.GGP/108, 24.10.1985, S. 9317) und auf die Anfang der 1980er Jahre bereits an El Salvador geleistete Entwicklungshilfe verwies, andererseits die katastrophale Menschenrechtssituation in diesem Land betonte (II-2156 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 16. Gesetzgebungsperiode, Anfragebeantwortung vom 17.12.1984 [950/AB]).

[1565] Vgl. NR-Protokolle, XVI.GGP/108, 24.10.1985, S. 9317.

wurde in den 1980er Jahren weitgehend marginalisiert, während Lateinamerika (und da wiederum vor allem Zentralamerika) erheblich aufgewertet wurde. Eine Begründung für diese Redistribution sucht man im Quellenmaterial allerdings vergebens – es hat den Anschein, als hätte man sie nicht einmal registriert.

Gegen Ende der 1980er Jahre wurde der asiatische Kontinent wieder stärker berücksichtigt, im Bereich der technischen Hilfe speziell zwei Länder, die aufgrund ihrer geographischen Gegebenheiten Affinitäten zu Österreich aufwiesen: Nepal und Bhutan. Das erste Länderprogramm, das im Zuge der angestrebten geographischen Konzentration und effizienteren Verwendung der österreichischen Entwicklungshilfe erstellt wurde, betraf Bhutan. Eine Wahl, die einmal mehr zeigte, wie selektiv mit der vielfach proklamierten politischen Konditionalität umgegangen wurde und wie sehr auch am Ende des Kalten Kriegs die Einhaltung der Menschenrechte kein Prinzip darstellte, sondern metropolitanen Staaten eine zusätzliche Handlungsoption eröffnete, die nach Maßgabe politischer Opportunität wahrgenommen wurde – oder eben nicht. Im Falle Bhutan war Zweiteres der Fall, was allerdings – außer von der sozialdemokratischen Abgeordneten Horvath[1566] – weder kommentiert noch kritisiert wurde. 1992 war die Liste der Schwerpunktländer komplett: Nicaragua in Lateinamerika, Bhutan in Asien und Kap Verde, Burkina Faso, Uganda, Äthiopien, Ruanda sowie Moçambique in Afrika. Ergänzt wurde dieser Kernbereich um 11 so genannte Kooperationsländer, nämlich El Salvador, Guatemala und Costa Rica, Pakistan und Nepal, Senegal, Kenia, Namibia, Burundi, Tansania sowie Zimbabwe. Bis zur Mitte der 1990er Jahre gelang es dann auch in der (finanziellen) Realität, einen großen Teil der für die bilaterale technische Hilfe aufgewendeten öffentlichen Mittel auf diese Staaten zu konzentrieren.[1567] Betrachtet man allerdings die gesamten als öffentliche Entwicklungshilfe deklarierten Leistungen (also auch den großen Bereich der Exportkredite sowie beispielsweise die anteiligen Studienplatzkosten), so stehen in den 1980er und 1990er Jahren ganz andere Staaten an der Spitze der Empfängerliste: Algerien, China, Indonesien, die Türkei, Ägypten und der Iran – ein Ergebnis, das nicht nur die aus entwicklungspolitischen Gründen angestrebte Schwerpunktbildung konterkarierte, sondern in Anbetracht der politischen Systeme dieser Staaten massive Bedenken in Sachen Menschenrechte

---

[1566] NR-Protokolle, XVIII.GGP/141, 2.12.1993, S. 16379. Selbst Waltraud Horvath wies allerdings mit einer Verspätung von einigen Jahren auf die Ende der 1980er Jahre einsetzende massive Repressionswelle gegen die nepalesische Minderheit in Bhutan hin, die Hunderttausende Menschen zu Flüchtlingen machte (vgl. Karl-Heinz Krämer: Bhutan: Flüchtlingsprobleme und zögerliche Demokratisierung. In: Jahrbuch Dritte Welt 2001. Daten, Übersichten, Analysen. München: Beck 2000, S. 136 f.).

[1567] Vgl. Raffer, Trauriges Kapitel, S. 36 f. Raffer sieht diese geographische Eingrenzung der Entwicklungshilfe-Leistungen als einen der wenigen Erfolge in der Geschichte der österreichischen Entwicklungshilfe an.

auslöste. Insbesondere grüne und linke sozialdemokratische Abgeordnete thematisierten die »Unterdrückung von Oppositionsbewegungen und blutigen Verfolgungen von Minderheiten«[1568] in Ländern wie China und Indonesien. Dessen Okkupation Osttimors wurde aber auch von Helene Partik-Pablé scharf kritisiert und die Vergabe von Entwicklungshilfe unter solchen Bedingungen in Frage gestellt.[1569] Auffallende Zurückhaltung übte in diesen Debatten die ÖVP.

Einigkeit zwischen ÖVP und SPÖ bestand hingegen darin, dass die nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme anlaufenden, umfangreichen Transferleistungen – die so genannte »Osthilfe« – nicht zu Lasten der traditionellen Entwicklungshilfe gehen dürfe. Peter Jankowitsch wandte sich namens der SPÖ »mit aller Entschiedenheit gegen jede Kürzung von Mitteln, die für die Entwicklungshilfe bestimmt sind, um aus diesem Titel etwa den Ländern Osteuropas zu helfen«[1570]. 1990 warnte Außenminister Mock ausdrücklich »vor einer Reduzierung der Hilfe für die Dritte Welt als Folge der westlichen Hilfsprogramme für Osteuropa« – ein solcher Rückgang sei »weder politisch noch moralisch zu rechtfertigen«[1571]. Der quantitative Anstieg der Entwicklungshilfe (vgl. Abbildung 3) zu Beginn der 1990er Jahre bestätigte diese Absichtserklärungen.

Intensiver als in früheren Jahrzehnten wurde über Möglichkeiten und Grenzen, Sinn und Unsinn von Entwicklungshilfe nachgedacht. Bereits 1980 konstatierte der ÖVP-Abgeordnete Blenk, dass die bisherige Entwicklungshilfe zu keiner Verbesserung der Lage in der Dritten Welt geführt habe.[1572] Johanna Dohnal hielt Mitte der 1980er Jahre die »Weiterführung der bisher praktizierten Entwicklungshilfe-Politik« für »verhängnisvoll«, sofern diese nur darauf hinausliefe, »für die eigenen Produkte Märkte zu schaffen, die Machtzentren zu bewahren und an den Bedürfnissen der Menschen in den Entwicklungsländern vorbeizugehen, sowie alle Grundlagen und Strukturen in den betroffenen Ländern zu vernichten«[1573]. »Lange Listen von Fehlern und Irrtümern ließen sich aufstellen«[1574], gestand ungefähr zur gleichen Zeit Peter Jankowitsch ein und bezog sich dabei unter anderem auf die zu jener Zeit breit rezipierte Ent-

---

[1568] Günter Dietrich, in: NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9195.
[1569] NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.19, S. 9197.
[1570] NR-Protokolle, XVII.GGP/120, 29.11.1989, S. 14205. Dieser Position schlossen sich die ÖVP-Abgeordneten Puntigam und Steinbauer an (ebda., S. 14210 bzw. 14217).
[1571] Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 7. Wien: Böhlau 1990, S. 144.
[1572] NR-Protokolle, XV.GGP/24, 20.2.1980, S. 2365.
[1573] Dohnal, Nairobi Streiflichter, S. 41.
[1574] NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11766.

wicklungshilfe-Kritik von Brigitte Erler[1575]. Die Palette der in diesem Kontext erwähnten Projekte reichte von einem nie in Betrieb genommenen Zellstoffwerk in Bangladesh[1576] über Musterfarmen in Nigeria und Ghana[1577] bis hin zu Wasserkraftwerken in Indonesien[1578]. Auch Alois Mock drängte sich der »Eindruck [...] auf, daß vieles falsch gelaufen ist«[1579], ÖGB-Präsident Verzetnitsch sah die »Geschichte der öffentlichen und privaten Entwicklungshilfe [...] mit vielen erfolglosen Beispielen teuer gepflastert«[1580] und nach Auffassung Helene Partik-Pablés wurden »nutzlose, ja schädliche Monsterprojekte finanziert, byzantinische Bürokratien geschaffen«[1581] und waren nicht die Armen die Nutznießer, sondern Regierungen und »Bonzen«[1582]. Obwohl damit in modifizierter Form die in den 1960er Jahren entstandenen entwicklungshilfekritischen Argumentationsmuster eine Renaissance erlebten (nachdem sie in den 1970er Jahren weitgehend aus dem politischen Diskurs verschwunden waren)[1583], stellte niemand die Entwicklungshilfe prinzipiell in Frage.[1584] Zu ihrer Verteidigung führte man »die sinkende Kindersterblichkeit und die verbesserte Nahrungsmittelversorgung«[1585] an und schrieb ihr im Rahmen einer historischen Analogie die Funktion der »Sozialpolitik in der Phase des Frühkapitalismus« zu, die »einige der ärgsten Auswüchse der Industrialisierung und Modernisierung gelindert«[1586] habe.

Zweifel an der Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit von Entwicklungshilfe wurden auch aus einer anderen Perspektive formuliert. Insbesondere sozialdemokratische Politiker machten wieder-

---

[1575] Brigitte Erler: Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe. Freiburg: Dreisam 1985. Brigitte Erlers Buch wurde auch von Heribert Steinbauer (NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11760) sowie Alois Mock zitiert (Mock, Hilfe zur Selbsthilfe, S. 9).

[1576] Vgl. Fritz Hochmair, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1446.

[1577] Vgl. Hilmar Kabas, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/18, 10.11.1983, S. 1438.

[1578] Vgl. Helga Erlinger, II-8769 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, 17. Gesetzgebungsperiode, Anfrage vom 10.10.1989 (4333/J).

[1579] Mock, Hilfe zur Selbsthilfe, S. 9.

[1580] Verzetnitsch, Nord-Süd-Konfrontation, S. 94.

[1581] NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9196.

[1582] Ebda., S. 9197.

[1583] Lediglich vereinzelte Äußerungen wie Karl Czernetz' Kritik an der indischen Atombombe standen in dieser Tradition. »Schaut euch einmal Indien an: ein Entwicklungsland, das Entwicklungshilfe beansprucht, das ein Bruttonationalprodukt von 110 Dollar pro Kopf und Jahr hat – aber eine Atombombe hat man bauen können!«, zitierte Czernetz zustimmend eine verbreitete zeitgenössische Auffassung (NR-Protokolle, XIII.GGP/111, 10.7.1974, S. 11045). Derartige Kritik blieb jedoch die Ausnahme in einem Kontext, in dem keynesianische Exportförderung, anhaltender Entwicklungsoptimismus und der Nord-Süd-Konflikt eine positive Bewertung der Entwicklungshilfe begünstigten.

[1584] Einer solchen Infragestellung am nächsten kam Helene Partik-Pablé, die, den Nutzen der Entwicklungshilfeausgaben bezweifelnd, verlangte, dass die österreichische Regierung sich auf »Nothilfe« konzentriere, »die wirklich etwas sehr Wesentliches ist.« (NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9198.)

[1585] Heribert Steinbauer, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 1170.

[1586] Peter Jankowitsch, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/132, 6.3.1986, S. 11766.

holt darauf aufmerksam, dass nicht die von der Dimension und vom Handlungsspielraum her sehr limitierten Entwicklungshilfe-Leistungen über das Wohl und Wehe peripherer Gesellschaften entscheiden würden, sondern die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen: »sehr vieles, das durch gute Hilfe geschaffen werden kann, kann eben durch diese ungünstigen Strukturen der Weltwirtschaft zerstört werden«[1587]. Selbst die zuständige Staatsekretärin relativierte die Bedeutung der Entwicklungshilfe, indem sie darauf hinwies, dass »die Auswirkungen des internationalen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) auf die Dritte Welt wesentlich größer als die gesamte weltweite Entwicklungshilfe«[1588] sei. Die Konsequenz aus dieser Einschätzung bestand darin, dass Sozialdemokraten über das faktische Scheitern des Nord-Süd-Dialogs hinaus für eine Veränderung der internationalen Austauschbeziehungen zu Gunsten der Peripherie eintraten.[1589] Damit standen sie in deutlichem Kontrast zu ÖVP-Politikern wie Ludwig Steiner, die strukturellen Lösungskonzepten zutiefst misstrauten und stets konkreten Entwicklungshilfemaßnahmen den Vorzug gaben.[1590] Einen stärker strukturorientierten Ansatz vertrat hingegen Heribert Steinbauer, dem Entwicklungshilfe so lange nutzlos erschien, so lange sie nicht mit »gesellschaftlichen Reformen«[1591] verknüpft sei. Insgesamt blieb aber derartige substanzielle Kritik, blieben Forderungen nach Einbettung der Entwicklungshilfe in umfassendere strukturelle Maßnahmen ein Randphänomen der politischen Debatte.

[1587] Ebda. Auch Waltraud Horvath ging davon aus, dass »Entwicklungshilfe allein [...] die sich immer mehr verschlechternde Situation der Länder der dritten [sic] Welt nicht zum Positiven verändern« könne (NR-Protokolle, XVII.GGP/40, 27.11.1987, S. 4563). Eine ähnliche Position vertrat die grüne Abgeordnete Grandits (vgl. NR-Protokolle, XVIII.GGP/83, 15.10.1992, S. 9191).

[1588] Ederer, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte, S. 11.

[1589] Vgl. u.a. Waltraud Horvath, in: NR-Protokolle, XVII.GGP/40, 27.11.1987, S. 4563.

[1590] »Tatkräftige Hilfe und Unterstützung sind es, was diese Völker brauchen, und nicht Illusionen wie etwa diese, wenn von einer neuen Weltwirtschaftsordnung die Rede ist, von der heute noch niemand weiß, wie sie aussehen wird (Beifall bei der ÖVP), und die aller Wahrscheinlichkeit nach ja nie irgendwie in Kraft treten wird.« (Ludwig Steiner, in: NR-Protokolle, XVI.GGP/48, 24.5.1984, S. 4025.)

[1591] Steinbauer, Die Notwendigkeit des Teilens, S. 5. Ähnlich auch die sozialdemokratische Abgeordnete Hlavac, in: NR-Protokolle, XVII.GGP, Bd. 8, 28.6.1988, Parlamentarische Enquete »Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik – Rolle, Aufgaben und Möglichkeiten Österreichs«, S. 53.

V Zusammenfassung

Versucht man, die unterschiedlichen »Erzählstränge« dieser Arbeit in einem abschließenden Resümee zusammenzuführen, so erstaunt vor allem, wie sehr sie in ihren Grundlinien übereinstimmen, wie eng internationale und nationale Entwicklungen miteinander korrespondierten, wie unmittelbar die dominanten globalen Tendenzen auf den Kleinstaat Österreich, auf die Debatten und Aktivitäten seines politischen Personals durchschlugen und sein Verhältnis zur außereuropäischen Peripherie determinierten. Diese Einflüsse gingen von unterschiedlichen Ebenen aus, nicht nur von den weltwirtschaftlichen und -politischen Strukturen an sich, sondern auch – diesen nachgelagert – von der internationalen politischen und theoretischen Debatte über Nord-Süd-Fragen. Die österreichische Politik und ihre Protagonisten wiederum zeigten wenig Neigung zu provinziellem Isolationismus und begriffen die globale Arena ab einem relativ frühen Zeitpunkt als jenen Raum, in dem es galt, sowohl die kollektiven Interessen der kapitalistischen Zentren (denen man sich zugehörig fühlte) als auch nationale Interessen politischer und vor allem ökonomischer Natur durchzusetzen. Dabei entwickelten sie ein ebenso gutes Sensorium für die Tektonik der internationalen Machtverhältnisse, denen sie ihr Handeln weitgehend anpassten, wie für die ideologischen Grundströmungen, mit denen sie ihre Politik gegenüber der Dritten Welt legitimierten.

Lediglich die Jahre bis 1955 stellten eine Anomalie dar. Während im Zuge der Dekolonisierung, zunächst vor allem in Asien, ein neuer Modus vivendi zwischen Zentren und Peripherie entstand, blieb diese große Transformation in Österreich weitgehend unbeachtet. Hier widmete man sich im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg vorwiegend dem Verhältnis zu den Nachbarstaaten sowie zu den vier Besatzungsmächten, deren Abzug und damit die Wiederherstellung der vollen staatlichen Souveränität oberste Priorität genoss. Die Staaten der sich herausbildenden Dritten Welt wurden nur in dem Maß wahrgenommen (und auch dies nur äußerst punktuell), wie es für dieses zentrale Ziel der österreichischen Außenpolitik von Belang war: im Kontext des Kalten Kriegs (Korea) sowie als Unterstützer im Ringen um den Staatsvertrag. Außerdem erblickte man in ihnen schon relativ früh potenzielle Absatzmärkte für österreichische Produkte.

Kurz nach Unterzeichnung des Staatsvertrags fand die Reintegration Österreichs in das internationale Staatensystem mit der Aufnahme in die Vereinten Nationen ihren formellen Abschluss. Die UNO bildete in den folgenden Jahrzehnten einen der wesentlichsten Berührungspunkte zwischen Österreich und der Dritten Welt: als Ort vielfältiger diplomatischer Kon-

takte, als Forum zentraler entwicklungspolitischer Debatten und als Interventionsinstrument in regionalen Krisen. Während die Gesamteinschätzung der UNO durch österreichische Politiker stark davon abhing, wie sehr sich in ihr die als bedrohlich empfundenen Sonderinteressen der Dritten Welt artikulierten, fand die traditionell starke österreichische Beteiligung an UN-Friedensmissionen in der Regel breite politische Unterstützung.

Erstmals stellte Österreich zu Beginn der 1960er Jahre Soldaten für einen UN-Einsatz ab und wurde damit direkt in einen der zahlreichen postkolonialen Konflikte verwickelt: den kongolesischen Bürgerkrieg. Diese Truppenentsendung bildete den sichtbarsten Ausdruck einer Entwicklung, in deren Rahmen sich die österreichische Außenpolitik seit Ende der 1950er Jahre zusehends der Dritten Welt zuwandte und ihren Wahrnehmungshorizont entsprechend erweiterte: Im Unterschied zur Dekolonisierung Asiens wurde jene Afrikas ebenso aufmerksam registriert wie die in der UNO sichtbar werdenden Konfliktlinien zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und den von ihnen Kolonisierten. Diese »Globalisierung« der Außenpolitik lag nicht zuletzt darin begründet, dass Österreich Bestandteil jener Strukturen wurde, mit denen der Westen die Einbindung der neuen Staaten in das kapitalistische Weltsystem sicherzustellen versuchte.

Während Österreich aufgrund seines neutralen Status an den militärischen Komponenten dieses Netzes nicht beteiligt war, wirkte es wie die anderen OECD-Mitglieder an seinen ökonomischen Komponenten mit. Als zentrales Instrument fungierte in diesem Zusammenhang die sogenannte Entwicklungshilfe, die als Gratifikation für politisches Wohlverhalten eingesetzt wurde. Umgekehrt bedeutete ein Ausscheren aus dem westlichen Hegemonialbereich den Entzug dieser finanziellen Transferleistungen. Die antikommunistische Grundmotivation wurde von österreichischer Seite auf ideologischer Ebene wie auch in der Entwicklungshilfe-Praxis geteilt – und um nationale Wirtschaftsinteressen angereichert. Zugleich bildete die Entwicklungshilfe einen zentralen Bestandteil jenes umfassenden ideologischen und ökonomischen Komplexes, der peripheren Gesellschaften eine nachholende Entwicklung nach westlichem Muster in Aussicht stellte. Der Weg dorthin sollte über umfangreiche Kapitaltransfers (eben unter anderem in Form von Entwicklungshilfe) und solcherart stimuliertes industrielles Wachstum verlaufen – darin stimmten in den 1960er Jahren internationale und österreichische Debatte überein. Rückblickend lässt sich sagen: Der Weg war das Ziel, nämlich jene Erweiterung der Reproduktionsgrundlagen des kapitalistischen Systems, die durch vermehrte Exportmöglichkeiten, verbesserte Rohstoffversorgung und neue, von den Metropolen

kontrollierte Produktionskapazitäten vor allem dem in den Zentren konzentrierten Kapital zugute kam.

Während die 1950er und 1960er Jahre im Zeichen des Antikommunismus standen, machte sich im folgenden Jahrzehnt die Entspannungspolitik in der österreichischen Außenpolitik bemerkbar und veränderte die Wahrnehmungsmuster ihrer Protagonisten. So verschwand aus den Stellungnahmen österreichischer Politiker nach und nach die antikommunistische Rhetorik, man arrangierte sich formell mit der Existenz einer Reihe nicht-kapitalistischer Staaten (Österreich nahm diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China, Nordvietnam und Nordkorea auf) und begann sich verstärkt mit jenen national- und sozialrevolutionären Bewegungen zu beschäftigen, die in etlichen Weltregionen die westliche Hegemonie bedrohten. Die Fragilität der internationalen Herrschaftsverhältnisse und die geschwächte Position der USA erweiterten den Handlungsspielraum kleinstaatlicher Außenpolitik und eröffneten unterschiedliche strategische Optionen. Diese neue, offenere Konstellation schuf die Grundlage dafür, dass der Konsens zwischen den politischen Parteien, von dem die österreichische Außenpolitik bis zu Beginn der 1970er Jahre getragen war, erste Brüche zeigte. Während die regierende SPÖ für eine Kooptierung national/sozialrevolutionärer Bewegungen und Staaten durch begrenzte Konzessionen eintrat und entsprechende Kontakte intensivierte, vertrat die ÖVP eine deutlich restriktivere Haltung. Diese Auffassungsunterschiede traten zwar in der politischen Debatte relativ deutlich zutage, doch sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle drei Parlamentsparteien in den prinzipiellen außenpolitischen Zielen (Stabilisierung des Gesamtsystems, Verfolgung nationaler Interessen) weiterhin übereinstimmten und lediglich in der Wahl der Mittel uneins waren. Als in den 1980er Jahren die USA ihre hegemoniale Stellung festigten und der neu aufflammende Kalte Krieg den Spielraum zwischen den beiden großen Machtblöcken minimierte, konvergierten auch wieder die Positionen der Parteien, mit den USA und Westeuropa als Bezugspunkt.

Ein weiteres Charakteristikum der 1970er Jahre stellten die Versuche der Dritten Welt dar, ihr wachsendes Gewicht im internationalen System zu nutzen, um bestimmte weltwirtschafliche Rahmenbedingungen neu zu organisieren. Durch die Etablierung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung sollte vor allem der Welthandel zugunsten der Peripherie restrukturiert und so das durch die Krise der importsubstituierenden Industrialisierung gefährdete Konzept nachholender Entwicklung gerettet werden. Auch dieser Herausforderung der kapitalistischen Zentren begegneten die österreichischen Sozialdemokraten mit einer auf konziliante Rhetorik und gewisse Zugeständnisse setzenden Strategie. Man erhoffte sich dadurch eine zweifache

Stärkung des kapitalistischen Weltsystems – politisch durch die verbesserte »Eingemeindung« reformistisch orientierter Eliten in der Dritten Welt, denen neue Perspektiven geboten werden sollten, ökonomisch durch die Schaffung neuer Absatzmärkte und damit eine schnellere Überwindung der Weltwirtschaftskrise, die ab 1973/74 die kapitalistischen Zentren erfasste. Diesem doppelten Zweck diente auch der von Bundeskanzler Kreisky propagierte »Marshall-Plan für die Dritte Welt«, mit dem in einer großen internationalen Kraftanstrengung die Entwicklungsversprechen der 1950er und 1960er Jahre aktualisiert und zugleich in keynesianischer Manier die ökonomische Krise durch massiv gesteigerte Staatsausgaben überwunden werden sollten. Ein derartiges Modell gehörte allerdings einer untergehenden Welt an und wurde Anfang der 1980er Jahre ad acta gelegt, ohne auch nur in die Nähe seiner Realisierung gelangt zu sein.

Zu diesem Zeitpunkt hatten sich neue Tendenzen im entwicklungspolitischen Diskurs bemerkbar gemacht – sowohl international als auch in Österreich. Bereits in den 1970er Jahren bezweifelte man mit ökologischen Argumenten die globale Verallgemeinerbarkeit des Industriekapitalismus; gleichzeitig vollzog sich mit der programmatischen Hinwendung zur Grundbedürfnisstrategie der allmähliche Abschied vom Wachstumsoptimismus der 1950er und 1960er Jahre, der von einem raschen und allgemeinen Ansteigen des Lebensstandards ausgegangen war.

Den endgültigen Umschwung im entwicklungspolitischen Denken führte schließlich die neoliberale Restrukturierung der Weltwirtschaft herbei. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Schuldenkrise der frühen 1980er Jahre, die es den kapitalistischen Zentren ermöglichte, dem Großteil der peripheren Ökonomien ihre Ordnungsvorstellungen aufzuzwingen und auf diese Weise Bewegungsfreiheit und Verwertungsbedingungen des metropolitanen Kapitals nachhaltig zu verbessern. Die staatliche Regulation wirtschaftlicher Prozesse geriet in der internationalen politischen Debatte zunehmend in Verruf, stattdessen betonte man die dynamische Rolle kapitalistischer Marktmechanismen, insbesondere eines möglichst freien globalen Waren- und Kapitalverkehrs. Diese ideologische Neuorientierung lässt sich ab Anfang der 1980er Jahre auch in Österreich beobachten. Auch wenn sie nur von wenigen Politikern emphatisch betrieben wurde, man sich in bedeutenden Teilen des politischen Spektrums reserviert gab und gewisse Liberalisierungsschritte sogar auf begrenzten Widerstand stießen – weder in der Theorie noch in der Praxis gelang es relevanten politischen Kräften, der neoliberalen Wende Nennenswertes entgegenzusetzen.

Die scheinbare Alternativlosigkeit des neoliberalen Modells und das seit Beginn der 1980er Jahre rapide anwachsende Machtungleichgewicht zwischen Zentren und Peripherie ließen jenen ideologischen Kitt, der zu Zeiten des Kalten Kriegs die Bindung der Dritten Welt an die westlichen Metropolen verstärkt hatte, zunehmend entbehrlich erscheinen: das gemeinsame Projekt universaler ökonomischer Entwicklung. Dieses hatte bereits im Gefolge der Schuldenkrise mit der Verarmung ganzer Weltregionen seine empirische Grundlage verloren; mit geringem zeitlichen Abstand verlor es auch seine Funktion, die Legitimität des globalen Kapitalismus unter Hinweis auf die durch ihn erwartbare Produktivkraftentwicklung zu erhöhen. An die Stelle solchermaßen hergestellter Loyalität und damit die subjektiv freiwillige Eingliederung in das System trat zunehmend der unverhüllte Einsatz von ökonomischen, politischen und militärischen Machtmitteln, um die Herrschaftsinteressen der kapitalistischen Zentren durchzusetzen.

Diese gingen mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Blocks zunehmend dazu über, in der Peripherie nach den ökonomischen Strukturen nun auch die politischen Systeme zur Disposition zu stellen. Die bis dahin verpönte Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten wurde im Rahmen der unter Führung der USA etablierten »neuen Weltordnung« zum zulässigen Vorgang. Auch für Österreich lässt sich dieser Übergang von Kooptierungs- zu unverhohlenen Dominanzstrategien in der politischen Debatte nachvollziehen. Kurz nachdem mit dem »Marshall-Plan für die Dritte Welt« und der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung die beiden letzten Anläufe gescheitert waren, dem Glauben an den universalen ökonomischen Fortschritt neue Nahrung zu geben, erhöhte sich ab Mitte der 1980er Jahre quer durch alle Parteien die Bereitschaft, politische, ökonomische und sogar militärische Mittel einzusetzen, um Regierungen anderer Staaten zu Verhaltensänderungen zu zwingen (etwa im Fall von Menschenrechtsverletzungen). Diese Tendenz reichte bis in den Bereich der Entwicklungshilfe, die wieder stärker an politische Bedingungen geknüpft wurde (wenngleich sich die diesbezüglichen programmatischen Ambitionen in der Regel nicht in der Vergabepraxis niederschlugen).

Die verstärkte Kontrolle über die politischen und ökonomischen Prozesse in der Peripherie, die offenere Ausübung von Macht bildeten nur einen Teil jener Gesamtkonstellation, wie sie sich in den 1990er Jahren darstellte. Ein anderer Teil bestand paradoxerweise in der zunehmenden Ausblendung der Dritten Welt aus der öffentlichen Wahrnehmung (in der sie bereits zuvor lediglich eine marginale Rolle gespielt hatte). Dieses Phänomen korrelierte in Öster-

reich mit der immer stärkeren Ausrichtung der Außenbeziehungen auf die Europäische Union sowie auf die Transformationsprozesse in Ost- und Südosteuropa.

Obwohl die Debatten über Entwicklungshilfe bis in die 1990er Jahre eine zum Teil erstaunliche Kontinuität und einen relativ festen Themenkanon aufwiesen (wenn auch zunehmende Expertise verratend), zeigte sich in ihnen doch ein immer deutlicheres Abrücken vom ursprünglichen Anspruch, die Produktivkräfte in der Peripherie zu steigern. Stattdessen konzentrierte man sich zusehends auf die Alimentierung der Armen mit dem Lebensnotwendigen (die Grundbedürfnisstrategie zielte ebenso in diese Richtung wie die wachsende Bedeutung der Katastrophenhilfe) sowie auf die Eindämmung von Prozessen und Phänomenen, die als Bedrohung für Österreich empfunden wurden, etwa in ökologischer Hinsicht. Ein dem Niveau der Zentren deutlich angenäherter Lebensstandard, wie ihn die Modernisierungstheoretiker der Dritten Welt in Aussicht gestellt hatten, war ebenso illusorisch geworden wie die globale Partizipation an jenen Entscheidungsprozessen, die unmittelbaren Einfluss auf die Lebensbedingungen der Weltbevölkerung nahmen.

Lässt man die fünf Jahrzehnte zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem EU-Beitritt Revue passieren, so zeigt sich deutlich, wie sehr Österreich Bestandteil jenes Herrschaftsgeflechts war, mit dem die kapitalistischen Zentren große Teile der Peripherie ihrer Kontrolle unterwarfen. Die Kräfteverhältnisse schwankten je nach historischer Periode, und von ihnen hing es in erster Linie ab, welches Bild man sich von der Dritten Welt machte, welche Instrumente man im Umgang mit ihr für angemessen, welche Konzessionen für erforderlich, welche Interessen für durchsetzbar hielt. Seit den frühen 1980er Jahren trugen Österreich und seine Politiker – mit anfangs mehr oder weniger großem, aber generell steigendem Enthusiasmus – die von den kapitalistischen Zentren forcierten Ordnungsvorstellungen mit, auf deren Basis die politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielräume der Peripherie drastisch eingeschränkt wurden; eine Haltung, die sich auch nach dem Beitritt zur Europäischen Union ungebrochen fortsetzte.

Personalien

Hier aufgelistet sind jene Personen, deren Äußerungen in irgendeiner Form Gegenstand der Analyse waren (ohne daß sie notwendigerweise in der Arbeit zitiert werden). An biographischen Informationen sind Geburts- und gegebenenfalls Sterbedatum, Parteizugehörigkeit und wichtige politische Funktionen, insbesondere auf Bundesebene, angeführt. Politische Funktionen nach dem Stichtag 1.1.1995 bleiben weitgehend außer Acht.

Anneliese **Albrecht** (*1921, SPÖ): Nationalratsabgeordnete 1971–1981, Staatssekretärin im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie 1979–1983.

Anna Elisabeth **Aumayr** (*1950, FPÖ): Nationalratsabgeordnete 1990–2002.

Thomas **Barmüller** (*1964, FPÖ, ab 4.2.1993 LiF): Nationalratsabgeordneter 1990–1999.

Martin **Bartenstein** (*1953, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1991–1994, Staatssekretär im Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr 1994–1995.

Holger **Bauer** (FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1980–1983 und 1986–1999, Staatssekretär im Finanzministerium 1983–1987.

Erich **Bielka** (1908–1992, parteilos): ab 1946 Botschafter in Bern, Kairo, Ankara und Paris; Außenminister 1974–1976.

Karl **Blecha** (*1933, SPÖ): SPÖ-Zentralsekretär 1976–1981, Nationalratsabgeordneter 1970–1983, Innenminister 1983–1989.

Wolfgang **Blenk** (1926–1996, ÖVP): Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 1976, Vorsitzender der Fraktion der Christdemokraten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 1981, Nationalratsabgeordneter 1970–1990.

Carl H. **Bobleter** (1912–1984, ÖVP): ab 1960 österreichischer Vertreter bei der OECD in Paris, 1964–68 Staatssekretär im Außenministerium.

Jakob **Brandstätter** (1928–1987, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1967–1987.

Helmut **Braun** (*1934, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1979–1984, Stadtrat in Wien 1984–1988.

Tassilo **Broesigke** (*1919, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1963–1966 und 1970–1980, Präsident des Rechnungshofs 1980–1992.

Gerhart **Bruckmann** (*1932, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1986–1994.

Christian **Brünner** (*1942, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1990–1994.

Josef **Buchner** (*1942, Grüne, ab 1.12.1987 fraktionslos): Nationalratsabgeordneter 1986–1990.

Siegmund **Burger** (1921–1992, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1970–1982.

Erhard **Busek** (*1941, ÖVP): Generalsekretär der ÖVP 1975–1976, Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter der Stadt Wien 1978–1987, Wissenschaftsminister

1989–1994, Unterrichtsminister 1994/95, Bundesparteiobmann der ÖVP 1991–1995, Nationalratsabgeordneter 1975–1978, 1990, 1994, 1995.

Josef **Cap** (*1952, SPÖ): Vorsitzender der Sozialistischen Jugend 1978–1984, Zentralsekretär bzw. Bundesgeschäftsführer der SPÖ 1988–1995, Nationalratsabgeordneter seit 1983.

Karl **Czernetz** (1910–1978, SPÖ): österreichischer Beobachter beim Europarat 1952–1955, österreichischer Delegierter in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 1956–1978, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 1975–1978, Internationaler Sekretär der SPÖ, Nationalratsabgeordneter 1949–1978.

Helmut **Dietachmayr** (*1942, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1990–2002.

Günter **Dietrich** (*1941, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1983–1994.

Johanna **Dohnal** (*1939, SPÖ): Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen im Bundeskanzleramt 1979–1990, Bundesministerin für Frauenfragen 1990–1995.

Brigitte **Ederer** (*1956, SPÖ): Nationalratsabgeordnete 1983–1992, Staatssekretärin für Integration und Entwicklungszusammenarbeit im Bundeskanzleramt 1992–1995.

Herbert **Egg** (*1927, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1970–1983.

Helga **Erlinger** (*1947, Grüne): Nationalratsabgeordnete 1988–1989.

Felix **Ermacora** (1923–1995, ÖVP): Österreichischer Delegierter zur Menschenrechtskommission der UN 1959–1980 sowie 1984–1987 (1974 Präsident), Mitglied der Europäischen Menschenrechtskommission des Europarates, Mitglied des Menschenrechtsausschusses der UN 1980–1984, Nationalratsabgeordneter 1971–1990.

Wendelin **Ettmayer** (*1943, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1977–1993.

Karl **Fachleutner** (*1921, ÖVP): Mitglied des Bundesrates 1959–1962, Nationalratsabgeordneter 1962–1986.

Gottfried **Feurstein** (*1939, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1975–2002.

Kurt **Fiedler** (1922–1984, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1962–1979.

Leopold **Figl** (1902–1965, ÖVP): Obmann der ÖVP 1945–1952, Landeshauptmann von Niederösterreich 1945 sowie 1962–1965, Bundeskanzler 1945–1953, Außenminister 1953–1959, Nationalratspräsident 1959–1962, Nationalratsabgeordneter 1945–1965.

Hertha **Firnberg** (1909–1994, SPÖ): Mitglied des Bundesrates 1959–1963, Nationalratsabgeordnete 1963–1983, Wissenschaftsministerin 1970–1983.

Ernst **Fischer** (1899–1972, KPÖ): Staatssekretär für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten 27. 4.1945–20.12.1945, Nationalratsabgeordneter 1945–1959.

Heinz **Fischer** (*1938, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1971–1983 sowie seit 1987, Klubobmann der SPÖ 1975–1983 und 1987–1990, Wissenschaftsminister 1983–1987, Nationalratspräsident 1990–2002.

Helmut **Frauscher** (1934–1994, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1970–1979, Mitglied des Bundesrates 1980–1993.

Friedhelm **Frischenschlager** (*1943, FPÖ, seit 1993 LIF): Nationalratsabgeordneter 1977–1983 und 1986–1996; Verteidigungsminister 1983–1986, Klubobmann des Liberalen Forums seit 1993.

Willi **Fuhrmann** (*1944, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1987–1998, Klubobmann der SPÖ 1990–1994.

Herbert **Fux** (*1927, Grüne): Nationalratsabgeordneter 1986–1990.

Edeltraud **Gatterer** (*1954, ÖVP): Nationalratsabgeordnete 1990–2002.

Walter **Geyer** (*1947, Grüne): Nationalratsabgeordneter 1986–1988.

Alfons **Gorbach** (1898–1972, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1945–1970, Dritter Präsident des Nationalrats 1945–1953 und 1956–1961, Bundesparteiobmann der ÖVP 1960–1963, Bundeskanzler 1961–1964.

Ferdinand **Graf** (1907–1969, ÖVP): Mitglied des Bundesrates 1945–1949, Staatssekretär im Innenministerium 1945–1956, Verteidigungsminister 1956–1961, Nationalratsabgeordneter 1949–1962.

Marijana **Grandits** (*1954, Grüne): Nationalratsabgeordnete 1990–1994.

Leopold **Gratz** (*1929, SPÖ): Mitglied des Bundesrates 1963–66, Unterrichtsminister 1970–1971, Nationalratsabgeordneter 1970–1973 und 1986–1989, SPÖ-Klubobmann 1971–1973, Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien 1973–1984, Außenminister 1984–1986, Nationalratspräsident 1986–1989.

Wilfried **Gredler** (1916–1994, WdU, ab 1956 FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1953–1963, Ständiger Vertreter Österreichs beim Europarat 1963–1970.

Karl **Gruber** (1909–1995, ÖVP): Landeshauptmann von Tirol 1945, Nationalratsabgeordneter 1945–1954, Außenminister 1945–1953, Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1966–1969.

Ernst **Grundemann-Falkenberg** (1903–1987, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1949–1970.

John **Gudenus** (*1940, FPÖ): Mitglied des Bundesrates 1990–1992, Nationalratsabgeordneter 1992–1995.

Norbert **Gugerbauer** (*1950, FPÖ): Generalsekretär der FPÖ 1986–1988, FPÖ-Klubobmann

1989–1992, Nationalratsabgeordneter 1983–1993.

Hans **Hafner** (*1938, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1975–1996.

Marianne **Hagenhofer** (*1948, SPÖ): Nationalratsabgeordnete seit 1993.

Jörg **Haider** (*1950, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1979–1983, 1986–1989 und 1992–1999, Klubobmann der FPÖ 1986–1989 und 1992–1999, Bundesparteiobmann der FPÖ 1986–2000, Landeshauptmann von Kärnten 1989–1991 sowie seit 1999.

Helmut **Haigermoser** (*1940, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1983–2002.

Holda **Harrich** (*1931, Grüne): Nationalratsabgeordnete 1989–1990.

Johann **Hatzl** (*1942, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1976–1979, Stadtrat in Wien 1979–2001.

Herbert **Haupt** (*1947, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1986–2000, 3. Nationalratspräsident 1994–1996.

Walter **Hauser** (*1922, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1962–1983.

Rudolf **Häuser** (1909–2000, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1962–1974, Sozialminister und Vizekanzler 1970–1976.

Hilde **Hawlicek** (*1942, SPÖ): Mitglied des Bundesrates 1971–1976, Nationalratsabgeordnete 1976–1987 und 1990–1995, Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Sport 1987–1990.

Christine **Heindl** (*1950, Grüne): Nationalratsabgeordnete 1990–1994.

Kurt **Heindl** (*1936, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1973–2002.

Roman **Heinz** (1923–1997, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1965–1983.

Walter **Heinzinger** (1937–1993, ÖVP): Mitglied des Bundesrates 1972–1979, Nationalratsabgeordneter 1979–1993.

Hans **Hesele** (*1926, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1972–1987.

Elisabeth **Hlavac** (*1952, SPÖ): Mitglied des Bundesrates 1988–1989 und 1994–1996, Nationalratsabgeordnete 1989–1994.

Fritz **Hochmair** (*1941, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1979–1988, Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich 1993–2000.

Josef **Höchtl** (*1947, ÖVP): Bundesobmann der Jungen ÖVP 1972–1982, Sprecher der ÖVP für Menschenrechtsfragen 1993, ÖAAB-Bundesobmann 1991–1997, Nationalratsabgeordneter 1975–1999.

Waltraud **Horvath** (ab 1990: **Schütz**) (*1957, SPÖ): Nationalratsabgeordnete 1986–1994.

Alois **Huber** (*1929, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1984–1994.

Marga **Hubinek** (*1926, ÖVP): Nationalratsabgeordnete 1970–1990, Zweite Präsidentin des Nationalrats 1986–1990.

Peter **Jankowitsch** (*1933, SPÖ): Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Beziehungen mit politischen Bewegungen der Dritten Welt in der Sozialistischen Internationale 1971–1972, Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen (New York) 1972, Vertreter Österreichs im Sicherheitsrat 1973–1974, Außenminister 16. 6. 1986–21. 1. 1987, Staatssekretär im Bundeskanzleramt 17.12.1990–3. 4.1992, ständiger Vertreter Österreichs bei der OECD 1993, Nationalratsabgeordneter 1983–1986, 1987–1990, 1992–1993.

Richard **Kaiser** (*1935, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1986–1996.

Othmar **Karas** (*1957, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1983–1990.

Franz **Karasek** (1924–1986, ÖVP): Kabinettschef von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus 1964–1966, Nationalratsabgeordneter 1970–1979, Generalsekretär des Europarates 1979–1984.

Irmtraut **Karlsson** (*1944, SPÖ): Mitglied des Bundesrates 1987–1993, Nationalratsabgeordnete 1993–1994.

Paul **Kaufmann** (*1925, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1971–1979 und 1983, Mitglied des Bundesrates 1981–1982.

Otto **Keimel** (*1928, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1970–1994.

Peter **Keppelmüller** (*1944, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1983–2002.

Hans **Kerstnig** (1914–1984, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1970–1979.

Andreas **Khol** (*1941, ÖVP): Nationalratsabgeordneter seit 1983, Direktor der Politischen Akademie der ÖVP 1974–1992, Klubobmann der ÖVP 1994–2003.

Rudolf **Kirchschläger** (1915–2000, parteilos): Außenminister 1970–1974, Bundespräsident 1974–1986.

Josef **Klaus** (1910–2001, ÖVP): Landeshauptmann von Salzburg 1949–1961, Finanzminister 1961–1963, Bundesparteiobmann der ÖVP 1963, Bundeskanzler 1964–1970, Nationalratsabgeordneter 1962–1963 sowie 1966–1970.

Fritz **Klenner** (1906–1997, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1958–1961.

Thomas **Klestil** (*1932, parteilos): 1978–1982 UNO-Botschafter in New York, 1987–1992 Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Bundespräsident seit 1992.

Viktor **Klima** (*1947, SPÖ): Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr 1992–1996, Nationalratsabgeordneter 1994.

Albrecht K. **Konecny** (*1942, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1983–1986, Leitender Sekretär der SPÖ 1987–1996, Internationaler Sekretär der SPÖ 1996, Mitglied des Bundesrates seit 1987, Vorsitzender der Bundesratsfraktion der SPÖ seit 1996, Abgeordneter zum Europäischen Parlament 1995–1996.

Friedrich **König** (*1933, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1970–1999 (mit kurzen Unterbrechungen), Klubobmann der ÖVP 1986–1990.

Helga **Konrad** (*1948, SPÖ): Nationalratsabgeordnete 1990–1993.

Johann **Koplenig** (1891–1968, KPÖ): Staatssekretär ohne Portefeuille 1945, Nationalratsabgeordneter 1945–1959.

Stephan **Koren** (1919–1988, ÖVP): Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1967–1968, Finanzminister 1968–1970, Nationalratsabgeordneter 1970–1978.

Ernst **Koref** (1891–1988, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1930–1934 und 1945–1958, Mitglied des Bundesrates 1958–1965.

Wilhelm **Kos** (1910–1995, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1959–1966.

Hans **Kottulinsky** (1913–1984, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1945–1949 und 1953–1959.

Josef **Krainer** (*1930, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1970–1971, Landeshauptmann der Steiermark 1980–1996.

Franz **Kranebitter** (1906–1977, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1947–1970.

Otto **Kranzlmayr** (1911–1972, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1953–1972, Staatssekretär im Innenministerium 1961–1963.

Bruno **Kreisky** (1911–1990, SPÖ): Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1953–1959, Außenminister vom 16.7.1959–19.4.1966, Bundesvorsitzender der SPÖ 1967–1983, Bundeskanzler vom 21.4.1970–24.5.1983, Vizepräsident der Sozialistischen Internationale 1976–1989, Nationalratsabgeordneter1956–1983.

Ferdinand **Lacina** (*1942, SPÖ): Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1982–1984, Verkehrsminister 1984–1986, Finanzminister 1986–1995.

Erwin **Lanc** (*1930, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1966–1983, Verkehrsminister 1973–1977, Innenminister 1977–1983, Außenminister 1983–1984.

Monika **Langthaler** (*1965, Grüne): Nationalratsabgeordnete 1990–1999.

Hermann **Leithenmayr** (*1941, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1983–1990.

Robert **Lichal** (*1932, ÖVP): Mitglied des Bundesrats 1976–1979, Nationalratsabgeordneter 1979–1987, Verteidigungsminister 1987–1990, Nationalratsabgeordneter und Zweiter Präsident des Nationalrats 1990–1994.

Franz **Löschnak** (*1940, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1981–1983 und 1994–1999, Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1977–1985, Bundesminister im Bundeskanzleramt 1985–1987, Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst 1987–1989, Bundesminister für Inneres 1989–1995.

Dieter **Lukesch** (*1943, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1990–1999.

Michael **Luptowits** (1915–1998, SPÖ) : Mitglied des Bundesrats 1959–1960 und 1965–1966, Nationalratsabgeordneter 1966–1979.

Karl **Lütgendorf** (1914–1981, parteilos): Verteidigungsminister 1971–1977.

Michael **Maderthaner** (1925–1981, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1971–1981.

Klaus **Mahnert** (*1913, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1959–1966.

Peter **Marizzi** (*1947, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1987–1999, Zentralsekretär der SPÖ 1989–1993, Bundesgeschäftsführer der SPÖ 1993–1995.

Fritz **Marsch** (*1926, SPÖ): SPÖ-Zentralsekretär 1970–1987, Nationalratsabgeordneter 1971–1987.

Walter **Meischberger** (*1959, FPÖ): Mitglied des Bundesrates 1989–1990, Nationalratsabgeordneter 1990–1999.

Freda **Meissner-Blau** (*1927, Grüne): Nationalratsabgeordnete 1986–1988.

Nikolaus **Michalek** (*1940, parteilos): Justizminister 1990–2000.

Alfred **Migsch** (1901–1975, SPÖ): Bundesminister für Elektrifizierung und Energiewirtschaft 1947–1949, Personalstadtrat in Wien 1954–1956, Nationalratsabgeordneter 1945–1966.

Alois **Mock** (*1934, ÖVP): Unterrichtsminister 1969–1970, Klubobmann der ÖVP 1978–1987, Bundesparteiobmann der ÖVP 1979–1989, Präsident der Europäischen Demokratischen Union (EDU) seit 1979, Präsident der Internationalen Demokratischen Union (IDU) 1983–1987, Außenminister 1987–1995, Nationalratsabgeordneter 1970–1987 sowie mit Unterbrechungen von 1990 bis 1999.

Wilhelm **Molterer** (*1955, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1990–1994, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft 1994–2000.

Herbert **Moritz** (*1927, SPÖ): Landeshauptmann-Stellvertreter von Salzburg 1977–1984, Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport 1984–1987.

Hans Helmut **Moser** (*1948, FPÖ, ab 4.2.1991 Liberales Forum): Nationalratsabgeordneter 1989–1999.

Klara **Motter** (*1935, FPÖ, ab 4.2.1993 Liberales Forum): Nationalratsabgeordnete 1986–1999.

Franz **Mrkvicka** (*1940, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1987–1996.

Gerulf **Murer** (*1941, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1979–1983 und 1986–1996, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium 1983–1987.

Ernst **Nedwed** (*1929, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1978–1992.

Heinrich **Neisser** (*1936, ÖVP): Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1969–1970, Nationalratsabgeordneter 1975–1987 und 1989–1999, Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform 1987–1989, Zweiter Präsident des Nationalrats 1994–1999.

Johann **Neumann** (*1929, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1966–1986.

Ewald **Nowotny** (*1944, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1978–1999.

Adolf **Nußbaumer** (1931–1982, SPÖ): Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1977–1982.

Jolanda **Offenbeck** (1930–2000, SPÖ): Mitglied des Bundesrates 1970–1973, Nationalratsabgeordnete 1973–1990.

Harald **Ofner** (*1932, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1979–1983 und 1986–2002, Justizminister 1983–1987.

Willibald **Pahr** (*1930, parteilos): Außenminister 1976–1983.

Helene **Partik-Pablé** (*1939, FPÖ): Nationalratsabgeordnete seit 1983.

Rainer **Pawkowicz** (1944–1998, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1990–1991.

Friedrich **Peter** (*1921, FPÖ): FPÖ-Bundesparteiobmann 1958–1978, Nationalratsabgeordneter 1966–86, Klubobmann der FPÖ 1970–1986.

Madeleine **Petrovic** (*1956, Grüne): Nationalratsabgeordnete 1990–2003.

Peter **Pilz** (*1954, Grüne): Nationalratsabgeordneter 1986–1991.

Bruno **Pittermann** (1905–1983, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1945–1971, Klubobmann 1956–1970, Vorsitzender der SPÖ 1957–1967, Vizekanzler 1956–1966.

Adelheid **Praher** (*1933, SPÖ): Nationalratsabgeordnete 1982–1992.

Fritz **Prechtl** (*1923, SPÖ): Mitglied des Bundesrates 1971–1975, Nationalratsabgeordneter 1975–1986.

Fritz **Probst** (*1938, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1979–1994.

Alois **Puntigam** (*1938, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1981–1994.

Sonja **Puntscher-Riekmann** (*1954, Grüne): Nationalratsabgeordnete 1994.

Maria **Rauch-Kallat** (*1949, ÖVP): Mitglied des Bundesrates 1983–1987, Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie 1992–1995.

Viktor **Reimann** (1915–1996, WdU): Nationalratsabgeordneter 1949–1956.

Karl **Reinhart** (*1930, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1970–1986.

Severin **Renoldner** (*1959, Grüne): Nationalratsabgeordneter 1991–1996.

Walter **Resch** (1939–1995, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1982–1993.

Josef **Riegler** (*1938, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1975–1983, Landwirtschaftsminister 1987–1989, Vizekanzler sowie Minister für Föderalismus und Verwaltungsreform 1989–1991, Bundesparteiobmann der ÖVP 1989–1991, Nationalratsabgeordneter 1991–1993.

Herbert **Salcher** (*1929, SPÖ): Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz 1979–1981, Finanzminister 1981–1984.

Peter **Schieder** (*1941, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1970–1973 und wieder seit 1984, dazwischen Wiener Stadtrat.

Karl **Schleinzer** (1924–1975, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1962–1975, Verteidigungsminister 1961–1964, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft 1964–1970, Bundesparteiobmann der ÖVP 1971–1975.

Karl **Schlögl** (*1955, SPÖ): Mitglied des Bundesrates 1987–1991, Nationalratsabgeordneter 1991–1994.

Hans **Schöll** (*1941, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1991–1996.

Edgar **Schranz** (*1930, SPÖ): Mitglied des Bundesrates 1970–1971, Nationalratsabgeordneter 1971–1994.

Erich L. **Schreiner** (*1950, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1990–1998.

Wolfgang **Schüssel** (*1945, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1979–1989 und 1994, Wirtschaftsminister 1989–1995.

Johann **Schuster** (*1942, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1983–1999.

Waltraud **Schütz**: siehe Waltraud Horvath

Walter **Schwimmer** (*1942, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1971–1999.

Otto **Scrinzi** (*1918, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1966–1979.

Fred **Sinowatz** (*1929, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1971–1983 und 1986–1988, Bundesminister für Unterricht und Kunst 1971–1983, Vizekanzler 1981–1983, Bundeskanzler 1983–1986.

Karel **Smolle** (*1944, Grüne): Nationalratsabgeordneter der Grünen 1986–1990.

Manfred **Srb** (*1941, Grüne): Nationalratsabgeordneter 1986–1994.

Josef **Staribacher** (*1921, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1961–1983, Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie 1970–1983.

Norbert **Steger** (*1944, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1979–1986, Bundesparteiobmann der FPÖ 1980–1986, Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie sowie Vizekanzler 1983–1987.

Heribert **Steinbauer** (*1935, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1975–1994.

Ludwig **Steiner** (*1922, ÖVP): Staatssekretär im Außenministerium 1961–1964, Nationalratsabgeordneter 1979–1990.

Max **Stendebach** (1892–1984, WdU/FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1953–1959.

Gerulf **Stix** (*1935, FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1971–1990, Dritter Präsident des Nationalrats 1983–1990.

Herbert **Stohs** (1913–1997, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1962–1975.

Peter **Strasser** (1917–1962, SPÖ): Obmann der Sozialistischen Jugend 1946–1954, Nationalratsabgeordneter 1949–1962.

Rudolf **Streicher** (*1939, SPÖ): 1986–1991 Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

Barthold **Stürgkh** (1898–1965, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1949–1965.

Friedrich **Svihalek** (*1958, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1989–1994.

Josef **Taus** (*1933, ÖVP): Bundesparteiobmann der ÖVP 1975–1979, Nationalratsabgeordneter 1975–1991.

Ingrid **Tichy-Schreder** (*1941, ÖVP): Nationalratsabgeordnete 1979–1999.

Lujo **Toncic-Sorinj** (*1915, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1949–1966, Außenminister 1966–1968, Generalsekretär des Europarats 1969–1974.

Rudolf **Tonn** (*1931, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1971–1986.

Gabrielle **Traxler** (*1942, SPÖ, ab 17.12.1992 fraktionslos): Nationalratsabgeordnete 1983–1994.

Fritz **Verzetnitsch** (*1945, SPÖ): Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes seit 1987, Mitglied des Bundesrats 1984–1986, Nationalratsabgeordneter seit 1986.

Ernst Eugen **Veselsky** (*1932, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1970–1986, Mitglied des Bundesrats 1986–1988, Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1970–1977.

Johannes **Voggenhuber** (*1950, Grüne): Nationalratsabgeordneter 1990–1996.

Franz **Vranitzky** (*1937, SPÖ): Finanzminister 1984–1986, Bundeskanzler 1986–1997, Vorsitzender der SPÖ 1988–1997.

Andreas **Wabl** (*1951, Grüne): Nationalratsabgeordneter 1986–1999.

Kurt **Waldheim** (*1918, ÖVP): Außenminister 1968–1970, UNO-Generalsekretär 1971–1981, Bundespräsident 1986–1992.

Oskar **Weihs** (1911–1978, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1959–1975, Landwirtschaftsminister 1970–1976.

Ludwig **Weiß** (1902–1994, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1956–1966, Verkehrsminister 1966–1970.

Ernst **Winkler** (1899–1976, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1956–1966.

Hermann **Withalm** (1912–2003, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1953–1975, Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs 1966–1970, Bundesparteiobmann der ÖVP 1970–1971.

Hans **Wolfmayr** (*1944, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1990–1994.

Fritz **Zaun** (*1946, Grüne): Nationalratsabgeordneter 1990.

Rupert **Zechtl** (*1915, SPÖ): Nationalratsabgeordneter 1945–1960.

Gustav **Zeillinger** (1917–1997, WdU/FPÖ): Nationalratsabgeordneter 1953–1977, Volksanwalt 1977–1983.

Christof **Zernatto** (*1949, ÖVP): Nationalratsabgeordneter 1986–1989, Landeshauptmann von Kärnten 1991–1999.

Abkürzungsverzeichnis

ANC	African National Congress
ASEAN	Association of South-East Asian Nations
BNP	Bruttonationalprodukt
CENTO	Central Treaty Organisation
CEPAL	Comisión Económica para América Latina
DAC	Development Assistance Committee
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
IDA	International Development Association
IKFE	Interministerielles Komitee zur Förderung der Entwicklungsländer
ILO	International Labour Organization
IWF	Internationaler Währungsfonds
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LLDCs	Least Developed Countries
MSACs	Most Seriously Affected Countries
NICs	Newly Industrializing Countries
OAS	Organization of American States
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OEEC	Organization of European Economic Cooperation
ÖIE	Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
PLO	Palestine Liberation Organization
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

SADCC	Southern African Development Coordination Conference
SEATO	South-East Asia Treaty Organization
SWAPO	South West African People's Organisation
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
WHO	World Health Organization

Literaturverzeichnis[1592]

Allgemeine Sekundärliteratur

Adams, Bill: Sustainable development and the greening of development theory. In: Beyond the impasse. New directions in development theory, hrsg. von Frans J. Schuurman. London, New Jersey: Zed Books 1993, S. 207–222.

Adams, Nassau A.: Worlds apart. The North-South divide and the international system. 2. Auflage. London, New Jersey: Zed Books 1997.

Adorno, Theodor W.: Beitrag zur Ideologienlehre. In: Ders.: Soziologische Schriften I, hrsg. von Rolf Tiedemann. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1979 (=suhrkamp taschenbuch wissenschaft. 306.), S. 457–477.

Agnew, John/Corbridge, Stuart: The new geopolitics. The dynamics of geopolitical disorder. In: A world in crisis? Geographical perspectives, hrsg. von R. J. Johnston und P. J. Taylor. 2. Auflage. Oxford, Cambridge (Mass.): Blackwell 1989.

Agnoli, Johannes: Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik. Freiburg: Ça ira-Verlag 1995.

Albertini, Rudolf von: Probleme der Entwicklungsländer, Entwicklungshilfe und Nord-Süd-Konflikt. In: Fischer Weltgeschichte, Bd. 36: Weltprobleme zwischen den Machtblöcken. Das Zwanzigste Jahrhundert III, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml. Frankfurt am Main: Fischer 1981, S. 394–472.

Altvater, Elmar: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung. Der Fall Brasilien. Hamburg: VSA 1987.

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 1996.

Amin, Samir: Eurocentrism. London: Zed Books 1989.

Amin, Samir: Maldevelopment. Anatomy of a global failure. London, New Jersey; Tokio: Zed Books; United Nations University Press 1990.

Amin, Samir: Capitalism in the age of globalization. The management of contemporary society. London, New York; Cape Town: Zed Books; Institute for Policy and Social Research 1998.

Andersen, Uwe/Langmann, Andreas: Eine »neue« Neue Weltwirtschaftsordnung? Perspektiven gerechterer Strukturen in der Einen Welt. In: Kreuzzug oder Dialog. Die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen, hrsg. von Volker Matthies. Bonn: Dietz 1992 (=Dietz-Taschenbuch. 44.), S. 143–157.

Angermann, Erich: Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917. 7. Auflage. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1983. (=dtv. 4007.)

Arrighi, Giovanni: The Long Twentieth Century. London, New York: Verso 1994.

[1592] Texte desselben Autors/derselben Autorin sind nach dem Erscheinungsjahr geordnet.

Bahadir, Sefik Alp/Wörtz, Eckart: Von der Kolonisierung zur Globalisierung: Das Scheitern des nationalen Entwicklungsstaates in Ägypten. In: Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929–1999), hrsg. von Peter Feldbauer [u.a.]. Frankfurt am Main; Wien: Brandes & Apsel; Südwind 1999 (=Historische Sozialkunde. 15.), S. 127–143.

Baran, Paul A.: The political economy of growth. New York: Monthly Review Press 1957.

Bellers, Jürgen/Woyke, Wichard (Hrsg.): Analyse internationaler Beziehungen. Methoden – Instrumente – Darstellungen. Opladen: Leske + Budrich 1989. (=UTB. 1354.)

Bernecker, Walther L.: Port Harcourt, 10. November 1995. Aufbruch und Elend der Dritten Welt. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1997. (=dtv. 30619.)

Beyme, Klaus von: Die politische Klasse im Parteienstaat. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1993. (=suhrkamp taschenbuch wissenschaft. 1064.)

Biel, Robert: The New Imperialism. Crisis and contradictions in North-South relations. London, New York: Zed Books 2000.

Blomström, Magnus/Hettne, Björn: Development theory in transition. The dependency debate and beyond: Third World responses. London: Zed Books 1984.

Bodemer, Klaus: Programmentwicklung in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26, 1985, Sonderheft 16: Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, hrsg. von Franz Nuscheler, S. 278–307.

Boeckh, Andreas: Abhängigkeit, Unterentwicklung und Entwicklung. Zum Erklärungswert der Dependencia-Ansätze. In: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Bd. 1: Unterentwicklung und Entwicklung. Theorien – Strategien – Indikatoren. 2., überarb. und erg. Auflage. Hamburg: Hoffmann und Campe 1982, S. 133–151.

Boeckh, Andreas: Dependencia und kapitalistisches Weltsystem, oder: Die Grenzen globaler Entwicklungstheorien. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26, 1985, Sonderheft 16: Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, hrsg. von Franz Nuscheler, S. 56–72.

Boeckh, Andreas: Entwicklungstheorien. Eine Rückschau. In: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3. Auflage. Bonn: Dietz 1993, S. 110–130.

Bohnet, Michael: Wechselnde Akzente der Entwicklungspraxis. In: Entwicklungstheorie – Entwicklungspraxis. Eine kritische Bilanzierung, hrsg. von Udo Ernst Simonis. Berlin (West): Duncker & Humblot 1986 (=Schriften des Vereins für Socialpolitik. Neue Folge. 154.), S. 41–71.

Boris, Dieter: Neoliberale Strukturreformen und Demokratisierungsprozesse im Lateinamerika der 80er und 90er Jahre. In: Die Dritte Welt und Wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis, hrsg. von Mohssen Massarrat [u.a.]. Freiburg: Informationszentrum Dritte Welt 1993, S. 384–393.

Brenner, Robert: The boom and the bubble. In: New Left Review, 2000, H. 6, S. 5–43.

Brohman, John: Universalism, Eurocentrism, and ideological bias in development studies: from modernisation to neoliberalism. In: Third World Quarterly, Bd. 16, 1995, H. 1, S. 121–140.

Calvocoressi, Peter: World politics since 1945. 7. Auflage. New York: Longman 1996.

Chinweizu: Africa and the capitalist countries. In: General History of Africa. Bd. 8: Africa since 1935, hrsg. von Ali A. Mazrui und C. Wondji. Paris; Oxford; Berkeley: UNESCO; James Currey; University of California Press 1999 [Erstausgabe 1993], S. 769–797.

Chomsky, Noam: Power in the global arena. In: New Left Review, 1998, H. 230, S. 3–27.

Chomsky, Noam: Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1995. (=dtv. 4665.)

Çinar, Dilek: Eine unsichere Gratwanderung auf den Trümmern von »Entwicklung«. Zum Stand der entwicklungstheoretischen Diskussion. In: Soll und Haben. Konturen der österreichischen Entwicklungspolitik 1, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit. Wien: Südwind 1992.

Claus, Burghard: Trends in der Entwicklungszusammenarbeit ausgewählter OECD-Länder. In: Deutsche und internationale Entwicklungspolitik. Zur Rolle staatlicher, supranationaler und nicht-regierungsabhängiger Organisationen im Entwicklungsprozeß der Dritten Welt, hrsg. von Manfred Glagow. Opladen: Westdeutscher Verlag 1990, S. 91–99.

Coquery-Vidrovitch, Catherine: Economic changes in Africa in the world context. In: General History of Africa. Bd. 8: Africa since 1935, hrsg. von Ali A. Mazrui und C. Wondji. Paris; Oxford; Berkeley: UNESCO; James Currey; University of California Press 1999 [Erstausgabe 1993], S. 285–316.

Cornia, Giovanni Andrea/Jolly, Richard/Stewart, Frances: Adjustment with a Human Face. Oxford, New York: Oxford University Press 1987.

Degnbol-Martinussen, John/Engberg-Pedersen, Poul: Aid. Understanding International Development Cooperation. London, New York; Kopenhagen: Zed Books; Mellemfolkeligt Samvirke 2003.

Dickson, Anna K.: Development and international relations. Cambridge, Oxford: Polity Press 1997.

Dunbabin, J. P. D.: International relations since 1945. A history in two volumes. Vol. 2: The post-imperial age: The great powers and the wider world. London, New York: Longman 1994.

Eagleton, Terry: Ideology. An introduction. London, New York: Verso 1991.

Elsenhans, Hartmut: Kein Ende der großen Theorie. In: asien afrika lateinamerika, Bd. 24, 1996, S. 111–145.

Elsenhans, Hartmut: Gegen den Theoriepessimismus in der Entwicklungspolitik. In: Entwicklungstheorien im Widerspruch. Plädoyer für eine Streitkultur in der Entwicklungspolitik, hrsg. von Klaus Zapotocky und Petra C. Gruber. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 1997 (=Wissen & Praxis. 69.), S. 73–97.

Falkner, Robert: Auslandshilfe und *Containment*. Anfänge amerikanischer Auslandshilfepolitik in der Dritten Welt, 1945–1952. Münster, Hamburg: Lit 1994. (=Münchener Beiträge zur Geschichte und Gegenwart der internationalen Politik. 4.)

Faschingeder, Gerald: Themenverfehlung Kultur? Zur Relevanz der Kulturdebatte in den Entwicklungstheorien. In: Kultur als umkämpftes Terrain. Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik?, hrsg. von Gerald Faschingeder, Franz Kolland und Franz Wimmer. Wien: Promedia 2003 (=Historische Sozialkunde/Internationale Entwicklung. 21.), S. 9–32.

Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main: Fischer 1991.

Frank, Andre Gunder: Global crisis and transformation. In: Critique and Anti-Critique. Essays on dependence and reformism. London, Basingstoke: Macmillan 1984.

Frank, Andre Gunder: Kann die Schuldenbombe entschärft werden? In: Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt, hrsg. von Ulrich H. Laaser und Karl-Ernst Wendt. Berlin, Hamburg: Argument 1988, S. 14–39.

Frank, Gunder Andre: The underdevelopment of development. In: Scandinavian Journal of Development Alternatives, Bd. 10, 1991, H. 3, S. 5–72.

Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto: Umbruch in der Weltwirtschaft. Reinbek: Rowohlt 1986. (=rororo aktuell. 5744.)

Füredi, Frank: The new ideology of imperialism. Renewing the moral imperative. London, Boulder (Co.): Pluto Press 1994.

Gasper, Des/Apthorpe, Raymond: Introduction: Discourse analysis and policy discourse. In: Arguing development policy: frames and discourses, hrsg. von Raymond Apthorpe und Des Gasper. London: Cass 1996, S. 1–15.

Gastil, John: Undemocratic discourse: a review of theory and research on political discourse. In: Discourse & Society, Bd. 3, 1992, H. 4, S. 469–500.

Gill, Stephen/Law, David: The global political economy. Perspectives, problems and policies. Baltimore: Johns Hopkins University Press 1988.

Gowan, Peter: The global gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance. London, New York: Verso 1999.

Grimm, Klaus: Theorien der Unterentwicklung und Entwicklungsstrategien. Eine Einführung. Opladen: Westdeutscher Verlag 1979. (=Studienbücher zur Sozialwissenschaft. 38.)

Haftendorn, Helga: Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse. In: Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, hrsg. von Volker Rittberger. Opladen: Westdeutscher Verlag 1990 (=Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 21/1990.), S. 401–423.

Hall, Stuart: The problem of ideology: marxism without guarantees. In: Ders.: Critical Dialogues in Cultural Studies, hrsg. von David Morley und Kuan-Hsing Chen. London, New York: Routledge 1996, S. 25–46.

Halperin Donghi, Tulio: Geschichte Lateinamerikas von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1991.

Hardt, Michael/Negri, Antonio: Empire. Cambridge (Mass.), London: Harvard University Press 2001.

Hauck, Gerhard: Modernisierung, Dependencia, Marxismus – was bleibt? In: Peripherie, 1990, H. 39/40, S. 68–81.

Hauck, Gerhard: Einführung in die Ideologiekritik. Bürgerliches Bewußtsein in Klassik, Moderne und Postmoderne. Hamburg: Argument-Verlag 1992.

Hauck, Gerhard: Evolution, Entwicklung, Unterentwicklung – Gesellschaftstheoretische Abhandlungen. Frankfurt am Main: Verlag für Interkulturelle Kommunikation 1996. (=Umbrüche der Moderne. 6.)

Hayter, Teresa/Watson, Catharine: Aid. Rhetoric and Reality. London, Sydney: Pluto Press 1985.

Hein, Wolfgang: Der Umbruch der achtziger Jahre – entwicklungstheoretische Herausforderung für das neue Jahrzehnt. In: Peripherie, 1990, H. 39/40, S. 176–195.

Hein, Wolfgang: Von der fordistischen zur post-fordistischen Weltwirtschaft. Überlegungen zu typischen Veränderungen industrieräumlicher Strukturen. In: Peripherie, 1995, H. 59/60, S. 45–78.

Hein, Wolfgang: Das »Scheitern der Großen Theorie«, der Globalisierungsprozeß und die Krise nationaler Gesellschaften. Ein Thesenpapier. In: Peripherie, 1997, H. 65/66, S. 109–133.

Hein, Wolfgang: Unterentwicklung – Krise der Peripherie. Phänomene – Theorien – Strategien. Opladen: Leske + Budrich 1998.

Hippler, Jochen: Pax Americana? Neue Weltordnung und Dritte Welt. In: Kreuzzug oder Dialog. Die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen, hrsg. von Volker Matthies. Bonn: Dietz 1992 (=Dietz-Taschenbuch. 44.), S. 25–40.

Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin, Amsterdam: Edition ID-Archiv 1995.

Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos: Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung. Hamburg: VSA-Verlag 2001.

Hirschman, Albert O.: Entwicklung, Markt und Moral. Abweichende Betrachtungen. Frankfurt am Main: Fischer 1993. (=Fischer Taschenbuch. 11708.)

Hjertholm, Peter/White, Howard: Foreign aid in historical perspective. Background and trends. In: Foreign aid and development. Lessons learnt and directions for the future, hrsg. von Finn Tarp. London, New York: Routledge 2000, S. 80–102.

Hobsbawm, Eric: Age of extremes. The short twentieth century, 1914–1991. London: Abacus 1994.

Hoogvelt, Ankie: Globalisation and the postcolonial world. The new political economy of development. London, Basingstoke: Macmillan 1997.

Hopkins, Raymond F.: Political economy of foreign aid. In: Foreign aid and development. Lessons learnt and directions for the future, hrsg. von Finn Tarp. London, New York: Routledge 2000, S. 423–449.

Instituto del Tercer Mundo (Hrsg.): Third World Guide 93/94. Montevideo: Instituto del Tercer Mundo 1992.

Jäger, Siegfried: Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. Verfügbar unter: http://www.uni-duisburg.de/DISS/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm, 1.7.2003.

Kindermann, Gottfried-Karl: Weltverständnis und Ideologie als Faktoren Auswärtiger Politik. In: Grundelemente der Weltpolitik, hrsg. von Gottfried-Karl Kindermann. 4. Auflage. München, Zürich: Piper 1991, S. 145–164.

Kolko, Gabriel: Century of war. Politics, conflicts, and society since 1914. New York: The New Press 1994.

Kolko, Joyce: Restructuring the world economy. New York: Pantheon 1988.

Körner, Peter [u.a.]: Bretton Woods vierzig Jahre danach: Leistungen und Defizite von IWF und Weltbank. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26, 1985, Sonderheft 16: Dritte

Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, hrsg. von Franz Nuscheler, S. 385–405.

Kößler, Reinhart: Um Vergangenheit und Zukunft von Entwicklungstheorie. In: Peripherie, 1993, H. 50, S. 80–88.

Kößler, Reinhart: Entwicklung. Münster: Westfälisches Dampfboot 1998. (=Einstiege. 3.)

Krippendorff, Ekkehart: Internationale Politik. Geschichte und Theorie. Frankfurt am Main, New York: Campus 1986. (=Campus Studium. 568.)

Krüger, Hans-Peter: Konservative Entwicklungsstrategien. In: Handbuch Entwicklungsländer. Sozialökonomische Prozesse, Fakten und Strategien. Wien: Globus 1988, S. 143–147.

Krugman, Paul: The fall and rise of development economics. In: Rethinking the development experience. Essays provoked by the work of Albert O. Hirschman, hrsg. von Lloyd Rodwin und Donald A. Schön. Washington; Cambridge (Mass.): Brookings Institution; Lincoln Institute of Land Policy 1994, S. 39–58.

Larrain, Jorge: Theories of development. Capitalism, colonialism and dependency. Cambridge: Polity Press 1989.

Leys, Colin: The rise and fall of development theory. Nairobi; Bloomington, Indianapolis; Oxford: EAP; Indiana University Press; James Currey 1996.

Lipietz, Alain: Die Welt des Postfordismus. Über die strukturellen Veränderungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1997, H. 7/8.

Luger, Kurt: Dritte Welt-Berichterstattung: Eine einzige Katastrophe? Die Konstruktion von Wirklichkeit in Theorie und Praxis. In: Die Dritte Welt in den Massenmedien, hrsg. von Kurt Luger. Salzburg: Eigenverlag 1985 (=Arbeitsberichte des Instituts für Publizistik und Kommunikationswissenschaften der Universität Salzburg. 11.), S. 5–25.

MacLean, John: Belief systems and ideology in international relations: a critical approach. In: Belief systems and international relations, hrsg. von Richard Little und Steve Smith. Oxford: Blackwell 1988, S. 57–82.

Mandel, Ernest: Die Krise. Weltwirtschaft 1974–1986. Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1987.

Marchand, Marianne H.: The political economy of North-South relations. In: Political Economy and the Changing Global Order, hrsg. von Richard Stubbs und Geoffrey R. D. Underhill. New York: St. Martin's Press 1994, S. 289–301.

Martinussen, John: Society, state and market. A guide to competing theories of development. London, New Jersey; Halifax (Nova Scotia): Zed Books; Fernwood 1997.

Meadows, Dennis [u.a.]: Die Grenzen des Wachstums. Ein Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Deutsche Verlags- Anstalt 1972.

Mehmet, Ozay: Westernizing the Third World. The eurocentricity of economic development theories. London: Routledge 1995.

Melber, Henning: Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 1992.

Melkote, Srinivas R./Merriam, Allen H.: The Third World: Definitions and new perspectives on development. In: The new Third World, hrsg. von Alfonso Gonzalez und Jim Norwine. 2. Auflage. Boulder (Col.): Westview 1998, S. 9–27.

Menzel, Ulrich: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992. (=edition suhrkamp. 1718.)

Menzel, Ulrich: 40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie. In: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3. Auflage. Bonn: Dietz 1993, S. 131–155.

Menzel, Ulrich: Die Krise der Entwicklungspolitik und der hiesige entwicklungspolitische Diskurs. In: Entwicklungstheorien im Widerspruch. Plädoyer für eine Streitkultur in der Entwicklungspolitik, hrsg. von Klaus Zapotocky und Petra C. Gruber. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 1997 (=Wissen & Praxis. 69.), S. 98–106.

Meyns, Peter: Einheit und Heterogenität – Ansätze zur Erklärung der Blockfreiheit in der Weltpolitik. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26, 1985, Sonderheft 16: Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, hrsg. von Franz Nuscheler, S. 323–348.

Miliband, Ralph: The state in capitalist society. The analysis of the Western system of power. London, Melbourne, New York: Quartet Books 1973. [Erstausgabe 1969.]

Mills, Sara: Discourse. London, New York: Routledge 1997.

Minhorst, Norbert: Das »Dritte-Welt«-Bild in den bundesdeutschen Fachperiodika im Zeitraum von 1960–1992. Eine inhaltsanalytische Untersuchung. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut 1996. (=Schriften des Deutschen Übersee-Instituts. 38.)

Moore, David B.: Development discourse as hegemony. Towards an ideological history – 1945–1995. In: Debating development discourse. Institutional and popular perspectives, hrsg. von David B. Moore und Gerald J. Schmitz. London, Basingstoke: Macmillan 1995, S. 1–53.

Mürle, Holger: Entwicklungstheorie nach dem Scheitern der »großen Theorie«. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden 1997. (=INEF Report. 22.)

Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz: »Ende der Dritten Welt?« In: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3. Auflage. Bonn: Dietz 1993, S. 14–30.

Nolte, Hans-Heinrich: Die eine Welt. Abriß der Geschichte des internationalen Systems. Hannover: Fackelträger 1982.

Nuscheler, Franz: Entwicklungslinien der politikwissenschaftlichen Dritte Welt-Forschung. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26, 1985, Sonderheft 16: Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, hrsg. von Franz Nuscheler, S. 7–27.

Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitische Bilanz der 80er Jahre – Perspektiven für die 90er Jahre. In: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3. Auflage. Bonn: Dietz 1993, S. 156–178.

Nuscheler, Franz: Entwicklungstheorien im Widerspruch. In: Entwicklungstheorien im Widerspruch. Plädoyer für eine Streitkultur in der Entwicklungspolitik, hrsg. von Klaus Zapotocky und Petra C. Gruber. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 1997 (=Wissen & Praxis. 69.), S. 21–33.

Oman, Charles P./Wignaraja, Ganeshan: The postwar evolution of development thinking. London, Basingstoke: Macmillan 1991.

Petras, James/Veltmeyer, Henry: Latin America at the end of the millennium. In: Monthly Review, Bd. 51, 1999, H. 3, S. 31–52.

Petras, James/Veltmeyer, Henry: Globalization Unmasked. Imperialism in the 21st Century. Halifax; London, New York: Fernwood Publishing; Zed Books 2001.

Preston Jr., William/Herman, Edward S./Schiller, Herbert I.: Hope & Folly. The United States and UNESCO 1945–1985. Minneapolis: University of Minnesota Press 1989.

Raffer, Kunibert: Die Neue Weltwirtschaftsordnung – ein Verteilungskampf der Privilegierten. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 10, 1981, H. 2, S. 165–183.

Raffer, Kunibert: Unequal exchange and the evolution of the world system. Reconsidering the impact of trade on North-South-relations. Sozial- und wirtschaftswiss. Habil., Wien 1986.

Raffer, Kunibert/Singer, H. W.: The Foreign Aid Business. Economic Assistance and Development Co-operation. Cheltenham, Brookfield: Edward Elgar 2001.

Raffer, Kunibert/Singer, H. W.:The economic North-South divide: six decades of unequal development. Cheltenham, Northampton (Mass.): Edward Elgar 1996.

Reifer, Thomas/Sudler, Jamie: The interstate system. In: Terence K. Hopkins [u.a.]: The age of transition. Trajectory of the world-system, 1945–2025. London, New Jersey: Zed Books 1996, S. 13–37.

Rein, Martin/Schön, Donald: Reframing policy discourse. In: The argumentative turn in policy analysis and planning, hrsg. von Frank Fischer und John Forester. Durham, London: Duke University Press 1993, S. 145–166.

Rist, Gilbert: The history of development. From Western origins to global faith. London, New York: Zed Books 1997.

Ritsert, Jürgen: Inhaltsanalyse und Ideologiekritik. Ein Versuch über kritische Sozialforschung. Frankfurt am Main: Athenäum 1972.

Rosati, Jerel A.: A cognitive approach to the study of foreign policy. In: Foreign policy analysis. Continuity and change in its second generation, hrsg. von Laura Neack [u.a.]. Englewood Cliffs (New Jersey): Prentice-Hall 1995, S. 49–70.

Rothermund, Dietmar: Delhi, 15. August 1947. Das Ende kolonialer Herrschaft. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1998. (=dtv. 30608.)

Rufin, Jean-Christophe: Die neuen Barbaren. Der Nord-Süd-Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1996. (=dtv. 30534.)

Sachs, Wolfgang (Hrsg.): Wie im Westen, so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbek: Rowohlt 1993. (=rororo handbuch. 6343.)

Sangmeister, Hartmut: Das Verschuldungsproblem. In: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3. Auflage. Bonn: Dietz 1993, S. 328–358.

Schatter, Manfred: Hauptströmungen reformerischen, radikalen und alternativen Entwicklungsdenkens. In: Handbuch Entwicklungsländer. Sozialökonomische Prozesse, Fakten und Strategien. Wien: Globus 1988, S. 137–143.

Schneider, Bertrand: Krieg den Hütten. Der Nord-Süd-Skandal: Wie die Industrienationen die armen Länder ausbeuten. München: Bertelsmann 1995.

Schui, Herbert/Niemeyer, Jörg: Lösung der Schuldenfrage – ein ökonomisch-politisches Projekt. In: Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt, hrsg. von Ulrich H. Laaser und Karl-Ernst Wendt. Berlin, Hamburg: Argument 1988, S. 45–60.

Schuurman, Frans J.: Introduction. Development theory in the 1990s. In: Beyond the impasse. New directions in development theory, hrsg. von Frans J. Schuurman. London, New Jersey: Zed Books 1993, S. 1–48.

Shapiro, Michael J.: Textualizing global politics. In: International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics, hrsg. von James Der Derian und Michael J. Shapiro. New York [u.a.]: Lexington 1989, S. 11–22.

Shimko, Keith L.: Foreign Policy Metaphors: Falling »Dominoes« and Drug »Wars«. In: Foreign policy analysis. Continuity and change in its second generation, hrsg. von Laura Neack [u.a.]. Englewood Cliffs (New Jersey): Prentice-Hall 1995, S. 71–84.

Smith, Steve: Belief systems and the study of international relations. In: Belief systems and international relations, hrsg. von Richard Little und Steve Smith. Oxford: Blackwell 1988, S. 11–36.

Stock, Christian: Totaler Theorieverzicht? Bilanz der entwicklungstheoretischen und -politischen Diskussion der 90er Jahre. In: Nachhaltig zukunftsfähig? Entwicklungspolitik in den 90er Jahren. iz3w-Sonderheft, Jänner 1998, S. 4–7.

Stötzel, Georg/Wengeler, Martin: Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, New York: de Gruyter 1995.

Thorbecke, Erik: The evolution of the development doctrine and the role of foreign aid, 1950–2000. In: Foreign aid and development. Lessons learnt and directions for the future, hrsg. von Finn Tarp. London, New York: Routledge 2000, S. 17–47.

Tooze, Roger: Economic belief systems and understanding international relations. In: Belief systems and international relations, hrsg. von Richard Little und Steve Smith. Oxford: Blackwell 1988, S. 127–138.

Törnquist, Olle: Politics and development. A critical introduction. London [u.a.]: SAGE 1999.

Townsend, Janet: Gender studies – whose agenda? In: Beyond the impasse. New directions in development theory, hrsg. von Frans J. Schuurman. London, New Jersey: Zed Books 1993, S. 169–186.

Tucker, Vincent: The myth of development: A Critique of a eurocentric discourse. In: Critical development theory: Contributions to a new paradigm, hrsg. von Ronaldo Munck und Denis O'Hearn. London, New York: Zed Books 1999, S. 1–25.

Tudyka, Kurt: Politische Ökonomie der internationalen Beziehungen. In: Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, hrsg. von Volker Rittberger. Opladen: Westdeutscher Verlag 1990 (=Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 21/1990.), S. 130–150.

Tudyka, Kurt: Konzeptionswandel der niederländischen Entwicklungspolitik. In: Deutsche und internationale Entwicklungspolitik. Zur Rolle staatlicher, supranationaler und nichtregierungsabhängiger Organisationen im Entwicklungsprozeß der Dritten Welt, hrsg. von Manfred Glagow. Opladen: Westdeutscher Verlag 1990, S. 77–89.

van der Pijl, Kees: Vordenker der Weltpolitik. Einführung in die internationale Politik aus ideengeschichtlicher Perspektive. Opladen: Leske + Budrich 1996.

van Dijk, Teun A.: Ideology. A multidisciplinary approach. London [u.a.]: SAGE 1998.

Wallerstein, Immanuel: Crisis as transition. In: Samir Amin [u.a.]: Dynamics of global crisis. New York, London: Monthly Review Press 1982, S. 11–54.

Wallerstein, Immanuel: Historical capitalism *with* Capitalist civilization. 9. Auflage. London, New York: Verso 1998.

Wallerstein, Immanuel: The global picture, 1945–1990. In: Terence K. Hopkins [u.a.]: The age of transition. Trajectory of the world-system, 1945–2025. London, New Jersey: Zed Books 1996, S. 209–225.

Weege, Wilhelm: Politische Klasse, Elite, Establishment, Führungsgruppen. Ein Überblick über die politik- und sozialwissenschaftliche Diskussion. In: Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand, hrsg. von Thomas Leif [u.a.]. Bonn, Berlin: Bouvier 1992, S. 35–64.

Wesel, Reinhard: Entwicklungspolitische Rhetorik: Kognitive Strukturen im Phänomenbereich »Dritte Welt« und ihre »symbolische Politisierung« zwischen euphorischer Projektion und Bedrohungsängsten. In: Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung, hrsg. von Manfred Opp de Hipt und Erich Latniak. Opladen: Westdeutscher Verlag 1991, S. 66–90.

Wesel, Reinhard: Politische Metaphorik im »parlamentarischen Diskurs«: Konzeptionelle Überlegungen, exemplifiziert an entwicklungspolitischen Bundestagsdebatten. In: Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne, hrsg. von Andreas Dörner und Ludgera Vogt. Berlin, New York: de Gruyter 1995 (=Sprache, Politik, Öffentlichkeit. 6.), S. 200–225.

White, John: The Politics of Foreign Aid. London [u.a.]: Bodley Head 1974.

Wodak, Ruth [u.a.]: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998. (=suhrkamp taschenbuch wissenschaft. 1349.)

Žižek, Slavoj: The Spectre of Ideology. In: Mapping Ideology, hrsg. von Slavoj Žižek. London, New York: Verso 1994, S. 1–33.

Zurmühl, Ute: Der »Koloniale Blick« im entwicklungspolitischen Diskurs. Welt-Bilder und Bilder-Welten in der Entwicklungszusammenarbeit. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik 1995. (=Spektrum. Berliner Reihe zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Entwicklungsländern. 43.)

Zur österreichischen Außen(wirtschafts)- und Entwicklungspolitik

Andrlik, Erich/Delpos, Manuela/Tzaferis, Nikos: Die Einstellung der ÖsterreichInnen zur Entwicklungshilfe. Wien: VIDC 1993.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen: Entwicklungspolitik. Wien: Eigenverlag 1988.

Benedek, Wolfgang: Österreichs Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen. In: Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen – Strategien – Stellungnahmen, hrsg. von Renate Kicker, Andreas Khol und Hanspeter Neuhold. Salzburg: Neugebauer 1983, S. 321–363.

Benedek, Wolfgang/Ainetter, Christine: Die politischen Beziehungen Österreichs zu Südafrika. In: Die Apartheid-Connection. Österreichs Bedeutung für Südafrika, hrsg. von Walter Sauer und Theresia Zeschin. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1984, S. 15–39.

Breuss, Fritz: Österreichs Außenwirtschaft 1945–1982. Wien: Signum-Verlag 1983.

Breuss, Fritz: Außenwirtschaft. In: Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, hrsg. von Hans Abele [u.a.]. Wien: Manz 1989, S. 399–418.

Breuss, Fritz/Stankovsky, Jan: Die österreichische Außenwirtschaft und Außenwirtschaftspolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, hrsg. von Andreas Khol und Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1982, S. 371–399.

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (Hrsg.): Außenpolitischer Bericht. [Diverse Jahrgänge.] Wien: Eigenverlag 1979 ff.

Bunzl, John: Zur Nahostpolitik der Sozialistischen Internationale und Österreichs unter Bruno Kreisky. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 25–38.

Bunzl, John: Gewalt ohne Grenzen. Nahost-Terror und Österreich. Wien: Braumüller 1991. (=Laxenburger Internationale Studien. 1.)

Bunzl, John: Austria and the Middle East after Kreisky. In: Ders.: Between Vienna and Jerusalem. Reflections and polemics on Austria, Israel and Palestine. Frankfurt am Main [u.a.]: Peter Lang 1997, S. 19–53.

Bunzl, John: Kreisky and the Middle East. In: Ders.: Between Vienna and Jerusalem. Reflections and polemics on Austria, Israel and Palestine. Frankfurt am Main [u.a.]: Peter Lang 1997, S. 55–66.

Denk, Herbert: Oberstes Ziel: Die Unabhängigkeit Österreichs. Dreißig Jahre österreichische Außenpolitik: Eine Darstellung. In: International, 1985, H. 1, S. 35–40.

Denk, Herbert: Kontinuität im Wandel? Vergangenheit und Zukunft der österreichischen Außenpolitik. In: International, 1986, H. 5/6, S. 18–21.

Denk, Herbert/Kramer, Helmut: Außenpolitik und internationale Solidarität. Die Außenpolitik der SPÖ von 1945–1986. In: Auf dem Weg zur Staatspartei. Zur Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, hrsg. von Peter Pelinka und Gerhard Steger. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1988, S. 267–292.

Dolman, Antony J.: The Like-Minded Countries and the North-South-Conflict. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 10, 1981, H. 2, S. 153–163.

Drekonja-Kornat, Gerhard: Österreichische Entwicklungspolitik. Wie soll es weitergehen? In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 17, 1988, H. 2, S. 145–153.

Eder, Rudolf/Krobath, Hermann: Die österreichische Entwicklungshilfe. Politik – Organisation – Leistungen. Wien, Dar es Salaam: o.V. 1972. (= Handbuch der österreichischen Entwicklungshilfe. 2.)

Falkner, Gerda: Politische Beziehungen, Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklungshilfe in der österreichischen Außenpolitik gegenüber Lateinamerika 1970–1983. Diplomarbeit, Wien 1987.

Fallah-Nodeh, Mehdi/Kramer, Helmut: Österreich und die Entwicklungsländer: Das Beispiel Iran. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 5, 1989, H. 2, S. 15–29.

Fallah-Nodeh, Mehdi: Österreich und die OPEC-Staaten 1960–1990. Wien: Jugend & Volk 1993. (=Stiftung Bruno Kreisky Archiv Studienreihe. 2.)

Fischer, Manfred W. K.: Die Entwicklung der österreichisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen von 1949 bis 1971. Diplomarbeit, Salzburg 1987.

Gärtner, Heinz: Internationalisierungsprozeß und Nationalstaat. In: Helmut Kramer [u.a.]: Österreich im internationalen System. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick. Wien: Braumüller 1983, S. 60–67 u. 88–107.

Gärtner, Heinz/Höll, Otmar/Kramer, Helmut/Leyrer, Karl/Luif, Paul: Österreich im internationalen Kräftefeld. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1990.

Gehler, Michael: Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU. Innsbruck [u.a.]: StudienVerlag 2002.

Glatz, Harald: Abhängigkeit im Bereich von Rohstoffen und Energie. In: Helmut Kramer [u.a.]: Österreich im internationalen System. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick. Wien: Braumüller 1983, S. 118–127.

Haas, Karl: Entwicklungspolitische Vorstellungen der Bundeswirtschaftskammer. In: Entwicklungshilfe – Hilfe zur Selbsthilfe. Tagungsbericht, hrsg. von der Politischen Akademie der ÖVP. Wien: Eigenverlag 1987 (Forschungsbericht. 44/87.), S. 34–36.

Hacker, Walter: Österreichs Außenpolitik: Ein Staat kämpft um sein Lebensrecht. In: Bestandaufnahme Österreich 1945–1963, hrsg. von Jacques Hannak. Wien, Hannover, Bern: Forum Verlag, S. 160–185.

Hanak, Ilse: Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit und das Empowerment von Frauen. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 14, 1998, H. 1, S. 53–73.

Hanel, Markus: Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 1960–1991. Anspruch und Wirklichkeit. Diplomarbeit, Innsbruck 1994.

Hartmeyer, Helmuth: Einmal Hochschaubahn und zurück. Wandlungen innerhalb der österreichischen EZA unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen und Perspektiven der österreichischen Nichtregierungsorganisationen. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 14, 1998, H. 1, S. 23–40.

Hartmeyer, Helmuth/Jäggle, Martin: Kein Profil. Zur Situation der österreichischen Politik im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. In: Soll und Haben. Konturen der österreichischen Entwicklungspolitik 1, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit. Wien: Südwind 1992, S. 36–55.

Hödl, Gerald: Die Dritte Welt in Ideologie und Politik der österreichischen Sozialdemokratie, 1970–1983. Diplomarbeit, Graz 1990.

Hofbauer, Hannes: Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1992. (=Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. 54.)

Höll, Otmar: Aspekte der wirtschaftlichen Verflechtung Österreichs mit dem internationalen System. In: Helmut Kramer [u.a.]: Österreich im internationalen System. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick. Wien: Braumüller 1983, S. 77–87.

Höll, Otmar/Kramer, Helmut: Resumé und Ausblick. In: Helmut Kramer [u.a.]: Österreich im internationalen System. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick. Wien: Braumüller 1983, S. 161–190.

Höll, Otmar: Abhängigkeit oder Autonomie: Österreich im Internationalisierungsprozeß. Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 1. Wien: Böhlau 1984, S. 26–63.

Höll, Otmar: Österreichische Entwicklungshilfe 1970–1983. Kritische Analyse und internationaler Vergleich. Wien: Braumüller 1986. (=Informationen zur Weltpolitik. 7.)

Höll, Otmar: Die Verflechtung Österreichs mit dem internationalen System. In: Österreich im internationalen Kräftefeld, hrsg. von Heinz Gärtner [u.a.]. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1990, S. 31–46.

Höll, Otmar: Entwicklungspolitik. In: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, hrsg. von Herbert Dachs [u.a.]. 3., völlig neu bearbeitete Auflage. Wien: Manz 1997, S. 772–788.

Holley, Heinz/Grausgruber, Alfred: Eigennutz und Solidarität? Empirische Befunde zum Bewußtsein über Entwicklungshilfe in der österreichischen Bevölkerung. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 13, 1997, H. 1, S. 7–31.

Huber, Othmar: Österreichs Beitrag zur Entwicklungshilfe (I). In: Österreichische Monatshefte, Jg. 23, 1967, H. 1, S. 16–17, 20.

Huber, Othmar: Österreichs Beitrag zur Entwicklungshilfe (II). In: Österreichische Monatshefte, Jg. 23, 1967, H. 2, S. 29–31.

Huber, Othmar: Österreichs Beitrag zur Entwicklungshilfe (III). In: Österreichische Monatshefte, Jg. 23, 1967, H. 3, S. 29–30.

Isak, Hubert: Österreichische Außenwirtschaftsbeziehungen. In: Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen – Strategien – Stellungnahmen, hrsg. von Renate Kicker, Andreas Khol und Hanspeter Neuhold. Salzburg: Neugebauer 1983, S. 259–289.

Jäggle, Martin: Entwicklungspolitik der Katholischen Kirche in Österreich. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, hrsg. von Andreas Khol und Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1981, S. 339–360.

Jäggle, Martin: Kritische Anmerkungen zu zehn Jahren Entwicklungszusammenarbeit der SPÖ/ÖVP-Koalitionsregierung. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 14, 1998, H. 1, S. 41–51.

Jankowitsch, Peter: Österreich und die Dritte Welt. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 20, 1980, H. 3, S. 193–207.

Jankowitsch, Peter: Österreich und die dritte Welt. Ein neues Kapitel Außenpolitik. In: Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, hrsg. von Erich Bielka [u.a.]. Wien: Europa-Verlag 1983, S. 257–291.

Jankowitsch, Peter: Österreichs Stellung bei den blockfreien Staaten. In: Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955–1990, hrsg. von Oliver Rathkolb [u.a.]. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 2002, S. 849–885.

Kernbauer, Hans: Die Integration Österreichs in die Weltwirtschaft. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 7, 1978, H. 3, S. 291–304.

Khol, Andreas: Außenpolitik zwischen Konflikt und Konsens, Versuch einer Bilanz 1975–1978. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1978, hrsg. von Andreas Khol und Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1979, S. 161–198.

Khol, Andreas: Zur Kritik und Bestandsaufnahme der österreichischen Außenpolitik. In: Europäische Rundschau, Jg. 9, 1981, H. 3, S. 111–118.

Kicker, Renate: Die Willensbildung in der österreichischen Außenpolitik. In: Das politische System Österreichs, hrsg. von Heinz Fischer. 3., ergänzte Auflage. Wien, München, Zürich: Europaverlag 1982, S. 361–387.

Klein, Evelyn: Österreichs Kapitalexport in der Zweiten Republik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 7, 1978, H. 3, S. 305–320.

Klement, Joseph: Die Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich und die österreichische Südafrika-Politik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 15, 1986, H. 2, S. 183–195.

Kolland, Franz: Der Beitrag der Dritte-Welt-Bewegung zur politischen Kultur Österreichs – Wirkung und Einflußnahme auf die österreichische Entwicklungspolitik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 13, 1984, H. 2, S. 165–181.

Kramer, Helmut: Österreich und die dritte Welt. Am Beispiel Entwicklungshilfe. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 7, 1978, H. 3, S. 321–340.

Kramer, Helmut: Wirtschaftliche und politische Beziehungen zur Dritten Welt. In: Helmut Kramer [u.a.]: Österreich im internationalen System. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick. Wien: Braumüller 1983, S. 145–160.

Kramer, Helmut: Zur Rolle der öffentlichen Meinung in der Außenpolitik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 13, 1984, H. 2, S. 141–161.

Kramer, Helmut: Aspekte der österreichischen Außenpolitik (1970–1985). In: Der österreichische Weg 1970–1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, hrsg. von Erich Fröschl und Helge Zoitl. Wien: Europa-Verlag 1986, S. 187–199.

Kramer, Helmut: »Wende« in der österreichischen Außenpolitik? Zur Außenpolitik der SPÖ-ÖVP-Koalition. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 17, 1988, H. 2, S. 117–131.

Kramer, Helmut: Österreich im Nord-Süd-Konflikt. In: Österreich im internationalen Kräftefeld, hrsg. von Heinz Gärtner [u.a.]. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1990, S. 136–219.

Kramer, Helmut: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945–1996). In: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, hrsg. von Herbert Dachs [u.a.]. 3., völlig neu bearbeitete Auflage. Wien: Manz 1997, S. 715–739.

Kramer-Fischer, Dorit: Ein Neuer Marshall-Plan für die Dritte Welt. Der österreichische Vorschlag zu einem verstärkten Ressourcentransfer. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 10, 1981, H. 2, S. 139–151.

Kumpfmüller, Karl A.: Entwicklungshilfe – Hilfe für wen? Darstellung der gegenwärtigen Entwicklungshilfepraxis unter besonderer Berücksichtigung Österreichs. In: Probleme des Nord-Süd-Verhältnisses, hrsg. von Kunibert Raffer. Wien: edition öh 1979, S. 100–114.

Lennkh, Georg: Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in Österreich. In: Dimensionen 2000. Umwelt, Friede und Entwicklung, hrsg. von Andreas Liebmann und Werner Amon. Wien: Holzhausen 1997, S. 361–391.

Lennkh, Georg: Neue Tendenzen und Überlegungen in der Entwicklungszusammenarbeit – ihre Bedeutung für Österreich. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 14, 1998, H. 1, S. 7–22.

Liebmann, Andreas: Handbuch der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Wien: Verlag Österreich 1994.

Luif, Paul: Österreich zwischen den Blöcken. Bemerkungen zur Außenpolitik des neutralen Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 11, 1982, H. 2, S. 209–220.

Luif, Paul: Abriß der österreichischen Außenpolitik. In: Österreich im internationalen Kräftefeld, hrsg. von Heinz Gärtner [u.a.]. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1990, S. 74–122.

Luif, Paul: Austrian neutrality and the Europe of 1992. In: Austria in the new Europe, hrsg. von Günter Bischof und Anton Pelinka. New Brunswick, London: Transaction Publishers 1993, S. 19–41.

Luif, Paul: Integrationspolitik – außen(wirtschafts)politische und komparative Aspekte. In: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, hrsg. von Herbert Dachs [u.a.]. 3., völlig neu bearbeitete Auflage. Wien: Manz 1997, S. 759–771.

Matzner, Egon: Trade between East and West: The Case of Austria. Stockholm: Almqvist & Wiksell 1970. (=Acta Universitatis Stockholmiensis. Stockholm Economic Studies. New Series VII.)

Mauk, Karl: Österreich und die UNO, 1945–1955. Phil. Diss., Wien 1981.

Mayr-Harting, Thomas: 1991 – ein Jahr der Herausforderungen für Österreichs Außenpolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, hrsg. von Andreas Khol, Günther Ofner, Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1992, S. 313–327.

Mazal, Gottfried: Zollpräferenzen für Entwicklungsländer. In: International, 1984, H. 3, S. 18–24.

Meier-Walser, Reinhard: Die Außenpolitik der monocoloren Regierung Klaus in Österreich 1966–1970. München: tuduv 1988. (=Reihe Politikwissenschaften. 27.)

Melis, Werner: Österreichs Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern unter Berücksichtigung der Politik im Rahmen internationaler Organisationen und Abkommen. Wien: Jupiter-Verlag 1970.

Michal-Misak, Silvia: Die Politik Österreichs bei den Vereinten Nationen. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 19, 1990, H. 4, S. 379–395.

Neugebauer, Michael Thomas: Die österreichisch-afrikanischen Beziehungen seit 1955. Wirtschaft, Politik, Entwicklungspolitik, Kultur. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 1992.

Neuhold, Hanspeter: Internationale Entwicklungen bis zur Jahrtausendwende aus der Sicht eines Teils der »außenpolitischen Elite« in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 20, 1980, H. 3, S. 208–221.

Neuhold, Hanspeter: Internationaler Strukturwandel und staatliche Außenpolitik. Das österreichische Außenministerium vor neuen Herausforderungen. Wien: Braumüller 1993.

Nitsche, Wolfgang: Entwicklungspolitik im Kontext des internationalen Handels: Globale Aspekte und die Haltung Österreichs. In: Dritte Welt in Forschung und Politik, hrsg. von Franz Kolland [u.a.]. Wien: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik 1984, S. 16–29.

Nowotny, Thomas: Anmerkungen zur multifunktionalen Standardrede über die österreichische Außenpolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 3. Wien: Böhlau 1986, S. 23–53.

Obrovsky, Michael: Zum Begriff Entwicklungshilfe oder: Wenn zwei das gleiche sagen, meinen sie noch lange nicht dasselbe. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 5, 1989, H. 3, S. 15–21.

Obrovsky, Michael: Struktur Anpassung. Zu den politischen und administrativen Rahmenbedingungen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. In: ZusammenArbeit. Konturen der österreichischen Entwicklungspolitik 2, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit. Linz; Wien: Sandkorn; Südwind 1993, S. 79–95.

Ornauer, Helmut: Zur österreichischen Entwicklungshilfe und Entwicklungshilfepolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1978, hrsg. von Andreas Khol und Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1979, S. 313–344.

Ornauer, Helmut: Ein Marshallplan für die Dritte Welt? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1982, hrsg. von Andreas Khol und Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1983, S. 207–237.

Österreichs Außenhandel mit unterentwickelten Ländern. In: Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 32, 1959, S. 67–72.

Österreichs Handel mit China. In: Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 33, 1960, H. 1, S. 25–32.

Pilz, Peter: Die Panzermacher. Die österreichische Rüstungsindustrie und ihre Exporte. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1982.

Probleme der Entwicklungshilfe. In: Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 34, 1961, Beilage 67, S. 3–19.

Quendler, Franz: Österreich in internationalen Organisationen. In: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, hrsg. von Herbert Dachs [u.a.]. 3., völlig neu bearbeitete Auflage. Wien: Manz 1997, S. 789–802.

Raffer, Kunibert: Multilaterale Hilfe. In: Österreichische Entwicklungshilfe, wohin? Enquete der SPÖ, Wien, 24. April 1990. Wien: Dr. Karl Renner-Institut 1990, S. 27–32.

Raffer, Kunibert: Österreichs Entwicklungshilfe: Ein trauriges Kapitel. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 12. Wien: Böhlau 1995, S. 21–49.

Rathkolb, Oliver: Austria and European Integration after World War II. In: Austria in the new Europe, hrsg. von Günter Bischof und Anton Pelinka. New Brunswick, London: Transaction Publishers 1993, S. 42–61.

Rathkolb, Oliver: Österreich als Teil der US-Geopolitik 1950–1970. In: Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955–1990, hrsg. von Oliver Rathkolb [u.a.]. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 2002, S. 17–34.

Reimair, Peter/Sauer, Walter: Kuba und Österreich rücken zusammen. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1985, H. 6, S. 10–11.

Rogl, Bernhard: Österreichische Industrieanlagenexporte nach Afrika 1945–1993. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 12, 1996, H. 2, S. 143–164.

Sauer, Walter: Österreichs Beziehungen zu Zimbabwe. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 4, 1988, H. 4, S. 27–54.

Sauer, Walter: Von der Schwierigkeit, auf Entwicklung zu reagieren. Österreichs Beziehungen zum Südlichen Afrika seit 1980. In: Österreich und die Entwicklungsgemeinschaft

Südliches Afrika (SADC), hrsg. von Gabriele Slezak und Richard Langthaler. Wien: ÖFSE 1998, S. 81–93.

Sauer, Walter/Zeschin, Theresia: Österreichische Beziehungen zu Namibia. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 5, 1989, H. 4, S. 65–96.

Schandl, Franz/Schattauer, Gerhard: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft. Wien: Promedia 1996.

Schmidt, Gert: Handelspolitik versus Entwicklungspolitik. Vergleich der Präferenzgewährung der Europäischen Union und Österreichs. Frankfurt am Main [u.a.]: Peter Lang 1995.

Sertic, Victor: Analyse und Bilanz eines Jahrzehnts österreichischer Entwicklungshilfepolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988, hrsg. von Andreas Khol, Günther Ofner, Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1989, S. 133–153.

Skuhra, Anselm: Österreich im Nord-Süd-Konflikt während der siebziger Jahre. Seine Reaktionen und Leistungen hinsichtlich der Forderungen der Entwicklungsländer. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 10, 1981, H. 2, S. 119–137.

Skuhra, Anselm: Das österreichische Entwicklungshilfe-Programm – Ziele, Änderungen und ihre Ursachen. In: Dritte Welt in Forschung und Politik, hrsg. von Franz Kolland [u.a.]. Wien: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik 1984, S. 30–37.

Skuhra, Anselm: Zur Organisation der österreichischen Entwicklungshilfe – »etatistische« Verwaltung, »korporatistisches« Kartell oder »Marktmodell«? In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 3, 1987, H. 4, S. 21–41.

Stankovsky, Jan: Die Absatzmärkte in den Entwicklungsländern. In: Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 51, 1978, S. 35–47.

Stankovsky, Jan: Österreichischer Außenhandel mit den Entwicklungsländern. Wien: Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche 1978. (=Reprint-Serie. 36.) [Ursprünglich erschienen in: Länderbank-Wirtschaftsdienst, Jg. 33, Nr. 13 u. 14.]

Stankovsky, Jan: Marktlücken in Entwicklungsländern. In: Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 54, 1981, S. 88–95.

Staubmann, Gunnar: Die entwicklungspolitische Standortsuche der österreichischen Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zum Beginn der »Ära Kreisky«. Versuch einer ideengeschichtlichen Analyse. Phil. Diss., Graz 1990.

Steckelhuber, Otto: Struktur und Entwicklung des österreichischen Außenhandels. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1964.

Steininger, Rolf: Die Südtirolfrage 1945–1992. In: Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hrsg. von Rolf Steininger und Michael Gehler. Köln, Weimar: Böhlau 1997, S. 455–512.

Stocker, Herbert: Österreichs Außenhandel mit Entwicklungsländern: Beschäftigungswirkungen und Unternehmensreaktionen. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 4, 1988, H. 2, S. 47–62.

Strasser, Wolfgang: Österreich und die Vereinten Nationen. Eine Bestandaufnahme von 10 Jahren Mitgliedschaft. Wien, Stuttgart: Braumüller 1967.

Strasser, Wolfgang: Österreichs Mitwirkung an den Arbeiten der Vereinten Nationen im Jahre 1966. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 8, 1968, H. 5, S. 283–304.

Supper, Meinhard: Die Rolle der Sozialpartner in der Außenpolitik. In: Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen – Strategien – Stellungnahmen, hrsg. von Renate Kicker, Andreas Khol und Hanspeter Neuhold. Salzburg: Neugebauer 1983, S. 143–170.

Szirtes, J. I.: Austrian foreign policy. 1945–1985. Wien: Edition Eola 1986.

Unterberger, Andreas: Mythologisierung der österreichischen Außenpolitik. In: Europäische Rundschau, Jg. 9, 1981, H. 1, S. 89–96.

Unterberger, Andreas: Österreichs Außenpolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990, hrsg. von Andreas Khol, Günther Ofner, Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1991, S. 723–761.

Unterberger, Andreas: Die außenpolitische Entwicklung. In: Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, hrsg. von Wolfgang Mantl. Wien, Köln, Graz: Böhlau 1992 (=Studien zu Politik und Verwaltung. 10.), S. 204–239.

Urban, Waltraud: Die Herausforderung der Schwellenländer: gestern, heute, morgen. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 4. Wien: Böhlau 1987, S. 32–79.

Urban, Waltraud: Österreichische Direktinvestitionen im Ausland im Lichte der internationalen Entwicklung von 1945 bis heute. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 173–241.

Verosta, Stephan: Außenpolitik. In: Österreich. Die Zweite Republik, hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik. Graz, Wien, Köln: Styria 1972, S. 295–343.

Wiederstein, Alexis/Haberl, Helmut: Die Beteiligung österreichischer Firmen am Kraftwerksbau in Afrika, Asien und Lateinamerika. Wien: Ökologie-Institut o.J. [1990].

Windisch, Paul: Der österreichische Außenhandel. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985, hrsg. von Andreas Khol, Günther Ofner, Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1986, S. 317–338.

Winkler, Otto: Österreichs Entwicklungshilfe: Entwicklung wohin? Hilfe für wen? In: Entwicklungspolitik und Universitätsausbildung, hrsg. von Miriam Wiegele und Heinz Hackl. 2., verb. Auflage. Wien: Edition ÖH 1980, S. 165–170.

Wittmann, Heinz: Die Rolle des Parlaments und der Parteien in der Außenpolitik. In: Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen – Strategien – Stellungnahmen, hrsg. von Renate Kicker, Andreas Khol und Hanspeter Neuhold. Salzburg: Neugebauer 1983, S. 111–142.

Reden, Stellungnahmen, Interviews österreichischer Politiker

Auch ein Wahlkampfthema: Österreichs Außenpolitik. [Interviews mit Fritz Marsch, Ludwig Steiner, Friedhelm Frischenschlager.] In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1983, H. 2, S. 2–12.

Außenpolitik nach Kreisky. 8. Altmannsdorfer Gespräch. In: Die Zukunft, 1986, H. 4, S. 22–31.

Bielka, Erich: Erklärung vor der XXIX. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26. September 1974. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 14, 1974, H. 5, S. 304–307.

Bielka, Erich: Österreich und die Dritte Welt. In: Die Republik, Jg. 10, 1974, H. 4, S. 23–26.

Bielka, Erich: 30 Jahre UNO – aktive Außenpolitik Österreichs. Rede vor der Akademischen Arbeitsgemeinschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen am 27. Mai 1975 in Innsbruck. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten/Abteilung Presse und Information 1975.

Bielka, Erich: Bemerkungen zur österreichischen Außenpolitik. Vortrag, gehalten am 4. Juni 1975. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 15, 1975, H. 3, S. 187–193.

Bielka, Erich: Armut und Reichtum in der auswärtigen Politik. Eröffnungsreferat am 30. Juli 1975 anläßlich der Eröffnung des 18. Diplomatenseminars auf Schloß Kleßheim bei Salzburg. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 15, 1975, H. 4, S. 228–231.

Bielka, Erich: Erklärung vor der Siebenten Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 5. September 1975. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 15, 1975, H. 5, S. 300–304.

Bielka, Erich: Erklärung vor der XXX. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. Oktober 1975. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 15, 1975, H. 5, S. 304–309.

Bielka, Erich: 30 Jahre Vereinte Nationen. Vortrag, gehalten am 24. 10. 1975 in Wien. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 24, 1975, H. 4, S. 3–5.

Bielka, Erich: Energie- und Rohstofffragen in der internationalen Politik. Eröffnungsreferat am 28. Juli 1976 anläßlich der Eröffnung des 19. Diplomatenseminars auf Schloß Kleßheim bei Salzburg. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 16, 1976, H. 4, S. 252–256.

Blecha, Karl: »Europa muß sich verstärkt im Nahen Osten engagieren!« Gespräch mit Karl Blecha, Mitglied der Nah-Ost-Kommission der Sozialistischen Internationale. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1989, H. 1, S. 42–45.

Blenk, Wolfgang: Chile findet zurück zur Demokratie. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 45, 1989, H. 6, S. 34–35.

Bobleter, Carl H.: Politische und wirtschaftliche Aspekte der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Rede vor der Vereinigung Österreichischer Industrieller in Wien am 10. Februar 1966. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 6, 1966, H. 1, S. 28–33.

Bobleter, Carl H.: Österreich vor der Aufgabe der Entwicklungshilfe. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 22, 1966, H. 7/8, S. 65–66.

Braun, Helmut: Kampf für soziale Befreiung [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1983, H. 7/8, S. 13–14.

Bruckmann, Gerhart: Südafrika: Nicht leichtfertig urteilen! In: Österreichische Monatshefte, Jg. 22, 1987, H. 8, S. 22.

Busek, Erhard: Österreichs europäische Identität. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 44, 1988, H. 4, S. 17–18.

Czernetz, Karl: Probleme der Außenpolitik. In: Die Zukunft, 1946, H. 6, S. 1–6.

Czernetz, Karl: Korea, Europa und der Friede. In: Die Zukunft, 1950, H. 10/11, S. 273–278.

Czernetz, Karl: Gefahrenzone Persien. In: Die Zukunft, 1951, H. 4, S. 102–108.

Czernetz, Karl: Die revolutionäre Milliarde. In: Die Zukunft, 1952, H. 5, S. 135–141.

Czernetz, Karl: Außenpolitik der Reife. In: Die Zukunft, 1952, H. 7/8, S. 197–201.

Czernetz, Karl: Weder Krieg noch Frieden. In: Die Zukunft, 1953, H. 11, S. 302–308.

Czernetz, Karl: Das europäische Bewußtsein. In: Die Zukunft, 1954, H. 1, S. 1–5.

Czernetz, Karl: Koexistenz und Kalter Krieg. In: Die Zukunft, 1954, H. 9, S. 237–240.

Czernetz, Karl: Europa braucht Europäer! In: Die Zukunft, 1956, H. 8, S. 221–224.

Czernetz, Karl: Umwälzung der Weltpolitik. In: Die Zukunft, 1956, H. 12, S. 328–335.

Czernetz, Karl: Die Internationale zur Weltlage. In: Die Zukunft, 1957, H. 5/6, S. 134–139.

Czernetz, Karl: Weltpolitik 1959. In: Die Zukunft, 1959, H. 2, S. 33–39.

Czernetz, Karl: Nochmals: Kommt ein dritter Weltkrieg? In: Die Zukunft, 1964, H. 15/16, S. 21–25.

Czernetz, Karl: Weltpolitik der Unsicherheit. In: Die Zukunft, 1964, H. 21/22, S. 1–4.

Czernetz, Karl: Die Verantwortung Europas. Rede, gehalten in der gemeinsamen Versammlung des Europarates und des EWG-Parlamentes am 23. September in Straßburg. In: Die Zukunft, 1966, H. 19, S. 3–6.

Czernetz, Karl: Österreich in der neuen Phase der Weltpolitik. In: Die Zukunft, 1967, H. 1, S. 1–6.

Czernetz, Karl: Krise der Weltpolitik. In: Die Zukunft, 1967, H. 19, S. 1–5.

Czernetz, Karl: Vorherrschaft der Widersprüche. In: Die Zukunft, 1969, H. 1/2, S. 1–7.

Czernetz, Karl: Weltpolitik der 70er Jahre. In: Die Zukunft, 1970, H. 1/2, S. 19–21.

Czernetz, Karl: Der Weltkrieg des Terrorismus. In: Die Zukunft, 1972, H. 18, S. 7–9.

Czernetz, Karl: Die Tragödie in Vietnam ist noch nicht zu Ende. In: Die Zukunft, 1972, H. 1/2, S. 6–7.

Czernetz, Karl: Das Zeitalter der Paradoxien. In: Die Zukunft, 1973, H. 3, S. 1–3.

Czernetz, Karl: Chancen der sozialen Demokratie in Chile. In: Die Zukunft, 1973, H. 6, S. 10–11.

Czernetz, Karl: Die Tragödie Chile. In: Die Zukunft, 1973, H. 18, S. 1.

Czernetz, Karl: Der Kampf um Israel und der Weltfrieden. In: Die Zukunft, 1973, H. 20/21, S. 2–6.

Czernetz, Karl: Die Travestie der Weltrevolution. In: Die Zukunft, 1974, H. 23/24, S. 1–4.

Czernetz, Karl: Der furchtbare Krieg: Vietnam. In: Ders.: Europäer und Sozialist. Reden und Aufsätze, hrsg. von Hans Waschek. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1980, S. 204–207.

Czernetz, Karl: Vernichtung der Demokratie: Chile. In: Ders.: Europäer und Sozialist. Reden und Aufsätze, hrsg. von Hans Waschek. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1980, S. 214–216.

Dietrich, Günter: Strukturprobleme der Entwicklungshilfeverwaltung. In: Österreichische Entwicklungshilfe, wohin? Enquete der SPÖ, Wien, 24. April 1990. Wien: Dr. Karl Renner-Institut 1990, S. 33–37.

Dietrich, Günter: Zentralamerika: ohne Hoffnung? Eine Weltregion, die aus den Schlagzeilen verschwand. In: Die Zukunft, 1992, H. 2, S. 26–29.

Dohnal, Johanna: INTERNATIONAL-Interview mit Staatssekretärin Johanna Dohnal. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1985, H. 2, S. 29–35.

Dohnal, Johanna: Uns eint mehr als uns trennt ... [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1985, H. 7, S. 10–11.

Dohnal, Johanna: Nairobi Streiflichter. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1985, H. 5, S. 40–41.

Dohnal, Johanna: Nicaragua im Würgegriff. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1986, H. 1, S. 26–27.

Dohnal, Johanna: »Wir Frauen müssen weiterkämpfen!« [Interview] In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1989, H. 5, S. 29.

Dohnal, Johanna: Erklärung auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Weltbevölkerung und Entwicklung, Kairo, am 6. September 1994. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4, 1994, S. 75–77.

Ederer, Brigitte: »Keine Abwertung« [Interview]. In: Südwind, 1992, H. 5, S. 4–5.

Ederer, Brigitte: Introduction. In: From Cancún to Vienna. International development in a new world. Symposium, September 13–14, 1992. Wien: Bruno Kreisky Forum 1993, S. 12–13.

Ederer, Brigitte: Umwelt und Entwicklung: eine besondere Verantwortung der reichen Länder. Referat auf der Gesamtösterreichischen Entwicklungskonferenz am 20. November 1992. In: Entwicklung und Umwelt – Österreichische Beiträge für eine lebenswerte Welt. Gesamtösterreichische Entwicklungskonferenz, 20.–21. November 1992, hrsg. vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik. Wien: ÖIE 1993, S. 13–17.

Ederer, Brigitte: Zu guter Letzt. Abschließende Stellungnahme zu den Ergebnissen der zweiten Gesamtösterreichischen Entwicklungskonferenz. In: Entwicklung und Umwelt – Österreichische Beiträge für eine lebenswerte Welt. Gesamtösterreichische Entwicklungskonferenz, 20.–21. November 1992, hrsg. vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik. Wien: ÖIE 1993, S. 74–76.

Ederer, Brigitte: Vision Europa. Entwicklungszusammenarbeit und Europapolitik: Eine gute Ergänzung! In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1993, H. 2/3, S. 4–9.

Ederer, Brigitte: Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte. In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 10, 1994, H. 1, S. 7–12.

Ermacora, Felix: Menschenrechte in Chile. Reflexion über eine mißlungene Chilereise. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 31, 1975, H. 9, S. 27–29.

Ermacora, Felix: Apartheid und Menschenrechte sind unvereinbar [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1984, H. 11, S. 11–13.

Ettmayer, Wendelin: Zum Jahr der Menschenrechte. In: Die Republik, Jg. 14, 1978, H. 4, S. 36–37.

Ettmayer, Wendelin: Südafrika im Umbruch. [1980] In: Ders.: Eine Welt im Wandel. Umwälzungen in Ost und West, 1980–1991. Wien: Österreichische Staatsdruckerei o.J., S. 63–67.

Ettmayer, Wendelin: China öffnet sich. [1984] In: Ders.: Eine Welt im Wandel. Umwälzungen in Ost und West, 1980–1991. Wien: Österreichische Staatsdruckerei o.J., S. 25–34.

Ettmayer, Wendelin: Die arabische Welt zwischen Nationalismus und Fundamentalismus. [1986] In: Ders.: Eine Welt im Wandel. Umwälzungen in Ost und West, 1980–1991. Wien: Österreichische Staatsdruckerei o.J., S. 41–50.

Ettmayer, Wendelin: Südafrika – Extremismus ist keine Lösung. [1987] In: Ders.: Eine Welt im Wandel. Umwälzungen in Ost und West, 1980–1991. Wien: Österreichische Staatsdruckerei o.J., S. 69–71.

Ettmayer, Wendelin: Entwicklungshilfe: Eine Herausforderung auch für uns! In: Österreichische Monatshefte, Jg. 43, 1987, H. 7, S. 32–33.

Ettmayer, Wendelin: Mittelamerika – Krisen ohne Ende. [1988] In: Ders.: Eine Welt im Wandel. Umwälzungen in Ost und West, 1980–1991. Wien: Österreichische Staatsdruckerei o.J., S. 81–84.

Ettmayer, Wendelin: Neue Chancen für Mittelamerika? In: Österreichische Monatshefte, Jg. 46, 1990, H. 4, S. 32–35.

Fiedler, Kurt: Antwort auf die Umfrage: Wie groß ist der Widerhall von Problemen der Dritten Welt in der Gesellschaft in Österreich? In: Die Republik, Jg. 10, 1974, H. 4, S. 39–40.

Figl, Leopold: Österreich und die Vereinten Nationen. Rede vor der österreichischen UN-Liga am 24. Oktober 1952. In: Ders.: Reden für Österreich. Wien/Frankfurt/Zürich: Europa Verlag 1965, S. 87–93.

Figl, Leopold: Idee und Realität der Vereinten Nationen. Rede vor der österreichischen UN-Liga am 24. Juni 1955. In: Ders.: Reden für Österreich. Wien/Frankfurt/Zürich: Europa Verlag 1965, S. 126–128.

Figl, Leopold: Rede vor der UN–Generalversammlung am 22. November 1956. In: Ders.: Reden für Österreich. Wien/Frankfurt/Zürich: Europa Verlag 1965, S. 129–133.

Figl, Leopold: Meine Asienreise im Lichte der österreichischen Außenpolitik. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 14, 1958, H. 5, S. 1–3.

Firnberg, Hertha: Rede in der Generaldebatte der UN-Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung am 22. August 1979. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 19, 1979, H. 3, S. 217–219.

Firnberg, Hertha: Entwicklungspolitik und Universitäten. In: Entwicklungspolitik und Universitätsausbildung, hrsg. von Miriam Wiegele und Heinz Hackl. 2., verb. Auflage. Wien: Edition ÖH 1980, S. 38–41.

Fischer, Heinz: Muß Österreichs Außenpolitik revidiert werden? In: Europäische Rundschau, Jg. 10, 1982, H. 1, S. 3–12.

Fischer, Heinz: Zur Außenpolitik des neutralen Österreichs. Ein Standpunkt der Sozialistischen Partei Österreichs. Vortrag, gehalten am 17. März 1983. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 23, 1983, H. 1, S. 66–72.

Fischer, Heinz: »Die Grenzen eines Kleinstaates überschritten« [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1983, H. 4, S. 8–10.

Frischenschlager, Friedhelm: Für eine Außenpolitik im Sinne der Freiheit. Die außenpolitische Konzeption der Freiheitlichen Partei Österreichs. Vortrag, gehalten am 1. März 1983. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 23, 1983, H. 1, S. 56–65.

Frischenschlager, Friedhelm: Brot – Freiheit – Friede [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1983, H. 4, S. 13–14.

Grandits, Marijana: Mit neuer Visitenkarte. In: Südwind, 1994, H. 3, S. 27.

Gratz, Leopold: Erklärung vor der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. Oktober 1984. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 1. Wien: Böhlau 1984, S. 259–263.

Gratz, Leopold: »Europa muß seine politischen Interessen stärker betonen – auch gegenüber den Supermächten." INTERNATIONAL-Gespräch mit Außenminister Leopold Gratz. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1984, H. 5, S. 33–40.

Gratz, Leopold: EPN-Gespräch. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1985, H. 5, S. 12–14.

Gratz, Leopold: Internationale Gegebenheiten – müssen wir sie hinnehmen oder können wir sie gestalten? In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 34, 1985, H. 3, S. 7–12.

Gratz, Leopold: East-West Relations and the North-South Dialogue. Eröffnungsrede vor dem 28. Internationalen Diplomatenseminar in Kleßheim am 5. August 1985. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 2. Wien: Böhlau 1985, S. 303–305.

Gratz, Leopold: Erklärung vor der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26. September 1985. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 2. Wien: Böhlau 1985, S. 306–312.

Gratz, Leopold: Frieden für Kambodscha? [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1986, H. 4, S. 15.

Gugerbauer, Norbert: 1991 – Ein Jahr der Bewährungsproben für Österreichs Außenpolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, hrsg. von Andreas Khol, Günther Ofner, Alfred Stirnemann. Wien; München: Verlag für Geschichte und Politik; Oldenbourg 1992, S. 329–340.

Höchtl, Josef: Politische Bildung in der Volksrepublik China. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 30, 1974, H. 3, S. 19–20.

Höchtl, Josef: Entwicklungshilfe – ein Anliegen und eine Verpflichtung. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 35, 1979, H. 1, S. 19–26.

Höchtl, Josef: Seit 1945: Über 2 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 44, 1988, H. 2, S. 19–22.

Horvath, Waltraud: Angstvolle Ruhe [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1989, H. 10, S. 13.

Horvath, Waltraud: Die bilaterale österreichische Entwicklungshilfe von 1987 bis 1989. In: Österreichische Entwicklungshilfe, wohin? Enquete der SPÖ, Wien, 24. April 1990. Wien: Dr. Karl Renner-Institut 1990, S. 21–26.

Jankowitsch, Peter: Black or white? Kein Friede in Südafrika. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1984, H. 4, S. 9–12.

Jankowitsch, Peter: Außenpolitik in einem kalten Klima. In: Die Zukunft, 1984, H. 9, S. 2–6.

Jankowitsch, Peter: Neue Entwicklungslinien der Politik der Sozialistischen Internationale. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1984, hrsg. von Andreas Khol und Alfred

Stirnemann. München; Wien: Oldenbourg; Verlag für Geschichte und Politik 1985, S. 217–236.

Jankowitsch, Peter: Philosophie der Blockfreien gestärkt. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1985, H. 10, S. 3.

Jankowitsch, Peter: Kommt eine neue PLO? In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1985, H. 6, S. 49.

Jankowitsch, Peter: Österreich und Südafrika. In: Die Zukunft, 1985, H. 12, S. 8–12.

Jankowitsch, Peter: Erklärung vor der 41. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 30. September 1986. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 3. Wien: Böhlau 1986, S. 320–324.

Jankowitsch, Peter: Von der Unentrinnbarkeit der Außenpolitik. Österreich in der Welt von heute. Vortrag, gehalten am 11. November 1986 in Wien. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 3. Wien: Böhlau 1986, S. 343–353.

Jankowitsch, Peter: Österreich muß in der Welt draußen ein unübersehbarer Faktor sein! INTERNATIONAL-Gespräch mit Außenminister Dr. Peter Jankowitsch. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1986, H. 4, S. 27–34.

Jankowitsch, Peter: Introduction. In: North-South Relations and UNCTAD. Report of the Symposium »North-South Relations on the Eve of UNCTAD VII«, hrsg. von Erich Andrlik [u.a.] Wien: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik 1987 (=Journal für Entwicklungspolitik. Sondernummer 1.), S. 3–9.

Jankowitsch, Peter: Das Prinzip Entwicklungshilfe. Die Reform der Entwicklungshilfepolitik und Entwicklungshilfe in Österreich. In: Die Zukunft, 1988, H. 9, S. 50–55.

Jankowitsch, Peter: Palästina 1989. Eine politische Einschätzung. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1989, H. 1, S. 32.

Jankowitsch, Peter: Weder Caudillo noch Castro. Das sozialdemokratische Jahrhundert beginnt in Lateinamerika. In: Die Zukunft, 1989, H. 3, S. 29.

Jankowitsch, Peter: Namibia auf dem Weg zur Freiheit. Ein neuer Staat in Afrika. In: Die Zukunft, 1990, H. 1, S. 28–29.

Jankowitsch, Peter: Einleitende Bemerkungen. In: Österreichische Entwicklungshilfe, wohin? Enquete der SPÖ, Wien, 24. April 1990. Wien: Dr. Karl Renner-Institut 1990, S. 5–10.

Jankowitsch, Peter: Österreich im neuen Kontext der Europa- bzw. der Weltpolitik. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 7. Wien: Böhlau 1990, S. 41–50.

Jankowitsch, Peter: Eine Friedensordnung für den Nahen Osten. Ein Gespräch mit Peter Jankowitsch. In: Die Zukunft, 1991, H. 7, S. 36–38.

Jankowitsch, Peter: Ins Zentrum der Politik. Eröffnungsrede auf der Gesamtösterreichischen Entwicklungskonferenz 1991 am 18. Oktober 1991 im Haydn-Saal des Schlosses Esterházy. In: Gesamtösterreichische Entwicklungskonferenz 1991. Dokumentation einer Begegnung, hrsg. vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik. Wien: ÖIE 1992, S. 11–18.

Jankowitsch, Peter: Das Ende ist der Anfang. Statement beim Schlußplenum der Gesamtösterreichischen Entwicklungskonferenz 1991 am 19. Oktober 1991 im Haydn-Saal des Schlosses Esterházy. In: Gesamtösterreichische Entwicklungskonferenz 1991. Dokumentation einer Begegnung, hrsg. vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik. Wien: ÖIE 1992, S. 56–58.

Jankowitsch, Peter: Demokratie, Menschenrechte, Entwicklungshilfe. Der neue politische Rahmen der Zusammenarbeit. In: Die Zukunft, 1992, H. 2, S. 22–25.

Jankowitsch, Peter: »Für eine Demokratisierung der internationalen Politik«. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1992, H. 4/5, S. 14–16.

Jankowitsch, Peter: Erklärung auf der Konferenz der Blockfreien Staaten, Djakarta, am 4. September 1992. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 5, 1992, S. 14–16.

Jankowitsch, Peter: Menschenrechte – Wunsch und Wirklichkeit. Das Dilemma der Vereinten Nationen. In: Die Zukunft, 1993, H. 8, S. 14–19.

Karasek, Franz: Österreichs Aufgaben – Österreichs Chance. Ein Beitrag zur österreichischen Außenpolitik. Wien: Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände 1965. (=Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände. 1965/2.)

Karasek, Franz: Aktive Kulturpolitik aus dem Geist der Neutralität. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 22, 1966, H. 2, S. 18–19.

Karasek, Franz: Österreich in der Welt von morgen. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 23, 1967, H. 4/5, S. 39–45.

Karasek, Franz: Für eine engagierte Neutralitätspolitik. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 27, 1971, H. 8/9, S. 37–38.

Khol, Andreas: Entwicklungshilfepolitik – eine traurige Bilanz. In: Entwicklungshilfe – Hilfe zur Selbsthilfe. Tagungsbericht, hrsg. von der Politischen Akademie der ÖVP. Wien: Eigenverlag 1987 (Forschungsbericht. 44/87.), S. 3–5.

Khol, Andreas: Marksteine in den Beziehungen Österreichs zu den Vereinigten Staaten. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 43, 1987, H. 5, S. 24–25.

Khol, Andreas: Internationale Splitter. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 43, 1987, H. 6, S. 25–26.

Khol, Andreas: Internationale Splitter. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 43, 1987, H. 7, S. 23–24.

Khol, Andreas: Internationale Splitter. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 44, 1988, H. 2, S. 29–30.

Khol, Andreas: Für ein klares, rechtsstaatliches Waffenexportrecht! In: Österreichische Monatshefte, Jg. 44, 1988, H. 2, S. 16–18.

Khol, Andreas: Internationale Splitter. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 44, 1988, H. 3, S. 25–27.

Khol, Andreas: Internationale Splitter. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 44, 1988, H. 4, S. 29–30.

Khol, Andreas: »Wo gehobelt wird, fallen Späne« [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1988, H. 3, S. 7–8, 12.

Khol, Andreas: Internationale Splitter. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 44, 1988, H. 6, S. 32–34.

Khol, Andreas: Internationale Splitter. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 45, 1989, H. 2, S. 27–28.

Khol, Andreas: Vorwort. In: Neue Außenpolitik in einer neuen Welt. Ergebnisse des Symposions der Politischen Akademie in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Österreichischer Industrieller vom 19. Oktober 1992, hrsg. von Andreas Khol. Wien: Politische Akademie 1993 (=Standpunkte. 28.), S. 5–13.

Khol, Andreas: Austria's position before and after joining the European Union. Referat in Hernstein 1994. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 11. Wien: Böhlau 1994, S. 173–178.

Kirchschläger, Rudolf: Erklärung in der Generaldebatte der XXV. Generalversammlung der Vereinten Nationen, am 30. September 1970. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 10, 1970, H. 5, S. 341–347.

Kirchschläger, Rudolf: Gedanken zur österreichischen Außenpolitik 1970. Vortrag, gehalten am 17. November 1970. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 10, 1970, H. 6, S. 411–415.

Kirchschläger, Rudolf: Außenpolitik vor neuen Impulsen. In: Die Republik, Jg. 7, 1971, H. 1, S. 5–9.

Kirchschläger, Rudolf: Erklärung in der Generaldebatte der XXVI. Generalversammlung der Vereinten Nationen, am 30. September 1971. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 11, 1971, H. 5, S. 289–293.

Kirchschläger, Rudolf: Erklärung in der Generaldebatte der XXVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen, am 5. Oktober 1972. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 12, 1972, H. 5, S. 311–314.

Kirchschläger, Rudolf: Die österreichische Außenpolitik – Rückblick und Ausblick. Vortrag, gehalten am 6. Dezember 1972. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 12, 1972, H. 6, S. 376–381.

Kirchschläger, Rudolf: Die Bedeutung Österreichs und seine Aufgaben in der Welt. Ansprache anläßlich der Feierstunde der Österreichischen Widerstandsbewegung am 27. April 1973. (Manuskript)

Kirchschläger, Rudolf: Nationale Souveränität und internationale Zusammenarbeit. Einleitungsreferat, gehalten am 30. Juli 1973 anläßlich der Eröffnung des 16. Internationalen Diplomatenseminars auf Schloß Kleßheim. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 13, 1973, H. 4, S. 245–250.

Kirchschläger, Rudolf: Erklärung vor der XXVIII. Generalversammlung der Vereinten Nationen, am 5. Oktober 1973. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 13, 1973, H. 5, S. 311–314.

Kirchschläger, Rudolf: Die österreichische Außenpolitik – Rückblick und Ausblick. Vortrag, gehalten am 15. November 1973 vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen in Wien. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten/Abteilung Presse und Information 1973.

Kirchschläger, Rudolf: Rede vor der Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über Rohstoff- und Entwicklungsfragen, 22. April 1974. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 14, 1974, H. 2, S. 117–120.

Klaus, Josef: Rede vor der XX. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 1. Dezember 1965. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 5, 1965, H. 5/6, S. 374–378.

Klaus, Josef: Klare Zielsetzungen – flexible Methoden. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 24, 1968, H. 7/8, S. 5–7.

Klestil, Thomas: Ansprache anläßlich der UNO-Weltkonferenz für Menschenrechte im Wiener Austria-Center, Wien, am 14. Juni 1993. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Sondernummer: »Österreichische Außenpolitik 1993: Schwerpunkt Menschenrechte«, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, 1993, S. 51–53.

Klestil, Thomas: Ansprache vor der Knesset, Jerusalem, am 15. November 1994. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 5, 1994, S. 42–48.

Konecny, Albrecht K.: Wende im Nahen Osten? Die Verschiebung der Fronten im Nahen Osten geht weiter. In: Die Zukunft, 1989, H. 2, S. 47–48.

Konecny, Albrecht K.: Sri Lanka – Unterwegs im Chaos. In: Die Zukunft, 1989, H. 4, S. 52–54.

Konecny, Albrecht K.: Diese »Ordnung« – nein danke! In: Die Zukunft, 1991, H. 2, S. 1–2.

Konecny, Albrecht K.: Töten um des Friedens willen? In: Die Zukunft, 1993, H. 2, S. 1–2.

Konecny, Albrecht K.: Frieden im Nahen Osten? Der Weg zur palästinensischen Autonomie und darüber hinaus. In: Die Zukunft, 1993, H. 10, S. 21–26.

Kreisky, Bruno: Demokratie und Diplomatie. Rede vor dem Internationalen Diplomaten-Seminar, Schloß Kleßheim, 4.–17. August 1958. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 61–68.

Kreisky, Bruno: Zur Situation der österreichischen Außenpolitik. Rede vor dem Internationalen Diplomaten-Seminar, Schloß Kleßheim, 15. August 1959. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 98–103.

Kreisky, Bruno: Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, 21. September 1959. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 104–107.

Kreisky, Bruno: Rede in der Vollversammlung der XV. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 29. September 1960. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 1, 1961, H. 6, S. 110–113.

Kreisky, Bruno: Einige Betrachtungen über die ideellen Grundlagen der Außenpolitik. Freie Universität Berlin, 15. Juni 1961. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 230–240.

Kreisky, Bruno: Einheit Europas für alle. Rede in Hamburg, 16. Juni 1961 (Auszug). In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 240–246.

Kreisky, Bruno: Muß sich Österreich an der Entwicklungshilfe beteiligen? Wien, 1. Dezember 1961. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 287–295.

Kreisky, Bruno: Österreich in der Völkergemeinschaft. Rede in der Universität Wien, 19. Jänner 1962. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 310–321.

Kreisky, Bruno: Die Rolle Österreichs im Rahmen der Entwicklungshilfe Europas. Europagespräch, Wien, 23. Juni 1962. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 350–359.

Kreisky, Bruno: Rede auf der Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft. Salzburg, 1. Juli 1962. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 359–362.

Kreisky, Bruno: Rede in der Generaldebatte der XVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 25. September 1962. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 2, 1962, H. 6, S. 330–334.

Kreisky, Bruno: Neutralität und Neutralismus. Rede in Washington, 27. September 1962. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 385–390.

Kreisky, Bruno: Die Herausforderung. Politik an der Schwelle des Atomzeitalters. Wien, Düsseldorf: Econ 1963.

Kreisky, Bruno: Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, 26. September 1963. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 454–460.

Kreisky, Bruno: Rede auf dem Commemorative Meeting in Honour of the Late Pandit Jawaharlal Nehru, 3. Juli 1964. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 508–511.
(Deutsche Fassung: Gedenken an Nehru. Aus einer Rede des Außenministers Dr. Bruno Kreisky bei der Gedenkfeier in der indischen Botschaft. In: Die Zukunft, 1964, H. 15/16, S. 28–29.)

Kreisky, Bruno: Die Fragen der Entwicklungshilfe und die Außenpolitik. Rede vor dem 7. Internationalen Diplomaten-Seminar, Schloß Kleßheim, 27. Juli 1964. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 519–527.

Kreisky, Bruno: Österreich auf der Welthandelskonferenz. In: Die Zukunft, 1964, H. 8, S. 5–6.

Kreisky, Bruno: Grundlagen der österreichischen Außenpolitik. Vortrag vor der Akademie der Wissenschaften, Budapest, 30. Oktober 1964. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 543–552.

Kreisky, Bruno: Rede anläßlich der Europäischen Woche des Kampfes gegen den Hunger, 9. November 1964. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 552–553.

Kreisky, Bruno: Entwicklungshilfe und Außenpolitik. In: Arbeit und Wirtschaft, Jg. 19, 1965, H. 1, S. 2–5.

Kreisky, Bruno: Die Aufgaben des demokratischen Sozialismus. Rede auf dem Sozialistischen Frauentag, Wien, 16. Juni 1965. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 586–597.

Kreisky, Bruno: Rede vor dem 8. Internationalen Diplomatenseminar. Schloß Kleßheim, 28. Juli 1965. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 617–621.

Kreisky, Bruno: Rede vor der XX. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 12. Oktober 1965. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 5, 1965, H. 5/6, S. 360–365.

Kreisky, Bruno: Foreign Policy in the Affluent Society. Rede vor dem Dallas Council on World Affairs, Dallas, Texas, 18. Oktober 1965. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 655–660.

Kreisky, Bruno: Rede auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien, 11. Juni 1970. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 34–53.

Kreisky, Bruno: Rede auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs. Villach, 18. April 1972. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 192–220.

Kreisky, Bruno: Betrachtungen eines Österreichers zur europäischen Integration. Rede in Alpbach, 3. September 1972. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 244–252.

Kreisky, Bruno: Rede auf der Wilton-Park-Konferenz. Wien, 24. Mai 1973. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 299–306.

Kreisky, Bruno: Rede auf der Tagung des Internationalen Rates von Amnesty International, 13. September 1973. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 330–332.

Kreisky, Bruno: Ein Prozeß des Umdenkens zum Parteitag 1974. In: Die Zukunft, 1974, H. 1/2, S. 1–3.

Kreisky, Bruno: Globale Koexistenz – Illusion oder reale Chance. Rede in Wiesbaden, 23. Oktober 1974. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 444–451.

Kreisky, Bruno: Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, gehalten am 11. November 1974. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 14, 1974, H. 6, S. 366–369.

Kreisky, Bruno: Rede vor dem National Press Club. Washington, 13. November 1974. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 456–458.

Kreisky, Bruno: Ein Versuch, keine Wahlrede zu halten. Wien, 2. September 1975. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 493–499.

Kreisky, Bruno: Kurs auf die achtziger Jahre. Rede auf dem 23. Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien, 12. März 1976. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 550–573.

Kreisky, Bruno: Rede auf der Konferenz der Accion Democratica. Caracas, 23. Mai 1976. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 591–595.

Kreisky, Bruno: Bereit für die achtziger Jahre. Rede auf dem 23. Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Graz, 13. Oktober 1977. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 684–696.

Kreisky, Bruno: Die »fact-finding mission« der Sozialistischen Internationale im Nahostkonflikt. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 18, 1978, H. 4, S. 306–319.

Kreisky, Bruno: Die Zeit in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik, hrsg. von Manuel Lucbert. Wien [u.a.]: Molden 1978.

Kreisky, Bruno: Rede anläßlich des World Development Information Day. Wien, 23. Oktober 1978. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 763–766.

Kreisky, Bruno: Aussprache mit den Landeshauptmännern über Energiefragen. Wien, 14. Februar 1979. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 772–777.

Kreisky, Bruno: Die Sozialistische Internationale, eine Standortbestimmung. INTERNATIONAL-Gespräch mit Bruno Kreisky. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1979, H. 4, S. 4–8.

Kreisky, Bruno: Erklärung vor dem Plenum der 34. UN-Generalversammlung am 29. Oktober 1979. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 19, 1979, H. 4, S. 293–297.
(Außerdem in: Kreisky, Bruno: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 820–827.)

Kreisky, Bruno: Zur Lage der Sozialdemokratie in Europa. Rede auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien, 16. November 1979. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 828–840.

Kreisky, Bruno: Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin, 3. Dezember 1979. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 848–850.

Kreisky, Bruno: Nahost: Wie es zum Frieden kommen könnte (Interview). In: Die Zukunft, 1979, H. 12, S. 2–3.

Kreisky, Bruno: Rede vor der Dritten UNIDO-Generalversammlung in Neu-Delhi am 31. Jänner 1980. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 20, 1980, H. 1, S. 64–68.
(Bruno Kreisky: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 852–857.)

Kreisky, Bruno: Über Österreich und die Welt. Ein Gespräch mit Paul Lendvai. In: Europäische Rundschau, Jg. 8, 1980, H. 2, S. 19–33.

Kreisky, Bruno: Tischrede für Präsident Dr. Nyerere. Wien, 10. März 1980. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 857–858.

Kreisky, Bruno: Vortrag in der Amerikanischen Handelskammer. München, 21. März 1980. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 858–863.

Kreisky, Bruno: Europa und der Nahe Osten. Rede in Wien, 2. Mai 1980. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 864–869.

Kreisky, Bruno: Zur wirtschaftlichen und weltpolitischen Lage. Rede in Düsseldorf, 7. Mai 1980. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 869–876.

Kreisky, Bruno: Internationale wirtschaftliche und politische Probleme der achtziger Jahre aus österreichischer Sicht. Rede auf der Volkswirtschaftlichen Tagung der Österreichischen Nationalbank, Baden, 10. Juni 1980. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 878–883.

Kreisky, Bruno: Rede auf dem Parteitag der Wiener SPÖ, 14. Juni 1980. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 887–896.

Kreisky, Bruno: Die Weltwirtschaft in den achtziger Jahren. Rede in Wien, 16. Juni 1980. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981, S. 896–902.

Kreisky, Bruno: Rede im Auditorium maximum der Wiener Universität am 8. September 1980. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 20, 1980, H. 3, S. 246–254.

Kreisky, Bruno: Wie kann Europa eine entscheidende Weltrolle spielen, die mit seiner Identität vereinbar ist und den wechselnden Erwartungen der übrigen Welt entspricht? Vortrag vor dem European Management Forum, Davos, 6. Februar 1981. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 21, 1981, H. 1, S. 55–59.

Kreisky, Bruno: Rede auf dem SPÖ-Parteitag 1981. In: Protokoll 1981. 26. ordentlicher Bundesparteitag, 22.-24. Mai in Graz, hrsg. von der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien: Eigenverlag 1981.

Kreisky, Bruno: Fragen nach dem Parteitag (Interview). In: Die Zukunft, 1981, H. 7/8, S. 2–4.

Kreisky, Bruno: Botschaft an die Teilnehmer der Konferenz von Cancun am 22. Oktober 1981. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 21, 1981, H. 4, S. 358–359. (Auf deutsch in: Außenpolitischer Bericht 1981, hrsg. vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Wien: Eigenverlag 1982, S. 224–226.)

Kreisky, Bruno: Erklärung anläßlich der Eröffnung des OPEC-Seminars 1981 am 24. November. In: Außenpolitischer Bericht 1981, hrsg. vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Wien: Eigenverlag 1982, S. 242–246.

Kreisky, Bruno: Bedingungslos für die nicaraguanische Demokratie. Rede zur Eröffnung der Lateinamerika-Wochen. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1983, H. 7/8, S. 19.

Kreisky, Bruno: The McDougall Memorial Lecture 1983, delivered before the Conference of the UN Food and Agriculture Organization. Rome, November 7, 1983. Wien: Vienna Institute for Development 1983. (=occasional paper. 83/3.)

Kreisky, Bruno: Internationalismus heute (Interview). In: Die Zukunft, 1983, H. 12, S. 7–8.

Kreisky, Bruno: Gespräch mit Bruno Kreisky. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1984, H. 2, S. 55–58.

Lacina, Ferdinand: Für einen partnerschaftlichen Dialog [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1983, H. 1, S. 7–9.

Lacina, Ferdinand: Österreich und die Schulden der Entwicklungsländer. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1989, H. 3/4, S. 34.

Lanc, Erwin: Erklärung vor der 6. Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen in Belgrad am 10. Juni 1983. In: Außenpolitischer Bericht 1983, hrsg. vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Wien: Eigenverlag 1984, S. 263–269.

Lanc, Erwin: »Neutralisierung Europas fördert Friedensperspektiven nicht!« INTERNATIONAL-Gespräch mit Außenminister Erwin Lanc. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1983, H. 3, S. 2–8.

Lanc, Erwin: Der Islam als politische Kraft. Vortrag beim 26. Internationalen Diplomatenseminar im Schloß Kleßheim am 1. August 1983. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 23, 1983, H. 3/4, S. 217–219.

Lanc, Erwin: Erklärung bei der Internationalen Palästinakonferenz in Genf am 30. August 1983. In: Außenpolitischer Bericht 1983, hrsg. vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Wien: Eigenverlag 1984, S. 270–272.

Lanc, Erwin: Erklärung vor der 38. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 30. September 1983. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 23, 1983, H. 3/4, S. 220–224.
(Auszüge daraus unter dem Titel »Zu einigen Prinzipien unserer Außenpolitik« in: Die Zukunft, 1983, H. 11, S. 13–15.)

Lanc, Erwin: Sicherheit in einer unsicheren Welt. Zu den Aufgaben der österreichischen Außenpolitik. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 32, 1983, H. 6, S. 3–5.

Lanc, Erwin: »Die Entwicklungsländer sind verärgert« [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1984, H. 1, S. 5–10.

Lanc, Erwin: »Österreich hat ein besonders enges Verhältnis zu den Signatarmächten des Staatsvertrages, unbeschadet ihres politischen Systems«. Gespräch mit Außenminister Erwin Lanc. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1984, H. 3, S. 5–11.

Lanc, Erwin: Die Welt von 1985 aus der Perspektive des Neutralen. Vortrag, gehalten am 22. 5. 1985 im Polnischen Institut für Internationale Politik in Warschau. In: Die Zukunft, 1985, H. 7/8, S. 10–13.

Marsch, Fritz: Österreichs Initiativen zur Problemlösung in der Dritten Welt. In: Die Republik, Jg. 16, 1980, H. 4, S. 16–18.

Mock, Alois: Die internationale Situation in den achtziger Jahren. In: Europäische Rundschau, Jg. 9, 1981, H. 4, S. 29–37.

Mock, Alois: Außenpolitik – Konsens oder Konflikt? Grundlinien eines außenpolitischen Konzeptes der Österreichischen Volkspartei. Vortrag, gehalten am 18. November 1982. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 22, 1982, H. 4, S. 314–325.

Mock, Alois: Außenpolitische Erklärung 1984 am 7. Mai 1984. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 1. Wien: Böhlau 1984, S. 240–252.

Mock, Alois: Außenpolitische Erklärung 1985 am 22. April 1985. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 2. Wien: Böhlau 1985, S. 279–292.

Mock, Alois: Außenpolitische Erklärung vom 21. April 1986. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 3. Wien: Böhlau 1986, S. 302–312.

Mock, Alois: Costa Rica: Die Sicht der EDU. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 42, 1986, H. 2, S. 31–32.

Mock, Alois: Kontinuität und neue Akzente [Interview]. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1987, H. 1, S. 5–10.

Mock, Alois: Hilfe für die Ärmsten [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1987, H. 3, S. 20–22.

Mock, Alois: Hilfe zur Selbsthilfe – Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungshilfepolitik. In: Entwicklungshilfe – Hilfe zur Selbsthilfe. Tagungsbericht, hrsg. von der Politischen Akademie der ÖVP. Wien: Eigenverlag 1987 (Forschungsbericht. 44/87.), S. 9–13.

Mock, Alois: Erklärung vor der 42. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 30. September 1987. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 4. Wien: Böhlau 1987, S. 279–285.

Mock, Alois: Erklärung zur Lage der Nation. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 44, 1988, H. 2, S. 14–15.

Mock, Alois: Erklärung vor der 43. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 30. September 1988. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 346–353.

Mock, Alois: Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel. Vortrag, gehalten am 2. Dezember 1988 in Wien. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 5. Wien: Böhlau 1988, S. 391–398.

Mock, Alois: Zum Stand der Palästinafrage. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1989, H. 1, S. 34.

Mock, Alois: Erklärung vor der 44. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 25. September 1989. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 6. Wien: Böhlau 1989, S. 318–323.

Mock, Alois: Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Entwicklungszusammenarbeit in den neunziger Jahren. In: Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Entwicklungszusammenarbeit in den neunziger Jahren. Fakten, Herausforderungen und Chancen, hrsg. von der Studiengruppe Internationale Analysen. Laxenburg: Eigenverlag 1989, S. 1–11.

Mock, Alois: Rede vor der 45. Generalversammlung der Vereinten Nationen, New York, am 28. September 1990. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, November 1990, S. 5–16.

Mock, Alois: Rede vor der 46. Generalversammlung der Vereinten Nationen, New York, am 27. September 1991. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 11, 1991, S. 5–12.

Mock, Alois: Rede vor der 47. Generalversammlung der Vereinten Nationen, New York, am 21. September 1992. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 5, 1992, S. 17–24.

Mock, Alois: Außenpolitik heute: Sichere Orientierung in unsicheren Zeiten. Vortrag vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen und der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Wien, am 19. November 1992. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 1, 1993, S. 11–18.

Mock, Alois: Opening Statement at the World Conference on Human Rights, Vienna, 14 June 1993. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Sondernummer: »Österreichische Außenpolitik 1993: Schwerpunkt Menschenrechte«, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, 1993, S. 57–61.

Mock, Alois: Statement at the World Conference on Human Rights, Vienna, 16 June 1993. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Sondernummer: »Österreichische Außenpolitik 1993: Schwerpunkt Menschenrechte«, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, 1993, S. 76–80.

Mock, Alois: Rede vor der 48. Generalversammlung der Vereinten Nationen, New York, am 24. September 1993. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4–5, 1993, S. 30–37.

Mock, Alois: Das 21. Jahrhundert – ein asiatisch-pazifisches Zeitalter? Rede aus Anlaß der Eröffnung des 37. Internationalen Diplomatenseminars, Salzburg (Schloß Hellbrunn), am 1. August 1994. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4, 1994, S. 64–68.

Mock, Alois: Rede zur Eröffnung der Botschafterkonferenz 1994, Wien, am 7. September 1994. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 6, 1994, S. 5–11.

Mock, Alois: Rede vor der 49. Generalversammlung der Vereinten Nationen, New York, am 29. September 1994. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 5, 1994, S. 5–16.

Mock, Alois: Perspektiven der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Vortrag vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen und der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen am 20. Februar 1995. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Jg. 11. Wien: Böhlau 1994, S. 144–154.

Nowotny, Ewald: Finanzierungsplan zur Erreichung des 0,7-Prozent-Zieles. In: Entwicklungshilfe – Schlußlicht Österreich? 2. Entwicklungspolitische Enquete der Arbeitsgemeinschaft Österreich – Dritte Welt der SPÖ, 23. Mai 1986. Wien: Eigenverlag 1986, S. 16–20.

NR-Protokolle → siehe Stenographische Protokolle

Nußbaumer, Adolf: More Understanding and Co-operation. Statement to the Eleventh Special Session of the General Assembly. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 29, 1980, H. 5, S. 11–14.

Nußbaumer, Adolf: Die österreichische Entwicklungspolitik – Zielsetzung und Möglichkeiten. In: Entwicklungspolitik und Universitätsausbildung, hrsg. von Miriam Wiegele und Heinz Hackl. 2., verb. Auflage. Wien: Edition ÖH 1980, S. 120–124.

Öffentlich kontra privat. Dokumentation des ÖIE-Symposiums in Wien vom 5.11.88. In: ÖIE Aktuell [= Entwicklungspolitische Nachrichten, H. 12a], 1988, S. 1–5.

Österreichische Erklärung auf der Achten Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung (UNCTAD VIII), Cartagena de Indias (Kolumbien), am 19. Februar 1992. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 3, 1992, S. 76–78.

Österreichische Erklärungen auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Weltbevölkerung und Entwicklung, Kairo, am 6. September 1994. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4, 1994, S. 73–77.

Pahr, Willibald: Erklärung vor der XXXI. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 12. Oktober 1976. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 16, 1976, H. 5, S. 310–315.

Pahr, Willibald: Die österreichische Außenpolitik – Rückblick und Ausblick. Vortrag, gehalten am 4. November 1976. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 16, 1976, H. 6, S. 387–395.

Pahr, Willibald: Die Dritte Welt und das Völkerrecht. Vortrag, gehalten am 27. Juli 1977 anläßlich der Eröffnung des 20. Diplomatenseminars auf Schloß Kleßheim bei Salzburg. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 17, 1977, H. 3/4, S. 183–187.

Pahr, Willibald: Erklärung vor der XXXII. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 5. Oktober 1977. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 17, 1977, H. 5, S. 244–250.

Pahr, Willibald: Zur österreichischen Außenpolitik. Vortrag, gehalten am 6. Dezember 1977. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 17, 1977, H. 6, S. 285–293.

Pahr, Willibald: Erklärung vor der 33. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 28. September 1978. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 18, 1978, H. 3, S. 245–250.

Pahr, Willibald: Eröffnungsvortrag anläßlich der UNESCO-Konferenz über die Lehre und den Unterricht auf dem Gebiete der Menschenrechte. In: Die Republik, Jg. 14, 1978, H. 4, S. 22–27.

Pahr, Willibald: Zur österreichischen Außenpolitik 1978. Vortrag, gehalten am 13. Dezember 1978. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 18, 1978, H. 4, S. 320–327.

Pahr, Willibald: Erklärung vor der 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen, am 26. September 1979. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 19, 1979, H. 3, S. 220–225.

Pahr, Willibald: Zur österreichischen Außenpolitik 1979. Vortrag vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen am 14. Dezember 1979. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 19, 1979, H. 4, S. 300–307.

Pahr, Willibald: Österreichs Außenpolitik seit dem Staatsvertrag. Vortrag anläßlich des Auslandsösterreichersymposiums in Wien am 12. Mai 1980. In: Die Republik, Jg. 16, 1980, H. 4, S. 7–15.

Pahr, Willibald: 25 Jahre Engagement für Weltfrieden und Weltordnung. Rede vor der Schweizerischen Staatsbürgerlichen Gesellschaft, 10. Juli 1980. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 29, 1980, H. 6, S. 5–11.

Pahr, Willibald: Zu Österreichs UNO-Politik. Interview. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 29, 1980, H. 5, S. 6–9.

Pahr, Willibald: Erklärung vor der 35. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. Oktober 1980. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 20, 1980, H. 4, S. 329–333.

Pahr, Willibald: Vortrag anläßlich des 25. Jahrestages der Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen vor der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen am 16. Dezember 1980. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 20, 1980, H. 4, S. 349–354.

Pahr, Willibald: Erklärung als Vorsitzender der Internationalen Kambodscha-Konferenz am 13. Juli 1981. In: Außenpolitischer Bericht 1981, hrsg. vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Wien: Eigenverlag 1982, S. 252–253.

Pahr, Willibald: Die Vereinten Nationen und der Weltfriede. Vortrag vor dem 24. Internationalen Diplomatenseminar in Kleßheim am 3. August 1981. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 21, 1981, H. 3, S. 263–267.

Pahr, Willibald: Erklärung vor der 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 1. Oktober 1981. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 21, 1981, H. 4, S. 353–357.

Pahr, Willibald: Zur Kambodscha-Konferenz. Interview. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 30, 1981, H. 5/6, S. 7–9.

Pahr, Willibald: Erklärung vor der 37. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 28. September 1982. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 22, 1982, H. 3, S. 230–234.

Pahr, Willibald/Steiner, Ludwig: Stellungnahmen zur österreichischen Außenpolitik. In: politische bildung – zeitschrift für erwachsenenbildung, 1982, H. 4, S. 3–11.

Pahr, Willibald: »Wir haben den totalen Truppenabzug verlangt, und dabei bleibt's.« INTERNATIONAL-Gespräch mit Außenminister Willibald Pahr über neueste Entwicklungen im Indochina-Konflikt. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1982, H. 6, S. 4–6.

Pahr, Willibald: Österreich und die Krise in der Weltpolitik. Vortrag, gehalten am 14. Dezember 1982. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 22, 1982, H. 4, S. 326–333.

Pahr, Willibald: »... eine militärische Lösung des Konflikts ist nicht möglich.« INTERNATIONAL-Interview mit Willibald Pahr. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1985, H. 3/4, S. 12.

Peter, Friedrich: Anmerkungen zur österreichischen Außenpolitik aus freiheitlicher Sicht. Vortrag, gehalten am 27. Februar 1978. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 18, 1978, H. 1, S. 59–67.

Pittermann, Bruno: Zur Strategie der sozialistischen Bewegung. In: Die Zukunft, 1964, H. 15/16, S. 22–25.

Prechtl, Fritz: INTERNATIONAL-Gespräch mit Fritz Prechtl. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1980, H. 1, S. 2–3.

Rauch-Kallat, Maria: Erklärung auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Weltbevölkerung und Entwicklung, Kairo, am 6. September 1994. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4, 1994, S. 73–75.

Salcher, Herbert: »Statt Waffen nützliche Güter in die Dritte Welt« [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1982, H. 3, S. 6–7.

Smolle, Karel: Für einen raschen Abzug der Israelis. In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1989, H. 1, S. 33.

Staribacher, Josef: Rede vor der 4. Welthandelskonferenz in Nairobi. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 25, 1976, H. 2, S. 16–18.

Steinbauer, Heribert: Punktation Entwicklungspolitik. In: Die Republik, Jg. 16, 1980, H. 4, S. 19–20.

Steinbauer, Heribert: Der Gedanke der Hilfe darf nicht verschwinden [Interview]. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1983, H. 4, S. 11–12 u. 17.

Steinbauer, Heribert: Südafrika – Es sind Menschen, um die es geht. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 1985, H. 9, S. 3.

Steinbauer, Heribert: Die Notwendigkeit des Teilens. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 42, 1986, H. 5, S. 5–6.

Steinbauer, Heribert: »Den Dialog vorantreiben« [Interview]. In: Südwind, 1991, H. 11, S. 38–39.

Steiner, Ludwig: Das Nord-Süd-Problem – Mehr Transparenz in einer guten Sache. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 36, 1980, Sondernummer [ohne Paginierung].

Steiner, Ludwig: Türkei: Hat die Demokratie eine Chance? In: Österreichische Monatshefte, Jg. 37, 1981, H. 1, S. 25–26.

Steiner, Ludwig: Neutralität darf keine leere Hülse sein. In: Europäische Rundschau, Jg. 9, 1981, H. 3, S. 105–110.

Stellungnahme des Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zu der gegen Irak geführten Militäraktion der Vereinigten Staaten von Amerika, Wien, am 13. September 1993. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4–5, 1993, S. 139.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 5. Gesetzgebungsperiode, 1945–1949, Bd. 1–4. Wien: Eigenverlag 1945 ff.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 6. Gesetzgebungsperiode, 1949–1952, Bd. 1–4. Wien: Eigenverlag 1949 ff.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 7. Gesetzgebungsperiode, 1953–1956, Bd. 1–5. Wien: Eigenverlag 1953 ff.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 8. Gesetzgebungsperiode, 1956–1959, Bd. 1–4. Wien: Eigenverlag 1956 ff.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 9. Gesetzgebungsperiode, 1959–1962, Bd. 1–5. Wien: Eigenverlag 1959 ff.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 10. Gesetzgebungsperiode, 1962–1965, Bd. 1–4. Wien: Eigenverlag 1962 ff.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 11. Gesetzgebungsperiode, 1966–1970, Bd. 1–11. Wien: Eigenverlag 1966 ff.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 12. Gesetzgebungsperiode, 1970–1971, Bd. 1–3. Wien: Eigenverlag 1970 f.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 13. Gesetzgebungsperiode, 1971–1975, Bd. 1–10. Wien: Eigenverlag 1971 ff.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 14. Gesetzgebungsperiode, 1975–1979, Bd. 1–8. Wien: Eigenverlag 1975 ff.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 15. Gesetzgebungsperiode, 1979–1983, Bd. 1–11. Wien: Eigenverlag 1979 ff.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 16. Gesetzgebungsperiode, 1983–1986, Bd. 1–9. Wien: Eigenverlag 1983 ff.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 17. Gesetzgebungsperiode, 1986–1990, Bd. 1–13. Wien: Eigenverlag 1986 ff.

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 18. Gesetzgebungsperiode, 1990–1994, Bd. 1–17. Wien: Eigenverlag 1990 ff.

Strasser, Peter: Hilfe zur Selbsthilfe. In: Die Zukunft, 1962, H. 3, S. 65–66.

Taus, Josef: Außenpolitische Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei. Vortrag, gehalten am 24. Jänner 1977. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 17, 1977, H. 1, S. 39–46.

Taus, Josef: Die außenpolitischen Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 33, 1977, H. 2, S. 10–19.

Taus, Josef: Die Funktion Europas in den Vereinten Nationen. Vortrag, gehalten am 5. 6. 1978 in Wien. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 27, 1978, H. 4, S. 8–12.

Toncic-Sorinj, Lujo: Österreichs Funktion in den Vereinten Nationen. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 5, 1956, H. 10, S. 3–4.

Toncic-Sorinj, Lujo: Haben die Vereinten Nationen versagt? In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 5, 1956, H. 11/12, S. 3–4.

Toncic-Sorinj, Lujo: Die entscheidenden Konsequenzen unserer UNO-Mitgliedschaft. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 12, 1956, H. 2, S. 8–12.

Toncic-Sorinj, Lujo: Haben die Vereinten Nationen noch einen Sinn? In: Österreichische Monatshefte, Jg. 13, 1957, H. 3, S. 2–4.

Toncic-Sorinj, Lujo: Verfassung und Verfaßtheit Chinas. Ergebnisse einer Studienreise (I.). In: Österreichische Monatshefte, Jg. 13, 1957, H. 11, S. 10–14.

Toncic-Sorinj, Lujo: Funktion nichtkommunistischer Parteien Chinas. Ergebnisse einer Studienreise (II.). In: Österreichische Monatshefte, Jg. 13, 1957, H. 12, S. 18–19.

Toncic-Sorinj, Lujo: Die großchinesische Reichspolitik. Ergebnisse einer Studienreise (III.). In: Österreichische Monatshefte, Jg. 14, 1958, H. 1, S. 19–21.

Toncic-Sorinj, Lujo: Minderheitenprobleme des heutigen China. Ergebnisse einer Studienreise (IV.). In: Österreichische Monatshefte, Jg. 14, 1958, H. 2, S. 15–16.

Toncic-Sorinj, Lujo: Die problematische Religionsfreiheit in China. Ergebnisse einer Studienreise (V.). In: Österreichische Monatshefte, Jg. 14, 1958, H. 3, S. 14–16.

Toncic-Sorinj, Lujo: Der Schutz der Kleinen in der Welt der Großen. Vortrag, gehalten am 28. Juli 1966 anläßlich der Eröffnung des IX. Internationalen Diplomatenseminars auf Schloß Kleßheim. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten/Abteilung Dokumentation und Information 1966.

Toncic-Sorinj, Lujo: Österreich – Angelpunkt mitteleuropäischer Stabilität. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 22, 1966, H. 7/8, S. 49–54.

Toncic-Sorinj, Lujo: Probleme und Ziele der österreichischen Außenpolitik. In: Die Republik, Jg. 2, 1966, H. 4, S. 8–12.

Toncic-Sorinj, Lujo: Rede in der Generaldebatte der XXI. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 5. Oktober 1966. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 6, 1966, H. 5, S. 405–411.

Toncic-Sorinj, Lujo: Die immerwährende Neutralität und die Mitgliedschaft Österreichs bei den Vereinten Nationen. Vortrag bei der Österreichischen Liga der Vereinten Nationen im Festsaale der Wiener Universität am 4. April 1967. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten/Abteilung für Presse und Information 1967.

Toncic-Sorinj, Lujo: Nah- und Fernziele der österreichischen Außenpolitik. Vortrag, gehalten in der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten/Abteilung für Presse und Information 1967.

Toncic-Sorinj, Lujo: Statement in the General Debate at the Twenty-Second Session of the General Assembly, October 4, 1967. Wien: Federal Ministry for Foreign Affairs/Department for Press and Information 1967.

Tropenholzgesetz – Solange es nichts kostet. [Stellungnahmen von Peter Jankowitsch, Günter Dietrich, Dieter Lukesch, Monika Langthaler.] In: International. Zeitschrift für internationale Politik, 1992, H. 6, S. 9–15.

Verzetnitsch, Fritz: Nord-Süd-Konfrontation – kann die gewerkschaftliche Bewegung einen Beitrag leisten? In: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 8, 1992, H. 1, S. 93–98.

Veselsky, Ernst Eugen: Politik der Partnerschaft. Neue Entwicklungshilfepolitik der österreichischen Regierung. In: Die Republik, Jg. 10, 1974, H. 4, S. 27–31.

Veselsky, Ernst Eugen: Zur Nord-Süd-Problematik. Österreichische Überlegungen. In: Die Vereinten Nationen und Österreich. Zeitschrift der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Jg. 25, 1976, H. 2, S. 19–21.

Vranitzky, Franz: Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (»The responsibility of the Security Council in the maintenance of international peace and security«), New York, 31. Jänner 1992. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 2, 1992, S. 14–17.

Vranitzky, Franz: Introduction. In: From Cancún to Vienna. International development in a new world. Symposium, September 13–14, 1992. Wien: Bruno Kreisky Forum 1993, S. 7–11.

Vranitzky, Franz: Rede vor der Hebrew University of Jerusalem, Jerusalem, am 9. Juni 1993. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4–5, 1993, S. 7–11.

Vranitzky, Franz: Erklärung anläßlich der Eröffnung der UN-Menschenrechtskonferenz, Wien, am 14. Juni 1993. In: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Sondernummer: »Österreichische Außenpolitik 1993: Schwerpunkt Menschenrechte«, hrsg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, 1993, S. 54–56.

Waldheim, Kurt: Möglichkeiten und Grenzen der österreichischen Außenpolitik. Vortrag vor der Akademischen Vereinigung für Außenpolitik, Wien, 12. Juni 1968. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten/Abteilung für Presse und Information 1968.

Waldheim, Kurt: Erklärung in der Generaldebatte der XXIII. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 11. Oktober 1968. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 8, 1968, H. 5, S. 332–337.

Waldheim, Kurt: Österreich – ein Friedensfaktor der Weltpolitik. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 25, 1969, H. 4/5, S. 20–27.

Waldheim, Kurt: Erklärung in der Generaldebatte der XXIV. Generalversammlung der Vereinten Nationen, am 25. September 1969. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 9, 1969, H. 6, S. 405–408.

Waldheim, Kurt: Bilanz der österreichischen Außenpolitik. Vortrag, gehalten am 24. November 1969 vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Wien. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 10, 1970, H. 1, S. 47–51.

Waldheim, Kurt: Österreichs Außenpolitik zwischen Ost und West. Vortrag vor der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Wien, 11. Feber 1970. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten/Abteilung für Presse und Information 1970.

Waldheim, Kurt: Österreich und die Vereinten Nationen. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 26, 1970, H. 10, S. 8–11.

Waldheim, Kurt: Der österreichische Weg. Aus der Isolation zur Neutralität. Wien/München/Zürich: Molden 1971.

Waldheim, Kurt: Österreich: Erbe und Zukunft. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 41, 1985, H. 3, S. 5–8.

Weihs, Oskar: Die labile Welternährungslage. In: Die Zukunft, 1976, H. 6/7, S. 5–7.

Weiß, Ludwig: Entwicklungshilfe verlangt Opfer. In: Die Zukunft, 1962, H. 3, S. 66–67.

Weiterführendes Positionspapier der Österreichischen Volkspartei für die Verhandlungen im Außenpolitischen Ausschuß vom 7.2.1979. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 19, 1979, H. 1, S. 45–48.

Winkler, Ernst: Gefahr der Übervölkerung? In: Die Zukunft, 1963, H. 15, S. 20–21.

Withalm, Hermann: Christlich-demokratische Chancen in Südamerika. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 17, 1961, H. 9, S. 17–19.

Withalm, Hermann: Ein Volk sucht seinen Weg. Eindrücke auf einer Reise durch die Volksrepublik China. In: Österreichische Monatshefte, Jg. 29, 1973, H. 11, S. 13–15.

Zernatto, Christof: Schafft Chile den gewaltfreien Sprung zur Demokratie? In: Österreichische Monatshefte, Jg. 43, 1987, H. 7, S. 34–35.